

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1916 bis 1919



**3. und 4. Jahrgang:
1918/1919**

**1. Band:
5. Januar bis 3. August 1918**

Arbeiterpolitik
Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus

1916 bis 1919

3. und 4. Jg. 1918/1919, 1. Band

Redaktionelle Anmerkungen

Hinzufügungen und aktualisierte Literaturverweise des Herausgebers der hier vorliegenden Ausgabe sind in eckige Klammern gesetzt.

Gesperrt gedruckte Passagen im Original werden in Kursivschrift wiedergegeben.

Die Regeln der aktuellen deutschen Rechtschreibung werden in der Regel beachtet, zeittypische sprachliche Besonderheiten – auch die falsche Verwendung von Superlativen – hingegen in den Transkriptionen beibehalten. Andere offensichtliche Fehler sind korrigiert.

Vorlagen dieser Transkriptionen sind die Veröffentlichungen des Antonie Pannekoek Archives (aaap.be), die vom IISG (Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis – International Institute of Social History) zur Verfügung gestellt wurden, der fotomechanische Neudruck der Originalausgabe 1916-1919 nach dem Exemplar des INSTITUTS FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED, ZENTRALANTIQUARIAT DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK; LEIPZIG 1974 sowie die kleine Schrift der „Gruppe Arbeiterpolitik, Bremen“ aus dem Jahre 1965: Die Bremer Linksradiكالen – Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1919

Impressum

Transkription: © 2023 Copyright by Thomas Königshofen

Umschlag: © 2023 Copyright by Thomas Königshofen

Inhalt

Arbeiterpolitik 1/1918	11
Die Sozialdemokratie in der Volkswirtschaft.	11
Sand in die Augen.	14
Aus unserm politischen Tagebuch.	18
Feuilleton.....	19
Zwei Stätte.	19
Arbeiterpolitik 2/1918	23
Demokratie.....	23
Warum es nicht zum Frieden kommt.	25
Die sozialen Geburtswehen des russischen Volkes.	26
Zaristische Zustände.....	31
Zeugen und Rufer.	32
Feuilleton.....	33
Zwei Stätte.	33
Arbeiterpolitik 3/1918	38
Mobilisierungen.	38
Um den Sozialismus.	40
Die sozialen Geburtswehen des russischen Volkes.	44
Aus unserm politischen Tagebuch.	46
Feuilleton.....	48
Zwei Stätte.	48
Arbeiterpolitik 4/1918	54
Ein imperialistischer Volksstaat.....	54
Um den Sozialismus.	56
Einigkeit.....	58
Aus unserm politischen Tagebuch	60
Feuilleton.....	61
Zwei Stätte.	61
Arbeiterpolitik 5/1918	66
Die Tragödie der russischen Revolution.....	66
Wilson, der Befreier.	67
Die Nationalitätenfrage in Russland.	69
Aus unserm politischen Tagebuch.	72

Feuilleton.....	73
Zwei Stätte.	73
Der Riese.	75
Arbeiterpolitik 6/1918.....	77
Vorgänge in Österreich-Ungarn.....	77
Gegensätze.	78
Klarheit und Konsequenz.	80
Wilsons Bedingungen.....	83
Aus unserm politischen Tagebuch.	85
Pax.	86
Arbeiterpolitik 7/1918.....	88
Die Haltung des Bürgertums gegenüber den Arbeitern und Bauern in der Franz. Revolution.....	88
Sie sind einander gleich.....	91
Gegensätze.	94
Aus unserm politischen Tagebuch.	96
Feuilleton.....	96
Shakespeares Antonius und Kleopatra.	96
Arbeitsgesetze in England im 14. Jahrhundert.....	97
Arbeiterpolitik 8/1918.....	99
Der Parlamentarismus in Russland.....	99
Gegensätze.	102
Die Haltung des Bürgertums gegenüber den Arbeitern und Bauern in der Franz. Revolution.....	104
Aus unserm politischen Tagebuch.	107
Feuilleton.....	108
Shakespeares Antonius und Kleopatra.....	108
Arbeiterpolitik 9/1918.....	110
Die Rolle der Sozialdemokraten.	110
Die Feinde rings um Russland.	111
Gegensätze.	113
Vorstandsherrschaft in den Gewerkschaften.....	115
Aus unserm politischen Tagebuch.	116
Feuilleton.....	117
Shakespeares Antonius und Kleopatra.	117
In der Fabrik.	120

Arbeiterpolitik 10/1918	121
Der Akkumulationsfonds als Steuerquelle.....	121
Friedrich Engels über Mitteleuropa und „natürliche Grenzen“	123
Aus der italienischen Parteibewegung.	125
Aus der französischen Bewegung.	127
Die Gewerkschaftsführer in Nöten.....	128
Vorstandsherrschaft in den Gewerkschaften.	129
Gewerkschaftsfragen.	130
Aus unserm politischen Tagebuch.	131
Arbeiterpolitik 11/1918	132
Wozu brauchen wir Theorien?.....	132
Was ist Internationalismus?.....	135
Was geht in England vor?.....	137
Marx der Entdecker.	139
Aus unserm politischen Tagebuch.	140
Feuilleton.....	140
Zum neuen Jahre.....	140
Trutz euch!.....	143
Arbeiterpolitik 12/1918	144
Wozu brauchen wir Theorien?.....	144
Probleme des Jungsozialismus in Österreich.....	147
Marx der Entdecker.	148
Die Jungen und die Alten.	149
Feuilleton.....	151
Die Seele Chinas.....	151
Lerchen des Ostens.....	153
Zuruf.....	154
Freiheit.....	154
Arbeiterpolitik 13/1918	156
Die Schlappe von Niederbarnim.....	156
Probleme des Jungsozialismus in Österreich.....	158
Die freien Gewerkschaften.....	161
Feuilleton.....	163
Die Seele Chinas.....	163
Es lebt noch eine Flamme.	165

Funken ins Finstere.....	166
Arbeiterpolitik 14/1918	167
Nationalität und Wirtschaftsgebiet.	167
Die Stimme eines Arbeiters.	169
Wozu brauchen wir Theorien?.....	171
Von der seelischen Voraussetzung.....	173
Mutterlied.	176
Träume.	176
Arbeiterpolitik 15/1918	178
Der Friede im Osten.....	178
Die österreichische Sozialdemokratie, die Internationale und der Friede.....	182
Aus unserm politischen Tagebuch.	186
Feuilleton.....	187
Der volle Magen.....	187
Arbeiterpolitik 16/1918	190
Der Weg zur Einheitsorganisation.....	190
Die Sozialdemokratie und der Krieg.....	192
Der Kampf um Kultur.	195
Feuilleton.....	197
Der volle Magen.....	197
Licht.	200
Glaube.	201
Arbeiterpolitik 17/1918	202
Zusammenbruch und Wiederaufbau.....	202
Frei von Gott!	206
Die Zentralleitung der U. S. P. zur Gewerkschaftsfrage.	208
Und wieder ruft der Mai.....	209
Aus unserm politischen Tagebuch.	210
Feuilleton.....	210
Selbstmord.	210
Streik.....	211
Im Kerker.	212
Arbeiterpolitik 18/1918	214
Der Zukunftsstaat des Finanzkapitals.	217
Lieber Kerenski als Lenin.....	221

Aus unserm politischen Tagebuch	223
Arbeiterpolitik 19/1918	225
Taktik oder Prinzip.	225
Zur „Reorganisation“ der Gewerkschaften.....	227
1. Rückblick.....	227
2. Die Gewerkschaften im Kriege.	228
Klarheit, Sammlung, Organisation.	229
Aus unserm politischen Tagebuch.	231
Feuilleton.....	233
Die Prometheusmythe.....	233
Arbeiterpolitik 20/1918	236
Lohnarbeit und Kapital.	236
Zur „Reorganisation“ der Gewerkschaften.....	237
3. Die neue Einheitsorganisation.	238
Das österreichische staatliche Finanzproblem.	239
Der Krieg gegen die Vernunft.	241
Aus unserm politischen Tagebuch.	243
Feuilleton.....	243
Beim Fakir.	243
Brüderlichkeit.....	247
Arbeiterpolitik 21/1918	248
Betrachtungen über das Organisationsproblem.	248
Krieg aus Konkurrenzneid?.....	250
Preußenwahlrecht und Sozialismus.	253
Feuilleton.....	257
Siesta.	257
Arbeiterpolitik 22/1918	259
Historische Notwendigkeiten.	259
Die ukrainische Diktatur.	263
Rede Lenins nach den Wahlen des Moskauer Arbeiterrats am 20. April.	265
Aus unserm politischen Tagebuch.	267
Feuilleton.....	268
Siesta.	268
Arbeiterpolitik 23/1918	270
Der Parlamentarismus im Dienste des Sozialismus.....	270

Wirklichkeit und Einbildung in der linksradikalen Bewegung.....	272
1. Österreichische Theorie der deutschen Praxis.....	273
2. Der Staatskapitalismus.....	274
Feuilleton.....	278
Siesta.....	278
Ist's genug?.....	280
Arbeiterpolitik 24/1918	282
Kriegssteuern.....	282
Wirklichkeit und Einbildung in der linksradikalen Bewegung.....	286
3. Die Wurzeln des Sozialpatriotismus.....	286
Feuilleton.....	290
Siesta.....	290
Verzweiflung.....	291
Arbeiterpolitik 25/1918	293
Der Arbeitskammergesetz-Entwurf.....	293
Weltpolitik und Verständigungsfrieden.....	294
Wirklichkeit und Einbildung in der linksradikalen Bewegung.....	296
4. Das Dogma vom reifen Kapitalismus.....	296
Feuilleton.....	301
Eine Schiffergeschichte.....	301
Arbeiterpolitik 26/1918	304
Über die nächste Zukunft der sozialdemokratischen Parteien in Deutschland.....	304
1. Eine Prophezeiung.....	304
Wirklichkeit und Einbildung in der linksradikalen Bewegung.....	307
Zur Einheitsorganisation.....	310
Lied der Schmiede.....	313
Arbeiterpolitik 27/1918	315
Eine Herrenhausrede Lord Byrons.....	315
Über die nächste Zukunft der sozialdemokratischen Parteien in Deutschland.....	319
2. Prinzipielle Begründung.....	321
Feuilleton.....	323
Eine Schiffergeschichte.....	323
Arbeiterpolitik 28/1918	326
Karl Marx' äußere Politik.....	326
Wirklichkeit und Einbildung in der linksradikalen Bewegung.....	331

5. Ein Zeitalter der Verwaltung und der Massenaktionen.	331
Arbeitergedanken.	332
Von M. Harger.	332
Feuilleton.....	334
Eine Schiffergeschichte.....	334
Zwei Reiche.	335
Gebet.....	335
Arbeiterpolitik 29/1918	337
Ein offenes Schreiben Mehrings an die Bolschewiks.	337
Eine Programmrede von Lenin.	340
Wirklichkeit und Einbildung in der linksradikalen Bewegung.	342
5. Ein Zeitalter der Verwaltung und der Massenaktionen.	342
Arbeitergedanken.	344
Aus unserm politischen Tagebuch.	346
Arbeiterpolitik 30/1918	348
Spartakus und Haase.....	348
Arbeitergedanken.	350
Eine Programmrede von Lenin.	353
Feuilleton.....	356
Volksfest.....	356
Der neue Heiland.....	357
Arbeiterpolitik 31/1918	359
Der volkswirtschaftliche Arbeitsplan der russischen Republik.	359
Das Wohnungselend.....	363
Eine Programmrede von Lenin.	365
Aus unserm politischen Tagebuch.	368

Arbeiterpolitik 1/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 5. Januar 1918.

Nr. 1

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Die Sozialdemokratie in der Volkswirtschaft.

Vor mir liegen etliche Protokolle sozialdemokratischer Parteitage, jene denkwürdigen Dokumente, die vom Wesen und Werden der Arbeiterpartei Deutschlands Zeugnis ablegen. Mein Blick bleibt an langen Zahlenreihen haften, sie erzählen von den Spargroschen, die die Arbeiter sich in schweren Tagen abgerungen haben, um sie den Parteikassen zuzuführen, in der erhebenden Überzeugung, ein der Befreiung der arbeitenden Klasse dienendes Werk zu tun. Sie erzählen von stillen Kämpfen, die der Arbeiter in sich ausgefochten hat, als er vor die Wahl gestellt war, suchend den Seinen Brot zu erstehen oder seiner Organisation zu genügen. Sie erzählen von stillen Hoffnungen, von freudiger Hingabe an eine große Sache, von wachsendem Agitationsgeist und Machtbewusstsein. Auch sie sind ein Stück aus dem großen Werk des proletarischen Befreiungskampfes. Dürr stehen sie da, Reihe an Reihe, Posten an Posten, und sind doch so lebendig.

Sie sind ein Stück Schicksals des Arbeiters, und sie sind ein Stück Schicksal seiner Klasse. Und ich blättere weiter und suche nach belebenden Worten und suche vergebens. Nur immer Zahlen, Zahlen! Und: zahlen, zahlen! Aber schließlich findet man doch im Bericht eines Vorstandsmitgliedes einiges über den Sinn der umfänglichen Abrechnungen: es ist ein erfreuliches Zeichen, dass wir diesmal wieder mit einem Überschuss abschließen. Wir können mit Befriedigung konstatieren, dass die meisten Organisationen ihren Pflichten gegenüber der Zentralkasse nachgekommen sind. Es sind wieder erhebliche Summen eingelaufen, erhebliche Summen verausgabt worden. Die Partei kann mit Befriedigung auf das letzte Rechnungsjahr zurückblicken. Und mit einem eingeklammerten „Bravo“ schließt der Bericht. Nach Spuren einer Debatte sucht man vergebens. Es ist ja alles in bester Ordnung und der Parteitag hat nur noch den einen welterschütternden Akt in dieser Angelegenheit zu erledigen: dem Parteivorstand Entlastung zu erteilen. Es geschieht.

Und vor meiner Erinnerung steigen Generalversammlungen der sozialdemokratischen Wahlvereine auf, in denen ebenfalls Kassenberichte gegeben wurden. Und auch hier Zahlen, nichts als Zahlen! Und die Arbeiter sitzen und horchen oder schlafen. Die meisten verstehen nichts von Buchführung, was kümmern sie die technischen Ausdrücke! Und die Zahlen sind zu lang und zu langweilig, als dass man sie verfolgen und behalten könnte. Nur wenn der

Schlusseffekt kommt: Überschuss – so und so viele Tausend, dann horchen wohl auch die Schläfer auf. Aber ach, die Horchenden schlafen ein. Sie wissen nichts anzufangen mit dem bunten Zahlengewimmel, das da vor ihren Sinnen herumtanzte. Sie haben sich vergebens bemüht, in die Geheimnisse der Geschäftsführung einzudringen. Von solchen Dingen versteht der Arbeiter nichts; das hat er nicht gelernt, das braucht er nicht zu wissen. Und damit die Organisationsmaschine läuft, stellt er seine Beamten an. Er hat sie nur zu ölen – mit seinen Spargroschen. Damit ist für ihn der Fall erledigt. Und er nimmt sich höchstens vor, dafür zu sorgen, dass im nächsten Jahre der Überschuss noch größer werde. Denn je größer die Zahlen, desto größer die Macht. Das ist ein Grundsatz, der unerschütterlich steht wie das Weltgebäude.

Sonderbar, wie in den Köpfen der Arbeiter der Organisationsgedanke alle weitere Überlegung ersticht hat. Wie er eine Eisenwand vor ihrem Denken aufrichtete, dass sie keinerlei Zusammenhänge mehr sahen. Sie sahen immer nur das Eine: große Organisationen, große Kassen. Und das war ihnen gleichbedeutend mit großer Macht. Auch bei ihnen drängte alles nach dem Golde. Ist es ein Wunder, dass die Arbeiter in staunendes Entzücken fielen, wenn sie von den Tausenden Mark hörten, von denen sie glaubten, dass die ihr Eigentum seien. Sie, die in ihrem Privathaushalt über den kleinsten Zahlenkreis, in dem die Elementarschüler sich abmühen, niemals hinauslangten? Die großen Summen mussten ihre Sinne benebeln.

Lag denn der Gedanke wirklich so fern, nach dem volkswirtschaftlichen Zusammenhang zu fragen? Er lag im Gegenteil sehr nahe. Man hätte einem beliebigen bürgerlichen Finanzmann diese Zahlen vorzulegen brauchen, und in seinem Kopfe hätten sich im Nu alle schon verfügbaren volkswirtschaftlichen Zusammenhänge zurechtgeschoben. In der Sozialdemokratie kam niemand auf den Gedanken. Die aber die Zusammenhänge kannten, die ihre Praktiker waren, hüteten sie als ein heiliges Amtsgeheimnis.

Man sucht in den Protokollen sämtlicher Parteitage selbst mit der Lupe vergebens nach auch nur der leisesten Andeutung in dieser Richtung. Und die Volkswirtschaft war für sehr viele der anwesenden Parteitagsbesucher doch sicher kein unbekanntes Gebiet! Aber ihre volkswirtschaftlichen Untersuchungen erstreckten sich eben nur auf den Kapitalismus, nicht aber auf die Sozialdemokratie, und ihre Kassenzahlen beliefen sich doch auch auf Hunderttausende, auf Millionen. Es hätte eine einzige Frage genügt, um mitten in die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge hineinzukommen, die eine Frage nämlich, wo bleiben die Gelder, die aus den Taschen der Arbeiter in die lokalen, provinzialen und zentralen Parteikassen fließen? Liegen sie das ganze Jahr über wie Dornröschen im tiefen Schlummer in den Geldschränken der Bureaus? Keine Rede davon!

Es fällt heute auch dem kleinsten Krauter nicht mehr ein, sein Geld in seiner Privatschatulle aufzubewahren. Es gibt in der Welt Feuer, Diebe und Wetterschlag, und vor solchen Gefahren kann man sich nicht genügend schützen. Da nimmt man besser sein Geld und bringt es auf die Bank, da ist es vor gefährlichen Eingriffen aus Natur und Menschenwelt so gut wie sicher. Einmal aber in die Kassen der Bank gelangt, wird auch der letzte Pfennig in den reißenden Strom des gewaltigen volkswirtschaftlichen Prozesses hineingerissen. Und auch die Arbeiterorganisationen haben ihre Beziehungen zu den Banken unterhalten. Und so machten die Groschen der Arbeiter den gigantischen Zirkulationsprozess des modernen Finanzkapitals mit. Es wird kaum ein Parteigeschäft gegeben haben, das nicht sein Bankkonto hatte. Und damit wurde die Sozialdemokratie dem kapitalistischen Wirtschaftsprozess eingegliedert.

Der Verlauf ist zunächst sehr einfach. Nehmen wir folgenden Fall: Ein Parteigeschäft habe bei irgendeiner Bank, sagen wir der Dresdener Bank, sein Konto. Es ist dabei ziemlich

gleichgültig, in welcher Form dieses Konto bei der Bank hinterlegt ist.¹ Es ist aber anzunehmen, dass das Parteigeschäft, da es notwendig mit anderen großen Geschäften in Verbindung stehen musste, so mit Papiergeschäften, Maschinenfabriken usw., die sämtlich einen ausgedehnten Bankverkehr unterhalten, die Bank nicht nur mit Aufbewahrung ihres Geldes betrauten, sondern gleichzeitig den ganzen Mechanismus des bargeldlosen Zahlungsverkehrs mitmachten. Damit aber unterschied sich dieses Parteigeschäft nicht im Geringsten von irgendeinem großbürgerlichen Geschäftsunternehmen. Es kann der Bank schließlich gleichgültig sein, ob die durch ihre Bücher laufenden Summen aus der direkten Ausbeutung der Arbeiter durch den Großbetrieb oder aus der Besteuerung der Arbeiter durch die Organisationen mit Hilfe der Mitgliedsbeiträge hervorgegangen sind. Die Bank hat die wesentliche Aufgabe, den Zirkulationsprozess des Finanzkapitals den wirtschaftlichen Verhältnissen des Kapitalismus so gut wie möglich anzupassen und der Kapitalismus hat das größte Interesse daran, den Funktionsbereich der Banken so weit wie möglich auszudehnen. Je mehr das geschieht, desto sicherer verfügt er über den ganzen Wirtschaftskörper. Indem also Parteigeschäfte sich mit Großbanken verbanden, schlugen sie sich selbst in die Fesseln des Finanzkapitals. Es ist dabei ganz gleichgültig, ob es sich um große oder kleine Summen handelte.

Wie sehr nun aber die Gelder der Arbeiter zu Hilfsmitteln des großfinanziellen Verkehrs und der mit ihm verbundenen großindustriellen, großagrarischen und imperialistischen Entwicklung wurden, wird unser Beispiel sogleich zeigen. Die Dresdener Bank gehört zu den Großbanken Deutschlands, die den Mittelpunkt des großfinanziellen Verkehrs bilden. Wir wollen ihre Bedeutung nur an einigen Beispielen zeigen. In ihren Auslandsgeschäften beteiligte sie sich an der Gründung der anatolischen Eisenbahngesellschaft, der deutsch-asiatischen Bank, der Bank für orientalische Eisenbahnen, der Schantung Bergbau- und Schantung Eisenbahngesellschaft, der deutschwestafrikanischen Bank, der Kamerun-Eisenbahngesellschaft. Sie stand in Verbindung mit dem Bankhaus Pierpont Morgan & Co. in New-York. Sie errichtete in Verbindung mit dem Schaffhausenschen Bankverein und der Nationalbank für Deutschland die Deutsch-Orientbank und gleichzeitig, wiederum mit dem Schaffhausenschen Bankverein die Deutsch-Südamerikanische Bank. Auf dem Kontinent unterhält sie enge Beziehungen zu Wiener und Schweizerische Banken, war bei der Gründung der Zentralbank für Eisenbahnwerte sowie bei der Gründung der Continental Eisenbahnbau- und Betriebsgesellschaft in Berlin tätig.

In der elektrotechnischen Industrie gehört sie dem Konzern der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft an; ihre Beziehungen zur Börse, ihre Beteiligung an Terrainaktiengesellschaften, an Lagerhausgesellschaften sind ebenso bemerkenswert wie der Umstand, dass beispielsweise im Jahre 1908 elf Industrielle ihrem Aufsichtsrat angehörten. Die Dresdener Bank gehört mit zu denjenigen Großbanken Deutschlands, die die Konzentrationsbewegung des Großkapitals mächtig gefördert haben.

Es sind nur einige wenige Beispiele aus dem großen Unternehmungskreis einer deutschen Großbank herausgegriffen worden, um zu zeigen, wie die Kunden dieser Bank an dem riesigen Zirkulationsprozess des modernen Finanzkapitals beteiligt sind. Und so gering auch die Konten der sozialdemokratischen Parteigeschäfte sein mögen: das wesentliche ist ihre

¹ *Anmerkung der Redaktion:* Das Bremer Parteigeschäft J. H. Schmalfeldt & Co, hat tatsächlich sein Konto bei der Dresdener Bank, eine Tatsache, die den Parteigenossen niemals bekannt geworden ist. Der Geschäftsführer sowohl als auch die Firmenträger haben sie in den Generalversammlungen des Sozialdemokratischen Vereins geflissentlich verschwiegen.

Einfügung in diesem Zirkulationsprozess. Würde man die Untersuchung auf die Gewerkschaften, Genossenschaften, die Volksfürsorge ausdehnen, die mit ungleich größeren Summen operieren, so würde man ein ungefähres Bild bekommen von dem festen Zusammenhang zwischen den materiellen Verhältnissen der Arbeiterbewegung mit dem modernen Kapitalismus und Imperialismus, ein Zusammenhang, darauf eine unmittelbare Interessengemeinschaft hinausläuft.

Aber damit ist die Rolle der Sozialdemokratie in der Volkswirtschaft noch lange nicht erschöpft, wenngleich diese direkte Verbindung mit dem Finanzkapital auch die wichtigste Seite darstellt. Es braucht nur daran erinnert zu werden, dass die Parteipresse durch ihr Annonzenwesen in immer bedrohlichere Abhängigkeit von der bürgerlichen Gesellschaft nicht nur, sondern sogar von dem großen Unternehmertum geriet, eine materielle Abhängigkeit, die die politische Selbständigkeit der Arbeiterpresse oft genug gefährdete. Es ist daher ein charakteristisches Merkmal wirklich revolutionärer Organe des Auslandes wie der holländischen „Tribune“ gewesen, dass sie sich den ganzen Annonzenapparat vom Leibe hielten.

Es muss ferner auch in diesem Zusammenhange erinnert werden an die geschäftlichen Beziehungen der Arbeiterpresse zu großen bürgerlichen Firmen zwecks Engros-Lieferungen von Papier, zwecks Anschaffungen von Maschinen, Einrichtungen und Vervollständigungen von Setzereien, alles Maßnahmen, die sich schließlich nur auf dem Wege des bankmäßigen Kreditverkehrs durchführen ließen. Es muss erinnert werden an die Aufführung von Riesenbauten von Parteihäusern, die wiederum eine Fülle rein bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaftsmanipulationen erforderten.

So zeigt sich eine Menge von Beziehungen zwischen Sozialdemokratie und Kapitalismus, aus deren Kenntnis heraus es jedem vorurteilslosen Beurteiler klar werden muss, weshalb sich die Sozialdemokratie in der Tat in ihren ganzen materiellen Grundlagen an den Kapitalismus gebunden fühlte, weshalb sie an seinem Bestand interessiert ist. Von hier aus ergibt sich die Haltung der Sozialdemokratie, die eines Sinnes und eines Herzens mit den Gewerkschaften geworden ist, ganz von selbst als objektive Notwendigkeit, so dass heute noch alle Agitation der Sozialdemokratie im Dienste der bürgerlichen Gesellschaft und des Kapitals steht. Indem nun aber der sozialdemokratische Parteivorstand den oppositionellen Arbeitern ihre Presse raubte, beraubte er sie wider Willen von einer Kette, die das deutsche Proletariat zu allen anderen noch zu verlieren hatte.

Es wird nun die Frage auftauchen: konnte denn die Entwicklung der Sozialdemokratie anders vor sich gehen? Antwort: nein, gewiss nicht. Aber die Lehre ist daraus zu ziehen, dass die deutsche Arbeiterklasse auf diesem Wege der Organisation niemals den Kapitalismus wird überwinden können. Dazu bedarf es anderer Kampfmittel und anderer Organisationsformen, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, so ist beides bereits auf dem Wege.

Sand in die Augen.

Von Kurt Classe.

„Wenn man Männer bekommen will, so müssen Jünglinge gewagt werden. Diese Risikoprämie des Reifwerdens muss man in Kauf nehmen, wenn man unter Verzicht auf autoritäre Erziehungsmittel Menschen heranbilden will.“

Unter dem Titel „Arbeiterjugend und bürgerliche Jugendbewegung“ hat der Jugendausschuss für die Chemnitzer Arbeiterjugend eine Broschüre herausgegeben. Der Verfasser der Schrift,

der Mehrheitssozialist Hermann Kranold, der auch in der freistudentischen Jugend eine Rolle spielt, hat darin den diesen Ausführungen voranstehenden Satz geprägt.

Dieser Satz kann nur den einen Sinn haben: Jede Bevormundung der Jugend durch die Erwachsenen, jede Beschränkung der Freiheit des Handelns sowie die Anwendung jedes autoritären Zwangsmittels, begünstigt die Züchtung einer unselbständigen, autoritätsfürchtigen Masse. Deshalb muss, wer an Stelle von Mameluken selbständig denkende und handelnde Menschen heranbilden will, jeden autoritären Zwang, jede Bevormundung ablehnen. Er muss dies auch auf die Gefahr hin, dass die Flamme jugendlichen Feuereifers einmal so hochschlagen, dass sich die Jugend selber daran die Flügel verbrennt, oder dass dadurch die ruhige Behaglichkeit der Alten, die es gewöhnt sind, leise auf die Stelle zu treten, gestört wird.

So verstanden, ist dieser Ausspruch ein Programmsatz der linksradikalen unabhängigen sozialistischen Jugend. Darin unterscheidet sie sich grundsätzlich von den Anhängern der Mehrheitsjugendpflege und der Jugend der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Sie will von keiner politischen Partei abhängig sein; sie will sich nicht gängeln oder bevormunden lassen. Sie will frei und selbständig handeln und dafür selber verantwortlich sein. Wer sie gewinnen will, muss sie überzeugen. Nicht Zwang, sondern nach eigener Prüfung gewonnene Überzeugung muss die Triebfeder alle ihrer Entschließungen und Handlungen sein.

Man sollte nun annehmen können, dass jeder, der diesen pädagogischen Grundsatz in der Theorie anerkennt, auch bemüht sein müsste, seine praktische Tätigkeit in der Arbeiterjugend danach einzurichten. So bekommt denn auch der unbefangene Leser bei der Lektüre der ersten drei Teile der Kranoldschen Schrift den Eindruck, als käme es ihm darauf an, als weißer Rabe den Kampf gegen die Jugendpflege seiner Partei aufzunehmen. Man glaubt, Kranold will durch seine Schilderung der nicht autoritären bürgerlichen Jugendbewegung seinen Freunden in der proletarischen Jugendpflege den Spiegel vorhalten. Widmet er doch 13 Seiten seiner Schrift einer Schilderung der bürgerlichen Jugendpflege und Jugendbewegung und findet hohe Töne für die autonome Bewegung, mit der die Arbeiterjugend sich zum Zwecke gemeinsamer Tätigkeit verbinden soll.

Der Leser glaubt, dass er es mit einem Rebellen zu tun hat. Dabei brauchte sich Kranold nicht einmal mit der unabhängigen sozialistischen Jugend zu identifizieren; er brauchte nicht den Sprung zu tun von der sozialistischen Mehrheitspartei bis zu den selbständigen Vereinen der Freien Jugend, von der er politisch durch eine scharfe Linie getrennt ist. Eins aber ist selbstverständlich – oder sollte vielmehr eine Selbstverständlichkeit sein: Wer die Autonomie der Jugend im Prinzip anerkennt, der muss auch für die Selbständigkeit jeder Jugend eintreten, ganz gleich, ob sie bürgerlich oder proletarisch ist. Und Kranold selber sagt in seiner Auseinandersetzung mit der autoritären bürgerlichen Jugend: „Die Unterscheidung: Autorität oder Freiheit? ist eben vollständig. Ein drittes gibt es in der Ethik nicht.“

Beim oberflächlichen Lesen der Kranoldschen Schrift scheint es nun auch, als sei es dem Verfasser bitterernst mit diesem Prinzip. So finden wir, nachdem er die Verstaatlichung des Wandervogels beklagt und eine zunehmende Versimpelung der bürgerlichen Jugend vor dem Kriege festgestellt hat, folgende, klar und unzweideutig die Selbständigkeit der Jugend anerkennenden Sätze. Er schreibt:

Dafür hat die Jugend in der letzten Zeit vor dem Kriege ihre geistigen Eigenwerte entdeckt. Irgendjemand ist auf den Gedanken gekommen, mit der Idee der sittlichen Autonomie, die man sowohl frisiert im Unterricht der Philosophie in wohlabgemessenen Portionen und in vorsichtig gedämpften Worten vorgelesen bekam, einmal ganz Ernst zu machen und nun wirklich das jugendliche Leben gerade in seinen geistigen Bestandteilen nach eigener Verantwortung zu gestalten. Der freideutsche Jugendtag, der im Herbst vor dem

Kriegsausbruch davon sprach, dass die Jugend nunmehr unter eigener Verantwortung ihr Leben selbst gestalten wolle in freier Selbstbestimmung, war der erste große Anlauf dieser Vergeistigung der bürgerlichen Jugendbewegung, und diese Vergeistigung wird sich, wenn nicht alle Zeichen trügen, nach dem Krieg mit erneuter Wucht Bahn brechen, obwohl der Krieg viele der besten Köpfe dieser Jugend in den Abgrund des Sterbens und der Vergessenheit gerissen hat. Tausend Opfer fallen schon im gewöhnlichen Leben jeden Tag einer Idee. Die Idee aber stirbt nicht, sondern, wenn ihre Zeit gekommen ist, dann setzt sie sich durch, wenn auch alle Welt sich dagegen zur Wehr setzt.

Indessen stellt sich heraus, dass Kranold, sobald es sich darum handelt, die Theorie in die Praxis umzusetzen, vollständig versagt. Man sollte es kaum für möglich halten, wie es jemand fertigbringen kann, die Selbstständigkeit der Jugend zu loben, nachdem er sie drei Seiten vorher verworfen hat. „Die Unterscheidung Autorität oder Freiheit ist eben vollständig“, sagt Herr Kranold. Und dann schreibt er auf Seite 10 seiner Schrift:

Demgegenüber (gegenüber der autoritären Jugendbewegung. Der Verfasser) ist die autonome Jugendbewegung von vornherein in die Verteidigung gedrängt, und diese Verteidigung konnte sie bisher nur mit halber Kraft führen, weil ihre taktische Lage tatsächlich einige Elemente der Schwäche aufwies. Ein Teil dieser autonomen Jugendverbände sind nämlich Zweckverbände, Verbände also, die die Jugend zur Verfolgung irgendeines praktischen Ziels mit fortreißen wollen. Dahin gehören in erster Linie Organisationen wie der „Vortrupp“ und der Schülerabstinentenbund „Germania“. Aber auch die Landerziehungsheime und die Freie Schulgemeinde, soweit sie nach außen politisierend auftreten, stehen hart an der Grenze zu den Zweckverbänden. Hier bieten sich den Gegnern tatsächlich bequeme Angriffspunkte. Es ist sehr schön, wenn die Jugend mit der Gestaltung ihres Lebens ernst macht, wenn sie z.B. freiwillig sich verpflichtet keine Gifte mehr zu genießen, und wenn sie so gleichzeitig den Erwachsenen ein glänzendes Vorbild von Aufopferung und Selbstzucht zu geben vermögen. Aber es geht über ihren Kompetenzbereich weit hinaus, wenn nun diese Pflege schöner und nützlicher Tugenden zur Grundlage kulturpolitischer Bestrebungen gemacht wird. Jugendliche sind dazu da, dass sie (im abgekürzten Verfahren) die Erbschaft an geistigen und materiellen Gütern, die ihnen von den Vorfahren überkommen ist, sich aneignen und durchdringen und so zu ihrem wirklichen Eigentum erheben, damit sie, wenn ihre Jugendzeit vorüber ist, als Erwachsene dann mit voller Kraft und mit Beherrschung der gesamten kulturellen Technik sich der Erweiterung und dem inneren Ausbau des Geltungsbereichs der Rechtsidee widmen können. Sie sind aber ganz und gar auf dem Holzwege, wenn sie glauben, in dieser Richtung schon etwas leisten zu können, längst ehe sie ausgelernt haben, in einer Zeit, wo ihre geistige Persönlichkeit noch nicht auf festen Füßen steht, wo der beste Redner nur gar zu leicht ihnen auch als bester Denker erscheint, wo schwärmerische Hingabe an die eindrucksvolle Persönlichkeit eines freigewählten, geliebten Führers nur allzu leicht eine kritiklose Übernahme der von ihm verfechtenden Gedanken mit sich bringt. Eine solche Kompetenzüberschreitung ist in der Tat unzulässig und alle Freunde der autonomen Jugendbewegung können im Interesse der Sache, die sie lieben, gar nicht dringend genug davor gewarnt werden, in edler, aber törichter Affenliebe diesen Kompetenzüberschreitungen einzelner Richtungen der Jugendbewegung auch noch Vorschub zu leisten. Sie, die bei der Jugend mit Recht Vertrauen genießen und Gehör finden, sollten diese ihre Stellung ausnützen, um die Jugend von solchen Abwegen fernzuhalten, und ihr stattdessen helfen, die Kräfte zu sammeln zur Inangriffnahme der eigentlichen großen Aufgaben der Jugendbewegung.

Mit dieser, von Herrn Kranold auf öffentlichem Markte kastrierten bürgerlichen Jugend soll sich nun die Arbeiterjugend verbinden.

Doch was ist das für eine Jugend, die er der bürgerlichen Jugend vorstellt? Nachdem er wieder im Prinzip die Selbständigkeit betont hat, muss Kranold zugeben, dass die sozialdemokratische Mehrheitsjugendpflege autokratisch ist. Das ist natürlich für ihn und seine Genossen blamabel. Aber Kranold weiß sich zu helfen. Und so erzählt er denn, dass der Zustand, dass die Mehrheitsjugend von außen her bewegt werde, sich herausgebildet habe „Nicht etwa, weil man ihre eigene aktive Bewegung verwirft, sondern weil sie eine eigene aktive Bewegung nicht aufbringt.“ Das ist richtig, wenn damit die künstlich aufgepöpelte Mehrheitsjugend gemeint ist. Nun verschweigt aber Kranold, dass dies nur ein sehr kleiner Teil der proletarischen Jugend überhaupt ist und dass die in den selbständigen Vereinen organisierte Jugend namentlich während der Kriegszeit eine bedeutende aktive Tätigkeit entfaltet hat. Er verschweigt auch, dass die ersten proletarischen Jugendorganisationen Kampforganisationen mit stark politischer Tendenz waren. Und dass er diese verschweigt, hat seinen guten Grund.

Würde Kranold wahrheitsgemäß über den Werdegang der proletarischen Jugend berichten, so müsste er mitteilen, dass die alte sozialdemokratische Partei durch Gewaltmaßnahmen jede Aktivität und Selbständigkeit der Arbeiterjugend unterdrückte, seitdem sie ihre Jugendausschüsse als Aufpasser über die ehemalige freie Jugendbewegung bestellt hat. Dann aber muss er gegen den Stachel löcken, dann müsste er das Jugendpflegeprogramm seiner politischen Freunde korrumpieren und an den Pranger stellen. Das darf er natürlich nicht, denn dann bekommt er es mit den Jugendpflegern in seiner Partei zu tun. Und so macht er denn auch sofort eine Verbeugung nach rechts, nachdem er gesagt, dass es eine Aufgabe der Jugendleiter (!) sein müsste das „Flüggewerden der proletarischen Jugend mit allen Kräften zu fördern, ja geradezu zu provozieren.“ – Flugs verteidigt er das Programm seiner Mehrheitsjugendpfleger mit folgenden Sätzen:

Dazu wäre freilich erforderlich, dass einmal die Forderung politischer Neutralität bei der proletarischen Jugendbewegung besser beachtet würde und dass zweitens die organisatorische Grenze gegen die Möglichkeit der sozialdemokratischen Partei anzugehören, scharf gezogen würde. Wenn man diese beiden Vorsichtsmaßregeln nicht trifft, so würde in der selbständigen Jugendbewegung allerdings nichts anderes entstehen, als ein wohlorganisierter Herd rücksichtsloser Parteierstörung durch urteilslose Betätigung politisch Unmündiger, die dem radikalsten und giftigsten Redner – meist am willigsten das Ohr leihen, weil dieser an seelische Kräfte bei ihnen anknüpft, an die gemäßigte Redner, ruhigere Menschen nicht anknüpfen können oder mögen.“

Hier liegt des Pudels Kern. Die Mehrheitsleute fürchten die Selbständigkeit der Jugend, deshalb wollen sie Autokratie. Sie müssen der Jugend die Kandare anlegen, weil sie wissen, dass die Jugend, die an und für sich revolutionär ist, ihnen ihre Politik kompromittiert. Und so entpuppt sich das ganze Gerede Kranolds von der Selbständigkeit der Jugend als eitle Spiegelfechtere. Die ganze Schrift ist ein Mittel zu dem Zweck, der nichtorientierten proletarischen und bürgerlichen Jugend Sand in die Augen zu streuen.

Nehmen wir nun einmal an, die bürgerliche autonome Jugend schliesse sich mit der Mehrheitsjugend zu einem Jugendbunde nach Kranoldschen Muster zusammen. Wäre damit der proletarischen Jugend geholfen? Keineswegs. Was der Jugend nottut, ist größere Aktivität und Selbständigkeit. Will sie praktisch etwas erreichen, so darf sie sich nicht auf die Erwachsenen verlassen, sondern muss selber handelnd auf den Plan treten. Das will aber Kranold der Jugend verwehren, denn er lehnt ja grundsätzlich jede politische Betätigung der Jugend ab. Somit ist sein Gerede von der Selbständigkeit der Jugend nichts anderes als Schaumschlägerei.

Die Kreise der bürgerlichen Jugend, die es ernst meinen mit dem Kampf um die gemeinsamen Jugendinteressen, sind längst von Herrn Kranold und seiner Jugend abgerückt. Sie werden sich auch durch seine Broschüre nicht hinter den Berg führen lassen.

Aus unserm politischen Tagebuch.

Die Unabhängigen haben sich wieder einmal in die Nesseln gesetzt. Da sie selbst nichts tun, was die Zeit von einer sozialistischen Partei, die auch nur halbwegs diesen Namen zu Recht führen darf, fordert, so ziehen sie es vor, sich von der im Osten glutig aufgegangenen Sonne der Revolution bestrahlen zu lassen. Herr Ledebour erklärt also keck und kühn, dass die Bolschewiki in Deutschland eigentlich die – Unabhängigen seien; dass die Unabhängigen von den Bolschewiki denn auch die wohlwollendste Förderung erfahren haben und dass zwischen den Unabhängigen und den Bolschewiki andauernd die besten Beziehungen bestanden haben und noch bestehen. Bei dieser Gelegenheit erinnert ein russischer Genosse – entweder der Österreicher Stampfer oder der Kriegsmillionär Parvus oder sonst eine sozialpatriotische Nummer – an eine Schrift Lenins, in der dem deutschen Parteizentrum und besonders dem guten Papa Kautsky recht unsanft die Wahrheit gezeugt wird. Der „Vorwärts“ druckt das mit schmunzelndem Behagen ab und nimmt die Gelegenheit wahr, einmal recht deutlich von den Bolschewiki abzurücken. Den Stampferleuten ist schließlich alles gleich: einmal haben sie die russische Revolution gemacht. Sowie Herr Kerenski obenauf ist und die russischen Scheidemänner triumphieren, lassen sie eine Sympathiekundgebung vom Stapel. Wie aber die Ära Kerenski innerhalb weniger Monate in Rauch aufgeht und die Bolschewiki das Staatsruder in die Faust nehmen, lassen sie sogleich wieder einen entsprechenden Glückwunsch los. Das geht nun so weiter.

Hieraus und aus allem, was sich die Scheidemänner bis jetzt geleistet haben, ist zu ersehen, was von ihren Anwürfen gegen die Unabhängigen zu halten ist. Immerhin soll ad notam genommen werden, dass die deutschen Sozialpatrioten nichts von der Extremität der Bolschewiks wissen wollen.

Den Unabhängigen geht es deshalb nicht viel besser, und indem Herr Ledebour sich bei den Bolschewiki anbieten wollte, schien er ganz vergessen zu haben, was er in Zimmerwald mit den Bolschewiki erlebte, genau denselben russischen Revolutionären, von deren Strahlenkranz er jetzt für die armseligen Unabhängigen ein Flimmerchen erhaschen möchte; Herr Ledebour scheint vergessen zu haben, dass er es war, der mit seinem Intimus Adolf Hoffmann die deutschen Freunde der Bolschewiki, die Vertreter der Zimmerwalder Linken, öffentlich mehrmals denunzierte; er scheint vergessen zu haben, dass er von Karl Radek, dem unermüdlichen Vorkämpfer bolschewikischer Taktik, öffentlich abrückte; er scheint vergessen zu haben, dass er mit Fingern auf die wies, die eine erste inoffizielle Organisation in Deutschland nach Bolschewikischen Vorbild gegründet hatten; er scheint vergessen zu haben, dass er sich mit dieser sauberen Arbeit hinter den sozialpatriotischen Parteivorstand nicht nur, sondern sogar hinter den Staatsanwalt steckte. Herr Ledebour scheint vergessen zu haben, dass er sich mitsamt seinem Freunde Adolf Hoffmann in die Gemeinschaft der „Vossischen Zeitung“ begab, um die Ansätze Bolschewikischer Bewegung in Deutschland im Keime zu ersticken; er scheint vergessen zu haben oder – lassen wir mildernde Umstände walten! – nicht gemerkt zu haben, dass er als Denunziant das unfreiwillige Organ der Kriminalpolizei und der Generalkommandos wurde. Herr Ledebour scheint vergessen zu haben, dass er noch immer einen Feldzugsplan gegen die „Männer der Tat“ in der Tasche hat, und er scheint nicht zu wissen, dass diese „Männer der Tat“ die Rolle der Bolschewiks in Deutschland spielen. Herr Ledebour scheint auch vergessen zu haben, dass nicht allein Trotzki, Lenin und Zinoffjeff mit Ausdrücken tiefster Verachtung von dem deutschen Parteizentrum gesprochen haben, sondern dass sogar Rosa Luxemburg und Franz Mehring an dem „wissenschaftlichen Beirat“

der Unabhängigen kein gutes Haar gelassen haben. Wir dürfen bei dieser Gelegenheit wohl an das erste Heft der „Internationale“ erinnern, das der jetzt mit den Unabhängigen verschmolzenen Gruppe „Internationale“ den Namen gab. Herr Ledebour scheint gar nicht zu merken, dass jede Stunde bolschewikischer Tätigkeit in Russland den ganzen unabhängigen Klüngel gleich kübelweise mit Schimpf und Schande übergießt. Die Unabhängigen sind alt und schwach. Was soll man von ihnen erwarten! Die Senilität glotzt ihnen aus allen Poren. Die Bolschewiks aber haben dennoch ihre Freude in deutschen Landen.

...

Feuilleton

Zwei Stätte.

Von Charles Dickens. (Fortsetzung.)

Abermals gab der Straßenarbeiter die alte Vorstellung, in welcher er von Rechts wegen sicher sein musste, da sie ein ganzes Jahr hindurch die unfehlbare und unentbehrliche Unterhaltung seines Dorfes gewesen war.

Jacques Nummer eins unterbrach ihn und fragte, ob er den Mann schon früher einmal gesehen hätte?“

„Nie,“ gab der Straßenarbeiter zur Antwort, indem er sich wieder aufrichtete.

Jacques Nummer drei fragte, wie er ihn dann später erkannt habe?

„An seiner langen Gestalt,“ sagte der Straßenarbeiter halb laut und legte den Finger an die Nase. „Als Monsieur le Marquis am Abend fragte: „Wie sah er aus?“ gab ich zur Antwort: „Lang wie ein Gespenst.“

„Ihr hättet sagen sollen: Klein wie ein Zwerg,“ belehrte ihn Jacques Nummer zwei.

„Ja, was wusste ich! Die Tat war damals noch nicht getan und er hat mir auch nichts anvertraut. Merkt wohl! Unter diesen Umständen biete ich mein Zeugnis nicht an. Monsieur le Marquis zeigte auf mich mit dem Finger, wie ich bei unserem kleinen Brunnen stand und sagte: „Bringt den Kerl dort her!“ Bei meinem Wort, ihr Herren, ich biete mich nicht an.“

„Er hat recht darin, Jacques,“ sagte Defarge zu dem, welcher ihn im Sprechen unterbrochen hatte. „Fahrt fort.“

„Gut!“ sagte der Straßenarbeiter mit geheimnisvoller Miene. „Der lange Mann ist verschwunden und wird gesucht – wie viele Monate? Neun, zehn, elf?“

„Die Zahl ist gleichgültig,“ sagte Defarge. „Er war gut versteckt; aber das Unglück wollte zuletzt, dass er gefunden ward. Weiter!“

„Ich arbeite wieder an derselben Stelle der Straße und die Sonne geht abermals zur Rüste. Ich nehme mein Arbeitszeug zusammen, um hinunter in mein Dorf zu gehen, wo es schon dunkel ist, als ich aufblicke und über die Höhe sechs Soldaten kommen sehe. In ihrer Mitte geht ein langer Mann mit gebundenen Armen – an die Seite gebunden – so!“

Mit Hilfe seiner unentbehrlichen Mütze stellte er einen Mann dar, dessen Ellbogen hinten mit zusammengebundenen Stricken an den Hüften befestigt sind.

„Ich bleibe bei meinem Steinhaufen stehen, um die Soldaten und ihren Gefangenen vorbeigehen zu sehen (denn es ist eine einsame Straße, wo alles, was vorbeikommt, des Ansehens wert ist) und zuerst – wie sie näherkommen – sehe ich weiter nichts, als dass es sechs Soldaten sind mit einem gebundenen langen Mann und dass sie fast schwarz aussehen

- außer an der Seite, wo die Sonne zu Bett geht, wo sie einen roten Rand haben, Messieurs. Auch sehe ich ihre langen Schatten auf der andern Seite der Straße gleich den Schatten von Riesen. Auch gewahre ich, dass sie mit Staub bedeckt sind und dass sich der Staub mit ihnen fortbewegt, wie sie herankommen, tramp, tramp! Aber wie sie ganz nahekommen, erkenne ich den langen Mann und er erkennt mich. O wie gern würde er den Abhang hinuntergesprungen sein, wie an dem Abend, wo er und ich zuerst uns sahen dicht bei demselben Fleck!"

Er beschrieb es, als ob er dort wäre und es war offenbar, dass er alles lebendig vor sich sah; vielleicht hatte er in seinem Leben nicht viel gesehen.

„Ich verrate den Soldaten nicht, dass ich den langen Mann kenne; er verrät den Soldaten nicht, dass er mich erkennt: wir sprechen mit den Augen miteinander. „Vorwärts!“ sagt der Anführer der Soldaten und wies auf das Dorf, bringt ihn rasch in ein Grab!“ Und sie trieben ihn rascher vorwärts. Seine Arme sind geschwollen, weil sie fest zusammengeschnürt sind; seine Holzschuhe sind groß und schwer und er geht lahm. Weil er lahm und daher langsam geht, stoßen sie ihn mit ihren Flinten vorwärts, so!“

Er macht die Bewegung eines Mannes nach, der von Flintenkolben fortgestoßen wird.

„Wie sie - wie toll - den Abhang hinunterlaufen, fällt er. Sie lachen und heben ihn wieder auf. Sein Gesicht ist blutig und mit Staub bedeckt, aber er kann es nicht abwischen; darauf lachen sie wieder. Sie bringen ihn in das Dorf; das ganze Dorf läuft zusammen; sie führen ihn an der Mühle vorbei und hinauf nach dem Gefängnis; das ganze Dorf sieht das Gefängnistor in der dunklen Nacht sich auftun und ihn verschlingen - so!“ Er sperrt den Mund auf, soweit er kann, und macht ihn wieder zu, dass die Zähne aufeinander klappen. Als er keine Luft zeigte, den Effekt dadurch zu verderben, dass er den Mund wieder aufmachte, sagte Defarge zu ihm: „Weiter, Jacques!“

„Das ganze Dorf geht wieder heim,“ fährt der Straßenarbeiter mit gedämpfter Stimme weiter fort: „das ganze Dorf flüstert sich am Brunnen in die Ohren; das ganze Dorf schläft; das ganze Dorf träumt von dem Unglücklichen hinter den Schlössern und Riegeln des Gefängnisses auf dem Felsen, das er nie wieder verlassen soll, außer zu sterben. Des Morgens mache ich, mit meinem Arbeitszeug auf der Schulter und im Gehen ein Stück schwarzes Brot essend, wie ich auf die Arbeit gehe, einen Umweg an dem Gefängnis vorbei. Dort sehe ich ihn hoch oben hinter dem eisernen Gitter eines Fensters mit blutigem und bestaubtem Gesicht, wie den Abend vorher. Er hatte keine Hand frei, um mir nachzuwinken; er sieht mich an wie ein toter Mann.“

Defarge und die drei anderen sahen sich finster an. Die Gesichter von allen vieren hatten einen finstern, ingrimmigigen, rachedürstenden Ausdruck, wie sie der Erzählung des Landsmannes zuhörten. Sie benahmen sich dabei mit einem heimlichen Wesen, das och zugleich etwas von einer Amtsmiene hatte. Sie hatten fast das Aussehen eines Gerichts; Jacques eins und zwei saßen auf dem alten Lotterbett, das Kinn auf die Hand gestützt und die Augen gespannt auf den Straßenarbeiter geheftet; Jacques drei hinter ihnen, mit einem Knie auf das Bett gestützt und mit seiner aufgeregten Hand beständig über Mund und Nase fahrend; Defarge zwischen ihnen und dem Erzähler stehend, den er in das Licht an das Fenster postiert hatte, und abwechselnd diesen und die drei anderen ansehend.

„Weiter, Jacques“ sagte Defarge.

„Dort oben in seinem Käfig bleibt er einige Tage. Das Dorf sieht verstohlen zu ihm hinauf, denn es fürchtet sich. Aber es sieht von weitem beständig zu dem Gefängnis auf dem Felsen hinauf; des Abends, wenn die Tagesarbeit getan ist und es sich um den Brunnen versammelt, um zu plaudern, wenden sich alle Gesichter dem Gefängnis zu. Früher wendeten sie sich dem

Posthause zu; jetzt blicken sie nach dem Gefängnis. Halblaut flüstern sie sich am Brunnen zu, dass er, obgleich zum Tode verurteilt, nicht hingerichtet werden würde; sie erzählen sich, dass Bittschriften nach Paris gegangen sind, um vorzustellen, dass er durch den Tod seines Kindes wahnsinnig geworden; sie sagen, dass man dem König selbst eine solche Bittschrift überreicht habe. Was weiß ich? Es ist möglich. vielleicht ja, vielleicht nein.“

„So hört denn, Jacques,“ unterbrach Nummer eins dieses Namens mit finsterem Ernste. „Wisst, dass eine Bittschrift dem König und der Königin überreicht wurde, Wir alle hier, ihr selbst ausgenommen, habt gesehen, wie der König in seinem Wagen neben der Königin sitzend sie auf der Straße entgegennahm. Defarge, der hier steht, sprang auf Gefahr seines Lebens mit der Bittschrift in der Hand vor die Pferde.“

„Und hört noch weiter, Jacques!“ sagte der Dahinterkniende von den Dreien; seine Finger glitten immer noch über das Gesicht mit einer auffällig gierigen Miene, als ob er nach etwas hungerte, was weder Speise noch Trank war. „Die Leibwache zu Fuß und zu Pferde umringte den Bittsteller und schlug ihn. Hört ihr!“

„Ich höre, Messieurs.“

„Weiter also,“ sagte Defarge.

„Auf der anderen Seite flüstern sie sich an dem Brunnen zu,“ fuhr der Erzähler fort, „dass er her zu uns geschafft worden ist, um an Ort und Stelle hingerichtet zu werden und dass er ganz gewisslich hingerichtet werden würde. Sie flüstern sich sogar einander zu, dass, weil er Monseigneur ermordet hat und weil Monseigneur der Vater seiner Untertanen war, er als Vatemörder hingerichtet werden soll. Ein alter Mann sagt am Brunnen, dass man einem solchen die rechte Hand mit dem Messer verbrennt; dass man ihm in Einschnitte, welche man in seine Brust, in seine Beine und seine Arme macht, siedendes Öl, geschmolzenes Blei, brennendes Harz und brennenden Schwefel gießt, und dass man ihn endlich von vier starken Pferden in Stücke zerreißen lässt. Dieser alte Mann sagt, dass man dies alles wirklich einem Missetäter zugefügt, der einen Mordversuch auf den vorigen König, Ludwig den Fünfzehnten, gemacht hatte. Aber wie kann ich wissen, ob er lügt oder nicht? Ich bin kein Gelehrter.“

„So merkt noch einmal wohl auf, Jacques!“ sagte der Mann mit der ruhelosen Hand und der gierigen Miene. „Der Name dieses Missetäters war Damiens und es geschah alles bei hellem Tage und auf offener Straße in dieser Stadt Paris; und nichts fiel unter der unermesslichen Menschenmenge, welche zusah, mehr auf, als die aushielten – Jacques, bei sinkender Nacht, wo ihm die Beine und ein Arm ausgerissen waren und er immer noch atmete! Und das geschah – wie alt seid ihr?“

„Fünfunddreißig,“ sagte der Straßenarbeiter, der wie sechzig aussah.

„Es geschah, als ihr mehr als zehn Jahre alt wart; ihr hättet es also sehen können.“

„Genug!“ sagte Defarge mit ingrimmiger Ungeduld. „Es lebe der Teufel! Weiter!“

„Weiter also! Einige flüstern dieses, andere flüstern jenes sie sprechen von nichts anderem; selbst der Brunnen scheint nach dieser Melodie zu plätschern. Endlich eines Sonntags nachts, als das ganze Dorf schlief, kamen Soldaten den Weg vom Gefängnis herab und ihre Gewehre klirrten auf den Steinen der Dorfgasse Arbeitsleute graben und hämmern, Soldaten lachen und singen, und des Morgens steht an dem Brunnen ein Galgen, vierzig Fuß hoch, und vergiftet das Wasser.“ (Fortsetzung folgt.)

An unsere Abonnenten!

Diejenigen unserer Abonnenten, die ungehalten sind, dass unsere Zeitschrift zeitweilig in vermindertem Umfange erscheint, dürfen wir wohl daran erinnern, dass es uns nur unter Berücksichtigung der allerschwierigsten Verhältnissen möglich ist zu erscheinen, zumal wir nicht alleine mit den Einschränkungen im Papierverbrauch zu rechnen haben.

Verlag der „Arbeiterpolitik“ Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 2/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 12. Januar 1918.

Nr. 2

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Demokratie.

Sozialismus und Demokratie werden oft als die beiden großen Ziele der Arbeiterklasse genannt. Sie unterscheiden sich insoweit, dass Sozialismus eine wirtschaftliche Organisation bedeutet, Demokratie ein politisches System. Die Wirtschaft kann man nicht durch Regierungsdekret umbilden; Dekrete und Gesetze können nur hemmend oder fördernd auf die Entwicklung einwirken. Ein politisches System dagegen kann durch Gesetze umgeändert werden.

Dieser altbekannten Darstellung ihres Gegensatzes muss noch etwas hinzugefügt werden. Man wird den Weg zum Sozialismus nicht einschlagen, weil man theoretisch weiß, wie schön dieses Ziel sein wird, sondern um die Not des Augenblicks zu steuern, wird man genötigt, seine Maßnahmen zu schaffen, die schließlich zum Sozialismus hinausführen. Das russische Beispiel zeigt uns das jetzt praktisch; dass die heutigen Leiter Sozialisten sind, bedeutet nicht, dass sie irgendein geträumtes Gemeinwesen verwirklichen wollen, sondern, dass sie rücksichtslos die Interessen der Arbeiter gegen die Kapitalinteressen durchführen werden; ihre sozialistische Einsicht hilft ihnen zugleich, klar vorauszusehen, dass die wirtschaftlich notwendigen Maßnahmen auf der Linie zum Sozialismus liegen. Und zugleich zeigt uns das russische Beispiel, wie unsere Demokratie in der Praxis aussieht.

Wieviel wird in westeuropäischen Ländern über Demokratie gefaselt von Staatsmännern großen oder kleinen Kalibers, von Ministern und Fürsten und Generälen und ihren Lakaien, den Sozialpatrioten – alle sind sie für Demokratie. Aber was sie darunter verstehen! Ein verklausuliertes oder auch ein unverklausuliertes Wahlrecht, ein paar Sozialgesetze mit Selbstverwaltung, ein Arbeiter in das Ministerium, ein ehemaliger Handwerksgehilfe, der durch persönliche Fähigkeit im Dienste des Kapitals zum Präsidenten eines Kantons emporsteigt – das sind schon die höchsten Blüten demokratischen Zustandes, an die man kaum schauernd zu denken wagt. Meist allerdings ist Demokratie nur eine schöne Losung, um das Volk einzulullen. Sehen wir jetzt nach Russland, damit unsere Gedanken auf einen höheren Plan steigen, damit wir los von bürgerlicher Tradition die einfache klare Wahrheit sehen.

Demokratie brauchte nicht von oben eingeführt zu werden. Sie war schon Tatsache geworden durch den Kampf, und die nachherigen Dekrete der Sowjetregierung haben dieser Tatsache nur Ausdruck verliehen. Als im März die russischen Soldaten sich mit dem Volke

verbrüdernten und die meisten Offiziere sich dem fügten und eine rote Kokarde anhefteten, wählten die Soldaten ihre Soldatenräte, die mit den Arbeitervertretern zusammen die Sowjets bildeten. Vergebens suchte Korniloff als Oberbefehlshaber dieses Akquisit der Revolution wieder aufzuheben und die Disziplinargewalt wiederherzustellen. Es zeigte sich bald, dass nicht er und die Offiziere, sondern dass die Soldatenräte die Führung hatten; ihnen gehorchten die Soldaten, und damit war die Novemberrevolution unvermeidliche Tatsache. Und die erste Tat der neuen Regierung war eine Bestätigung dieser Tatsache durch einen Beschluss zur Demokratisierung der Armee. Im Dezember, als der ganzen Front entlang die alte Militärgewalt beseitigt war, konnte man auch in den Zeitungen lesen, dass die Truppen überall im Betrieb waren, die Stäbe und die Offiziere zu wählen. Zugleich wurden alle Unterscheidungen, Distinktive, Sterne und Goldstreifen sowie Orden und Medaillen abgeschafft. Nirgends tritt wohl so scharf wie hier hervor, dass die ganze alte Welt auf den Kopf gestellt wurde. Der Sold wird für alle gleich gemacht und auf ein höheres Niveau gebracht als zuvor die Soldaten bekamen.

Eine zweite Maßnahme wird vom 8. Dezember berichtet, eine Reform des Gerichtswesens. Alle ordentlichen Gerichtshöfe sowie die Kriegsgerichte und Handelsgerichte werden abgeschafft und ersetzt durch neue, *durch Volkswahl* bestellte Gerichte. Und mit den Richtern der alten Zeit verschwindet der ganze Tross von Juristen, die wie eine Bande von Ungeziefer, ausgebrütet von der Fäulnis der bürgerlichen Ordnung, von Besitzstreitigkeiten und Verbrechen, an dem Körper der Gesellschaft schmarotzte Staatsanwaltschaft, Untersuchungsrichter und Advokatur werden abgeschafft; jeder unbescholtene Bürger kann als Ankläger und Verteidiger auftreten. Eine ganze Welt der Klassenunterdrückung versinkt damit in die Tiefe.

Der bürgerliche Klassenstaat hat als sein wichtigstes Organ die Bureaukratie geschaffen, das Beamtentum, das sich dazu auserwählt fühlt, das Volk zu regieren. Nirgends war dieses Beamtentum so verhasst und zugleich so verachtet wegen seines Dünkels, seiner Unfähigkeit und seiner Bestechlichkeit als in Russland die Tschinowniks. Diese Herren haben sofort herausgeföhlt, dass das neue Regiment ihr weiteres Schmarotzertum nicht leiden konnte, und sie suchten sich durch ein allgemeines Streiken zu widersetzen. Man denke sich ja, so ein hoher Beamter sollte sich nach Weisungen der Arbeitervertreter benehmen! Typisch für ihre Auffassung war die kurze Zeitungsnotiz, sie werden nicht dulden, dass die Bolschewiks sich in ihre Angelegenheit mischten. Ihre Amtstätigkeit sei ihre Angelegenheit, nicht Angelegenheit des Volkes! Die Herren sind dann wegen dieser Sabotage der öffentlichen Verwaltung entlassen worden. Natürlich gibt es neben diesen dünkelhaften Bureaukraten eine Unmasse höherer und niederer Beamten, zumeist Staatsproletarier, die die eigentliche Arbeit verrichten, die für die Staatsverwaltung notwendig ist. Auf sie bezieht sich die Nachricht, dass für alle Staatsbeamte ein gleichmäßiges Gehalt von 500 Rubel monatlich festgesetzt wurde.

Dies sind nur einige aus den vielen demokratischen Maßnahmen, die in Russland getroffen wurden - weil wir fast völlig auf die Nachrichten der bürgerlichen Berichterstatter (meist englischer Bourgeoisorgane) angewiesen sind, die alles verzerrt oder in ungünstiger Beleuchtung mitteilen, wissen wir über das Meiste der Maßnahmen und ihrer Ausführung und Wirkung fast nichts. Es versteht sich, dass eine Unmenge von Hass gegen die neue Ordnung in allen Nutznießern des alten Regiments sich ansammelt, aber dafür wird in den Massen des Volkes umso größere Befriedigung herrschen. Und solange sie fühlen, dass sie hier ihre eigenen Angelegenheiten regeln in der Weise, wie es ihrem Rechtsempfinden und ihren Interessen entspricht, solange wird alle Wut der früheren Herren nichts schaden.

Warum es nicht zum Frieden kommt.

Von P. Unruh.

Will man die Frage nach dem Frieden richtig beantworten, so muss man zunächst den Quellen nachforschen, aus denen der Krieg hervorgegangen ist. Ein kurzer, ganz flüchtiger Blick auf die politischen Zustände der letzten Jahrzehnte belehrt darüber, dass die Welt in der ganzen imperialistischen Epoche keinen Frieden gekannt hat. Es ist seit 1871 kaum eine Spanne von 365 Tagen vergangen, nach der nicht die Waffen in das Geschick der Völker fuhren. Das geht fast ununterbrochen von dem Einbruch der Russen nach Ostasien bis zu den Waffengängen in Tripoltanien und auf dem Balkan, den unmittelbaren Vorspielen der gegenwärtigen Welttragödie. Solange der Imperialismus seinen Brandschein über die Erde warf, hat die Welt keinen Frieden gekannt.

Alle diese kriegerischen Auseinandersetzungen waren die Folgen der durch den Imperialismus zwischen den Großmächten aufgerissenen Gegensätze, die ihrerseits wieder hervorgerufen wurden durch den dem modernen Kapitalismus eigenen Expansionsdrang. Hier stoßen wir auf die Wurzeln aller neueren Kriege. Es ist ja im Grunde eine von Widersprüchen strotzende Entwicklung. Die Produktivkräfte steigern sich mit Hilfe der Technik zu schwindelhafter Höhe. Eine Produktionsfähigkeit tritt ein, die ein ganzes Menschengeschlecht in den Zustand schönster Wohlhabenheit versetzen könnte. Und dennoch klafft der Gegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen tiefer denn je. Die bürgerlichen Nationalökonomien wollen uns glauben lehren, dass die ungeheure wirtschaftliche Entwicklung in erster Linie der fieberhaften Vermehrung der Bevölkerung zuzuschreiben sei, „für die Nahrung und Beschäftigung gefunden werden mussten“. Aber schon ein namhafter Vertreter der bürgerlichen Nationalökonomie, Adolf Wagner, stellt auf Grund eingehender Untersuchungen mit Bedauern fest, dass das Nationaleinkommen und Nationalvermögen sich ganz erheblich zugunsten der obersten Volksklassen entwickelt hat, während besonders die Mittelschichten in eine immer ungünstigere Lage geraten, und er spricht mit größtem Bedenken von einer Finanzentwicklung in plutokratischem Sinne.

Aber wenn es sich um die Herbeischaffung von Nahrung für die „fieberhaft“ vermehrte Bevölkerung handelt, wie erklärt sich denn die auffallende Tatsache, dass gerade in den Produktionsstätten der Nahrungsmittel, in der Landwirtschaft, ein so starker Mangel an Arbeitskräften war, dass zahllose Arbeiter aus dem Ausland herangezogen werden mussten? Wir übertreiben? Im Jahre 1909 betrug die Zahl der ausländischen Landarbeiter in Preußen allein 313 569; sie ist von 206 983 im Jahre 1905 unausgesetzt gestiegen. Im Jahre 1912 bis 1913 wurden durch die deutsche Arbeiterzentrale weit über 400 000 ausländische Wanderarbeiter für die deutsche Landwirtschaft festgestellt. Im hochagrarischen Mecklenburg war das Verhältnis der ausländischen Arbeitskräfte zu der reichsdeutschen Bevölkerung folgendes:

Im Jahre 1902 27,0 Russisch-Polen, 3,0 Galizier, 0,0 Ungarn, 70,0 deutsche Reichsangehörige,
1906 59,0 Russisch-Polen, 2,4 Galizier, 0,6 Ungarn, 38,0 deutsche Reichsangehörige.

Danach war das Gesamtverhältnis: 62,0 Prozent Ausländer gegen 38 Prozent Reichsdeutsche. In der Tat eine „fieberhafte“ Vermehrung der Bevölkerung – aber der ausländischen! Man sagt: die deutschen Landarbeiter seien in die Städte abgewandert? Wohl! Aber auch in der Industrie ist die Zahl der ausländischen Arbeiter fortgesetzt und „fieberhaft“ gestiegen, nämlich für Preußen allein von 247 365 im Jahre 1905 auf 450 115 im Jahre 1909. Dies nach den Ermittlungen des Reichsarbeitsblattes vom März 1913.

So löst sich die ganze schöne Bevölkerungstheorie, nach der die Großproduzenten in Industrie und Landwirtschaft keine größeren Sorgen hatten, als der „fieberhaft“ wachsenden

Bevölkerung Arbeit, Nahrung und Wohlstand zu vermitteln, in eine einzige haltlose Flause auf. Und es bleibt nichts übrig, als ein „fieberhaft“ wachsendes Verlangen nach erhöhtem Profit. Das ist die Triebkraft der kapitalistischen Produktion, die schließlich den Kapitalismus und die gesamte bürgerliche Gesellschaft in unlösbare Widersprüche verstrickt. Ökonomisch unternimmt der Kapitalismus einen Versuch nach dem anderen, um dieser wachsenden Widersprüche Herr zu werden, die ihn in dem Schreckgespenst der Krisen ständig bedrohen. Er sucht Produktion und Konsumtion durch die Rechtsverträge der Kartelle zu regeln, ohne indes bislang verhindert zu haben, dass im Innern jedes Kartells unablässig der Widerstand der Kleinen gegen die Großen bohrt und die Existenz des künstlichen Baues immer wieder in Frage gestellt wird. Von den die wirtschaftlichen Gegensätze sonst noch verschärfenden Tendenzen der Kartelle ganz zu schweigen. Finanztechnisch sucht er die zu Krisen drängenden Widersprüche durch das komplizierte Pump- und Leitungssystem der Banken zu meistern, ohne indes bislang verhindert zu haben, dass die Widersprüche, wie bei den Kartellen, zu eminenten weltpolitischen Gegensätzen führte.

Politisch sucht er seine Herrschaft durch ein Drucksystem von bisher angekannter Schwere zu sichern, ohne indes den großen welthistorischen Gegensatz zwischen Großbourgeoisie und Proletariat auch nur im mindesten gelindert zu haben. Alle Versuche des Kapitalismus, die durch ihn erzeugten Widersprüche und Gegensätze zu überwinden, sind erfolglos gewesen und müssen notwendig stets erfolglos bleiben.

So kann auch der Krieg keine Lösung dieser Konflikte bringen.

Und wenn die imperialistischen Regierungen einen Frieden machen, so ist es eben auch nur ein Frieden des Imperialismus, der sich gerade so lange ruhig gebärdet, als der furchtbare Aderlass des Krieges ihn dazu zwingt. Der Imperialismus kann der Welt den Frieden nicht bringen. Er bringt ihr höchstens eine Ruhepause, auf alle Fälle aber die Aufrüstung für seinen nächsten, noch gewaltigeren Waffengang.

Warum aber kommt es jetzt im Westen nicht zum Frieden? Sind sie in den „Grundzügen“ nicht einig? Haben sie den Frieden ohne Annexionen nicht alle auf ihre Fahne geschrieben? Reden sie nicht alle vom Selbstbestimmungsrecht der Völker?

Es werden den offiziellen Friedensverhandlungen zunächst unverbindliche Verständigungsversuche über die wichtigsten Fragen vorangehen müssen, so hat ein deutscher Diplomat in seiner Sprache sich über den Krieg geäußert.

Der Krieg hat alle imperialistischen Konflikte bis in die Tiefe aufgebrochen. Die Welt muss sozusagen neu organisiert werden. Der Imperialismus aber kann die in ihm wirkenden zentrifugalen Kräfte nicht mehr bändigen. Er kann der Welt den Frieden nicht bringen, und wenn er die Pforten der Hölle einschlagen würde.

Die sozialen Geburtswehen des russischen Volkes.

Von Nikolai Rubakin.

Untenstehenden Artikel, den wir aus der „Internationalen Rundschau“ abdrucken, ohne in allen Punkten mit dem Verfasser einverstanden zu sein, gibt ein klares objektives Bild von den augenblicklichen Zuständen in Russland. Dabei kommt der Verfasser dem Schluss, dass die Macht der Bolschewiks mit jedem Tag mehr befestigt wird.

Red. der „Arbeiterpolitik“.

In den Adern Russlands entwickeln sich jetzt Ereignisse von ungeheurer Weltbedeutung mit schwindelerregender Schnelligkeit immer weiter fort. Und wenn man sie in allen Details mit größtmöglicher Objektivität verfolgt, so fragt man sich unwillkürlich: bereitet nicht Russland für die Welt der Zukunft Überraschungen vor, die gestern noch von sehr vielen für unverwirklichbare Utopien gehalten wurden? Ein seltsames Schauspiel! Vor noch nicht mehr als drei Jahren galt das russische Vielmillionenvolk in Europa als eines der rückständigsten und ungebildetsten Völker. Heute dagegen kann niemand ableugnen, dass die fortgeschrittensten sozialistischen Doktrinen vor allen europäischen Ländern gerade in Russland den größten Erfolg haben.

Allerdings, vom wirklichen Sozialismus ist auch Russland noch weit entfernt. Aber die andern Länder, selbst Australien, sind noch weiter zurückgeblieben. Man kann kaum daran zweifeln, dass soziale Wandlungen sich, wenn nicht gleich, so doch in einigen Jahren, auch in anderen Gegenden der Welt, vor allem in Europa, bemerkbar machen werden. Man kann sich jedenfalls nicht der Tatsache verschließen, dass durch Russland und dank ihm in das nationale und internationale Leben der Völker neue Prinzipien eingetreten sind, die man in der Literatur zwar schon lange proklamiert hatte, die aber bis dahin tote Buchstaben geblieben waren. Die Träger und Verwirklicher dieser Prinzipien sind nicht etwa geringfügige Gruppen von Intellektuellen, sondern die Volksmassen, vor allem die russischen „Mushiks“ und Arbeiter. Und nicht, weil sie von diesen oder jenen Parteipolitikern „verführt“ und „aufgehetzt“ worden wären, sondern weil das eigentliche Wesen dieser Prinzipien sich bei ihrer realen Verwirklichung nicht nur als bequem, sondern auch für die vielen Millionen der arbeitenden Massen als notwendig erwiesen haben.

Hat ein Volk das Recht, einen von ihm weder geplanten noch begonnenen Krieg abzubrechen? Hat jede Nation ein Selbstbestimmungsrecht? Muss selbst ein siegreiches Volk auf Eroberungen und Kriegsentschädigungen verzichten? Muss der Grund und Boden zum Nationaleigentum werden? Auf alle diese and noch viele andere Fragen hat das russische Volk eine bestimmte, *bejahende* Antwort erteilt, getreu dem geistigen Erbe der größten Denker, Gelehrten und sogen. „Schwärmer“ des Westens sowohl wie Russlands. Auch die unerhörtesten Reformen, die verwirklicht wurden, sind bei der russischen Volksmasse populär, und gerade deswegen populär, weil sie verwirklicht worden sind, weil sich in Russland genug kühne Männer gefunden haben, um sie verwirklichen zu können. Das Bildungsniveau spielt dabei eine untergeordnete Rolle.

Der Radikalismus schreckt nicht einmal die unkultiviertesten Massen des russischen Volkes ab, das genug unter der zarischen „Ordnung“ zu leiden gehabt hat. Und wir sehen, dass Millionen unscheinbarster Leute in Russland tief aufrichtigen und gewaltigen Schwung eines Idealismus ergriffen worden sind, wie es in der Weltgeschichte auf einem Raum von 22,25 Millionen Quadratkilometern und bei vielen dutzend Millionen Menschen noch niemals beobachtet worden ist. Dieser gewaltige Vorgang, der auch vom Standpunkt der Sozialpsychologie von größtem Interesse ist, wird in Westeuropa leider nur schlecht verstanden und falsch bewertet; denn außerhalb der Grenzen Russlands weiß man zu wenig von dem, was innerhalb ihrer vor sich geht.“

Die Nachrichten, die in französischen, deutschen, englischen und schweizerischen Zeitungen erscheinen, geben weder einen vollständigen noch einen auch nur im geringsten zutreffenden Eindruck von Russland. Alle Zeitungen sind mit Nachrichten angefüllt, die heute fabriziert werden, um die Revolution und besonders die Maximalisten zu diskreditieren, und die schon morgen widerlegt sind. Außerdem finden wir in diesen von allerlei Agenturen verbreiteten Nachrichten eine nicht kleine Portion direkter wissentlicher Lügen, ganz zu schweigen von der sogenannten „natürlichen Verlogenheit der Zeugenaussagen“, die ins Gebiet der

Kriminalpsychologie gehören. Um das, was in Russland vor sich geht, zu begreifen, ist es vor allem notwendig, dass man sich allen über Russland verbreiteten Nachrichten gegenüber mit der äußersten Vorsicht verhalte und das aus ihnen sich ergebende Bild des russischen Lebens in jedem Falle für ein einseitiges ansehe.

Vor uns liegt ein ganzer Haufen französischer, englischer, schweizerischer Zeitungen, die mit Tatsachen angefüllt sind, welche die „russische Anarchie“, das russische „gachis“, von der düstersten Seite illustrieren. Daneben liegen auch einige russische Zeitungen, welche die Quelle dieser Illustrationen sind. Zu diesen Quellen gehört nun fast die gesamte russische bürgerlich-liberale Presse, die heute nicht sehr umfangreich ist. Die Zahl der Zeitungen in Russland ist aber gegenwärtig, trotz des Papiermangels, eine enorme; und die bürgerlichen Blätter verschwinden dort vollkommen hinter den nichtbürgerlichen, den sozialistischen Blättern, die in einer täglichen Auflagenziffer von vielen Dutzenden von Millionen verbreitet werden. Kennt Westeuropa diese Zeitungen? Nein, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die nach der russischen Revolution organisierte, französisch-englische Zensur sie nicht über die Grenze lässt. Und gerade in dieser nicht-bürgerlichen Presse schlägt der Puls des gegenwärtigen wirklichen Russlands. Man mag sich zur Richtung dieser Zeitungen verhalten, wie man will, man muss aber mit den Tatsachen, die in ihnen mitgeteilt werden, rechnen. Sie erzählen nicht nur von der Anarchie, die in Russland augenblicklich zweifellos groß ist, sondern auch vom sozialen Schöpfergeist neuer Lebensformen, der größer ist als die Anarchie! Wollt ihr den gegenwärtigen russischen Maximalismus verstehen? Dann denkt euch in diesen nationalen Schöpfergeist hinein. Und nur wenn ihr euch in ihn hineingedacht habt, werdet ihr das Wesen der russischen Anarchie sowohl wie des russischen Maximalismus verstehen. Dazu möchte ich mit diesem Aufsatz beitragen.

1.

Zunächst einige Worte über die schöpferischen Taten selbst. Im gegenwärtigen revolutionären Russland wird eine gigantische, in der Geschichte noch nie dagewesene schöpferische Arbeit geleistet: der Umbau der sozialen, wirtschaftlichen, politischen, privaten, religiösen, geistigen, ja sogar der allerintimsten Beziehungen. Alles, was die russische Geschichte geschaffen hat, alles vom Zarismus und den russischen Junkern unter dem Segen des russischen unwissenden Popen Errichtete wird umgebaut. Es gibt keine Seite des russischen Volkslebens, keinen Winkel im riesigen Lande, einschließlich bis zu den Hütten der Tschuktschen, wo dieser allgemeine Umbau nicht in Angriff genommen worden ist. Und das alles während des Krieges, während der Revolution, während der Anarchie, die von allen Feinden des neuen Gesellschaftsbaues, zum geringeren Teil unbewusst, zum größeren Teil absichtlich, ins Leben gerufen worden ist. Das ist nur ein äußerst gedrängtes und unvollständiges Bild jener schöpferischen, aufbauenden Arbeit, die gleichzeitig und im gleichen Raum mit der von der Anarchie geleisteten Zerstörungsarbeit vor sich geht, wobei die Anarchie, die uns schwer zu begreifen ist, als ein gewaltiges, aber in seiner Art leider nicht zu vermeidendes Übel erscheint. Über die Anarchie wird viel geschrieben. Über die schöpferische Arbeit erschreckend wenig. Nicht einmal die wesentlichsten Einzelheiten dieser Arbeit sind in der bei weitem überwiegenden Mehrzahl aller Fälle außerhalb der Grenzen Russlands bekannt geworden.

Richten wir vor allem unsere Aufmerksamkeit auf die schöpferische Umgestaltung des öffentlichen Rechts. Gegenwärtig sind schon alle zentralen staatlichen Einrichtungen umgestaltet. Die Autokratie ist bis auf die Wurzel ausgerottet und durch Volksherrschaft ersetzt. Noch vor der Konstituante hat das russische Volk schon eine ganze Reihe aller nur möglichen allrussischen „Beratungen“ und „Kongresse“ abgehalten, d.h. ad hoc einberufener gewählter Vertreterversammlungen, die nicht nur eine beratende, sondern auch eine beschließende Stimme hatten. Gleichzeitig werden die Organe der lokalen Verwaltung in

Selbstverwaltung umgestaltet. Die Organisation des Zarismus ist teilweise schon vollständig beseitigt. Die Verwaltung ist überall durch Selbstverwaltung ersetzt, die ernannten Behörden durch gewählte, die Zentralisation durch Dezentralisation. Auch die Gerichte sind umgestaltet. Das Gemeindegewesstwo ist eingeführt neben einer ganzen Reihe anderen Institutionen. Alles das sind grundlegende Reformen, die der Zarismus (in seinem Kampfe gegen die Traditionen des russischen Volksrechts) während der ganzen Dauer seiner Existenz weder in Angriff nehmen wollte noch konnte.

Die russische Revolution hat den größten Teil dieser Reformen in einigen Monaten durchgesetzt. Sie gelten zwar vorläufig nur temporär, nur bis zur „Konstituierenden Versammlung“, nichtsdestoweniger sind sie aber trotz der ungeheuerlichsten inneren und äußeren Schwierigkeiten verwirklicht worden und alle ihre Nachteile wiegen in jedem Falle leicht gegenüber den Vorteilen, die sie dem Volke gewähren. Aber auch das ist noch nicht alles. Ganz Russland hat sich jetzt schon in die fortgeschrittenste Demokratie der Welt verwandelt, was man auch dann anerkennen muss, wenn man die Anarchie in Betracht zieht. Russland ist gegenwärtig mit einem ganzen Netz aller nur möglichen Keimzellen der Selbstverwaltung „Ratsversammlungen“, „Komitees“, „Kommissionen“ usw. überzogen, die zum allergrößten Teil aus einer allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Abstimmung hervorgegangen sind, die in den Städten, Dörfern, Kasernen, Fabriken und sogar in den Schulen vorgenommen wurde („Schüler- und Elternkomitees“).

So durchläuft das „unwissende“ russische Volk unaufhaltsam die politische Schule, die ihm vom verhassten Zarismus bis zum Jahre 1917 vorenthalten worden war. Gegenwärtig gibt es in Russland mehr als 900 Soldaten- und Arbeiterräte, die alle arbeitenden Klassen in sich vereinigen und sie zweifellos stärker als die Bourgeoisie gemacht haben. Außerdem gibt es einige tausend Bauerndeputiertenräte (Gouvernements-, Kreis-, Gemeinde- und Dorfräte), eine Menge Agrarkomitees, die das Material zu einer bis jetzt unerhörten Agrarreform durcharbeiten und hauptsächlich aus einfachen Bauern bestehen, welche vielfach noch des Lesens und Schreibens unkundig sind, sich trotzdem aber mit einer erstaunlichen Genauigkeit in den kompliziertesten Agrarfragen zurechtfinden und sich zu dieser ihrer Sache – der Sache der „schwarzen Verteilung“ – wie zu einer religiösen Zeremonie verhalten.

Es ist nicht schwer zu verstehen, dass die russische Agrarreform nichts anderes ist als eine gigantische Neuschöpfung auf dem Gebiete der wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen. Auch wenn man alle vorläufigen agrarischen Wirren in Betracht zieht, die infolge der Kompliziertheit der Aufgaben unvermeidlich sind (vor allem, weil das Volk, aus Furcht, „den Augenblick zu verpassen“, auf der unverzüglichen Durchführung der Reform besteht), so muss man doch zugeben, dass die Agrarkomitees, indem sie, gemäß den lokalen Besonderheiten eines jeden Winkels des ungeheuren Landes, praktische Methoden und Wege zur Verwirklichung der Reform suchen, zweifellos schöpferische Arbeit tun. Uns liegen eine Reihe von Projekten zur Durchführung der Reform vor, die von den bäurischen Agrarkomitees mit einem erstaunlichen Sinn für das Praktische ausgearbeitet worden sind. Vom Standpunkte der Gutsbesitzer aus gesehen ist das natürlich Anarchie. Vom Standpunkte der Bauern aus ist es die Schaffung einer neuen Ordnung auf der Grundlage der Gerechtigkeit.

Auch in den Fabriken wird schöpferische Arbeit geleistet; auch sie werden, wenn auch nicht so radikal, wie das Dorf, in der Richtung auf den Sozialismus hin und nach seinem Rezept, im Sinn einer Neuregelung der Arbeiterfrage, reformiert. Die Fabriken werden jetzt in ganz Russland, außer mit Schulen und Lazaretten, mit einer Reihe von Einrichtungen versehen, von denen es den Arbeitern unter dem Zarismus nicht nur zu reden, sondern sogar auch zu träumen verboten war. Diese Träume werden jetzt zwar nicht mit einem Schlage, aber nach und nach zu lebendiger Wirklichkeit, z.B. der achtstündigen, in einigen Fällen sogar der

sechstündige Arbeitstag. Besonders hohe Wellen schlägt das Leben in allen großen Städten Russlands, die sich, dank der Einrichtung von „Rayondumas! (Munizipalräten) in eine Art von Stadtföderationen verwandelt haben. Im Verlauf von kaum einem halben Jahre sind alle Stadtverwaltungen umorganisiert worden. Bis zum Jahre 1917 war das alles ein stiller, aber toter Sumpf. Jetzt herrscht in allen Städten ein angespanntestes Gemeinschaftsleben. Ebenso ist ein starkes Anwachsen der kooperativen Bewegung zu verzeichnen.

Die Zahl der verschiedenen kooperativen Vereinigungen ist in den neun Monaten nach der Revolution um 15 bis 20 000 gestiegen und beträgt jetzt mehr als 60 000 mit vielen Dutzend Millionen Mitgliedern. Und alle diese kooperativen Vereinigungen spielen überall eine schöpferische Rolle, indem sie am Umbau der Grundlagen des Volkslebens tätigen Anteil nehmen.

Eine nicht weniger schöpferische Entwicklung geht auf geistigem Gebiete vor sich. Russland erwirbt sich, nicht nur mit jedem Tage, sondern mit jeder Stunde, in tätigster Arbeit ein immer größeres Wissen, eine immer umfassendere Bildung. Ungeachtet aller durch die unsichere Finanzlage, die Einberufung der Lehrer usw. hervorgerufene Regellosigkeiten im Schulleben hat sich die Zahl der Schulen in Russland nach der Revolution bedeutend erhöht. Die Einführung der allgemeinen obligatorischen Schulbildung geht in viel rascherem Tempo vor sich als unter dem Zarismus. Schulen aller möglichen neuen Typen schießen aus dem Boden, darunter Mittelschulen und Gymnasien. Selbst Gymnasien für Erwachsene sind errichtet worden. Das Ministerium für Volksaufklärung hat beschlossen, dass schon im Oktober 1917 auf einmal 5000 neue Schulen für Erwachsene in den Dörfern eröffnet werden sollen. Die früheren Kirchenschulen, die jetzt der Aufsicht der Geistlichkeit entzogen und dem Ministerium für Volksaufklärung unterstellt worden sind, haben ihren früheren tendenziösen Charakter als Brutstätten geistiger Verdummung und als Kampfmittel gegen eine Aufklärung im europäischen Sinne verloren.

Nicht nur in den großen Provinzstädten, sondern auch in den Kreisstädten, ja sogar in den Dörfern sind die verschiedenartigsten „Kurse“ und Volksuniversitäten errichtet worden, die von einer großen Menge von Hörern und Hörerinnen besucht werden. Der Krieg hat einen gewaltigen Einfluss auf die Verbreitung von Büchern und besonders von Zeitungen ausgeübt. Ein noch nie dagewesenes Verlangen der weiblichen Dorfbevölkerung nach der Kenntnis des Lesens und Schreibens tut sich kund. Jeder des Lesens und Schreibens Mächtige verwandelt sich, ob er will oder nicht, in einen Verbreiter der Bildung. Verwundete Soldaten, die von der Front zurückgekehrt sind, tauchen als Lehrer des Lesens und Schreibens auf und tragen überhaupt zur Entwicklung der Volksmassen bei.

Einen besonderen Einfluss in dieser Richtung üben die Flüchtlinge aus den vom Feinde besetzten Gebieten – die Polen und vor allem die Juden – aus, zwei Elemente des „Zarenreiches“, die bisher ein relativ höheres Bildungsniveau besessen haben. An der Erweiterung des geistigen Horizontes des Volkes haben auch die Kriegsgefangenen ihren Anteil, denen gegenüber sich das gutmütige russische Volk immer anständig verhält. Frontsoldaten, Flüchtlinge und Kriegsgefangene haben unzweifelhaft einen gewaltigen Einfluss auf die geistige Entwicklung weiter Kreise des russischen Volkes ausgeübt. Bis 1911 betrug die Zahl der des Lesens und Schreibens Unkundigen in Russland 61 Prozent (auf je 1000 neueinberufene Rekruten kamen je 611 des Lesens und Schreibens Unkundige). Jetzt kann man, einigen Angaben zufolge, annehmen, dass die Zahl der des Lesens und Schreibens unkundigen Erwachsenen nicht mehr als 40 Prozent (einschließlich der Frauen) beträgt. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn einzelne Zeitungen in einer Millionenaufgabe verbreitet werden (das „Ruškoje Slowo“ hat z.B. 1,3 Millionen Abonnenten). Auch Bücher und Broschüren werden in ungeheurer Anzahl abgesetzt. So hat z.B. die sozialrevolutionäre Partei,

ihrem Rechenschaftsbericht zufolge, innerhalb drei Monate vier Millionen sozialistische Broschüren verbreitet. Und wie steht es erst mit den anderen Parteien? Der Damm des Zarismus ist niedergebrochen – und das geistige Leben ergießt sich wie ein Wasserfall.

(Schluss folgt.)

Zaristische Zustände.

Übersetzt von R. Brandt für die „Arbeiterpolitik“.²

Nach dem Siege der französischen Revolution versammelten sich alle europäischen Fürsten in Wien und schlossen sich zu der „Heiligen Allianz“ zusammen. Sie verpflichteten sich, die Macht der Autokratie nicht nur im eigenen Reiche, sondern auch in fremden Ländern zu schützen und zu stärken. Zu diesem Zwecke schickten sie ihre Heere in diejenigen Länder, in denen das Volk sich gegen seine Könige erhob. So im Jahre 1820 nach Italien, als dort der Volksaufstand entbrannte, und später auch nach Spanien. Fremdländische Soldaten drangen in dieses Land ein und stellten dort die Autokratie wieder her.

Aber die hauptsächlichste Sorge der gekrönten Verbündeten bestand darin, den „freiheitlichen Geist“, wie sie sagten, in ihren eigenen Reichen auszurotten. Und zu den besten Mitteln, dieses Ziel zu erreichen, zählten sie als erstes den christlichen Glauben, welcher den widerspruchlosen, blinden Gehorsam lehrt, als zweites – die Bücherzensur.

In Russland wurde auf Befehl Alexanders des Ersten vor allem die Einhaltung der religiösen Zeremonien in den Kirchen gefordert; wer sich diesem Befehl nicht unterordnen wollte, wurde von den Behörden verfolgt. Alle Schulen und Universitäten wurden unter die Aufsicht der Geistlichkeit gestellt. Die Regierung ließ nur solche Lehrer zu den Schulen zu, welche den Kindern blinden Gehorsam jeder Obrigkeit gegenüber einflößten, und wer von den Lehrern seine Seele nicht krümmen wollte, wurde unbarmherzig aus dem Dienst getrieben und nicht nur das, es drohten auch Gefängnis und Verbannung nach Sibirien für ein einziges freiheitliches Wort. Die Regierung wollte dem Volke mit Gewalt den kirchlichen Glauben aufzwingen. Zu diesem selben Ziele suchte man die Aufklärung des Volkes aufzuhalten; unter Alexander dem Ersten wurde in Russland eine strenge Bücherzensur eingeführt.

Nicht ein einziges Buch konnte damals in Russland ohne die Erlaubnis des Zensors gedruckt werden. Diesem Beamten war es anheimgestellt, ob er den Druck eines Buches gänzlich verbieten oder diejenigen Stellen in ihm streichen wollte, die ihm als gefährlich für die Regierung auffielen. Durch solche Streichungen in dem Buch wurde jeder freiheitliche Gedanke erstickt. Es war nur möglich, solche Dinge zu drucken, die die Regierung stärkten, wenn sie auch offenbar Lügen enthielten; wer aber die Wahrheit sagen wollte, der war gezwungen zu schweigen. Seinen Lippen war gleichsam ein Siegel aufgedrückt. Die Regierung kümmerte sich nicht darum, dass die Wahrheit verbreitet und die Gerechtigkeit hergestellt wurde, sondern sie trug nur Sorge, dass niemand es wage, ihre ungerechten Handlungen zu kennzeichnen. Zu diesem Zweck wurde auch die Bücherzensur eingeführt.

Erst unter Alexander dem Ersten wurde eine solche besondere Zensurbehörde in Russland eingeführt. Und wegen dieser Einrichtung konnten freiheitliche Bücher damals nur in geheimen Druckereien oder im Auslande gedruckt werden, woher man sie heimlich nach Russland schaffte und unter den Volksmassen verteilte.

² Aus der „Russischen Geschichte“ von Joloturow, Petersburg 1902.

Aber außer dem Glauben an den Zaren und die Krone und dem Verbot jedes freiheitlichen Wortes, hatte die zaristische Regierung noch ein drittes Mittel ihre Macht zu schützen: ein gehorsames Heer. Wer einem zaristischen Ukas nicht gehorchen wollte und die Wahrheit nicht in seiner Seele verbergen wollte, dem blieb nur der Tod übrig.

Das Heer einer zaristischen Regierung hat nicht nur die Aufgabe, das Reich vor äußeren Feinden zu schützen, sondern es soll auch die Macht der Regierung dem eigenen Volke gegenüber aufrechterhalten und ihren Willen wenn nötig mit Gewalt durchsetzen.“ Um sich in dem Heere in gefügiges Werkzeug zu erziehen, zielte die zaristische Regierung vor allen Dingen darauf hin, jede Überlegung und Gewissen in den Soldaten zu betäuben. Und das kann nur durch Furcht erreicht werden.

Und siehe da, nach seiner Rückkehr aus Wien führte Alexander der Erste die strengste Disziplin in seinem Heere ein. Den ganzen Tag wurden die Soldaten auf den Übungsplätzen gedrillt, wurden von den Offizieren mit Fäusten und Ruten geschlagen, so oft diese es wollten, auch ohne jede Veranlassung und für das kleinste Vergehen mussten die Unglücklichen Speißruten laufen. Auf diese Weise wollte Alexander der Erste sich ein fügsames Heer schaffen.

Zeugen und Rufer.

Der Militarismus übt in der Geschichte des Kapitals eine ganz bestimmte Funktion aus. Er begleitet die Schritte der Akkumulation in allen ihren Phasen. In der Periode der sogenannten „primitiven Akkumulation“, d.h. in den Anfängen des europäischen Kapitals, spielt der Militarismus die entscheidende Rolle bei der Eroberung der neuen Welt und der Gewürzländer Indiens, später bei der Eroberung der modernen Kolonien, Zerstörung der sozialen Verbände primitiven Gesellschaften und Aneignung ihrer Produktionsmittel, bei der gewaltsamen Proletarisierung der Eingeborenen und der Erzwingung der Lohnarbeit in den Kolonien, bei der Bildung und Ausdehnung von Interessensphären des europäischen Kapitals in außereuropäischen Gebieten, bei der Erzwingung von Eisenbahnkonzessionen in rückständigen Ländern und bei der Vollstreckung der Forderungsrechte des europäischen Kapitals aus internationalen Anleihen, endlich als Mittel des Konkurrenzkampfes der kapitalistischen Länder untereinander um Gebiete nichtkapitalistischer Kultur. Dazu kommt noch eine andere wichtige Funktion. Der Militarismus erscheint auch rein ökonomisch für das Kapital als ein Mittel ersten Ranges zur Realisierung des Mehrwerts, d.h. als ein Gebiet der Akkumulation.

(Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals.)

*

Das parlamentarische Regime lebt von der Diskussion, wie soll es die Diskussion verbieten! Jedes Interesse, jede gesellschaftliche Einrichtung wird hier in allgemeine Gedanken verwandelt, als Gedanken verhandelt, wie soll irgendein Interesse, eine Einrichtung sich über dem Denken behaupten und als Glaubensartikel imponieren? Der Rednerkampf auf der Tribüne ruft den Kampf der Pressbengel hervor, der debattierende Klub im Parlament ergänzt sich notwendig durch debattierende Klubs in den Salons und in den Kneipen, die Repräsentanten, die beständig an die Volksmeinung appellieren, berechtigen die Volksmeinung, in Petitionen. ihre wirkliche Meinung zu sagen. Das parlamentarische Regime überlässt alles der Entscheidung der Majoritäten, wie sollen die großen Majoritäten jenseits des Parlaments nicht entscheiden wollen? Wenn ihr auf dem Gipfel des Staates die Geige streicht, was anders erwarten, als dass die drunten tanzen?

(Karl Marx: „Die achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte.“)

Werbt Abonnenten für die „Arbeiterpolitik“!

Feuilleton

Zwei Stätte.

Von Charles Dickens. (Fortsetzung.)

Der Straßenarbeiter sah mehr durch die niedrige Decke als zu derselben hinauf und wies mit dem Finger, als ob er den Galgen irgendwo im Himmel sähe.

„Alle Arbeit hört auf, alle sammelten sich dort, niemand treibt die Kühe aus, die Kühe sind mit den übrigen dort. Des Mittags hört man Trommelwirbel. Des Nachts sind Soldaten zu dem Gefängnis hinausmarschiert und er kommt in der Mitte vieler Soldaten. Er ist gebunden wie früher und in seinem Munde steckt ein Knebel – mit einer straffen Schnur so festgemacht, dass es fast aussah, als ob er lachte.“ Er machte es nach, indem er mit den beiden Daumen von den Mundwinkeln bis zu den Ohren die Backen in zwei lange Falten legte. „Oben auf dem Galgen steckt das blanke Messer, mit der Spitze gen Himmel gerichtet. Dort wird er vierzig Fuß hoch gehenkt – und bleibt hängen und vergiftet das Wasser.“

Sie sahen sich einander an, wie er sich mit seiner blauen Mütze das Gesicht abwischte, aus dem der Schweiß in großen Tropfen hervordrang, wie er sich das Schauspiel zurückrief.

„Es ist entsetzlich, Messieurs. Wie können die Frauen und Kinder Wasser holen? Wer kann des Abends unter diesem Schatten plaudern! – Unter dem Schatten habe ich gesagt? Als ich das Dorf verließ am Montagabend, als die Sonne zu Bett ging und ich mich noch einmal von der Höhe umsah, da fiel der Schatten quer über die Kirche, quer über die Mühle, quer über das Gefängnis – schien wie ein gerader Strich über die Erde zu gehen bis dahin, wo der Himmel auf ihr ruht.“

Der hungrige Mann zerbiss einen seiner Finger, während er die drei anderen ansah, und der Finger zitterte ihm vor Gier. „Das ist alles, Messieurs. Ich verließ das Dorf mit Sonnenuntergang (wie mir gesagt worden war) und bin diesen und den nächsten halben Tag marschiert, bis ich diesen Kameraden traf (was mir auch gesagt worden war). Mit ihm setzte ich meinen Weg fort, bald zu Fuß und bald zu Wagen, gestern Nachmittag und diese Nacht, und hier bin ich nun!“

Nach einem düsteren Schweigen sagte Jacques eins: „Gut Ihr habt getreulich getan und berichtet. Wollt ihr draußen vor der Tür ein Weilchen warten?“

„Sehr gern,“ sagte der Straßenarbeiter, worauf Defarge ihn hinausbrachte und dann wieder zurückkehrte.

Die drei waren aufgestanden und hatten die Köpfe zusammengesteckt, wie er wieder in die Dachkammer trat.

„Was sagt ihr, Jacques?“ fragte Nummer eins; „kommt er ins Register?“

„Er kommt ins Register als dem Verderben geweiht,“ gab Defarge zurück.

„Prächtig!“ krächzte der Mann mit dem gierigen Gesichte.

„Das Schloss und das ganze Geschlecht?“ fragte der erste.

„Das Schloss und das ganze Geschlecht!“ entgegnete Defarge. „Ausgerottet!“

Der Hungrige wiederholte mit befriedigtem Krächzen: „Prächtig!“ und fing an einem anderen Finger zu kauen an.

„Seid ihr sicher,“ sagte Nummer zwei zu Defarge, „dass aus der Art und Weise, wie wir unser Register führen, keine Ungelegenheiten entstehen werden? Doch unzweifelhaft ist es sicher; denn niemand als wir kann es entziffern; aber werden wir immer imstande sein, es zu entziffern – oder, ich darf nicht unerwähnt lassen, wird sie es immer entziffern können?“

„Jacques,“ sagte Defarge und richtete sich empor „selbst wenn meine Frau das Register nur in ihrem Gedächtnis behielte, würde sie kein Wort davon verlieren – nicht eine Silbe. Mit ihren eigenen Maschen und ihren eigenen Zeichen gestrickt, wird es ihr immer so klar sein wie die Sonne. Verlasst euch auf Madame Defarge. Dem größten Feigling, welcher auf Erden lebt, wäre es leichter, sich aus dem Lebensbuch auszustreichen, als einen Buchstaben seines Lebens oder seiner Verbrechen aus dem gestrickten Register Madame Defarges.“

Die drei ließen ein Gemurmel des Vertrauens und der Billigung hören und dann fragte der Hungrige: „Soll dieser Mann bald wieder zurückgeschickt werden? Ich hoffe es. Er ist sehr simpel; dürfte er nicht ein wenig gefährlich sein?“

„Er weiß nichts,“ sagte Defarge, „wenigstens nicht mehr, als was ihn leicht an einen Galgen von derselben Höhe bringen kann. Ich nehme ihn auf mich; lasst ihn bei mir bleiben; ich nehme ihn unter meine Obhut und schaffe ihn seiner Zeit fort. Er wünscht die vornehme Welt zu sehen – den König, die Königin, den Hof; er soll sie sonntags sehen.“

„Was?“ rief der Hungrige mit weit offenen Augen aus. „Ist es ein gutes Zeichen, dass er Königtum und Adel zu sehen wünscht?“

„Jacques,“ sagte Defarge, „zeige in der rechten Weise einer Katze Milch, wenn du wünschst, dass sie Appetit danach bekommen soll. Zeige in der rechten Weise einem Hund seine natürliche Beute, wenn du wünschst, dass er sie, wenn die Zeit kommt – niederhetzt.“

Weiter ward nichts gesagt und dem Straßenarbeiter, der bereits auf der obersten Stufe halb eingeschlummert war, ward bedeutet, sich auf das Lotterbrett zu legen und sich dort auszuruhen. Er ließ sich das nicht zweimal sagen und war bald eingeschlafen.

Ein so niedriger Sklave aus der Provinz hätte in Paris leicht schlechteres Quartier finden können als in Defarges Weinschank. Außer, dass ihn eine geheimnisvolle Scheu vor Madame beständig quälte, führte er ein ganz neues und angenehmes Leben. Aber Madame saß den ganzen Tag hinter ihrem Ladentisch, so offenbar nichts von ihm wissend und so besonders gewillt, nicht zu bemerken, dass sein Hiersein in der geringsten Verbindung mit irgendeinem Geheimnis stand, dass er in seinen Holzschuhen zitterte, so oft ihr Auge auf ihn fiel; denn er sagte sich innerlich, dass man unmöglich voraussehen könne, was diese Dame zunächst vornehmen werde und er fühlte sich überzeugt, dass, wenn sie sich in ihren schön geschmückten Kopf setzte zu behaupten, sie habe ihn einen Mord verüben und alsdann seine Opfer schinden sehen, sie auch diese Rolle bis zu Ende spielen werde.

Als daher der Sonntag kam, war der Straßenarbeiter nicht von der Entdeckung bezaubert (obgleich er es sagte), dass Madame Monsieur und ihn nach Versailles begleiten sollte. Es war auch sehr störend, dass Madame auf dem ganzen Hinwege auf dem Wagen strickte; ebenso störend war es, dass Madame des Nachmittags unter dem versammelten Volk, welches wartete, um den Wagen des Königs und der Königin zu sehen, immer noch strickte.

„Sie sind sehr fleißig, Madame,“ sagte ein Nebenstehender zu ihr.

„Ja,“ gab Madame Defarge zur Antwort, „ich habe viel zu tun.“

„Was stricken Sie, Madame?“

„Vielerlei.“

„Zum Beispiel?“

„Zum Beispiel Leichentücher,“ gab Madame Defarge ruhig zurück.

Sobald als möglich suchte sich der Mann einen andern Platz, und der Straßenarbeiter wehte sich in seiner blauen Mütze frische Luft zu, denn es kam ihm schrecklich schwül und drückend vor. Wenn er zu seiner Erfrischung einen König und eine Königin brauchte, so war er so glücklich, das Mittel bei der Hand zu haben, denn sehr bald kam der König mit dem großen Gesicht und die Königin mit dem schönen Gesicht in ihrer goldenen Kutsche heraus, begleitet von dem veil de boeuf ihres glänzenden Hofes, einer Schar lachender Damen und feiner Herren, und in Juwelen, Seide, Puder, Glanz und stolzen, auf die ganze Welt herabsehenden schönen Gesichtern von Männern und Frauen schwelgte der Straßenarbeiter und berauschte sich so davon, dass er schrie: „Lange lebe der König! Lange lebe die Königin! Lang lebe alles und jedes!“ – als ob er nie ein Wort von dem allgegenwärtigen Jacques vernommen hätte. Dann kamen Gärten, Höfe, Terrassen, Springbrunnen, Rasenplätze, wiederum König und Königin, wiederum veil de boeuf, noch mehr feine Herren und Damen, noch mehr Vivats, bis er vor lauter Schwärmerei weinte. Während dieser ganzen langen Zeit, wohl drei Stunden lang, war alles um ihn Vivatrufen und Freudentränen und Defarge hielt ihn am Kragen fest, wie um ihn abzuhalten, auf die Gegenstände seiner kurzlebigen Verehrung loszustürzen und sie in Stücke zu zerreißen.

„Bravo!“ sagte Defarge, als er vorbei war, indem er ihn mit Gönnermiene auf den Rücken klopfte: „Ihr seid ein guter Junge!“

Der Straßenarbeiter kam jetzt wieder zu sich und glaubte fast, er habe sich mit seinen Freudenbezeugungen eines Fehlers schuldig gemacht, aber nein!

„Ihr seid der Bursche, den wir brauchen,“ sagte Defarge ihm ins Ohr. „Ihr verleitet diese Toren zu dem Glauben, dass es ewig dauern wird. Dann sind sie umso anmaßender und das Ende kommt umso eher.“

„Ha!“ rief der Straßenarbeiter nach einigen Besinnen aus, „das ist wahr!“

„Diese Toren wissen nichts. Während sie euren Atem verachten und lieber euch oder Hunderte wie euch ersticken sehen möchten als einen ihrer Hunde oder Pferde, wissen sie bloß, was ihnen euer Atem sagt. So mögen sie sich denn noch eine kleine Weile täuschen, sie können sich nicht genug täuschen.“

Madame Defarge sah den Klienten geringschätzig an und nickte bestätigend.

„Was euch betrifft,“ sagte sie, „so würdet ihr für alles, wenn es nur mit Prunk und Lärm auftritt, Freudentränen vergießen. Nicht wahr, das würdet ihr tun?“

„Ich glaube wohl, Madame. Für den Augenblick.“

„Wenn man euch einen großen Haufen Puppen zeigte, die ihr zu eurem Nutzen auseinandernehmen und ausziehen solltet, so würdet ihr die größte und prächtigste nehmen. Nicht wahr?“

„Ja!“

„Und wenn man euch eine Schar Vögel zeigte, die nicht fortfliegen könnte und euch hieße, sie zu eurem Nutzen ihrer Federn zu berauben, so würdet ihr nach den Vögeln mit dem glänzendsten Gefieder greifen, nicht wahr?“

„Gewiss, Madame.“

„Jetzt habt ihr Puppen und Vögel gesehen,“ sagte Madame Defarge und schwenkte die Hand nach dem Orte, wo sie zuletzt gewesen waren. „Jetzt geht nach Hause!“

Immer noch stricken.

Madame Defarge und ihr Gemahl kehrten einträchtiglich nach Saint Antoine zurück, während ein Fleck in einer blauen Mütze sich durch die Finsternis und den Staub und die langweiligen Meilen von Alleen an der Landstraße hinab langsam auf den Punkt des Kompasses zu bewegte, wo das Schloss des jetzt im Grabe liegenden Monsieur le Marquis den flüsternden Bäumen zuhörte. So reichliche Muße hatten jetzt die steinernen Gesichter, den Bäumen und den Springbrunnen zu lauschen, dass die wenigen Vogelscheuchen aus dem Dorfe, welche in ihrem Suchen nach essbaren Kräutern und dürrer Holz zum Heizen in den Gesichtsbereich des großen Schlosshofes und der Terrasse kamen, in ihrer ausgehungerten Phantasie den Gedanken fassten, dass der Ausdruck der Gesichter sich verändert habe. Ein Gerücht war in dem Dorfe noch lebendig – es hatte ein schwaches und dürftiges Dasein gerade wie seine Bewohner – dass, als das Messer in das Herz fuhr, die Gesichter ihren Ausdruck des Zorns in Schmerz verwandelt hätten; dass, als die baumelnde Gestalt vierzig Fuß über den Brunnen hinaufgezogen ward, sie sich wieder verändert und den harten Ausdruck befriedigter Rache angenommen hätten, den sie von da an immer tragen würden. In dem steinernen Gesicht über dem Fenster des großen Schlafzimmers, wo der Mord geschehen, zeigte man zwei kleine Grübchen in der steinernen Nase, die jedermann erkannte und die niemand vorhergesehen hatte; und bei den seltenen Gelegenheiten, wo zwei oder drei zerlumpte Landleute sich von der Menge trennten, um einen hastigen Blick auf den versteinerten Monsieur le Marquis zu werfen, dauerte es nicht lange, dass sie alle wieder unter dem Moos und den Blättern verschwanden, wie die glücklicheren Hasen, die dort ihren Lebensunterhalt fanden.

Schloss und Hütte, steinernes Gesicht und baumelnde Gestalt, der rote Fleck und das reine Wasser in dem Dorfbrunnen – Tausende Äcker Land – eine ganze Provinz von Frankreich – ganz Frankreich selbst – lagen unter dem Nachthimmel in einem kaum sichtbaren haarbreiten Streifen konzentriert. So ruht eine ganze Welt mit allen ihren Größen und Kleinheiten in einem funkelnden Stern. Und wie böse menschliche Wissenschaft einen Lichtstrahl spalten und seine Zusammensetzung analysieren kann, so können erhabener Geisteskräfte in dem schwachen Schimmer unserer Erde jeden Gedanken und jede Handlung, jegliches Laster und jegliche Tugend, jedwedes auf ihr lebenden verantwortlichen Geschöpfe lesen.

Die Defarges, Mann und Weib, erreichten beim Sternenschein in ihrem schwerfälligen Wagen das Tor von Paris, welches das natürliche Ziel ihrer Fahrt war. An dem Wachthause desselben ward – wie gewöhnlich – angehalten, und wie gewöhnlich kamen Laternen heraus, um wie gewöhnlich zu fragen und zu examinieren. Monsieur Defarge stieg aus, denn er kannte dort einen oder zwei von den wachhabenden Soldaten und einen von der Polizei.

Als Saint Antoine die Defarges wieder in seinem Schoß aufgenommen und sie aus der Kutsche ausgestiegen, um ihren Weg zu Fuß durch den schwarzen Schlamm und den Unrat seiner Straßen sorgsam fortzusetzen, fragte Madame Defarge ihren Mann: „Sage, mein Freund, was hat dir Jacques von der Polizei mitgeteilt?“

„Diesmal sehr wenig, aber alles, was er weiß. Es ist ein neuer Spion für unser Quartier angestellt. Es können noch viele andere sein, aber er weiß nur von einem.“

„Gut!“ sagte Madame Defarge und zog die Augenbrauen mit kühler Geschäftsmiene in die Höhe. „So müssen wir ihn in unser Register aufnehmen. Wie heißt der Mann?“

„Es ist ein Engländer.“

„Um so besser. Wie heißt er?“

„Barsad,“ sagte Defarge mit französischer Aussprache. Aber er hatte ihn sich so genau vorsagen lassen, dass er ihn alsdann ganz richtig buchstabierte.

„Barsad,“ wiederholte Madame. „Gut. Taufname?“

„John.“

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker);
sämtlich in Bremen

Arbeiterpolitik 3/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 17. Januar 1918.

Nr. 3

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellschein

Mobilisierungen.

Die russische Revolution, welthistorisches Ereignis von höchster Bedeutung, wird erst nach dem Kriege zur vollen Wirkung auf die Geister kommen. Und wer möchte prophezeien, was in Frankreich, in Italien oder sonst wo spätestens dann geschehen wird, wenn mit dem Ende des Krieges die Zeit der großen Abrechnung beginnt?

„Frankfurter Zeitung“ vom 1. Januar 1918.

In den letzten Dezembertagen des dritten Kriegsjahres ist der „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ gegründet worden. Es war ein bedeutungsvoller Moment, in dem diese Gründung geschah, und es war nicht minder bedeutungsvoll, dass sie geschah. Die russische Revolution hatte der deutschen Regierung die lange ersehnte Möglichkeit von Friedensverhandlungen im Osten geboten. Die Regierungen der Mittelmächte waren vor die Notwendigkeit gestellt, mit den Vertretern einer sozialistisch-revolutionären Regierung zu verhandeln. Die Kunde von einer siegreich vordringenden Revolution war in alle Welt gedrungen und zu den Ohren des letzten Kämpfers, der letzten Arbeiterin gelangt. Eine sozialistische Revolution hatte einen entscheidenden Schritt zum Frieden getan.

Die russischen Revolutionäre wussten, was sie wollten, und es war von vornherein klar, dass die Grundlagen ihrer Verhandlungen graniten sein würden. Wenn sie vom Frieden redeten, so wussten sie, dass es kein sozialer Frieden sein konnte. Sie waren selbst zu wetterfeste Kämpfer des Klassenkampfes, als dass sie sich hierüber auch nur der leisesten Täuschung hätten hingeben können. Und schließlich wussten sie, dass die russische Revolution nicht allein eine russische, sondern eine internationale Angelegenheit sei.

In dieser hochbedeutenden Situation, der bedeutungsvollsten des ganzen Weltkrieges, wurde in Deutschland der „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ gegründet. Gutmütige Gläubige meinten, er sei die Antwort auf die Gründung der „Vaterlandspartei“. Er sei eine Art Gegen gründung. Warum wohl! Vaterlandspartei und Volksbund wollen genau dasselbe: sie wollen dem Vaterlande dienen. Sie wollen es jeder in seiner Weise. Aber wenn das Vaterland in Gefahr ist, werden sie zusammenstehen. Sie spielen zwar im Augenblick die feindlichen Brüder, aber sie werden keine Sturm- und Drangtragödien aufführen. Sie werden kein Nebenbuhlerblut vergießen. Es ist nichts, was die beiden Bünde unterscheidet, nichts, als die

Phrase, die von der Vaterlandspartei verschmäht wird, weil sie sie nicht nötig hat; die aber beim Volksbund ins Kraut geschossen ist, weil er ohne sie nicht leben kann.

Es ist keine Rede davon, dass diese beiden Gruppen durch unüberbrückbare Gegensätze voneinander getrennt wären, und wenn auch die „Vaterlandspartei“ die politisch-kulturelle Fusionierung der deutschen Schwerindustrie und Großagrarien darstellt, während der „Volksbund“ die politischen und kulturellen Kräfte der Leichtindustrie, des Handwerkertums und des Handels sammelt, so ist doch der Gegensatz zwischen beiden Gruppen im äußersten Falle so scharf, wie etwa der Gegensatz zwischen dem „Zentralverband“ und dem „Bund der Industriellen“, d.h. beide sind auf Verderb und Gedeih mit dem Schicksal des deutschen Imperialismus verbunden. Gegensätze aber, die sich auf diesem gemeinsamen Boden ergeben, sind nie so tief, dass sie einen Kampf auf Leben und Tod herbeiführen könnten; wohl aber werden beide Gruppen in Tod und Leben gegen einen gemeinsamen Feind zusammenstehen.

Nehmen wir ein Beispiel. Die „Vaterlandspartei“ führt die bis heute in Deutschland maßgebende Politik des Konservatismus konsequent weiter. Sie mobilisiert ihre Kräfte also auch gegen die Wahlreform in Preußen. Der „Volksbund“ dagegen hat die „äußere und innere Freiheit“ auf seine Fahne geschrieben; er wird also für die Wahlreform in Preußen eintreten. Gesetzt den Fall nun, dass der Widerstand der Konservativen im preußischen Landtag so stark und hartnäckig ist, dass die Mehrheit von Konservativen und Nationalliberalen so unbeugsam ist, dass eine Wahlreform in Preußen auf verfassungsmäßigem Wege nicht durchzusetzen ist. Und gesetzt den Fall, dass die preußische Regierung den Verfassungsbruch, die Oktroyierung des Wahlrechts nicht riskieren wird. Gesetzt also den Fall, die konservativen Kräfte der „Vaterlandspartei“ blieben im preußischen Wahlrechtsscharmützel Sieger. Würde dann der „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ seine Mitglieder zum Kampf gegen die Regierung aufrufen? Würde er seine Kolonnen zu einer illegalen verfassungswidrigen Aktion mobilisieren, um die innere Freiheit des Vaterlandes unter allen Umständen durchzusetzen? Welcher Phantast in der Welt wäre phantastisch genug, um von den bewährten Stützen von Thron und Altar, die den Aufruf des „Volksbundes“ unterzeichnet haben, zu erwarten, dass sie sämtliche Äste abhauen sollten, auf denen sie sich sicher und wohlbewahrt eingerichtet haben!

Solange die Gestirne ihre Bahnen nicht rückwärts nehmen und solange aus Elefanten keine Haifische geboren werden, solange wird auch dieses Wunder nicht geschehen.

Der Zweck der Übung ist vielmehr ein ganz anderer. Eines der Mitglieder des Ausschusses des „Volksbundes“, der Vorsitzende der Gesellschaft für soziale Reform, der bekannte Freiherr v. Berlepsch, schrieb im Jahre 1906 in einer kleinen Schrift: „Warum betreiben wir die soziale Reform?“:

Was die Sozialdemokratie gefährlich macht, das sind nicht die Ziele, sondern die Wege, auf welche sie ihre Anhänger verweist, das ist die absolute Absonderung der Arbeiterschaft von allen anderen Bevölkerungsklassen, von der Gemeinsamkeit des Vaterlandes, der staatlichen Ordnung, das ist die Erbitterung, die sie erzeugt, das ist der *Klassenkampf* und der *Klassenhass*, den sie braucht, das ist das Streben nach der ausschließlichen politischen Herrschaft des Proletariats

Nicht die Sozialdemokratie zu beseitigen, kann die Aufgabe umsichtiger Politiker sein, weil sie hieran umsonst arbeiten würden, sondern die Hindernisse zu beseitigen, die der *Umwandlung der Sozialdemokratie*, wie sie jetzt ist, in eine Arbeiterpartei entgegenstehen, die *ohne Klassenhass* und *ohne Vernichtungskrieg gegen das Bestehende*, im Wege der Reform und der Entwicklung den Arbeitern den Platz an der Sonne zu erkämpfen sucht, auf den sie Anspruch haben, wie jeder andere Staatsbürger.

Das war im Jahre 1906. Zehn Jahre später stehen die Führer der sozialdemokratischen Gewerkschaften an der Seite des Freiherrn v. Berlepsch. Klassenkampf und Klassenhass der Sozialdemokratie hat der Sturm des Weltkrieges hinweggefegt. Sie ist zur bürgerlichen Reformpartei geworden. Sie steht in einer Front mit denen, die für das Bestehende, die staatliche Ordnung, kämpfen. Und sie richten die gemeinsame Front gegen diejenigen, die auf dem Wege des Klassenkampfes der Zukunft der Arbeiterklasse entgegenmarschieren.

„Vaterlandspartei“ und „Volksbund“: beide mobilisieren die politischen und kulturellen Kräfte gegen den Klassenkampf. Im Lager des „Volksbundes“ steht auch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der Diktator der sozialdemokratischen Politik, Legien, gehört dem „Arbeitsausschuss“ an, Giebel, Leipart, Paepflow, Sachse sind „Mitglieder des Ausschusses“. Was in den Büchern vom „inneren Frieden“, die Herr Thimme veranstaltete, zunächst theoretisch postuliert würde, gewinnt immer greifbarere organisatorische Gestalt. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften sind, wie die Sozialdemokratie selbst, in die Kampffront gegen den Sozialismus eingeschwenkt. Die sozialistischen Arbeiter können keine Gemeinschaft mehr mit ihnen haben; der Zusammenbruch der Gewerkschaften ist der zweite große Krach, der dem Zusammenbruch der Partei folgen muss. Die Lage klärt sich von Tag zu Tag mehr.

Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist

Lassalle: Politische Aufsätze. (1863.)

Um den Sozialismus.

Von Peter Unruh.

3.

Unter den zahlreichen Stellen aus Marx, die den Weisen der bürgerlichen Nationalökonomie sowie den Widersachern des Marxismus jeglicher Observanz zu Steinen des Anstoßes geworden sind, befindet sich auch das berühmte Wort von der Expropriation der Expropriateure aus dem 24. Kapitel des ersten Bandes vom „Kapital“. Da es im Zusammenhange unserer Darlegungen seine besondere Bedeutung hat, wollen wir es noch einmal hierhersetzen:

Was jetzt zu expropriieren, ist nicht länger der selbstwirtschaftende Arbeiter, sondern der viele Arbeiter ausbeutende Kapitalist.

Diese Expropriation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Zentralisation der Kapitale. Je ein Kapitalist schlägt viele tot. Hand in Hand mit dieser Zentralisation oder der Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewusste technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Ökonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel, kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit, die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarktes und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes. Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und

monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Druckes, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch der Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unerträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriert.

Was hier an ökonomischen Tatsachen prophetisch angekündigt wurde, ist Wort für Wort in Erfüllung gegangen: die Zentralisation der Kapitale, der Todeskampf der Kapitalisten untereinander, die fortschreitende Kooperation des Arbeitsprozesses, der Siegeszug der wirtschaftlichen Anwendung der Technik usw., und kein bürgerlicher Volkswirtschaftler leugnet sie. Höchstens begegnet man hier und da Vertretern des Anarchismus, die die Konzentration des Kapitals, seine Akkumulation leugnen. So Landauer in seinem bekannten „Aufruf zum Sozialismus“. Hingegen machen die bürgerlichen Nationalökonomien die Konzentration des Kapitals immer wieder zum Gegenstand eingehender Untersuchungen. Die Tatsachen reden denn auch zu vernehmlich. Wie will man die ganzen modernen Zusammenlegungen der Kapitalien behufs gleichgezielter wirtschaftlicher Leistung, wie will man das Aktienwesen, die Kartelle, die Entwicklung der Großbanken, wie will man schließlich den ganzen Imperialismus und seinen gegenwärtigen Krieg in den wirtschaftlichen Grundlagen anders erklären als durch die Akkumulation und Konzentration des Kapitals? Und es gibt heute keinen Industriezweig von einiger Bedeutung, der nicht mindestens die Spuren der Kapitalkonzentration erkennen ließe; von jenen gewaltigen Trägern der modernen Produktion, der Montan-, Eisen-, elektrischen und chemischen Industrie ganz zu schweigen, die unrüttelbar in das Erdreich der Kapitalkonzentration eingestampft sind. In diesen von Marx klar erkannten ökonomischen Tatsachen liegen aber die wesentlichen objektiven Vorbedingungen des Sozialismus, soweit sie durch den Kapitalismus selbst entwickelt werden mussten. Und als Tatsachen werden diese Erscheinungen, wie gesagt, auch von den bürgerlichen Nationalökonomien nicht geleugnet.

Anders jedoch steht es um die Schlussfolgerungen, die aus diesen Tatsachen gezogen werden. Während der wissenschaftliche Sozialismus diesen Stand der Dinge als den Punkt erkennt, auf dem der Kapitalismus dem Sozialismus Platz machen muss, erblicken die bürgerlichen Nationalökonomien in ihnen eine Etappe der Entwicklung des Kapitalismus zu höheren kapitalistischen Formen. Das ist nun freilich ein fundamentaler Unterschied, und es ist zugleich der Punkt, an dem sich nicht nur die Geister, sondern ganze Welten scheiden. Es ist der Punkt, an dem sich endgültig entscheidet, wer Sozialist ist und wer es nicht ist. Die Linksradikalen aber zeichnen sich vor allen anderen sozialistischen Richtungen noch dadurch aus, dass sie den Zeitpunkt der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus für gekommen erachten. Und das eben gilt es zu beweisen.

Die Kapitalkonzentration haben wir die wichtigste objektive Vorbedingung des Sozialismus genannt. Aber das ist nur die eine Seite der Sache, ihre ökonomische Seite. Der Reifegrad des Kapitalismus wird auch bestimmt durch die im Kapitalismus wirkenden und durch ihn selbst hervorgebrachten *Widersprüche* und *Gegensätze*.

Alle Volkswirtschaft hat die Aufgabe, das Verhältnis von Produktion und Konsumtion zu regeln. Nun ist aber eine wiederum selbst von bürgerlichen Nationalökonomien nicht bestrittene Tatsache, dass zu keiner Zeit das Verhältnis von Produktion und Konsumtion ein so widerspruchsvolles war, wie gerade unter dem modernen Kapitalismus. Schmoller legt das ganz besonders eingehend dar und er verschweigt auch nicht, dass die treibende Kraft dieser

Widersprüche die Profitsucht der großen Unternehmer ist. Das ist es: in jeder gesunden Volkswirtschaft besteht ein reguliertes und stets regulierbares Verhältnis von Angebot und Nachfrage. In der modernen kapitalistischen Produktion überwiegt einerseits das Angebot die Nachfrage, andererseits findet die Nachfrage ein mangelndes Angebot vor. Es richtet sich eben alles danach, wo dem Unternehmertum die größten Profite winken, und so kann es vorkommen, dass Produkte, für die auf dem heimischen Markt nur eine ganz geringe Nachfrage besteht, im Übermaße hergestellt werden, sei es, dass die Produktionsmittel einmal auf ihre Herstellung eingestellt sind, sei es, dass absichtlich im Voraus produziert wird, sei es, dass mit einem erhöhten Absatz auf dem ausländischen Markte gerechnet wird. Und umgekehrt kann es vorkommen, dass nach gewissen Produkten eine starke Nachfrage besteht, die aber nicht befriedigt wird, weil die Herstellung anderer Produkte für den Unternehmer lohnender ist. So ist überall der Profit die treibende Kraft der Produktion. Er wirft sie aus den geordneten Bahnen heraus und stürzt sie unausgesetzt in Widersprüche und Konflikte.

Aber weiter. Die größte Nachfrage wird sich, besonders bei zunehmender Bevölkerung, stets auf die Nahrungsmittel erstrecken. Nun ist in den entwickelten Ländern aber die Hauptproduktion gerade auf solche Dinge gerichtet, die als Nahrungsmittel nicht in Betracht kommen: Kohle, Eisen, chemische Präparate, elektrischer Strom. Für diese Erzeugnisse bietet aber auch der einheimische Markt immer nur beschränkte und jedenfalls stark wechselnde Absatzmöglichkeiten. Es kann vorkommen, dass vorübergehend eine eminente Nachfrage, beispielsweise nach Eisenbahnschienen, Lokomotiven usw. einsetzt. Die Industrie wirft sich mit Wucht auf diesen Zweig. Neue Produktionsmittel, neue Fabriken werden auf ihn eingestellt. Allein, das Bedürfnis ist bald gefüllt. Die Produktion aber geht weit. Sie hat meist schon vorher weit über den Bedarf hinaus gearbeitet. Die moderne Produktionsmaschinerie, einmal mit voller Kraft in Gang gebracht, entwindet sich den Händen ihrer Beherrscher und treibt über die ursprünglichen Absichten weit hinaus. Eine Überproduktion setzt ein, die unmittelbar zur Krisis führen kann, wenn nicht schleunigst andere Absatzgebiete gefunden werden. Und sie werden gefunden.

Aber nun beginnt ein rasender Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt. Von allen Seiten werden die gewaltigsten Anstrengungen gemacht. Auch hier droht die Überschwemmung. Und die Produktion arbeitet umso schrankenloser, als sie durch das moderne Kreditsystem immer wieder gespeist wird. Die Eroberung des Weltmarktes, das ist jetzt das Ziel der großen einheimischen Industrien. Und da die nationalen Bourgeoisien der kapitalistischen Länder ihre Absatzmärkte an den noch unentwickelten Stellen der Erde suchen, so verschaffen sie sich nicht selten nach dem Muster des Erlkönigs mit Gewalt Eingang zu den fremden Märkten. So geht ihr Streben dahin, die Industrieprodukte in übergroßer Fülle für den Weltmarkt bereitzustellen, und es spielt für sie nur eine untergeordnete Rolle, ob die Nahrungsbedürfnisse der einheimischen Arbeiter durch diesen Prozess befriedigt werden oder nicht. Es kann sehr wohl vorkommen, dass der Absatz an Eisenschienen, Trägern, Lokomotiven usw. Ländern zufließt, die nur eine beschränkte Nahrungsmittelausfuhr haben. Über dieses alles sorgen die einheimischen Großagrarier mit Fleiß dafür, dass die Einfuhr durch die Schutzzollmauern ständig erschwert bleibt, sodass zu allem Überflus die Nahrungsmittelpreise trotz erhöhter Bedürfnisse künstlich in die Höhe getrieben werden.

Dazu kommt, dass die Kaufkraft der arbeitenden Massen infolge hoher Preise und niedriger Löhne, periodischer Arbeitslosigkeit weit hinter den natürlichen Bedürfnissen zurückbleibt, was seinerseits wieder störend und stockend auf den Gang der Produktion zurückwirkt.

Aus den Widersprüchen zwischen Produktion und Konsumtion, zwischen Angebot und Nachfrage, entwickeln sich nun die mannigfaltigen Störungen, die den kapitalistischen Wirtschaftskörper immer wieder durchzittern und die wie rückfällige Krankheiten mit immer

größerer Heftigkeit auftreten. Zahllos sind die sich hieraus ergebenden Konflikte: eine ans Schwindelhafte grenzende Überproduktion auf der einen Seite, Massenarmut auf der anderen Seite. Ein märchenhafter Luxus dort, ein Massenelend hier, das das menschliche Dasein auf den bitteren Kampf um Hemd und Brot herabdrückt. Ein unausgesetztes Stampfen der Produktionsmaschinerie, und doch das Anschwellen einer industriellen Reservearmee zu unheimlich düsterer Größe, das Heranziehen immer größerer Scharen ausländischer, weil billigerer und leichter zähmbarer Arbeiter. Ein Milliardengoldstrom in den Reservoiren und Pumpwerken der Banken, und dabei das trostlose Geklimper der Pfennige in den Westentaschen der Arbeiter.

Von allen Gegensätzen und Widersprüchen das Fundamentalste ist eben das Verhältnis von Kapital und Arbeit, ein Gegensatz, der schließlich zum weltbeherrschenden Triebad der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung wird.

Es gibt keinen bürgerlichen Nationalökonom, der ein Mittel anzugeben wüsste, wie die Krisen des Kapitals zu beseitigen seien. Und selbst die optimistischen unter ihnen finden sich mit ihnen doch als mit den für den Kapitalismus „charakteristischen“ Erscheinungen ab. Es sind nur Palliativmittel, die sie vorschlagen und die aus dem wirtschaftlichen Organismus des Kapitalismus selbst geboren sind: die Diskontpolitik der Banken, die Kartelle und dergleichen mehr. Sie alle gehen dem Übel nicht an die Wurzel, und gerade von den Kartellen, deren Tätigkeit sich wenigstens zum Teil auf die Produktion erstreckt, wissen Kundige zu sagen, dass sie die auf sie gesetzten Hoffnungen sehr getäuscht haben.

Es ist klar, dass alle diese Verhältnisse durch Kriegszeiten eine erheblichere Verschärfung erfahren müssen. Doch lassen wir lieber einen bürgerlichen Autoren reden, der ganz gewiss nicht revolutionärer Triebe und Absichten verdächtig ist. *Roscher* sagt in seinem „System der Volkswirtschaft“, nachdem er die unmittelbare kritische Wirkung des Krieges auf Produktion und Konsumtion geschildert, über die Verhältnisse nach Friedensschluss:

Selbst die Wiederherstellung des Friedens nach langem Kriege pflegt eine Absatzkrise herbeizuführen, umso heftiger, je plötzlicher der Friedensschluss. Viele Tausende von tüchtigen Arbeitern kehren jetzt unvorbereitet zum Pfluge, Webstuhle usw. zurück. Der riesenhaft gewachsene Zweig der Volkswirtschaft, der Kriegsbedürfnissen diente, schrumpft plötzlich wieder ein. Auch das Wegfallen so vieler gewohnter Steuern und Anleihen muss einen gewaltigen Stoß bewirken. Noch erschütternder kann unter Umständen die Rückkehr des Handels in seine zwar natürlichen, aber jahrelang unterbrochenen Kanäle sein. Überhaupt aber lässt sich ein Volk, das kriegerische Anstrengungen macht über sein Einkommen hinaus, einem Verschwender vergleichen, in dessen Umgebung alles den Schein des Reichtums haben kann. Aber alles ist, vom Standpunkte der ganzen Volkswirtschaft betrachtet, nur Täuschung; obwohl viele Einzelne, gerade wie bei jenem Verschwender, dafür interessiert sind, dass die Täuschung lange fort dauere. Kommt die Nation endlich zur Besinnung, so muss der Stoß des Anhaltens umso erschütternder wirken, je rascher das Bergablaufen gewesen. (Band 3, Seite 1051.)

Dabei hat *Roscher* bei dieser Gelegenheit noch nicht einmal der ungeheuren Quantitäten ungedeckten Papiers gedacht, die von den bürgerlichen Nationalökonom stets als höchst verdächtige Zerrüttungssymptome angesehen werden. Als abschreckendes Beispiel führen sie gern die Assignatenwirtschaft der französischen Revolution an, die bekanntlich dahin führte, dass man mit den bemalten Scheinen die Zimmer tapezierte. Abschreckend, wie die Revolution selbst, erscheint ihnen auch das Assignatensystem. Aber es sind nicht allein Revolutionäre, die auf diesen finanztechnischen Spuren wandeln. ...

Summa: Es gibt keinen Ausweg aus den Wirrnissen, den Widersprüchen und Gegensätzen, den anarchischen Zuständen auf dem Boden des Kapitalismus selbst. Es gibt nur *eine* Lösung: den Sozialismus.

(Schluss folgt.)

Die sozialen Geburtswehen des russischen Volkes.

Von Nikolai Rubakin

(Schluss.)

Wenden wir uns jetzt, ohne die schöpferische Arbeit der Nation aus dem Auge zu verlieren, der russischen Anarchie zu. Ich wiederhole, um Missverständnisse zu vermeiden, dass sie sehr groß ist, kein Freund des russischen Volkes wird das ableugnen können. Lassen wir alle jene beiseite, denen die Anarchie vorteilhaft ist, u. a. also alle bewussten Urheber der Anarchie, wie z.B. die Feinde der Revolution und des Sozialismus, alle Freunde des Zarismus, die große Mehrheit der höheren Geistlichkeit, die vom Volke en canaille behandelt wird, usw. Betrachten wir die russische Anarchie von einer anderen Seite. Die Frage über die Ursachen der Anarchie ist aufs engste mit der Frage über den Maximalismus und über den Sieg der Leninisten verbunden. Zwei Hauptfaktoren des gegenwärtigen Augenblicks der russischen Geschichte liegen der russischen Anarchie zugrunde: die Agrarfrage und der Krieg. Beide gehören untrennbar zueinander. Der Oberst K. Oberutschew, ein hervorragender russischer Revolutionär, Politiker und Publizist, definiert das Wesen der russischen Anarchie folgendermaßen: „Alle fordern irgendetwas, alle sprechen von ihren Rechten, aber fast niemand spricht von seinen Pflichten.“

Das schreibt mir ein Mensch, der am heißesten Herde des russischen Lebens steht. Und er hat recht. Seine Worte zeigen, dass die Persönlichkeit des russischen Menschen gegenwärtig bestrebt ist, die Rahmen des noch nicht vollkommen zerstörten alten Regimes energisch und intensiv zu sprengen. In den übrigen europäischen Revolutionen konnte man dieselbe Erscheinung beobachten, wenn auch lange nicht im gleichen Maße, – nicht einmal im Jahre 1789. Die Persönlichkeit will sich selbst ihr Leben schaffen und gestaltet deshalb die ganze bisherige Ordnung um. Die schöpferische Arbeit im Innern (besonders auf dem Gebiete der Agrarfrage) ist der natürliche Gegner der Frontinteressen, das heißt des Krieges. Das russische Volk war von 1914 an *gegen* den Krieg, und hat sich nie von ihm hinreißen lassen. Seit dem März 1917 kämpft das russische Volk für sein Recht, keinen Krieg zu führen.

„Dieser Kampf hat rasch viele Millionen russischer Menschen im Lande wie an der Front begeistert. Unberührt vom Widerwillen gegen den Krieg blieb nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Bevölkerung, – die Bourgeoisie, von der ein großer Teil durch den Krieg reich geworden ist und die jusqu'aboutistische Intelligenz. Nun sagt man zwar, dass in allen kriegführenden Ländern „niemand den Krieg wünsche“. Wir alle wissen, dass diese allmenschlichen Tendenzen in Russland den größten Widerstand bei den obersten Gesellschaftsschichten gefunden hatten. Die temporäre Regierung, die sich kontraktlich den Verbündeten verschrieben hatte, forderte vom Volke hartnäckig den Krieg und die Offensive. Das Resultat war der Zusammenbruch mit seinen Folgen. Irgendeinmal wird natürlich eine unparteiische und erstaunliche Geschichte diese Vorgänge geschrieben werden. Dann wird es vollkommen klar werden, warum die Kadetten bei den Massen ihr Prestige verloren hatten, warum Kerenski nicht Lenin zu besiegen vermochte.

Dieser hatte die unzweideutige Losung ausgegeben: „Frieden um jeden Preis“. Und diese Losung entspricht in jeder Hinsicht sowohl der Lage der Dinge in Russland (denn Russland kann schon seit 1915 nicht mehr kämpfen), als auch dem Wunsche des Volkes, weil das Volk nicht länger Krieg führen will. Die Losung „Frieden“ hat die Volksmassen veranlasst, sich den Maximalisten anzuschließen. Größtenteils aus dem gleichen Grunde verloren zuerst Miljukow, dann Kerenski und schließlich sogar die Sozialrevolutionäre ihren Einfluss auf die Massen, trotzdem das Agrarprogramm der Sozialrevolutionäre jedem Bauernherzen teuer war. Auch die Bauern schlossen sich Lenin an, und er kam ihnen entgegen und nahm die Hauptlosung der Sozialrevolutionäre in sein Programm auf. (Im Jahre 1903 war Lenin in seinen Büchern noch ein Gegner der Übergabe des Bodens an das Volk.) Es war aber unmöglich, das Leninsche Programm mit Hilfe der provisorischen Regierung zu verwirklichen.

Erinnern wir uns, dass Fürst Lwow und einige andere Kadetten gegen das Agrarprogramm der Sozialisten waren und deshalb aus der Regierung ausschieden. Außerdem trat schon gleich bei Beginn der Revolution klar zutage, dass eine doppelte Macht ans Ruder gekommen war: einerseits – die Macht des Volkes, und zwar der arbeitenden Klassen, in Gestalt der Soldaten-, Arbeiter- und Bauerndeputiertenräte, die den Frieden anstrebten, und andererseits die Macht der übrigen Gesellschaftsklassen, in Gestalt der provisorischen Regierung. Alle Parteien bemühten sich anfangs, eine Koalitionsregierung zustande zu bringen.

Lenin begriff aber, dass bei einer solchen Regierung der Friede ad calendas graecas vertagt werden würde. Lenin begriff, dass die Friedensfrage nur dann tatsächlich an die Tagesordnung kommen, könne, wenn sich die ganze Macht des Landes in den Händen der arbeitenden Klassen, in den Händen der wahrhaften Volksorganisationen, befände. Denn sie hatten die Revolution gemacht, sie wünschten keine Minute länger Krieg zu führen. Derartige Organisationen waren von Anfang an die Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputiertenräte.

Die Novemberumwälzung bedeutet ihren Sieg, sie beendete die oben gekennzeichnete Doppelherrschaft bei der Zentralregierung. Die Aufhebung dieser Doppelherrschaft war ein Faktor von so gewaltiger Bedeutung, dass schon dank ihm allein (selbst wenn man von der glücklich gewählten Losung absieht) die verhältnismäßig kleine Gruppe der Maximalisten stärker wurde als die Regierung Kerenskis. Diejenigen, die auf einen Sieg des letzteren und auf einen Zusammenbruch des „Maximalismus“ schon wenige Tage nach der Novemberumwälzung hofften, hatten sich schwer geirrt. Diese Optimisten hatten vergessen, dass die Maximalisten nicht durch ihre Doktrinen stark geworden waren, sondern durch zwei scharf und bestimmt ausgegebene Losungen: „Friede“ und „Land“. Die Regierung, die zu einem Teil für den Krieg und gegen die Übergabe des Bodens an das Volk war, konnte sich natürlich nicht auf das Vertrauen des Volkes stützen.

Was wir „Maximalisten“ nennen, sind also nicht die eigentlichen Maximalisten, sondern alle Anhänger der beiden vereinten Losungen: „Frieden und Land!“ Die Macht Kerenskis ging unter, weil er ein Gegner der Friedenslosung war; die Macht der Kadetten – weil sie Gegner der Landverteilungslosung waren. Das Hinausschieben der konstituierenden Versammlung vergrößerte noch die Unzufriedenheit mit Kerenski und den Kadetten.

Lenin begriff die Sachlage – und das Resultat ist die Festigkeit des Leninschen Regimes, die alle Erwartungen seiner Feinde enttäuscht hat. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sich sein Regime halten.

Die Kosaken Kaledins, Kornilows, Dutows und anderer Atamane werden von den stark pazifistisch gesinnten Frontsoldaten niedergekämpft werden. Die Kosaken sind weniger zahlreich als das Frontheer. Auch sind sie nicht im Besitz von Waffen. Die Maximalisten haben 10 000 Gewehre, die die provisorische Regierung den Kosaken zu schicken versuchte, in

Petersburg zurückgehalten. Die Lebensmittelzufuhr abzuschneiden ist ein zu gefährliches Mittel: hungrige Soldaten sind wie Tiere, nachdem sie die Kosaken bezwungen haben, werden sie auch gegen den verhältnismäßigen Landreichtum der Kosaken Maßnahmen ergreifen: auch die Kosakenländereien werden nach einem Siege über die Kosaken der allgemeinen Aufteilung verfallen. Während auf einen Kosakenhof durchschnittlich 52,7 Deßjatinen kommen; umfasst ein Bauernhof im europäischen Russland nur 6 bis 12 Deßjatinen. Es ist deshalb nicht weiter verwunderlich, wenn ein Teil der Kosaken jetzt nicht mehr hinter Kaledin steht und die meisten sich vor der Landaufteilung fürchten.

Die Maximalisten Lenins haben noch einen Vorzug: sie sind unbedingt aufrichtig. Sie wollen nichts verbergen. Sie dienen unbeugsam den von ihnen proklamierten Prinzipien. Sie kennen keine Hintertüren, keine „Schleichwege zum Rückzug“, keine Reservationen. Sie reden und handeln reinlich nach der Maxime: „Was ist, das ist!“ Der Charakter Lenins – der nebenbei gesagt ein sehr starker ist – hilft ihnen dabei. Lenin ist gradlinig. Er hat einen klaren Verstand, besitzt organisatorische Fähigkeiten und ist zu gleicher Zeit ein – Despot. Außerdem ist er ein Fanatiker seiner Sache, der sein Ziel mit allen Mitteln verfolgt. Das stößt viele von ihm ab. Bestimmtheit ist indessen immer eine Macht. Von 1900 bis 1917 hat Lenin das in seiner Partei bewiesen. Er hat sie zentralistisch organisiert. Er ist eine disziplinierte Kraft, die ihre Wurzeln, dank bestimmt gewählter Losungen, in der Volksmasse hat. Die Macht dieser Losungen ist folgende: es ist sehr möglich, dass wir morgen schon von einem sozialistischen Koalitionsministerium in Russland hören, und in einigen Monaten von einer Koalition mit den Kadetten; aber auch diese Ministerien werden die gleichen Losungen verwirklichen müssen „Friede“ und „Land“.

Wenn die Konstituante von neuem eine Doppelherrschaft hervorbringen und nicht beide Leninsche Losungen verwirklichen wird, so wird die Anarchie in Russland nicht aufhören. Nur die Verwirklichung beider Losungen wird die Anarchie bis auf die Wurzel vernichten, wenigstens bei der ungeheuren Mehrzahl des russischen Volkes, bei seinem besten Teil. Wenn die Ursachen der Anarchie beim besten Teil des russischen Volkes aufgehoben worden sind, wird man auch der Anarchie des schlechteren Teiles Herr werden können.

Das ist die Bedeutung der Novemberumwälzung. Die Anarchie ist nur ihr Schaum, nicht ihr Wesen. Denn die Anarchie ist für alle jene Parteien, die gegen die Leninisten kämpfen (seien es nun Zaristen oder Bourgeois) ein ebenso natürliches wie notwendiges Kampfmittel, mit Hilfe dessen sie die Leninisten zu diskreditieren und die Volksmassen auf ihre eigene Seite, auf die Seite der „Ordnung“, zu locken versuchen. Das ist die gegenwärtig sich abspielende Tragödie des russischen Volkes. Und im Wirbel dieser Tragödie wird schöpferische Arbeit für eine Zukunft getan, die sich auf den neuen Grundlagen des Friedens, der Gerechtigkeit und des Rechts erheben wird.

Noch gehen Menschen unter. Noch wird Blut vergossen. Aber die neuen Prinzipien werden durch dieses Blut zu wirklichem Leben gestaltet.

Aus unserm politischen Tagebuch.

13. Januar.

Sie haben wirklich Pech, die tapferen Ritter von der unabhängigen Partei. Die Geschichte ging bereits los, als die berühmten Achtzehn noch im Mutterschoß der sozialdemokratischen Fraktion zappelten. Ihr erstes Lebenszeichen bestand darin, dass sie die Kredite mit einer Begründung verweigerten, die den französischen Sozialpatrioten Munition für ihren Überfall auf die Zimmerwaldisten lieferte. Sie begriffen den Verrat, den sie an der französischen Opposition begangen hatten und hörten fortan auf, von der Landesverteidigung zu reden.

Dafür zogen sie nun einen lahmen Gaul nach dem andern aus dem Stall des Sozialpazifismus. Zuerst kamen die internationalen Schiedsgerichte an die Reihe. Sie humpelten und keuchten, die armen Viecher. Sie waren die richtigen Lungenpfeifer. Aber das schönste war, dass sie von Herrn Woodrow Wilson, dem Präsidenten der amerikanischen Milliardäroligarchie, als Demokrat neugebackener Truisthustenthusiast und Hochschutzzöllner, mit großer Windbeutelerei aufgeplustert wurden. Die Herren Haase und Ledebour in der Geistesgemeinschaft des Herrn Woodrow Wilson! Das war Pech und war fatal. Ebenso ging es mit der Abrüstungsgedankenlosigkeit. Auch hier trat Herr Wilson für die deutschen „Unabhängigen“ ein. Als nun der alte Schinder nicht mehr ziehen wollte, musste der Friede ohne Annexionen daran glauben. Und siehe da! Schon kam der Block von Erzberger bis Scheidemann, wälzte sich mit seiner sogen. Friedensresolution über die armen Unabhängigen und zerquetschte sie zu Grus und Mus. Zuletzt versuchten sie es dann mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Ha, das war ein Klepper; an dem kann keener! Und die Herren Haase und Ledebour warfen sich in die Brust: nun man 'ran, wenn's eener wagt! Aber da kam ein neuer Kanzler, der in diplomatischen Dingen wohl erfahren war. Der erklärte im Namen der deutschen Regierung feierlichst: Wir halten dafür, dass die Völker über ihr Geschick selbst zu bestimmen haben. (Der Kanzler, der also sprach, war kurz vorher ernannt worden) Klickeradoms, klirrten die Fensterscheiben bei den Unabhängigen. Die wohlgezielten Kabaljensteine der Regierung waren mitten hineingefegt. Der hohe Rat der Haasen saß verdutzt und stumm; denn von der anderen Seite, von der Donau her, hagelte es ebenso in ihre Bude hinein. Hier verkündete Herr v. Seidler die neue große Lehre vom Selbstbestimmungsrecht. Was tun? Gott sei Dank! Da ganz hinten in der Ecke steht noch eine alte Mähre: die vereinigten Staaten von Europa. Papa Kautsky hatte sie schon einmal geritten; aber er war wieder abgesehen, weil das Biest zu sehr bockte. Nun aber besteigt Ledebour, der tapfere Ritter Georg, die Rozinante und kleppert mit ihr in die Arena des Reichstages. Feierlich verkündet er: Wenn Europa mit den Vereinigten Staaten von Amerika erfolgreich konkurrieren will, so bleibt ihm kein anderer Weg, als die Vereinigten Staaten von Europa zu bilden. So sprach bedeutungsvoll Herr Ledebour, der große Sozialist, der kein anderes Heilmittel sieht als eine imperialistische Staatenvereinigung; wenn dieses Ungetüm überhaupt möglich wäre.

Das kommt davon, wenn *Herr Herzfeld* nur das Interesse der deutschen Arbeiter in bestimmten Fragen als theoretisch bezeichnet, wenn Herr Dittmann seine Hände in Unschuld wäscht, wenn Herr Henke den Linksradikalen „den mehr als reichlichen Gebrauch des Wortes Massenaktionen“ vorwirft, wodurch er den wohlverdienten Beifall der Bremer Sozialpatrioten einheimste, die es „erfreulich“ fanden, „dass Henke die Phrase von der ‚Politik der Tat‘ und der ‚Massenaktionen‘ so scharf kritisierte“. Da ist es freilich kein Wunder, wenn die braven Unabhängigen einen Reinfall nach dem andern erleben und wenn die Partei langsam zum Sammelbecken der sozialpatriotischen Erosionsprodukte und zum Heimathafen für sozialpatriotische Schiffbrüchige wird. Es sind kürzlich ja wieder ihrer drei oder vier angekommen. Eines Tages wird das pazifistische Schlammassel wohl soweit sein, dass der große Versöhnungstag gefeiert werden kann. Und dann gibt es wieder nur Scheidemänner in der deutschen Sozialdemokratie. Gesegnet sei der Tag. ...

14. Januar.

Engelbert Pernerstorfer ist tot. Ein Stück österreichischer Geschichte wird mit ihm zu Grabe getragen. Pernerstorfer war ein verspäteter Nachfahre der Demokraten des Jahres 1848, gleich ihnen durchaus national, gleich ihnen von großem sozialem Verständnis, gleich ihnen kein Sozialist im modernen Sinne. Der Begriff des Klassenkampfes war ihm durchaus fremd gewesen. Als zahlreichste Schichte der Nation, nicht als Glied einer internationalen Schicksalsgemeinschaft, erschien ihm, dem „wahrhaft Nationalen“, die Arbeiterklasse. Ein echter deutscher Demokrat war er gewesen. Schon zu Beginn seiner Laufbahn, da er mit

Friedjung und Schönerer die alldeutsche Bewegung schuf, wie später, da er mit dem Kosmopoliten Kronawetter im Abgeordnetenhaus vereinsamt und verhöhnt die Interessen der vom Wahlrechte ausgeschlossenen Arbeiter vertrat, hat er zielsicher und unentwegt sich als sozial aufgeklärter Nationaler bewährt. Unvergessen werden seine Verdienste bleiben, die er als bürgerlicher Abgeordneter sich in jenen trüben Zeiten der Not und Verfolgung um die Arbeiterbewegung erwarb. Als das Wahlrecht erweitert und die allgemeine Kurie geschaffen wurde, tat Pernerstorfer einen für ihn, wie für die Arbeiterbewegung verhängnisvollen Schritt, er wurde Sozialdemokrat! Ohne seine Gesinnung zu ändern, ohne seine Taktik umwandeln zu wollen, brachte er all' seine Vorurteile, alle seine vom nationalen Standpunkte untrennbare Beschränkung mit herüber in das Lager der Arbeiter. An seinen Namen knüpft sich jene eigenartige Taktik, welche dem Nationalisten das „wahre Nationalinteresse“, dem Klerikalen das „wahre Christentum“ entgegensetzte und so die Massen des klassenbewussten Proletariats wohl zu „echten Deutschen“, „wahrhaft Religiösen“ und schließlich als die Woge des deutschen Irredentismus vereist war, zu guten „Deutschen Österreichern“, statt zu Sozialdemokraten erzog.

Das deutsche Bürgertum hatte mit dem österreichischen Staate Frieden geschlossen, im Rahmen des österreichischen Staates, für das Interesse des Gesamtvolkes! Dies die Parole. Mit dem Bürgertume, das nicht mehr gegen den Staat seine Selbstbestimmung, sondern im Staate um seine Vorherrschaft rang, hat Pernerstorfer seine radikale Vergangenheit liquidiert. Die Sozialdemokraten gingen in die Hofburg, der erwählte Vizepräsident des Volkshauses zum Kaiser. Im Kriege hat der alte flotte Korpsstudent seiner nationalen Vergangenheit die Treue gewahrt. In der „Gleichheit“, wie in offen bürgerlichen Blättern hat Pernerstorfer seinen ehrlichen Durchhaltewillen zum Ausdruck gebracht. Wir sind überzeugt, dass er den Weg des verstorbenen Frank gegangen wäre, hätte nicht Alter und Siechtum ihn an das Hinterland gekettet. Doch die Arbeiterschaft begann zu erwachen. Die Arbeiter von der Wiener Neustadt protestierten gegen die Haltung der Parteileitung. Während Pernerstorfer das Durchhalten als glatte Selbstverständlichkeit empfand, haben die Arbeiter seines Wahlkreises den Kampf wider den Burgfrieden aufgenommen. Pernerstorfer ist tot, seine Taktik und seine Auffassungen haben wohl nicht mehr den Beifall seiner Wähler gefunden, aber sind herrschend geblieben in der ganzen österreichischen Partei. Möge das System, an dem er mitgeschaffen und dessen persönlich sympathischer Vertreter er gewesen, nicht lange seinen Träger überleben. Dann werden wir dem Geiste dieses aufrechten, sich seiner Vergangenheit getreuen Mannes gerecht werden, dann werden wir objektiv seine Verdienste, die er einst als bürgerlich deutscher Demokrat um Österreichs Arbeiter sich errungen, würdigen können.

Feuilleton

Zwei Stätte.

Von Charles Dickens

(Fortsetzung.)

„John Barsad,“ wiederholte Madame, nachdem sie den Namen noch einmal halblaut vor sich hingesprochen. „Gut. Wie sieht er aus? Weiß man es?“

„Alter ungefähr 40 Jahre, Größe ungefähr 5 Fuß 9 Zoll, Haar schwarz, Gesichtsfarbe dunkel, Aussehen im Allgemeinen hübsch, Augen dunkel, Gesicht lang und schmal, Adlernase, aber nicht gerade, sondern etwas nach der linken Backe zu gebogen, der Gesichtsausdruck dadurch lauernd.“

„Meiner Treue! Wie abgemalt!“ sagte Madame lachend. „Ich werde ihn morgen in das Register eintragen“?

Sie trat in den Weinschank, der bereits geschlossen war (denn es war Mitternacht), wo Madame Defarge sofort ihren Posten am Ladentisch einnahm, das während ihrer Abwesenheit eingegangene kleine Geld zählte, die Flaschen nachsah, die im Buche eingetragenen Posten prüfte, selbst Posten eintrug, den Dienstboten in jeder nur möglichen Weise kontrollierte und ihn schließlich zu Bett schickte. Dann schüttete sie zum zweiten Mal den Teller mit dem Gelde aus und fing an, die Münzen in einer Kette einzelner Knoten in ihr Taschentuch einzuknüpfen, um sie für die Nacht aufzubewahren. In dieser ganzen Zeit ging Defarge mit der Pfeife im Munde auf und ab und bewunderte seine Frau im Stillen, ohne sich in die Geschäfte zu mischen; überhaupt ging er in dieser Stimmung, was Geschäfts- und häusliche Angelegenheiten betrifft, durch das Leben.

Die Nacht war schwül und in dem fest verschlossenen und in einer so unreinlichen Nachbarschaft liegenden Laden roch es unangenehm. Monsieur Defarges Geruchsnerve waren keineswegs sehr empfindlich, aber der Weinvorrat roch viel stärker, als er jemals schmeckte, und das war auch mit dem Rum und mit dem Branntwein und dem Anis der Fall. Er blies den vermischten Geruch von seiner Nase weg, wie er die ausgerauchte Pfeife weglegte.

„Du bist müde,“ fragte Madame und blickte von den Knoten auf, die sie in das Taschentuch knüpfte. „Es sind nur die gewöhnlichen Gerüche.“

„Ich bin etwas müde,“ gab ihr Mann zu.

„Du bist auch ein wenig gedrückt,“ sagte Madame, deren rasches Auge nie mit den Rechnungen beschäftigt war, ohne auch Blick für ihn zu haben. „Ach! die Männer! die Männer!“

„Aber, meine Liebe!“ fing Defarge an.

„Aber, mein Lieber!“ wiederholte Madame und nickte entschieden; „aber, mein Lieber! Du bist entmutigt heute Abend, mein Lieber!“

„Nun ja,“ sagte Defarge, als ob ihm ein Gedanke aus dem Herzen herausgepresst würde. „Es ist noch so lange hin!“

„Es ist noch lange hin!“ wiederholte seine Frau; „und was dauert nicht lange? Rache und Vergeltung fordern viele Zeit, es ist die Regel.“

„Es fordert keine lange Zeit, jemand mit dem Blitz zu treffen“, sagte Defarge.

„Wie viel Zeit gehört aber dazu, den Blitz zu machen und aufzubewahren?“ – fragte Madame ruhig. „Nun?“

Defarge blickte gedankenvoll auf, als ob darin allerdings etwas läge.

„Ein Erdbeben braucht keine lange Zeit, um eine Stadt zuzerstören,“ sagte Madame. „Nun sage mir, wie lange dauert es, Erdbeben vorzubereiten?“

„Ich vermute, sehr lange.“

„Aber wenn es fertig ist, bricht es los und zermalmt alles vor sich. Unterdessen gärt es immer fort, obgleich man es nicht sieht oder hört. Das sei dein Trost. Vergiss ihn nicht.“

Sie zog mit funkelnden Augen einen Knoten zu, als ob sie einen Feind erdrosselte.

„Ich sage dir,“ fuhr Madame fort, indem sie, um ihrer Rede Nachdruck zu geben, die rechte Hand ausstreckte, „dass, obgleich es lange unterwegs ist, ist es doch unterwegs und im

Anzuge ist. Ich sage dir, es zieht sich nie zurück und steht nie still. Ich sage dir; es kommt immer näher und näher. Sieh um dich und bedenke, welches Leben die Welt – soweit wir sie kennen – führt; bedenke die Wut und die Unzufriedenheit, zu welcher die Jacquerie stündlich mit sicherer Aussicht auf Erfolg spricht. Kann so etwas ewig dauern? Bah! Ich möchte lachen.“

„Mein starkes Weib!“ entgegnete Defarge, der vor ihr mit etwas gesenktem Haupt und auf den Rücken gelegten Händen stand, wie ein gelehriger und aufmerksamer Schüler vor seinem Lehrer. „Alles das ziehe ich nicht im Zweifel. Aber es hat schon lange Zeit gedauert und ist es möglich – du weißt recht gut, Frau, es ist möglich – dass es während unserer Lebenszeit nicht kommt.“

„Nun gut, was dann?“ fragte Madame und knüpfte einen andern Knoten, als ob sie einen andern Feind erwürge.

„Nun ja!“ sagte Defarge mit einem halb klagenden und halb um Verzeihung bittenden Achselzucken. „Wir sehen dann den Sieg nicht.“

„Wir haben aber mit dazu verholffen,“ entgegnete Madame und streckte ihre Hand mit energischer Gebärde aus. „Nichts, was wir tun, geschieht vergebens. Ich glaube von ganzer Seele, dass wir den Sieg erblicken werden. Aber selbst wenn nicht, selbst wenn ich es gewiss wüsste, so zeige mir den Hals eines Aristokraten und Tyrannen, und ich wollte doch –“

Hier knüpfte Madame mit festgeschlossenen Zähnen einen wirklich recht festen Knoten.

„Halt!“ rief Defarge ein wenig errötend, als ob man ihn der Feigheit beschuldigte; „auch ich, Frau, werde vor nichts zurückschrecken.“

„Ja! aber es ist deine Schwäche, dass du manchmal dein Opfer und deine Gelegenheit sehen willst, um frischen Muts zu bleiben. Behalte frischen Mut ohne das. Wenn die Zeit kommt, lass einen Teufel und einen Tiger los, aber warte auf die Zeit, mit dem Tiger und dem Teufel an der Kette – niemals sichtbar aber immer bereit.“

Madame gab dem Schlusswort dieses Rates dadurch Nachdruck, dass sie mit ihrer Kette von eingeknüpftem Geld auf den kleinen Ladentisch schlug, als ob sie dessen Gehirn einschläge und dann das Taschentuch mit unbefangener Miene unter den Arm nahm und bemerkte, dass es Zeit zum Schlafengehen sei.

Der nächste Mittag sah die wunderbare Frau auf ihrem gewöhnlichen Platze im Weinschanke fleißig mit Stricken beschäftigt. Eine Rose lag neben ihr und wenn sie manchmal einen Blick auf die Blume warf, so verlor sie dabei ihr gewöhnliches Aussehen nicht. Im Laden waren wenig Gäste, welche tranken oder nicht tranken, saßen oder standen. Es war sehr heiß, und Haufen von Fliegen, welche ihre neugierigen und abenteuerlichen Forschungen bis in die klebrigen Gläschen neben Madame ausdehnten, fielen tot auf den Boden. Ihr Untergang machte keinen Eindruck auf die andern spazierengehenden Fliegen, welche ihnen in der unbefangenen Weise (als ob sie selbst Elefanten oder etwas anderes, den Fliegen ebensowenig Ähnliches wären), bis sie dasselbe Schicksal traf. Seltsam, wie leichtsinnig Fliegen sind! – Vielleicht dachten sie an diesem sonnigen Sommertage an dem Hofe ebenso.

Eine eben eintretende Gestalt warf einen Schatten auf Madame Defarge, von dem sie fühlte, dass er ein neuer war. Sie legte ihr Strickzeug hin und steckte die Rose mit einer Nadel in ihrem Kopftuche fest, ehe sie die Gestalt ansah.

Es war merkwürdig. In dem Augenblick, wo Madame Defarge die Rose in die Hand nahm, hörten die Gäste auf zu sprechen und fingen allmählich an den Laden zu verlassen.

„Guten Tag, Madame,“ sagte der neue Ankömmling.

„Guten Tag, Monsieur!“

Sie sagte es laut, sprach aber zu sich selbst, wie sie ihr Strickzeug in die Hand nahm! „Ha! Alter ungefähr 40 Jahre, Größe ungefähr 5 Fuß 9 Zoll, Haar schwarz, Gesichtsfarbe dunkel, Aussehen im Allgemeinen hübsch, Augen dunkel, Gesicht lang und schmal, Adlernase, aber nicht gerade, sondern etwas nach der linken Backe zu gebogen, der Gesichtsausdruck dadurch lauernd! Guten Tag, einer und alle!“

„Haben Sie die Güte, mir ein Gläschen alten Kognak und einen Mundvoll kaltes frisches Wasser zu geben, Madame!“

Madame entsprach seinem Wunsche mit höflicher Miene.

„Süperber Kognak das, Madame!“

Es war das erste Mal, dass er so gelobt wurde, aber Madame Defarge kannte genug seine Entwicklungsgeschichte, um es besser zu wissen. Sie sagte jedoch, dass sich der Kognak geschmeichelt fühle, und nahm ihr Strickzeug wieder her. Der Gast betrachtete ihre geschäftigen Finger ein paar Augenblicke und benutzte dann die Gelegenheit, sich verstohlen in dem Laden umzusehen.

Sie sind sehr geschickt im Stricken, Madame!“

„Ich bin daran gewöhnt.“

Und auch ein hübsches Muster!“

„Meinen Sie wirklich?“ sagte Madame und sah ihn lächelnd an.

„Gewiss. Darf ich fragen, zu welchem Zweck Sie stricken?“

„Zur Zerstreung,“ sagte Madame immer noch mit freundlich lächelndem Gesicht, während ihre Finger behend sich bewegten.

„Nicht zum Gebrauch?“

„Das kommt darauf an. Vielleicht finde ich einmal eine Verwendung dafür. Wenn das der Fall ist,“ sagte Madame mit einem starken Atemzuge und indem sie kokett ernst mit dem Kopf nickte, „werde ich es verwenden.“

Es war merkwürdig, aber der Geschmack Saint Antoinnes schien ganz entschieden von einer Rose in ihrem Kopftuch verletzt zu werden. Zwei Männer waren eingetreten und im Begriff etwas zu trinken und sich zu bestellen, als sie beim Anblick der Blume stockten, vorgaben, einen Freund zu suchen, der nicht da war, und wieder gingen. Auch von denen, welche dagewesen waren, als der fremde Gast eintrat, war niemand mehr vorhanden. Einer nach dem andern hatte den Laden verlassen. Der Spion hatte gut aufgepasst, aber kein Zeichen entdecken können. Sie hatten sich in einer armutbedrückten, ziellosen, zufälligen Weise weggeschlichen, die ganz natürlich und unverdächtig war.

„John,“ markierte Madame, während sie weiter strickte und ihre Augen auf dem Fremden ruhten: „bleibe noch und ich stricke auch ‚Barsad‘, ehe du gehst.“

„Sind Sie verheiratet, Madame?“

„Ja.“

„Haben Sie auch Kinder?“

„Nein.“

„Das Geschäft scheint schlecht zu gehen???”

„Das Geschäft geht sehr schlecht, die Leute sind so sehr arm.“

„Ach, das arme unglückliche Volk! Und so bedrückt – wie Sie sagen.“

„Wie Sie sagen,“ gab Madame berichtend zurück und strickte dabei ein Extrazeichen in seinen Namen, das ihm nichts Gutes verhieß.

„Verzeihen Sie, gewiss brauchte ich den Ausdruck, aber natürlich denken Sie so. Das versteht sich von selbst.“ „Ich – denken?“ – entgegnete Madame mit gehobener Stimme. „Ich und mein Mann haben ohne Denken genug zu tun, diesen Weinschank offen zu halten. Unser einziger Gedanke hier ist, wie wir uns das Leben fristen sollen. Das ist's, woran wir denken und es gibt uns von früh morgens bis zum Abend genug zu denken, ohne dass wir uns Gedanken über andere machen können. Ich – für andere denken? Nein, Nein!“

Der Spion, welcher gekommen war, jeden Brosamen, den er finden oder erfinden konnte, aufzulesen, ließ in seinem lauernde Gesichte nicht durchblicken, dass er bis dahin umsonst gekommen war, sondern blieb – den Ellbogen auf Madame Defarges kleine Ladentisch gelegt – mit einer Miene herablassender Galanterie stehen und nahm dann und wann ein Schlückchen Kognak.

„Eine schlimme Geschichte, Madame, diese Hinrichtung Gaspards. Ach, der arme Gaspard!“ sagte er mit einem Seufzer tiefen Mitleids.

„Mein Gott!“ entgegnete Madame leichthin. „Wenn Leute Messer zu solchen Zwecken verwenden, so müssen sie dafür büßen. Er wusste im Voraus, was der Preis für seine Liebhaberei war. Er hat den Preis bezahlt,“

„Ich glaube,“ sagte der Spion im vertraulichsten Tone und in jeder Muskel seines arglistigen Gesichts verletzte revolutionäre Empfindlichkeit ausdrückend, „ich glaube, das Schicksal des armen Mannes hat in diesem Quartier viel Mitleid erregt und viel Aufregung verursacht? Ganz unter uns!“

„Wirklich?“ fragte Madame gleichgültig.

„Nicht?“

„Hier ist mein Mann!“ sagte Madame Defarge.

Als der Inhaber des Weinschanks zur Tür hereintrat, griff der Spion grüßend an den Hut und sagte mit zuvorkommenden Lächeln: „Guten Tag, Jacques!“ Defarge blieb stehen und sah ihn verwundert an.

„Guten Tag, Jacques!“ wiederholte der Spion, weder ganz so zuversichtlich noch mit einem so unbefangenen Lächeln wie das erste Mal.

„Sie irren sich, Monsieur,“ gab der Inhaber des Weinschanks zur Antwort. „Sie nehmen für mich einen andern. Das ist nicht mein Name. Ich heiße Ernest Defarge.“

„Es ist ganz einerlei,“ sagte der Spion leichthin, aber doch geschlagen, „guten Tag!“

„Guten Tag!“ antwortete Defarge trocken.

„Ich sagte eben zu Madame, mit der ich das Vergnügen hatte, mich zu unterhalten, als Sie eintraten, dass ich gehört, das unglückliche Schicksal des armen Gaspard habe in Saint Antoine viele Teilnahme und große Aufregung hervorgerufen, und ein Wunder ist es nicht.“

„Ich habe nichts davon gehört,“ sagte Defarge kopfschüttelnd, „ich weiß gar nichts.“

Nachdem er dies gesagt, trat er hinter den kleinen Ladentisch und blieb dort stehen, die Hand auf die Lehne des Stuhles seiner Frau gelegt. Über diese Schranke sah er den Mann an, dessen

Gegner sie beide waren und den jedes von den beiden mit dem größten Genuss hätte niederschließen können.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen

Arbeiterpolitik 4/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 26. Januar 1918.

Nr. 4

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Ein imperialistischer Volksstaat.

Die ungeheure Revolution des Weltkrieges schuf die zwingenden Vorbedingungen für die künftige deutsche Demokratie. Die Bewilligung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratie, die Heranziehung der Gewerkschaften und Genossenschaften für die Aufgaben der Kriegswirtschaft, die Preisgabe mancher früher geübter Schikanen gegen die Arbeiterschaft bis zur Ernennung eines Sozialdemokraten zum Unterstaatssekretär im Reichsernährungsamt - das und manches andere waren Etappen auf diesem Wege.

„Frankfurter Zeitung“.

Kein Ereignis der inneren deutschen Politik hat auf die bürgerliche Welt einen so tiefen Eindruck gemacht, wie das Eintreten der Sozialdemokratie für die Kriegspolitik. Für sie war die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion von vornherein mehr als ein bloßer parlamentarischer Akt. Die Anerkennung des Burgfriedens, der Verzicht auf den Kampf gegen Belagerungszustand und Zensur war nur der erste Schritt auf dem Wege der Verbrüderung mit der bürgerlichen Welt.

Die Liquidation des Klassenkampfes durch die Sozialdemokratie musste das Bürgertum in seiner Macht in ungeahnter Weise stärken und seine Hoffnungen für die Zukunft überschwänglich steigern. Je mehr aber dieser idyllische Zustand im Innern ins Wanken gerät, sei es durch störende Einflüsse von außen, desto mehr muss das Bürgertum bestrebt sein, Mittel ausfindig zu machen, die ihn auf lange Zeit, womöglich auf immer erhalten. Den Vorspann zu diesem Dienst leisteten ihm die Sozialpatrioten, die just zur rechten Zeit, infolge der Kenntnis politischer Vorgänge und Aussichten, die sie durch ihre enge Fühlung mit der Regierung gewannen, mit Forderungen auf den Plan traten, durch die sie sozial-versöhnend auf die arbeitenden Massen einzuwirken trachteten, während ihre Tätigkeit ebenso den außenpolitischen Absichten der Regierung den Weg bereiten sollte.

Diesen Zielen diente die sozialpatriotische Friedenspropaganda ebenso wie das auffällig plötzliche Eintreten der Sozialpatrioten für Parlamentarisierung und Demokratisierung. Schließlich hofften sie ihr Ziel durch ihren Eintritt in den Mehrheitsblock zu erreichen. Welchen Sinn diese Manöver hatten, haben die Sozialpatrioten am deutlichsten verraten, als Herr Michaelis durch Herrn Hertling abgelöst wurde. Die Tatsache, dass Herr Hertling klug

genug war, sich vor seinem offiziellen Amtsantritt mit den Parteien des Mehrheitsblockes ins Vernehmen zu setzen, deren Gefolgschaft er von vornherein sicher war, diese dekorative Geste genügte den Sozialpatrioten, in ihren Blättern und Reden die fortschreitende Parlamentarisierung Deutschlands zu lobpreisen. Es kommt ihnen, der Regierung und dem gesamten Bürgertum darauf an, den arbeitenden Massen klarzumachen, dass die deutsche Reformation auf friedlichem Wege zu demselben Ziele gelangen werde, das die russische Revolution auf blutigem Wege erreichte: zur Eroberung und Sicherung der Rechte des Volkes, zur Umwandlung des bisherigen Obrigkeitsstaates in einen Volksstaat.

Der Staat darf nicht mehr fortan die Sache einzelner bevorzugter Volksteile sein, sondern er muss die Sache des ganzen Volkes sein, die Veranstaltung aller, ihr Schicksal frei nach eigenem Willen gestaltenden Bürger, schreibt die „Frankfurter Zeitung“, das führende Organ des Finanzfreisinns in einem ausführlichen Artikel, der „das Werden des Volksstaats“ ankündigt, ein Wort, das, nebenbei bemerkt, im Eifer des Gefechts bestätigt, dass der jetzige Staat ein Klassenstaat, eben „die Sache einzelner bevorzugter Volksteile“ ist.

Was ist nun über den neuen Volksstaat des Imperialismus zu berichten. Wenig Positives, sagt selbst die „Frankfurter Zeitung“: „Es ist in einundvierzig Monaten des Krieges bis jetzt, bis zuletzt, in Deutschland keine einzige innerpolitische Gesetzgebungsfrage größeren Stiles in Angriff genommen worden. Zwar sind Hunderte von Gesetzen und Verordnungen ergangen; aber sie regeln nur die Notwendigkeiten des Krieges; sie sprechen nur von der Gegenwart, noch nicht von der Zukunft – nicht einmal für die Steuerpolitik oder für die Überleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft sind deren Grundlinien bisher festgelegt.“ Das ist der „revolutionären“ Wirkung des Krieges wenig genug. Worin also zeigt sich das Werden des Volksstaats?

Wir wollen der Reihe nach aufzählen, was das große Freisinnsblatt anzuführen weiß. Wir wollen nichts verschweigen und nichts hinzufügen, wie bei einem heiligen Eid. Und dann wollen wir das Urteil denen überlassen, die zu Richtern über den Imperialismus befugt und berufen sind. Also: 1. die Bewilligung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratie. 2. die Heranziehung der Gewerkschaften und Genossenschaften für die Kriegswirtschaft. 3. die Preisgabe mancher früher geübter Schikanen gegen die Arbeiterschaft. 4. die Ernennung eines Sozialdemokraten zum Unterstaatssekretär. 5. die Politisierung der zum Staatsvolk Geeinigten. 6. die Politisierung der Politik. 7. die Politisierung des Reichstags in der Bildung einer Mehrheit. 8. das parlamentarische System. 9. die Politisierung der Regierung.

Das ist alles. Das andere, nämlich die Politisierung der Bundesstaaten, vor allem das allgemeine Wahlrecht für Preußen, steht noch bevor.

Lassalle hat uns gelehrt, dass Verfassungsfragen Machtfragen, dass die tatsächliche Verfassung die tatsächlichen Machtverhältnisse ist. Und er hat uns gelehrt, welches diese tatsächlichen Machtverhältnisse sind: die Kanonen in erster Linie und die Säbel der Polizei. Aber lange, bevor Lassalle uns das theoretisch lehren konnte, wussten es schon andere ganz gewöhnliche Leute aus dem Volke. So haben die französischen Revolutionäre nichts Eiligeres zu tun gehabt, als das Volk zu bewaffnen. Und das Volk hat, mit der Waffe in der Hand, seine Sektionen und Distrikte und Kommunen in Stadt und Land gegründet und darin hat es sich, immer mit der Waffe in der Hand, seine Verfassung selbst gegeben. Es ist ihm gar nicht eingefallen, sich dem Schneckentempo der Nationalversammlung, der offiziellen, vom König anerkannten Vertretung des Volkes, des Reichsparlamentes sozusagen, anzuschließen. Ja, wenn es nach der Nationalversammlung gegangen wäre! „Nach Verlauf von zwei Monaten war der erste Artikel des neuen Verwaltungsprojektes noch nicht geschrieben“, berichtet Lacroix in den „Akten der Pariser Kommune während der Revolution“. Das geht den revolutionären Massen zu langsam. Sie geben sich ihre Verfassung über den Kopf der

Nationalversammlung hinweg. Sie wissen, dass Verfassungsfragen Machtfragen sind, und dass Machtverhältnisse sich nicht ohne Kampf verschieben lassen.

Das haben auch die russischen Revolutionäre gewusst; deshalb setzten sie die zarische Reichsduma auf ihr Altenteil und bildeten ihre Arbeiter- und Soldatenräte – immer mit der Waffe in der Hand; denn „die Kanonen – die sind ein Stück Verfassung“, sagt Lassalle. So schufen die französischen Revolutionäre ihren Volksstaat, und so schufen nahezu anderthalb Jahrhunderte später die russischen Revolutionäre ihren Volksstaat.

Trotzdem hat auch die „Frankfurter Zeitung“ recht. Auch die „inneren Wandlungen im politischen Dasein eines Volkes“ haben ihre Bedeutung, wenngleich es uns übertrieben scheinen will, dass sie „viel entscheidender seien als alle äußeren Maßnahmen“. Wir erinnern uns, dass das 17. und 18. Jahrhundert durch tausend Kanäle frisches Wasser in das politische Bewusstsein des französischen Volkes geleitet und so eine „innere Wandlung“ bewirkt hat. Und schließlich spülten diese frischen Wasser auch den letzten Rest von Ehrfurcht vor dem bestehenden Regime hinweg. Der Sturm brach los. Das Volk stand auf und schuf sich seinen Volksstaat in einer denkwürdigen Weise. Ja, die „inneren Wandlungen“, die Ideen, üben auch ihre Macht, und auch sie sind ein Stück Verfassung. „Wer möchte prophezeien, was in Frankreich, in Italien oder sonst wo spätestens dann geschehen wird, wenn mit dem Ende des Krieges die Zeit der großen Abrechnung beginnt?“ erinnerte die „Frankfurter Zeitung“ ihre Leser am Neujahrstage dieses Jahres.

Um den Sozialismus.

Von Peter Unruh.

(Schluss.)

4.

Es bleibt noch die Frage zur Beantwortung: Ist die Arbeiterklasse politisch reif für den Sozialismus? Julian Borchardt hat in einer Schrift den Nachweis zu führen versucht, dass die deutsche Arbeiterklasse an eine Revolution nicht denke. Die russischen Revolutionäre hingegen haben in ihrem derzeitigen Manifest auch an die deutsche Arbeiterklasse appelliert und ihre Reife für den Sozialismus aus ihrer starken, vor der Geschichte erprobten Organisationsfähigkeit hergeleitet. Sicher ist, dass Borchardt mit seiner Auffassung nicht alleine steht. Den stärksten Widerhall werden seine Worte bei den Unabhängigen gefunden haben, die ihre Haltung durchaus damit motivieren, dass sich ja die Arbeiterschaft nicht rege. Freilich ist das eben nur ein Vorwand, hinter dem sich die Abneigung gegen revolutionäre Aktionen der Massen schlechthin versteckt.

Es mag bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen werden, dass der Vorwurf, der seinerzeit gegen die Unabhängigen erhoben wurde, sie seien für gewisse Vorgänge verantwortlich zu machen, so völlig der Begründung doch nicht entbehrte. Nur sind sie in einem andern Sinne verantwortlich, als die Herren Michaelis, Capelle usw. ihnen unterstellten. Als wirkliche Urheber hätten sie schwerlich ein so klägliches Entschuldigungsgewinsel aufführen können, das für sie nun schon charakteristisch geworden ist. Da sie aber die „Unabhängigen“ sind, so steht ihre Verantwortung auf einem anderen Blatte.

Nun ist nicht zu bestreiten, dass die deutsche Arbeiterklasse in diesem Kriege am wenigsten hervorgetreten ist. Aus den kriegführenden Ländern des Gegners der Mittelmächte dringt viel zu wenig Kunde über die Haltung der dortigen Arbeiterschaft zu uns herüber, als dass wir uns ein einigermaßen zutreffendes Bild davon machen könnten. Allein so viel sickert immerhin durch, dass die englischen Arbeiter einen langen und zähen Kampf gegen die

allgemeine Wehrpflicht geführt haben. So viel ist sicher, dass die italienische Arbeiterklasse einen heldenmütigen Kampf geführt hat, auch als Italien bereits im Kriegslager der Entente stand. So viel ist sicher, dass die Arbeiterschaft der kleinen Balkanstaaten, besonders Serbiens, sich aus aller Kraft gegen den Krieg stemmte. Und die Franzosen? Wohl hat man wenig von ihnen gehört, aber wenn es einmal ans Erklären gehen soll, so mag unter anderem bedacht werden, dass keine Arbeiterschaft so schnell und gründlich zur Ader gelassen wurde, wie die französische. Es ist wohl möglich, dass dieser furchtbare Aderlass sie auf lange aus den Reihen der Kämpfer für den Sozialismus ausgeschieden hat.

Trotzdem bleibt bestehen, dass die Arbeiterklasse der europäischen Mitte und des europäischen Westens bis heute noch nicht zu umfassenden Kämpfen gekommen ist. Es ist nichts so leicht, als sie deswegen zu verurteilen. Entscheidend ist nicht das ungeduldige Harren derer, die wissen, was zu tun ist und wie es zu tun ist. Hier setzen sich eherne historische Gesetzmäßigkeiten durch.

Wir haben gesehen, dass die kapitalistisch hoch entwickelten Länder ökonomisch für den Sozialismus reif sind. Das bedeutet aber, dass die Arbeiterklasse in ihnen den Kampf um den Sozialismus unmittelbar zu führen hat, und es bedeutet, dass eine ungeheure Fülle von Problemen und Schwierigkeiten vor ihr steht, eine Aufgabe, so riesengroß und in ihren Verzweigungen so verschlungen, dass sie immer noch davor zurückschrickt. Es kann für sie keine andere Losung geben als die Bewegung, die zur Sozialisierung der Gesellschaft führen muss, deren unmittelbarer Zweck und Inhalt die Sozialisierung der Gesellschaft ist.

Aber die ökonomischen Aufgaben sind nicht die einzigen, und sie sind den Arbeitern im Ganzen in ihrer Tragweite am Ende nicht einmal bewusst genug, als dass sie sie als die schwierigsten erkennen könnten. Weit größer erscheinen ihnen die Schwierigkeiten des politischen Kampfes. Sie sehen sich einer ungeheuren Staatsgewalt gegenüber, und sie finden keinen Punkt, wo sie sie mit Aussicht auf Erfolg angreifen könnten. Sie sehen und fühlen nur den Druck einer gewaltigen Macht, die sie politisch und ökonomisch beherrscht. Und sie finden weniger den Weg des Kampfes, als sie durch den sozialpatriotischen und die Unentschlossenheit der sozialpazifistischen Führer völlig desorientiert sind. Verwirrung in der besitzlosen Klasse ist aber stets eine Machtstütze der herrschenden Klasse. Das aber ist das Charakteristische des Klassenkampfes in dieser Epoche der gewaltigsten Kraftanstrengung des Imperialismus, dass die Arbeiterklasse, führerlos, sich durchringen muss, ihr eigener Führer zu werden. In diesem Stadium der Entwicklung findet sich die gesamte mittel- und westeuropäische Arbeiterschaft. Es ist ein ungeheuer schwieriger und für die Arbeiterklasse furchtbar schmerzlicher Prozess, aber in ihm allein liegen die Garantien für die Zukunft. Sie allein müssen erst ihres Daseins Kreise vollenden: die Sozialpatrioten müssen erst in vollem Umfange und in jeder einzelnen politischen Situation ihre Arbeit leisten: die Sozialpazifisten (Unabhängigen) müssen erst gezeigt haben, ob sie nur zeitig oder ob sie dauernd untauglich sind für den Dienst des Proletariats. Es ist gerade so: je tiefer der Stand der Sozialpatrioten und Sozialpazifisten, desto höher und schneller geht die Entwicklung der proletarischen Massen der politischen Reise entgegen.

Aber reden wir auch einmal von der Gegenseite. Man kann in der deutschen Presse fast Tag um Tag Berichte über Maßnahmen der Ententetegerungen lesen, in denen mitgeteilt wird, wie jene Regierungen sich anstrengen müssen, um Ordnung und Ruhe im Lande aufrecht zu erhalten. Hier werden drakonische Streikerlasse proklamiert, dort wird auf rebellierende Arbeiter geschossen, hier arbeiten die Kriegsgerichte, dort die Zivilgerichte mit Hochdruck, hier haut die Polizistenfaust, dort schießt der Browning, hier werden Pazifisten verfolgt, dort werden Pässe verweigert. Und das ganze geistige Leben wird durch die engmaschigen Siebe der Zensur gequetscht. Kurz, die Staatsmaschinerie ist ununterbrochen beschäftigt, gefügte

Menschen herzustellen. Sie kommt nicht bei Tage und nicht bei Nacht zur Ruhe. Sie richtet ihre Anstrengungen auf die Spionage sowohl, wie auf eine zweckentsprechende Abfütterung der Massen mit Kriegsberichten. Von der italienischen Kammer wurde noch kürzlich berichtet, dass sie geheime Sitzungen abhalte, damit nur ja kein Wort zu den Ohren der Massen dringt.

Glaubt jemand, dass solche Anstrengungen der Ententeregierungen Beweise ihrer Kraft seien? Es ist alle Welt davon überzeugt, dass so nur Herrscher arbeiten, die den Boden unter ihren Füßen und die Kronen, beziehungsweise die Zylinder auf ihren Köpfen wackeln fühlen. Es wird ein ungeheurer Apparat von Werkzeugen in Bewegung gesetzt, um schließlich selbst die Gedanken und die Gesinnungen in Schlingnetze zu legen. So sieht es in der Entente aus. Und wir haben wahrhaftig keinen Grund an der Richtigkeit dieser Darstellungen zu zweifeln.

Nein, herrschende Klassen, die mit solchen Mitteln ihre Macht aufrechterhalten müssen, können nicht mit ihrer Macht prunken. Und das sollen die Arbeiter der betreffenden Ententeländer sich wohl merken. Es ist aber wiederum ein Zeichen der wachsenden Reife der Arbeiterklasse, dass sich am Tiefstand der Machtmittel der Herrschenden und ihre Herrschaftsmethoden ablesen lässt.

Reif, politisch reif ist die Arbeiterklasse dann, wenn sie ihre Klasseninteressen nach jeder Richtung klar erkannt, sich zu keinem Geschäft durch ihren Klassengegner mehr gebrauchen lässt, eine völlig selbständige Klassenpolitik treibt und sich rücksichtslos im Klassenkampf für ihre Klasseninteressen einsetzt. Aber diese Reife fällt der Arbeiterklasse nicht in den Schoß, sie ist die Frucht eines langen, schweren Prozesses. Und dieser Prozess selbst zeigt den Reifegrad der Arbeiterklasse.

Einigkeit.

Die I. K. druckt in ihrer Nummer von 30. November einen Artikel ab aus dem „Fachgenossen“, dem Organ des Verbandes der Glasarbeiter, von Georg Horn, über die „Spaltungen der Arbeiterklasse“, als Zeichen, dass man auch in den Kreisen der „Unabhängigen“ nicht unbedingt gegen jede Wiederherstellung der Einigkeit ist. Wir wollen über die Frage der Wiedervereinigung der Unabhängigen und Abhängigen nicht viel Worte verlieren, da sie uns nicht direkt berührt. Denn was den wirklich proletarischen Standpunkt von den Unabhängigen unterscheidet, ist ein viel größerer Unterschied, als zwischen jenen beiden Parteien besteht. Sie unterscheiden sich darin, dass die eine jetzt Regierungspartei, die andere Opposition ist, dass die eine die alte revisionistische Theorie annimmt, noch mit modernen imperialistischen Anschauungen bereichert, während die andere die alte radikale Theorie hochhält, dass die eine für das Durchhalten, die andere für den Pazifismus eintritt. Aber keine von beiden hat bemerkt, dass mit diesem Krieg eine ganz neue Epoche der Arbeiterbewegung anfängt, für die die alten Anschauungen der zweiten Internationale, ob revisionistisch oder radikal, nur bedingten Wert haben. Beide suchen die Arbeiter mit alten Phrasen zu gewinnen, suchen auf die Liebe und Ehrfurcht vor den überkommenen Losungen (dort das Arbeiterinteresse, da das Prinzip) zu spekulieren, statt die neue Zeit mit ihren neuen Kampfbedingungen verstehen zu suchen, die Arbeiter aufzuklären und damit die ererbten Traditionen aus ihren Köpfen auszurotten.

Beide stehen auf dem Standpunkt der Landesverteidigung: auch die Unabhängigen würden laut vielen Erklärungen ihrerseits ihre Opposition aufgeben, wenn der Feind einen Teil des Landes besetzen würde. Beide beschränken sich auf den parlamentarischen Kampf, als ob die Befreiung des Proletariats und die Bekämpfung des Imperialismus durch den Parlamentarismus möglich ist: man erinnert sich, wie scharf Kautsky, das geistige Haupt der

Unabhängigen, vor und während des Krieges gegen Massenaktionen und Massenstreiks auftrat.

Die beiden Parteien, die Unabhängigen und Abhängigen, sind also in ihrem Wesen sehr verwandt, dass wir nicht anderes sagen können, als dass sie zusammengehören. Ob sie getrennt marschieren (ohne zu schlagen!) oder sich wieder zusammenschließen werden oder sollen, ist eine Frage der taktischen Lage, liegt so ganz auf dem Gebiete der kleinen Taktik, dass wir uns darüber kein Urteil anmaßen können. Wichtiger ist für uns die Frage, was in den jetzigen Zeitverhältnissen *die Losung der Einheit der Arbeiterklasse* bedeutet.

Vor einem Jahrzehnt, als es schien, als marschiere das Proletariat überall im Kampfe gegen den Kapitalismus vor, war die Losung der Einigkeit so etwas selbstverständliches, dass eine Debatte darüber nie nötig erschien. Es waren die voranstehenden, mit Kampfgeist beseelten Gruppen, die diese Losung erhoben, diejenigen Arbeiter, die auf Grund meist religiöser Anschauungen sich getrennt hielten, dadurch oft an die Seite der Unternehmer und der bürgerlichen Parteien standen und mit der Einigkeit auch die Kraft des Proletariats brachen. Am schwersten wurde das in den großen Streiks empfunden, weil hier die ganze Arbeitermasse des Betriebes als ein Ganzes mit identischem Interesse den Unternehmern gegenüberstand. Wie oft und zutreffend wurde da gesagt: nur wenn die Arbeitermasse einig ist, kann sie eine Macht bilden gegen ihre Feinde und Vorteile erringen. So wurde die Losung der Einigkeit als etwas absolut Vortreffliches in die Köpfe der Arbeiter hineingehämmert. Und immer wieder hoben wir hervor: Nur Einigkeit im Kampfe kann den Sieg bringen.

Im Kampfe! Denn gesetzt, als die Agitation der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften in rückständige schwarze Gegenden eindrang und man hätte ihnen gesagt: ihr brecht unsere Einigkeit durch Bildung einer kleinen dissidenten Sondergruppe, dann hätten sie zweifellos geantwortet: Einigkeit ist nötig zum Siege, aber erst muss die Welle zum Kampfe, muss der Kampf selbst da sein.

Wenn in den regungslosen unterwürfigen Massen die ersten Anfänge des Kampfes aufkommen, dann ist nicht Einigkeit das Gebot der Stunde, dann ist Einigkeit eine Losung, die das Erwachen des Kampfgeistes hemmt. Nie kommt eine große Masse zusammen auf einmal zum Kampfe, einige, eine Minderheit erwacht zuerst, sieht die Welt mit neuen Augen an und geht voran, dadurch, dass sie sich ausscheidet. In solchen Zeiten ist die *persönliche opfervolle Tat* der Individuen nötig, die die Einheitsduselei der alten Führer trotzen.

Das erste Auftreten Lassalles war auch ein Brechen der fortschrittlichen Einigkeit. Wie wurde er über diese Spaltung in den Reihen der Opposition gegen den Absolutismus verhöhnt und verleumdet!

Dass wir jetzt mitten in einer Weltwende stehen, die eine Neuorientierung des Proletariats notwendig macht, kommt immer mehr, wenn auch oft dumpf und unbestimmt, den Arbeitermassen zu Bewusstsein. Sie fühlen, dass die alten Vorstellungen des Kampfes, die aus den Jahrzehnten der zweiten Internationale überkommen sind, durch den Weltkrieg zum großen Teil Schiffbruch gelitten haben. Die es aber nicht verstehen, sind die Führer der alten Zeit, die Parlamentarier und Redakteure und Gewerkschaftsbeamten; in ihren Reden und Artikeln werfen sie mit den alten Losungen und Stichworten um sich, als wäre nichts in der Welt geschehen. Dass damit nichts zur Aufklärung der Arbeiter geschieht, sondern nur die Duselei gefördert wird, ist klar. Denn was die Arbeiter klar zu erkennen haben, ist dies: nicht die Einigkeit, nicht die von oben geleitete Riesenorganisation ist jetzt in erster Linie nötig, sondern der Wille zum Kampfe und die Einsicht, dass dieser Kampf nur durch die Massen selbst geführt werden kann. Die Organisationen, auch die Partei, mit ihrem großen bürokratischen Apparat sind seit dem Kriegsbeginn zu Institutionen geworden; die Arbeiter vom wirklichen Kampfe zurückzuhalten. Dem gegenüber treten jetzt die Minderheiten, die

kleinen Gruppen, die Einzelpersonen, die den Massen den Weg zeigen. theoretisch und praktisch - wie der neue Kampf gegen den Druck des Imperialismus, gegen Krieg und Ausbeutung allein zu führen ist. Das kann nur unter Bruch der Einigkeit geschehen. Sie befinden sich in derselben Lage wie Lassalle, als er sich von den Fortschrittlern trennte, denn die alten sozialdemokratischen Parteien sind keine Organisationen des Kampfes, des wirklichen Kampfes mehr.

Der große Fortschritt, die Neuerweckung des Kampfes auf neuer Grundlage, mit neuen Methoden und nach neuer Einsicht, kann nur gegen sie stattfinden; erst wenn dieser Kampf. - auch unter Einfluss der wirtschaftlichen Verhältnisse - einen großen Umfang annimmt, werden sie schließlich vielleicht mitgerissen werden, so wie in früherer Zeit katholische Arbeitervereine oft in den Kampf mitgerissen wurden. Einigkeit in der Untätigkeit, in dem Nichtkämpfen, wie die Herren der I.R. sie meinen, ist ein Hemmnis auf dem Wege, um wieder zum Kampfe zu kommen. Nur wenn es zum wirklichen Kampf kommt, ist Einigkeit des ganzen Proletariats nötig.

Aus unserm politischen Tagebuch

22. Januar

In Brest-Litowsk sind wichtige Verhandlungen von welthistorischer Bedeutung im Gange. Die russischen Unterhändler sprechen im Namen der vom Volk der Arbeiter, Bauern und Soldaten selbst eingesetzten Sowjets und berichten über jeden einzelnen Schritt mit größter Ausführlichkeit; über alles legen sie dem Volk Schritt um Schritt Rechenschaft ab.

In Deutschland tagte ein Kronrat. Das ist der engste Kreis um den Kaiser. Es handelt sich, wie man las, um Besprechungen; aber es sind Besprechungen, denen wichtige Entscheidungen entweder vorausgegangen sind oder doch nachfolgen werden. Außerdem werden im Hauptausschuss des Reichstages Mitteilungen über die Verhandlungen in Brest-Litowsk gemacht, Mitteilungen, die zum Teil vertraulich sind, die aber nicht die Grundlage von Beschlüssen bilden können. Der Reichstag ist vertagt. Er wird einberufen, wenn die Regierung es für notwendig erachtet. Das deutsche Volk erfährt über den Stand der Verhandlungen so gut wie nichts, auf keinen Fall aber hat es irgendein Recht, über sein Schicksal zu bestimmen. Schiller schreibt in seinem großen bürgerlichen Trauerspiel die Wahrheit in der Welt: Guastalla liegt in Deutschland!

23. Januar

Arthur Stadthagen ist gestorben. Niederbarnim ist verwaist. Es muss also einen neuen Vormund bekommen, dem seine Wähler ihre politischen Geschicke bis zur nächsten Wahl anvertrauen können. Die Unabhängigen wollen dieses würdige Amt einem der Ihren anvertrauen. Wer wollte ihnen das verdenken! Es heißt nun, dass *Herr Rudolf Breitscheid* der Erkorene ist. Herr Breitscheid kam von den Naumännern her, war bis zum Kriege eine bewährte Stütze des Herrn Stampfer, dessen Korrespondenz er in der Abwesenheit ihres Herausgebers leitete, und ging im Kriege zu den Sozialpazifisten über, an deren Korrespondenz er sich mit Kautsky, Bernstein und Ströbel beteiligte. Man sieht, Herr Breitscheid hat sich entwickelt; auch ist er redebegabt, liebenswürdig, recht von Herzen pazifistisch, kurz: er ist der Mann, der vor allem auch die bürgerlichen Wähler Niederbarnims zu sich herüberziehen wird. Er hat also viel Aussicht auf Erfolg, und da den Unabhängigen das Mandat alles und die Klarheit der Politik nichts ist, so ist Herr Breitscheid ganz ihr Mann.

Wie aber werden sich die Spartaner mit dem Kandidaten Breitscheid abfinden? Werden sie die Parteidisziplin über alles stellen? Oder werden sie ihre Hand von den neuen Konfusionen zurückziehen, in die sie durch diese Kandidatur gestürzt werden? Es heißt, dass die Vertreter

der Spartacusgruppe sehr erbost über die Kandidatur Breitscheid sind. Wir fürchten sehr, dass sie sich bei ihrer Missstimmung weniger von politischen Erwägungen, als vielmehr von dem Streben leiten lassen, nach außen mit einem „eigenen“ Vertreter im Reichstag auftreten zu können, was für sie also mehr eine Frage der Repräsentation, als eine Frage der Politik wäre. Wir sehen innerhalb der Spartacusgruppe keinen Kandidaten, der im Reichstage das Erbe Karls Liebknechts antreten könnte. Solange aber die Spartacusgruppe selbst keine „eigene“, selbständige Politik treibt, solange sie keinen Vertreter dieser Politik in den Reichstag schicken kann und will, solange hat sie keinerlei triftigen Grund sich über die Kandidatur Breitscheid zu ereifern. Es ist ihr aber wieder eine Gelegenheit geboten zu zeigen, was an ihrer Selbstständigkeit ist. Ein Kandidat aus der Spartacusgruppe, der die Politik der Unabhängigen im Reichstag mitmacht, ist, na, nur ein Stück Draperie, er würde der Gruppe nichts sein als ein Beweis ihrer Schwäche.

24. Januar.

Trotsky hat kürzlich in einer Sitzung der Friedensunterhändler in Brest-Litowsk eine Erklärung abgegeben, die noch einmal kundgibt, was die Bolschewiks unter dem vielgenannten Selbstbestimmungsrecht verstehen. Es heißt in der Erklärung: „In Anbetracht dessen, dass es in der Ukraine *keine Okkupationstruppen* gibt, dass es dort *weder mittelalterliche Standesorgane* gibt, die das Land repräsentieren wollen, noch von oben auf Grund der Machtstellung ernannte Scheinministerien, die innerhalb der Grenzen handeln, die ihnen von oben eingeräumt werden, und in Betracht ziehend, dass auf dem Territorium der Ukraine überall frei gewählte Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierte existieren und dass bei der Wahl aller Organe der Selbstverwaltung das Prinzip des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts angewandt wird, gibt es und kann es keinen Zweifel geben, dass der Prozess der Selbstbestimmung der Ukraine, in den geographischen Grenzen und in den staatlichen Formen, die dem Willen des ukrainischen Staates entsprechen, seine Vollendung finden wird.“ Jeder weiß, dass diese Note nicht auf die Ukraine allein Bezug hatte.

24. Januar.

Die „Frankfurter Zeitung“ bringt in ihrem Leitartikel vom 11. Januar einige Äußerungen, die festgehalten zu werden verdienen: „„Wenn auch immer zu beachten bleibt, dass das vornehmste Ziel der Russen der allgemeine Friede und nicht ein Sonderabkommen mit den Mittelmächten ist, so hat sich doch deutlich gezeigt, dass die Maximalisten bei dem Zwischenfall auch von der Absicht geleitet waren, die deutschen Sozialdemokraten in die Opposition zu drängen; die Russen spekulieren ja törichterweise immer noch auf eine Revolution in Deutschland. Also ein Angriff der Maximalisten auf die Einheit der Parteien, auf die sich die jetzige deutsche Regierung allein zu stützen vermag. Dieser Sturm ist abgeschlagen. ... Die Lage war gefährlich und soweit sie den innerdeutschen Streit angeht, ist sie es noch. Wir verdanken es der Standhaftigkeit der deutschen Mehrheitsparteien, *in erster Linie der Einsicht der sozialdemokratischen Führer*, dass beide Anschläge bis jetzt abgeschlagen worden sind, der russische nicht anders als der deutsche.“ Wiederum also eine Anerkennung der sozialdemokratischen Führer.

Feuilleton

Zwei Stätte.

Von Charles Dickens. (Fortsetzung.)

Der Spion, wohlgeübt in seinem Gewerbe, veränderte nicht seine unbefangene Haltung, sondern trank sein Gläschen Kognak aus, nahm einen Schluck frisches Wasser und bat um ein

anderes Glas Kognak. Madame Defarge schenkte es ihm ein, nahm ihr Strickzeug wieder zur Hand und summt ein Liedchen vor sich hin.

„Sie scheinen in diesem Quartier gut bekannt zu sein, ich meine, besser als ich?“ bemerkte Defarge.

„Durchaus nicht; ich hoffe, hier besser bekannt zu werden. Ich fühle so viel Teilnahme für die unglücklichen Bewohner.“

„Ha!“ brummte Defarge vor sich hin.

„Das Vergnügen Ihrer Unterhaltung, Monsieur Defarge,“ fuhr der Spion fort, „erinnert mich daran, dass ich eigentlich die Ehre habe, Sie schon zu kennen, wenigstens dem Namen nach.“

„Wirklich?“ fragte Defarge sehr gleichgültig.

„Ja wirklich. Als Dr. Manette freigelassen ward, übernahmen Sie – sein alter Diener – die Obhut über ihn, weiß ich. Er wurde Ihnen übergeben. Sie sehen, ich kenne die ganze Geschichte“

„Es scheint so,“ sagte Defarge. Eine zufällige Berührung von dem Ellbogen seiner Frau, wie sie strickte und vor sich hinsang, hatte ihn bedeutet, dass es das Beste sei, zu antworten, aber mit möglichster Kürze.

„Zu Ihnen,“ fuhr der Spion fort, „kam seine Tochter; und aus Ihrer Pflege übernahm ihn seine Tochter, begleitet von einem sauber gekleideten braunen Herrn; wie hieß er doch? – er trug eine kleine Perücke – Lorry – von dem Bankierhause Tellson u. Komp. – und brachte ihn hinüber nach England.“

„Ganz richtig,“ bestätigte Defarge.

„Sehr interessante Erinnerungen!“ sagte der Spion. „Ich habe Dr. Manette und seine Tochter in England gekannt.“

„Wirklich?“ sagte fragend Defarge.

„Sie hören jetzt selten von ihnen?“ sagte der Spion.

„Nur selten,“ erwiderte Defarge.

„Im Grunde hören wir jetzt gar nichts von ihnen,“ fiel Madame ein, indem sie von ihrer Arbeit aufsaß und ihr Liedchen abbrach. „Wir haben Nachricht von ihrer sicheren Ankunft und vielleicht noch einen oder zwei Briefe empfangen, aber seitdem sind sie allmählich ihren Lebensweg gegangen und wir den unserigen und wir haben keinen Verkehr miteinander gehabt.“

„So ist es, Madame,“ entgegnete der Spion. „Sie steht im Begriff sich zu verheiraten.“

„Sie steht im Begriff?“ wiederholte Madame. „Sie war hübsch genug, längst verheiratet zu sein. Ihr Engländer seit kaltherzig, wie mir scheint.“

„O! Sie wissen, dass ich Engländer bin?“

„Ihre Zunge ist englisch,“ entgegnete Madame; „und wie die Zunge ist, muss meiner Ansicht nach auch der Mann sein!“

Er nahm die Erkennung nicht als ein Komplement auf; aber er schickte sich hinein und brach mit einem Lachen ab. Nachdem er seinen Kognak ausgenippt hatte, setzte er hinzu: „Ja, Miss Manette steht im Begriff zu heiraten, aber keinen Engländer, sondern einen gebornen Franzosen. Und da wir von Gaspard sprachen (ach, der arme Gaspard! es war grausam!

grausam!) so ist doch seltsam, dass sie den Neffen des Marquis heiratet, wegen dessen Gaspard so hoch hängen musste, mit andern Worten – den gegenwärtigen Marquis.

Aber er lebt unbekannt in England, er ist kein Marquis dort, sondern einfach Mr. Charles Darnay. D’Aulnais ist der Familienname seiner Mutter.“

Madame Defarge strickte ruhig weiter, aber auf ihren Mann brachte die Nachricht einen sichtbaren Eindruck hervor. Mochte er hinter dem kleinen Ladentische tun, was er wollte, Feuer machen oder seine Pfeife anbrennen er zeigte sich befangen und seine Hand war unruhig. Der Spion wär kein Spion gewesen, wenn er das nicht gesehen und das Gesehene sich nicht gemerkt hätte.

Nachdem er wenigsten diesen einen Treffer gehabt, dessen endgültiger Wert freilich noch ungewiss war, und da außerdem keine Gäste erschienen, die ihm zu Entdeckungen verhelfen konnten, bezahlte Mr. Barsad seine Zeche und verabschiedete sich, nicht ohne auf die höflichste Weise zu bemerken, dass er das Vergnügen zu haben hoffe, Monsieur und Madame Defarge wiederzusehen. Einige Minuten, nachdem er sie verlassen hatte, blieben Mann und Frau genau in der Stellung, wie sie waren, im Fall er etwa zurückkehren sollte.

„Kann das, was er von Mademoiselle Manette sagt, wahr sein?“ sagte Defarge mit gedämpfter Stimme, während er immer noch rauchend und die Hand auf die Stuhllehne gelegt hinter seiner Frau stand.

„Da er es gesagt hat, ist es wahrscheinlich eine Lüge,“ erwiderte Madame, und zog die Augenbrauen ein wenig in die Höhe. „Aber es kann wahr sein.“

„Wenn es wahr ist –“ fing Defarge an und stockte. „Wenn es wahr ist?“ wiederholte seine Frau.

„Und wenn es geschieht und wir bei seinem Triumph noch am Leben sind – hoffe ich ihretwegen, dass das Schicksal ihren Mann fern von Frankreich halten wird.“

„Ihres Mannes Schicksal,“ sagte Madame Defarge mit ihrer gewöhnlichen ruhigen Fassung, „wird ihn hinführen, wo er hingehen soll, und wird ihn zu dem Ende bringen, das ihm bestimmt ist. Das ist alles, was ich weiß.“

„Aber ist es nicht sehr sehr seltsam – ist es jetzt nicht wenigstens sehr seltsam –“ sagte Defarge, als ob er mehr einen Versuch machte, seine Frau zu bewegen, soviel zuzugeben, „dass nach aller unserer Teilnahme für ihren Vater und für sie selber der Name ihres Gatten gerade jetzt neben dem des Höllenhundes, der uns eben verlassen hat, von deiner Hand geächtet sein muss.“

„Seltsamere Dinge als diese werden geschehen, denn es kommt,“ gab Madame zur Antwort. „Sie sind jedenfalls beide gezeichnet, und sie verdienen es beide, das genügt.“

Sie wickelte das Strickzeug zusammen, als sie dies gesagt hatte und nahm gleich darauf die Rose aus dem Taschentuch, das um ihren Kopf gewunden war. Entweder hatte Saint Antoine einen geheimen Instinkt, dass die anstößige Zier entfernt war oder Saint Antoine lauerte auf ihr Verschwinden; wie dem immer sein möge – es fasste Mut, nach sehr kurzer Zeit sich wieder einzufinden, und der Weinschank nahm sein gewöhnliches Aussehen wieder an.

Des Abends, zu welcher Zeit vor allen andern Saint Antoine das Inwendige auswendig kehrte und auf Türstufen und Fensterbrettern saß und an die Ecken schmutziger Straßen und Höfe trat, um einen Mundvoll frischer Luft zu schöpfen, war Madame Defarge gewohnt, mit ihrem Strickzeug in der Hand, von Ort zu Ort und von Gruppe zu Gruppe zu gehen, als ein Sendbote – es gab viele ihresgleichen – wie wir nicht wünschten, dass die Welt sie wieder erzeuge. Die Frauen strickten alle. Sie strickten unnütze Kleinigkeiten, aber die mechanische Arbeit war ein

mechanischer Ersatz für Essen und Trinken; die Hände bewegten sich für die Kinnbacken und für die Verdauungswerkzeuge; wenn die knöchigen Finger stillgestanden hätten, hätten die Magen mehr die Qualen des Hungers gefühlt.

Aber wie die Finger sich bewegten, bewegten sich auch die Augen und die Gedanken. Und wie Madame Defarge von einer Gruppe zur andern ging, bewegten sich alle drei rascher und zorniger in jeder kleinen Gruppe Frauen, mit der sie gesprochen und die sie dann wieder verlassen hatte.

Ihr Mann stand rauchend vor seiner Tür und sah ihr mit bewundernden Blicken nach.

„Eine große Frau,“ sagte er, „eine starke Frau, eine gewaltige Frau, eine fürchterlich gewaltige Frau!“

Die Nacht stellte sich ein und dann vernahm man das Läuten von Kirchenglocken und das ferne Trommeln der königlichen Garde, und immer noch saßen die Frauen dort und strickten. Nacht umfing sie. Noch eine andere Nacht kam ebenso sicher, wo die Turmglocken, die jetzt so schön in so manchem schlanken Turme Frankreichs läuteten, zu donnernden Kanonen umgeschmolzen sein und die Trommeln eine schwache Stimme übertönen würden, welche diese Nacht allmächtig als die Stimme der Herrschaft und des Überflusses, der Freiheit und des Lebens war. So viel schloss sich um die Frauen zusammen, die immer noch strickten und strickten, dass sie sich selbst um einen noch ungebauten Bau herumschlossen, wo sie und stricken sollten und fallende Köpfe zählen.

*

St. Antoine war an einem Morgen des Jahres 1789 ein ungeheures schwarzes Hin- und Herwogen von Vogelscheuchen gewesen, und über den Wogen dieses Meeres funkelte es häufig hell, wie Klängen und Bajonette von Stahl in der Sonne glänzen. Ein fürchterliches Gebrüll erscholl aus der Kehle St. Antoinnes und ein Wald nackter Arme regte sich in der Luft, wie verdorrte Baumäste in einem Wintersturm, und jede Hand hielt krampfhaft eine Waffe oder den Schein einer Waffe gepackt, welche die Tiefe ausspie, niemand konnte sagen wie weit her.

Wer die Waffen verteilte, woher sie kamen, durch wessen Vermittlung sie zu Dutzenden auf einmal wie eine Art Blitze über die Köpfe des Gewühles hinfuhren, hätte niemand in dem Gedränge sagen können; aber Flinten wurden verteilt und auch Patronen, Pulver und Kugeln, Stangen von Eisen und Holz, Messer, Äxte, Piken, jede Waffe, welche zornwütender Scharfsinn entdecken oder ersinnen konnte. Leute, die nichts anderes finden konnten, mühten sich mit blutenden Händen ab, Steine und Ziegel aus der Mauer zu reißen. Jeder Puls und jedes Herz in St. Antoine war in hoher Fieberhitze. Jedes lebendige Geschöpf daselbst hielt das Leben für nichts und war mit einer wahnwitzigen Leidenschaft erfüllt, es hinzuopfern.

Wie ein Wirbel kochenden Wassers einen Mittelpunkt hat, so bewegt sich alles dieses Gewühl im Kreise um Defarges Weinladen herum und jeder Menschentropfen in dem Kessel zeigt eine Neigung, nach dem Mittelpunkte hingezogen zu werden, wo Defarge schon ganz schwarz von Pulver und Schweiß, Befehle gab, Waffen verteilte, diesen Mann zurückstieß, einen andern hervorzog, einen entwaffnete, um den andern zu bewaffnen und in dem dichtesten Gewühl tätig war.

„Bleib in meiner Nähe, Jacques drei!“ rief Defarge, „und ihr beide, Jacques eins und zwei, stellt euch jeder an die Spitze von so viel Patrioten, als ihr zusammenbringen könnt. Wo ist meine Frau?“ (Schluss folgt.)

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker);
sämtlich in Bremen

Arbeiterpolitik 5/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 2. Februar 1918.

Nr. 5

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Die Tragödie der russischen Revolution.

Es ist keine Frage, in ihrem ganzen Verlaufe hatte die Französische Revolution von 1789 nicht so horrende Schwierigkeiten zu überwinden, wie die russische Revolution von 1917 sie vom ersten Tage an vor sich sah. Geboren in den Wirrnissen des Weltkrieges, hineingebettet in die gewaltigsten internationalen Zusammenhänge, genährt von den Säften, die ihr aus der Weltkatastrophe des Imperialismus fast zum Ersticken zuflossen, steht sie innerhalb weniger Wochen vor dem ganzen riesigen Komplex ungelöster inner- und außerpolitischer Probleme, die der Imperialismus ihr als Erbe hinterlassen hat. Was dem russischen Imperialismus nicht gelingen konnte, und was über die Kräfte des Imperialismus überhaupt hinausgeht: die Herstellung eines ökonomischen und politischen Gleichgewichts: das hat die Revolution der Bolschewiks mit unerhörter Kühnheit und mit starkem Griff angepackt.

Es ist wahr: wir wissen wenig, viel zu wenig über diese Revolution. Aber selbst, wenn wir noch weniger wüssten, als das wenige, das durch die dünnen Kanälchen der offiziellen Pressebureaus zu uns herübergeleitet wird: das eine wissen wir, dass in Russland eine proletarische „Revolution siegreich ihr Haupt erhoben hat. Und an diesem einen mag es für uns hinreichend genug sein. Es ist nun von der Tragödie der russischen Revolution gesprochen worden, und man hat den tragischen Knoten dieses welthistorischen Dramas in den Schwierigkeiten gesucht, die der Revolution im Innern des Landes bereitet sind. Man stellt nun hochweise Betrachtungen darüber an, wie die Bolschewiks es machen, wie sie es ganz und gar verkehrt machen, und wie sie es besser und allein richtig machen müssten. „Kenner“, ausgezeichnete Kenner russischer Verhältnisse grübeln tiefsinnige Betrachtungen über die taktischen Missgriffe der russischen Revolutionäre herauf. Diese ganze Weisheit ist heute keinen zerbrochenen Hosenknopf wert. Ihr Sinn und ihr Zweck ist nur zu klar: sie sollen das Vertrauen zu den Revolutionären und zur Revolution erschüttern.

Wir sind weit davon entfernt, die Bolschewiks in ihrer Haltung zu kritisieren, wir würden es selbst dann nicht tun, wenn uns die Verhältnisse der Revolution besser bekannt wären, als es unter den gegebenen Umständen möglich ist. Wir erinnern uns jenes Dichters, der seine Kritiker selbstbewusst mit den Worten abfertigte: Macht's besser! Wir empfehlen aber allen weisen Richtern, die ihre menschheitbefreienden Urteile fällen, hinüberzugehen nach Russland, sich als Freiwillige in die Armee der Revolution zu stellen, den Marschallstab zu erringen und die Geschicke der Revolution in die von ihnen als allein richtig erkannten Wege

zu leiten. Bewähren sie sich dann, so wollen wir ihren Worten ein wenig mehr Beachtung schenken, wie wir jetzt für sie nur die größte Verachtung haben.

Es liegt uns auch fern, die russischen Revolutionäre und ihre Handlungen mit noch so schönen Worten aus Marx zu decken.

Worin die Tragödie der russischen Revolution besteht? In den Schwierigkeiten etwa, die sie im Innern zu überwinden hat? Keine Revolution findet ihren Weg mit Rosen bestreut vor sich liegen. Nein, dass sie das einzige proletarisch-sozialistische Weltereignis inmitten des waffenstarrten Imperialismus ist, das ist die Quelle aller ihrer typischen Konflikte. Im schroffsten Gegensatz zum Imperialismus geboren, kann keine sozialistische Revolution mit den Mächten des Imperialismus einen Boden der Verständigung finden. Ist sie dennoch zum Verhandeln mit dem Imperialismus gezwungen, so kann sie es nur bei Strafe ihres eigenen Untergangs tun. Hier liegt der tragische Knoten des russischen Revolutionsdramas.

Wenn den Arbeitermassen ehemals klar gemacht werden musste, dass die Gewerkschaftsbürokratie, aus objektiven Gründen, sich sozial und damit auch ideologisch von dem revolutionären Klassenbewusstsein der Massen entfernt hatte, so muss ihnen heute ebenso dringend klar gemacht werden, dass diese soziale und ideologische Differenz auch zwischen den sozialpazifistischen Führern und dem revolutionären Klassenbewusstsein der Massen besteht. Die Sozialpatrioten haben durch ihre Taten den letzten Schleier von dem Kern ihres Wesens entfernt, die Sozialpazifisten aber verbergen ihr reaktionäres Wesen noch unter einer dichten Hülle von Phrasen.

Und wo ist die selbständige Politik der früheren Gruppe „Internationale“? Franz Mehring selbst hat in einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ die Selbstständigkeit der Gruppe als nicht mehr bestehend bezeichnet. Deutlicher aber als alle Worte, redet ihre politische Haltung. Der Stock, den die Kraftzentrale der Unabhängigen hinhalten wollte, ist zum Krückstock geworden, an dem sie sich mühselig durch die Zeit schleppt. Wo aber sind die Führer, die den Pakt mit den Unabhängigen schlossen? Haben sie etwa die Strapazen des Kämpferlebens auf sich genommen? Oder sitzen sie nicht lieber in Magistratsämtern oder auf den Bureaubänken der Kriegswirtschaft? Was ist nun wohl dabei herausgekommen, als man die führenden Elemente durch die Flucht unter das wackelige und zerlöchernde Dach der Unabhängigen schonen wollte.

Unterdessen ist aber gerade aus den Kreisen der führenden Elemente der Gruppe „Internationale“ mit auffallendem Eifer gegen diejenigen vorgegangen worden, die sich mit aller Kraft ihrer Jugendleidenschaftlichkeit für ihre Sache einsetzten; man denunzierte sie als Spitzel, verdächtigte ihre opferreiche Arbeit als desorganisatorisch, man suchte jede selbständige Regung der Linksradiكالen mit Hilfe vertraulicher Rundschreiben zu unterdrücken. Wir glauben gern, dass die besseren und besten Elemente der Gruppe „Internationale“ aus tiefster Überzeugung und nach reiflichster Überlegung den Weg der Fusion mit den Unabhängigen beschritten und wir geben die Hoffnung nicht auf, dass die Zusammenkunft uns mit ihnen wieder zusammenführen wird; was aber für die linksradiكالen Bewegung in Deutschland verhängnisvoll werden kann und bereits geworden ist, das ist das Treiben gewisser Kräfte, die die Methode des inneren Kampfes einzuführen versuchten, die denen des Falles Radek, berüchtigten Angedenkens, zum Verwechseln ähnlich sehen.

Hier, in allen diesen Verhältnissen, liegt die Tragik der russischen Revolution.

Wilson, der Befreier.

Die Vereinigten Staaten Nordamerikas spielen im Ententekonzert dieselbe Rolle wie Deutschland im Bereich der Mittelmächte: beide sind die Dirigenten dieser großen

Weltorchester. Die Vereinigten Staaten haben sich erst im Verlaufe des Krieges zu dieser führenden Stellung durchgerungen. Der große welthistorische Gegensatz, der die letzte Epoche des Imperialismus beherrschte, die Rivalität zwischen Deutschland und England, verschiebt sich immer deutlicher nach dem Großen Ozean, um den amerikanisch-japanischen Gegensatz den dominierenden Platz zu räumen. Der Krieg hat die Ententestaaten in immer größere finanzielle, wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von der Union gebracht. War schon vor dem Kriege die Vormachtstellung Englands auf dem Weltmarkte erschüttert, ist sie jetzt endgültig gebrochen. Es ist nun klar, was die Vormachtstellung Deutschlands in Europa dem amerikanisch-japanischen Gegensatz gegenüber bedeutet. Die Länder der Entente, vor allem Frankreichs, haben in diesem Kriege so sehr gelitten, dass sie als politisch-militärische Machtfaktoren für eine lange Zukunft kaum noch in Betracht kommen. Gelingt es Deutschland, sich finanziell einigermaßen stark zu halten, so ist selbst die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, später den einen oder andern Staat aus der Kette der Entente zu lösen und dem Ring der Mittelmächte anzugliedern. Die Vereinigten Staaten haben also zunächst das Ziel, die jetzigen Länder der Entente in möglichst unlösbare Abhängigkeit von sich auch nach dem Kriege zu erhalten, um so ein noch größeres Wachstum der Vormachtstellung Deutschlands auf Kosten der Entente zu verhindern. Das Mittel hierzu ist die Verlängerung des Krieges.

Abgesehen davon, dass die Entente mit der allmählichen militärischen und wirtschaftlichen Erschöpfung Deutschlands rechnet, dass sie auf den Ausbruch innerer Schwierigkeiten baut, dass sie auf direkte militärische Erfolg besonders in Palästina und Mesopotamien, vielleicht aber sogar nach größerer Ausdehnung der amerikanischen Hilfskräfte an der Westfront hofft; abgesehen von diesen Möglichkeiten, die die Entente in ihre Rechnung gestellt hat, ist für die Vereinigten Staaten die Verlängerung des Krieges bis auf unabsehbare Zeit eine reiche Aussicht, die Finanzverhältnisse der kapitalschwachen Ententestaaten so gründlich zu zerrütten, dass sie nur durch die amerikanischen Milliarden in Form gehalten werden können. Es ist aber sicher, dass Amerika sich auch politisch, am Ende sogar militärisch-strategisch reichlich genug entschädigen wird. Was aber beispielsweise eine militärisch-strategische Stütze der Vereinigten Staaten allein auf dem Grunde der französischen Besitzungen im fernen Asien für die Auseinandersetzung mit Japan bedeuten würde, ist leicht einzusehen.

So hat die Verlängerung des Krieges für die Vereinigten Staaten, abgesehen von allem anderen, den doppelten Erfolg, dass sie die Ententestaaten in wachsende Abhängigkeit von sich bringen und damit den Anschluss an den Bund der Mittelmächte verhindern. Amerikas Politik muss auf die Schwächung Deutschlands hinauslaufen, denn ein das europäische Festland beherrschendes Deutschland würde ein ebenso geschwächtes England bedeuten, wie es den stärksten Rückhalt für Japan bilden würde.

Der amerikanisch-japanische Gegensatz ist der Haupt Gesichtspunkt, von dem aus die Politik der Vereinigten Staaten geleitet wird und in der Zukunft geleitet werden muss. Von hier aus durchschaut man auch die Befreierpose, in der Herr Wilson sich gefällt. Wir wollen die Halbheiten des Wilsonschen Programms, sein vielfaches „soweit möglich“, „ausgenommen den Fall“, nicht tadeln. Herr Wilson kann ebenso wenig ehrlich sprechen, wie irgendein anderer Staatsmann des Imperialismus. Wir wollen uns auch bei seiner posenhaften Phrase nicht aufhalten, die Diplomatie müsse zu allen Zeiten offen arbeiten. Herr Wilson weiß selbst zu gut, dass selbst diese Phrase in den Kammern der Geheimdiplomatie zur Welt gebracht wurde. Es gibt keinen Imperialismus, der auf die Geheimdiplomatie verzichten könnte; sie ist sogar seine unentbehrlichste und willigste Magd.

Wir wollen uns die positiven Kriegsziele des Herrn Wilson ansehen, soweit sie sich aus konkreten Verhältnissen des Krieges ergeben. Ihre Kardinalforderung lautet: Räumung der

besetzten Gebiete. Aller? Bewahre! Räumung der russischen, belgischen, französischen, italienischen, serbischen, montenegrinischen, rumänischen: kurz, Räumung nur der von den Mittelmächten besetzten Gebiete. Herr Wilson redet nicht von der Räumung des Elsass durch die Franzosen, nicht von der Räumung Griechenlands, Palästinas, Mesopotamiens, nicht von der Räumung Tsingtaus und der deutschen Kolonien. Warum redet er nicht auch davon? Sehr einfach: er gebraucht eine Formel, die für den deutschen Imperialismus von vornherein unannehmbar ist. Die Oligarchie der Multimilliardäre gebraucht die Verlängerung des Krieges. Weiter im Text. Herr Wilson beglückte vor mehr als Jahresfrist die Welt mit einer pazifistischen Botschaft. Von dem Abrüstungsschwindel dieser Botschaft ist nichts übriggeblieben, als vier Zeilen, die zu bedeutsam sind, als dass sie an dieser Stelle übergangen werden dürften:

„Hinlängliche Sicherheit soll dafür gegeben und erhalten werden, dass die nationalen Rüstungen auf ein Minimum beschränkt werden können, *das die Sicherheit im Innern verlangt.*“

Das Wort sie sollen lassen stahn, die internationalen sozialistischen Arbeiter nämlich. Es klingt gar sehr vertraut, es peitscht in den amerikanischen Arbeitern die Erinnerung an ungezählte Kämpfe auf, in denen schließlich die Flinten der Miliz den Ausschlag gaben, und es weckt in den Arbeitern aller Länder die Erinnerung an gleiche oder ähnliche Vorgänge. Es ist ein ungemein klares Wort: es kündigt den blutigen Kampf des Kapitals gegen den werdenden Sozialismus auf internationaler Grundlage an; es ist ein erster Naturlaut der wiedererstehenden goldenen Internationale. Es ist ein Schreckenswort und ein Wort der Verheißung zugleich.

Heil, Woodrow Wilson, für diese pazifistische Botschaft!

Was aber ist von dem andern Glaubensartikel des Pazifismus, was ist vom Selbstbestimmungsrecht der Völker geblieben? Nichts als unbestimmte und unbestimmbare Wendungen. Herrn Wilson ist allmählich die Erleuchtung gekommen, dass es keine Selbstbestimmung geben kann, wo die Völker ihr Recht verloren haben. Von den Rumänen, Serben und Montenegrinern sagt er deshalb, dass ihre Beziehungen untereinander geregelt werden sollen, „entsprechend den Beschlüssen der Großmächte und der historischen Entwicklung“. Nur von den Völkern Österreichs meint er, dass ihnen „zum ersten Male die Möglichkeit zu einer autonomen Entwicklung gegeben werden“ soll. Es ist ganz charakteristisch: die deutschen Pazifisten machen konsequent vor dem österreichischen Problem halt, wenn sie das „Selbstbestimmungsrecht“ propagieren; die Pazifisten der Entente dagegen stürzen sich mit Vorliebe gerade auf Österreich-Ungarn, weil sie wissen, dass das Selbstbestimmungsrecht, in diesem klassischen Nationalitätenstaat konsequent durchgeführt, die Auflösung dieses Staates bedeuten würde. Das eine ist so billig wie das andere; beides aber ist antisozialistisch, denn der Sozialismus steht nicht im Zeichen des Nationalitätenprinzips. Wilsons Befreierrolle ist komisch, wie seine pazifistische Heilsbotschaft erleuchtet war. Nur eine furchtbar ernste Seite hat auch dieses neue Manifest der Ententemperialisten. Es zeigt sich aufs eindringlichste, dass die imperialistischen Regierungen diesen Krieg nicht zu Ende bringen können, es sei denn, dass eine der Parteien oder gar beide vor Erschöpfung am Boden liegen. Herr Wilson hat die Kriegsziele der Entente bekannt gegeben, sie lauten: Krieg bis zum Weißbluten der Völker.

Die Nationalitätenfrage in Russland.

Mit ungeheuren Schwierigkeiten hat die neue russische Freiheit zu ringen. Sie liegen nicht in den wirtschaftlich-kapitalistischen Verhältnissen: die Not und das Elend, die aus dem Kapitalismus entspringen, sind durch soziale Maßnahmen zu beleben, die jeder noch so

unentwickelte Arbeiter sofort anzugeben weiß. Sie entspringen daraus, dass Russland in vieler Hinsicht ein primitives Land, neben imperialistischen Mächten liegend und ein Faktor in ihren imperialistischen Gegensätzen bildend, als erstes Land neue sozialistische Prinzipien durchzuführen hat. Daher vermischen sich die modernsten und die altertümlichsten Fragen zu einem sonderbaren Gemisch; wilde Steppenvölker und eine imperialistische Bourgeoisie, zusammen gegen die begeistert-kühnen großindustriellen Proletarier und die endlosen Scharen naiv einfacher Bauern ziehend, beide mit englischen Diplomaten und deutschen Generälen verhandelnd – ein Knäuel von verwickelten Problemen, das die russische Revolution im tatkräftigen Vorwärtsschreiten lösen oder durchhauen muss. Eines der bedeutsamsten dieser Probleme ist die Nationalitätenfrage.

Russland ist wie Österreich-Ungarn ein Nationalitätenstaat, kein Nationalstaat wie Deutschland, Frankreich oder England. Der äußerliche Unterschied ist dieser, dass die Bewohner der letzteren eine schon durch Sprache und Kultur zusammengehörige Masse, eine einzige Nation bildeten, während in den zuerst genannten Ländern die Einwohnerschaft vielen Nationen angehört. Der Grund dieses Unterschiedes liegt kurz darin³, dass die Staaten Frankreich usw. sich zugleich mit dem Aufkommen des Kapitalismus bildeten, wobei bürgerliche Interessen die Gesamtheit zusammenschmiedeten und sie zu einem kräftigen zentralisierten Staatswesen machten, während im Osten Europas Völker verschiedener Sprache, denen jedes Nationalitätenempfinden fehlte, zusammenerobert, ererbt oder erheiratet wurden zu einer dynastischen Monarchie. Wenn in einem solchen Staatswesen später der Kapitalismus einzieht, ein Bürgertum, eine moderne Bourgeoisie, eine Intelligenz entsteht, bildet sich ein Nationalbewusstsein, anknüpfend an die Sprache, und daher verschieden für die einzelnen Völker. Statt dem Staatswesen eine größere innere Festigkeit zu geben, führt in einem solchen Nationalitätenstaat das Nationalbewusstsein zu scharfen nationalen Streitigkeiten um Macht und Vorherrschaft, die die ganze künstliche Staatseinheit zu zersprengen drohen. Die ganze innere Politik Österreichs in den letzten Jahrzehnten dreht sich um diesen mit dem Kapitalismus emporkommenden Streit der Nationen.

Russland hat sich kapitalistisch noch später entwickelt als Österreich. Im Westen waren Länder annektiert worden, die schon eine bürgerliche Kultur – sei es auch halbbäuerlich oder halbfeudal – besaßen, wie Finnland Kurland und Polen. In der letzten Zeit kam im eigentlichen Russland eine kapitalistische Industrie empor, und nun bildete sich im Süden, in der Ukraine, wo Sprache und Volkstum dem Russischen zwar eng verwandt, aber doch verschieden war, unter der kleinen Bourgeoisie und dem Intellekt, die Propaganda für die Erweckung der ukrainischen oder ruthenischen Nation. Weiter östlich leben die kosakischen und tatarischen Stämme noch in primitiv-bäuerlicher oder nomadischer Verfassung. Der Zarismus hat alle nationalen Bestrebungen mit scharfer Hand unterdrückt: die Leidensgeschichte der fortschreitenden Freiheitsberaubung Finnlands ist allbekannt; in Polen hatte die Bourgeoisie sich mit dem Zarismus verbündet; die baltischen Junker bildeten seine ergebensten Stützen und von den Ukrainern, als einem besonderen Volk, wusste man in Westeuropa kaum etwas.

Mit der russischen Revolution brach diese Unterdrückung auf einmal zusammen. Wie alles, was vom Zarismus niedergehalten war, richteten auch die unterdrückten Nationen sich empor. Polen und Kurland waren zwar in deutschen Händen, aber in Finnland beanspruchten Parlament und Senat die staatliche Unabhängigkeit wieder (es hatte früher nur die

³ Für ausführlichere Darstellung vgl. *Otto Bauer*, Die Nationalitätenfrage (Marx Studien 3) und *A. Pannekoek*, Nation und Klassenkampf (Reichenberg).

Personalunion des Zaren als Großfürst Finnlands bestanden). In der Ukraine bildete sich aus Bourgeoisie und Intellekt, unterstützt von den Kiewer und Charkower Sowjets die „Rada“ als provisorische Regierung eines unabhängigen Staates. Aber die Kerenski-Regierung widersetzte sich dem – von ihrem bürgerlich-imperialistischen Standpunkte mit Recht, denn sie wollte Russland als einen großen mächtigen Staat zusammenhalten. Daher die Drohungen Kerenskis gegen Finnland, mit Gewalt seine völlige Abtrennung verhindern zu wollen, daher sein Streit mit der Ukrainer Rada, in welcher die Bolschewiks die Unabhängigkeitsansprüche der Rada mit aller Kraft unterstützten.

Die russische Sozialdemokratie, d.h. die Bolschewiks, hat schon seit langem die Losung des Selbstbestimmungsrechtes jeder Nation aufgestellt. In der zweiten Nummer des „Vorbote“ hat Lenin diese Forderung mit Nachdruck verteidigt gegenüber Radek, der sie als Losung einer sozialistischen, den Imperialismus bekämpfenden Partei utopisch erachtete, sodass wir angebliche „Rechte“ nie aufhalten, da doch der Imperialismus immer dieses „Recht“ der Nationen missachten werde und missachten müsse. Darüber waren jedoch beide einig, „dass sobald das Proletariat die Herrschaft erobern würde, jedes Volk, wie jedem Volksteil das selbstverständliche Recht zustehen würde, sich selbst zu verwalten und seine Staatsform selbständig zu bestimmen“. Als in Petrograd die Arbeiter- und Soldatenräte am 7. November die Macht eroberten, haben sie auch bald dieses Recht ausdrücklich proklamiert. Finnland und die Ukraine haben ihre Autonomie als etwas Selbstverständliches hingenommen und betätigt, und in Petrograd dachten die Sowjets nicht daran, sie daran zu hindern.

Die bürgerliche Presse wusste bald zu berichten, dass auch Kaukasien, Sibirien, Bessarabien, der Krim und noch andere Teile ihre Unabhängigkeit proklamiert hatten. Und die Ansicht wurde laut, dass Russland sich in einer Reihe kleiner Einzelstaaten auflösen würde, sodass der Name Russland schließlich nur noch ein historischer Begriff sein würde, ähnlich wie im Mittelalter das römische Reich. Aber so liegt die Sache nicht. Wenn in Russland die Kraft, die ein starkes zentrales Staatswesen mit günstigen Grenzen und Häfen und möglichst großem Machtgebiet schaffen will, und die in bürgerlichen Gewinninteressen wurzelt, in der jetzt herrschenden Volksmasse keine Rolle spielt, so fehlt diese staatenbildende Kraft ebenso sehr in den Teilen des Ganzen. Sie werden daher nicht scharf voneinander gesonderte, in sich geschlossene, einander oft gegensätzlich gegenüberstehende Staaten bilden – diese politische Organisationsform ist typisch für Bourgeoisie und Kapital – sondern miteinander lose zu einer größeren Organisation (einer Art Bundesstaat) verbunden bleiben, weil sie viele gemeinsamen Verkehrs- und Produktionsinteressen haben. Hier wird sich also schon etwas von der Organisationsform verwirklichen, die zum Sozialismus gehört: von dem Weltganzen hinab bis zur Dorf- oder Fabrikeinheit finden sich Organisationen verschiedenen Umfangs, unter denen die Nationen als sprachlich zusammengehörige Gruppen von Menschen zwar eine bedeutende Stelle einnehmen, aber sich doch eingliedern in größere, zergliedern in kleinere Gruppen.

In Russland schließt diese Form von selbst an die politische Organisation der primitiv-bäuerlichen Wirtschaft an, die kaum weiter als das Dorf sieht, und leitet sie hinüber in das politische Bewusstsein des Proletariats, dem die Fabrik und das Volk nur Teil der ganzen Menschengesellschaft ist. So selbstverständlich den russischen Sowjets die Autonomie jedes Stammes mit eigenem Nationalempfinden war, so selbstverständlich war ihnen auch die Zusammengehörigkeit aller dieser Völker, die darin zum Ausdruck kam, dass sie alle aufgerufen wurden Abgeordnete zur konstituierenden Versammlung zu schicken, um zusammen über die gemeinsamen Interessen und die Verfassung des Ganzen zu beraten.

So einfach diese Lösung der Nationalitätenfrage erscheint, so führt sie doch in der Praxis zu schweren Konflikten und schwierigen Problemen. Denn Russland ist nicht ein Teil der

sozialistischen Menschheit, die in friedlicher Zusammenarbeit eine friedliche Organisation der Arbeit schafft, sondern ein Land der verschiedensten Gegensätze und Entwicklungen, die einander durchkreuzen. Hier bereitet sich der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus vor, dort steigt erst der Kapitalismus empor und schafft eine junge Bourgeoisie, anderswo fehlt in der weiten Steppe noch jede Spur modernen Lebens; und alle diese Gruppen und Klassen werden mitbewegt durch den großen Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Wenn in einem der neuen Nationalstaaten eine bürgerliche Klasse dominiert, wird sie sich zwar zuerst verbunden fühlen gegen die Arbeiterregierung, die sie befreit hat, aber zugleich wird, mit Hinsicht auf die eigenen Arbeiter, eine Klassenfeindschaft gegen diese Befreier immer stärker werden.

Hier liegt die Wurzel des Ukrainer Konflikts. Die Ukrainer Rada, hauptsächlich aus bürgerlichen Elementen bestehend – die Sowjets mögen zu ihm stehen wie die Petrograder Sowjets im Sommer zu Kerenski – stehen zu der Frage der Unabhängigkeit wie überall die Bourgeoisie. Sie will einen zentralen Staat, möglichst groß und mächtig, mit einer eigenen Armee und mit allem, was im Wettbewerbe der Staaten bedeutsam ist. Sie hat sofort ihre Ansprüche erhoben auf alle Gebiete Südrusslands, bis zur Wolga und der Schwarzen Meerküste. In Odessa, mit seiner zahlreichen Arbeiter- und Matrosenbevölkerung kam es daher schon zu einem Konflikt, als ein Ukrainer General dort zu kommandieren begann. Die Rada ist sich sehr gut ihres bürgerlichen Charakters im Gegensatz zu der Petrograder Regierung bewusst; sie hat daher angefangen, die bolschewistischen Regimenter der Ukrainer Heeresteile als unzuverlässig zu entwaffnen, so wurde das zuerst freundschaftliche Verhältnis immer schlechter. Die Rada verlegte den roten Garden, die gegen Kaledin marschierten, den Weg und die Aufforderung aus Petrograd, den freien Durchgang zu gewähren, schloss sie, den Nachrichten zufolge, mit dem Kosakengeneral ein Bündnis.

So steht der neuen sozialistischen Regierung in Petrograd eine starke Koalition von Feinden gegenüber; aus der Autonomie der Ukraine wurde, weil dort die bürgerliche Klasse herrscht, ein Feind, der sich mit den Petrograder Kadetten und den Kosaken Kaledins zusammengetan hat, um die eben gewonnene proletarische Freiheit zu vernichten. Es wäre nicht das erste Mal in der Geschichte, dass die rückständigeren Teile eines Landes dazu dienen müssen, die vorgeschrittensten Teile eines Landes niederzuhalten; aber die Tatkraft der Petrograder Massen und die Fähigkeit ihrer Führer machen einen anderen Ausgang des Kampfes wahrscheinlich. Auch scheint es, dass die Petrograder Regierung ihr Möglichstes tut, mit den Ukrainern ein gütliches Abkommen zu treffen. Denn sie sind nicht notwendig Feinde: eine Wiederherstellung der bürgerlichen Regierung in Petrograd würde die Unabhängigkeit der Ukraine wieder in Frage stellen, also besteht eine Gemeinsamkeit der Interessen zwischen der Rada und der russischen Konterrevolution nur bedingt und zeitweilig. Es ist daher nur vernünftig, wenn die russische Volksregierung alle Kräfte gegen die wirklichen Feinde gebraucht, damit die Völker Russlands nachher die Fragen der Nationalitäten erledigen. Die künftige Entwicklung der Ereignisse wird zeigen, ob sie diesen Weg folgen kann.

Aus unserm politischen Tagebuch.

26. Januar.

Die Frage der Wahlreform in Preußen bewegt augenblicklich wieder die Gemüter. Was sich der Freisinn von ihrer Durchführung verspricht, steht in einem Leitartikel der „Frankfurter Zeitung“ zu lesen, nämlich dies:

„In Wahrheit ist das Ziel der Reform die Beseitigung eines Klassenkampfes, der solange eine positive Staatsentwicklung gehemmt hat, durch die Anerkennung des wichtigsten Volksrechts, durch das gleichberechtigte Zusammenwirken aller Volksgenossen am Ausbau

des Staates, die Beseitigung des unerträglichen Zustandes, dass eine kleine politisch bevorrechtete Minderheit rücksichtslos ihren Willen dem Volke aufzwingen könnte. Die konservative Macht wird große Einbuße erleiden, das ist sicher, aber die Macht des Staates wird durch die Wahlreform außerordentlich gekräftigt werden, indem der Staat auf das Vertrauen des ganzen Volkes gestellt wird.“

Das ist die Hoffnung aller Bürgerlichen, die kleinstädtischen Scheidemänner eingeschlossen, und diese Hoffnung gibt ihnen den Mut zur Wahlreform. Aber auch in dieser Reform wohnen wie in Faustens Brust, zwei Seelen: die eine, die den Staat konservieren hilft, und die andere, die unterwühlend wirkt.

27. Januar.

Die „Frankfurter Zeitung“ brachte ein Privattelegramm aus dem Haag, nach welchem die *Friedensstimmung im besetzten Belgien* wächst. Es heißt in dem Telegramm wörtlich weiter: „So wurde auf einer Versammlung des Bundesausschusses der belgischen Arbeiterpartei des Bezirks Antwerpen ein Beschluss gefasst, der sich zu Gunsten der Vorschläge der russischen Sowjets und des holländisch-skandinavischen Komitees über die Friedensvorschläge ausspricht.“

Man wird wohl fragen dürfen: Wer ist der „Bundesausschuss der belgischen Arbeiterpartei, der Belgien noch als ein Ententeland bezeichnet? Erst wenn hierüber völlige Klarheit verbreitet ist, wird der Beschluss über die Teilnahme der „belgischen Arbeiterpartei“ an einer „eventuellen Friedenskonferenz“ ins richtige Licht gerückt werden können.

Feuilleton

Zwei Stätte.

Von Charles Dickens. (Schluss.)

„Hier bin ich!“ – sagte Madame ruhig wie immer, aber für heute nicht mit dem Strickstrumpf beschäftigt. Die entschlossene rechte Hand von Madame hielt eine Axt anstatt der friedlichen Stricknadeln und in ihrem Gürtel stak ein Pistol und ein langes scharfes Messer.

„Wo gehst du hin, Frau?“

„Vorderhand mit dir,“ sagte Madame. „Bald wirst du mich an der Spitze von Frauen sehen.“

„Vorwärts also!“ – rief Defarge mit weithin hallender Stimme. „Patrioten und Freunde, wir sind bereit! – Nach der Bastille!“

Mit einem Gebrüll, welches klang, als ob der Atem von ganz Frankreich das verabscheute Wort gesprochen, erhob sich das lebendige Meer Welle für Welle bis in die tiefsten Tiefen und flutete hin nach jenem Punkte. Die Sturmglocke läutete, Trommeln schallten, das Meer wütete und donnerte an seinen neuen Strand und der Angriff begann.

Tiefe Graben, eine doppelte Zugbrücke, feste steinerne Mauern, acht große Türme, Kanonen, Flinten, Feuer und Rauch. Durch das Feuer und durch den Rauch – in dem Feuer und in dem Rauch (denn das Meer warf ihn gegen eine Kanone und in dem Augenblick war er ein Kanonier geworden) arbeitete Defarge aus dem Weinschank wie ein mannhafter Soldat zwei heiße Stunden lang.

Tiefer Graben, eine Zugbrücke, feste steinerne Mauern, acht große Türme, Kanonen, Flinten, Feuer und Rauch. Eine Zugbrücke gewonnen! „Ans Werk, Kameraden, ans Werk! Ans Werk, Jacques eins, Jacques zwei, Jacques tausend, Jacques zweitausend, Jacques zweihundertfünfzigtausend! Im Namen aller Engel und Teufel – was ihr lieber habt – ans

Werk!“ So rief Defarge aus dem Weinschank immer noch an seiner Kanone, die längst heiß geworden war.

„Mir nach, Weiber!“ rief Madame, seine Frau. „Was? wir können so gut totschiagen, wie die Männer, wenn der Platz einmal genommen ist.“ Und um sie scharten sich mit schrillum blutdürstigen Geschrei Haufen von Frauen, verschiedenartig bewaffnet, aber alle gleichbewaffnet mit Hunger und Rachedurst.

Kanonen, Flinten, Feuer und Rauch, aber immer noch der tiefe Graben, die letzte Zugbrücke, die festen steinernen Mauern und die acht großen Türme. Leichte Störungen in dem wütenden Meer entstanden durch die hinstürzenden Verwundeten. Blinkende Waffen, lodernde Fackeln, qualmende Wagenladungen, feuchtes Stroh, harte Arbeit auf Barrikaden in allen Richtungen, Geheul, Gewehrsalven, Verwünschungen, Tapferkeit ohne Ende, Kanonendonner und Flintengeknatter und das wütende Toben des lebendigen Meeres; aber immer noch der tiefe Graben und die letzte Zugbrücke, die festen steinernen Mauern und die acht großen Türme und immer noch Defarge aus dem Weinschank an seiner Kanone; die durch den Dienst von vier heißen Stunden doppelt heiß geworden ist.

Eine weiße Fahne auf der Festung und eine Verhandlung – das lässt sich undeutlich erkennen durch den wütenden Sturm, der nichts hörbar werden lässt und plötzlich steigt das Meer höher und höher und spült Defarge aus dem Weinschank über die heruntergelassene Zugbrücke an den festen steinernen Außenmauern vorbei und mitten unter die acht großen Türme, die sich ergeben haben.

So unwiderstehlich war die Gewalt des ihn vorwärts tragenden Ozeans, dass er ebenso wenig Atem schöpfen oder den Kopf umdrehen konnte, als ob er in der Brandung des Südmeeres gekämpft hätte, bis er in dem vorderen Hofe der Bastille wieder festen Fuß fasst. Hier erkämpfte er seinen Platz an einer Mauerecke und schaut um sich. Jacques drei stand fast unmittelbar neben ihm; Madame Defarge, immer noch an der Spitze einiger ihrer Frauen, war weiter voraus sichtbar, das Messer in der Hand. Überall Tumult, Jauchzen, betäubende und wahnwitzige Verwirrung, rasendes Toben und doch eine wütende stumme Pantomime.

„Die Gefangenen!“

„Die Akten!“

„Die geheimen Kerker!“

„Die Marterwerkzeuge!“

„Die Gefangenen!“

Von allen diesen Rufen und tausend unzusammenhängenden anderen hörte man: „Die Gefangenen!“ – am öftesten und deutlichsten heraus aus dem Meere, das hereintoste, als gäbe es eine Ewigkeit von Menschen ebenso gut wie von Zeit und Raum. Als die vordersten Wogen vorüberschossen und die Gefangenwärter mit forttrissen und sie alle mit dem augenblicklichen Tode bedrohten, wenn nur ein einziger geheimster Winkel unaufgeschlossen bliebe, legte Defarge seine starke Hand auf die Brust einer dieser Männer, eines Mannes mit einem grauen Kopf, der eine brennende Fackel in der Hand hatte – sonderte ihn von den übrigen und brachte ihn zwischen sich und die Mauer.

Das Meer brandete und wogte hoch auf und wollte Defarge wieder haben. St. Antoine rief laut nach seinem Weinschenken, damit er der Hauptmann der Wache über den Kommandanten sei, der die Bastille verteidigt und das Volk totgeschossen hatte. Anders konnte der Kommandant nicht nach dem Stadthaus vor Gericht gebracht werden. Anders würde der

Kommandant entweichen und das Blut des Volkes (das nach vieljähriger Wertlosigkeit plötzlich einigen Wert bekommen hatte) ungerächt bleiben.

In dem heulenden Meer von Leidenschaft und Wut, das den finstern alten Offizier in seinem grauen Rock mit roten Aufschlägen ganz einzuschließen schien, gab es bloß eine ganz ruhige Gestalt und dies war die Gestalt eines Weibes. „Seht dort ist mein Mann!“ rief die Frau aus und wies auf ihn mit der Hand. „Seht Defarge!“ Sie stand unbeweglich dicht neben dem alten finstern Offizier und blieb unbeweglich neben ihm stehen; blieb unbeweglich dicht neben ihm durch die Straßen, wie Defarge und die übrigen ihn fortschleppten; blieb unbeweglich dicht neben ihm, wie er seinem Ziele nahe war und einer ihm von hinten einen Schlag versetzte; blieb unbeweglich dicht neben ihm, als der seit langem gesammelte Regen von Stößen und Schlägen schwer niederfiel; war so dicht neben ihm, als er tot zusammensank, dass sie plötzlich lebendig geworden ihren Fuß auf sein Genick setzte und ihm mit dem scharfen, lange bereit gehaltenen Messer den Kopf abschnitt.

Die Stunde war gekommen, wo St. Antoine seine schreckliche Idee zur Ausführung brachte, Menschen als Laternen in die Höhe zu ziehen, um zu zeigen, was er sein und tun konnte. St. Antoinnes Blut war in Wallung gekommen und das Blut der Tyrannei und der Herrschaft mit eiserner Hand war geflossen – geflossen die Stufen des Stadthauses hinab, wo der Leichnam des Kommandanten lag – geflossen unter dem Schuh der Madame Defarge, wo sie ihn auf die Leiche gesetzt hatte, um diese besser köpfen zu können. „Lasst die Laterne herunter“ rief St. Antoine, nachdem er sich mit wildem Blick nach der neuen Todesart umgesehen; „hier müssen wir einen seiner Soldaten als Wache zurücklassen!“ Die hängende Schildwache war an ihrem Posten und das wütende Meer wogte weiter ...

Das Meer von schwarzen drohenden Wassern und zerstörenden Gegeneinanderwogen, dessen Tiefe noch unergründet und dessen Kräfte noch unbekannt sind. Das erbarmungslose Meer von leidenschaftlich bewegten Gestalten, Stimmen der Rache und Gesichtern die in Leiden so hart geworden sind, dass der Finger des Mitleids keinen Eindrucks mehr auf sie machen kann.

Aber in dem Ozean von Gesichtern, auf welchen sich jede wilde und grimmige Leidenschaft im lebendigsten Ausdruck zeigte, befanden sich zwei Gruppen von Gesichtern – von sieben Gesichtern jede – die so grell von den übrigen abstachen, dass noch kein Meer merkwürdigere Wracks auf seinen Wogen getragen hat. Sieben Gesichter von Gefangenen plötzlich befreit von dem Sturme, der ihre Gruft gesprengt, wurden hoch über den übrigen getragen; alle erschrocken, verwirrt und erstaunt, als ob der jüngste Tag gekommen wäre und die rings um sie Jauchzenden verlorne Seelen wären. Andere sieben Gesichter wurden noch höher getragen – sieben Leichengesichter, deren niedergesunkene Augenlider und halb sichtbare Augen den jüngsten Tag erwarteten. Gefühl- und regungslose Gesichter, aber mit einem etwas versteckten Ausdruck – nicht ganz ohne Ausdruck, Gesichter, die aussahen, als ob sie jetzt nur in grauenhaftem Schweigen verharrten, um seiner Zeit wie die heruntersinkenden Augenlider aufzuschlagen und mit blutlosen Lippen Zeugnis abzulegen: Du hast es getan!

Sieben befreite Gefangene, sieben blutige Köpfe auf Piken, die Schlüssel der von einem ganzen Volke verfluchten Festung mit den acht starken Türmen, einige entdeckte Briefe und andere Andenken an Gefangene aus alter Zeit, die längst an gebrochenem Herz gestorben sind. – Solches und Ähnliches tragen die lauthallenden Schritte St. Antoinnes durch die Straßen von Paris Mitte Juli Eintausendsiebenhundert und neunundachtzig.

Der Riese.

Aus dunklen Tiefen
tagesempor,

sonnenhungrig
ringt der Riese.
Seine Schläfen triefen
von Schweiß.
Mühsalheiß
durchs Trümmertor,
quaderwälzend,
schicksalstrotzig bricht er sich Bahn.
Ehern die Stirn,
Muskeln von Stahl,
in seinen Adern kreisen
der Menschheit Sehnsucht und Qual.

Aus seinen Augen zucken
unlöschliche Strahlen des Lichts,
und ob sie mit goldenen Händen
ihn niederdrücken und schänden,
der Riese lässt sich nicht ducken
und wächst mit gewaltigen Rucken
aus dem verachteten Nichts.

Henckel

Werbt Abonnenten für die „Arbeiterpolitik“!
--

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker);
sämtlich in Bremen

Arbeiterpolitik 6/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 9. Februar 1918.

Nr. 6

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Vorgänge in Österreich-Ungarn.

Das innerpolitische Dasein Österreich-Ungarns während des Weltkrieges lag lange Zeit in tiefer Finsternis. Das Parlament existierte nur dem Namen nach und war in den wohlverdienten Ruhestand versetzt worden. Die Krone, der alte Franz Josef, regierte aus eigener Machtvollkommenheit.

Inzwischen sind aus dem Dunkel der Donaumonarchie trotz aller Erstickungsversuche andere Stimmen zu den Ohren der Welt gedrungen. Sie kamen nicht aus der Brust einer revolutionären Arbeiterschaft. Sie kamen aus den Wirrnissen der Regierung selbst. Mit Franz Josef war eine alte Tradition ins Grab gesunken. Der junge Kaiser konnte nicht von der Pietät zehren, die sein Vorfahr bei denen genoss, die ihr Werk durch ihn am vorteilhaftesten verrichtet sahen, und die ihm selbst diejenigen nicht versagen mochten, die sein Scheiden noch lieber heute als morgen gesehen hätten. Die Pietät war mit dem Alten ins Grab gesunken, und die Interessen hatten freie Bahn. Es folgten Ministerkrisen und Verwaltungsschwierigkeiten. Und schließlich brach die alte Wunde des Donaureichs auf: die Nationalitätenkalamität. Spät, sehr spät, im vierten Kriegsjahre erst, erfuhr man öffentlich durch die Presse, dass die Tschechen an Unzuverlässigkeit das Menschenmögliche geleistet haben und dass sie regimenterweise zu den Russen übergegangen seien; ja, es sollen sich in der russischen Armee tschechische Korps gebildet haben, die gegen Österreich-Ungarn kämpften. Damit ist das tschechische Problem brennend geworden.

Aber es wetterleuchtet bereits am ganzen gewittertrüben Himmel des Nationalitätenstreites. Keine politische Frage wurde während des Weltkrieges mit so übergroßer Vorsicht behandelt wie die polnische. Man hatte gewiss seine guten Gründe dafür. Man war genötigt das eroberte Russisch-Polen vom Zarenreich zu trennen, aber man wusste auch, dass eine zahlreiche polnische Bevölkerung Preußen sowohl als auch Österreich-Ungarn einverleibt ist, ein selbständiges Polen unter Ausschluss der Polen Österreichs und Preußens aber ein Herd fortwährender Unruhen ist. Man hatte zwei Wege der Lösung: die austro-polnische und die borusso-polnische. Es ist kein Zweifel, dass in einem gewissen Stadium der polnischen Frage die austro-polnische Lösung die Oberhand gewonnen hat. Ja, es wurde sogar laut, dass Kaiser Karl die polnische Königskrone angeboten werden sollte. Die russische Revolution vernichtete

dieses Projekt endgültig, und seitdem sind die Schwierigkeiten der polnischen Frage ständig im Wachstum begriffen.

Zum polnischen Probleme gesellte sich das magyarische. Es erreichte seinen bisherigen Höhepunkt in der Forderung einer selbständigen ungarischen Armee, und in einem wüsten Angriff des großen Budapester Blattes „As-Est“ gegen den „Erbfeind“, und hiermit war niemand anders als Österreich gemeint. Unter solchen Verhältnissen, die gewiss nicht erst seit gestern bestehen, ist es leicht erklärlich, weshalb die österreichisch-ungarischen Armeen von Anfang an der deutschen Hilfe dringend bedurften. Aber waren es etwa die Österreicher allein, die Lemberg und Przemysl entsetzten, die Russen aus Galizien vertrieben, den Durchbruch von Gorlice durchführten und zuletzt in Italien eindringen? –

Es ist klar, dass unter solchen Verhältnissen gewiss politische Kreise Deutschlands dem österreichischen Bundesgenossen gegenüber eine mindestens sehr vorsichtige und wenig enthusiastische Stellung einnehmen. So bereitet der Historiker Brandenburg in seiner Schrift über Deutschlands Kriegsziele bereits darauf vor, dass das deutsch-österreichische Bündnis durchaus nicht als dauernd zu behaupten sei und er begründet seine Auffassung auf der Tatsache der zahlreichen widersprechenden wirtschaftlichen und politischen Interessen zwischen den beiden Ländern. Noch deutlicher aber wurden in diesen Tagen die alldeutschen Blätter.

In die Wirrnisse der österreich-ungarischen Zustände platzten nun neuerdings Ereignisse, die an Bedeutung alle bisherigen Konflikte weit übertreffen, und deren Umfang durch die Tatsache grell beleuchtet wird, dass sie trotz schärfster Zensur ausführlich genug in die reichsdeutsche Presse gelangt sind. Um ein einigermaßen zuverlässiges Bild von den Vorgängen zu ermöglichen, diene folgendes:

Seit einigen Tagen berichtet die Presse über Aufstandsbewegungen der Arbeiter, namentlich in Wien und Nieder-Österreich. Sie sollen in der Kürzung der Mehrlationen ihre unmittelbare Ursache haben. Verkehrsschwierigkeiten aller Art, ein völliges Versagen Ungarns in der Getreidelieferung, ein starker Ausfall der Getreideversorgung aus Rumänien sollen diese Schwierigkeiten herbeigeführt haben. Dabei wird zuverlässig angegeben, dass sowohl Ungarn große Getreidemengen eingelagert hat als auch dass die tschechischen Agrarier sich weigern, ihre bedeutenden Getreidemengen abzugeben. – Der Budgetausschuss des Abgeordnetenhauses verhandelt eifrigst über Maßnahmen, wie die Schwierigkeiten zu beheben seien. Die Bewegung ist spontan zum Ausbruch gekommen, durch die Schwierigkeiten der Ernährung ausgelöst. Die Leitung der österreichischen Sozialdemokratie spielt in dieser Bewegung die Rolle, die den *Sozialpatrioten hier und überall zukommt*. Sie versichert offiziell, an dem Ausbruch der Bewegung völlig unschuldig zu sein, was auch sicher den Tatsachen entspricht, und sie tut alles, um die Bewegung zu unterücken. Das sind die Vorgänge in Österreich-Ungarn in kürzesten Zügen dargestellt.

Gegensätze.

Von St. Woretz.

1.

Die deutschen Sozialpatrioten sind durchaus nicht immer Anhänger des „Friedens ohne Annexionen“ gewesen. In der Kundgebung ihres „Partei-Ausschusses“ traten sie sogar offen für Annexionen ein. Es war die Zeit, in der noch alle Blütenträume der Alldeutschen eine ertragreiche Reife versprochen. Die Richtung Lensch, Cunow u. Co. schien die Oberhand im Zirkus Scheidemann gewonnen zu haben. Als dann aber die Politik des Herrn Bethmann-Hollweg auf eine gemäßigte Linie einschwenkte, da lenkten auch die deutschen

Sozialpatrioten ein und warfen das Panier des „Friedens ohne Annexionen“ auf. Sie hatten gute Verbindungen mit der Regierung Bethmann-Hollweg, und darum wussten sie, was dieser Regierung nottat. Sie wurden umso dreister, als es Herrn Bethmann gelungen war, seinen Hauptwidersacher in der Regierung, den Staatssekretär v. Tirpitz, den jetzigen Häuptling der Vaterlandspartei, aus dem Sattel zu heben.

Es war des fünften Kanzlers letzter Sieg. Er kostete ihm selbst die Stellung. Und dass die Bestätigung der immer wieder durch tausend Belege erhärteten Tatsache, dass mit der Person des Herrn v. Tirpitz die Politik des Herrn v. Tirpitz nicht gestürzt war und auch nicht gestürzt werden konnte. Wie denn? Hat Herr v. Tirpitz nicht das Flottenprogramm durchgeführt. War es nicht der Reichstag des Herrn Bethmann-Hollweg, der die letzte Heeresvorlage bewilligte. Ist nicht Herr v. Bethmann-Hollweg der Gegner des Herrn Lichnowsky gewesen, dessen anglophile Politik er immer wieder zu durchkreuzen verstand?

Nichts natürlicher, als dass diese Politik durch den Krieg weitergeführt werde. Es ist der deutschen Regierung auch vor Kriegsbeginn nicht verborgen geblieben, welche Rolle England in diesem Kriege spielen werde, und die englisch-deutschen Kämpfe bei Maubeuge und St. Quentin gleich in den ersten Kriegswochen enthüllte der Welt das tiefste Wesen des gewaltigen Ringens. Auch dieser Krieg setzte die Politik fort, und man braucht nur die ersten öffentlichen Kundgebungen über die deutschen Kriegsziele zu verfolgen, um den Sinn des Krieges handgreiflich vor Augen zu haben. Es hat in jenen Tagen kein bürgerliches Blatt Veranlassung gesehen, dieser Politik eine Verständigungspolitik entgegenzustellen. Die Erfolge der deutschen Waffen sprachen deutlich und verhießen zu viel, und hätte die „Frankfurter Zeitung“ damals geschrieben, was sie heute schreibt, so hätte sie das allseitige Geschrei über sich ergehen lassen müssen.

Heute nämlich schreibt sie: „Es liegt für den Sehenden auf der Hand, dass ein Frieden, dessen Bedingungen nach den Wünschen der deutschen Eroberungspolitiker diktiert wird, unsere Feinde nur schließen werden, wenn sie vollständig niedergerungen sind. Kann man nach zweiundvierzig Kriegsmonaten einen solchen Frieden auch nur für möglich halten?“ Vor weniger als dreißig Kriegsmonaten aber hielt man einen solchen Frieden nicht nur für möglich, sondern für selbstverständlich. Es gab im deutschen Bürgertum, wozu füglich auch die Sozialpatrioten zu rechnen sind, in der Tat nur noch Deutsche.

Heute nun stehen sich im deutschen Bürgertum zwei Richtungen gegenüber. Sie scharen sich um die Parolen: Hie Annexionen! Hie Verständigung! Aber das sind nur Verschleierungen. Die Ziele sind die gleichen. Beide sind Imperialisten; nur suchen sie ihr Ziel, die Stärkung der deutschen Weltstellung, in verschiedener Weise zu erreichen. Die einen, indem sie die militärischen Erfolge in Ost und West rücksichtslos auszunutzen streben, die andern, indem sie den deutschen Einfluss in diesen Gebieten unter dem Schein des Verzichts auf Annexionen, auf dem Wege der „friedlichen Durchdringung“ und „wirtschaftlichen Angliederung“ zu sichern suchen. Es liegt auf der Hand, dass hier im Wesen der Sache nicht der geringste Unterschied vorliegt. Worin besteht denn also der Gegensatz?

Sehen wir uns zunächst die feindlichen Lager an. Wir wiesen bereits nach, dass sich die „Verständigungspolitiker“ erst im Laufe der Zeit von den „Gewaltpolitikern“ abgezweigt haben. Die „Gewaltpolitiker“ aber, das sind die Großagrarien und die Großindustriellen, mit einem Worte: die Großbesitzer an Produktionsmitteln. Ihre Interessen sind es, die in allen Ländern durch den Krieg mächtig gefördert werden. Und nicht allein das. Ihr Interesse gebietet ihnen auch die möglichste Ausdehnung des deutschen Territoriums, besonders auf diejenigen Gebiete der Entente, die ihnen vor dem Kriege als gefährliche Konkurrenten auf dem Weltmarkte entgegengetreten sind. Das sind im Westen die großen belgischen Industriebezirke, die Kohlen- und Eisengebiete von Longwy und Briey. Sie wissen, dass über

Dreiviertel aller Erzförderung Frankreichs aus diesem Becken gewonnen wird, und darum, gerade darum, fordern sie seine Annexion, die eine glatte Vernichtung der französischen Industrie bedeuten würde. Und wie zetern sie darüber, dass die Entente die Vernichtung der deutschen Industrie erstrebe. Und im Osten liegen die großen polnischen Industriegebiete um Warschau und Lodz, das Dombrowaer Kohlenbecken. Auch auf sie richtet sich ihr unersättliche Begierde.

Das Lager der „Verständigungspolitiker“ dagegen besteht aus allen denen, die an der schleunigen Beendigung des Krieges interessiert sind. Sie hatten keinen Grund, die Friedenspalme zu schwingen, solange noch Aussicht war, dass der Krieg in kurzem, scharfen Waffengange beendet werden könne. Jetzt aber, da sie eingesehen haben, dass der Krieg auf den Schlachtfeldern nicht mehr durch einen zerschmetternden Sieg zu gewinnen ist; jetzt, da jeder Tag ihre materielle Lage drückender gestaltet, sehnen gerade sie sich am stärksten nach dem Frieden. Denn wer sind die „Verständigungspolitiker“? Ihnen voran marschieren die Vertreter des Finanzkapitals, und das ist kein Zufall, dass, gerade die „Frankfurter Zeitung“ den Kampf um den „Verständigungsfrieden“ am eifrigsten führt, dass gerade sie den Hass der alldeutschen Blätter auf sich gezogen hat. Warum aber sehnt sich das Finanzkapital so sehr nach dem Frieden? Es fürchtet um die in Unternehmungen, Gebäuden usw. investierten Gelder. Es weiß, dass das deutsche Kapital nicht nur in der Türkei, dieser durch mehrere Kriege erschöpften Türkei arbeiten kann, dass vielmehr die Überseebeziehungen wieder hergestellt werden müssen, die durch die alldeutsche Politik in ihrem Lebensnerv getroffen werden.

Und zu diesem Finanzkapital gesellt sich das Handelskapital der Seestädte, das Kapital der leichten und Fertigungindustrie, das in der ewigen Verlängerung des Krieges und vor allem in der wirtschaftlichen Isolierung Deutschlands seine Lebensinteressen bedroht sieht. Und das Heer des Mittelstandes gesellt sich hinzu, das niemals, in keiner historischen Situation zum Aushalten bis zum Ende fähig sein wird, das mittlere und kleine Beamtentum und, damit auch dieses Lager seine komischen Figuren habe, die Sozialpatrioten, alle die ehemaligen kleinen Schankwirte und Wickelmacher, die durch Zufall und demagogische Kniffe auf Pöstchen gelangt sind, auf denen man seinen Krug Bier und seine Brasil mit einiger Sorglosigkeit genießen kann – solange die Kassen der Organisationen gefüllt sind. Wehe aber, wenn der Boden sichtbar wird! Und heute ist's noch schlimmer. So sind die wilden Kriegslöwen von gestern zu zahmen Friedenstauben von heute geworden.

Und gestern wie heute ist es dasselbe Motiv: die Angst um die Krippe. Und ganz im Hintergrunde wimmelt das undefinierbare Geschlecht der Unabhängigen herum, die geborene Kampflosigkeit, das historisch gewordene Molluskentum. Das sind die Scharen der „Verständigungspolitiker“. Wir werden weitersehen, welcher Art die Gegensätze zwischen beiden Lagern sind und welches ihre historische Bedeutung ist. Und wir werden zuletzt sehen, wie das Proletariat zu ihnen steht.

(Fortsetzung folgt.)

Klarheit und Konsequenz.

Das Geschäft von Gotha, das auf dem Wege der Verschmelzung eine Interessengemeinschaft zwischen dem früheren Zentrum der „Sozialdemokratie“ und der Gruppe „Internationale“ blendend hell offenbarte, wurde durch eine Grotteske von überwältigender Komik gekrönt. In genau derselben Stunde, als die Gruppe „Internationale“ unter das Dach der Unabhängigen kroch, knallte der „Spartacus“ den Zentrümlern die Peitsche des Hohnes und Spottes um die Ohren. Es blieb auch nicht ein gutes Haar an den Kautsky, Ledebour und Haase. Wir haben stets den Eindruck gehabt, dass der „Spartacus“ seine Kritik mit mehr Elan als mit

Gründlichkeit führte. Aber auch dieser Elan war gut und nützlich und nötig. Er war es umso mehr, als der „Kampf“, der mittlerweile zum Zentralorgan der Gruppe „Internationale“ avanciert war, die Kritik an den Unabhängigen ganz einstellte.

So oft nun eine Nummer des „Spartacus“ erscheint, schwingt sie wieder die Geißel des Hohnes und Spottes über die wirren Köpfe der Unabhängigen, sondern auch, was noch weit wichtiger ist, über ihr absolutes Versagen im politischen Wollen und Handeln. Der „Spartacus“ ergänzt so trefflich den Standpunkt, den die „Arbeiterpolitik“ vom ersten Tage ihres Daseins an in anderer Form und unter anderen Bedingungen den Unabhängigen gegenüber eingenommen hat. Man nehme irgendeine Nummer des „Spartacus“ her. In Nummer 7 vom November 1917 ist z.B. folgendes über die Haasemänner zu lesen:

Die Opposition der Haase-Kautsky musste sich natürlich auch an dem Stockholmer Rummel beteiligen, musste neben den Scheidemannleuten „Denkschriften“ abfassen, mit dem holländisch-skandinavischen Komitee die Wichtigtuerei treiben, die Komödie der „diplomatischen Friedenskonferenz“ im Kleinen mitspielen und so an ihrem Teil den Regierungssozialismus nach Kräften unterstützen. Wie durften auch diese „praktischen Politiker“ eine Gelegenheit verpassen, „für den Frieden“ zu wirken, wie sollten sie nicht bei jedem windigsten Schein eines „positiven Erfolges“ die grundsätzlichen Interessen einer klaren Scheidung und Entscheidung opfern! Nun, das elende Fiasko des Stockholmer Rummels klatscht denn auch die Haase-Leute noch wuchtiger auf die Backen, als die Scheidemannner sich im Lärm der Stockholmer Sache beträchtlich herausputzen und „rehabilitieren“ konnten. Die praktische Allerweltpolitik des „oppositionellen“ Opportunismus aber, die jederzeit und mit jedermann bereit ist, ein Geschäft zu machen, die von überall her: von Stockholm, von Washington, von Rom ein „bisschen“ Heil erwartet und wie der arme Trödeljude in den Ostmarken mit dem Sack auf dem Rücken an allen Türen mit der Frage klopft: „Nischt zu handeln?“ - diese Allerweltpolitik hat sich wieder einmal als eine hohle Nuss erwiesen.

Mochten sich sämtliche Regierungssozialisten der Welt zusammensetzen, sie hätten nicht eine Macht zum Ausdruck gebracht, die den Imperialismus erdrosseln würde, sondern nur ihre eigene Ohnmacht als einer vom Imperialismus erdrosselten Gesellschaft. Und wer sich mit ihnen zusammensetzt, um „Friedenspolitik“ zu machen, prostituiert sich und die Idee des Sozialismus ganz umsonst. Sein einziger praktischer Gewinn ist, dass er jetzt an der lächerlichen Blamage der wegen Passschwierigkeiten abgesagten Weltwende reichlich teilnehmen darf.

Noch eine Probe:

„Jetzt jubelt der Rechtsanwalt Heine im ‚Berliner Tageblatt‘, dass die deutsche Antwort auf die Papstnote mit dem Gedanken der Völkerallianz ‚wirklich ernst‘ mache, und erklärt, Rüstungseinschränkungen, obligatorische Schiedsgerichte, Weltgarantie des Friedens, Machtmittel gegen Friedensbrecher seien die vier Eckpfeiler, auf denen das Gebäude der Zukunft errichtet werden müsse. Und auch der Führer der tschechischen Sozialisten, Nemeč, sprach im Wiener Reichsrat dem Papst seinen tiefgefühlten Dank für seine Friedensnote aus. Nicht minder aber stehen in Reih und Glied die Sumpf-Leute um Haase-Ledebour-Kautsky, die ja in ihrer Reichstagsresolution vom 19. Juli, auf die sie so stolz sind, wieder mit Nachdruck die Abrüstung und Schiedsgerichte als Garantien eines dauernden Friedens empfahlen und die in ihrem ‚Berliner Mitteilungsblatt‘ die ‚Hilfsaktion‘ des Papstes begrüßen als einen Weg, um aus dem Kriegschaos heraus zu dem nächsten Ziel: eines baldigen Friedens zu gelangen und als einen Vorstoß, der den künftigen Siegen des Sozialismus in erfreulichster Weise vorarbeite. Selbstverständlich fehlt in der Phalanx auch nicht der internationale sozialistische

Sumpf, vertreten im holländisch-skandinavischen Komitee und allem, was drum und dran hängt.“

Und noch eine letzte erfrischende Probe:

In der Presse der Unabhängigen Sozialdemokratie wird behauptet, die vom Ebert-Vorstand angegebene Mitgliederzahl seiner Partei – 240 000 – sei irreführend. In Wirklichkeit seien dem Regierungssozialismus wohl nicht mehr als 170 000 treu geblieben. Demgegenüber stehen offiziell 120 000 Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie, die aber rasch im Zunehmen begriffen sind, sodass sich die beiden Organisationen an Stärke zurzeit mindestens die Waage halten.

Diese Berechnungen werden schon sicher stimmen, aber ... „wenn ich bloß etwas davon hätt“ Unbelehrt durch alle Schrecken der Erfahrung, treiben die Sumpfleute genau denselben Kultus „mit der Organisation“, mit den „Instanzen“, mit dem ganzen äußeren Apparat, wie es weiland die offizielle deutsche Sozialdemokratie trieb. Sie gebrauchen auch ihre Instanzen richtig dazu, um – ganz nach dem Scheidemann-Muster – die Opposition im Innern zu erdrosseln: siehe die Wirtschaft der Dißmann u. Co. in Frankfurt a. M, die über die Richtung „Internationale“ auf eigene Faust einen kleinen Belagerungszustand verhängten und von ihren Berliner Zentralinstanzen darin gedeckt werden. Sie veranstalten auch schon nach alten bewährten Mustern den Hokusfokus der „roten Wochen“ und erschaffen wie der liebe Herrgott in sieben Tagen Tausende fix und fertiger „Sozialdemokraten“. „Wie sie sich räusperte und wie sie spuckte, das haben sie der alten Partei richtig abgeguckt und wissen heute nichts Besseres, als es getreulich nachzumachen.“ Und das Verhalten der Unabhängigen in der vom verflorenen Kanzler Michaelis entfesselten Affäre charakterisiert der „Spartacus“ folgendermaßen:

„Einer nach dem andern stürmten sie auf die Tribüne und beschworen feierlich, dass sie von keinen revolutionären Plänen etwas wüssten, geschweige solche unterstützen, im Gegenteil dringend warnten. Sie beteuerten, dass sie nur legale Publikationen verbreiteten und protestierten mit schäumender Entrüstung dagegen, dass man sie außerhalb des Rechts zu stellen beabsichtige und dass der Reichskanzler den Trennungsstrich ziehen wolle. Jetzt wissen wir, wer Sie sind! Riefen sie dem Michaelis zu. Spiegelberg, ich kenne dir! Ha, Ruchloser, du bist entlarvt! Mit einem Wort, statt eine glänzende, von der Regierung gebotene Gelegenheit zu ergreifen, haben sich die Haase-Dittmann hinter ihre lilienweiße Unschuld verschant und sich die schirmende Hilfe eines Naumann, eines Trimborn und eines Ebert verdient.

Ganz nach Tradition! So wie es Bebels Taktik war, stets entrüstet auf die „Loyalität“ zu sprechen und auf allen internationalen Kongressen vor dem Staatsanwalt zu warnen, genauso machen es heute die Haase und Dittmann.

Nur mit einem kleinen Unterschied: Bebel hielt an der Loyalität fest, als es immerhin noch eine Loyalität gab, im Frieden, sozusagen in normalen Zeiten. Die Haase und Dittmann aber klammern sich an die Legalität – unter dem Belagerungszustand, mitten im Weltkrieg. Sie haben eben nicht bemerkt, dass die Zeit, die sie pietätvoll fortsetzen wollen ... das Zeitliche gesegnet hat.

Fürwahr – diesen Leuten ist es schwer zu helfen!“

Genug des grausamen Spiels! Die „Arbeiterpolitik“ hat in zahlreichen Artikeln den Nachweis geführt, warum die Unabhängigen so handeln müssen und warum sie nicht anders handeln können. Sie hat daher von Anfang an von den Unabhängigen nichts anderes erwartet und so die Arbeiterschaft vor falschen Hoffnungen bewahrt. Umso erfreulicher ist es, wenn sich innerhalb der Gruppe „Internationale“ die Klarheit durchringt, dass an den Unabhängigen

Hopfen und Malz verloren ist. Die Auffassung des „Spartacus“ deckt sich restlos mit dem dialektischen Marxismus, der das theoretische Rückgrat der „Arbeiterpolitik“ bildet, und sie sticht vorteilhaft von dem „orthodoxen“ Marxismus ab, der im „Kampf“, da er zum Zentralorgan gemacht worden war, propagiert wurde. Es ist eben die Einsicht nötig, dass die Zeiten von ehemals das Zeitliche gesegnet, oder, wie die „Arbeiterpolitik“ nach dem Ausbruch der russischen Revolution und der Spaltung der Sozialdemokratie schrieb, dass eine völlig neue Situation entstanden ist. Wir können nach dieser Klärung der Anschauungen innerhalb der Gruppe „Internationale“ nichts anderes erwarten als ihre organisatorische Trennung von den Unabhängigen.

Wir sind hocheifrig über diese von der Haltung des ehemaligen „Kampf“ grundsätzlich abweichenden Bewertung der Stockholmer Konferenz; wir sind hocheifrig über diese total richtige Einschätzung der Politik der Unabhängigen. Aber wir erwarten umso mehr die praktischen Konsequenzen der vollendeten Klärung. Eine erste Gelegenheit bildet der selbständige Wahlkampf in Nieder-Barnim. Man beschreite endlich den Weg einer selbständigen Politik und gehe kühn an die selbständige Organisation der Linksradikalen. Es soll an unserer tatkräftigen Mitwirkung zu diesem Werke nicht fehlen.

Wilson's Bedingungen.

Herr Woodrow Wilson, der biedere ethische Geschäftsführer des amerikanischen Imperialismus, hat in einer großen Rede die Friedensbedingungen der Entente nicht bloß allgemein formuliert – das war schon öfters geschehen – sondern in Einzelheiten aufgezählt. Und die Ententepresse fügt hinzu: wir haben unsere Kriegsziele offen vor aller Welt, ohne Hintergedanken ausgesprochen, mögen nun die Zentralmächte mit derselben Offenheit, ohne Hintergedanken ihre Ziele bloßlegen: denn wenn sie das nun nicht tun, zeugt das von tückischer Eroberungssucht. Dass die deutsche Presse einstimmig die Wilsonschen Bedingungen ablehnt – höchstens finden sie Anzeichen einer wachsenden Friedensstimmung darin – ist selbstverständlich.

Dagegen findet die „Leipziger Volkszeitung“ die Wilsonschen Friedensbedingungen gar nicht so unannehmbar. Wer aber deshalb zu der Auffassung kommen könnte, das Wilsonsche Programm sei ein demokratisches Friedensprogramm, und die bürgerlichen Klassen Deutschlands wollen nur deshalb dieses Programm nicht annehmen, weil sie antidemokratische Kriegseroberungen wollen, würde sich täuschen. Es ist gewiss vorzüglich, wenn ein Blatt und eine Partei den heimischen Imperialismus schärfer bekämpft, aber dieser Kampf kann doch nicht dadurch gut geführt werden, dass man den gegnerischen Imperialismus als harmlose Demokratie hinstellt. Eine solche Opposition beruht nicht auf klarer Einsicht, und weil sie nur instinktiv empfindet, dass Bekämpfung nötig ist, ohne klar zu wissen, weshalb und wie tieffeindlich der Feind ist, muss die Bekämpfung in der Form sehr rabiat sein, ohne im Wesen gründlich und erfolgreich zu sein.

An dieser Stelle ist schon oft dargelegt worden, dass der Weltkrieg ein Ringen ist zwischen dem aufstrebenden deutschen Reich und dem alten weltbeherrschenden englischen Imperialismus. Beide haben eine Reihe von verbündeten Staaten um sich geschart. Nur mit Amerika liegt der Fall anders; nachdem die ersten Kriegsjahre England finanziell geschwächt und Amerika enorm bereichert hatten, tritt Amerika als gleichwertiger Bundesgenosse an Englands Seite. Die Gründe, weshalb Amerika in den Krieg eintrat, sind in diesem Blatte früher schon beleuchtet worden. Amerika sieht noch einem anderen Weltkrieg entgegen, wenn das militärisch mächtige – durch einen Militäradel regierte – Japan ihm die kommerzielle, industrielle und finanzielle Herrschaft in China streitig machen will. Dafür will es sich jetzt vorbereiten durch Rüstungen, durch Wehrpflicht, durch eine Koalition mit

England und nebenbei durch Niederringung derjenigen europäischen Militärmacht, die dann – neben einem imperialistischen Russland – der natürliche Bundesgenosse Japans sein würde. Wird diese Macht Zentraleuropas jetzt niedergeworfen, dann erscheint es möglich, dass Japan, ohne es auf den Krieg ankommen zu lassen, den Ansprüchen Amerikas nachgeben muss. So tritt der anglo-amerikanische Imperialismus als eine riesige Macht auf, deren alleiniger Weltherrschaft nur die Macht des Deutschen Reiches im Wege steht.

Das Programm Wilsons ist das Programm des siegreichen anglo-amerikanischen Imperialismus. In einem bürgerlichen Blatte des neutralen Auslandes wurde die Bemerkung gemacht, diese Absichten der Entente seien ebenso belanglos, als wenn ein armer Schlucker ausführlich darlegt, was er mit einem Millionenkapital machen wird, das er gar nicht hat. Denn dieses Programm sei nur durchzuführen, wenn Deutschland militärisch völlig niedergeworfen werde, aber danach sieht es wenig aus. Von Interesse wäre nur, was jener Schlucker mit den hundert Mark machen wird, die er wirklich besitzt: von Interesse wäre nur, welche Friedensvorschläge Wilson einem unbesiegten Deutschland zu machen hätte, denn nur dabei handele es sich um Realitäten statt Phantasterei. Aber darüber schweigt Wilson.

In der Tat ist das Friedensprogramm Wilsons nur eine Kriegskundgebung, eine Anzeige, dass die Amerikaner zum Kampf bis aufs Messer gegen Deutschland entschlossen sind. Lassen wir zuerst die rein theoretischen Paragraphen zu Anfang beiseite, so lesen wir: Die Zentralmächte sollen die eroberten Teile Russlands Belgiens, Frankreichs, Rumäniens, Serbiens und Montenegro räumen und die Schäden ersetzen. Aber nicht umgekehrt sollen die Engländer die eroberten Teile der Türkei und die Kolonien zurückgeben. Die Zentralmächte sollen überdies Teile ihres Reichs aufgeben, die fremder Nationalität sind und daher als gewaltsam annektiert gelten können: so Elsass-Lothringen an Frankreich, Danzig an Polen, Triest an Italien. Die vielen Nationen Österreichs sollen gleichfalls, dem Selbstbestimmungsrecht zufolge, sich vom Ganzen lostrennen. Wo es also darauf ankommt, die Zentralmächte zu schwächen, wird das Nationalitätenprinzip angerufen, aber es wird nicht angewandt auf Malta, Indien, Ägypten, Irland.

Es liegt uns fern, uns über eine solche Heuchelei zu entrüsten, denn in solcher Perspektive erscheint die Welt immer vom imperialistischen Standpunkt aus. Es fällt uns ebenso wenig ein die bedingte Richtigkeit zu verkennen, die der Form nach in diesem Standpunkte liegt – und den Schein eines demokratischen Friedensprogramms weckt. Wilsons Programm bedeutet die Vernichtung Deutschlands durch militärische Niederwerfung der Zentralen und Zerstückelung Österreichs und der Türkei in eine Anzahl Kleinstaaten – und die unbestrittene Weltherrschaft des englisch-amerikanischen Imperialismus. Deshalb kann es – weil diese Weltherrschaft dann unbestritten ist – allgemeine Entwaffnung (bis auf Polizeitruppen) und schiedsgerichtliche Schlichtung der Streitigkeiten und viele andere schöne demokratische Sachen enthalten – die Deutschland wohl ebenso schön zu genehmigen bereit wäre, wenn es einmal alle Konkurrenz in der Weltherrschaft beseitigt hätte.

Es ist deshalb selbstverständlich, dass die deutsche Bourgeoisie an diesem Programm achselzuckend vorbeigeht, weil sie darin nur die Kriegstrompete hört, genauso selbstverständlich, als dass ein Raubtier keinen Kohl frisst. Aber es würde von geistiger Armut unsererseits zeugen, wenn wir deshalb das Wilsonsche Programm als annehmbare Friedenslösung hinstellen würden, bloß um Opposition gegen unsere Herrscher zu führen. Es ist eine völlig verfehlte Taktik, wenn man als Gegensatz zu der Bourgeoisie, auf die Eroberungspläne der Entente hinweist, die Friedensbestrebungen in jenen Ländern über das richtige Maß zu loben oder hervorzuheben, als ob sie jene Kriegsparteien fast in Schach hatten.

Wenn z.B. die „Leipziger Volkszeitung“ die Friedensliebe der englischen Arbeiter hervorhebt, gegen die sich die Regierung des Lloyd George kaum zu halten weiß, so mag es als

Aufmunterung der deutschen Arbeiter verständlich sein, aber es entspricht nicht dem objektiven Tatbestand. Mag Henderson sich gebärden, als müsse die imperialistische Regierung seinen demokratischen Forderungen bald nachgeben, in Wirklichkeit ist er und eine organisierte Gefolgschaft die geleithammelte Herde des Imperialismus. Die in England den Krieg bis aufs Messer bekämpfen, die revolutionären Gruppen, sie siechen im Gefängnis dahin, oder bilden eine tapfere, aber noch viel zu schwache Minorität, die mit den schlimmsten Misshandlungen verfolgt wird; und ähnlich steht es in Amerika und Frankreich. Sie verstehen und hassen den ausländischen Imperialismus genauso wie den eigenen. Die Leipzigerin spricht nicht von diesen Kämpfern, sie redet über die angebliche Bedeutsamkeit der organisierten Arbeiter, die sich willig dem Imperialismus unterordnen – diese bilden ja denselben Stoff und spielen dieselbe Rolle wie die Unabhängigen hier.

Die Opposition solcher Leute – hier wie dort – ist eine lärmende Wortopposition, die, um den eigenen Imperialismus (den sie für böswillige Politik einiger Gewaltmenschen halten) zu bekämpfen, den fremden Imperialismus als weniger harmlos darzustellen suchen. Aber wir hassen den fremden Imperialismus nicht weniger als den heimischen, weil wir seinen gemeinsamen Charakter gründlich erkennen; und wir können ruhig die Aufrufe des fremden Imperialismus in ihrer ganzen Heuchelei entlarven, weil wir zugleich den Kampf gegen den eigenen Imperialismus so gründlich, so scharf, so tief einschneidend führen, mit so opfervollen Taten, dass dadurch erst die Arbeiter zum richtigen Verständnis gebracht werden.

Wenn wir in solcher Weise an der Halbheit der „Unabhängigen“ Wortopposition Kritik üben und den imperialistischen Charakter der Wilsonschen Forderungen hervorheben, bedeutet das selbstverständlich nicht, dass die Staatsgrenzen uns heilig sind, auch gegen das Selbstbestimmungsrecht. Es ist klar, dass wenn hier dieselben Prinzipien und dieselbe Klasse zur Herrschaft kommt als jetzt in Russland, genau so verfahren wird mit Bezug auf andere nationale Völker: wer sich autonom machen will oder sich einem anderen Staatswesen anschließen will, wird daran mit Gewalt nicht behindert werden. Aber darauf kommt es jetzt nicht an, jetzt handelt es sich nicht um die Anschauungen über künftige Staatsorganisation, sondern über den heutigen Klassenkampf.

Aus unserm politischen Tagebuch.

27. Januar.

Herr Bernhard Dernburg, der ehemalige Staatssekretär hielt in Frankfurt am Main eine Versammlung ab, in der er von der Vaterlandspartei sagte, ihre Führer seien reaktionäre Gewaltpolitiker und die ganze Partei sei eine gewaltige Maschine des Kampfes gegen jeden inneren Fortschritt. Ob Herr Dernburg sich in dem Augenblick, als er diese Worte von sich gab, wohl darüber klar war, welche realen Machtfaktoren die Vaterlandspartei in Deutschland darstellt.

28. Januar.

Es geht augenblicklich ein wenig nach den Wünschen des Freisinns in Deutschland. Schon sitzt er auf dem hohen Ross: „Diese Regierung und Politik (Hertling-Payer-Kühlmann) ist auf die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes abgestellt. Dabei bleiben wir bestehen. Daran darf und kann nichts geändert werden.“ Das klingt im Munde der Freisinnsmänner keck und beinahe kühn. Wir werden uns der Worte bei passender Gelegenheit erinnern. Warten wir's in Geduld ab.

29. Januar.

In Brest-Litowsk treten, wie selbst aus den amtlichen W. T. B. Berichten ersichtlich, zwischen den beiden verhandelnden Parteien allerhand Gegensätze zutage. Herrn Dr. Kühlmann blieb

es vorbehalten, den „grundlegenden Unterschied“ der Auffassungen zu entdecken. Hört ihn: „Der grundlegende Unterschied zwischen unserer Auffassung und der der russischen Delegation ist, dass wir im Gegensatz zu ihr auf dem Vorhandenen aufbauen, dass wir ohne Druck und gewaltsames Eingreifen in jenen Gegenden ein geordnetes Staatsleben entstehen lassen und dass wir es ablehnen, aus reiner Liebedienerei gegen die Theorie erst einen luftleeren Raum zu schaffen und in einer bisher näher nicht bezeichneten Weise in diesem luftleeren Raum den Staat sich bilden lassen.“

Pax.

Von Ada Negri.

Ich sah im Traum, gleich stolzen Adlerschwingen,
So riesig und so schön,
Bei heller Sonne glühenden Strahlen blitzen
Wohl tausend Banner wehn.

Nie lächelte den Feldern und den Lüften
Ein licht' res Morgenrot;
Im Rausch der Stunde waren Meer und Himmel
Von Flammenglut umloht.

Aus Wald und Fluren stieg empor ein Beben
Von keimend neuer Kraft,
Ein starker Windhauch, wie der Traum der Seele,
Der Zweigen Flügel schafft.

Ich sah empor die Strahlenbanner steigen,
Siegestrophäen gleich.
Und die Geschichte eines Volks zu zeugen,
Schien jede ruhmereich.

And schwarze, rote Flecken, Rauch und Pulver
Verhüll'n der Farben Glut;
Das Pulver ist's der Flinten und Kartätschen,
Der Helden junges Blut.

Bei vielen, die am östlich ros'gen Himmel
Gigantisch aufwärts wehn,
Schallt bei erhabenem Flug zerrissener Ketten
Entsetzliches Gedröhn.

Plötzlich (ein Traum) magnetisch angetrieben
Von warmem Liebeshauch,
Vergessend alle heldenhafte Kämpfe
Und die Besiegten auch.

Umarmen sich und falten sich zusammen,
Die Banner all' vereint;
Von Hoffnung, Kraft, Erinnerung und Tränen
Ein Seelenband es scheint.

Hoch in den azurblauen Himmelsräumen,
Wie Flammenglut empor,

Weht nur noch eine einz'ge Orifflamme,
Gleich einem Engelsflor.

Und zu ihr auf, von alten Trümmerhaufen
Von Eb'nen blutbetaut,
Vom Schrecken der Jahrhunderte, die starben,
Die Menschheit lächelnd schaut.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker);
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 7/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 16. Februar 1918.

Nr. 7

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Die Haltung des Bürgertums gegenüber den Arbeitern und Bauern in der Franz. Revolution.

Von Renate Brandt.

1.

Es ist oft gesagt worden, dass die Französische Revolution von 1789 eine bürgerliche Revolution war, dass sie von der französischen Bourgeoisie durchgeführt wurde zum Zwecke der Niederringung der alten feudalistischen Gesellschaftsordnung und zur Herbeiführung von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, die der Bourgeoisie die Möglichkeit geben sollte, alle ihre Kräfte frei zu entfalten und zu entwickeln. Ebenso oft aber hat man von den Kämpfen gehört und gelesen, die die französischen Arbeiter und Bauern während der Revolution geführt haben, also von Kämpfen eines außerhalb der bürgerlichen Klasse stehenden Teiles der Gesellschaft.

In welchem Verhältnis haben die Kämpfe der letzteren zu denen des Bürgertums gestanden, wie hat sich dieses den kämpfenden Arbeitern und Bauern, ihren Forderungen gegenüber verhalten? Und wie hat sich die Vertretung der Bourgeoisie diesen Kämpfen und den in ihnen aufgestellten Forderungen gegenüber benommen? Wir wollen diejenigen Vorgänge darstellen, die diese Fragen beantworten.

Wie jede revolutionäre Bewegung, so zwang auch die Revolution von 1789 die Vertreter der einzelnen sozialen Schichten schon binnen ganz kurzer Zeit ihr wahres Gesicht zu zeigen, ihr wahres Wesen erkennen zu lassen. Es sollten nach der Eröffnung der Reichsstände, die von der „revolutionären“ Bourgeoisie gefordert worden war, keine zwei Monate vergehen, und diese selbe Bourgeoisie wurde durch die Verhältnisse gezwungen, zum Schutz ihrer eigenen Interessen, das Klassenbewusstsein, das die Feindschaft gegen das Proletariat einbegreift, in ihrem Handeln zu dem deutlichsten Ausdruck zu bringen. Am 5. Mai 1789 wurden die Reichsstände eröffnet; der König gibt den in ihnen versammelten Vertretern auf das deutlichste ihre Pflichten, die ihre einzigen Rechte sind, zu erkennen: Bewilligung der Steuervorlagen, Bewilligung von Gesetzen zur Einschränkung der Pressfreiheit, Verbesserung der

Gesetzgebung – zwecks größerer Sicherung der herrschenden Klassen, und schließlich entrüstete Zurückweisung jeder Neuerung.

Dieser Eröffnung der „Volksvertretung“ folgen die Diskussionen zwischen Adel und Geistlichkeit einerseits, dem dritten Stande andererseits, über die Frage, ob die Abstimmung nach Ständen oder nach Köpfen vorgenommen werden solle. Man kommt zu keiner Einigung und so trennt man sich. Nach ebenfalls abgesondert vorgenommener Wahlprüfung konstituiert sich der dritte Stand als Nationalversammlung. Der Hof plant die Auflösung dieser Versammlung, die endgültige Trennung der Stände. Der Ständesaal, in dem die Versammlung tagt, wird militärisch geschlossen. Die Abgeordneten trotzen dem Befehl des Hofes. Sie begeben sich nach dem Ballhaus und schrien dort, nicht eher auseinanderzugehen, ehe sie dem Volk die ersehnte Verfassung gegeben haben.

Die Bourgeoisie hat den Kampf um die bürgerliche Freiheit begonnen. Am 23. Juni erscheint der König in der Versammlung im Ballhaus. Er droht mit ihrer Auflösung – er befiehlt den Abgeordneten auseinanderzugehen. Der König geht – der dritte Stand bleibt. Er hat seinen ersten Sieg errungen. Teile der Geistlichkeit schließen sich ihm an – es folgt der Adel. Kurz darauf ist die Beratung eine allgemeine. Die Reichsstände sind wesenlose Schatten. Der Hof aber plant weiter die gewaltsame Auflösung der Volksvertretung. Immer neue Truppen werden nach Versailles und Paris gezogen. Der Ständesaal wird militärisch bewacht. In Paris wächst die Erregung. Man hält dort die Entlassung Neckers am 11. Juli für den ersten Schritt des Hofes zur Ausführung seiner Pläne. In diesen Tagen beginnt sich aus den Kämpfen, die die Arbeiter von Paris selbst führen, der Gegensatz zu klären, der in Wahrheit zwischen ihnen und den „Vertretern“ in der Nationalversammlung, die gar nicht ihre Vertreter sind, zu klären. Die ersten revolutionären Handlungen legen den antirevolutionären Charakter der Bourgeois-Volksvertreter bloß. Am 12. Juli erfährt Paris von der Verbannung Neckers. Camille Desmoulins ruft zu den Waffen. Ein Demonstrationzug zu Ehren Neckers bewegt sich durch die Stadt. Dragoner greifen die Massen an. Zwei Menschen werden verwundet. Die Menge flieht – die Dragoner, ihr fürchterlicher Führer an ihrer Spitze – folgen ihr mit gezogenem Säbel und hauen blind in die waffenlose Menge. An diesem Tage geht nur ein Schrei der Empörung durch Paris. Zu den Waffen! Am Abend zieht eine Menge vor das Stadthaus. Sie fordert die Einberufung der Distrikte, die Bewaffnung der Bürger. Die Arbeiter von Paris beginnen den Kampf. Sie beginnen ihn mit den Forderungen, die stets zu den ersten einer revolutionären Bewegung gehören müssen.

Wie wirkt die Nachricht von diesen Vorgängen auf die Nationalversammlung? Was tun die Vertreter des dritten Standes, um die Volksbewegung in Paris zu stützen, zu kräftigen, sie in die Provinzen weiterzutragen?

Am Morgen des 13., ehe noch die Versammlung die Nachricht von den letzten Ereignissen in Paris erhalten hat, beschäftigt man sich mit der Frage, was zu tun sei, um Zusammenstöße zwischen den vom Hof zusammengezogenen Truppen und den erregten Volksmassen zu verhindern. Man zerbricht sich den Kopf, um Mittel und Wege zur Vermeidung des Kampfes zu finden. Und nach langen Beratungen entdeckt man endlich das Allheilmittel: eine Adresse an den König, mit der flehentlichen Bitte, die Truppen zurückzuziehen.

Seltsam! Schon in diesem Augenblick herrscht die größte Einigkeit in der Versammlung. Alle Feindschaft zwischen dem Bürgertum und den beiden anderen Ständen ist vergessen. Wenn Mignet in seiner Geschichte der Französischen Revolution die Erklärung dafür, dass „selbst der Adel“ mit den Gliedern des dritten Standes gemeinschaftliche Sache machte, darin sucht, dass er die „Gefahr“ vielleicht für eine gemeinschaftliche ansah, so trifft er mit dieser Vermutung sicher das Richtige.

Die Nationalversammlung war einig und „die Übereinstimmung ward noch weit einhelliger“ nach Mignet, als die Versammlung die Nachricht von den Unruhen in der Hauptstadt erhielt, von dem Vorgehen der Arbeiter, die die Zollläden niederbrannten, die Vorräte in den Häusern der Reichen beschlagnahmten, die Vorübergehenden auf den Straßen anhielten und Waffen und Geld von ihnen forderten. „Die Erinnerungen an unsere augenblicklichen Spaltungen sind erloschen! Vereinigen wir unsere Kräfte zum Heil des Vaterlandes!“

Adel, Geistlichkeit und dritter Stand – sie alle zitterten um das Eigentum. Und wieder greifen sie zu dem Allheilmittel: sie senden eine Deputation an den König, eine Adresse genügt unter solchen Umständen nicht, eine Deputation von 80 Mann. – Wie konnten sie ihre Rettung wo anders als bei dem König suchen! Aber die 80 kehrten unverrichteter Sache zurück. Der König hatte nicht einmal versprochen, die Truppen zurückzuziehen, die geforderte Bürgermiliz zum Schutz der Stadt, des bürgerlichen Eigentums zu bilden. Da greift das Bürgertum zur Selbsthilfe. Die Versammlung erklärt sich in Permanenz: sie bestimmt die Verantwortlichkeit der Minister und Ratgeber des Königs. Es galt die Maßnahmen zur Unterdrückung der proletarischen Aktionen zu treffen, da gab es kein Zaudern. Am 13. erscheint eine Verordnung gegen die Zusammenrottungen, die jedoch ohne jeden Erfolg bleibt. Die Bewegung der Volksmassen ist nicht mehr aufzuhalten. Vor dem Stadthause, auf allen Plätzen sammeln sich Scharen von Menschen an, jeder Bezirk wählt 200 Mann zu seiner Verteidigung. Eines jedoch fehlt dem Volke: Waffen. Und es sucht überall nach ihnen – bei den Gewehrhändlern und bei den Waffenschmieden. Es fordert Waffen auf dem Stadthause. Die Wähler, die sich dort aufhalten, erklären, keine zu haben.

Aber das Volk gibt sich mit dieser Antwort nicht zufrieden. Der Vorsteher der Kommune, Herr von Flesselles, muss selbst mit der Menge unterhandeln. Und Herr von Flesselles ist ein Anhänger seiner Klasse und der Vertreter des Bürgertums. Er weiß, welche Gefahr für seine Klasse die Waffe in der Hand des Arbeiters bedeutet. Er tut alles, was in seinen Kräften steht, um die Bewaffnung des Volkes von Paris zu hintertreiben. Natürlich – er durfte es in jenem Augenblick nicht wagen, der Menge zu erklären: ihr bekommt keine Waffen! – Solche Worte hätten ihm das Leben gekostet. Nicht als ob Herr von Flesselles nicht auch sein Leben für die Sache des Bürgertums hingegeben hätte! Aber es galt mehr, es galt, es hinzuziehen, um dem Bürgertum Zeit gewinnen zu lassen zur Organisation der Verteidigung gegen das Proletariat. Es galt Zeit zu gewinnen bis zu der Ankunft neuer Truppen.

Herr von Flesselles wusste sich zu helfen. „Meine Freunde, ich bin euer Vater, ihr sollt zufrieden sein“, mit diesen Worten trat er unter die Menge vor dem Stadthause. Bis ein Uhr mittags wusste er das Volk hinzuziehen – da kündigte er die baldige Ankunft von 12 000 Gewehren an, denen bald weitere 30 000 folgen sollten. Und das Volk glaubte es! Die Bourgeoisie gewann wieder Zeit, um an der Errichtung einer Bürgermiliz zu arbeiten. Die Pariser Bürgergarde sollte von 12 000 Mann auf 48 000 erhöht werden. Und der Ausschuss, der diese Miliz errichtete, traf alle ordentlichen Maßnahmen, um zu verhindern, dass proletarische Elemente in die Reihen der Miliz eindringen könnten. Die Männer, die diese Miliz bilden sollten, wurden auf das sorgfältigste ausgewählt, nur Bekannte und Waffenfähige wurden aufgenommen, und wer das Abzeichen der Miliz trug, ohne ihr anzugehören, wurde auf das Strengste bestraft. –

Während so die Bourgeoisie eifrig an der Arbeit war, um die Unterdrückung und Entwaffnung der Arbeiterschaft durchzuführen, erwartete diese voller Ungeduld, die Ankunft der versprochenen Waffen. Gegen Abend endlich kommen Kisten mit der Aufschrift „Artillerie“ an. Man öffnet sie und findet – Holz und alte Leinwand. Das war bitterer Hohn. Aber Herr von Flesselles versucht sich zu entschuldigen. Er sei selbst betrogen worden. Man solle sich bei den Kartäusern Waffen holen. Aber auch dort fand man nichts. So beginnt das

Volk in der Nacht sich selbst Waffen zu schmieden. Am nächsten Morgen verlangt die Menge abermals Waffen von dem Stadtausschuss. Aber wieder erhält es abschlägige Antwort. Der Ausschuss hat keine Waffen! und weiß auch nicht, wo welche zu finden sind. Das Volk aber sucht nun selbst – und findet – 80 000 Gewehre im Stadthause. Aber der Stadtausschuss wusste nicht, wo Waffen sind, wusste natürlich auch nichts von diesem kleinen Vorrat an Gewehren!

(Fortsetzung folgt.)

Sie sind einander gleich.

Von Kurt Classe.

Wirft man einen Blick in die Presse der Unabhängigen, so fällt ins Auge, dass ihre Wortführer sich eifrig bemühen, die zwischen ihnen und dem Abhängigen bestehenden Gegensätze möglichst scharf herauszuarbeiten. Ein jeder, der nichts verschleiern, sondern Klarheit schaffen will, wird die Betonung des Gegensatzes und des Prinzips begrüßen. Anders ist es, wenn politische Parteien oder Interessenverbände zum Zwecke der Agitation Gegensätze konstruieren oder an den Haaren herbeiziehen. Namentlich dann, wenn die praktische Tätigkeit der sich gegenüberstehenden Gemeinschaften allzu große Unterschiede nicht aufweist, wird oft zu solchen Mitteln gegriffen. Persönliche Verunglimpfungen, Verdrehungen und Entstellungen gehören dann meist zu den gebräuchlichsten Kampfmitteln. In der Geschichte der politischen Parteien und der Gewerkschaften findet man dafür Beispiele genug.

Die Hirsch-Dunkerschen und die Zentralgewerkschaften zum Beispiel trennte viele Jahre lang in der Praxis nichts. Sobald es sich jedoch darum handelte Mitglieder für die *eigene* Organisation zu gewinnen, so besannen sich die Agitatoren der Zentralgewerkschaften auf ihre längst abgedankte Theorie. Flugs erinnerten sie sich an Marxens Theorie über den Mehrwert und kehrten Gegensätze hervor, die wohl früher, während der Gründungszeit der Gewerkschaften eine Rolle gespielt hatten, die aber jetzt längst nicht mehr bestanden.

Ein ähnlicher Frosch-Mäusekrieg hat sich heute zwischen den Abhängigen und Unabhängigen entwickelt. Im „Mitteilungsblatt“ der Unabhängigen wechseln persönliche Verunglimpfungen und gewaltsam konstruierte Gegensätze miteinander ab. Zuweilen wirken die Aufsätze der Unabhängigen wie eine Satire auf die eigene Bewegung. Vergessen doch die Artikelschreiber in der Hitze des Gefechts oft ihre eigene Vergangenheit.

So ist heute zum Beispiel für sie die Kriegskreditverweigerung eine Selbstverständlichkeit. In ihren Episteln über die Abhängigen lesen wir immer wieder, dass diese Verräter am Sozialismus geworden, aus bloßem Eigennutz, aus purem Organisationsinteresse. Dann schlagen sie an ihre Brust und rufen: seht, unser Ehrenschild ist blank.

Aber haben nicht die parlamentarischen Vertreter der Unabhängigen – mit einziger Ausnahme von Kunert – ein über das andere Mal die Kredite bewilligt? Haben nicht die Hoffmann und Ledebour in Zimmerwald mit allen Mitteln die Resolution der Linken bekämpft, die die Abgeordneten verpflichten wollte, von nun ab die Kriegskredite zu verweigern? Und stehen die Unabhängigen nicht heute noch auf den Boden der Vaterlandsverteidigung? Wie haben sie sich benommen gegen über denen, die den Austritt aus der alten sozialdemokratischen Partei proklamierten? Gebrauchten sie damals den „Disziplinbrechern“ gegenüber nicht dieselben Argumente, mit denen die Abhängigen operierten?

Von alledem wird heute natürlich in der Presse der Unabhängigen nichts gesagt. Denn da würde sich ja immer wieder zeigen, dass wirklich große Gegensätze zwischen ihnen und den

Abhängigen gar nicht vorhanden sind, dass all ihre Entrüstung nur Pose ist, ihr Radikalismus nur ein neuer Mantel, den sie sich umgehängt haben. So vergessen denn ihre Anhänger schließlich, dass die Führer diesen neuen Mantel sich erst später zugelegt haben.

Neuerdings hat nun die Jugendfrage die Unabhängigen in arge Verlegenheit gebracht. Die Unabhängigen, sowohl auch die Abhängigen, betrachten die Jugendbewegung als ein Sammelbecken, das ihnen Mitglieder für die Organisation liefern soll. Sie wollen die Jugend sammeln und belehren, um sie mit dem 18. Lebensjahre als Mitglieder in ihre Partei aufzunehmen. Sie wollen nicht Jugendbewegung schlechthin, sondern Jugendpflege zum Zweck, Mitglieder zu gewinnen. Dieses Prinzip bestimmt nun auch ihr ganzes Jugendprogramm. Es ist orientiert von der Interessenpolitik für die Organisation, und indem sie von dieser Voraussetzung ausgehen, mangelt es ihnen an Objektivität bei der Beurteilung des ganzen Jugendproblems.

Während sich nun die Abhängigen ganz offen zur Jugendpflege bekennen, tun es die Unabhängigen versteckt. Sie wollen die Jugend geistig beeinflussen und in das Prokrustusbett ihrer Parteianschauung hineinziehen. Um es frei herauszusagen: Käme es den Unabhängigen darauf an, uneigennützig die sozialistische Jugendbewegung zu fördern, so müssten sie vor allem die Selbständigkeit der Jugend anerkennen. Dann würden sie sich in diesem Punkt grundsätzlich von den Mehrheitssozialisten unterscheiden. Das jedoch haben sie bisher nicht getan. Vielmehr versuchen sie jede Selbständigkeit zu unterdrücken. Ein Blick auf die Entstehung der proletarischen Jugendbewegung während der Kriegszeit zeigt dies mit zwingender Deutlichkeit.

Schon lange vor Ausbruch des Krieges litt die sozialistische Jugendbewegung unter der Bevormundung durch die Erwachsenen in den Jugendausschüssen. Wie groß der Einfluss der Erwachsenen war, hat Alfred Nußbaum in seiner Broschüre „Zur Jugendfrage“⁴ zahlenmäßig nachgewiesen.

Als bei Ausbruch des Krieges die Schulz-Ebert-Zentrale und die „Arbeiter-Jugend“ das Gegenteil von dem lehrten und von der Jugend verlangten, was man ihr bisher gepredigt hatte, kam es zum Bruch. Die fortgeschrittenen Elemente scharten die Jugend um sich und gründeten selbständige Vereine.

Was aber taten die Unabhängigen? Anstatt die Jugend in diesem Kampfe gegen die sozialdemokratischen Patrioten zu unterstützen, rollten sie der Jugend überall Steine in den Weg. Als die Berliner Verbands-Generalversammlung die Spaltung zwischen den Mehrheitssozialisten und den Anhängern der Arbeitsgemeinschaft gebracht hatte, fanden Verhandlungen zwischen dem Berliner Zentralvorstand und Vertretern der Jugend statt. Die Vertreter der Jugendvereine stellten folgenden Antrag:

„In Erwägung, dass das bisherige System der Jugendpflege sich auch nicht als wirkliche proletarische Jugendbewegung bewährt hat: In weiterer Erwägung, dass das Organ, die „Arbeiter-Jugend“, jeglichen Einfluss der Jugend unmöglich macht, da es das Organ einer eingesetzten Parteiinstanz ist, möge der Zentralvorstand die von der Jugend selbst ins Leben gerufenen Jugendbildungsvereine als die Bewegung der proletarischen Jugend anerkennen, und um mit derselben in ständiger Fühlung zu bleiben, einigen Vertretern aus dem Jugendzentralvorstand im Zentralvorstand Sitz und Stimme einzuräumen. Er möge

⁴ Bremen, Schmalfeldt u. Co.

weiter beschließen, dass die Jugend selbst darüber entscheiden soll, welches Organ sie das ihre nennen will.“

Darauf gab der Berliner Zentralvorstand eine Antwort, die ein helles Licht wirft auf den Geist, der seine Mitglieder beherrschte. Man scheute sich nicht an den Jugendbildungsverein mit der Zumutung heranzutreten, er solle sich der „Zentralstelle der Arbeitenden Jugend“ unterwerfen und die „Arbeiter-Jugend“ lesen. Die Arbeitsgemeinschaftsleute glaubten damals wohl, dass es ihnen gelingen würde, die Zeitung „Arbeiter-Jugend“ auf ihre Seite zu bringen. Deshalb wollten sie das Abbonnentensystem aufrechterhalten und forderten die Auflösung der selbständigen Bildungsvereine.

Wie sehr den jetzigen Unabhängigen die Unabhängigkeit der Jugend zuwider war, zeigt folgender Vorfall: Aus finanziellen Gründen wurde in Berlin dem Jugendsekretär gekündigt. Es wurde beschlossen das Sekretariat offen zu halten und die Arbeit ehrenamtlich drei Jugendgenossen, *Abbonnenten der „Arbeiter-Jugend“*, zu übergeben. Die Jugendbildungsvereine wurden vollständig ausgeschaltet.

Erst als in Berlin die Mitglieder der „Vereinigung Arbeiterjugend“ den Unabhängigen davonzulaufen begannen und diese einsehen mussten, dass die Jugendbildungsvereine lebensfähig sind, entschlossen sich die Unabhängigen die Jugendausschüsse zu reformieren. Indessen ist auch die Reform nun in einigen Berliner Kreisen durchgeführt.

Aus den wenigen hier angeführten Tatsachen ergibt sich zunächst, dass sich die Unabhängigen bei der Behandlung des Jugendproblems von egoistischen Organisationsinteressen leiten ließen, dass ihnen an der Förderung einer unabhängigen sozialdemokratischen Jugend nichts gelegen ist. *Darin sind sich die Abhängigen und Unabhängigen gleich.*

Nun sagen die Wortführer der Unabhängigen freilich, dass ein anderer Gegensatz zwischen ihnen und den Mehrheitssozialisten vorhanden sei. Sie sagen, sie wollen der Jugend den wahren Sozialismus lehren. Wir nehmen natürlich an, die das sagen, wollen dies auch und sind voll und ganz davon überzeugt, dass sie es können. Bei näherem Zusehen jedoch stellt sich heraus, dass auch dieser Einwand ein Scheinargument ist. Es hat sich nämlich gezeigt, dass eine pädagogische Arbeiterjugendbewegung nicht möglich ist. Sie scheitert daran, dass nicht genug Pädagogen vorhanden sind. Und wer will schließlich die Garantie übernehmen, dass die Jugendausschüsse der Unabhängigen nicht wie bisher, meist aus Kleinigkeitskrämern und engherzigen Pedanten zusammengesetzt sind? Mit der bloßen selbständigen Erledigung ihrer organisatorischen Angelegenheiten ist der Jugend nicht geholfen. Darin gerade unterscheidet sich die neue Jugend von der alten: Ihre Organisation soll keine Lernschule sein. Sie schreitet auf schnurgeradem Wege von Abhängigkeit und Stagnation zur Aktivität und Selbständigkeit. Deshalb wird die sozialistische Jugend den Unabhängigen kein größeres Vertrauen entgegenbringen als den Regierungssozialisten, solange diese nicht klar und unzweideutig erklären, dass sie an Stelle der Reform der Jugendausschüsse deren Beseitigung wollen.

Schließlich aber sind sich die Unabhängigen und die Regierungssozialisten noch in einem anderen Punkte gleich. Nämlich in ihren polemischen Manieren.

Nur ein Beispiel.

In Nummer 41 des „Berliner Mitteilungsblattes“ der Unabhängigen befindet sich ein „Rückblick und Ausblick“ überschriebener Jugendartikel, in dem über die Jugendbildungsvereine folgendes gesagt wird:

„Und weiter muss festgestellt werden, dass die dritte Richtung der proletarischen Jugendbewegung, die unter dem Namen Jugendbildungsverein sich von aller Bevormundung durch die Erwachsenen frei machen und in Sturm und Drang selbständig die letzten Ziele des Sozialismus verwirklichen wollte, nicht viel mehr als eine leine Sekte geblieben ist. Sie hat trotz aller schönen Begeisterung und jugendlichen Überschwanges größere Massen der proletarischen Jugend nicht mit sich reißen können, ja sie pfeift zum Teil sogar in einer unglaublichen Verkennung proletarischer Kampfesnotwendigkeiten auf jede Massenwirkung und will in einer Art geistigen Hochmuts eine intellektuelle Elite sein. Wobei diese Selbständigkeitsfanatiker mehr unter dem Einfluss gewisser Erwachsener, die von Wesen und Aufgaben der proletarischen Jugendbewegung schiefe und einseitige Vorstellungen haben, stehen, als sie selbst ahnen.“

Dass es gerade ein unabhängiger Sozialdemokrat ist, der die nach Unabhängigkeit strebende Jugend mit! dem Ausdruck „Selbständigkeitsfanatiker“ belegt, mag auch bei manchem, der der freien Jugend fernsteht, Heiterkeit auslösen. Und trotz alles „geistigen Hochmuts“ hat sich die freie Jugend gesunden Humor bewahrt, darf sie es nicht allzu tragisch nehmen wird, wenn sie vor dem Artikelschreiber des „Mitteilungsblattes“ erfährt, dass sie nur eine kleine Sekte geblieben ist. Sie wird sich daran erinnern, dass auch dieses Wort dem Schimpflexikon der Abhängigen entlehnt ist und damit trösten, dass sie trotz erschwerter Werbetätigkeit während der Kriegszeit die größere Masse der Jugend hinter sich hat.

Zum mindesten ein grob-fahrlässige Entstellung aber ist es, wenn in dem Artikel behauptet wird, die Jugendbildungsvereine pfeifen in einer unglaublichen Verkennung proletarischer Kampfesnotwendigkeiten auf jede Massenwirkung. Ein Blick in das „Mitteilungsblatt“ für die sozialistische Jugend und in die „Leitsätze“ hätten den Verfasser des Artikels über die Stellung der Jugendbildungsvereine zu dieser Frage unterrichten können. Und schließlich müsste der Verfasser auch wissen, wie sehr gerade die entschiedene Stellung der Mitglieder der Jugendbildungsvereine zu dieser Frage den Widerspruch feiner Freunde herausgefordert hat. Gerade sie erklären dann immer, die Entscheidung über diese Fragen gehe über den Kompetenzbereich der Jugend hinaus. Und das sagt der Mehrheitssozialist Herr Kranold auch. Wir meinen, im Interesse der Sache wäre es besser gewesen, wenn der Verfasser des Artikels „Rückblick und Ausblick“ seine „schiefe und einseitige Vorstellung“ von dem Wesen der sozialistischen Jugend und den Aufgaben, die sie sich gestellt hat, revidiert hätte, bevor er die Polemik gegen sie begann.

Ziehen wir nun aus all den Tatsachen den Schluss, so ergibt sich, dass zwischen den Jugendvereinen und der unabhängigen sozialdemokratischen Partei eine unüberbrückbare Kluft besteht und dass auf diejenigen, die diesen Gegensatz nicht sehen und sich durch ein Blendwerk schöner Worte täuschen lassen, das Wort zutrifft: nichts gelernt und nichts vergessen!

Gegensätze.

Von St. Woretz

Gegensätze nicht aus der Welt, indem wir sie verdecken, sondern indem wir uns mit ihnen auseinandersetzen“, schrieb die „Frankfurter Zeitung“ kürzlich in einem ihrer zahlreichen Artikel gegen die Alldeutschen, und sie fügte hinzu: „Wir glauben nicht daran, dass sich die beiden Standpunkte durch ein Kompromiss vereinigen lassen.“ Zwar vermeidet das führende Freisinnblatt jede Andeutung darüber, dass es den Willen hat, die Gegensätze auch wirklich auszutragen, wodurch sie nach unserer Auffassung allein aus der Welt geschafft werden können; dennoch gewinnt man aus diesen Worten zunächst den Eindruck, als ob es sich um Gegensätze grundsätzlich tiefer Art handele, und dieser Eindruck wird noch verstärkt, wenn

man die Polemik des Blattes gegen die alldeutsche Presse, namentlich gegen die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Deutsche Zeitung“, die an Schärfe des Tones gewiss nichts zu wünschen übrig lässt, näher verfolgt.

Nichts Geringeres wirft das große, in aller Welt gelesene Frankfurter Organ des deutschen Freisinns den Alldeutschen vor, als dass sie zum Kriege getrieben hätten, während sie jetzt alles daransetzten, die Verhandlungen von Brest-Litowsk zum Scheitern zu bringen. Dieser Vorwurf wird von einem der besten Informatoren des Blattes, Herrn Stein, erhoben, der außerdem seine unverhohlene Freude darüber zum Ausdruck bringt, dass der mit „dem Gelde der Schwerindustrie in Bewegung gesetzte Telegraph“ doch wohl vergebens tätig gewesen ist. Es ist immer so: wenn zwei in Streit geraten, werden ihre Sünden offenbar, und so wäre es sehr interessant, was an der Schuld am Kriege auf das Konto der Alldeutschen zu setzen ist. Es ist, nach der „Frankfurter Zeitung“, zunächst die Flottenpolitik des Herrn v. Tirpitz gewesen. „Jedenfalls haben wir hier die Wirkung, die die Flottenpolitik des Herrn v. Tirpitz auf die Beziehungen zum Auslande haben musste, richtig beurteilt.“

Und weiter erfährt man: „Die Auffassung, dass England unter allen Umständen und um jeden Preis eine kriegerische Auseinandersetzung gesucht habe, ist eine Konstruktion, die sich die Alldeutschen zurecht gemacht haben. Im Übrigen konnten sie allerdings den stärkeren Glauben an den Weltkrieg haben, weil sie ihn ja *herbeigesehnt* haben! In der ersten Kriegsnummer der „Alldeutschen Blätter“, des damaligen Hauptorgans der Alldeutschen, war geschrieben und zu lesen: „Die Stunde haben wir ersehnt nun ist sie da, die heilige Stunde ... Frivoler kann man es nicht sagen, dass man den Krieg gewünscht habe, und es nicht schwer, etwas vorherzusehen, wenn man selber dahin strebt. Jedermann, der seine Augen nicht verschließt, muss wissen, dass Deutschland bis auf eine kleine Gruppe den Krieg nicht gewollt hat, aber was diese Gruppe, eben die Alldeutschen, beitragen konnte, dass er komme, dass hat sie getan.“ („Frankfurter Zeitung“ vom 15. Januar 1918. „Die Alldeutschen und wir.“) Das sind in der Tat schwere Vorwürfe.

Sehen wir nun zu, wie sich die Gegensätze zwischen den Verständigungspolitikern und den Alldeutschen äußern.

Wir erkannten schon den Kriegswillen hier und den Friedenswillen dort. Aber nicht nur in den Presspolemiken spiegeln sich die Gegensätze ab. Sie spielen in alle Äußerungen des politischen Lebens hinein.

Die Alldeutschen haben in der preußischen Wahlrechtsfrage gesiegt, und resigniert bekennt die tapfere „Frankfurter Zeitung“: „Die Konservativen ... wollen die feste Verkoppelung der Wahlrechtsreform mit der Umgestaltung des Herrenhauses und den Budgetvorlagen und finden damit die Zustimmung des Teiles der Nationalliberalen, dem eine möglichste „Unschädlichmachung“ des gleichen Wahlrechts für die Volkskammer durch Erweiterung der Machtbefugnisse des Herrenhauses am Herzen liegt. Wir bedauern, dass die Regierung auf diese Verkoppelung so leicht eingeht und die Einigung über alle drei Vorlagen zur Voraussetzung ihrer Zustimmung macht. Damit wird doch nur der Verschleppungstendenz der Reformgegner der Weg geebnet.“

Auch dieser Sieg ist ein Stück des Gegensatzes zwischen den Gewaltpolitikern und den Verständigungspolitikern. Denn die Verständigungspolitikern glauben, den Westmächten ein demokratisches und parlamentarisiertes Deutschland zu Friedensverhandlungen präsentieren zu müssen, und sie hoffen die Lloyd George und Wilson, diese ausgekochten Demagogen, alsdann geneigter zu finden. Sie irren sich: die Herren von jenseits der Vogesen und des Ozeans wissen selbst zu genau, was es mit der Demokratie im Imperialismus auf sich hat, sie wissen, dass man Republiken und parlamentarisch regierte Länder haben und sich doch in den Blutorgien des Imperialismus wälzen kann.

Vor der wirklichen Demokratie aber graut ihnen ebenso sehr, wie sie frohgemut mit dem Gedanken der Demokratisierung und Parlamentarisierung Deutschlands spielen. Denn sie glauben nicht an die deutsche Revolution, das brauchte Julian Borchardt ihnen nicht erst zu sagen, und sie wollen sie auch nicht. Wenn sie sie wirklich wollten, so würden sie jetzt, und nach der Beilegung des Konflikts, mit einem ernsthaften Friedensangebot an Deutschland herantreten, mit einem revolutionären Programm, wie die Russen. Aber das können sie nicht. Das könnten allein die Arbeitermassen der Westmächte, nachdem sie dem imperialistischen System ihrer Länder den Todesstoß versetzt hätten. Die Russen ja die wollen die deutsche Revolution, sie sagen es frei und offen, und ihre Haltung ist danach.

Wir haben gesehen, dass die Gegensätze innerhalb der Bourgeoisie nicht grundsätzlicher Art sind. Trotzdem darf man sie nicht unterschätzen. Gerade jetzt können sie von Bedeutung werden. Wir wollen sehen, wie.

Aus unserm politischen Tagebuch.

14. Februar.

Der „Vorwärts“ unter der Anklage des Landesverrats. Der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts“, Genosse Erich Kuttner, ist wegen versuchten Landesverrats unter Anklage gestellt worden. Der Landesverrat soll versucht worden sein in dem Leitartikel der Nummer vom 29. Januar, „Die Forderungen der Arbeiter“. Der Angeklagte hatte Dienstag vor acht Tagen von der Erhebung der Anklage durch die Vorladung zu dem Termin Kenntnis erhalten. Die Verhandlung war kurz. Die Sache verfiel der Vertagung. Dem Gerichte hatte sich Stampfer als Verfasser gemeldet. Das hat wohl die Grundlagen der Anklage geändert. Die Verhandlung wurde auf Dienstag, den 12. Februar, vertagt. Diese Verhandlung wurde aber wieder vertagt, um Ermittlungen anzustellen.

Feuilleton

Shakespeares Antonius und Kleopatra.

Eine Alltagstragödie von Renate Brandt.

Die starke ägyptische Fessel muss ich brechen, sonst geh' ich in Lieb' unter.

Antonius. 1. Aufzug. 1. Szene.

Es ist in den Worten des Antonius, die ich diesen Zeilen voraussetze, der Kern des Konfliktes angedeutet, der den wesentlichen Inhalt dieses Shakespearschen Schauspiels bildet. Sie zeigen, dass Antonius erkennt: es gilt für ihn sich zu entscheiden, ob er seine Liebe, oder die Erfüllung seiner politischen Aufgaben zur Hauptachse seines Lebens machen will. 8

Ein unlöslicher Widerspruch liegt zwischen seinem Verhältnis zu Kleopatra einerseits, seinen Aufgaben als Feldherr und Politiker andererseits: beide verlangen den ganzen Menschen. Dieser Widerspruch richtet ihn schließlich zu Grunde. Antonius will sich zwischen beiden Teilen entscheiden, er schwankt in entscheidender Stunde, will eines tun, das andere nicht lassen und geht so unter.

Wenn man den historischen Hintergrund absieht, den Shakespeare diesen Vorgängen gibt, wenn man vergisst, in welchem hohen Range beide Helden dieses Schauspiels stehen; wenn man den Konflikt nur in seinen wesentlichen Zügen betrachtet, so wird man erkennen, dass er, in kleineren Maßen, unter engerem Horizont, sich viel tausendmal aus dem Alltagsleben ergibt.

Antonius ist in Alexandria, in Kleopatras Palast. tritt auf. Aber Antonius Sinne und Geist sind erfüllt von der Geliebten, sie begrenzen seinen Horizont auf sie und das, was sie persönlich angeht; sie stumpfen sein Interesse für die Vorgänge der Welt ab. Der Bote ist ihm lästig. „Mach's kurz“, gebietet er. Doch Kleopatra fordert, er möge ihn hören. Denn so höhnte sie, vielleicht rufen Fulvia, vielleicht Cäsar dich zurück. And du musst ihrem Zorn folgen. So reizt sie Antonius Stolz, um von vornherein zu verhindern, dass er einem ehrgeizigen Ruf in die Heimat folgt. Und sie rechnet richtig. Einzig der Wille, sie, ihre Liebe sich zu erhalten, beherrscht Antonius in diesem Augenblick. Und alles andere sinkt vor diesem Willen in Vergessenheit und Staub. „Schmilz in die Tiber, Rom! Der weite Bogen des festen Reichs, zerbrich! Hier ist die Welt, Throne sind Staub - —.“

Antonius geht mit Kleopatra fort und lässt den Boten ungehört zurück.

Eine andere Szene. Wieder Antonius mit einem Boten, doch diesmal fehlt Kleopatra. Der Bote berichtet über die Vorgänge in Italien: Fulvia bekriegt Antonius' Bruder Lucius. Beide einen sich gegen Octavius Cäsar und werden von ihm besiegt. Und schlimmer noch: Labienus hat Asien erobert, Syrien, Lydien und Ionien gehören ihm. Antonius steht bei dieser Botschaft klar seine eigene Schuld vor Augen. Er weiß: seine Anwesenheit in Italien. hätte dies alles verhindern können.

Ein zweiter Bote meldet ihm den Tod der Fulvia. Und ihr Tod, den er vielleicht so manches Mal in Stunden der Freude und Lust bei Kleopatra erwünschte, ist ihm nun schmerzlich. So bestärkt ihm auch diese Nachricht in der Erkenntnis der Notwendigkeit, sich von der ägyptischen Königin zu lösen, in dieser Stunde sieht er alles Unheil vor sich, das ihm sein Müßiggang in ihrem Freudenhaus bringen kann und muss. In dieser Stunde reift in ihm der Entschluss, Ägypten zu verlassen. Antonius kehrt nach Rom zurück.

Doch ehe er sich wirklich auf dem Heimweg begibt, muss er Kleopatra seinen Entschluss mitteilen, muss er von ihr Abschied nehmen. Sie, die schnell aus seiner Miene seine Pläne liest, sucht ihn zu halten, indem sie sein Gehen zur Flucht stempelt, zur Untreue, zum Verrat an ihr. Antonius schildert ihr die Situation in Italien, stellt ihr vor, wie dringend sie seine Anwesenheit in der Heimat erheischt und meldet ihr schließlich Fulvias Tod. Kleopatra, scheinbar sich von ihm abwendend, bietet alles auf, um seine Besorgnis, seine Zärtlichkeit zu erwecken, so ihm das Gehen zu erschweren, es ihm unmöglich zu machen. Erst als sie sieht, dass er fest bleibt, wünscht sie ihm Sieg und Gelingen.

So geht Antonius, aber sein Gehen bedeutet kein endgültiges Loslösen von der Geliebten, keine endgültige Befreiung von ihr.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeitsgesetze in England im 14. Jahrhundert.

Von Renate Brandt.

Die Arbeitsgesetze, die in der Zeit von 1349 und in den folgenden Jahren in England erlassen wurden, sind für die Geschichte der Arbeiterbewegung von hohem Interesse. In dieser Zeit suchten die freien Landarbeiter sich den Umstand, dass durch die von der Pest hervorgerufene Entvölkerung großer Mangel an Arbeitskräften herrschte, zu Nutze zu machen, um ihre eigenen Lebensbedingungen zu steigern. Sofort antwortete die Regierung auf diese Versuche mit Gesetzen, die diesen Widerstand brechen sollten. Die Verwertung der Freiheit in der Benutzung des günstigen Augenblicks wird den Arbeitern geradezu verboten; solche Verwertungen waren auch damals schon das Privilegium der Herrschenden.

Das Gesetz bestimmt, dass die Löhne wohl höher als vor der Pest sein durften – aber die Lebensmittelpreise waren durch die wirtschaftlichen Folgen der Seuche gestiegen. Es bestimmt, dass die Arbeiter jeden ihnen angebotenen Dienst annehmen müssen – es vergisst auch, dass die freien Arbeiter das Recht der Freizügigkeit haben und fesselt sie für die Zeit der Ernte an ihre Wohnsitze. Die Zuwiderhandelnden werden mit Gefängnis bestraft. Kleine Handwerker, Lehrlinge und Knechte dürfen, soweit sie in ihrem Gewerbe entbehrlich sind, während des Sommers zwangsweise zur Landarbeit überwiesen werden. Alle, die bis zu ihrem 12. Lebensjahre in der Landwirtschaft tätig waren, müssen Zeit ihres Lebens Landarbeiter bleiben. Händler, Leute mit kleinem Grundbesitz und Diener bei den Behörden dürfen, wenn sie bei diesen als überflüssig erscheinen, zwangsweise nach Bedürfnis anderswo angestellt werden.

Alle diese Gesetze bedeuten, die mit allen Mitteln arbeitende zwangsweise Zuführung in die Landwirtschaft, die rücksichtsloseste Auslieferung der arbeitenden Klassen an die schrankenlose Willkür der Großgrundbesitzer.

England war in jenen Zeiten ein Agrarland, es beruhte in seiner ganzen wirtschaftlichen Existenz auf der Landwirtschaft. So war nichts natürlicher, als dass die Masse der arbeitenden Bevölkerung damals zur Arbeit um jeden Preis für die großen Grundherren herangezogen wurde. Das England des 14. Jahrhunderts kannte ja noch keine imperialistische Bourgeoisie, deren Ausbeutungslust und deren Habgier die Regierung die englischen Arbeiter hätte ausliefern können.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen

Arbeiterpolitik 8/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 23. Februar 1918.

Nr.8

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Der Parlamentarismus in Russland.

Wir haben Sympathie für die Bolschewiks, erklärte neulich der Berliner „Vorwärts“, aber nicht für ihre Methoden. Die Sympathie des „Vorwärts“ würden die Bolschewiks erwidern, kann uns gestohlen werden. Und wie steht es mit der unabhängigen Presse? In der „Leipziger Volkszeitung“ wechselten Angriffe auf die Bolschewiks mit Verteidigungen ihres guten Rechtes. Woher kommt es, dass diese verschiedenen aktiven Revolutionäre so wenig uneingeschränkte Anerkennung bei den westlichen Sozialdemokraten finden, woher diese Schulmeisterei? Die deutsche Sozialdemokratie war immer so gelehrt, so allwissend, sie stand so sehr auf dem Gipfel marxistischer Wissenschaft – d.h. wie sie sich den Marxismus für ihre Zwecke zurechtlegte – sie fühlte sich so erhaben über die unwissende, rückständige Arbeiterbewegung aller Länder, dass jetzt sogar ihre besten Männer – geschweige die kleinen Größen, die tagtäglich ihre Zeitungen füllen – kaum ahnen, dass sie auf der großen Weltbühne jetzt eine bescheidene Rolle zu erfüllen haben.

Eine gewaltige Bewegung hat sich wie ein loderndes Feuer erhoben im Osten Europas, und in ihrer naturwüchsigen Praxis, aus dem tiefsten Wesen sich erhebender Arbeitsvölker aufquellend, werden altüberlieferte Traditionen und Denkgewohnheiten zu Asche verzehrt. Die neue Praxis haben wir zu verstehen, in ihrem Wesen, ihrer Bedeutung, ihren Konsequenzen, aber die Angst – und Biedermeier der deutschen Sozialdemokratie glauben umgekehrt aus ihren vergilbten papiernen Theorien an dieser Praxis herumnörgeln zu können.

In keinem Punkte ist es einem in der deutschen Sozialdemokratie aufgewachsenen Arbeiter so schwer, die russische Praxis zu verstehen und zu würdigen, als in dem des Parlamentarismus. Denn die deutschen Arbeiter sind vierzig Jahre lang erzogen in dem Parlamentarismus als Grundlage alles Arbeiterkampfes. Ehrfurcht vor dem Parlament war das Kennwort seiner freiheitlichen Gesinnung, seiner Auflehnung gegen Junkerherrschaft und Bürokratenwillkür. Nur sollte das Parlament demokratisch sein, von allen Volksgenossen mit gleichem Wahlrecht gewählt. In ihren eigenen Institutionen ahmten sie diesen Parlamentarismus nach; die oberste Behörde in ihrer selbstgeschaffenen Parteiorganisation war der Parteitag, ein demokratisches Parlament, das allmählich auch die schlechten Charaktere der Parlamente stets deutlicher zeigte. Allerdings traten in den letzten Jahren

schon einige Unstimmigkeiten auf, und ein einziger wagte schon den Gedanken zu fassen, dass das Partei- oder Gewerkschaftsparlament ebenso wenig den Willen der Massen verkörpern könnte, wie die regierenden Parlamente in Westeuropa. Aber in den maßgebenden Massen der Arbeiter blieb die Ehrfurcht vor dem demokratischen Parlamentarismus als Grundlage jeder freiheitlichen Ordnung bestehen.

In der russischen Revolution traten die Massen selbst in Aktion und stürzten den Zarismus. Eine neue Regierung trat auf, und wurde seitdem von anderen Regierungen abgelöst. Mit welchem Rechte? Worauf stützte sich ihre Herrschaft? Der Form nach war ihre Herrschaft Usurpation, einfache Anmaßung der Macht. Kein Parlament hatte sie eingesetzt, sie hatten sich selbst eingesetzt. Und trotzdem darf man sagen, dass sie durchaus nicht weniger den Volkswillen verkörperten als eine durch Parlamentsmehrheit gestützte Regierung. Sie waren gleichsam von selbst – durch ihre bisherige Stellung, ihren Kampf gegen den Zarismus, ihr Führertum in den Oppositionsbewegungen – angewiesen als die neue Regierung; sie nahmen ihren Platz ein unter schweigender oder ausgesprochener Zustimmung des Volkes. Wären sie nicht die Vertrauenspersonen der Klassen, die die Revolution machten, gewesen, sie hätten nicht an die Spitze treten können. Wir lassen dahingestellt, ob das Vertrauen in jeder Hinsicht gerechtfertigt war; beruhte es auf Illusion, so musste es nachher verschwinden und kam die Korrektur von selbst. Denn, das ist das Wesen einer revolutionären Regierung: sie kann sich nur so lange halten, als sie das Vertrauen der Massen besitzt, denn sie hat keine altgefestigten Machtmittel, sich gegen den Willen der Massen zu halten.

Solche Regierungen, die seit März 1917 einander in Russland ablösten, sind also im Grunde gar nicht weniger demokratisch als parlamentarische Regierungen. Oder eigentlich sind sie in viel höherem Masse demokratisch: denn eine Parlamentsregierung kann längst nicht mehr der Volksstimmung entsprechen und sich dennoch halten, da diese Volksstimmung das Ende der Sitzungsperiode abwarten muss, bevor sie sich äußern kann. Dagegen wird eine revolutionäre Regierung oft nach kurzer Zeit einer neuen weichen müssen; in dieser Unbeständigkeit spricht sich aus, wie eng sie im fortwährenden Kontakt mit dem Volksempfinden steht. Sehen die Massen ein, dass die an der Spitze stehenden Männer einen anderen Weg gehen, als sie wollen, dann wird sie sie stürzen.

Allerdings geht das Stürzen nicht immer gleich leicht; neue Anstrengungen, Kämpfe und Aufstände sind oft nötig; die verschiedenen französischen Revolutionen, wie die letzte russische bieten die Beispiele in Überfluss. Dabei kommt nun als wichtiger Faktor in Betracht, dass die Volksmassen sich eine Organisation schufen, also nicht nach dem ersten Anprall wieder in Atome zerfielen. In Frankreich 1789 waren es die bewaffneten Nationalgarden und die Klubs, in Russland 1917 waren es die Sowjets, die als das selbstgewählte Parlament der arbeitenden Massen auftraten. Und durch diese Organisationen waren die Massen zu jeder Zeit fähig, eine Revolutionsregierung wieder zu beseitigen.

Also doch wieder ein Parlament? Freilich, aber ein ganz anders geartetes, als dem bürgerlichen Parlamentarismus entspricht. Denn hier offenbart sich nun der tiefe Unterschied im politischen System des Proletariats und des Bürgertums. Für den bürgerlich-demokratischen Parlamentarismus sind alle Menschen gleichartige Atome, Bürger, deren Sovieilmillionenzahl den ganzen Staat bildet, sie werden nur aus wahltechnischen Gründen in Wahlkreisen zusammengefasst, aber gelten nur als gleichartige Individuen. Die proletarische Demokratie dagegen geht von der Arbeitsfunktion aus; die Gesellschaft ist eine Arbeitsgemeinschaft, daher Gilden, die durch die Arbeit bestimmten Einheiten die natürliche Grundlage der im Klassenkampf oder Verwaltung auftretenden Volksvertretung. Wer außerhalb dieser Arbeitsordnung fällt – der Müßiggänger, der Rentier – tut nicht mit, dagegen können die „liberalen Berufe“, die Ärzte, die Lehrer usw. als Fachvereine sich anschließen, wie sie es

Oktober 1905 auch machten. Auf dieser Grundlage sind die Sowjets aufgebaut, aus Vertretern der Arbeiter (nach Fabriken), der Bauern (nach Dörfern oder Distrikten) und der Soldaten (nach Regimentern) gebildet. Und diese Sowjets bleiben fortwährend im engsten Zusammenhang mit den sie wählenden Massen. Während für den bürgerlichen Parlamentarismus der gewählte Delegierte auf eine gewisse Zeit seines Amtes sicher ist, – das sozialdemokratische Parteigramm enthält als „Gipfel der Demokratie“ die einjährige Legislaturperiode – kann jedes Mitglied des Sowjets jeden Augenblick von seinen Wählern zurückgerufen und von einem andern ersetzt werden.

Als die Sowjets am 7. November die Macht in die Hände nahmen und das Programm der Bolschewiks annahmen, rechneten die Bourgeoisie und die ihr ergebenen Sozialpatrioten auf die Konstituierende Versammlung. Sie hatten insoweit Anlass dazu, als ein bedeutender Teil der Abgeordneten schon gewählt war, und natürlich den Umschwung der Massen nicht mitmachte. Sogar in den Sowjets war das beweisbar; ein „Zentralvorstand“ war einige Monate vorher von dem allrussischen Kongress der Sowjets gewählt worden, alles Menschewiks und Kerenskileute, die jetzt als die „wahren Volksvertreter“ gegen die neue Sowjetregierung konspirierten, sich mit einer Würde brüstend, der nichts wesentliches mehr entsprach. Ein typisches Beispiel dafür, wie der Vertreter sich über die Wähler stellt und statt deren Willen auszuführen, sich zum entgegengesetzten Handeln berechtigt glaubt, weil er früher einmal gewählt worden ist. Da revolutionäre Zeiten gerade Zeiten der raschesten Selbstentwicklung der Massen sind, passt dafür kein Vertretungssystem, das gewesenen, überwundenen Anschauungen die Herrschaft sichert über die neuen, lebendigen, in schwerem Kampf und Leiden erworbenen Ansichten. Umso verständlicher, dass die Bourgeoisie und die Gegner des Proletariats sich an die Heiligkeit des bürgerlichen Parlamentarismus klammerten, als Herrschaft des „Rechts“ über die „Gewalt“.

In der Tat wurde in mehreren Fällen ein schon gewähltes Mitglied der Konstituante von seinen Wählern beanstandet, die erklärten, ihm jetzt nicht mehr ihr Vertrauen zu geben. Dass die Konstituante, als sie endlich im Januar eröffnet wurde, eine Mehrheit von Gegnern der Bolschewiks ergab, liegt namentlich auch an diesem Umstand, dass in der Bauernpartei der Sozialrevolutionäre, die die große Mehrheit bildete, erst seit den Wahlen eine scharfe Trennung zwischen Linke und Rechte, für und wider die Sowjetregierung, aufgetreten war; auf einem Kongress dieser Partei, im Dezember, siegte die Linke unter Marie Spiridonowa gegen die Rechte unter Tschernow, aber da die Linke bei den Wahlen nirgends eigene Kandidaten gegen die Rechte aufgestellt hatte, hatte unter den für die Konstituante gewählten Abgeordneten die Rechte die Mehrheit. Dies entsprach also in der Tat nicht dem wirklichen neuen Standpunkt der Massen.

Die Auflösung der Konstituante, die unter den parlamentarischen Sozialdemokraten Westeuropas so viel Kritik gefunden hat als eine Verletzung der Demokratie⁵, war also nicht nur notwendig, sondern gerade eine Sicherung der wirklichen Demokratie. Die Gegner der Sowjetregierung, die doch zweifellos dem Willen der arbeitenden Massen entspricht, wollten die Konstituante zu einer Waffe gegen diese Regierung machen. Ihr angebliches

⁵ So schrieb eine Parteikorrespondenz: „Die Bolschewiks haben mit dem Gewaltstreich gegen die ordnungsgemäß gewählte Vertretung des russischen Volkes dem Parlamentarismus und dem Sozialismus einen schlechten Dienst geleistet. Sie haben den Reaktionären und Gegnern des demokratischen Parlamentarismus in allen Ländern eine Waffe in die Hand gegeben, die von diesen sicher nicht unbenutzt gelassen wird.“

„Rechts“prinzip war: die Volksvertreter stehen über dem Volk: sie sind die Führer, deren höherer Einsicht sich die Massen zu fügen haben. Was aber in Russland jetzt als wirkliche Demokratie siegt, ist die Selbstbestimmung der Massen. Damit ist alles Geschrei der westeuropäischen Bourgeoisie über die „Gewaltherrschaft“ der Bolschewiks zugleich erledigt.

Damit verkennen wir nicht, dass hier für die Zukunft noch große Probleme und praktische Gefahren liegen. Gefahren, die aus dem Klassenkampf entspringen, der hier ein Kampf aufs Messer ist zwischen Kapital und Arbeit. Werden die Bauern, wenn sie sich einmal im sicheren Besitze des Landes fühlen und für den Markt produzieren wollen, nicht nach der Seite der bürgerlichen Klassen abschwenken? Die Entwicklung der Ereignisse in Westeuropa wird die Antwort in hohem Maße bestimmen.

Gegensätze.

Von St. Woretz.

3.

Es ist eine höchst bemerkenswerte Erscheinung: die Sozialdemokratie, die ehemals den schärfsten Gegensatz zum Bürgertum, zum Staat und zum Kapitalismus verkörperte, verschmolz sich im Burgfrieden mit ihrem ehemaligen Klassengegner. Seitdem ist der Burgfrieden zwar gebrochen worden, nicht von den sozialistischen Arbeitern, sondern von den fanatischsten Hütern der bürgerlichen Ordnung, den Konservativen. Schon sehr früh schlug die „Deutsche Tageszeitung“ gegen andere bürgerliche Parteien und ihre Pressorgane, selbst gegen die Regierung in einer Weise aus, dass sie sich wiederholte Verbote zuzog. Und so sind in Deutschland, dessen Sozialdemokratie im Rufe oder auch Verrufe eines fanatischen revolutionären Doktrinarismus stand, die ersten Gegensätze von größerem Umfange nicht zwischen Bourgeoisie und Proletariat, sondern innerhalb der Bourgeoisie aufgebrochen. Zwar ruhte der historisch ausschlaggebende Gegensatz zwischen den beiden Klassenpolen nicht ganz. Er trat in den „Lichtstrahlen“ Borchardts, in dem ersten Heft der Zeitschrift „Internationale“, im „Spartacus“, in der „Arbeiterpolitik“, in der „Juniusbroschüre“, in den Schriften von Laufenberg und Wolfheim, im legalen und illegalen „Kampf“, im „Sozialdemokrat“, in den verschiedenen Jugendorganen, vornehmlich der „Freien Jugend“, dem „Mitteilungsblatt“ und dem „Stürmer“, in der kleinen Jugendbroschüre von Nußbaum sowie in zahlreichen Flugblättern theoretisch und propagandistisch, in der Tätigkeit Liebnechts und Rühles, in der Gründung der „Internationalen Sozialisten Deutschlands“, der Gruppe „Internationale“ und der „Internationalen Kommunisten Deutschlands“, praktisch hervor.

Doch das waren im allgemeinen noch Episoden. Der Gegensatz, der sich schon sehr früh bemerkbar machte und sich bis heute ununterbrochen fortsetzte, der den Burgfrieden ganz öffentlich zerbrach und sich sogar verschärfte, je länger der Krieg dauerte, war doch der Konflikt zwischen den Annexionspolitikern und den Verständigungspolitikern. Er wurde in der Presse ausgetragen, drang in die Parlamente ein, tobte sich in Versammlungen aus, führte zur Gründung der „Vaterlandspartei“ und des „Volksbundes“, spiegelte sich im Abgang des Großadmirals v. Tirpitz, in den verschiedenen Kanzlerkrisen, in den Schicksalen der Herren Gröner und Batocki ab. Er durchzieht die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk wie die preußische Wahlrechtskampagne; er macht sich im Verhältnis zu den Verbündeten wie in der allgemeinen Orientierung der deutschen auswärtigen Politik gegenüber den Ententemächten geltend, kurz: er geht durch die gesamte deutsche Politik in allen ihren einzelnen Fragen und Phasen, und er wird auch in dem Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat eine Rolle spielen.

Im Angesicht dieser Verhältnisse ist es unmöglich, den Konflikt zwischen den Annexionisten und den Verständigungspolitikern zu übergehen. Wir sind weit davon entfernt, ihn zu überschätzen; dennoch können in historisch bewegten Zeiten selbst die geringfügigsten Ursachen ungeahnte Wirkungen hervorbringen. Es sind keine Klassengegensätze, die diese beiden Richtungen der deutschen Politik voneinander trennen, dennoch kann ihr Zwist Klassengegensätze mobil machen. Es ist in diesem Zusammenhange wohl angebracht, daran zu erinnern, dass die tiefen Klassengegensätze der französischen Revolution sich erst nach und nach auftraten, während es anfänglich die Kreise der Bourgeoisie, des Adels und der Geistlichkeit waren, die die Bewegung in Gang bringen halfen.

Es sei daran erinnert, dass der Klub Breton durchaus die Interessen der Dynastie vertrat. Und später entwickelte sich aus ihm der Jakobinerklub, dessen Herrschaft dem König den Kopf vor die Füße legte. Es ist immer leicht möglich, dass Kreise, die an der Erhaltung des Bestehenden lebhaft interessiert sind, trotzdem eine gegen die Erhaltung des Bestehenden gerichtete Bewegung in Gang bringen, die ihnen schnell über den Kopf wächst. Diese Aussicht ist umso größer, je mehr die historische Atmosphäre mit Konfliktstoff durchsetzt ist. Die russische Revolution bietet hierfür das klassische Beispiel aus der neuesten Zeit. Wir wollen nicht sagen, dass sich diese Verhältnisse überall und in der gleichen Weise wiederholen müssen, aber sie können sehr leicht unter diesen Formen eintreten. Fast allen Revolutionen ist der Hader der reaktionären Schichten untereinander vorausgegangen. Er hat den Zündstoff gebildet, der den Brand in die Tiefen der Klassengegensätze leitete, um Klassenkämpfe größten Stiles zu entfesseln.

Es sind derlei Wirkungen mancherlei, die durch die anti-alldeutsche Propaganda hervorgebracht werden. Man spielt inmitten eines vierten Kriegswinters nicht ungestraft mit den Friedensgedanken, wenn die allgemeine Kriegslage nicht die geringste Aussicht auf Frieden bietet. Kurz: man treibt nicht ungestraft liberale Politik, wenn die Mächte der Reaktion die Stunde regieren. Hier liegt der dialektische Angelpunkt des ganzen Konflikts.

Die liberalen bürgerlichen Parteien, die Sozialdemokraten und das Zentrum agitieren für politische Reformen. Erstere, weil sie, wie z.B. in Preußen, durch das junkerliche Dreiklassenregiment selbst in ihren Rechten und in ihrem politischen Einfluss verkürzt werden; Sozialdemokratie und Zentrum aber in erster Linie, weil sie als Massenparteien vor den Arbeitern nicht bestehen können, wenn sie in dieser Zeit ihre Hände in den Schoß legen; sie fürchten also um ihre Anhängerschaft unter den Arbeitern. Nach den riesigen Opfern, die die Arbeitermassen in diesem Kriege in jeder Hinsicht bringen mussten, ist es ganz unmöglich alles beim Alten zu lassen. Die reaktionären Kreise des Junkertums und der Schwerindustrie freilich stemmen sich jeder Reform entgegen. Sie wollten ihren alten Besitzstand an politischer und ökonomischer Macht unverkürzt erhalten; sie fühlen sich stark genug, als Herren der Produktionsmittel und als die eigentlichen Gebieter über die Staatsgewalt, die in eine noch größere und fortan unlösbare Abhängigkeit von ihnen geraten ist, als es schon vor dem Kriege der Fall war: sie fühlen sich als Herren der Welt. Sie geben auf dem Wege friedlichen Kampfes kein Tütelchen von ihren Rechten preis. Sie sind gewohnt, nur der Gewalt zu weichen.

Andererseits haben die Kreise der Leichtindustrie, des Handels, des Mittelstandes alles Interesse daran, ihren Anteil an der politischen Macht zu vergrößern, um dadurch das ökonomische Räderwerk ihrem Vorteil gemäß umschalten zu können. Es wirken in diesen Kreisen, denen Schichten der Intelligenz angeschlossen sind, natürlich auch alte liberale Schlagworte von Recht und Freiheit mit. Indem sie nun aber, immer im getreulichen Bunde mit den Sozialdemokraten, die politischen und sozialen Reformen auf ihre Fahnen schreiben, wecken sie in den Massen der Arbeiter allerlei Illusionen. Es genügt, darauf hinzuweisen, dass fast alle liberalen Blätter, der „Vorwärts“ an ihrer Spitze, aus der internen Aussprache, die der

jetzige Reichskanzler vor seinem offiziellen Amtsantritt mit den Fraktionen der Reichstagsmehrheit herbeiführte, eine Weltwende in der deutschen Verfassung sah, obgleich am Wesen dieser Verfassung nicht das geringste geändert war.

Jede neue Illusion aber nimmt den Arbeitern die klare Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse und dirigiert ihren Willen in die Richtung der Bourgeoisieinteressen. So tun die „Verständigungspolitiker“ in Wirklichkeit das Werk der Annexionspolitiker. Die Verständigungspolitiker können keinen grundsätzlichen Bruch mit den Annexionspolitikern herbeiführen. Aber indem sie fortschrittliche Parolen austreuen, indem sie das allgemeine Wahlrecht fordern, vom Selbstbestimmungsrecht reden, sich gegen Annexionen erklären, den Frieden propagieren, treiben sie einerseits die Annexionspolitiker zu einer unverhüllten Proklamierung ihrer Eroberungspolitik, zu einer zynischen Offenheit in ihrer Ablehnung jeglicher Reformen. Aber sie veranlassen die konservativen Kräfte auch, ihren ganzen Einfluss bei der Regierung geltend zu machen, und so wird die Regierung gezwungen, sich für oder gegen sie zu entscheiden. Welchen Verlauf diese Dinge bisher in Deutschland nahmen, haben wir schon gezeigt.

Durch all das erkennt nun aber die Arbeiterklasse immer klarer, was hinter den Schlagworten steckt. Sie sieht, welche Wirkung die von den bürgerlichen Parteien geübten Kampfmittel auf die Erringung von Rechten ausüben, sie sieht, dass die Sozialpatrioten wie die Unabhängigen keine andern Kampfmittel anwenden als die Bürgerlichen, und sie begreift die Aussichtslosigkeit dieses Kampfes.

Wir denken nicht daran, den bürgerlichen und pseudosozialistischen Verständigungspolitikern einen entscheidenden Kampf gegen die Annexionspolitiker zuzutrauen. Die Verhältnisse liegen heute nicht wie 1789. Die liberale Bourgeoisie von heute ist eine andere als die aufgeklärte Bourgeoisie des revolutionären Frankreichs, und sie kann deshalb nicht dieselbe Rolle spielen. Es ist auch möglich, dass sie dadurch das Tempo der Entwicklung verlangsamt. Die Gegensätze, wie sie sich jetzt innerhalb der Bourgeoisie zeigen, sind keine Klassengegensätze, aber sie können dahinführen, dass der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat in historischen Fluss gebracht wird. Und darin liegt ihre Bedeutung für die Arbeiterklasse.

(Schluss folgt.)

Die Haltung des Bürgertums gegenüber den Arbeitern und Bauern in der Franz. Revolution.

Von Renate Brandt.

2.

Das Proletariat von Paris hat sich bewaffnet. Nicht mit Hilfe der Bourgeoisie, sondern ihr entgegen. Und entgegen ihrem Willen beginnt es die Belagerung der Bastille. Das Volk hat nur Gewehre und Piken. Von der Festung her aber schießt die Besatzung mit großen Geschützen in die Menge. Unten fallen viele, aber das Volk kämpft weiter. Erst nach vier Stunden erhält es Unterstützung – die französische Leibgarde mit ihren Kanonen kämpft an seiner Seite.

Was tut der Stadtausschuss in dieser Zeit? – Und was tut die Nationalversammlung? – Der Stadtausschuss ist von ehrenwerten Bürgern gebildet. Er sieht dem Kampf, der um die Bastille geht, zu. Das wollten sie nicht – diese Kräfte zu entfesseln war nicht ihre Absicht gewesen. Heut ist es die Bastille, gegen die sich die Wut, die Erbitterung des Volkes richten. Wird es nicht morgen das Haus, das Gehöft des einen und des anderen unter ihnen, ihrer Verwandten, ihrer Freunde sein? Hilflos, ratlos steht der Stadtausschuss den Ereignissen gegenüber. Was

ist zu tun? Wird das Volk siegen? wird es unterliegen? – Unterstützt er das Volk, und dieses wird später besiegt, so droht ihm Gefahr von der Besetzung der Bastille; sendet er dieser Hilfe, und das Volk bleibt dennoch siegreich, so droht ihm von der triumphierenden Masse als Verräter gebrandmarkt und zermalmt zu werden.

So wagt der Stadtausschuss aus Furcht nicht einmal, seine Klasseninteressen entschlossen konsequent wahrzunehmen. Er fühlt sich in diesem Augenblick noch zu unschlüssig. Nur einen leisen Versuch der Verteidigung, der Abwehr gegen das Proletariat wagt er zu unternehmen. Er sendet eine Deputation nach der anderen, um die Beilegung des Kampfes zu erwirken. Die Verzögerungstaktik des Herrn von Flesselles, die Deputationen des Stadtausschusses blieben erfolglos. Am 14. Juli vermochte das Bürgertum nicht den Sieg des Proletariats zu vereiteln.

Wie verhielt sich die Nationalversammlung während der Belagerung der Bastille und nach ihrer Einnahme? Sie war ein Abbild des Stadtausschusses. Unruhe, Angst, Schrecken lagen über der Versammlung. Die „Volksvertretung“ fürchtete das Volk. Bis zum 14. abends wussten die Abgeordneten in Versailles nichts von den Vorgängen in Paris. Man stellt die verschiedensten Vermutungen auf. Man fürchtet den Anmarsch der Truppen gegen die Hauptstadt. Und wie gewöhnlich greift man zu dem Allheilmittel: eine Deputation an den König. Man empfiehlt es seiner Gnade, die Truppen zurückzuziehen. Am Abend des 14. erhält die Versammlung Nachricht von dem Aufstand in Paris, von der eigenmächtigen Bewaffnung des Volkes im Invalidenhaus, von dem Kampf um die Bastille. – Die einzige praktische Wirkung dieser Nachrichten ist die Einrichtung eines halbstündigen Kurierdienstes zwischen Paris und Versailles. Aber alle bleiben auf ihren Plätzen. Die Volksvertretung wartet, was das Volk und was die Gnade des Königs ihr bescheren!

Als sie erfährt, dass die Besetzung der Bastille ihre großen Geschütze auf die Menge gerichtet habe, entsendet sie eine neue Deputation an den König. Er soll sich des Volkes erbarmen. Das Volk kämpft – sein Blut fließt in der Hauptstadt. Die Nationalversammlung winselt demütig vor dem König. Schließlich dringt noch spät nachts auch die Nachricht von der Einnahme der Bastille, dem Tod ihres Kommandanten und Flesselles nach Versailles. Man schlägt eine dritte Deputation an den König vor, aber da hatte die Versammlung ernste Bedenken. Man will die königliche Nachtruhe nicht stören. Das Volk kämpft, die Versammlung wartet, der König schläft. Erst am Morgen des 15. geht die dritte Deputation ab. Sie soll dem König von dem Unheil überzeugen, das eine weitere Weigerung, die Truppen zurückzuziehen, zur Folge haben könnte. Aber der König ist gnädig. Er ist im Begriff, sich in die Versammlung der Volksvertreter zu begeben. Und schon diese bloße Nachricht versetzt diese würdigen Herren in „freudiges Entzücken“, wie Mignet sagt.

Und der König kommt. Seine Truppen richten die schweren Geschütze auf das Volk, er aber sagt, er sei eins mit der Nation – im Vertrauen auf die Liebe und Treue seiner Untertanen habe er den Truppen den Befehl erteilt, sich von Paris und Versailles zu entfernen. Über diese Worte vergisst die Versammlung ihre Entrüstung vom vorhergehenden Tage – vergisst sie das Blut des Volkes, dem an ihm geübten Verrat. – Mit begeistertem Beifall erheben sich die Volksvertreter und geleiten ihren gnädigen König zu seinem Salon zurück. So unterstützte die Nationalversammlung das Proletariat von Paris in seinem Kampf um die Freiheit.

An dieses Bild reihen sich gleichwertig zahllose andere. Wo immer das Volk sich aus eigener Kraft regt und handelt, da bietet in jenen Revolutionsjahren die Bourgeoisie ihre ganze Kraft auf, um diese Versuche zu unterdrücken.

Tagtäglich versammeln sich in Cafés des Palais Royal große Mengen von Arbeitern; dort reden die Führer des Volkes über die politischen Fragen und Aufgaben, die jeder neue Tag mit sich brachte; von dort geht eine starke Initiative zu allen Aktionen aus, die von dem Trieb und

Willen des französischen Proletariats getragen waren. Mit der ihr für ihre Klassenlage eigenen feinen Nase wittert die Bourgeoisie den Feind in jenen Versammlungen des Palais Royal und tut alles, um sie zu unterdrücken, zu zersplittern oder selbst auch mit Gewalt auseinander zu treiben. – Zur Zeit der Verhandlungen über das Veto wuchs einerseits die Erregung der Massen, die sich im Palais Royal ansammelten, andererseits die Erbitterung des Bürgertums gegen diese Versammlungen.

Ein Dokument für die Stimmung im Palais Royal ist ein von dort hervorgegangener Drohbrief an den Adelsabgeordneten Clermont-Tonnerre. Er ist ein Dokument auch für das starke Bewusstsein eigener Rechte in den Massen und der Pflichten der von ihnen in die Versammlung gewählten Vertreter. Der Brief lautet folgendermaßen: „Die patriotische Versammlung des Palais Royal hat die Ehre, Ihnen zu melden, dass, wenn die aristokratische Partei, welche von einem Teil der Geistlichkeit und des Adels, wie etwa 120 Mitgliedern der Gemeinden, die entweder unwissend oder bestochen sind, gebildet wird, fortfährt die Harmonie zu stören, und ferner die absolute Sanktion des Königs verlangt, so sind 15 000 Menschen bereit, Ihre Schlösser und Ihre Häuser zu erleuchten und die Ihrigen vor allem, mein Herr!“

Der Gegensatz zwischen der Volksvertretung und dem Volk war nicht mehr zu verkennen. Das Bürgertum begann sein Misstrauen gegen das Proletariat offen zur Schau zu tragen. Der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Arbeiterschaft klaffte und es begannen schon damals alle Gegensätze innerhalb des Bürgertums hinter diesem zurückzutreten. Bürgermiliz überwachte und umschwärmte das Palais Royal. Aber das Volk ließ sich nicht einschüchtern. Es entsandte eine Deputation an die Kommune, die verlangte, man solle den Deputierten umgehend befehlen, ausschließlich nach dem Willen ihrer Wähler zu stimmen. Die französischen Arbeiter von 1789 wollten sich ihrer selbstverständlichen Rechte nicht berauben lassen. Die Kommune antwortete mit Maßregeln, die Zusammenrottungen auf der Straße verhindern sollten und immer strengeren Maßnahmen zur gänzlichen Entfernung proletarischer Elemente aus der Bürgermiliz. Und diese ganze Tätigkeit der Kommune erreicht ihren Gipfel in einer von ihr am 1. September erlassenen Verordnung, die unmittelbar an die Versammlungen im Palais Royal anknüpft und ganz offenbar wesentlich gegen diese gerichtet ist. Es geht aus diesem Erlass zugleich auch die Bedeutung dieser „Zusammenrottungen“ hervor.

Nach dem einleitenden Satz der Verordnung, dass „die Versammlung der Vertreter der Kommune tief entrüstet ist über das, was in diesen Tagen im Palais Royal vorgegangen ist“, spricht sie ihr tiefes Bedauern darüber aus, dass die Arbeiter nicht lieber die Distriktsversammlungen besuchen, statt ins Palais Royal zu gehen und beteuern ihren Patriotismus und ihre königstreue Gesinnung, um dann fortzufahren: „Können die Vertreter der Kommune von Paris den Vertretern der Nation die zu ihren Verhandlungen nötige Ruhe nicht gewährleisten?“ um dann endlich auf den Kern der Sache zu kommen: „Die Versammlung der Vertreter der Kommune erklärt, dass sie unabänderlich bei ihren Beschlüssen gegen die Zusammenrottungen und Unruhen des Palais Royal verharret; dass nichts mehr sie bewegen wird, die Maßnahmen zur Unterdrückung der Maßnahmen zurückzunehmen; sie beauftragt daher den Oberbefehlshaber der Nationalgarde, die ganze ihm zu Gebote stehende bewaffnete Macht der Kommune gegen die Störer der öffentlichen Ruhe zu entwickeln, sie verhaften zu lassen und an die Gefängnisse zu liefern, damit gegen sie, je nach der Natur des Verbrechens, der Prozess eingeleitet werde.“

In diesem Erlass kommt der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat zum schärfsten Ausdruck. Die Volksvertreter gegen die Wähler, die Bürgermiliz gegen das Volk von Paris! – Die Durchführung dieser Bestimmung war eine Machtfrage. Kam sie nicht in vollem Umfange

zu ihrer Ausführung, so lag es an einer Schwäche der Bourgeoisie. Doch führte die Erregung, die die Truppenbewegungen Ende September in die Masse trugen, zu einem „Feldzug gegen das Palais Royal“, wie es Lafayette, der Führer der Nationalgarde, scherzend nannte, der den konterrevolutionären Charakter der Bourgeoisie restlos offenbarte.

J. W. Fintheisen, in seinem ausführlichen Work über den Jakobinerklub, schildert diesen Vorgang folgendermaßen: „Am 27. September morgens, zu einer Zeit, wo noch nicht einmal viele Menschen dort versammelt waren, drangen plötzlich unter dem Befehl des Herzogs von Aumont von allen Seiten Patrouillen der Nationalgarde in das Palais Royal ein und gehen ohne weiteres auf die noch ziemlich ruhigen Gruppen los. Das Volk erhebt ein gewaltiges Geschrei, man wird handgemein; im Gewühl wird ein vielleicht ganz friedfertiger Mensch verhaftet. Da stürzt der wilde Haufe auf die Patrouillen los, befreit den Gefangenen und jagt die Nationalgarde zum Tempel hinaus.“ –

Der Ton dieser Schilderung lässt wohl keinen Zweifel über die Parteinahme des Autors bestehen, der nicht die das waffenlose Volk grundlos angreifenden Truppen, sondern eben dieses Volk als wilde Herde bezeichnet. Dennoch kann man sich selbst aus diesem Bericht ein ungefähres Bild von dem Verhalten des Bürgertums gegenüber dem Proletariat machen. –

Das hier Dargestellte ist nichts als eine Anzahl Stichproben aus der langen Kette von Ereignissen, die eines nach dem anderen, den konterrevolutionären, arbeiterfeindlichen Charakter der Bourgeoisie enthüllen; es ging auf dem Lande nicht anders als in der Hauptstadt und in den Provinzialstädten zu. Noch ehe die Vertreter der Kommune jene Verordnung vom 1. September erließen, beschloss die Nationalversammlung eine drakonische Maßregel gegen die aufständischen Bauern. Zur Illustration dieser Maßregel genügt es, eine Stelle aus Peter Krapotkins Buch über die Französische Revolution wiederzugeben: „Unter dem Vorgeben, der Aufstand sei das Werk von Räubern, autorisierte sie die Stadtverwaltungen Truppen zu requirieren, alle Menschen ohne Beruf und Domizil zu entwaffnen und sie summarisch zu verurteilen.“

Das Bürgertum des Dauphine machte in weitem Umfange Gebrauch von diesen Rechten. Als eine Schar aufständischer Bauern von Burgund herabkam und die Schlösser niederbrannte, verbanden sich die Bürger der Städte und Dörfer gegen sie. Eine dieser Banden wurde am 27. Juli geschlagen und es gab 20 Tote und 60 Verwundete. In Cluny gab es 100 Tote und 160 Gefangene. Die Stadtverwaltung von Macon lieferte den Bauern, die sich weigerten, den Zehnten zu zahlen, regelrechten Krieg und hing 20 von ihnen an den Galgen.

Aus unserm politischen Tagebuch.

18. Februar.

Frauenwahlrecht in Kanada. Einem hiesigen Blatt zufolge erfährt die „Times“ aus Ottawa: Die Regierung beschloss das Frauenwahlrecht für ganz Kanada einzuführen. Ein Gesetzentwurf darüber wird wahrscheinlich noch während dieser Session dem Parlament vorgelegt werden. Aus Berlin wird dagegen gemeldet, dass das gleiche Wahlrecht für Preußen im Hauptausschuss abgelehnt wurde.

20. Februar.

Wie „toll“ es jetzt in Russland zugeht, kann man aus folgender Meldung entnehmen, die das Wolffsche Bureau aus Petersburg unter der Überschrift: Offiziere als Zeitungsverkäufer bringt. „In Moskau befinden sich zurzeit 5000 arbeitslose Offiziere, die zum Teil als Transportarbeiter, Portiers und Zeitungsverkäufer Beschäftigung finden.“

Feuilleton

Shakespeares Antonius und Kleopatra.

Eine Alltagstragödie von Renate Brandt.

Fern von ihr, angesichts von Verhältnissen, für die er die Hauptverantwortung trägt, weiß er: ein vergiftet Dasein war es Ägypten, das ihm sein Selbstbewusstsein raubte. Fulvia bekriegte Cäsar, um ihn aus Ägypten zu treiben; so trägt er die Schuld an einem Kriege, der die Kräfte seines Verbündeten schwächte, der ihren beiden Interessen zuwiderlief, der Pompeius groß und stark werden ließ.

Gewissermaßen um diese Schuld zu sühnen, um das fernere Zersplittern der Kräfte unmöglich zu machen, willigt Antonius ein, Octavia, die Schwester des Cäsar, zu heiraten, und so sich unlöslich zu verbinden. – Diese Illusion allein, die Antonius zur Heirat mit Octavia bestimmt; entscheidend wirkt wohl vor allem auch der einfache Umstand, dass er in der Stunde der Versöhnung die Heirat, zu der Cäsar seine Einwilligung gab, nicht ablehnen kann, diesen tödlich zu kränken; die Einsicht, dass er das in dieser Stunde, die sein und Caesars Zusammengehen unbedingt fordert, unter keinen Umständen tun darf. So ist Antonius Heirat mit Octavia ein rein politischer Akt und muss infolgedessen ohne jeden entscheidenden Einfluss auf sein Verhältnis zu Kleopatra bleiben.

Diese Heirat konnte ihn nur so lange von Kleopatra fernhalten, als er den Zorn des Cäsar, der über die Ehre seiner Schwester wacht, fürchten muss. Cäsars nicht mehr bedürftig, konnte Octavia ihn nie von Kleopatra trennen, so wie sie ihm auch niemals in der Ausübung seiner Pflichten als Feldherr oder Politiker hindern konnte. Ihr gegenüber vermag er ohne weiteres auszusprechen und durchzuführen, was vor Kleopatra ihm so schwer wurde: „Die Welt, mein großes Amt, wird je zuweilen von deiner Brust mich trennen.“ Und er weiß, ohne Schmerz wird er diese Trennung ertragen. Diese Heirat, das ist ihm klar bewusst, sollte ihm die Wege im Kampf um die politische Macht ebnen.

Ihrer ungeachtet zieht es ihm mit unveränderter Kraft von neuem zu der einzig Geliebten. Er kann diesem Drang nicht wider stehen: „nach Ägypten! Und schloss ich diese Heirat nur zum Frieden, im Ost wohnt meine Lust“.

Der neu ausbrechende Konflikt zwischen Antonius und Cäsar ist diesem ein willkommenen Vorwand, um Octavia zu ihrem Bruder zu beurlauben, da sie ihn und den Gatten versöhnen will, selbst aber nach Athen zu gehen und von dort zu Kleopatra zurückzukehren. So ist der schöne, noch jüngst so künstlich erschaffene Bau in Trümmern: Octavia verlassen und verraten, Antonius und Cäsar in heftiger Feindschaft – und schließlich, Antonius wieder in Ägypten. Es ist die Frage, wie weit die rein politischen Vorgänge entscheidend auf Antonius Hass wirkten, wie weit seine Gefühle, seine Sehnsucht ihn die objektiven Verhältnisse mit den Augen seiner Wünsche betrachten ließen, wie weit er in den Verhältnissen vor sich selbst Vorwand und Rechtfertigung suchte, nach Ägypten zurückkehren zu können.

Offenbar hat eine starke Wechselwirkung zwischen beiden Momenten stattgefunden, mindestens haben die Wünsche des Antonius seine Reizbarkeit Cäsar gegenüber stark gesteigert, denn wir können aus den objektiven Verhältnissen allein, soweit Shakespeare sie darstellt, durchaus keinen zwingenden Grund zu neuem Kriege zwischen Antonius und Cäsar finden. (Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker);
sämtlich in Bremen

Arbeiterpolitik 9/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 2. März 1918.

Nr.9

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Die Rolle der Sozialdemokraten.

Wir meinen das Wort im historischen Sinne. Also nicht, was ist die Rolle, die wirkliche Kämpfer für die Freiheit des Proletariats zu spielen haben, sondern welche Rolle spielen diejenigen, die bisher den Kern und die Spitze der sozialdemokratischen Partei bildeten.

Es ist als bekannt vorauszusetzen, dass wir hier vor einer Frage stehen, die sogar als Problem betrachtet werden kann. Vor dem Krieg, während mehrerer Jahrzehnte lag die Sache der allgemeinen sozialistischen Anschauung noch so: überall stehen die Arbeiter bereits in Massen hinter der Partei und in den mit ihr verbündeten Gewerkschaften. Diese Partei wird, im stetigen Klassenkampfe aufwärts schreitend, einmal die politische Herrschaft erobern (mit mehr oder weniger Unordnung, darüber dachten Radikale und Revisionisten verschieden) und dann wird die sozialistische Regierung die neue sozialistische Ordnung durch geeignete Maßnahmen verwirklichen.

Nun hat der Weltkrieg, namentlich die Haltung der Sozialdemokratie, durch diese ganze Erwartung einen Strich gemacht: der Klassenkampf wurde eingestellt. Aber die kapitalistische Entwicklung und der sozialistische Zielpunkt dieser Entwicklung bleiben dennoch bestehen. Welches Organ wird nun weiterhin diese Entwicklung tragen? Die Massen, die proletarischen Massen selbstverständlich - wie früher auch. Aber welche Rolle wird die ehemalige Sozialdemokratie spielen, der Überrest der Partei, ihre Presse, ihre Fraktion, ihr Programm, ihre Ideologie? Einige denken in biederer Einfalt, nach dem Kriege, wenn der Burgfrieden nicht mehr nötig ist, wird alles wieder werden wie vorher; dann werden Scheidemann und Haase und Liebknecht wieder einmütig Reden halten für die „Millionenpartei“, und wird der Krieg wie nur eine Episode vorbeigegangen sein. Sie sehen nicht, dass die ganze Welt aus den Fugen gegangen ist, dass gleichsam ein allverheerendes Erdbeben die Grundlagen der Gesellschaft umgewälzt hat, dass wir in drei Jahren reifer und älter geworden sind als sonst in dreißig.

Die alte Zeit ist vorüber. Eine Gesellschaft wie vor dem Krieg, mit dem heftig aufbrausenden, aber noch Frieden haltenden Kapitalismus, mit der Millionenpartei, die die proletarischen Massen für den politischen Kampf organisierte, aber diesen Kampf zugleich stets mehr - trotz der marxistischen Ideologie - auf Reformen und Mandate und Kulissenmacht zuspitzte,

kommt nicht wieder. Weshalb, braucht hier nicht auseinandergesetzt zu werden. Eine Krise des Kapitalismus, eine Weltkrise naht heran, in der die gegenwärtigen Kämpfe noch schroffer werden müssen, da die Gegensätze schroffer, die Nöten unerträglicher, der Geist der Gewalttätigkeit heftiger werden als je zuvor. Eine Zeit innerer Kämpfe bricht herein, die schon ihren Einfluss auf den Weltkrieg ausüben.

Und wieder ist die Frage: welche Rolle wird die ehemalige Sozialdemokratie spielen? Ein erstes Beispiel bildet Russland. Russland war insoweit eine Ausnahme, weil hier ein großer Teil der Sozialdemokratie unter Führung Lenins von vornherein auf dem Standpunkt stand, der in Deutschland der linksradikale hieß, während die Sozialpatrioten im Parlament mit der Bauernpartei eine scharfe Opposition gegen die Regierung führten. Nur diese letzte mit den Sozial-Revolutionären und den internationalen Menschewiks (Martoff, Axelrod) sind mit der abhängigen und unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands und Westeuropas zu vergleichen. Und was war ihre Rolle nach der Märzrevolution? Sie suchten die Arbeiter für eine Koalition mit der Bourgeoisie zu gewinnen, sie suchten die Arbeiter von einer selbständigen Klassenaktion zurückzuhalten; sie suchten durch schöne Reden ihre gerechte Empörung gegen die bürgerliche Kerenskiregierung zu beschwichtigen. Sogar nach der Novemberrevolution konspirierten sie mit der Reaktion, um die Sowjets zu stürzen. Ihre ganze Haltung war also in Russland regelrecht konterrevolutionär.

Das zweite Beispiel bietet die Bewegung in Wien. Aus dem, was die Zeitungen brachten, lässt sich die Rolle, die die Sozialdemokratie spielte, ziemlich gut verstehen. Die Ausstände der Arbeiter brachen spontan aus, ohne Einwirkung der Partei. Es ist aber nur allzu klar, dass die Partei die Führung in die Hände nahm und auch nehmen konnte, wollte sie ihren Einfluss auf die Massen nicht verlieren, und sie wusste, dass außer ihr keine geschulten Kräfte vorhanden waren, die ihr die Führung streitig machen konnten. Aber doch gingen die Massen zuerst ihren eigenen Weg. Die Parteiführer ersuchten, dass im Interesse der übrigen Bevölkerung der Streik nicht auf den Verkehr, die Beleuchtung und die Lebensmittelindustrie sollte ausgedehnt werden. Die Partei suchte also die Bewegung auf solche Gebiete zu beschränken, dass sie ziemlich harmlos bliebe, also einen rein platonischen Protestcharakter erhielt. An die Stelle der ersten, aus unmittelbarem Empfinden entsprochenen Forderungen, setzten die Parteiführer vier politische Forderungen: Friedensfrage, Einflussnahme des Parlaments darauf, Entmilitarisierung der Industriearbeiter, Gemeindewahlrecht. Darüber schreibt ein liberaler Berichterstatter: „...Andererseits aber hat die sozialdemokratische Parteileitung der Regierung mit dieser Rückwärtsrevidierung einen Dienst erwiesen.“ Als die Regierung über diese Forderungen einige zustimmende Erklärungen gemacht hatte, wurde der Streik aufgehoben und die Bewegung fand ein Ende.

Wir brauchen nicht einmal anzunehmen, dass es sich bei der Parteileitung nur darum handelte die Regierung aus den Schwierigkeiten zu helfen. Denn nach der alten offiziellen sozialdemokratischen Auffassung ist der Streikzustand an sich ein Übel, eine Unordnung, die möglichst bald verschwinden muss, sei es mit oder ohne Gewinne erzielt zu haben. Die alte Sozialdemokratie hat dann versucht den neuen Wein in alte Schläuche zu gießen, die neue Aktionsform ihren Zwecken, der geordneten Sozialreform dienstbar zu machen.

Und weil das nicht aus bösem Willen oder Abkehr von den alten Prinzipien geschieht, sondern gerade unter Anwendung ihrer veralteten Prinzipien, wird sich dieses Spiel noch oft wiederholen.

Die Feinde rings um Russland.

Als die Friedenspartei der Bolschewiks im November die Herrschaft ergriff, wurde vom Standpunkte internationaler Politik diese Änderung vor allem als eine Besserung der Lage

Deutschlands betrachtet. Durch einen russischen Friedensschluss wurde das um die Zentralen geschmiedete eiserne Band gebrochen; die Entente war geschwächt und Deutschland hatte nur nach einer Front zu kämpfen. Daher kam es, dass die neue Sowjetregierung und ihre geistige Leitung, der Bolschewismus, in den verschiedenen Ländern so verschieden beurteilt wurde. England zeigte seine Verstimmung durch möglichst hämisch entstellte Tatarennachrichten aus der russischen Hauptstadt, während die deutsche Bourgeoisie, trotz des starken Klassengegensatzes, an Lenin und Trotzky allerhand schöne und bewundernswerte Eigenschaften entdeckten. Während des ganzen Monats Dezember, als es schien, dass die Friedensverhandlungen im Osten zu einem guten Ergebnis führen würden, dauerte diese rosige Beurteilung des neuen Russland.

Dann aber änderte sich das Bild. Jetzt klingt alles ganz anders in den deutschen Zeitungen. Wir haben schon früher ausgeführt, wie schwierig sich in Russland die Nationalitätenfrage gestaltet. Handelte es sich um sozialistische oder zum Sozialismus reife Gemeinschaft, so würde die Nationalitätenfrage keine Schwierigkeiten bieten; die Losung der Selbstbestimmung würde die Gegensätze leicht lösen. Aber in Westrussland bilden sich die Nationen erst auf bürgerlicher Grundlage, d.h. es gibt dort breite Schichten, die jetzt emporkommen und die Nationalitätenfrage vom bürgerlichen Standpunkte, als Gründung eines Nationalstaates, lösen wollen. Da entstehen Konflikte, wie wir schon damals andeuteten, vor allem zwischen Russland und der Ukraine. Die bürgerliche Presse redet nun immer von Verleugnung des selbstproklamierten Selbstbestimmungsrechts. Will man aber die Haltung der Bolschewiks in diesen Fragen verstehen, so muss man eins hervorheben: sie betrachten alle diese Fragen vom *Standpunkt des Klassenkampfes*. Für sie gibt es keinen Gegensatz zwischen Russen und Ukrainern, sondern nur einen Gegensatz zwischen den arbeitenden Massen der Ukraine und deren Bürgertum.

Aus diesem Grunde ist erstens ihre Haltung in Bezug auf die von den deutschen Armeen okkupierten westrussischen Länder zu verstehen. Polen, Litauen, Kurland, Estland dürfen selbständig ihr Los bestimmen; die Russen werden sie nicht zwingen im russischen Staatsverbände zu bleiben. Aber in diesen Ländern besteht ein starker Klassengegensatz: Barone, Großbauern und Bourgeoisie einerseits, Arbeiter und ärmere Landbevölkerung andererseits. Die erstgenannten Klassen haben durch ihre Ständeräte Kundgebungen über ihre nationale Selbständigkeit erlassen; handelte es sich um national-einheitliche und nicht in Klassen gespaltene Völker, so könnten diese Herren sicher im Namen der ganzen Nation reden. Dem ist aber nicht so. Dass die Barone in Livland deutscher Abstammung sind, kommt dabei nicht in Betracht, auch gegen das Recht der polnischen Barone, im Namen von ganz Polen zu reden, protestieren sie. Es ist klar, dass darüber in Brest keine Einigkeit zu erzielen war, denn es ist genauso selbstverständlich, dass die deutschen Unterhändler an das Recht der jetzigen vorläufigen Regierungen und Ständeräte festhielten, als dass die russischen Unterhändler dieses Recht verneinten.

Der eben erwähnte allgemeine Standpunkt der Bolschewiks muss sie notwendig in Konflikt bringen mit den ersten Regierungen der neuen Staatenbildungen. Finnland und die Ukraine waren die ersten Teile des ehemaligen Russlands, deren staatliche Unabhängigkeit anerkannt wurde. In beiden Ländern hatte sich eine bürgerliche Regierung gebildet, die offenbar anfangs in gutem Einvernehmen mit den Petrogradern stand. Nach Brest-Litowsk kamen auch Vertreter der Ukrainer Rada. Als diese dann aber selbständig mit den Zentralen verhandelten über einen Frieden und ein Abkommen mit der Ukraine allein, trat der Gegensatz schroff zu Tage. Für Russland ist ein enger oder loser Zusammenhang mit der Ukraine sehr wichtig, weil zu der Ukraine die fruchtbarsten Getreidegebiete gehören; jedoch trat die Gefahr nahe, dass die Ukraine sich eng an die Zentralen anschließen sollte.

Wir haben früher die Ansicht ausgesprochen, die Rada werde sich nicht zu eng mit der russischen Bourgeoisie verbünden, weil sonst ihre staatliche Unabhängigkeit gefährdet werde; hier zeigt sich ein dritter Weg, der von der Rada als Ausweg gewählt wurde: nicht mit der russischen Bourgeoisie, die ihre Unabhängigkeit nicht anerkennen würde, nicht mit den Bolschewiks, die ihre Klassenfeinde sind, sondern mit den Zentralmächten zusammenzugehen. Der Klassengegensatz zwischen den Arbeitermassen der Ukraine und der Rada bot von selbst Anlass zum Eingreifen; die Sowjetzentrale in Charkow wurde von den Bolschewiks gestützt gegen die Kiewer Rada und der Ausgang des Kampfes wird entscheiden. In den deutschen Zeitungen (Nationalzeitung, Berliner Tageblatt) wird offen ausgesprochen, dass die Rada bei einem Friedensschluss mit den Zentralen zugleich von diesen Garantie ihrer Unabhängigkeit, d.h. moralische und vielleicht materielle Hilfe gegen die Russen erhalten soll.

Und ähnlich geht es in Rumänien. Die Reste der rumänischen Armee, früher bedeutungslos gegen die russischen Armeen, dringen jetzt in Bessarabien vor, um sich dieses Land anzugliedern, das als Kompensation dienen kann für die Länder südlich der Donau, die es an Bulgarien abtreten muss - wobei nur die alten Grenzen wieder hergestellt werden. Die russische Arbeiterregierung hat nichts gegen die Vereinigung Bessarabiens mit Rumänien einzuwenden, aber sie hat sehr viel gegen die Klassenherrschaft der walachischen Bojaren über die armen Pächter und Arbeiter Rumäniens einzuwenden. Deshalb unterstützt sie diese, wo sie sich auflehnen, und deshalb werden sie von den rumänischen Generälen angegriffen und bekriegt. Und im „Berliner Tageblatt“ weist der General von Ardenne daraufhin, dass die Lage jetzt völlig umgekehrt ist: die Rumänen und die Zentralen haben gleiches Interesse gegen den gleichen Feind: die „bolschewistische Tyrannei“, also wird ihre alte Freundschaft wohl bald zu einem Frieden und sogar einer Bundesgenossenschaft führen.

Dasselbe gilt für Finnland, wo der Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat stets sehr scharf war. Hier ist es die Bourgeoisie Schwedens, an die sich die finnische Bourgeoisie anlehnt, während sie zugleich die Bauern aus dem Norden gegen die Arbeiter der Südstädte mobil zu machen sucht. Aus Stockholm kommen alle Gräuelnachrichten, die völlig an die Zeit der Kommune erinnern und deren Wert daher von vornherein jedem denkenden Arbeiter klar sein werden. Vielleicht wird die schwedische Bourgeoisie sich einmischen.

Und schließlich fügt sich zu den unter bürgerlicher Führung kämpfenden Armeen, die ringsum das bolschewistische Russland gleichsam konzentrisch angreifen, ein Teil der polnischen Truppen, die nicht für ein unabhängiges Polen zu kämpfen brauchen, sondern für die Herrschaft der Schlachzien in Polen. ... Schon wird gemeldet, dass sie durch einen Handstreich in Mohilew den Befehlshaber Krylenko gefangen nahmen. Jedenfalls bildet dies eine neue Bedrohung, und man kann verstehen, dass in Petrograd Maßnahmen getroffen werden, um eine neue rote Armee zu bilden.

Russland in der Revolution kommt in eine ähnliche Lage wie vor gut hundert Jahren Frankreich in der Revolution. Nicht um die eigene Herrschaft handelt es sich bei den neuen Regierenden. Die Revolution konnte sich auch damals nicht beschränken das Feuer in kleinem Raum verschlossen zu halten, es musste sich in immer weiterem Umkreis ausbreiten, teils durch geistige Übertragung der Ideen, teils durch die Berührung mit anderen Völkern. Ein solches Land in Revolution geht zwar nicht blindlings vorwärts, es zögert oft. So musste Frankreich damals vorwärts im stetigen Kampfe zur Verteidigung seiner bürgerlichen Freiheit halb Europa erobern. An dieses Beispiel muss man denken, wenn man die bedrohlichen Kämpfe betrachtet, die Russland auszukämpfen hat.

Gegensätze.

Von St. Woretz. (Schluss.)

4.

Welche Stellung hat nun die Arbeiterklasse den Gegensätzen zwischen den Annexionspolitikern und den Verständigungspolitikern gegenüber einzunehmen? Die Sozialpatrioten stehen im festen Bunde mit den bürgerlichen Kreisen, die den Verständigungsfrieden propagieren. Die Unabhängigen haben den Forderungen der Reichstagsmehrheit auch keine grundsätzlich abweichenden Parolen gegenüberzustellen vermocht. Sozialpatrioten und Unabhängige sind also im Lager der Verständigungspolitiker zu finden. Wenn der von der Reichstagsmehrheit und den Unabhängigen geforderte Verständigungsfriede eine Parole für die Arbeiterklasse wäre, so erlebten wir das wunderliche Schauspiel, dass Blätter wie das „Berliner Tageblatt“, die „Frankfurter Zeitung“, also ausgesprochene Organe der deutschen Hochfinanz, die Interessen der Arbeiterklasse wahrzunehmen berufen wären; wir erlebten die Interessengemeinschaft zwischen Finanzkapital und Arbeiterklasse.

Was von einer solchen Interessengemeinschaft zu halten ist, weiß jeder, dem das sozialistische Denken nicht völlig abhandengekommen ist. Dass aber umgekehrt eine innige Interessengemeinschaft zwischen dem Bankkapital und den Sozialpatrioten der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und Genossenschaften besteht, ist ebenso leicht begreiflich, wenn man bedenkt, wie stark die Beteiligung der alten Arbeiterorganisationen an den bankenmäßigen Kapitalunternehmungen schon vor dem Kriege war, und wie hoch diese Beteiligung noch während des Krieges, insbesondere infolge der Kriegsanleihen, gestiegen ist. Die Groschen der Arbeiter, die dem Klassenkampfe dienen sollten, arbeiten jetzt in den Munitionsfabriken und allen Zweigen der Kriegsindustrie. Und diese Arbeit ist umso intensiver, je mehr die Kapitalanleihen eine Angelegenheit des Volkes wurden. Auf diese Weise sind die Sozialpatrioten natürlich lebhaft am „Sieg“ interessiert. Wie groß ihre Sorge um eine zweckmäßige Anlage der Arbeitergelder ist, geht am deutlichsten aus ihrem derzeitigen räuberischen Überfall auf die Redaktionen und Geschäfte der oppositionellen Parteiblätter hervor.

Das Interesse der Unabhängigen am Verständigungsfrieden liegt auf einem andern, aber verwandten Gebiete. Zwar haben sie keine Gelder zu verlieren, die in Kriegsanleihen und Banken angelegt sind, aber unlustig und unfähig zum Kampfe, wie sie aus historischer Tradition sind, haben sie kein größeres Verlangen, als möglichst bald zu „geordneten“ und „friedlichen“ Zuständen zurückzukehren, um ihre Organisationen auf- und ausbauen zu können. Das ist überhaupt Kern und Sinn ihres ganzen Strebens und Wirkens. Alles wird von ihnen ängstlich vermieden, was auf die Schwierigkeiten des Krieges noch neue, anders geartete Schwierigkeiten häufen könnte; alles wird sorgsam abgewehrt, was die neuen Organisationen gefährden könnte. Ihr Eintreten für den Verständigungsfrieden entspringt nicht so sehr ihrer allgemeinen Kampfsmüdigkeit. Wäre der Verständigungsfriede erreicht, so würden sie erschöpft auf dem alten Organisationswege weitertröten. Ruhe, Ruhe – das ist ihr stärkstes Bedürfnis.

Aber wie die Sozialpatrioten, so stützen sich auch die Unabhängigen auf mehr oder weniger breite Schichten der Arbeiterschaft selbst. Die Sehnsucht nach dem Frieden ist sicher in weiten Kreisen der Arbeiterklasse lebendig; es sind diejenigen Kreise, die noch nicht begriffen haben, jede Etappe des Imperialismus und besonders eine so katastrophale wie diesen Weltkrieg, unbekümmert um alle Opfer für den Kampf ausnützen zu müssen. Ganz sicher ist der Friede eine gute Sache, aber es ist ein schlimmes Ding, wenn er auf Kosten der Arbeiterklasse geschlossen wird, und um das zu verhindern, darf die Arbeiterschaft nicht den Frieden an sich zum Gegenstand ihres Strebens machen; vielmehr muss ihre ständige Sorge der Klassenkampf sein. Das haben ganz offenbar die besten Köpfe der russischen Revolution begriffen, denen

die Fortführung des Klassenkampfes bis zu seiner äußersten Konsequenz, selbst auf die Gefahr des eigenen, momentanen Unterliegens, höher steht als das Heimbringen irgendeines Friedenswerks. Die heute am lautesten und inbrünstigsten nach dem Frieden schreien, werden morgen die berufenen Flaumacher und Verräter im Klassenkampfe sein, wenn sie es nicht heute schon sind.

Für die Linksradikalen ist die Stellung zum Verständigungsfrieden damit klar vorgezeichnet. Auch sie erstreben den Frieden, aber einen Frieden, an dem niemand anders als die Arbeiterklasse ein Interesse hat, einen Frieden, der nur eine von vielen Etappen im unmittelbaren Kampf um den Sozialismus ist. Das bringt die Linksradikalen in den schärfsten Gegensatz zu allen Anhängern des Verständigungsfriedens, und dieser Gegensatz wird eines Tages alle Verständigungspolitiker panikartig in das Lager selbst der wildesten Annexionisten treiben. Die Linksradikalen haben mit dem ganzen Verständigungsrummel nicht das geringste zu schaffen. Leisten sie aber nicht den Annexionspolitikern Helfersdienste, indem sie ihn bekämpfen? Im Gegenteil: sie sind die unversöhnlichsten Gegner der Alldeutschen, während die Verständigungspolitiker nur einen Scheinkampf gegen sie führen.

Die Linksradikalen haben ein eminentes Interesse daran, die Arbeitermassen über die Illusionen mobil zu machen, die von den Verständigungspolitikern mit Fleiß verbreitet werden. Und wenn auch durch den Gegensatz zwischen den beiden bürgerlichen Lagern unter Umständen Konflikte heraufbeschworen werden können, die die Dinge in Fluss bringen, so haben die Arbeiter doch von vornherein eine grundsätzliche Stellung gegen die Verständigungspolitiker einzunehmen. Das gilt umso mehr, wenn die Zeit es etwa mit sich bringen sollte, dass die Sozialpatrioten einmal wieder in eine oppositionelle Stellung der Regierung gegenüber gedrängt werden sollten. Dann erst recht gilt es den Blick für die wahre Funktion der Sozialdemokratie klar zu halten, dann erst recht gilt es, den Gegensatz, den todfeindlich unversöhnlichen Gegensatz gegen sie aufs schärfste zu betonen und zu betätigen.

Die Arbeiterschaft hat den Gegensatz im bürgerlichen Lager in jedem Augenblick auszunützen durch Demaskierung der liberal-sozialpatriotisch-sozialpazifistischen Illusionen und durch den offenen Kampf gegen die herrschende Reaktion der junkerlichen und schwerindustriellen Annexionisten. Es ist wiederum eine Gelegenheit des Kampfes und der Aufklärung. Wer sie nicht restlos nützt, darf sich nicht Freund der Arbeiter nennen!

Vorstandsherrschaft in den Gewerkschaften.

Bei objektiver Betrachtung der gewerkschaftlichen Entwicklung wird auch der hoffnungsseligste Optimist von Demokratie keinen Schimmer mehr entdecken können. Zwar auf dem ungefährlichen Boden der Theorie, in Satzungen und Leitsätzen haben die Mitglieder bestimmenden und entscheidenden Einfluss, sie besitzen das Recht, ihre Vorstände und Beamten zu wählen und ihnen auch zu kündigen. Aber in der Praxis liegen die Dinge etwas anders. Die Entwicklung hat innerhalb der Gewerkschaften eine Hierarchie aufwachsen und erstarken lassen, die sich gegenseitig stützt und hält und die den Willen der Mitglieder ziemlich einflusslos macht. Es liegt in den Verhältnissen begründet, dass der Beamtenkörper auf den Generalversammlungen stets ein starkes Gewicht darstellt, dass er fast immer zu Gunsten des Vorstandes wirken lässt.

Das Obrigkeitsverhältnis in den Gewerkschaften ist besonders stark seit Beginn des Krieges fühlbar geworden, da es durch den Belagerungszustand, die Unterbindung des politischen Lebens und die Tatsache gestützt und befestigt wurde, dass die aktivsten Mitglieder unter den Fahnen stehen, während ein großer Teil des Beamtenkörpers reklamiert und beurlaubt ist. Deshalb war es auch möglich, dass die Generalkommission und die Zentralvorstände der

Gewerkschaften ohne Befragung der Mitglieder die Organisationen auf eine Politik festlegten, die mit den Traditionen der deutschen Arbeiterschaft in Widerspruch steht.

Während der Ausnahmegesetzgebung der neunziger Jahre entstanden, hielten sich die Gewerkschaften in früheren Jahren satzungsgemäß auf politischem Gebiet neutral, obwohl sie durch Personalunion und andere vielseitige Verbindungen mit der politischen Partei verbunden waren. Aber schon vor dem Kriege zeigte sich die Unmöglichkeit einer unpolitischen Gewerkschaftsbewegung dem kartellierten und vorzüglich organisierten Kapital gegenüber, das in Folge seiner Organisation immer stärkeren Einfluss auf die Staatsmaschinerie und die staatliche Gesetzgebung ausübte. Schon damals war es bekannt, dass die Haltung der Gewerkschaften nur bedingt neutral war, und besonders die Geschäftsführer, in deren Händen schon damals die Hauptmacht lag, übten in allen wichtigen praktischen Fragen einen starken Druck auf die Leitung der politischen Partei aus. Für das Selbstgefühl dieser Herren gab die Haltung des Abgeordneten Bauer von der Generalkommission der Gewerkschaften auf dem Jenaer Parteitag 1913 ein Beispiel, dessen wichtigste Waffe gegen die Genossin Luxemburg in der Massenstreikdebatte der Satz war: „Die Gewerkschaften haben ein bestimmtes Signum für solche Redner: L. S. – Lasst schwätzen.“

Und der Parteitagsbericht verzeichnet hinter diesen Worten „Heiterkeit“. In dieser Art und Weise wurde damals über eine Frage von ungeheurer Wichtigkeit für die ganze Arbeiterbewegung verhandelt.

Während des Krieges haben Generalkommission und Zentralvorstände der Gewerkschaften zu Gunsten der von ihnen erstrebten Politik einen entscheidenden Einfluss auf die sozialdemokratische Fraktion und Partei ausgeübt, sie in das Fahrwasser der Regierung gedrängt und wiederholt ausgesprochen, dass sie ein Beharren auf dieser Bahn von der Sozialdemokratie verlangen. So konnte man im „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission lesen, so in der Broschüre Umbreits, so in einer Reihe von Gewerkschaftsblättern. Winnig, der bekannte Sozialimperialist, schreibt noch in seiner Betrachtung über den Würzburger Parteitag der Regierungssozialisten, die Partei treibe nun endlich die Politik, zu der der „Grundstein“ seit über einem Jahrzehnt gedrängt habe.

(Schluss folgt.)

Aus unserm politischen Tagebuch.

24. Februar.

Die französischen Sozialisten und der Frieden. Die Tagung des Nationalrates der französischen Sozialisten hat kürzlich einen vollständigen Sieg der bisherigen Minderheit über die Regierungssozialisten gebracht. Die Vorschläge der Kommission des Nationalrates zur Beratung der Kriegsziele über die Grundsätze, die von den französischen Sozialisten auf der Londoner Konferenz der Entente-Sozialisten vertreten werden sollen, bedeuten eine deutliche Absage gegen alle annexionistischen Pläne.

25. Februar.

Die Gewerkschaften warnen vor dem Streik. Der Deutsche Metallarbeiterverband“ richtet folgenden Aufruf an seine Mitglieder: „In den letzten Tagen werden wieder Flugblätter in den Betrieben der Metallindustrie Berlins verteilt, in denen vom Streik die Rede ist. Wir ersuchen unsere Mitglieder, diesen Flugblättern keine Beachtung zu schenken. Die Flugblätter kommen von unbekannter Seite.“

26. Februar.

Ein Antrag auf Strafoerfolgung des Abg. Henke abgelehnt. Das außerordentliche Kriegsgericht hieselbst wollte ein Strafverfahren gegen den Genossen Henke einleiten wegen eines Flugblattes, das zum Teil in der „Arbeiterpolitik“ gedruckt worden war. Dazu bedurfte es aber der Genehmigung des Reichstages. Der Geschäftsordnungsausschuss lehnte aber ohne Debatte und einstimmig die Auslieferung Henkes zum Zwecke der Strafverfolgung ab.

27. Februar.

Die hiesige „Bremer Bürger-Zeitung“ und der „Vorwärts“ bringen des Öfteren Zitate aus Artikeln der „Arbeiterpolitik“, in welchen die „Unabhängigen“ angegriffen werden. Was die „Arbeiterpolitik“ über die *Sozialpatrioten* schreibt, verschweigen natürlich diese Blätter. Wir freuen uns, mit welcher Aufmerksamkeit unsere Artikel von den betr. Redaktionen gelesen werden, und ersuchen sie, vor wie nach für uns Reklame zu machen.

28. Februar.

Frauenstimmrecht in Schweden. Die Regierung legte heute dem Reichstag eine Vorlage über das Frauenstimmrecht und die Wählbarkeit der Frauen vor, die mit den Männern vollkommen gleichgestellt werden.

2. März.

Bei der zweiten Lesung des Justizetats im preußischen Abgeordnetenhaus kam auch die *Zunahme der Kriminalität der Jugendlichen* zur Sprache. Diese ist zum Teil mit auf die erschreckend große Zahl der Kriegsverordnungen zurückzuführen, am meisten wohl auf die wirtschaftliche Lage. Nach der Erklärung des Justizministers könnten aber große Reformen des Rechts im Reich nicht vorgenommen werden. Das Volk denkt darüber anders.

Feuilleton

Shakespeares Antonius und Kleopatra.

Eine Alltagsragödie von Renate Brandt. (Schluss.)

Bei Actium kommt es zum Kampf. Dem Rat des Enobarbus zuwider, ist Kleopatra dem Antonis auch ins Feld gefolgt. Enobarbus erkennt die unheilvollen Folgen, die ihre Anwesenheit nach sich ziehen muss - er weiß, wie diese zersplitternd auf den Imperator wirken wird: „Wenn wir mit Stut und Hengst zusammen ausziehen, ist's um den Hengst geschehen, die Stute trüge den Reiter und sein Ross.“ - „Euer Beisein“, meint er zu Kleopatra, „muss durchaus Antonius verwirren und ihm an Herz und Hirn und Zeit entwenden, was dann höchst unentbehrlich“.

Und wirklich richtet die Schlacht bei Ätium des Antonius Macht zugrunde. Dem Rat seiner Schwester entgegen beharrt er auf seinem Plan, zu Wasser zu kämpfen, angespornt durch Kleopatra, die für den Kampf zur See eintritt. Geblendet durch die Tatsache, dass sie ihm sechzig Segelschiffe brachte, vergisst er, dass die Flotte schlecht bemannt, der große Teil des Heeres erprobtes Fußvolk ist, des Kampfes auf dem Meere ungewohnt.

Es kommt zur Seeschlacht. Die ägyptischen Schiffe fliehen als erste, und: „Antonius, die Schwingen breitend wie ein brünstiger Enterich, die Schlacht verlässt auf ihrer Höh', und flieht ihr nach.“

Besinnungslos, in blinder Leidenschaft, muss der Imperator ihr gefolgt sein, denn die erste Stunde der Selbstbesinnung bringt Erkenntnis, Reue, bittere Scham. Antonius weiß: in jener Stunde, da er ihr fliehend folgte, hat er sich selbst verloren: „ich bin so nachtverspätet, dass ich auf ewig meinen Weg verlor.“ Seine Freunde schickt er von sich, er weiß, an seinem Leben

ist nichts mehr zu retten, es ist zerstört in seinem Kern: „verlassen sei, was selber sich verlässt.“ Nun lässt der Anblick Kleopatras ihn gleichgültig, er ist im Innersten gebrochen, er weiß nur eins: „verletzt hab' ich die Ehre, so schändlich zu fliehen.“ Das kann er nicht überwinden. In bitterer Klage wendet er sich an die Geliebte: „O, wohin brachtest du mich Ägypten? Sieh, wie deinem Aug' ich meine Schmach entziehe, blickend zurück auf das, was ich verließ, zerstört in Schande! Wusstest du nicht, Ägypten: mein Herz war an dein Steuer festgebunden, und du zogst mich in Schlepptau?“

Antonius muss, da er Größeres zu Liebe, seine Leidenschaft nicht zu töten vermochte, nun in ihr allein seine Befriedigung suchen, muss in einem Kuss Kleopatras Entgelt für seine politische Größe, für seinen verlorenen Feldherrnruhm suchen. – Von nun an muss seine Liebe den einzigen Inhalt seines Lebens bilden. So wurde der gewaltig große Boden, auf dem sein Leben sich bewegte, auf so engen Raum begrenzt. Da er seine Leidenschaft in entscheidender Stunde nicht zu beherrschen wusste, muss er an ihr zugrunde gehen. In scharfen Worten zeichnet Enobarbus des Antonius Schuld auf die Frage der Kleopatra: „hat dies Antonius – haben wir's verschuldet?“

„Antonius allein, der seinen Willen machte zum Herrscher der Vernunft. Nun floht ihr auch des Kriegs furchtbares Antlitz, des Geschwader einander schreckten: weshalb folgt er euch? Nicht durfte seiner Neigung Kitzel Eintrag tun seinen Feldherrnpflichten im Moment, da halb die Welt der anderen Hälfte trotzte, und er allein der Grund ...“

Noch einmal, bei Alexandria, versucht Antonius in einem letzten Kraftaufwand sich, seine Macht, sein Leben zu retten. Siegreich in dem ersten Teil der Schlacht, die zu Lande geschlagen wird, ergibt sich seine Flotte, durch Verrat der Kleopatra gezwungen. Ins Innerste getroffen sucht Antonius den Tod, Kleopatras Verrat, der zu Liebe er alles verloren, kann er nicht ertragen. Größer aber als sein Hass, sein Zorn, ist auch im Sterben noch sein Verlangen nach ihr. Den tödlich Verwundeten tragen seine Diener auf seine Bitte zu der Königin. Und sterbend erkennt Antonius, dass er an dem Widerspruch in sich selbst zugrunde geht, dass kein anderer die Schuld an seinem Tode trägt, sterbend bekennt er der Geliebten: „Nein, Mark Anton erlag sich selber nur!“

Antonius ist gestorben. Ein reiches Leben ist zu Ende. Eine mächtige Eiche, mit einst breiten, schwingenden Zweigen brach zusammen; verschrumpft, zersplittert und geborsten. War es ein seltenes Schauspiel? Nein, selten war nur der prächtige Mantel, in dem es gespielt wurde. Selten nur die zahlreiche Umgebung, die es schmerzlich staunend sah.

Doch war der Widerspruch, an dem Antonius zugrunde ging, ein ganz gewöhnlicher; ein Widerspruch, den wir heute und alle Tage nur zu oft treffen, wo immer wir mit offenen Augen hinkommen.

Für Antonius galt es zu wählen zwischen einem Leben für seine Liebe und einem solchen für seine Tätigkeit als Politiker, als Feldherr. Es ließen sich also diese beiden Dinge nicht vereinen. Vor derselben Wahl stehen heute zahllose Männer: die Frau oder der Beruf. Fast niemals lässt sich beides vereinen, fast immer ist beides ein Halbes. Wie kommt es zu diesem Zwiespalt? Woher der Gegensatz zwischen dem Verhältnis des Mannes zu der Frau einerseits, dem Berufsleben andererseits? Ist es ein aus den natürlichen Bedingungen beider Geschlechter erwachsender Gegensatz, ist er unlöslich? Oder ist er abhängig von bestimmten sozialen Verhältnissen? Ist er vielleicht nichts anderes als der zufällige Gegensatz einzelner Individuen zueinander?

Sind gewisse Eigenarten der Frauen, sind gewisse Berufe der Männer für sein Auftreten entscheidend?

Es ist klar, dass in jedem Verhältnis von Mann und Frau, in dem wirklich starke Gefühle vorhanden sind, dementsprechend das Verlangen beider Teile, in möglichst enger Berührung in ihrem ganzen Leben zu stehen, ein tiefes sein wird.

Nun bedeutet aber die Tätigkeit des Mannes, die sein Leben erfüllt, während all der Zeit des Tages, die er von der Frau getrennt verbringt, meistens mehr als eine nur äußere Trennung, da gewöhnlich die Frauen keine Beziehungen zu dieser Tätigkeit haben. Ist es so, dass der Mann seinem Beruf nachgeht, um Geld zu verdienen, um sich und der Frau das Leben zu ermöglichen, so ergibt sich aus seiner Tätigkeit noch kein Konflikt. Für ihn, wie für sie bedeuten dann seine Feierstunden ersehnte Zeit der Rast, bilden sie für ihn das Ziel seines Tuns, Stunden, in denen er jeden Gedanken an den Beruf von sich abwirft.

Anders, wenn das Berufsleben den Mann ganz in Anspruch nimmt, seine ganze Persönlichkeit, sein geistiges Leben, Seele und Körper fordert. In einem solchen Verhältnis wird der Konflikt am schärfsten hervortreten. Und ein Kompromiss wird da unmöglich sein, wo seine Tätigkeit, eine Frucht seiner Lebensanschauung, aus innerstem Drange heraus ausgeübt wird, wo Verzicht auf sie inneren Tod bedeuten würde. Die Frau will den Mann für sich, der Mann lebt in seiner Tätigkeit. Die Frau hasst diese Tätigkeit, weil sie in ihr den Räuber ihres Mannes sieht, sie sucht ihn von ihr fernzuhalten und sieht nicht, dass sie ihn zugleich von dem Quell seiner Kraft fernhält.

Dieser Widerspruch kann nur in einem Fall gelöst werden. Wenn die Frau aus wesentlich gleicher Weltanschauung heraus, gleiches Interesse wie der Mann an seiner Tätigkeit hat; wenn sie diese befruchtet oder wenn sie selbständig in gleicher Richtung, wenn auch in anderer Form wirkt. Jedes andere Verhältnis von Mann und Frau ist ein ungesundes und ein halbes.

Wenn wir nach dem Wesen des Verhältnisses Antonius zu Kleopatra forschen, so finden wir, dass sein Grundzug ein rein erotischer ist. Ja, wir finden an keiner einzigen Stelle auch nur eine Andeutung eines anderen Elementes, das diese beiden politisch so hoch gestellten Menschen aneinanderfesselt. Nichts aber tritt so leicht in Gegensatz zu anderen Forderungen des Lebens als rein erotische Leidenschaft.

Obwohl Antonius erkennt, dass er zu wählen hat zwischen der Frau und seinem großen historischen Wirkungskreis, findet er keine Kraft, das sinnliche Band, das ihm mit ihr verbindet, zu zerschneiden. Er glaubt, ohne diesen Eingriff durchzukommen. Er irrt und geht an diesem Widerspruch in sich, an dieser Halbheit zugrunde.

Eine Alltagstragödie, die heute hunderte erleben, ohne sich ihrer bewusst zu werden, hunderte, die, in naivem Bewusstsein, aus Rücksicht auf die Frau, auf die Gestaltung ihres häuslichen Lebens, in entscheidenden Fragen Konzessionen machen in Fragen, die ihre Tätigkeit im Innersten berühren und sie faul werden lassen; hunderte, die Halbheiten begehen, aus diesem Zwiespalt heraus zwischen der Liebe für die Frau und dem Willen, in der Illusion, sich zwischen beiden teilen zu können.

Nicht jeder ist Antonius, nicht jeder Feldherr – und nicht jede Frau ist eine Kleopatra. Nicht immer tritt in so krasser Form das Wesen des Widerspruches hervor, an dem Shakespeares Antonius zugrunde geht.

Und doch gibt es viele Frauen, die der Kleopatra, viele Männer, die dem Antonius gleichen.

Nur töten sie sich heute nicht mehr, sondern wandeln unter uns – Zeit ihres Lebens – lebende Leichname.

In der Fabrik.

Sah ich eine Weile zu,
wie die Funken stieben;
Räder, Riemen ohne Ruh
durch den Tag getrieben.

Hört ich eine Weile,
wie die Maschinen stöhnen,
unter ihrer Melodie
alle Pfosten dröhnen.

Stampf und Stoß und Surr und Summ
machten mich beklommen,
ging zum Tor hinaus ich stumm,
war so froh gekommen.

Draußen sah ich Staub und Ruß
ich ein Mädchen stehen;
war soeben flügge. Muss
Jugend so vergehen?

Fort, nur fort! Schon grüßt mich hoch
freier Wipfel Brausen,
aber immer hör' ich noch
Rädersurrn und -sauen.

Falke.

Briefkasten der Redaktion.

Wir müssen unseren werten Mitarbeitern die Mitteilung machen, dass wir einige Artikel nicht zum Abdruck bringen können. Wir bitten aber nach wie vor um gefl. Mitarbeit.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker);
sämtlich in Bremen

Arbeiterpolitik 10/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 9. März 1918.

Nr.10

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Der Akkumulationsfonds als Steuerquelle.

Von Kurt Classe.

Die gewaltigen Kosten, die der Krieg allen beteiligten Ländern auferlegt, haben die Steuerfrage wieder zu der aktuellsten und brennendsten Tagesfrage gemacht. Wollen wir rein wissenschaftlich und fachlich erkennen, auf welche Weise Steuern überhaupt aufgebracht, aus welchen Quellen sie geschöpft werden können. So leuchtet ein, dass dies nur das unaufhörlich neu entstehende Ergebnis der gesamten Arbeit eines Volkes sein kann. Nur dessen Früchte können ständig gepflückt werden, weil sie ständig frisch nachwachsen. Wollte man dagegen diejenigen Fonds angreifen, welche den dauernden Gang der Produktion sichern, so würde man die Henne schlachten, welche die goldenen Eier legt. Man würde im Augenblick vielleicht beträchtliche Summen haben können, aber bald darauf nichts mehr. *Nur das Produktionsergebnis darf Steuerquelle sein*, ist deshalb der erste und allseitig anerkannte Grundsatz alles Steuerwesens Niemals darf an diejenigen Kräfte gerührt werden, aus denen die Produktion ihre Nahrung zieht.

Jedoch, welche Kräfte das sind, darüber herrscht allerdings in der Wissenschaft noch große Uneinigkeit. Betrachten wir das Ergebnis des Produktionsprozesses etwa, wie es sich nach Ablauf eines Jahres darstellt, so hat es sich zerteilt in *Arbeitslohn*, *Kapitalprofit* und *Grundrente*. Der Arbeitslohn wird so ziemlich völlig im Laufe des Jahres wieder verbraucht, um den Lebensunterhalt der Arbeiter zu bestreiten, ohne welchen eine Fortsetzung der Produktion unmöglich wäre. Nur wenn die Löhne in ihrer Gesamtheit die Summe dessen übersteigen, was die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit zum Unterhalt braucht, könnte daraus ein Fonds für sonstige Zwecke angesammelt werden.

Anders steht es mit Kapitalprofit und Grundrente. Sie können niemals ganz für Konsum ausgegeben werden. Vielmehr müssen ihre Besitzer von vornherein einen Teil davon abzweigen und ansammeln, um jederzeit sowohl für die Erneuerung als auch für die Erweiterung ihrer Produktionsanlagen gerüstet zu sein. Wenn der Landwirt nicht rechtzeitig die Mittel zu Aussaat, zur Düngung, zur Viehhaltung usw., der Fabrikant neue Maschinen und Rohstoffe nicht beschaffen kann, ist die Produktion lahmgelegt. Hier erwächst also dem Steuertechniker eine schwere Aufgabe, wenn er die Steuer so bemessen will, dass sie den Fortgang der Produktion nicht hemmt.

Aber nicht darum allein handelt es sich. Vielmehr erheischt der ungestörte Fortgang der Produktion auch deren unablässige *Erweiterung*. Nicht nur im gleichen, sondern in größerem Umfang muss produziert werden, wenn die Produktion mit der Zunahme der Bevölkerung gleichen Schritt halten und die immer mehr steigenden Bedürfnisse der Menschen befriedigen will.

Die Frage, woher die Steuern genommen werden sollen, die zur Verzinsung und Rückerstattung der ungeheuren Summen, die der Krieg verschlingt, hat die Finanzleute aller an ihm beteiligten Staaten in arge Verlegenheit gebracht. Ganz besonders wird die Frage diskutiert, inwieweit die aufzubringenden Steuern vom Akkumulationsfonds genommen werden können. Und während bisher innerhalb der Sozialdemokratie ganz allgemein der Grundsatz galt, dass alle Steuern vom Mehrwert bezahlt werden müssen, hat auch auf diesem Gebiete mancher umgelernt. Selbst Leute, deren Namen unter den Wissenschaftlern einen guten Klang hatten, – wie zum Beispiel Heinrich Cunow – glaubten warnen zu müssen vor allzu starker Belastung des Unternehmerprofits. Und dabei begnügen sie sich nicht mit der Feststellung, dass eine starke Besteuerung des Einkommens der Kapitalisten die Kapitalakkumulation hemmt und die gesellschaftlichen Produktivkräfte einschränkt, sondern versuchen glauben zu machen, dass es im Interesse des Proletariats liegt, wenn ein Teil der aufzubringenden Summen auf anderem Wege, nämlich durch eine direkte Besteuerung des Arbeitslohnes eingebracht wird.

Eine kurze Betrachtung wird zeigen, wie falsch diese Annahme ist.

Die einzige Steuerquelle ist das Ergebnis des Produktionsprozesses im Staate. Sie setzt sich zusammen aus Arbeitslohn, Kapitalprofit und Grundrente. Unternehmerprofit und Grundrente sind Mehrwert.

Nach der Marxschen Werttheorie ist der Arbeitslohn gleich der Summe, die zur Wiederherstellung der Arbeitskraft notwendig ist. Besteuerung des Konsumtionsfonds der Arbeiter heißt somit Verminderung der Produktivkräfte des Staates.

Somit verbleibt noch als einzige Steuerquelle der Mehrwert, Dieser zerfällt in: Produktionsfonds und Konsumtionsfonds der Kapitalisten. Der Konsumtionsfonds der Kapitalisten ist unproduktiv und muss deshalb zuerst zur Besteuerung herangezogen werden.

Da in der Praxis die beiden genannten Fonds nicht als gesonderte Summe auftreten, behaupten die Erfinder der neuen Steuertheorie, dass bei einer Besteuerung des Unternehmerprofits die Kapitalisten diese Steuer nicht dem Konsumtionsfonds, sondern dem Akkumulationsfonds entnehmen werden.

Schon diese Annahme ist falsch, da es nicht von dem Willen des Kapitalisten allein abhängig ist, wie viel er für Steuerzwecke dem Akkumulationsfonds oder dem Konsumtionsfonds entnehmen will. Denn Mehrwert ist Zweck und Ziel des Kapitals. Soll aber die Profitrate des einzelnen Unternehmers nicht sinken, so muss sein Unternehmen vor allem konkurrenzfähig sein. Die Konkurrenzfähigkeit aber liegt in der technischen und finanziellen Überlegenheit seines Betriebes. Marx sagt darüber im ersten Bande des „Kapitals“:

„Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion macht eine fortwährende Steigerung des in einem industriellen Unternehmen angelegten Kapitals zur Notwendigkeit, und die Konkurrenz herrscht jedem Kapitalisten die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise als äußere Zwangsgesetze auf. Sie zwingt ihn, sein Kapital fortwährend auszudehnen, um es zu erhalten, und ausdehnen kann er es nur vermittels progressiver Akkumulation.“

Dass der Verbrauchsfonds der Kapitalisten noch gehörig gekürzt werden kann, davon wird jeder Proletarier überzeugt sein. Für die Deckung der Schulden, die der Weltkrieg den Staaten auferlegt, wird natürlich auch der Konsumtionsfonds der Kapitalisten nicht ausreichen; selbst wenn er auf das Äußerste gekürzt werden sollte.

Da es eine andere Steuerquelle als Arbeitslohn, Unternehmerprofit und Grundrente nicht gibt, so kommen wir zu der Frage, ob es im Interesse der Arbeiter liegt, wenn die Steuern restlos dem Akkumulationsfonds oder durch Besteuerung des Konsums dem Arbeitslohn entnommen werden.

Nehmen wir einmal an, dass der gesamte Steuerbetrag dem Produktionsfonds entnommen würde. Was wäre die Folge? Verminderung der Produktivkräfte; Hemmung der Produktion!

„Zur Hilfe, es brennt! Der Unternehmerprofit ist in Gefahr!“ rufen Cunow und seine Leute. –

Somit bleibt als einzige Steuerquelle nur noch der Arbeitslohn. Arbeitslohn aber ist variables Kapital; es tritt hier nur in einer anderen Form auf. Denn von der Steuersumme, die man dem Arbeitslohn entnimmt, hat der Arbeiter nichts kaufen können. Sie wird nicht verkonsumiert. Daraus ergibt sich: ob die Steuer genommen wird direkt vom Mehrwert der Kapitalisten oder indirekt durch Besteuerung des Konsums der Arbeiter, ist quantitativ für die Produktion gleichgültig; nur wird der Produktionsprozess erweitert.

Für die *Volkswirtschaft* jedoch nicht gleichgültig ist die *Reduzierung des Konsums der Arbeiter*, die – wie wir gesehen haben – *Herabminderung* der gesellschaftlichen Produktivkräfte bedeutet.

Cunow versucht nun seine Theorie schmackhaft zu machen und fragt: liegt nicht die Möglichkeit vor, dass nach Besteuerung des Unternehmerprofits die Kapitalisten den Rückgang ihres Gewinns wieder auszugleichen versuchen durch Preiserhöhung der Waren, durch Druck auf die Arbeitslöhne usw.? – und er vergisst in seiner Sorge um den Unternehmerprofit das ABC des proletarischen Klassenkampfes.

Dass die Unternehmer immer versuchen werden, alle Lasten von sich auf das Proletariat abzuwälzen, ist für jeden Sozialisten ohne weiteres klar. Dieses Bestreben jedoch stößt auf den Widerstand der Arbeiter, die nicht einsehen können, weshalb sie hungern sollen im Interesse des Unternehmerprofits.

Nach Cunows Auffassung freilich müsste das Proletariat überhaupt den Kampf um höhere Löhne einstellen. Denn dadurch hemmt es die Kapitalakkumulation. Bei den Arbeitern allerdings, die in Zukunft mehr als je unter dem Druck der direkten und indirekten Besteuerung werden leiden müssen, wird Cunows theoretischer Purzelbaum kaum Verständnis finden. Sie werden vielmehr einsehen, dass es nicht in ihrem Interesse liegen kann, wenn man aus Rücksicht auf den Unternehmerprofit den Arbeitslohn besteuert, um damit die Stützen der kapitalistischen Staatsmechanerie aufrecht zu erhalten.

Friedrich Engels über Mitteleuropa und „natürliche Grenzen“.

Die Schrift von Friedrich Engels „Po und Rhein“, die 1859 erschien und von Eduard Bernstein als Nr. 32 der Kleinen Bibliothek bei Dietz neu herausgegeben wurde, ist jetzt wieder aktuell, weil dort die Bedeutung Oberitaliens in strategischer Beziehung behandelt wird und besonders die Wechselwirkung von Strategie und Politik mit jener Klarheit und völligen Beherrschung des Tatsachenmaterials dargestellt ist, die Engels kennzeichnet. Natürlich haben sich seit den Tagen des italienischen Krieges die Dinge völlig geändert. Aber gerade die Änderungen militärischer und politischer Natur kommen bei der Lektüre erst voll zum

Bewusstsein und wichtiger als der Inhalt ist die Methode sachlich-kritischer Betrachtung aller Fragen, eine Methode, die man gerade heute oft so schmerzlich vermisst. Dazwischen liegen Ausführungen allgemeiner Natur, die auch heute noch Geltung haben und oft recht modern anmuten. Hier seien darum ein paar Lesefrüchte mitgeteilt: Über die – man möchte sagen – „mitteleuropäischen“ Bestrebungen vor 60 Jahren, die damals aber nur Phantasien von Ideologen waren, urteilt Engels u. a. Seite 5:

Wir meinen jene mitteleuropäische Großmachttheorie, die aus Österreich, Preußen und dem übrigen Deutschland einen Bundesstaat unter Österreichs vorwiegendem Einfluss errichten, Ungarn und die slawisch-rumänischen Donauländer durch Kolonisation, Schulen und sanfte Gewalt germanisieren, den Schwerpunkt dieses Länderkomplexes dadurch mehr und mehr nach Südosten, nach Wien verlegen und nebenbei auch Elsass-Lothringen wieder erobern möchte. Die mitteleuropäische Großmacht soll eine Art Wiedergeburt des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation sein und scheint unter anderem auch den Zweck zu haben, die weiland österreichischen Niederlande (Belgien meint Engels) sowie Holland sich als Vasallenstaaten einzuverleiben. ... Dass sich dies alles erfüllte, dafür ist auch schon gesorgt. Die Romanen sind in akutem Verfall begriffen; die Spanier und Italiener sind bereits total zugrunde gegangen, und die Franzosen erleben in diesem Augenblick ebenfalls ihre Auflösung.

Auf der anderen Seite sind die Slawen unfähig zu wahrer, moderner Staatenbildung und haben den welthistorischen Beruf, germanisiert zu werden. ... Der einzige Stamm, der sich noch sittliche Kraft und historische Befähigung bewahrt hat, sind also die Germanen, und von diesen sind die Engländer auch so tief in insularen Egoismus und Materialismus versunken, dass man ihren Einfluss, ihren Handel und ihre Industrie durch kräftige Schutzzölle, durch eine Art rationellen Kontinentalsystems vom europäischen Festland entfernt halten muss. Auf diese Weise kann es dem deutschen sittlichen Ernst und der jugendlichen mitteleuropäischen Großmacht gar nicht fehlen, dass diese letztere binnen kurzem die Weltherrschaft zu Wasser und zu Lande an sich reißt und eine neue geschichtliche Ära einweihet, bei der Deutschland seit langer Zeit endlich einmal wieder die erste Violine spielt und die übrigen Nationen nach ihr tanzen.

Franzosen und Russen gehört das Land,
Das Meer gehört den Briten;
Wir aber besitzen im Luftreich des Traums
Die Herrschaft unbestritten.

Man sieht, die Alldeutschen von 1859 haben viele Berührungspunkte mit denen des 20. Jahrhunderts. Nur stehen diesmal hinter den Träumen nicht nur Ideologen und die „Augsburger Allgemeine Zeitung“. Auch handelt es sich nicht mehr um bürgerlichen Nationalismus. Was Engels über diesen Punkt sagt, gilt heute mehr denn je und könnte leicht mit unzähligen Beispielen belegt und variiert werden. Man höre:

„Wir haben jetzt gesehen, wohin die von den mitteleuropäischen Großmachtspolitikern aufgestellte Theorie der natürlichen Grenzen führt. Dasselbe Recht, das Deutschland auf den Po hat, hat Frankreich auf den Rhein. Soll Frankreich nicht um einer guten militärischen Position willen sich 9 Millionen Wallonen, Niederländer und Deutsche einverleiben, so haben wir auch kein Recht, 6 Millionen Italiener um einer militärischen Stellung willen zu unterjochen. Und diese natürliche Grenze, der Po, ist doch am Ende nur eine militärische Position, nur darum, sagt man uns, soll Deutschland ihn behaupten.“

Die Theorie der natürlichen Grenzen verlangt mit demselben Recht, auf das Deutschland sich am Po stützt, für Russland Galizien und die Bukowina und die Arrondierung nach der Ostsee zu, die mindestens das ganze preußische rechte Weichselufer in sich schließt. Sie wird einige

Jahre später mit demselben Recht die Anforderung stellen können, dass die Oder die natürliche Grenze Russisch-Polens sei.

Die Theorie der natürlichen Grenzen, auf Portugal angewandt, ist gezwungen, dieses Land bis an die Pyrenäen auszudehnen und ganz Spanien in Portugal aufgehen zu lassen.

Die natürliche Grenze von Reuß-Greiz-Schleiz-Lobenstein wird ebenfalls mindestens bis an die Grenze des deutschen Bundesgebietes und darüber hinaus bis an den Po, vielleicht an die Weichsel ausgedehnt werden müssen, wenn anders den Gesetzen der ewigen Gerechtigkeit Rechnung getragen werden soll, und Reuß-Greiz-Schleiz-Lobenstein hat ebenso viel Anspruch, dass ihm sein Recht werde wie Österreich.

Wenn die Theorie der natürlichen, das heißt ausschließlich durch militärische Erwägungen festgestellten Grenzen richtig ist, welchen Namen sollen wir dann den deutschen Diplomaten geben, die auf dem Wiener Kongress uns an den Rand eines Krieges Deutscher gegen Deutsche brachten, uns die Maaslinie entgehen ließen, die deutsche Ostgrenze bloßlegten und es dem Ausland überließen, Deutschland einzugrenzen und zu repartieren?“ (Seite 46.)

Heute spricht man von geographischen Grenzen, konstruiert einen Begriff „Zwischeneuropa“. Man schiebt wirtschaftliche Notwendigkeiten vor. Dabei hat gerade heute weder die natürliche noch die militärische Grenze eine feste Bestimmung, da die Verkehrsmittel die natürlichen Hindernisse überwinden und die ewig fortschreitende Waffentechnik gerade in diesem Kriege bewiesen hat, was militärische Positionen wert sind oder wie der Wert des Geländes und der Befestigungen sich stetig verschiebt je nach den Kriegsmitteln und der sich ihnen anpassenden Taktik. Unterseeboote, die „die dicke Bertha“, die Entwicklung der Mienenwerfer und des Grabenkrieges und tausend andere militärtechnische Dinge sind dafür der glänzende Beweis.

Aus der italienischen Parteibewegung.

Die italienische Partei hat nie aufgehört, für den Frieden zu kämpfen. Diesem Kampfe haben sich die Vertreter aller politischen Schattierungen innerhalb der Partei unter Anstrengung aller ihrer Kräfte hingegeben

Überträgt man den Blick von der allgemeinen Volksstimmung auf die Stimmung, die innerhalb der Avantgarde der Massenbewegung, der sozialistischen Partei im engeren Sinne herrscht, so ersieht man, dass es der großen Mehrheit der italienischen Sozialdemokratie daran lag, ihre Pflicht als Vertreterin der proletarischen Interessen und der sozialistischen Ideologie zu erfüllen.

Zwei Punkte standen im Vordergrund des sozialistischen Interesses in den letzten Monaten und gaben, trotz der Hindernisse der Zensur und der für eine allgemeine Diskussion gewiss nicht besonders günstigen Verhältnisse, Anlass zu lebhafter Polemik. Die eine Frage galt der Stellung zur Vaterlandsverteidigung, die andere betraf die von Turati gemachte Andeutung, man könne eventuell, um den Frieden zu erzwingen, sich einem „minder schlimmen“ Ministerium nähern. Diese Andeutung, die Turati in der ihm gewöhnten paradoxalen Weise machte, rief in einem Teile und zwar in dem größten Teile der Partei heftigen Widerspruch hervor. Genosse Serrati als Mitglied des P. V. und Hauptredakteur des „Avanti“ bekämpfte diese Auffassung aufs Entschiedenste und forderte die Parteigenossen auf, zu ihr vor und auf dem Parteitage Stellung zu nehmen.

Da der Parteitag nun in absehbarer Zeit nicht abgehalten werden wird und die wütende Reaktion und die tendenziösen Berichte alles aufbieten werden, um den Geist des italienischen Sozialismus zu entstellen, und da wie gewöhnlich behauptet werden wird, dass nur ein

„Häuflein Fanatiker“ dem Internationalismus treu geblieben sind, möchten wir ein paar Stimmen aus der Provinz anführen, aus der Parteipresse, an deren Spitze keine Führer stehen. Aus ihnen ersieht man, dass die Genossen im ganzen Lande den grundsätzlichen und taktischen Beschlüssen des Parteitags mit vollem Bewusstsein der Notwendigkeit dessen, was kommen sollte, entgegensahen.

So schrieb das sozialistische Wochenblatt „Risveglio“ Ende Oktober:

„Das Vaterland hat den Klassenkampf nicht aufgehoben. Die allernächste Zukunft wird im Gegenteil beweisen, wie sehr der Krieg ihn verschärft hat. Das Bewusstsein, dass es so gehen würde, hat unsere Partei davon abgehalten, dem allgemeinen Verrat, dessen Opfer die anderen Parteien wurden, zu verfallen. Wir sehen mit Zuversicht dem Parteitage entgegen, auf dem es zu heftigen Debatten kommen wird. Das Wiedererwachen der Reaktion – auch ein Ergebnis des Krieges – hat die Sozialisten zusammenschweißt. Die Einheit der Partei wird nicht gefährdet. ...

Wir werden mit unbeschreiblicher Spannung die Debatten des Parteitages verfolgen, sie werden uns mit Begeisterung erfüllen. Die Erbitterung, die Opfer der Vergangenheit werden wir vergessen in Aussicht auf eine erfolgreiche Arbeit für unsere Partei, die von erneutem Glauben an das lechzende Proletariat getragen wird.

Deshalb entbieten wir dem Parteitage unseren Gruß mit dem Wunsche, er möge fruchtbringende Arbeit verrichten, zu Gunsten des Proletariats, zum Wohle der Menschheit und des Sozialismus.“

Ein anderes Wochenblatt, die „Favilla“ schrieb:

„Gewiss hat der Sozialismus noch nie so große und schwere Aufgaben zu lösen gehabt, wie in diesem Augenblicke, in dem ein neuer Abschnitt der Weltgeschichte reift. Und da der Sozialismus die Umgestaltung, die die Entwicklung der Ereignisse gebieterisch erheischt, vorbereiten muss, so haben die Vertreter des Sozialismus die Pflicht, vornehmlich die Tatsachen zu erwägen, den Willen der Völker vereinigend, die sich bemühen, den Übergang aus der heutigen in die zukünftige Gesellschaftsordnung so viel als möglich zu beschleunigen.

Wir glauben aber, dass nur der unversöhnliche Klassenkampf den Weg zeigen kann, den der Sozialismus zu folgen hat.

Wie die Reaktion auch wüten mag, sie wird das Vorwärtsschreiten der Menschheit nicht unterbrechen können.

Der Sozialismus wird verwirklicht werden.“

Nicht weniger charakteristisch ist die Stellung der Turiner Sozialisten. Bis vor einigen Tagen verbot die Zensur ihnen, den am meisten „Angeschuldigten“ und Verleumdeten das Wort zu ergreifen. Da aber die Ereignisse in Turin ausführliche Debatten im Parlamente hervorriefen und Mitglieder der Regierung ebenso wie alle Vertreter dieser Stadt sie besprachen – was jedenfalls auf ihre Tragweite hinweist –, durften endlich auch die italienischen Sozialisten zum Worte kommen und erklärten folgendes:

Wenn die Zensur es uns erlaubt hätte, hätten wir bereits vor langer Zeit die Turiner Ereignisse in ihrem wahren Licht dargestellt. Die Bewegung, die im August in Turin stattgefunden und für die wir Turiner Sozialisten jede Verantwortung übernehmen, ist sehr bald in eine zwar nicht geplante, aber ausgesprochen politische Bewegung übergegangen. Als die Arbeiter die Fabriken verließen, musste die Bewegung einen Charakter erhalten, der den Anschauungen, dem Geiste, dem Willen der Turiner Arbeiterschaft entspricht; diesem Geiste hat das von den Herren Intervenisten verleumdete Turiner Proletariat seine Löhne, seine Sicherheit, sein Leben

geopfert, und zwar für ein Ideal der höchsten Menschlichkeit. Und dass das Turiner Proletariat so gehandelt, ist sein Stolz, einen unzerstörbaren Ehrentitel hat es sich dadurch erworben.

Aus der französischen Bewegung.

Das sozialistische „Komitee für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen“ verbreitete nach dem Kongress von Bordeaux folgenden Aufruf:

An die Mitglieder der sozialistischen Partei.

Genossen! Das Verhalten der sozialistischen Führer, Fraktion und Zentralkomitee – vom 4. August 1914 an und die neue politische Orientierung, die dadurch bestimmt wurde, hat im ganzen Lande starken Protest unter den sozialistischen Massen hervorgerufen. Um den Anstrengungen derjenigen, die im Schoße der Internationale der verhängnisvollen Politik der Führer sich entgegensetzten, einen einheitlichen Charakter zu geben und um den Kampf gegen den Krieg international zu organisieren, haben einige internationale Zusammenkünfte stattgefunden.

Das waren: die Internationale sozialistische Frauenkonferenz, März 1915, die Internationale Jugendkonferenz, Bern, April 1915, dann die Zimmerwalder Konferenz, September 1915 und die Kientaler Konferenz, April 1916.

Das Komitee für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen wurde nach der Zimmerwalder Konferenz gegründet.

Wenn heute die Arbeiter und Sozialisten in immer größerer Masse um die Fahne von Zimmerwald und Kiental sich scharen, so ist es der energischen Aktion dieses Komitees zu verdanken und den gemeinsamen, anonymen Anstrengungen seiner Mitglieder. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Prinzipien und die Taktik, die in den verschiedenen internationalen Zusammenkünften und besonders in Zimmerwald und Kiental festgelegt wurden, immer mehr und mehr zum Leitstern der sozialistischen Massen wurden.

Trotzdem äußert sich der Fortschritt unserer Ideen nicht auf unseren Kongressen. Und zwar erhielten wir 1915 77 Stimmen, 100 auf dem Kongresse von 1916, und in Bordeaux haben nur 118 Stimmen getreu die Taktik des Komitees befolgt. Jedenfalls hätten wir in Bordeaux 137 Stimmen bekommen, wenn die Delegierten der Minderheit von der Seine ebenso korrekt gehandelt hätten, wie wir es auf dem Kongresse von 1916 getan. Als die Mehrheit der Zimmerwalder Delegierten gegen die einstimmige Resolution war, ließen wir die zwei Delegierten Bourderon und Millerat über ihre Stimmen frei verfügen, was in Bordeaux unseren zwei Vertretern Kaufmann und Saumeneau nicht gestattet wurde.

Wie dem auch sei, diese Zahlen stehen in keinem Verhältnis zu unserer tatsächlichen Kraft. Wie müssen auf die Ursache dieser Erscheinung eingehen und Abhilfe schaffen.

Jedenfalls können wir schon heute auf einige Ursachen hinweisen, die das langsame Wachstum unserer Vertretung in den Versammlungen bestimmen. Die Hauptsache besteht darin, dass die Mehrheit der Parteigenossen, welche die Anschauungen und die Taktik Zimmerwalds anerkennen, nicht genug Zutrauen zu sich selbst haben und zu viel zu denjenigen, die sie in den Parteikomitees vertreten. Andere wieder sind unzufrieden mit der Art und Weise, in der sie vertreten werden, verlieren zu leicht den Mut und ziehen sich von der Arbeit zurück. Andere betrachten die einzelnen Persönlichkeiten für wichtiger als die Prinzipien und die Organisationen, die sie vertreten. Und doch hätten die Erfahrungen mit Führern, die seit dem Kriege so vollständig versagt haben, das Proletariat für immer von einer jeden Abgötterei heilen sollen.

Außerdem denken die Parteigenossen nicht genügend daran, dass es nicht genügt, den Frieden zu wollen, und ihn zu fördern; es gibt genug Leute in unserer Partei, die, trotzdem sie sich Friedensfreunde nennen, dem Frieden solche Ziele stecken und so unbrauchbare Mittel für seine Erlangung empfehlen, dass der Krieg bis zur vollständigen Erschöpfung dauern könnte. Andererseits ist es klar, dass so manche, die durch unseren Fortschritt erschreckt sind, uns lächerlich machen möchten. Zum Beispiel dafür diene die Abstimmung in Bordeaux, die der Einheit der Minderheiten dienen sollte, die aber auch Einheit in der Konsequenzlosigkeit heißen könnte.

Genossen! Wir müssen eine mächtige Arbeit entfalten, damit unsere Richtung in der Partei ebenso klar auftritt wie im Lande. Dazu müssen wir die Gefühlspolitik, die Gefühle der Kameradschaftlichkeit und der persönlichen Verehrung beiseitelassen; auch soll man nicht entmutigt werden durch Manöver derjenigen, die das Werk von einigen Jahren zerstören möchten.

Scharen wir uns um das „Komitee der Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen“, um dort die Resolutionen auszuarbeiten, die wir in unsere Organisationen, Verbände und die Parteikongresse und Versammlungen tragen werden, um unsere Aktion für den Frieden wirksamer zu gestalten.

Belehrt durch das Missgeschick von Bordeaux, um alle Manöver und alle Überraschungen zu vermeiden, geloben wir uns, das Experiment von der Seine, das der Minorität erlaubt hat, über unsere Mandate zu verfügen, nicht zu wiederholen.

Lasst uns auf allen Parteitag unsere eigenen Resolutionen, unsere eigenen Delegationen haben. Wir wollen ohne Kompromisse direkt dem Ziele, dem Sozialismus und dem Frieden zustreben!

Die Gewerkschaftsführer in Nöten.

Die Gewerkschaftsführer sind drauf und dran, ihre Macht innerhalb der Gewerkschaften zu befestigen und die Mitglieder zu entrechteten. Dafür, dass sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiter im Vergleich zur Unternehmerklasse während des Krieges gewaltig verschlechtert hat, sollen die Gewerkschaftsmitglieder höhere Beiträge zahlen. Das Verwendungsrecht über diese Gelder wollen die Gewerkschaftsbeamten möglichst ganz und gar für sich in Anspruch nehmen. Der Vorstand der *Holzarbeiter* hatte kürzlich die Absicht, seinen Mitgliedern vorzuschlagen, den Ortsgruppen die Gelder aus den Fingern zu nehmen, die sie bisher ansammelten und nach ihrem eigenen Ermessen verwendeten. Eine Reichskonferenz der *Holzarbeiter* hat diesen Plan der Gewerkschaftsbeamten etwas beschnitten. Nun hat der Vorstand der *Fabrikarbeiter* dem demnächst stattfindenden Verbandstag einen Vorschlag gemacht, dass bei Auflösung oder Abtrennung von Ortsgruppen deren Gelder an die Hauptkasse abgeführt werden müssen, wozu gegebenenfalls die Hilfe des bürgerlichen Gerichts in Anspruch genommen werden soll. Der Hauptvorstand der *Fabrikarbeiter* hat von seiner eigenen Tätigkeit eine so schlechte Anschauung, dass er meint, die Gewerkschaftsmitglieder könnten gleich in Haufen oder ortsgruppenweise von ihm abrücken.

In diesen Nöten ist den Gewerkschaftsführern ein Helfer in der Gestalt *Adolf Brauns* erstanden, der das Nürnberger Organ der Regierungssozialisten redigiert. Er hat eine Broschüre herausgegeben, die den Titel trägt: „Gewerkschaftsstreit und Gewerkschaftskampf“. Herr Braun sagt gleich am Anfange, er wolle nicht untersuchen, ob die Misstimmung und die Unzufriedenheit der Gewerkschaftsmitglieder berechtigt und verständlich ist. Er schließt aber dann, dass im Vergleich zu den Aufgaben, die den Gewerkschaften nach dem Kriege

bevorstehen, die etwaigen Sünden der Gewerkschaftsführer „zur Kleinheit und Unbeträchtlichkeit zusammenschrumpfen“.

Herr Braun hat seine Broschüre in einer besseren und billigeren Auflage erscheinen lassen. Die letztere ist für Massenverbreitung bestimmt; er wird damit sicher gute Geschäfte machen. Die Gewerkschaftsführer werden in die Kassen greifen und auf Kosten der Gewerkschaftsmitglieder diese Broschüre zu ihrer Rechtfertigung verbreiten. Das, was Braun schreibt, ist nichts neues. Es sind allgemeine Redensarten, dass die Arbeiter einig sein müssen und dass ihnen nach dem Kriege große Aufgaben bevorstehen.

Wer heute eine Broschüre über die Richtungsstreitigkeiten in, den Gewerkschaften schreiben will und darauf Anspruch macht, ernst genommen zu werden, der muss untersuchen, ob die *Grundsätze* und Methoden der Gewerkschaftsführer während der Kriegszeit geeignet gewesen sind, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern. Er muss ferner untersuchen, ob diese Grundsätze und Methoden geeignet sind, *in der künftigen* Friedenszeit den wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterklasse im Vergleich zu den Unternehmern zu fördern.

Aber gerade das will Herr Adolf Braun vermeiden. Nur nicht sachlich untersuchen, ob die Gewerkschaften während des Krieges zum Schaden oder zum Nutzen der Arbeiterklasse tätig gewesen sind. Das muss ein Blümchen „Rühr mich nicht an“ bleiben. Für die Gewerkschaftsführer ist am besten, wenn von einer sachlichen Prüfung ihrer Tätigkeit abgesehen, dafür aber mit möglichst viel Geräusch die Einigkeitspauke geschlagen wird.

Anmerkung der Redaktion: Für die linksradikale Partei sind die Gewerkschaften mit ihren Grundsätzen und Methoden längst erledigt. Unsere Forderung, die Einheitsorganisation, wird sich nach dem Kriege Bahn brechen und die Köpfe der Arbeiter aufklären.

Vorstandsherrschaft in den Gewerkschaften.

(Schluss.)

In scharfer Weise haben die Gewerkschaftsinstanzen in den Parteistreit eingegriffen, wollte doch Legien schon im Dezember 1914 ohne weiteres Liebknecht aus der Fraktion hinauswerfen lassen. Unter Anführung der Generalkommission nahmen die meisten Gewerkschaftsblätter bei allen Parteifragen gegen die Unabhängige Sozialdemokratie Stellung. Dabei wurde als selbstverständlich angenommen, dass die nicht gefragten Mitglieder die ihnen anbefohlene Politik gutzuheißen hätten. Offen wird dabei mit den Gedanken operiert, die sich noch keine herrschende Kaste entgehen ließ: die Masse ist politisch unreif, sie hat kein Urteil, sie muss geleitet werden; wir, die Einsichtigen, müssen sie leiten, wir tragen die Verantwortung und wissen, was zu ihrem Besten gut ist. Und diese Kleinkinderpädagogik will auf den Schullehrerprügel nicht verzichten und droht nach der anderen Seite: wir ordnen an, die Mitglieder haben zu schweigen, zu gehorchen und wem's nicht passt, der kann den Staub von den Pantoffeln schütteln. Wie sich ja Herr Legien vor nicht allzu langer Zeit auf der Verbandsgeneralversammlung der Metallarbeiter gegen die Opposition vernehmen ließ. Man fühlt sich eben als befehlender Herr, der zu seinen Untergebenen spricht.

Mit der Dauer des Krieges aber gerät die Herrlichkeit des Alleinherrschertums bei den Gewerkschaften doch ins Wanken. In vielen Ortsgruppen regt sich die Opposition, Berlin, Leipzig, Braunschweig und andere Städte sind überwiegend oppositionell gesinnt und überall wird die Frage aufgeworfen, ob sich die Mitglieder die Diktatur der Zentralvorstände noch länger gefallen lassen wollen. Demgegenüber sind die Vorstände bemüht, ihre Stellung zu festigen, wie die bereits von uns gemeldeten Zentralisationsbestrebungen des

Holzarbeiterverbandes beweisen. Wird von oppositioneller Seite versucht, die Parteistreitfrage in den Gewerkschaften zu erörtern, so schieben die Instanzen sofort den alten Ladenhüter vor, der sie auch nicht eine Minute in der Ausnützung ihrer Positionen gehindert hat: die Gewerkschaften sind neutral, diese Dinge dürfen hier nicht erörtert werden.

Von Kreisen, die den Gewerkschaftsführern außerordentlich nahestehen, wird öfters mit scheinheiligem Augenaufschlag vom Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Demokratisierung der politischen Einrichtungen gefaselt. In den Gewerkschaften selbst aber vollzieht sich die umgekehrte Entwicklung. Ein Gegensatz, der sich nur dadurch erklären lässt, dass auch die Gewerkschaftsmitglieder, die Arbeiter, nicht auf den Posten sind.

Die kommende Zeit wird große Probleme und schwere Kämpfe für die Arbeiterschaft mit sich bringen. Die Konzentration des Kapitals und die Kartellierung der Industrie ist in einem Maße fortgeschritten und hat durch die Zwangssyndizierungen und die Überwachung des Staates das Verhältnis zwischen den Arbeitern und den Besitzern der Produktionsmittel in einer Weise umgewälzt, dass an eine Wiederholung der alten gewerkschaftlichen Taktik nicht zu denken ist. Damit fällt auch die Voraussetzung des bisherigen Führer- und Beamtentums in den Gewerkschaften, die kommenden Auseinandersetzungen werden im Zeichen der politischen Einheitsbewegung stehen. Je eher aber die Arbeiter sich frei machen von der auf ihnen lastenden Bevormundung und der Autokratie ihrer Führer, desto kräftiger und sicherer können sie den Aufgaben der Zukunft entgegensehen.

Gewerkschaftsfragen.

Von Th. Münzer.

Aus Stuttgart kommt die Nachricht, dass die „Unabhängigen“ beschlossen haben, die Vorarbeiten zur Gründung einer neuen gewerkschaftlichen Kampforganisation in die Hand zu nehmen. Darob natürlich großes Geschrei bei den Sozialpatrioten. Wenn sie schreiben, dass die deutsche Gewerkschaftsbewegung bisher von jener bedauerlichen Spaltung verschont blieb, die in der politischen Partei zur Tatsache geworden, liegt das in der klaren Erkenntnis der organisierten Arbeiterschaft. Das heißt doch, die Verhältnisse auf den Kopf stellen. Zunächst, wer spaltete die politische Organisation, und wer spaltet die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter? Doch nur die Sozialpatrioten und ihre politischen Freunde in den Gewerkschaften, die sogen. Gewerkschaftsführer. Wenn es nicht schon längst zu einer Spaltung auch in den Gewerkschaften gekommen ist, liegt das wohl zumeist daran, dass ein großer Teil der Mitglieder im Felde steht. Glauben denn jene Herren, dass sich die Arbeiter aus einem X ein U vormachen lassen?

Während die Statuten vor lauter Demokratie überfließen, haben die Mitglieder heute so gut wie nichts mehr zu sagen. Wer bestimmt die Richtung und die Unterstützungssätze in den Gewerkschaften. Zum großen Teil doch nur die Gewerkschaftsbureaukratie. Und wenn es dann weiter heißt, wer schützt die Arbeiter vor wirtschaftlicher Ausbeutung gegenüber dem Unternehmertum. Die heutigen Gewerkschaften etwa? Im Gegenteil, sie liefern die Arbeiter zum großen Teil dem Unternehmertum aus. Beispiele sind genügend vorhanden.

Zum Schluss heißt es: In dieses stolze Gebäude der deutschen Arbeiterklasse will der eben erwähnte Stuttgarter Beschluss Bresche legen. Nun, wir vertrauen darauf, dass jene Stuttgarter Entschließung ohne nennenswerte Wirkung bleiben wird. Aber schon der Versuch, die Uneinigkeit in die Gewerkschaftsbewegung zu tragen, muss als verderblich bezeichnet werden. Im Gegenteil! Er zeigt den *Sozialpatrioten*, dass die Arbeiter im Kriege denken lernen.

Aus unserm politischen Tagebuch.

6. März.

Italien vor der Revolution. Italien steht heute vor dem Zusammenbruch. Die Geister der Revolution sind wach von Mailand bis Neapel und Palermo. In den großen Städten kann der allgemeine Aufruhr durch die Truppen und vor allem durch die fremden Truppen und die riesigen Polizeitruppen noch mühsam im Zaume gehalten werden. Aber auf dem Lande, besonders in Mittelitalien, grenzen die Zustände bereits an Anarchie. Selbst Blätter wie der Mailänder „Corriere della Sera“ geben heute unumwunden zu, dass Italien an der Grenze eines völligen Zerfalls angelangt ist und dass eine allgemeine Katastrophe drohend vor der Tür steht.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 11/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 16. März 1918.

Nr.11

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Wozu brauchen wir Theorien?⁶

Aus Aufsätze von Friedrich Adler.

1.

Zwei Arten von Produktionsmitteln sind im Besitz der bürgerlichen Gesellschaft: Produktionsmittel des Lebens und Produktionsmittel des Todes. Die Produktionsmittel des Lebens bestehen in den Maschinen, auf denen Kleiderstoffe, Nahrungsmittel, kurz alles, was wir zum Leben brauchen, hergestellt werden; die Produktionsmittel des Todes sind die Waffen, die Gewehre und Kanonen, mit denen Menschen verwundet und getötet werden können. Der Besitz der Gewehre und Maschinen ist das Monopol der bürgerlichen Gesellschaft; auf ihn gründet sich ihre Herrschaftsstellung.

Die Arbeiterklasse besitzt nichts als ihre Arbeitskraft, von der das Bürgertum Gebrauch machen muss, um die Produktionsmittel in Bewegung zu setzen, und zwar ebenso wohl die lebenermöglichenden Maschinen als die todbringenden Gewehre. Auf diesen Tatbestand gründen sich das Ziel des Kampfes der Arbeiter und seine Mittel. Dies Ziel ist, dass die gesamte Gesellschaft Besitz ergreife von allen vorhandenen Produktionsmitteln, von den Maschinen, damit sie arbeiten für alle Menschen, von den Gewehren, damit alle mit gleichem Recht darüber wachen, dass sie nicht in Funktion treten.

Bis zur endgültigen Eroberung der Produktionsmittel für die Gesamtheit gilt es, der Kapitalistenklasse vorzuschreiben, welchen Gebrauch sie von diesen Produktionsmitteln macht, ihrer Willkür Grenzen zu ziehen. Es muss das Maß, in dem die Maschinen als Instrumente der Ausbeutung verwendet werden, eingeschränkt, es muss der Bourgeoisie klargemacht werden, dass mit den Waffen nicht zu spielen ist, dass sie sich Einschränkungen auferlegen muss, wenn sie sie benützen will, um die Arbeiter gefügig zu machen. Und das gelingt. Anstelle der Dekretierung, der Verordnung der Arbeitsbedingungen durch den berühmten „Herrn im eigenen Hause“, tritt der Arbeitsvertrag, in dem zuerst für die einzelne

⁶ Eine Kritik der Aufsätze behält sich die Redaktion vor.

Fabrik, dann für die ganze Branche der Stadt, schließlich des Landes die Dauer der täglichen Arbeitszeit, die Höhe des Lohnes usw. festgelegt werden. Anstelle der Verordnung ist der Vertrag getreten, allerdings einstweilen nur der Vertrag zwischen den Arbeitern als einem, den Kapitalisten als anderem vertragschließenden Teil, während wir dahin streben, dass bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen alle Individuen als ganz gleichberechtigte Faktoren mitwirken.

Aber wir haben noch viel weiter gehende Bestimmungen, die in das Leben des einzelnen ebenso stark eingreifen wie der Arbeitsvertrag: die Gesetze des Staates. Auch diese sind anfangs Verordnungen eines absoluten Herrschers, dann Verordnungen einer herrschenden Klasse, in die die Arbeiter nichts dreinzureden haben. Aber auch der Rechtlosigkeit der Arbeiter gelingt es in immer steigendem Maße ein Ende zu machen und dadurch verwandelt sich das Staatsgesetz aus einer Verordnung, aus einem Dekret einer bestimmten Klasse immer mehr in einen Vertrag aller Bürger. Nicht mehr eine privilegierte Klasse, sondern die Mehrheit der Bürger hat den entscheidenden Einfluss. Allerdings nicht den ausschließlichen, denn die Minderheit, die nicht ihrer Stärke entsprechende Konzessionen erhält, die vergewaltigt wird, fühlt sich durch das Gesetz nicht mehr gebunden und kann alle Funktionen der Gesellschaft obstruieren.

Wie in der Fabrik, so im Staate ist der Arbeiter anfangs rechtlos, wie auf die Arbeitsordnung gewinnt er schließlich auch auf die Staatsordnung Einfluss. Die Willkür des einzelnen Kapitalisten ebenso wie die der kapitalistischen Regierungen wird immer mehr durch die organisierte Arbeiterklasse eingeengt. Welche Mittel stehen ihr dabei zu Gebote? In letzter Instanz kann sie sich nur auf das Eigentum stützen, das sie tatsächlich besitzt, über das sie frei verfügt: das Leben des einzelnen Menschen und speziell seine Arbeitskraft.

Das erste Machtmittel der Arbeiter ist also, ihre Arbeitskraft nicht zu gebrauchen, das heißt die Produktionsmittel außer Dienst zu stellen.

Weiter wirkt die Arbeiterschaft in sozialistischem Sinne vor allem durch die Arbeit an der einzigen Maschine, die dem Proletariat gehört – durch die Arbeit an der Organisation, diesem Produktionsmittel der Macht der Arbeiterklasse. An den anderen Produktionsmitteln kann sozialistische Arbeit nur so weit geleistet werden, als den Besitzenden das Verfügungsrecht entzogen ist. Die Arbeit an den Maschinen in unseren Produktivgenossenschaften ist sozialistische Arbeit.

Die Arbeitskraft und schließlich das Leben sind der Einsatz, auf den sich in letzter Linie all unser Kampf stützt. In den Konferenzen über einen Arbeitsvertrag, ebenso wie in den Konferenzen, die man Parlamente nennt, in denen über weit umfassendere Verträge verhandelt wird, hängt alles, was unsere Vertreter, unsere Delegierten, unsere Abgeordneten erreichen können, davon ab, welche Macht die Arbeiterschaft, die hinter ihnen steht, repräsentiert an Zahl und Opferwilligkeit, inwieweit die Herrschenden wissen, dass sie bereit ist, ihre Arbeitskraft einzusetzen und eventuell ihr Leben in die Schanze zu schlagen. Die Arbeiterklasse darf sich nicht in dem Glauben wiegen, dass bei den Verträgen, die geschlossen werden in Bureaux und Parlamenten, die Vertreter das Wichtigste sind, die schon alles tun werden; sondern gerade umgekehrt: alles kommt darauf an, inwieweit die Wortführer der Arbeiterklasse sich auf ihre Auftraggeber verlassen können. Die große Masse braucht gar nicht in sichtbare Aktion zu treten; gewöhnlich genügt die Kampfbereitschaft. Nur der kleinste Bruchteil von Verträgen wird auf Grund von Kriegen geschlossen; aber der Grad der Kampfbereitschaft bestimmt, was in dem Vertrag Aufnahme findet. In den Parlamenten werden unsere Anträge fast nie angenommen und doch enthält jeder Beschluss, der gefasst wird, jedes Gesetz, das zustande kommt, viele Konzessionen an die Arbeiterklasse, als ihrer momentanen, wirklichen Macht entspricht.

Wenn das, in kurzen Zügen gezeichnet, die Kampfmittel des Proletariats sind, dann drängt sich unwillkürlich die Frage auf: Ja, warum redet man denn immer so viel von Theorien? Und es ist vereinzelt gefragt worden: Brauchen wir denn überhaupt Theorien?

Um uns über diese Frage klar zu werden, müssen wir erst eine andere Frage beantworten: Was sind denn eigentlich die Theorien? Sind sie wirklich dem gewöhnlichen Leben so fremd, wie mancher wähnt, der sich niemals diese Frage beantwortet hat? Oder sind sie nicht vielmehr ein *Naturprodukt*, das fortwährend in allen unseren Lebensbetätigungen auftritt?

2.

Eine Theorie ist ein möglichst übersichtlich geordnetes System von Lehrsätzen, oder wie man auch sagt, von Gesetzen, Naturgesetzen, oder besser: wissenschaftlichen Gesetzen.

Wenn wir also wissen wollen, was eine Theorie ist, werden wir erst untersuchen müssen, was solche Lehrsätze, solche Gesetze sind, die die Bausteine der Theorie bilden.

Dabei müssen wir von vornherein ein Missverständnis ausschließen. Man hat die sehr unpraktische Gewohnheit, zwei ganz verschiedene Dinge mit demselben Namen zu bezeichnen. Wir haben oben bereits das Wort Gesetz gebraucht, von Gesetzen des Staates gesprochen und gesagt, dass dieselben ursprünglichen Verordnungen waren und sich mit fortschreitender Demokratisierung zu Verträgen zwischen den Bürgern entwickeln. Das Gesetz der Wissenschaft ist, wie wir noch zu erläutern haben, keine Verordnung kein Vertrag, sondern eben ein Lehrsatz.

„Ein gebranntes Kind fürchtet das Feuer.“ Dieses alte Sprichwort sagt uns deutlich, wie ein wissenschaftliches Gesetz entsteht. Das Kind rührt den Ofen an und empfindet Schmerz. Macht es diese Erfahrung öfters, so drängt sich ihm schließlich ein Zusammenhang zwischen seiner Schmerzempfindung und der Berührung des Ofens auf. Es stellt das Gesetz auf: „Wenn ich den Ofen anrühre, so schmerzt es.“ Dieser Lehrsatz kommt ihm ins Gedächtnis, so oft es wieder den Ofen erblickt, und leitet sein Handeln: es weicht dem unangenehmen Möbel respektvoll aus.

Solcher Lehrsätze gibt es eine riesige Zahl. Die Theorie fasst dieselben in ein System zusammen, so dass sie leichter gemerkt und damit leichter gefunden werden können, wenn man sie braucht.

Das Kind sagt aus, was geschehen ist: „Bei der Berührung des Ofens hat es mir weh getan.“ Das Gesetz und ebenso die Theorie ist also in erster Linie eine Beschreibung von Erfahrungen, die in der Vergangenheit gemacht wurden. Der Nutzen einer derartigen gedanklichen Feststellung besteht vor allem darin, dass sie uns erspart, Erfahrungen immer wieder zu machen. Wir können Erfahrungen der Vergangenheit in späteren Fällen benützen. Das Kind brennt sich einige Mal, dann nicht mehr; denn wenn es sich dem Ofen nähert, tritt das Denken in Funktion; das Gehirn wirkt als Hemmungsapparat für die Bewegung. Durch die Theorie wird also eine Ökonomie, das heißt eine Ersparnis erzielt. Die Theorie ist somit eine Beschreibung und erfüllt dadurch eine ökonomische Funktion.

Das Kind braucht sich aber an dem Ofen gar nicht zu brennen, um diese Theorie kennen zu lernen. Die Erfahrung kann jeder nur selber machen; die Theorie dagegen ist von einem Menschen auf den anderen übertragbar. Dies geschieht durch den Unterricht; sein Zweck ist es, einem Individuum Erfahrungen zu ersparen durch die Übertragung der Erfahrungen anderer Individuen. Das Kind, dem seine Mutter sagt: „Rühre den Ofen nicht an, es schmerzt, das haben schon andere Kinder ausprobiert“, kann sein Leben verbringen, ohne sich die Finger zu verbrennen. Aber die Ersparnis der Erfahrungen durch die Theorien geht viel weiter als bloß durch die mündliche Mitteilung im Unterricht. Es werden die Erfahrungen ganzer

Generationen erspart durch die Aufbewahrung derselben in Bibliotheken, die sie späteren Generationen zugänglich machen.

Nur durch diese Ökonomie ist es überhaupt möglich, dass wir uns in der Welt orientieren, dass wir etwas in der Welt leisten. Denn was der einzelne Mensch wirklich selbst erfährt, das ist ein winzig kleiner Ausschnitt aus der Welt, mit dem er nur die primitivsten Funktionen ausführen kann und den mannigfachsten Gefahren ausgesetzt ist. Denken wir uns einen Augenblick alles weg, was wir in unserem Leben aus Büchern und Zeitungen geschöpft haben; denken wir uns noch weg, was uns im planmäßigen Unterricht mitgeteilt wurde, und endlich gar auch das, was man uns sonst erzählt hat, so sehen wir, was dann übrigbleibt; was wir selbst erfahren haben, wäre zu recht wenig nütze. Hätten wir nicht die Übertragung durch das Denken, durch die Theorie, so würden wir ins Tierreich zurücksinken, respektive hätten uns nie daraus erhoben.

Der Einzelne kann nur sehr wenige Erfahrungen selbst machen; er ist auf diejenigen der anderen angewiesen, und das gilt ebenso im gewöhnlichen Leben wie bei den kompliziertesten Arbeiten der Wissenschaft. Es tritt da der einzige Glaube ins Spiel, den die Wissenschaft anerkennen muss, jener Glaube, den der große Denker Josef Dietzgen folgendermaßen formuliert hat: „Wir müssen glauben an das Wissen anderer Menschen.“ Das ist der einzige Glaube, den wir aufrechterhalten müssen, ohne den jede Arbeit, jeder Erfolg unmöglich wäre. Aber wir werden natürlich auch in diesem Falle nicht blind, nicht immer glauben können. Die Beschreibung, die uns ein anderer von seiner Erfahrung gibt, braucht nicht richtig zu sein. Er kann sich geirrt haben; es kann also ein Mangel an Intellekt auftreten. Er kann aber auch absichtlich falsche Angaben machen, also einen Mangel an Charakter besitzen. Merken wir irgendwo, dass wir auf Grund falscher Voraussetzungen arbeiten, dann müssen wir den Fall nachprüfen, selber die Erfahrung erproben und so feststellen, ob die Aussage unseres Mitmenschen stichhaltig war. Im großen Ganzen aber operieren wir immer mit einer beträchtlichen Dosis an gutem Glauben, ohne die jede Arbeit ausgeschlossen wäre.

Fortschritte der Erkenntnis, Fortschritte der Technik sind nur möglich, indem wir mit den Erfahrungen ökonomisch umzugehen verstehen, indem wir die Erfahrungen aller Menschen benützen. Das setzt aber die Formulierung dieser Erfahrungen voraus, denn die Erfahrung, die nicht formuliert, die nicht Theorie geworden ist, ist verloren, ist nie wieder benützlich. Die Formulierung der Erfahrung kann nun mannigfacher Art sein. Würde jedes Kind den Ofen, an dem es sich gerade gebrannt hat, im Einzelnen schildern, alle anderen speziellen Umstände beschreiben, so würden wir über die eine Tatsache, dass das Berühren des Ofens schmerzt, dicke Bücher zu lesen bekommen. Es muss also auch in der Formulierung der Erfahrungen eine Ökonomie eintreten. Es müssen die charakteristischen Merkmale hervorgehoben und in einem kurzen Satze zusammengefasst werden. In allen Wissenschaften wird so die komplizierte Mannigfaltigkeit der Erscheinungen übersichtlich geordnet und in leicht anwendbaren, bequem bereitliegenden Sätzen dargestellt.

Die *zweite* Aufgabe der Theorie besteht darin, uns Gedächtnis und Denken durch möglichst ökonomische Formulierung der Erfahrungen zu ersparen. (Fortsetzung folgt.)

Was ist Internationalismus?

Von Friedrich Adler.

Haben wir wirklich alles vergessen, was wir den Separatisten gepredigt haben? Ist unser Internationalismus wirklich herabgesunken auf die liberale Phrase der allgemeinen Menschenverbrüderung, auf das unverbindliche Gerede über gemeinsame Kulturideale? Aus zwei Wurzeln stammt der sozialdemokratische Internationalismus: aus der Demokratie und

aus dem Sozialismus. Als Demokraten anerkennen wir die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Nationen. Aus diesen demokratischen Grundsätzen erfließt unsere Sympathie für den Kampf gegen die Fremdherrschaft, den wir bei den anderen Nationen als ebenso berechtigt anerkennen wie bei der eigenen.

In allem, was wir als Demokraten fordern, waren die Separatisten mit uns vollständig einverstanden. Und doch trat die tiefe Kluft zwischen ihnen und uns zutage! Diese demokratischen Prinzipien waren nämlich das Um und Auf des „Internationalismus der Separatisten“. Für die deutschen Genossen aber war in jenen Kämpfen der sozialistisch-proletarische Kern des Internationalismus das wichtigste, ja sogar das einzige, dem sie die Bezeichnung „international“ zuerkennen wollten. So schlug Genosse Otto Bauer damals vor, jene Denkrichtung, die sich darauf beschränkt, das gleiche Recht aller Nationen auf Freiheit und Entwicklung anzuerkennen, überhaupt nicht als Internationalismus, sondern als Pan-Nationalismus zu bezeichnen. Und heute sehen wir mit Schrecken auch bei manchem deutschen Sozialdemokraten eine Unklarheit des Denkens, die nur allzu sehr an die Separatisten erinnert. Hat man doch sogar die Internationale darin finden wollen, dass heute die Proletarier aller Länder in dem Schicksal vereinigt sind, gegeneinander kämpfen zu müssen!

Wir anerkennen das Recht aller Völker, sich gegen die Einbrecher in das von ihnen bewohnte Gebiet zur Wehr zu setzen. Wir wissen, dass der kapitalistische Imperialismus und das Wettrüsten beinahe alle Staaten in die Gefahr gebracht haben, das Opfer eines derartigen Einbruchversuches zu werden. Wir verstehen, dass auch die Arbeiter in den bedrohten Ländern aus dem primitiven Gefühl der Selbsterhaltung zu den Waffen griffen; man kann dies auf Grund der demokratischen Prinzipien auch zu rechtfertigen versuchen, aber wir können nicht zugeben, dass dies die entscheidenden Gesichtspunkte für das Denken des Sozialdemokraten, der mit Bewusstsein auf dem Boden des Klassenkampfes steht, sein können.

Der proletarisch-sozialistische Internationalismus sieht alles Geschehen in der Welt in allererster Linie von dem Standpunkt an: Welche Wirkung hat es auf dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse aus dem Joch des Kapitalismus? Diesem wahrhaft sozialistischen Internationalismus ist die Schicksalsgemeinschaft der Arbeiterklasse aller Nationen wichtiger als die Schicksalsgemeinschaft der Klassen einer Nation. Das ist unsere alte Überzeugung, die wir vertreten haben, als die Separatisten vom Standpunkt des Klassenkampfes auf den des demokratischen Nationalismus hinübergelitten. Und so mancher deutsche Sozialdemokrat wird heute mit Nutzen den Artikel im Juniheft 1910 des „Kampf“ wieder lesen, der damals geschrieben wurde, um den Separatisten „Das Wesen des Internationalismus“ zu erläutern. Dort heißt es folgendermaßen:

„Der Internationalismus bedeutet die Unterordnung aller besonderen nationalen Ziele unter das gemeinsame Klasseninteresse des ganzen Proletariats. Er fordert die Bewertung aller nationalen Kämpfe nach dem Maßstab des gemeinsamen Interesses der Proletarier aller Länder ...

So ist es auch heute noch das wesentliche Merkmal des wahren Internationalismus, alle besonderen Forderungen der nationalen Demokratie, um welche Nation immer es sich handle, unterzuordnen dem Gesamtinteresse der proletarischen Gesamtbewegung. Wir müssen jede nationale Forderung unterstützen, deren Verwirklichung im Interesse der Demokratisierung Europas gelegen ist; wir müssen aber ebenso entschieden jede nationale Forderung bekämpfen, die die soziale oder politische Reaktion stärkt. Auch die nationale Gleichberechtigung und nationale Selbstregierung sind daher nur solange und nur so weit zu fordern, als sie dem Klasseninteresse des gesamten Proletariats entsprechen.

Die Betrachtung aller sozialen, politischen und nationalen Erscheinungen nicht vom Standpunkt einer Nation aus, sondern vom Standpunkt der Gesamtheit des internationalen Proletariats, die Anerkennung des Vorranges der gemeinsamen Klasseninteressen über alle nationalen Sonderinteressen – das ist internationale Denkweise. Sie schließt die Forderungen der nationalen Demokratie nicht aus, aber sie ordnet sie einem höheren Prinzip unter. Wir dürfen nicht vergessen, dass internationale Sozialdemokraten über allen Sonderbedürfnissen der nationalen Demokratie die gemeinsamen Bedürfnisse der internationalen Gemeinschaft stehen. Denn darin, in dieser prinzipiellen Unterordnung und nicht in bloßen Sympathiegefühlen oder in gelegentlichen Geldopfern für fremde Zwecke, liegt das Wesen des Internationalismus.“

Die Sturmflut der Kriegereignisse hat manchen, von dem wir es nicht erwartet hätten, ins nationale Fahrwasser entführt. Umso höher müssen wir die Bemühungen jener Genossen einschätzen, die den Versuch gemacht haben, vom sozialistisch-proletarischen Klassenstandpunkt aus zu den Ereignissen Stellung zu nehmen, wenn es auch keineswegs allen geglückt ist. Dies zeigt sich schon darin, dass der alte Marxsche Gesichtspunkt des Kampfes gegen die östliche Reaktion in den verschiedenen Ländern zu ganz verschiedenen Resultaten geführt hat. Für die deutschen und österreichischen Genossen ist diese östliche Barbarei der Zarismus.

Wir wollen keineswegs darüber diskutieren, wie der Einfluss der Ereignisse auf die Entwicklung des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse richtig einzuschätzen ist. Wir wollten hier nur feststellen, dass der Ausgangspunkt aller Erwägungen eines internationalen Sozialdemokraten selbstverständlich das Klasseninteresse des Proletariats sein muss. Wir wollen auch nicht das Vorgehen der Sozialdemokraten in fremden Ländern einer Kritik unterziehen. Bei den so überaus spärlichen Nachrichten, die für uns dringen, ist es kaum möglich, ein richtiges Bild zu bekommen. Kehren wir lieber vor der eigenen Tür. Wir hätten wahrlich genug damit zu tun. Und vor allem vergessen wir nicht, dass all unser Denken und Hoffen den ehernen Schritt der Ereignisse nahezu gar nicht beeinflusst, dass im Gegenteil die Tatsachen, die auf den Schlachtfeldern gesetzt werden, unser Denken und Handeln in Zukunft bestimmen werden. Sorgen wir dafür, dass diese Zukunft uns als das findet, was wir immer waren: als internationale Sozialdemokraten.

Was geht in England vor?

Das Aufsehen, das der Brief Lord Lansdownes in England hervorgerufen und die verschiedenen Desavouierungen, die sich an ihn knüpfen, sind dazu angetan, im Auslande den Eindruck zu erwecken, dass bis zu der Veröffentlichung des berüchtigten Briefes in England überhaupt nichts von Kriegsmüdigkeit und Kriegsgegnerschaft zu spüren gewesen sei. Das könnte nur dann behauptet werden, wenn die Stimme des Volkes, der Protest der arbeitenden Massen nicht in Betracht gezogen wären. So wird auch in der Tat verfahren – aber deshalb ist die Stimmung der Volksmassen noch nicht aus der Welt geschaffen. Und dass man gerade in England damit rechnete, dass die Stimme der Kriegsgegner einen unangenehmen Ton in die allgemeine Kriegsbegeisterung hineinbringen könnte, das folgt daraus, dass man vom ersten Kriegsjahre an die Versendung der sozialistischen Zeitungen ins Ausland verbot. Es genügt aber einen Einblick in diese Presse zu werfen, um sich zu überzeugen, wie die Kriegsgegnerschaft im Volke wächst, wie die Parteien und Pressorgane, die von jeher gegen den Krieg aufgetreten sind, an Gefolgschaft gewinnen und wie gerade die Verfolgungen, denen diese Organe und Parteien und ihre Führer unterliegen, dazu beitragen, das politische Interesse in den Massen wach zu rufen.

Aber schon in bürgerlichen Zeitungen, wie „Manchester Guardian“ ertönt immer öfter die Warnung, die Regierung solle es nicht zu weit treiben, um nicht auch in England Bolschewiks großzuziehen. Diese Warnung gilt vor allem den Methoden, die gegen die Bewegung in Irland gehandhabt werden und der Weigerung, die Kriegsziele zu veröffentlichen, der Sympathie, mit der die Presse Kornilow und Konsorten betrachtet, und den Misshandlungen, welchen die tausende und abertausende von „conscientious objectors“ in den Gefängnissen und Zuchthäusern unterworfen sind. In den sozialistischen Blättern, wie „Labour Leader“ und „Call“ finden wir direkte Beweise des Wachstums der Bewegung und wertvolle Angaben über die Stimmung im Lande.

Im „Labour Leader“ vom 11. Oktober schrieb Genosse *Snowden* unter dem Titel „Schmeichelhafter Angriff“: „Die wütenden Angriffe, die gegen uns gerichtet werden, beweisen, wie erfolgreich unsere Agitation ist, außerdem beweisen sie, dass die Nationalisten einsehen, dass der Friede nahe ist und ihre letzten verzweifelten Versuche machen, um das Zustandekommen des Friedens zu verhindern. Was gegen die Friedenspropaganda in der letzten Zeit in den Zeitungen geschrieben wurde, übersteigt ein jedes Vorstellungsvermögen. Die Organisationen, die sich der Friedenspropaganda widmen, tun aber nichts anderes, als was sie in den verflossenen Jahren getan, und zwar haben sie sich bemüht, das Volk zu überzeugen, dass, wie Herr Asquith neulich zugegeben, die Erringung von Frieden die Hauptaufgabe der Menschheit ist. Auch ist keine Gefahr vorhanden, dass wir unsere Friedenspropaganda mäßigen werden, wegen der angedrohten Untersuchungen über die Ehrlichkeit der Absichten derjenigen, die unser Werk finanziell unterstützen. Einer Kritik ihrer Mittel können die Friedensorganisationen viel eher Stand halten als so manche der Organisationen, die für die Fortsetzung des Krieges eintreten. Wir wundern uns nicht über die Wut der *Ingopresse*, wenn ihre Führer über den großartigen Erfolg der Friedensversammlungen, die täglich im ganzen Lande veranstaltet werden, informiert sind, haben sie Grund genug, sich aufzuregen. Wir erwarten mit der größten Ruhe und Gleichgültigkeit alle Maßregeln, die die Behörden gegen uns zu ergreifen glauben.“

Aus dem Berichte der I.L.P. ersieht man, dass sich die Meetings, die von den internationalistischen Parteien I.L.P., B.S.P. und von den kriegsfeindlichen Frauenorganisationen einberufen werden, eines Besuches erfreuen, wie ihn politische Versammlungen in England wohl selten zu verzeichnen hatten. Versammlungen mit 10 000 Zuhörern scheinen keine Seltenheit mehr zu sein, hunderttausende von Flugblättern werden verteilt. Unser „Aufruf“, schreibt der Vorsitzende der Partei, Genosse *Iowott*, „zur finanziellen Unterstützung hat in einer Woche einen Erfolg gezeitigt, der alle anderen Sammlungen, die je im Interesse der Partei in so einem Zeitraum gemacht wurden, übersteigt, was jedenfalls auch darauf zurückzuführen ist, dass einflussreiche Mitglieder der Labour Party offen berichtet haben, die gegnerischen Parteien hätten große Summen ausgegeben, um die I.L.P. zu bekämpfen“.

In seiner Nummer vom 1. November veröffentlicht das offizielle Organ der British Party „The Call“ unter dem Titel: „Bereitet Euch vor auf den Zusammenbruch!“ einen äußerst bezeichnenden Leitartikel. Nach einem Hinweis auf die Ähnlichkeit, die zwischen den Skandalen, Enthüllungen und häufigen Regierungswechseln, die das politische Leben sogar in den neutralen Ländern beherrschen, und dem, was am Vorabende der Französischen Revolution vorging, heißt es wörtlich:

„Die Völker sind unruhig und werden es immer mehr, und die ganze politische Struktur der Gesellschaft erzittert und zerstückelt sich unter dem Drucke, der von unten kommt. Was ist geschehen? Diejenigen, die Ohren zum Hören und Augen zum Sehen haben, wissen schon lange, worum es sich handelt. Der Krieg hat sich überlebt und rächt sich an der Gesellschaft,

die ihn verursacht hat. Der Zauber, der die Völker zusammenhielt im selben Gefühle der Angst, der Blutgier und der nationalen Solidarität, ist längst gebrochen. Jetzt empören sich die Völker gegen die mechanischen Mittel, mit denen die Regierung und die herrschenden Cliques diese Gefühle künstlich aufrechterhalten wollen. Die Völker wollen Frieden. Sie sind nach dem Frieden ausgehungert, sie lechzen nach ihm und die Unfähigkeit und der mangelnde Wille der Regierungen, den Völkern den Frieden zu geben, ebenso wie ihre Bestrebungen, ihren antisozialen und den Interessen und Gefühlen des Volkes zuwiderlaufenden Willen den Massen aufzudrängen – das sind die Ursachen der materiellen und moralischen Unruhe der Völker. ... Im imperialistischen Krieg, den die herrschenden Klassen seit vielen Jahren vorbereitet und gewünscht haben, und in den sie sich mit einem in der Geschichte einzig dastehenden Feuer gestürzt haben, ihre Völker in den Riesenkessel der Zerstörung werfend, in diesem Kriege haben sie sich unfähig erwiesen, den Sieg zu erringen oder der gemarterten Welt nach drei Jahren wilden Tobens den Segen des Friedens zu bringen. Wenn auch unser Land, auf dem der Fluch der unerhörten Resignation der Massen lastet, und dem die schlimmsten Folgen des Krieges erspart bleiben, das letzte sein mag, das in eine Katastrophe hineingezogen wird, es wird doch hineingezogen werden, so sicher, wie der Tag der Nacht folgt.

Marx der Entdecker.

Von Friedrich Adler.

Erfinder werden meist scheel angesehen. Man nennt sie Projektentwerfer und schilt sie Phantasten. Man weiß, dass von tausend Erfindungen oft kaum eine einzige aus dem Reich der Idee in das der Wirklichkeit übertragbar ist. Man hat seine guten Gründe, misstrauisch zu sein. Man glaubt dem Erfinder erst, wenn man die neue Maschine laufen sieht.

Auch die ersten Sozialisten waren Projektentwerfer. Sie behaupteten, dass man die Welt um so vieles besser einrichten könnte, wenn man nur ihre Ideen verwirkliche. Da sie aber dem ungläubigen Thomas den neuen sozialistischen Staat nicht vorweisen konnten, ertroteten sie für ihre guten Absichten bloß ein mitleidiges Lächeln, Spott und Misstrauen. Die ersten Sozialisten, die Utopisten, wie wir sie heute nennen, teilten das Los der meisten Erfinder.

Die Erfinder erzählen, von dem, was sie hoffen, die Entdecker von dem, was sie wissen. Und deshalb ist das Schicksal der Entdecker ein anderes.

Wenn die wetterharten Männer aus der Gluthitze Afrikas oder den Regionen des ewigen Eises heimkehren, dann lauscht jedermann ihren Berichten. Und wenn wir sie als ehrliche, ernste Leute, denen Plauschen und Aufschneiden fremd ist, kennen, dann ist Bewunderung und Vertrauen ihr Lohn. Man vertraut ihnen, weil sie von dem berichten, was sie gesehen, was sie kennen, was ihre Erfahrung ist. Die Entdeckung ist kein Projekt, keine Zukunftsmusik, sondern sicher erworbene Wissenschaft.

Die ersten Sozialisten waren Erfinder, Karl Marx aber war ein Entdecker. Darin liegt seine Bedeutung, darin sein Erfolg, darin die Siegeskraft, die sich an seinen Namen knüpft.

Karl Marx ging nicht in ferne Weltteile, er machte seine Entdeckungen in der Heimat, in Europa. Und doch war das, was er entdeckt hat, nicht minder neu, nicht minder erstaunlich, als was die Forschungsreisenden zu berichten wissen. Marx hat vor allem die Geheimnisse der Fabrik, des Kontors und des Marktes enthüllt. Jahrelang hat er geforscht. Ein großes Werk in drei dicken Bänden: „*Das Kapital*“, berichtet, was er entdeckt.

Marx untersuchte die Arbeit in der Fabrik. Er untersuchte den menschlichen Arbeitsprozess und ergründete, wie aus der Arbeit der Arbeitenden der Reichtum, das Kapital der

Nichtarbeitenden, wird. Unsterblich wird Marx' Name mit der Entdeckung des Mehrwertes verknüpft bleiben. Er zeigte, wie aller Wert der Waren nur in der sie verwendeten Arbeit begründet ist. Die Kapitalisten, die nicht arbeiten, können somit zu Waren, zu Eigentum nur kommen, indem sie den Arbeitern einen Teil ihres Arbeitsprodukts nehmen: den Mehrwert. Diese Theorie der Ausbeutung hat Marx so unwiderleglich bewiesen, dass kein Zweifel übrigbleibt.

Und die Millionen, die tagein, tagaus in den Fabriken stehen, die Tausende, die arbeitslos in den Straßen irren, sie alle, die vergeblich zu ersinnen versuchten, was Schlimmes sie begangen, dass sie so hart bestraft würden, sie atmeten auf, als sie die Lehre von Marx hörten.

(Schluss folgt.)

Aus unserm politischen Tagebuch.

14. März.

Köln a. Rhein. Die Mitgliederversammlung der U. S. P. beschäftigte sich am 9. März in einer mehrstündigen Aussprache mit der Gewerkschaftsfrage. Es wurde mit allen gegen eine Stimme folgender Antrag an die Parteileitung angenommen: „Die Mitgliederversammlung der U. S. P. Köln beantragt, nachdem sie sich über die Gewerkschaftsfrage ausgesprochen hat, die Parteileitung zur Gründung einer politisch-gewerkschaftlichen Einheitsorganisation Schritte zu unternehmen und zu veranlassen, dass die Gewerkschaftsfrage in allen Ortsgruppen gründlich erörtert wird.“

Feuilleton

Zum neuen Jahre.⁷

Von Z. L. Perez. Aus dem Jüdischen von Amalie Tomarkin.

Und du willst noch immer schweigen?

Willst du, dass ich rede?

Heute will ich's. Mich schrecken deine Reden, bitter und rechend sind sie, schlimmer jedoch ist dein Schweigen, es quält.

Sieh, überall schwebt eine Trauer umher ... hoch am Himmel schweben verirrte, erstarrte Wolkenfetzen, so nahe der Sonne und sie frieren!

Unten die vergilbten Bäumlein; schön sind sie, aber traurig ist ihre Schönheit, wie ein stilles Sterbegebet klingt das Rauschen der Bäumlein. ... Und die Weinlaube flammt; flammend stirbt der Wein

Und ein Jahr stirbt.

Rede mit mir!

Tröste dich, liebes Kind, - ein neues wird geboren!

Nun, beglückwünsche mich zum neuen Jahre!

⁷ Das jüdische Neujahrsfest fällt bekanntlich im Herbst.

In der Schale vor dir liegen Glückwunschkarten genug. ...

Und doch – nicht genug. ...

Was wünschen die andern, Kind?!

Eine traditionelle gedruckte Karte sendet der Vater. Herzlichen Glückwunsch zum neuen Jahre. ...

Solch eine Karte sendet auch die Mutter; sie fügt noch hinzu: „Sei Tochter, gesund, stark und glücklich.

Ein schweres Wort!

Und werde alt in Freuden.“

Und dich schreckt es?

Was?

Das Altwerden! deine Stimme zitterten. ...

Möglich ... hier, Karten von den Freundinnen ... gedruckte, verschiedene Sprachen. ... Und Bekannte? Die besseren von Ihnen?

Hier einer, ein besserer. ...

Mit trockenen Füßen, wünscht er mir, soll ich über die Wellen es Lebens schreiten.

Ibsen!

Ein anderer wünscht mir das blutige Leben zu durchschreiten unbefleckt, wie ein weißer Schwan.

Das Volk sagt: eine weiße Gans. Und das Leben bei uns ist mehr schweißig als blutig. ...

Bitterer Mensch! Wünsch' du mir!

Ich? Ich kenne dich zu wenig ... ich kann mir dein Morgen und Übermorgen kaum vorstellen ... dein Lächeln, als dein Wein blühte und der Apfelbaum sich unter seiner Last beugte, zog mich zu dir, und deine jetzige Trauer bindet mich an dich, aber fremd bist du mir noch!

Doch, wünsche mir!

Wie du willst. ...

Ich kenne deine Wege nicht. ...

Aber höre, Kind, was tust du, wenn du an einer Schmiede vorbeigehst?

Was fällt dir ein?

Doch!

Am Tage bleibe ich nicht stehen ... gegen Abend liebe ich es, mich ins Gras vor der Schmiede zu legen und den Funken zuzuschauen, diesen Glühwürmern, die sprühen und in der Höhe auseinanderfliegen. ...

Ein kleines Vergnügen ... aus deinen Augen sprühen mehr und schönere Funken. ...

Ich wünsche dir lieber: geh' hinein zum Schmied, drücke ihm die harte Hand und frage ihn. was er macht. ...

Und antwortet er, er schmiede Spaten und Ackereisen, so sage ihm: es ist nützlich, doch gibt es noch nützlichere Arbeit – jetzt ist die Zeit für Brecheisen, für Axt und Hammer; es gibt so viele Mauern niederzureißen.

Wird er mir gehorchen?

Sieh ihn an und er wird dir gehorchen; in deinen Augen liegt die Herrschaft. ...

Du scherzest. ...

Nein ... und was tust du, Kind, am Ufer des Meeres? ...

Ach, ich liebe das Meer!

Ich liebe es, im Sande am Ufer des Meeres zu liegen und die nackten Füße auszustrecken, dass es sie spüle und streichle ... Und ich wünsche dir, Kind, lieb' nicht das Meer, wenn es dich liebkost wie eine Katze, sondern, wenn es als Löwe erwacht! Geh' mit denen, die eben mit diesem Löwen kämpfen! Schau auf sie, wenn sie das Schiff führen und lasse auf sie deine leuchtende Kraft strahlen.

Du hältst mich für so stark! ...

Und tanzen, Kind, kannst du tanzen? Wieder dieser bittere Ton! –

Nein, Kind! Das neue Jahr macht auch mich weich, wenigstens – dir gegenüber ... aber höre, es kommt oft vor, dass ein schönes Weib zwischen Schwertern tanzen muss. ...

Was du sagst!

Ich wünsche dir, Kind! Bleibe stehen, reiße eins heraus, das schärfste, gegen den, der dir befiehlt zwischen Schwertern zu tanzen.

Du erschreckst mich, Mensch!

Ich tat doch nur deinen Willen ...

Und wenn du willst, ich habe für dich auch einen leichter Wunsch. Du hast wenig Blut, Kind! Der helle heiße Tag ist dir zu lästig, zu rauschend, er betäubt dich.

Gewiss. ...

Du liebst den stillen Abend. ...

Den stillen, traurig-stillen Abend, das stille Aufstrahlen der Sternlein. ... Und den blitzenden Zick-Zack derjenigen, die fallen.

Ach, Mensch!

Und ich wünsche dir, wenn der Tag mit seiner Arbeit dir zu lästig ist, so liebe den Frühmorgen – das Aufstrahlen des neuen Tages. ...

Traurig bist du, Kind, und das Vergehen des sinkenden Tages macht dich noch schwach und bang – verschlafe das süße Gift des absterbenden Tages und lebe dem Morgen, wenn das neue Leben erwacht, wenn der neue Wille zum Leben sich neu spinnt ... er wird dich mitreißen, Kind!

Ist das auch über deine Kraft?

Trutz euch!

Ihr kriegt mich nicht nieder,
ohnmächtige Tröpfe!
Ich komme wieder und wieder,
und meine steigenden Lieder
wachsen begrabend euch über die Köpfe.

Lenau.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker);
sämtlich in Bremen

Arbeiterpolitik 12/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 23. März 1918.

Nr.12

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Wozu brauchen wir Theorien?

Von Friedrich Adler.

3.

Was kann nun die Theorie – diese möglichst kurz zusammengefasste Beschreibung früherer Erfahrungen der Menschen – uns in der Zukunft helfen?

Die Natur ist ungeheuer mannigfaltig, aber sie weist Wiederholungen auf. Ein Prozess, der einmal beobachtet wurde, tritt – wenigstens in gewissen Zügen – wiederholt auf. Wäre dies nicht der Fall, so wäre alle Theorie, alle Wissenschaft überhaupt überflüssig; aber es wäre wohl auch gar kein Leben in unserem Sinne möglich. Dadurch, dass Wiederholungen gleicher Fälle auftreten, werden uns die vergangenen Erfahrungen, wie sie in den betreffenden Theorien zusammengefasst sind, nützlich. Wir sehen einen Teil einer Erscheinung, den Anfang eines Prozesses. Unsere Theorien sagen uns, welche Möglichkeiten bezüglich des Aussehens des anderen Teiles der Erscheinung, bezüglich der Fortsetzung des Prozesses bestehen. Das will sagen: die Theorien berichten uns, welche verschiedenen Fälle eingetreten sind, wenn ein bestimmter Erscheinungskomplex gegeben war.

Wenn wir gar keine Theorien hätten, dann sind alle Möglichkeiten offen. Erinnern wir uns, welche Unbehaglichkeit, welches Misstrauen wir empfinden, wenn wir zum ersten Mal an eine uns ganz unbekannte Maschine herantreten, zum Beispiel, als wir zum ersten Mal ein Automobil sahen. Wir besitzen keinerlei Erfahrungen, alle Möglichkeiten stehen da offen. Man scheut sich, es anzurühren, man weiß nicht, bei welcher Berührung es in Bewegung gerät, bei welcher es explodiert. Je mehr Erfahrungen wir sammeln, je mehr wir die Theorie ausbauen, umso sicherer werden wir, umso mehr werden die Möglichkeiten, die eintreten können, eingeschränkt. Wir können daher mit Ernst Mach sagen: Die Theorien (und damit inbegriffen auch die Gesetze) sind Einschränkungen unserer Erwartungen in späteren Fällen.

Ist uns nun durch die Theorie eine absolute Sicherheit gegeben? Wissen wir durch die Theorie, was notwendig geschehen muss? Keineswegs. Wir wissen nur, was am wahrscheinlichsten geschehen wird. Auf je mehr Fälle von Erfahrungen sich unsere Theorie stützt, umso öfter die

Wiederholung des Prozesses eingetreten ist, umso wahrscheinlicher ist es, dass er wieder auftritt.

In der Theorie betrachten wir gewisse Erscheinungen in Abhängigkeit von anderen. Die Theorie sagt uns: Bisher waren diese Erscheinungen immer nur abhängig von jenen. Aber plötzlich kann sich zeigen, dass noch andere Erscheinungen ins Spiel treten, die bisher zufällig immer konstant gewesen sind. Das Ergebnis ist ein ganz anderes, als es die Theorie voraussetzt. Nehmen wir unser einfaches Beispiel. Das Kind, das die Theorie aufgestellt hat: „Wenn ich den Ofen anrühre, schmerzt es“, kommt wieder einmal an den Ofen an und empfindet keinen Schmerz. Es sieht, die Theorie gilt nicht für alle Fälle. Wenn es voreilig ist, dann wird es sagen: „Ja, die Theorie hat mich schön zum Narren gemacht; ich brauche überhaupt keine Theorie mehr!“ Wenn es aber ein kluges Kind ist, wird es sagen: „Die Theorie war nicht vollkommen genug, ich muss die Theorie ergänzen, ich muss sehen, welcher Umstand, der bisher immer gleich war, also von mir nicht beachtet wurde, sich geändert hat.“ Und nach einiger Forschung wird es finden: nicht die Berührung des Ofens, sondern nur die des geheizten Ofens schmerzt. Als es die Theorie aufstellte, war es Winter, mittlerweile ist es Sommer geworden. Das vervollkommnete Gesetz ist genauer, einer größeren Zahl von Erfahrungen angepasst.

Notwendig tritt also nicht das ein, was die Theorie voraussagt. Es tritt nur wahrscheinlich ein, und zwar ebenso wahrscheinlich, wie die maßgebenden Umstände in der Theorie richtig festgelegt wurden. Aber trotzdem die Theorie kein Rezept ist, trotzdem sie uns nichts absolut Sicheres sagen kann, richten wir uns doch nach ihr. Wir gehen am Morgen in jenes Haus, in dem sich unser Arbeitsplatz befindet, weil wir auf Grund bisheriger Erfahrungen die theoretische Annahme machen, dass wir dort unsere gewohnte Betätigung ausüben können. Vielleicht ist aber unsere Theorie falsch, ein Umstand eingetreten, der bisher nie eingetreten ist, zum Beispiel jenes Haus abgebrannt. Aber trotz dieses Risikos werden wir den Weg unternehmen, das heißt, uns auf die Theorie stützen. Denn wegen dieser unbekanntenen Möglichkeiten nicht zum Arbeitsplatz zu gehen, wäre noch unpraktischer, als die Theorie auf die Probe zu stellen.

4.

Das Tier, in dem durch einen Reiz ein Wunsch, ein Wille ausgelöst wird, folgt diesem Willen automatisch und reagiert direkt. Der Schmetterling sieht die Lampe; er hat den Wunsch, ihr näher zu kommen, und fliegt in das Feuer. Das Kind reagiert anfangs wie ein Tier: erst allmählich lernt es sich eines Werkzeuges zu bedienen, das es vor Schaden bewahrt: der Theorie. Der erwachsene Mensch hemmt seinen Willen in erster Linie, reagiert zuerst mit dem Hirn, prüft mit Hilfe seines Werkzeuges – der Theorie – was geschehen wird, wenn er dem Willen seinen Lauf lässt. Findet er, sein Willensimpuls würde ihn an eine Mauer anrennen lassen, dann sucht er dieses Wunsches Herr zu werden; zeigt ihm aber die Theorie, dass sein Wille ihn in die Bahn zu höherer Entwicklung führt, dann lässt er seinen Willen mit Freude walten.

Die Theorien sind Werkzeuge, die ein jeder gebraucht. In diesem Sinne sind alle Menschen Theoretiker. Die alte Dame, die behauptet, dass der Freitag ein Unglückstag ist, ist auch Anhängerin einer Theorie, und zwar einer Theorie, die sich auf Erfahrungen stützt. Die erste Tatsache, auf die diese Theorie Bezug nimmt, ist die Kreuzigung Christi, und seither ist schon viel Unglück am Freitag geschehen. Der eine hat ein Glas zerbrochen, der andere sich einen Fuß verstaucht usw. Deshalb treten die alten Damen – und natürlich wegen der Gleichberechtigung auch diejenigen männlichen Geschlechtes, am Freitag keine Reise an, lassen sich überhaupt an diesem Tage in keine verwickelten Unternehmungen ein. Warum hat nun die Dame, die die Erfahrungen über die Freitage, an denen schon so vieles Unangenehme

geschehen ist, in ihrer Theorie zusammengefasst, doch unrecht? Weil sie die Erfahrung nicht weit genug nimmt. Sie hat nur die Freitage beachtet und nie gezählt, wie viele Gläser sie „zufällig“ an anderen Tagen zerbrochen hat, wobei sich wohl ergeben hätte, dass jeder Tag der Woche ziemlich gleich viele Unglücksfälle aufweist.

Da wir alle Theoretiker sind und sein müssen, betrifft die Frage, ob eine Theorie gut oder schlecht ist, nicht nur die Wissenschaft, sondern sie ist immer eine Frage der Orientierung im Leben. Daher rührt der erbitterte Kampf der Theorien untereinander. Durch schlechte Theorien sollen die Unterdrückten geleitet werden, um unter dem Schutz und Schirm der Kirche, unter der Zuchtrute des Klassenstaates zu bleiben; durch gute Theorien werden die Wege gewiesen zur Freiheit und der Erkenntnis Bahn gebrochen, dass es nicht immer so bleiben muss, dass es anders werden kann, wenn wir nur wollen. Unsere ganze Propaganda besteht darin, aus schlechten Theoretikern gute zu machen.

Wir haben gesagt, dass wir alle Theoretiker sein müssen, in dem Sinne, dass wir alle Theorien anwenden müssen. Ein jeder trägt auch durch seine Erfahrungen ein wenig zur Prüfung und damit zur Verbesserung der Theorien bei. Wir haben aber auch Theoretiker im engeren Sinne, die sich im Wesentlichen mit der Herstellung der Theorien, mit der Formulierung der Erfahrungstatsachen in möglichst kurzen, logisch geordneten Sätzen befassen. Es ist ebenso wie bei jedem Werkzeug: es gibt solche, die es anwenden und dabei prüfen, ob es brauchbar ist, und andererseits solche, deren Beruf es ist, Werkzeuge herzustellen. Der Werkzeugmacher braucht gar nicht mit dem Werkzeug manipulieren zu können. Es kann einer sehr gute Hämmer machen und doch keine Nägel einschlagen können. So geht es auch mit denjenigen, die Theorien herstellen, und jenen, die sie in der Praxis verwenden und sich deshalb als Praktiker bezeichnen. In den häufig auftretenden Differenzen zwischen Praktikern und Theoretikern werden manchmal Redewendungen gebraucht, die den Anschein erwecken, als sei die Konstatierung, dass jemand Theoretiker, respektive Praktiker sei, an sich schon ein Vorwurf. Genau besehen will ein Ausspruch wie: „er ist eben ein Theoretiker!“ nur sagen, derselbe sei ein schlechter Praktiker. Und umgekehrt.

Wir brauchen gute Theoretiker und gute Praktiker gleichermaßen, solche, die gute Theorien bauen, und solche die sie gut anwenden. Dass einer beides zugleich ist: guter Theoretiker und guter Praktiker, ist wohl ein sehr seltener Glücksfall. Aber es ist auch gar nicht nötig; beides ist nicht direkt miteinander verbunden. Der Praktiker muss nur richtig mit den Theorien, die ihm der Theoretiker liefert, umgehen können, und der Theoretiker muss wieder verstehen, welche Theorien dem Praktiker nötig sind; dann ist gedeihliche Arbeit auf Grund der Arbeitsteilung möglich.

Ein Werkzeug kann auch für gewisse Zwecke zu fein und zu kompliziert sein. Man wird im gewöhnlichen Marktverkehr keine Apothekerwaage verwenden, denn ihre größere Genauigkeit ist für die Zwecke des gewöhnlichen Lebens überflüssig, erfordert aber größeren Arbeitsaufwand – ist also im höchsten Grade unökonomisch. So kann auch das Werkzeug, das der Theoretiker liefert, für gewisse Fälle zu gut sein. Wir verwenden daher nebeneinander Theorien von verschiedener Feinheit. Für einfache Fälle reichen jene Theorien aus, die in der gewöhnlichen Sprache dargestellt sind und gröbere Annäherungen darstellen. Handelt es sich aber um die feinsten Punkte, die diffizilsten Entscheidungen, dann müssen immer feinere, immer kompliziertere Theorien verwendet werden; dann kommt die Terminologie der Wissenschaft und schließlich die mathematische Sprache zur Anwendung.

(Schluss folgt.)

Probleme des Jungsozialismus in Österreich.

Von Julius Dickmann, Wien.

Am 7. März 1918 hat die deutsche sozialdemokratische Fraktion im österreichischen Reichsrat für den §1 der Regierungsvorlage über das Budgetprovisorium gestimmt, um das Parlament vor einer neuen Krise und die Völker Österreichs vor der Wiederkehr des Absolutismus zu bewahren. Es war das eine Art 4. August in Österreich. Der Umfall vollzog sich hier allerdings ohne jenes große Aufsehen, wie es sich in Deutschland einstellte. Wir können ihn hier sozusagen in seiner reinen Form beobachten, ohne die störenden Umstände, welche die Erscheinung komplizieren. Hier gab es keinen Enthusiasmus, keine Kriegspsychose, man brauchte, nicht „wahr zu machen, was man immer betont hat,“ mit einem Worte: es gab nichts, was den Sachverhalt verdunkelte, die Folge als Ursache erscheinen ließe. Kein Marxist vom „Zentrum“ kann behaupten, dass es sich um eine „Verwirrung“ handelt. Der 7. März – das liegt wie auf der Hand – war die einfachste Konsequenz einer seit mehr als einem Jahrzehnt eingeschlagenen Politik. Wir wollen sie hier weder anklagen noch rechtfertigen. Vielmehr müssen wir sie historisch begreifen, politisch beurteilen und Folgerungen für uns aus ihr ziehen.

Allerdings betrachtet die Fraktion selbst ihren Beschluss als Ausnahmefall, aber wer es weiß, dass in Österreich Ausnahmefälle im politischen Leben die Regel sind und der regelrechte parlamentarische Betrieb eine seltene Ausnahme bildet, der wird das „ausnahmsweise“ Vorgehen der Fraktion dementsprechend bewerten müssen. Bisher unterschied sich die Sozialdemokratie von den bürgerlichen Parteien im Abgeordnetenhaus dadurch, dass sie das Budget *grundsätzlich* ablehnte, während die Bürgerlichen, je nach der Nation aber immer *aus Opportunismus* für oder gegen stimmten. Im Kriege ist es gerade umgekehrt geworden: Die Bürgerlichen stimmen je nach der Nation, aber aus prinzipiellen Erwägungen für oder gegen, während die Sozialdemokratie aus opportunistischen Rücksichten das Budget bewilligte. Will daher die Partei auch weiter den ruhenden Pol in der österreichischen Erscheinungen Flucht bilden – und sie muss es wollen – so bleibt ihr nichts anderes übrig, als die Budgetfrage je nach den Umständen, aber *immer vom Standpunkt der Taktik* und nicht des Prinzips zu behandeln.

Es entsteht nun die Frage, welche Konsequenzen haben die Jungsozialisten Österreichs aus diesem „neuen Kurs“ zu ziehen.

Von vornherein sei es gesagt:

Die österreichischen Jungsozialisten bilden heute noch keine einheitliche Gruppe. Ihre Organisation ist erst in Bildung begriffen. Umso klarer müssen sie trachten, die Zeichen der Zeit zu erkennen, und sie dürfen die neuesten Erscheinungen in der Arbeiterbewegung nicht nach dem überlieferten Maßstab der „Linken“, d.h. des Parteizentrums messen. Nein, wir Jungsozialisten dürfen nicht in das große Hallo der nordböhmischen oppositionellen Parteiblätter einstimmen, die der Fraktion schon heute das Jüngste Gericht auf dem nächsten Parteitag androhen, aber vorsichtig genug sind hinzuzufügen, dass die „Verantwortung erleichtert sein wird, wenn diese Politik Erfolge zeitigt. ... Sie wird aber schwerer sein, wenn das Gegenteil geschieht“ (Außiger „Volksrecht“). Das heißt also: Das volle Risiko für das Spiel trägt die Fraktion. Glückt es, nun dann behält sich die gute Außigerin Vor, „a' dabei“ zu sein. Glückt es nicht, dann gibt es eben Prügel. Was denn auch ein Beitrag zur Politik der österreichischen „Linken“ ist. Nur auf diese Weise kann sie es fertig bringen, vor „Verwirrungen rechts und Illusionen links“, nach einem Worte Heinrich Webers, bewahrt zu bleiben.

Nun, wir österreichische Jungsozialisten sollten uns doch nach ganz anderen Gesichtspunkten orientieren; für uns sollte doch die Geschichte der Arbeiterbewegung nicht eine Kette von „Verwirrungen rechts und Illusionen links“ sein. Nein, wir müssen uns zu der Sache historisch stellen und dann kommen wir zu ganz anderen Resultaten als die „Linke“.

Die alte Sozialdemokratie ist als eine parlamentarische Partei zur Massenbewegung geworden. In der stillen Übergangszeit von den Barrikadenkämpfen der bürgerlichen Revolutionen zu den modernen Massenaktionen des Proletariats, erwies sich der Stimmzettel als ausgezeichnetes Mittel, die Arbeiterklasse zu organisieren und die parlamentarische Tribüne als wirksamstes Mittel, sie aufzuklären. Dabei konnte auch die Partei ihre Pflichten als Interessenvertretung des Proletariats, soweit seine Interessen überhaupt auf kapitalistischen Boden durchsetzbar waren, erfüllen. Aber grade, weil die alte Sozialdemokratie die Grenzen des bürgerlichen Parlamentarismus wohl erkannte und das Proletariat für ganz andere Kämpfe organisierte als für den „Froschmäusekrieg“ auf dem parlamentarischen Boden, musste sie sich bemühen, dies irgendwie zum Ausdruck zu bringen. So wurde die Budgetablehnung zum Symbol des proletarischen Klassenkampfes. Sie war der Protest einer Partei, die noch ohnmächtig um zu entscheidenden Kämpfen um die Macht überzugehen, trotzdem darauf nicht verzichten wollte, die bürgerlichen Parteien in deren eigener Arena gegeneinander auszuspielen, um die Lage des Proletariats so gut es ging zu verbessern.

(Schluss folgt.)

Marx der Entdecker.

Von Friedrich Adler.

(Schluss.)

Sie wussten es plötzlich: Ja, er hat recht, er hat den Zusammenhang erschaut, den wir Blinde bisher nicht gesehen. Wir wissen, dass er die Wahrheit erkannt, seine Entdeckungen verdienen Vertrauen. Millionen und aber Millionen Jünger erstanden dem Entdecker Marx.

Und wie Marx das geheimnisvolle Dunkel der Fabrik gelüftet, wie er offenbart, wie es zugeht, dass neben Metall- und Holzwaren, neben Schuhen und Kleidern auch Kapital erzeugt wird, so hat er auch die weiteren Schicksale dieses Kapitals verfolgt. Er ist ihm in die Banken nachgegangen, er hat den modernen Zauberer auf allen seinen Schleichwegen verfolgt, das wahre Wesen des Geldes entdeckt.

Aber alle diese Entdeckungen waren nur Vorbereitungen zu der größten, die er gemacht. Von der Fabrik, vom Markt ging er über zur Erforschung der ganzen Gesellschaft. Und da offenbarte sich ihm die große neue Erkenntnis: die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Er erkannte, dass nicht der Zufall die Menschen beherrsche, sondern dass all ihr Tun großen Gesetzen unterworfen sei. Die menschliche Gesellschaft steht nicht still, sie ist ein lebender Organismus, der sich fortentwickelt zu immer höheren Stufen, der sich fortentwickelt in großen, schweren Klassenkämpfen. Marx hat die Entwicklungsgesetze der Gesellschaft erforscht wir verdanken ihm die Entdeckung der materialistischen Geschichtsauffassung.

Marx ging weiter, er untersuchte unsere gegenwärtige Gesellschaftsordnung: den Kapitalismus. Und da entdeckte er die Kräfte, die am Werke sind, diese ganze „Ordnung“ der Ausbeutung und des Elends zu untergraben. Er sah nicht nur die Hunderttausende und Millionen ausgebeuteter und unterdrückter Proletarier, in die der Wille gepflanzt wird, der Ausbeutung ein Ende zu machen, er sah, dass die kapitalistische Welt unaufhaltsam dem

Untergang entgegenzule. Er sah, wie das Handwerk dem Elend preisgegeben ist, wie die Kleinbürger vom Großkapital aufgeessen werden, wie die Produktion selbst immer planloser wird, wie der Überproduktion die Krise auf dem Fuße folgt, wie die Welt sich immer mehr teilt: in eine riesige Masse ausgebeuteter Proletarier und eine kleine Minderheit maßlos reich werdender Kapitalisten. Marx sah, wie der Kapitalismus an seinem eigenen Widerspruch zugrunde gehen muss, wie in ihm selbst die Kräfte vorhanden sind und fortwährend wachsen, die keinen anderen Ausweg übriglassen als die Eroberung der politischen Macht durch die organisierte Arbeiterklasse, als die Verwirklichung des Sozialismus.

So verdanken wir Marx die Entdeckung der Entwicklungstendenzen der modernen Gesellschaft. Er gab uns die Theorie der proletarischen Umwälzung.

Durch Marx kennen wir die Kräfte, die in unserer Gesellschaft lebendig sind, Marx hat das Schicksal der kapitalistischen Welt geschaut, Marx verdanken wir die Siegesicherheit in unserem Kampfe, das unumstößliche Bewusstsein, dass das zum Klassenbewusstsein erwachte Proletariat die sozialistische Gesellschaftsordnung erkämpfen wird.

Wir wissen durch Marx, dass wir die sozialistische Gesellschaft nicht nach freiem Ermessen einführen können, dass ihr Werden nicht abhängt von den schönen Ideen, dem guten Willen, dem besonderen Verstand einzelner Menschen. Aber so sehr sich die Einsicht von Marx erhebt über die Phantasiegebilde der ersten Sozialisten, so sind gerade durch ihn die alten Utopisten wieder zu Ehren gekommen. Was bei ihnen Idee, Erfindung, Projekt gewesen, das wurde durch die Entdeckung von Marx als der Geschichte ehernes Muss erwiesen: eine neue, die sozialistische Gesellschaft, in der die Ausbeutung aufgehoben ist.

Die Jungen und die Alten.

Wer kennt sie nicht, die Alten, die auf die Jungen schelten, weil sie anders denken, fühlen und handeln als sie?

Sie sind zahlreich wie Sand am Meere! Überall begegnet ihr ihnen.

Doch gemach. Malen wir nicht zu schwarz? Hörten wir nicht so manchen ehrwürdigen Alten die Jugend verteidigen? Gestand uns nicht mancher schon ein, dass er früher auch anders gewesen als heute und dass die Jugend sich austoben müsse? In der Tat, es gibt derer viele.

Doch schlägt diesen Leuten einmal mit der Faust auf den Tisch. Sprecht ihnen von euren Pflichten nicht nur, sondern auch von den Rechten. Zeigt ihnen, dass ihr anders seid als die Jugend zu Großvaters und Großmutter's Zeit. Sagt ihnen, dass ihr Politik treiben wollt und gar eure eigene. Oder wagt es, Sozialist zu sein, dann könnt ihr etwas erleben. Sie verstehen euch nicht. Sie werden von ihrer Jugend erzählen, werden euch sagen, wie sie anders gewesen als ihr.

Dann habt ihr den Konflikt!

Es ist der Gegensatz zwischen Jung und Alt. Der Konflikt, der seine Wurzel findet in dem Nichtverstandenerwerden der Jugend von dem Alter. Und dieser Gegensatz ist allgemein. Die Jugend leidet darunter und die Alten verzehren sich. Die Jungen sagen: „Ihr seid reaktionär, ihr bevormundet uns, ihr gönnt uns unsere Jugend nicht und beraubt uns unserer Freiheit. Über Undankbarkeit, Pietätlosigkeit und Schlechtigkeit der Jugend klagen die Alten, deren Gedanken und Gefühlsleben meist allzu sehr mit den Traditionen einer vergangenen Zeit verwachsen sind.

Die Jugend lebt für die Zukunft. Sie stößt auf den Widerstand der Alten, wo sie vorwärts stürmend das Alte stürzend Neues schafft. Und wo sich das Alter, seine autoritären

Machtmittel anwendend, dem Kampf der Jugend für ihre Interessen – die zugleich Menschheitsinteressen sind – entgegenstellt, bildet es ein Hemmschuh der gesamten proletarischen Bewegung überhaupt.

So wird denn der Kampf der Jugend gegen die Erwachsenen, die sich dem Kampf der Jugend hemmend in den Weg stellen, eine der ersten Aufgaben nicht nur der proletarischen, sondern jeder Jugendbewegung. Er bildet nicht nur die wichtigste, sondern auch die schwierigste und verantwortungsvollste Aufgabe, die die Jugend zu lösen hat. Gilt es doch den Kampf zu führen gegen die Genossen unserer Klasse, die uns Berater und Helfer sein sollten und die es in vielen Dingen auch sind.

Mit welchen Waffen sollen wir diesen Kampf führen? Sollen wir jeden Ratschlag von vornherein in den Wind schlagen? Sollen wir unseren Weg gehen, ohne nach rechts zu sehen oder nach links? Jeden Mahnruf ignorieren? Das wäre sicher grenzenlos borniert, hieße grundsätzlich Gewalt vor Recht anerkennen? Wir würden den Gegensatz verschärfen, den Konflikt überall auf die Spitze treiben. Wir würden dann dieselbe Methode anwenden, die wir bekämpfen. Und damit wäre uns nicht geholfen. Wollen wir in diesem Falle⁸ unserer Sache dienen, so müssen wir unseren Gegner von der Lauterkeit unserer Handlungen zu überzeugen versuchen, müssen uns bemühen, ihm begreiflich zu machen, dass die Jugend ein Recht hat, für ihre Jugendinteressen zu kämpfen und den Kampf für ihre Freiheit allen anderen Pflichten voranzustellen.

Vor allem aber werden wir uns darüber klar sein müssen, dass die Hemmungen durch die Erwachsenen, denen sich die Jugend in ihren Kämpfen gegenübergestellt sieht, zumeist darauf zurückzuführen sind, dass die Erwachsenen meist in traditionellen Anschauungen befangen sind, so dass sie sich in die Gedanken- und Empfindungswelt der Jugend nicht hineinzusetzen vermögen.

Gehen wir von dieser Voraussetzung aus, so ergibt sich daraus für uns, dass wir den Erwachsenen nicht ausweichen dürfen, sondern dass vor allem unser Augenmerk darauf gerichtet sein muss, die Erwachsenen mit unseren Ideen und mit dem, was wir wollen, vertraut zu machen.

Wollen wir dies mit Erfolg tun, dann müssen wir vor allen Dingen uns selber klar sein. Und damit ist sogleich gesagt, dass die gediegenste Waffe in diesem Streite die Beherrschung des gesamten Jugendproblems ist. In dem Maße, in dem wir erkennen, dass die zwischen der Jugend und dem Alter bestehenden Gegensätze in den meisten Fällen nicht persönlicher, sondern sachlicher Natur sind und ihre Wurzel finden in der ganz anderen Stellung, die die Jugend heute im Produktionsprozess einnimmt, im Gegensatz zu der Jugend noch vor zirka 50 Jahren, wird auch den Auseinandersetzungen die persönliche Schärfe genommen werden.

In der ersten Periode der kapitalistischen Entwicklung unterschied sich die Stellung der proletarischen Jugend in der Familie fast kaum von der des Handwerkerlehrlings im Mittelalter. Der Vater galt als der unbeschränkte Herrscher in der Familie. Die Jugend hatte keine selbständige Meinung und keinen eigenen Willen. Die Jugend fand sich damit ab und tröstete sich damit, später selber einmal die Herrscherrolle spielen zu können.

⁸ Es handelt sich hier um unsere Gegner in der Arbeiterklasse. Und es soll nicht gesagt sein, dass wir die Kapitalistenklasse durch Zureden bewegen können, ihre Interessen aufzugeben.

Heute ist es anders geworden. Die alte Familienform ist aufgelöst. Die Jugend, auf die eigenen Füße gestellt, trägt fast überall zum Unterhalt der Familie bei. Damit aber wächst das Selbstbewusstsein der jungen Arbeiterin und des jungen Arbeiters. Die Jugend von heute steht inmitten des öffentlichen Lebens. Ihr Gesichtskreis erweitert sich, sie stellt ganz andere Ansprüche an das Leben und fordert mehr als der Handwerkslehrling, dessen Tätigkeit in dem engen Rahmen der handwerksmäßigen Produktion sich vollzog. Sie sieht sich einer Welt von Feinden gegenübergestellt. Um sich ihrer Haut wehren, für ihre Ideale und für ihre Zukunft kämpfen zu können, ist Entschließungs- und Handlungsfreiheit für sie die erste Voraussetzung.

In diesem Streben nun gerät die Jugend in Konflikt mit den Erwachsenen, die die moderne Jugend in das Schema ihrer veralteten Sittenauffassung zwingen möchte. Und es lässt sich nicht leugnen, dass auch ein Teil der Jugendlichen noch in dem Wahne befangen ist, dass gegen die Autorität des Alters nicht angekämpft werden darf. Sie stehen im Verhältnis einer starren Autorität zu den Erwachsenen. Die letzten Schwingungen einer vergangenen Epoche zittern in ihnen nach.

Aus der Erkenntnis ihres Rechts und der Ursachen des Konflikts zwischen Jugend und Alter ergeben sich auch für die Jugend die Aufgaben, die sie zu erfüllen hat. Will sie auf die Jugendgenossen und die Erwachsenen erfolgreich wirken, so muss sie vor allem selbst erzogen sein. Sie muss wissen, was sie sich selber und der Gemeinschaft schuldig ist. Deshalb muss Selbsterziehung und Erziehung zum Gebrauch der Freiheit ihr oberster Grundsatz sein.

Es ist bedauerlich und eine traurige Pflicht, die ein Teil der proletarischen Jugend zu erfüllen hat, dass sie innerhalb ihrer Klasse für das Recht kämpfen muss, sich zu ihrer Überzeugung zu bekennen, zu ihr zu stehen und für sie zu leiden. Die Jugend bedauert die Disharmonie zwischen Jung und Alt. Jedoch vor die Wahl gestellt, in Konflikt mit den Erwachsenen zu geraten oder dauernd gegen ihre Überzeugung zu handeln, wird sie sich für den Konflikt entscheiden.

Feuilleton

Die Seele Chinas.

Die folgenden Ausführungen aus dem Buche des jungchinesischen Publizisten Liang-ki-Tschan, betitelt „Die Seele Chinas“, zeigen eine tiefe Übereinstimmung zwischen der von den Chinesen beklagten geistigen und seelischen Verfassung seiner Volksgenossen und dem Zustande des europäischen Proletariats. Wir können Liang-ki-Tschan mit Fichte vergleichen, dessen sittlich-anfeuernde, zur Tat aufreißende Reden in den Worten des chinesischen Dichters an sein Volk ein Gegenstück finden. Wohl handelt es sich hier um einen „individualistischen Ideologen“. Das hindert aber nicht, dass sein Appell an den persönlichen Willen, an den Wagemut jedes Einzelnen, auch dem heutigen Arbeiter, bitter nottut. Gerade weil wir die objektive Voraussetzung unserer Macht und unseres Erfolges im Überindividuellen, Ökonomisch-Sozialen verankert wissen, weil wir den Schwerpunkt vom Einzelschicksal und Innenleben weg in die Umgestaltung der allgemeinen äußeren Lebensverhältnisse verlegen durch das Mittel solidarischer Massenaktion, dürfen wir umso weniger außeracht lassen, wie diese Aktion und Solidarität ja nicht ein außerhalb und über den Individuen existierendes wunderkräftiges Zauberding, eine Art sozialer Fetisch ist, sondern vielmehr in

ihnen selbst nichts anderes, denn die Flamme, die aus den in jeder Einzelpersönlichkeit spontan aufblitzenden Funken zusammenschlägt.

Sklavensinn.

Ich finde im chinesischen Volke eine sklavische Gesinnung, die geradezu erschreckend ist. Seit Jahrtausenden haben unsere Despoten auf die chinesische Menschenherde wie auf Sklaven herabgeblickt und uns wie Sklaven behandelt. Das lag vielleicht in dem Charakter dieser Tyrannen begründet, aber erklärt sich daraus unsere durch und durch sklavische Gesinnung? Menzius sagt: „Sieht sich jemand als verächtlich an, so wird er schließlich von anderen verächtlich behandelt.“ Wenn ich selbst innerlich mich nicht zum Sklaven herabdrücken lasse, so wird auch ein anderer sich scheuen, mich zu drücken. Ach, wie ist diese innere Sklavengesinnung so durch alle Schichten des Volkes gedrungen! ...

... Nicht auswärtige Völker sind unsere Feinde, sondern, dass wir das Verderben in uns festhalten und uns dessen rühmen, ist unser Tod. Und mein Schmerz übermannt mich so, dass ich mit einem Knüttel dreinschlagen möchte!

Gleichgültigkeit.

Unter dem Himmel ist das Hässlichste, das Verabscheuungswürdigste und Scheußlichste, das gleichgültige Anstarren!

Da steht ein Mensch in der Nacht am östlichen Ufer des Flusses und sieht, wie ein Dorf am westlichen Ufer brennt und freut sich der roten Feuersglut. Da lehnt ein Mensch an dem Mast seines Schiffes und sieht ein Nachbarschiff versinken und beobachtet die Anstrengungen der Ertrinkenden. Man kann nicht sagen, dass ein solcher Mensch ein schlechtes, giftiges Wesen habe. Man weiß aber nicht recht, wie man sein Gebaren bezeichnen soll. Es fehlt ihm sicherlich das lebendige, für den Mitmenschen warm schlagende Herz. Ach, wenn es nur mitfühlende, rasch zupackende Menschen gäbe, so wäre die Welt schnell in Ordnung, und darum ist solch ein gleichgültiger Mensch ein Räuber und ein Feind der Menschheit. ...

Ich blicke auf die völlig Unwissenden. Sie sind – wie gewisse Geschöpfe – ohne Hirn. Sie kümmern sich nie darum, warum die Welt besteht. ... Sie sind hungrig und essen, sie sind satt und lustwandeln, sie sind müde und schlafen, sie haben sich ausgeruht und stehen auf. Das ist ihr Tageslauf. Um einer Hand voll Pfennige willen erfüllen sie das Dorf mit ihrem wüsten Geschrei. Was kümmert diese Menschen das, was jenseits der Gemarkung ihrer Felder liegt? Ob das Reich langsam untergeht, die Kunde dringt nicht zu ihnen. Sie sind wie ein lebender Fisch, den man in den Kochtopf wirft. Von unten wird er warm und wohligh plätschert er umher. Sie sind wie eine Schwalbe, die sorglos aus und einfliegt, und die Ecke des Hauses, an dem sie nistet, steht in Flammen. Solche Menschen sind wie Maschinen, die sich in den öden Kreislauf ihres Lebens bewegen bis die Räder stille stehen. In ihnen lebt kein höheres Lebensideal. Sie haben etwas Heimatloses an sich. ...

Ich blicke auf die ohnmächtig Seufzenden. Worüber seufzen sie? Sie seufzen über den heillosen Zustand der Nation und fühlen in dem Seufzen ihre Befriedigung. Auf ihrem Angesicht liegt beständige Trauer. Ihr Mund spricht ein trauriges Urteil über die Nöte der Zeit. Jemand sagt ihnen: „Das muss anders werden!“ „Ja, ja, das muss anders werden“, erwidern sie eifrig. Jemand sagt: „Das Reich ist dem Untergange nahe.“ Und sie antworten dumpf: „Dem Untergange.“ „Aber was soll geschehen?“ fragen sie mit hochgezogenen Augenbrauen. „Es ist des Himmels unabwendbares Geschick.“ Sie sind wie Verbrecher, die mit gebundenen Händen und Füßen zum Hinrichtungsplatze geführt werden und seufzen. Sie stehen vor einem brennenden Hause und beklagen in den wehmütigen Worten des Dichters die zerstörende Wut der Flammen. Sie werden zornig, sehr zornig, wenn man ihnen Gleichgültigkeit vorwirft. Sie haben auch wirklich ein Gefühl für die Not des Reiches, aber sie

sehen die Not der Nation wie ein ergreifendes Gedicht an, und der Untergang ihres Volkes ist ein interessanter Gesprächsstoff. ...

Ich blicke auf die Klasse der Spottenden und Räsonierenden. Auch sie gehören zu den kalten Gleichgültigen. Sie lieben es, im Hintergrunde zu stehen und zu beobachten und dann ihr kaltes, beißendes Urteil abzugeben. Sie umgeben sich mit einer Atmosphäre der Gleichgültigkeit und beeinflussen andere. Sie räsonieren über die, welche am Alten hängen und spotten über die Neuerungssüchtigen. Sie nennen die Grauköpfe „vergehendes Gerümpel“ und die Jugend „Heißsporne“. Gelingt eine Sache, so sagen sie: „Kleine Kinder haben auch einmal Glück.“ Misslingt sie, so dozieren sie mit erhabener Miene: „Haben wir es nicht vorher gesagt?“ Sie selbst haben natürlich nie Unrecht. Weil sie keinen Finger gerührt haben, kann man sie auch nicht kritisieren; aber sie lähmen den Tatendrang der anderen und machen die Mutlosen erst recht verzagt. ...

Ich blicke auf die Klasse der Verzagten. Die Törichten und Seufzenden verzweifeln an der Möglichkeit des Gelingens, die Verzagten sehen aber die Sache von vornherein als verloren an. Die Kritiker kritisieren alles, nur nicht sich, die Verzagten schauen immer auf andere, nie auf sich. Der Verzagte sagt: „Unter den 400 Millionen komme ich nicht in Betracht. Andre sind klüger und verständiger als ich.“ Wenn aber jeder so denken wollte, was würde erreicht? Keiner bliebe übrig zum Handeln. ...

Ich blicke auf die Klasse derer, *die immer auf eine gelegene Zeit warten*. Diese Leute stehen unter dem Banne der Gleichgültigkeit, obwohl sie diesen Vorwurf weit von sich weisen. Ihr Argument ist folgendes: „Ob wir unser Ziel erreichen, ist noch ungewiss. Wir warten auf die von den Göttern heraufgeführte Zeit, wo wir handeln können. Kommt die Zeit nicht, so können wir auch nicht handeln. ...“ Diese Götterstunde muss ihr besonderes Gepräge tragen, die sie als die Stunde der Götter (unsere Klugen sagen: der historische Moment! Anmerkung des Einsenders) aus dem Ozean der Zeiten herausheben, und da gilt es zu handeln. Der Tatkräftige aber handelt zu jeder Stunde, er erfasst mit kräftiger Faust den flüchtigen Augenblick und bannt ihn in seinen Dienst. Dem Untätigen aber eilen die Gelegenheiten vorüber wie Pfeile vom Bogen eines Starken abgeschneht. Der Liebling der Götter schafft, wann er will, die Zeit und Stunde; der auf die Stunde ängstlich Harrende steht am Meere und wartet auf Flut und Wind. Bald wendet er sich nach Osten, bald nach Westen. Seine Genossen schauen auf ihn als den Klugen, vorbauenden Mann und trauen ihm Großes zu; er aber wartet, wartet. ... (Schluss folgt.)

Lerchen des Ostens.

Die Lerche steigt aus Saaten,
Wohl himmelwärts im Morgenrot;
Den neuen Tag zu künden,
Doch lauert rings der Tod.

Warum, o Lerche, fliegst du so hoch?
Kaum kann mein Auge dich sehen,
Bliebst näher der Erd' du,
Ich könnt' deine Weis' viel besser und klarer verstehen.

Du stiegst so hoch, damit nicht nur mir,
Nein, weit dein Lied möge dringen,
Du willst den Menschen überall
Die frohe Botschaft bringen.

Du willst ihnen singen von Morgen und Tag,
Du bist der Herold der Sonne.
Andächtig lauschen wir Armen dir,
Von Hoffnung berauschet, in Wonne.

Aus Gräbern der Nacht, aus Not und Tod
Zu neuem, frohen Leben.
Kann nur dein Singen, dein Jubel so hell,
Das Menschenherz erheben.

Auch suchst du die Höhe, o Sänger der Früh
Im dämmernden Nebel, im bleichen,
Damit nicht der Falk, der Finsternis Freund,
Im Tode dich kann erreichen.

Du weißt es, Himmelsvogel du,
Dass du dich uns musst erhalten,
Bis sich durch Nacht, durch Grauen und Tod
Sonnig die Welt wird gestalten.

Einmal doch kehrst du in Saaten zurück,
Wenn die Wahrheit sich durchgerungen,
Dann möge der Himmel dir gnädig sein,
Der Himmel, dem auch du gesungen!

Marfried Harger.

*

Zuruf

Alles kann sich umgestalten!
Mag das dunkle Schicksal walten.
Mutig auf der steilen Bahn.
Trau dem Glücke! trau den Göttern!
Steig trotz Wogendrang und Wettern,
Kühn wie Cäsar in den Kahn.

Lass den Schwächling angstvoll zagen!
Wer um Hohes kämpft, muss wagen!
Leben gelt es oder Tod.
Lass die Wogen donnernd branden!
Nur bleib immer, magst du landen
Oder scheitern, selbst Pilot!

Matthisson.

*

Freiheit.

O Freiheit,
Silberton dem Ohr,
Licht dem Verstand und hoher Flug zu denken,
Dem Herzen groß Gefühl!

Klopstock.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik (Karl Becker);
sämtlich in Bremen

Arbeiterpolitik 13/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 30. März 1918.

Nr.13

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Die Schlappe von Niederbarnim.

Von Kurt Classe.

Die Unabhängige sozialdemokratische Partei hat in Niederbarnim eine große Schlappe erlitten. Bei der am 4. März stattgefundenen Reichstagsersatzwahl erhielt ihr Kandidat Dr. Breitscheid 17 815 und der Kandidat der Mehrheit, Rudolf Wissel, 26 694 Stimmen. Damit ist die Wahl des Mehrheitskandidaten gesichert, auch wenn die bürgerlichen Parteien, die insgesamt 16 950 Stimmen auf ihre Kandidaten zusammenbrachten, sich an der Stichwahl nicht beteiligen sollten.⁹

Wenn auch die größten Pessimisten nicht annahmen, dass der Mehrheitskandidat gleich beim ersten Wahlgange mit einem Plus von rund 10 000 Stimmen hervorgehen würde, so war es für jeden, der einigermaßen über den Kreis orientiert war, doch klar, dass die Unabhängigen unterliegen würden. Die Mitglieder der Wahlvereine machen nur einen sehr kleinen Teil der Reichstagswähler aus, und die Nichtsozialisten sind „Realpolitiker“, sie stehen zur Mehrheit.

Im Verhältnis zu den anderen Wahlkreisen war Niederbarnim für die Unabhängigen noch einer der günstigsten. Ein Blick in das Reichstagshandbuch zeigt uns, dass mit Ausnahme einiger Weniger fast alle Abgeordneten der Unabhängigen mit knapper Mehrheit gewählt werden, ja zum Teil auf den Krücken des Freisinns in das Parlament gekommen sind. Höchstens in Berlin und einigen wenigen anderen Kreisen werden sie sich künftig noch behaupten können. Und so hat der „Vorwärts“ ganz recht, wenn er sagt, dass das Fiasko von Niederbarnim für die Unabhängigen den Anfang vom Ende bedeutet.

Mit dieser Feststellung aber stößt er auf den Widerstand der Unabhängigen. Denn der Parlamentarismus ist ja der Lebensnerv ihrer Partei. „Verlieren sie ihre Mandate, so sind sie als Wahlvereine erledigt, dann sind sie tot – oder aber sie müssten ihre Taktik von Grund auf

⁹ Inzwischen haben die Unabhängigen ihren Wählern bei der Stichwahl Stimmenthaltung empfohlen.

ändern. Das aber wollen sie nicht, und deshalb wenden sie sich gegen die Feststellung des „Vorwärts“ mit allen Kräften. So schreibt die „Leipziger Volkszeitung“ z.B. in ihrer Nummer vom 15. März:

„Sehen wir die Dinge, so wie sie sind und schrecken wir nicht davor zurück, von einer Scharte zu sprechen, die wir bei dieser Wahl erlitten haben, so müssen wir doch ebenso rücksichtslos den Versuch zurückweisen, den Wahlausgang von Niederbarnim zu einer zerschmetternden Katastrophe der Unabhängigen Sozialdemokratie zu stempeln. So kann nur urteilen, wer sich selbst oder die Welt belügen will. Nur wenn für alle Parteien Sonne und Wind gleichmäßig verteilt sind, wenn es uns möglich ist, in derselben Weise für unsere Auffassung zu wirken, wie es dem Regierungssozialismus unter dem Belagerungszustand und in Anlehnung an Regierung und bürgerliche Parteien gestattet ist, kann man das wirkliche Kräfteverhältnis feststellen.“

Es ist wahr, die Gegner kreuzten in Niederbarnim ungleiche Klingen. Die Unabhängigen hatten keine Tageszeitung, und unter dem Belagerungszustand waren sie mehr als die Abhängigen in der Agitation beschränkt. Den Abhängigen dagegen standen nicht nur der „Vorwärts“ und unbeschränkte Geldmittel, sondern auch eine große Anzahl von Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbeamten zur Verfügung.

Darüber jammern die Unabhängigen am meisten. Dieser Tatsache schreiben sie die Wahlschlappe zu. Das alles aber wird anders werden, – sagen sie – wenn Sonne und Wind gleichmäßig verteilt sind. Das heißt mit anderen Worten: Die Regierungssozialisten haben ein Mehr von 10 000 Stimmen. Diese 10 000 Wähler sind indifferent, sie haben keine eigene Meinung. Sie stimmten für Wissel, weil es den Mehrheitsleuten gelang, sie zu beschwätzen. Haben wir erst eine Tageszeitung, haben wir Geld genug, um ebenso viel Flugblätter in die Massen zu werfen als die Mehrheitsleute, dann werden mehr als diese 10 000 uns nachlaufen, dann wird es uns gelingen, ihnen *unsere* Meinung aufzuoktrojieren. Dann zieht *unser* Kandidat in den Reichstag ein.

In der Tat gibt es nun auch für einen Unabhängigen Kandidaten eine andere Möglichkeit nicht: will er gewählt werden, so muss er die Wähler für sich gewinnen, die heute für Wissel stimmten. Das ist aber aussichtslos bei grundsätzlich sozialistischer Agitation. Denn aus einem politischen Troddel, aus einem Wissel-Wähler wird nicht im Handumdrehen ein wirklicher Sozialist. Und deshalb muss derjenige, wem es auf das Gewähltwerden ankommt, zu Konzessionen bereit sein. Wer heute Wissel wählt, weil er sich von ihm Augenblicksvorteile verspricht, wählt morgen nicht Breitscheid, wenn dieser ihm sagt, dass es ihm nur darauf ankäme, die Reichstagstribüne zum Zwecke sozialistischer Agitation zu benutzen, denn darin besteht heute für das sozialistische Proletariat der einzige Nutzen des Parlaments. Auf das *Gewähltwerden* aber kommt es den Unabhängigen ja an. Dies zeigte sich während der Wahlbewegung mit Deutlichkeit. Denn die ganze Agitation lief schließlich darauf hinaus, den Arbeitern glauben zu machen, dass die Wahl Breitscheids für sie Friede, Freiheit und Brot bedeutet. Und das Berliner „Mitteilungsblatt“ der Unabhängigen schrieb: „Niederbarnim muss den Unabhängigen erhalten bleiben“, denn „es handelt sich um die Sache des internationalen Sozialismus, um das Wohl und Wehe der Arbeiterklasse“

Damit aber haben die Unabhängigen gezeigt, dass sie aus dem Zusammenbruch der Unabhängigen Partei nichts gelernt haben. Denn dieser war die Folge derselben Politik, an der die Unabhängigen in Niederbarnim bis heute festhalten. Sie besteht darin, dass der Schwerpunkt der proletarischen Politik in das Parlament gelegt war. Dadurch wurde mit der Zeit aus einer sozialistischen Kampfpartei ein Wahlverein, dessen Mitglieder von einer Schar Berufsparlamentarier auf das Wahlmachen gedrillt wurden. Will ein Arbeiterkandidat in einem stark von bürgerlichen und indifferenten Elementen durchsetzten Kreise gewinnen, so

muss er seinen Wählern schmeicheln, muss ihnen Augenblicksvorteile versprechen. So werden dann an Stelle sozialistischer Propaganda Parlamentswähler gezüchtet, die von vornherein jeder selbständigen Aktion unfähig sind.

Nun ist es freilich wahr, ein Unterschied in der Agitation bestand zwischen den Abhängigen und Unabhängigen während der Wahlbewegung in Niederbarnim. Die Abhängigen spekulierten auf die politische Meinungslosigkeit der indifferenten Wähler; sie machten ganze Arbeit und pfiffen auf den Sozialismus. Die Unabhängigen agitierten nach dem Muster radikaler sozialdemokratischer Parlamentarier vor 1914. Hinzugelernt aber haben sie nichts. Und damit versündigen sie sich am Sozialismus.

Der Sozialist geht von der Voraussetzung aus, dass die Befreiung des Proletariats nur durch den Sozialismus möglich ist. Durch das parlamentarische System jedoch werden wir diesem Ziele keinen Schritt nähergebracht. Die obigen Erwägungen zeigen vielmehr, dass die Propaganda für das Parlament zur Verflachung, zur immer schwächeren Betonung des sozialistischen Prinzips führen muss. Denn wer die Wähler gewinnen will, muss sie für den Parlamentarismus begeistern, muss ihnen die parlamentarische Aktion als das Allheilmittel vorstellen. Damit macht er der Masse glauben, dass mit dem Wählen schon alles getan sei. Deshalb muss, wem es wirklich daran liegt, dem sozialistischen Ziele näher zu kommen, er die Wahlbewegung ausnutzen für *rein sozialistische Propaganda*. Dann aber wird er in den seltensten Fällen heute in den Besitz des Mandats gelangen.

Mit diesen Gedankengängen können sich die Unabhängigen aber nicht befreunden. Denn auch nach der Wahl in Niederbarnim schreibt die „Leipziger Volkszeitung“ z. B., dass die Unabhängigen auch in Niederbarnim siegen werden, wenn sie in der Agitation nicht mehr beschränkt sind. An das Wählen klammern sie sich, sie wollen Parlamentarismus um jeden Preis. Damit aber ist für den Sozialismus nichts getan. Vielmehr muss, wer dem sozialistischen Ziele näherkommen will, dafür wirken, dass immer mehr Arbeiter begreifen lernen, damit das Wort Marx', dass die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muss, im *wahrsten Sinne des Wortes* richtig ist, das heißt, dass dieses Ziel nicht auf indirektem Wege durch den Parlamentarismus erreicht werden kann.

Probleme des Jungsozialismus in Österreich.

Von Julius Dickmann, Wien. (Schluss.)

Diese Periode der Sammlung, der ohnmächtigen, demonstrativen Proteste ist heute vorüber. Die bürgerlichen Parteien, für die früher der Parlamentarismus das einzige Mittel bildete, auf die Regierungen einzuwirken, haben heute in der finanzkapitalistischen Organisation, in den Syndikaten, Banken, Industriellenverbänden, ein viel einfacheres, wirksameres und was das wichtigste, unauffälligeres, dem Proletariat gar nicht zugängliches Mittel gefunden, auf *unmittelbarem* Wege ihre Interessen gegenüber den Regierungen zu vertreten. Sie sind heute in vollem Sinne des Wortes Syndikalisten, Anhänger der „direkten Aktion“ geworden, und will das Proletariat seine Kampfmittel auf der Höhe der Zeit halten, so muss es dem Bürgertum nachahmen, sich auch der „direkten Aktion“ zuwenden. Es kann natürlich nichts dafür, wenn seine direkte Aktion etwas anders aussieht. *Machtpositionen* kann es heute – daran ist nicht zu zweifeln – auf einem anderen Wege nicht erringen. Das heißt nicht, dass wir auf den Parlamentarismus verzichten. Wir brauchen gerade für unsere großen Kämpfe verfassungsmäßige Zustände in jedem Land als die *unentbehrliche Atmosphäre* für unsere Bewegung. Wir brauchen den Ausbau des Ernährungswesens, Gesundheitsgesetze usw., alles Sachen, die mit dem großen Befreiungskampf des Proletariats unmittelbar nicht zusammenhängen, aber doch dessen sozusagen physische Voraussetzung bilden, denn nur in einem gesunden Körper wohnt eine gesunde Seele. Die Fragen, welche heute und noch mehr

nach dem Kriege die Parlamente beschäftigen werden, sind aber keine Machtfragen mehr. Wegen Gemüse – je unentbehrlich es ist – wird man keine Klassenkämpfe führen. Dadurch verliert aber der parlamentarische Kampf für die Sozialdemokratie seine *ursprüngliche* Bedeutung als Mittel der prinzipiellen Aufklärung. Die parlamentarische Tribüne muss zu Gunsten der improvisierten Straßentribüne abdanken. Die Parlamente entwickeln sich immer mehr zu Verwaltungszentralen, wo Steuertechniker, Zoll- und Sozialpolitiker sachlich debattieren. Sie sind auch jetzt für die Arbeiterklasse unentbehrlich, aber nicht durch sie führt der Weg zur Macht.

Muss aber das Proletariat zur direkten Aktion übergehen, so verlieren alle die ehrwürdigen parlamentarischen Symbole, die leeren Proteste durch Abstimmungen usw. jede Bedeutung. Wenn wir unseren unversöhnlichen Standpunkt gegenüber dem kapitalistischen Staat kundgeben wollen, dann müssen wir heutzutage zu ganz anderen Mitteln greifen als zur *platonischen* Negation des Staates. Die Frage der Budgetbewilligung wird dadurch aus einer Prinzipienfrage zu einer ganz gemeinen taktischen Frage. Die „Unabhängigen“, welche am Überlieferten festhalten und keine aktive Politik betreiben wollen, die sind freilich darauf angewiesen, die Budget-Ablehnung als ihr Schibboleth hochzuhalten, weil sie sich sonst von den Sozialpatrioten nicht unterscheiden würden. Jungsozialistische Politiker, die als ihre erste Pflicht das Aussprechen dessen, was ist, betrachten, dürfen sich vor solchen überlieferten Formeln, die jeden lebendigen Inhalt verloren haben, nicht beugen. Gerade weil wir in einem *realen, materiellen* Gegensatz zur sozialpatriotischen Politik stellen, können wir leichten Herzens auf die formellen Unterscheidungsmerkmale verzichten. Mehr noch! Der Formelkram der „Unabhängigen“ und der österreichischen Linken verhüllt die Gegensätze innerhalb des Proletariats.

Die realen Schichtengegensätze innerhalb des Proletariats drücken die Zentrumsleute in rein ideologischen Formen aus. Wir haben kein besseres Mittel, diese inneren Gegensätze nackt darzustellen, als dass wir die materiellen Wurzeln dieser veralteten Formeln untersuchen.

Indem wir die Budgetbewilligung, aus der Erkenntnis ihrer *vorübergehenden und heute überholten*, historischen Bedeutung als reine Frage der Taktik für die betressende parlamentarische Fraktion erklären, wenden wir erstens die Augen des Proletariats auf diejenigen Kampfmittel, welche viel *entschiedener* in der *gegenwärtigen* Bewegung seinen unversöhnlichen Standpunkt ausdrücken, und gleichzeitig ziehen wir einen weit sichtbaren Trennungsstrich zwischen uns und dem Zentrum. Für den Trennungsstrich zwischen uns und den Sozialpatrioten, mit denen wir in der Budgetbewilligungsfrage übereinstimmen, sorgt schon der bloße Umstand, dass sie sich außerhalb des Parlaments überhaupt nicht betätigen, während wir uns zum Parlamentarismus und den politischen Verwaltungsorganisationen des Proletariats ungefähr so stellen wie sich früher die Partei zu den Gewerkschaften stellte. Der Schwerpunkt unserer Bewegung liegt anderswo.

*

„Der Parlamentarismus war einst das Werkzeug der Bourgeoisie, die alte feudale Gesellschaft zu zertrümmern. Der Parlamentarismus wird einst ein Werkzeug des Proletariats sein, die kapitalistische Gesellschaft aus den Angeln zu heben. ... Ist diese Aufgabe (die Organisation des Proletariats) erst erfüllt, dann wird das vom Proletariat beherrschte Parlament zum Konvent, der die kapitalistische Gesellschaft zertrümmern wird, wie der Konvent von 1793 die feudale Gesellschaft zertrümmert hat.“ So Otto Bauer einige Monate vor Ausbruch des Weltkrieges (Kampf 7, Seite 239) und diese Ansichten sind überhaupt für das „marxistische Zentrum“ noch heute kennzeichnend.

Noch heute! Und das, obwohl sich vor unseren Augen das gewaltige Schauspiel der ersten proletarischen Revolution abgespielt, welche den exemplarischen Gegenbeweis für diese

zentrumliche Theorie erbracht hat. Die proletarische Revolution in Russland hat die verschiedenen Vorparlamente und wie alle die Veranstaltungen nun hießen, welche Russland mit einem Konvent-Kriegsersatz beglücken sollten, „um die kapitalistische Gesellschaft aus den Angeln zu heben“, mit einer souveränen Gebärde zur Seite geschoben, selbst vor der Konstituante machte sie nicht halt. Ein Konvent wäre eben in Russland ein Werkzeug der bürgerlichen Konterrevolution, nicht ein Hebel der proletarischen Revolution.

Doch das nur nebenbei als Gegenbeweis. Es handelt sich für uns nur darum festzustellen, dass die Zentrumsleute trotz alledem konsequent sind. In der Tat, wer in den Parlamenten die künftigen Konvente der proletarischen Revolutionen erblickt, der muss prinzipiell die Budgetbewilligung bekämpfen. Wer über die proletarische Revolution andere Ansichten hat, für den erhält die Budgetbewilligung eine untergeordnete, taktische Bedeutung, etwa so, wie die Frage, ob eine Gewerkschaft im Ausstand verharren soll, oder mit dem Unternehmerkartell einen billigen Ausgleich zu schließen hat.

Der Umfall der Sozialdemokratie besteht also, wenn wir ihn historisch betrachten, darin, dass die Partei aus den neuen Zuständen die richtigen Konsequenzen zieht. Sie entwickelt sich dadurch unvermeidlich zu einer bloßen politischen Verwaltungsorganisation, um mit dem Staat – und das ist nicht derselbe Staat, der uns in unseren großen Aktionen gegenübersteht – zu kämpfen, wobei zu bemerken ist, dass das Kampfesziel immer weniger in allgemeinen gesetzlichen Reformen, immer mehr in Verwaltungsmaßnahmen besteht. Dementsprechend muss sich natürlich auch der Charakter der alten Parteiorganisationen verändern. Waren sie früher nur Wahlvereine, die sich vornehmlich der Agitations- und Aufklärungsarbeit widmeten, so müssen sie sich immer mehr zu „Wohltätigkeitsvereinen“ entwickeln, wie sie unsere Linke zu höhnen beliebt. Wer aber in der Parteigeschichte ein wenig beschlagen ist, der weiß sehr gut, dass auch die Gewerkschaften bei ihrem ersten Auftreten als Wohltätigkeitsvereine verhöhnt wurden. Die Jungsozialisten müssen daraus die Lehre ziehen. Sie müssen sich hüten, in den Chor der Linken einzustimmen.

Wer selbst Proletarier ist, der weiß gut, dass die Kleinarbeit der Wohltätigkeitsvereine für den Kampf des Proletariats eine ebenso unentbehrliche Voraussetzung bildet wie die gewerkschaftliche Aktion. Ich unterstreiche: Voraussetzung, wodurch ihre Bedeutung auch schon abgegrenzt wird. Für den großen Befreiungskampf des Proletariats sind sie natürlich ein stumpfes Schwert und es nützt nicht, das Schwert aufs Neue zu schärfen. Die Jungsozialisten müssen vielmehr dafür Sorge tragen, ein neues Schwert zu schmieden.

Die deutsche Sozialdemokratie in Österreich hat am 7. März 1918 ihre Jungfernschaft verloren. Und es ist gut so. Wer wollte von ihr verlangen, dass sie ewig eine Jungfrau bleiben solle? Überlassen wir es getrost dem marxistischen Zentrum, ihre Unschuld wieder herzustellen. Wir müssen eher dafür sorgen, dass die Gefallene einen legitimen Gatten erhält. Je mehr sie sich nach den Bedürfnissen der Gegenwartsarbeit anpasst, den unmittelbaren Sorgen des Alltags widmet, desto besser für uns. Denn damit tritt klar unsere Aufgabe hervor: Für den künftigen Befreiungskampf des Proletariats schon heute Zentren zu schaffen, die internationalen Beziehungen zwischen den Proletariern Österreichs wieder herzustellen, die Köpfe durch unsere Propaganda zu revolutionieren, damit auch das Proletariat Österreichs aus der wirtschaftlichen Weltrevolution des Krieges politische Konsequenzen ziehen kann.

Deshalb dürfen wir uns aber nicht abseits vom bloßen Strom der Arbeiterbewegung halten. Unter keinen Umständen darf die jungsozialistische Bewegung in eine Sekte ausarten. Nur unter „bewussten Sozialdemokraten“ muss sie ihre Anhänger werben. Und gerade, wenn sie die relative Berechtigung der Arbeit in den Wohltätigkeitsvereinen anerkennt, wird sie Anspruch erheben können, dass man auch ihre Daseinsberechtigung anerkennt.

Wir haben in Österreich dieselbe Aufgabe zu erfüllen, wie sie im vorigen Jahrhundert vom Bund der Romanisten und der ersten Internationale erfüllt wurde. Wie jene Propagandagesellschaften sich bemühten, die Kräfte des europäischen Proletariats zusammenzufassen, ob es nun Tradeunionisten, Lassalleaner oder Proudhonisten waren, ohne einen sektiererrischen Krieg gegen die Eigenart dieser nationalen Bewegungen zu führen, so können die Jungsozialisten die zersplitterte Arbeiterbewegung in eine Internationale des Donaureiches nur auf die Weise zusammenfassen, dass sie, ohne den nationalen Parteien den Krieg zu erklären, sich neben den tschechischen Separatisten, deutschen k. k. Sozialdemokraten, polnischen Sozialpatrioten und den verkrachten Wahlrechtsblock-Sozialisten Ungarns als internationale Propagandagesellschaft konditionieren. Nur so werden wir uns bewähren als praktisch der entschiedenste immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Nationen des Donaureiches. Wir wollen keine besondere Partei gegenüber den Arbeiterparteien sein.

Anmerkung der Redaktion: In einer der nächsten Nummern werden wir in einem Gegenartikel unsere Anschauungen darlegen.

Die freien Gewerkschaften.

Eine kritische Untersuchung von K. C.

Tesman: Von der Zukunft? Aber lieber Gott, von der wissen wir ja gar nichts!
Löwberg: Nein. Aber trotzdem lässt sich dies und jenes darüber sagen.

Ibsen (Hedda Gabler).

Unsere bisherigen Betrachtungen über die freien Gewerkschaften zeigen, dass zwischen Theorie und Praxis ein unüberbrückbarer Gegensatz besteht. Es vergeht kein Tag, an dem wir nicht Tatsachen registrieren, die uns beweisen, dass die Zentralgewerkschaften Stützen der heutigen Gesellschaft sind. Sie haben die Klassenkampftheorie abgedankt.

Da liegt es denn nahe, aus diesen Tatsachen die Schlussfolgerungen zu ziehen, dass die Gewerkschaftsführer Recht haben, die da sagen, dass die gesamte Arbeiterbewegung in Deutschland sich immer mehr zu einer revolutionären Bewegung entwickle. Und in der Tat wird denn auch in der neuzeitlichen Gewerkschaftsliteratur immer und immer wieder darauf hingewiesen, dass die Ereignisse der Gegenwart diese Auffassung bestätigen. Man sagt, dass unsere Kritik von falschen Voraussetzungen ausgehe, dass wir kein Verständnis haben für die realen Tatsachen der Gegenwart und dass wir unverbesserliche Illusionäre seien.

Es lässt sich nicht leugnen, dass diese Argumentation für jeden, der die Dinge nur an der Oberfläche betrachtet, etwas Bestechendes hat. Es scheint so, als ob unsere Kritik im Widerspruch steht mit der aus der sozialistischen Theorie hervorgehenden Erkenntnis, dass man Geschichte nicht nach Belieben zu machen vermag; sondern dass es nur darauf ankommt, die Geschichte und die Vorgänge in der Gegenwart zu erforschen und den geschichtlichen Gärungsprozess - der notwendig zum Sozialismus führt - zu fördern. Nun zogen die Gewerkschaftsführer aus der Tatsache, dass in der vorletzten Zeitperiode die deutschen Arbeiter Massenkämpfe in dem von uns angedeuteten Sinne nicht geführt haben, folgenden Schluss: Die Arbeiter seien auf den revolutionären Kampf nicht eingestellt, sie haben in ihrer großen Mehrzahl das Bestreben, im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung auf friedlichem Wege ihre Lage zu verbessern. Deshalb sei die Tätigkeit der Gewerkschaften, die Förderung des Parlamentarismus, das Abschließen von Tarifverträgen usw. mit dem Massenwillen übereinstimmend, während die Bestrebungen der Anderen, das Proletariat dahin zu belehren, dass nur der Kampf in großem Umfange eine wirkliche nennenswerte Verbesserung ihrer Lage herbeiführen kann, eine Utopie sei.

Somit lautet die Frage: Revolution oder Evolution, Klassenkampf oder friedliche Entwicklung. Wir haben zu untersuchen, ob die Behauptung der Gewerkschaftsführer richtig ist, dass, weil heute die Arbeiter den Klassenkampf aufgesagt [?] haben, dieser auch in der Zukunft unmöglich sei.

Wir hatten uns früher klarzumachen versucht, wie in der ersten Periode der kapitalistischen Entwicklung der Kleinstreik ein erfolgreiches Mittel war, um die Lage der Arbeiter zu verbessern und das von ihm heute, in der Zeit des hoch entwickelten Kapitalismus eine nennenswerte Verbesserung ihrer Lage nicht zu erwarten ist.

Es ist wahr: es gibt Arbeiter, die ihr ganzes Leben lang leiden und nicht die Kraft aufbringen zum kurzen Kampf. Aber die kommen für *keinen* Kampf in Betracht. Auch gibt es Gewerkschafter, die von vornherein daran zweifeln, dass das deutsche Proletariat jemals die Kraft aufbringen werde, um sich der Kapitalistenklasse gegenüberzustellen. Und schließlich mag es auch Bevorzugte geben, die mit ihrem Los zufrieden sind und gegen den Klassenkampf predigen, weil sie die Opfer scheuen, die sie dann vielleicht bringen müssten. Doch das sind nur Wenige! Die große Masse des Proletariats drängt nach einer Besserung ihrer sozialen Lage. Die Neuorientierung der Masse ist noch nicht erfolgt. Es ist das Schicksal jeder geistigen Bewegung, dass es erst eines gewissen Zeitraumes bedarf, ehe sie von der Masse erfasst wird.

Darin nun liegt die hohe Aufgabe und Bedeutung der Theorie für den Klassenkampf des Proletariats: Die geistigen Führer sollen dem Proletariat neue Wege und Ziele weisen.

Aber so groß auch der Nutzen dieser Führertätigkeit sein kann; sie birgt auch Gefahren in sich: Die Führer können sich irren, sie können falsch führen, wenn die Massen autoritätsgläubig sind. Sie können ihre Autorität in ihrem eigenen Interesse ausnützen, wenn ihnen die Massen Machtbefugnis eingeräumt haben. Sie sind dann ein Hemmschuh und nicht ein treibender Faktor im proletarischen Klassenkampf. Schließlich aber orientiert sich die Masse doch, sie kommt hinter die Schliche der Führer, sie findet von selber den richtigen Weg.

Lenken wir nun unsere Aufmerksamkeit auf unsere früheren Betrachtungen über die freien Gewerkschaften. Wir fanden dort eine autoritätsfürchtige Masse, die völlig unter der Fuchtel autokratischer Führer steht, deren Interessen denen der Masse entgegengesetzt sind. Und so entpuppt sich das, was die Führer Neuorientierung der Masse nennen, als eine Neuorientierung der Führer.

Werden nun die Arbeiter diesen Führern nachlaufen oder werden sie sich in anderem Sinne neuorientieren?

Um eine Antwort auf unsere Frage zu bekommen, müssen wir zunächst uns über die voraussichtliche wirtschaftliche Lage Deutschlands nach dem Kriege zu orientieren versuchen.

Verbessert sich die Lage des Proletariats, so wird es sich mit ihr abzufinden wissen. Es ist anzunehmen, dass auch nach dem Kriege sich die Organisationsformen und Kampfmethoden der Gewerkschaften kaum ändern würden, wenn die soziale Lage der Arbeiter besser würde.

Eine Besserung der Lage der Arbeiter aber hat zur Voraussetzung: Steigerung der Arbeitslöhne, Sinken der Lebensmittelpreise und Verringerung des Steuerdruckes. Wir müssen also zusehen, ob diese Voraussetzungen nach dem Kriege gegeben sind.

Ob die Löhne steigen oder fallen, das ist nicht unabhängig von der Wirtschaftskonjunktur. Ist diese eine gute, so wächst die Anfrage nach Arbeitskräften und die Löhne steigen.

Setzen wir einmal den allergünstigsten Fall, dass uns das Kriegsende eine Hochkonjunktur bringt. Wäre aber damit dem Arbeiter geholfen? Keineswegs! Denn was würde ihm eine Lohnsteigerung nützen, wenn noch mehr als die Löhne die Lebensmittelpreise steigen und die Abgaben für Steuern sich erhöhen? Damit jedoch ist nach dem Kriege mit Bestimmtheit zu rechnen. Denn der Krieg hat die Staatsschulden der einzelnen Länder ins Riesenhafte gesteigert. Und zwei Quellen nur gibt es, aus denen geschöpft werden kann, um sie zu decken. Schröpft man die Kapitalisten, so wird das Betriebs-Kapital verringert und die Produktion eingeschränkt; was über kurz oder lang Arbeitslosigkeit zur Folge haben müsste. Werden die Zinsen dem Arbeitslohne entnommen, so bedeutet das direkte und indirekte Besteuerung bis zur Unerträglichkeit.

Dann aber müssen die Arbeiter mit den veralteten Gewerkschaftsmethoden brechen und den freien Gewerkschaften den Kampf ansagen.

Die deutschen Arbeiter gehen schweren Kämpfen entgegen. Sie haben den Kampf zu führen gegen zwei Fronten; denn die Gewerkschaftsführer werden sich das Heft nicht so leicht aus den Händen winden lassen. Die Autorität der Führer hat einen mächtigen Stoß bekommen. Und Not kennt kein Gebot! – Die proletarische Jugend wird in diesen Kämpfen nicht den letzten Platz einnehmen.

Feuilleton

Die Seele Chinas.

(Schluss.)

Sieghafter Mut.

Ich glaube fest an die Macht und Größe der Hoffnung, jeder Mensch lebt in einer doppelten Welt. Er lebt in einer Welt der realen Wirklichkeit und in einer Idealwelt, in einer gegenwärtigen und in einer kommenden. Die wirkliche und gegenwärtige Welt ist mit den Sinnen zu erfassen, die kommende Welt, die Idealwelt, wird von der Hoffnung umspannt. Auch das Gegenwärtige lag einst schwanger in der Vergangenheit und kam zu Gestalt und Wesen, und was die heutige Zeit ahnend birgt, wird einst mit Macht hervorbrechen, jetzt liegt die Zukunft wie ein Keim in der Gegenwart, die Gegenwart aber steht im Elternverhältnis zur Zukunft, das ist der große Unterschied des Menschen vom Tier, und das erhebt die Kulturmenschheit über das Barbarentum. Aus der Hoffnung erwächst die *Tatkraft*, und wenn sie zur Vollendung kommt, steht sie als gefahrstrotzende Macht da. ...

So hat jeder heldenhafte Mensch ein leuchtendes Ziel, eine Welt vor sich, die er als seine eigentliche Heimat liebt, in der er weilen möchte. Und wenn seine Hoffnung auch ins Ungemessene und Unbegrenzte geht und sich wie ein Nebelgebilde verliert: der Fuß trägt ihn, den hoffnungsvoll Harrenden, mit jedem Tage seinem Idealbild näher. ...

Und die Ursache seiner Hoffnung liegt teils in der sich um ihn ausbreitenden Sinnenwelt (in den ökonomischen und sozialen Verhältnissen. Anmerkung des Einsenders), teils in der Idealwelt, nach der er trachtet. Er spart weder Gedankenarbeit noch Schweiß des Antlitzes; er schont weder Hände noch Füße. Warum? Nur um den großen Wechsel zu erleben, wo die jetzige Welt seines Daseins sich in das Gebäude seiner Idealwelt verklärt. Es ist, als ob die Götter zu ihm sprächen: „Wirf dein Leben in die Waagschale, und du wirst ein anderes, höheres Leben gewinnen.“ Und der Preis, um den die Hoffnung sich ihm erfüllt, ist das rücksichtslose Einsetzen des Lebens in eine große Sache. ...

Der sieghafte Mut wird aus warmer Wahrhaftigkeit geboren. Sagt nicht einer unserer Weisen: „Ein Weib mag schwach sein, als Mutter ist sie eine Heldin!“ Warum? Weil sie von dem *einen*

Gedanken der Liebe zu ihrem Kinde erfüllt ist. Wie wunderbar! Ein Weib duckt sich ängstlich wie ein schüchterner Vogel, aber mit ihrem Sohne im Arme überschreitet sie tausend Berge und zehn tausend Ströme und spottet der reisenden Tiere, ihre Liebe zum Kinde ist so ganz Feuer und so ganz von Wahrheit und Aufrichtigkeit erfüllt, dass ihr schwacher, hinfälliger Charakter verwandelt wird

Es liegt in der Natur des Menschen, das Leben zu lieben und den Tod zu meiden. Und doch haben Unzählige das Leben um der inneren Gerechtigkeit willen, die in ihrer Brust lebte, fahren lassen. Im Buche der Kriege wird uns von einem erzählt, der auf dem Markte ein Stück Gold raubte. Als er gefangen und gefragt wurde, warum er das Gold gestohlen habe und sich nicht vor den Umstehenden gescheut habe, antwortete er: „Ich sah nur das Gold und nicht auf die umstehenden Menschen.“ Und so können wir, wenn auch nicht im Sinne des gemeinen Diebstahls, von allen diesen Helden und Heldinnen, die um ihrer Überzeugung oder um ihrer Freiheit willen sterben, dasselbe sagen: „Sie sahen auf das Gold, nicht auf die umstehenden Menschen.“

Eine wunderbare Welt- und Selbstvergessenheit ist über sie gekommen. Was ist das? Ich kenne kein Wort im Chinesischen, das sich mit dem tiefsinnigen Worte Inspiration deckt, Inspiration ist die höchste Entfaltung der Geistesenergie, befruchtet von einer überirdischen Welt. Darum ist auch solch inspirierter Mensch imstande, andere mit höherer Gewalt zu ergreifen und zu ungeheuren Anstrengungen zu begeistern. Er reißt die anderen mit sich fort in Not und Gefahr, wie in einem brennenden Hause ein schwaches Weib zu den größten Kraftanstrengungen fähig ist, wie im wilden Reiterkampfe selbst ein gewöhnliches Steppenross mit seinem Reiter über Mauern und Wälle springt. Es ist wie ein Aufpeitschen aller Kräfte. Schlagt auf das Wasser! Je schärfer der Schlag ist, desto höher springt es auf! Was jene Menschen sonst liebten, lieben sie jetzt nicht, was sie sonst fürchteten, fürchten sie jetzt nicht, worüber sie sonst zürnten, das rührt sie jetzt nicht, was ihnen sonst eine Gefahr däuchte, das wird ihnen zum leeren Schemen, und als eine Gewalt der Götter kommt über diese Helden ein todstrotzender Siegesmut.

Der sieghafte Mut wird aus tiefer Erkenntnis geboren. Im Allgemeinen wird die Furcht aus der Unkenntnis hervorgehen. Wie wagt einer über einen Strom zu schrecken, dessen wirbelnde Wellen dahinschäumen, wie wagt einer über die schneegefüllten Abgründe des Gebirges zu wandern? Das Herz bebt zurück, denn es kennt die Tiefe nicht. Da erstirbt der gefahrtrotzende Mut, Wang-Yang-Ming lehrt das Handeln auf Grund von Erkenntnis als Ziel des Lebens, Kolumbus wagte sich auf Grund seiner Erkenntnis der Gestalt der Erde hinaus aufs Meer. Er wusste, dort winkte ihm eine schöne Welt jenseits der unendlichen Wasserwüste. So springt einer über Abgründe und Bergspalten, wenn er verfolgt wird, und einer misst nicht lange wägend und wagend die Tiefe, wenn er aus einem brennenden Hause herabklettert. Er weiß, der Feind und das Feuer trachten ihm nach dem Leben. Er achtet die geringere Gefahr nicht um der größeren Gefahr willen. Ein Säugling kennt nicht die Wut der Flammen und spielt weiter. Ein Erwachsener aber entfaltet seine Kräfte in der Erkenntnis des Widerstandes. Dem Starken blitzt es in heller Erkenntnis durch den Verstand: „Ich vermag dieses, ich kann jenes!“ und er wagt es. Daher bleiben so viele Sklaven des Aberglaubens, einer verderblichen Sitte, einer schlechten Obrigkeit, weil sie als Sklaven von bänglichen Erwägungen nie loskommen können und nie zu der freudigen Erkenntnis kommen, dass sie zu einem neuen Leben berufen sind.

Jugend und Alter.

Redest du aber von einem greisenhaften Volke, so schaue dir einen alten, müden Greis an. Ein Greis denkt daran, was er alles überstanden hat, ein Jüngling aber schaut mutig in das Kommende und träumt davon, wenn er sein Ziel erreicht hat, wie es dann mit ihm sein wird.

Er tritt mutig auf den Weg, der vor ihm liegt, er trägt die Hoffnung im Herzen, und die Hoffnung beflügelt seinen Schritt und macht seinen Gang leicht. Und alles wird vor ihm neu von Tag zu Tag, während der Greis nur bei dem Überlebten weilt und seine Gedanken nicht trennen kann von längst versunkenen Sitten und Gewohnheiten. Das Alter kommt aus grämenden Sorgen nicht heraus, die Jugend lebt immer in dem freudigen Gefühl, dass ihr der nächste Augenblick ein unendliches Glück enthüllt. Die Sorgen verwandeln das Herz in Asche, die Freude aber macht Auge und Herz hell. Dort ist Angst, hier ist Tatkraft, hier ist Vorwärtsstürmen, dort ist zagendes Weilen.

Die Jugend sieht eine neue Welt vor ihren entzückten Blicken aufsteigen, das Alter denkt an Sterben und die untergehende Sonne; die Jugend blickt in den hellen Morgen und den leuchtenden Tag. Das Alter ist wie ein abgetriebenes Lasttier, die Jugend ist wie ein wieherndes Füllen in der mongolischen Steppe. Das Alter ist wie der Foliant eines alten Lexikons, voller Runen und Sprüche, die Jugend ist wie ein sprudelndes Lustspiel auf der Bühne. Das Alter ist wie der Weidenbaum im Spätherbst, die Jugend wie die knospenschwellenden Bäume im Frühjahr. Das Alter steht wie eine ägyptische Pyramide am Rande der Wüste, die Jugend braust wie der sibirische Eisenbahnzug durch die Tiefen Asiens, das Alter ist wie das Tote Meer, die Jugend ist wie der Fluss, der schäumend aus den Bergen hervorbraust. Nehmt tausend Bilder und zehntausend Vergleiche, so ist Alter, so ist Jugend.

Die Jugend Chinas rufe ich auf. Sie sei die Trägerin des jungen neuen Chinas. Das Alte, Vergehende stemmt sich gegen die Jugend, es verfolgt uns mit allen Machtmitteln, aber die Jugend hat die Zukunft, ihr gehört der neue Tag. Die Jugend zieht in das Haus ein, das Alter wird einziehen in die ewigen, stillen Gemächer des Todes. Die Jugend wird einziehen in das alte Haus und wird all' den tausendjährigen Schmutz hinauswerfen und das Haus von Grund aus neu einrichten. Ohne Kampf geht das nicht ab. Die Erkenntnis der Jugend muss die Erkenntnis der ganzen Nation werden.

Der Reichtum, die Kraft, die Selbstzucht, die Freiheit der Jugend sei unsere Morgengabe an unser liebes, altes China. Wie singt der Dichter von der glänzenden Morgensonne, die den Pfad des Wanderers erhellt, von dem Strom, der aus dem Gebirge herausbricht, von dem jungen Tiger, der im Tal nach Beute schreit, von dem jungen Adler, der seine Schwingen ausbreitet und im Äther schwebt - mein China, entfalte dich in deiner jungen, siegreichen Jugendkraft!

Es lebt noch eine Flamme.

Es lebt noch eine Flamme,
Es grünt noch eine Saat,
verzagt nicht, noch bange:
Im Anfang war die Tat.

Die finstern Wolken lagern
schwer auf dem greisen Land,
die welken Blätter rascheln,
was glänzt, ist Herbstesland.

Den Blick zum Staub gewendet,
so hasten sie dahin,
verdüstert ihren Stirnen,
dumpf und gemein ihr Sinn.

Doch seh ich Fäuste zittern
und Schläfen fühl ich glühn,

Zornadern seh ich schwellen
und Augen trotzig sprühn.

Es lebt noch eine Flamme,
es grünt noch eine Saat.
Verzaget nicht, noch bange:
Im Anfang war die Tat!

Hartleben

Funken ins Finstere.

Zwei Geschlechter machen heute
Karriere in unserm Staat,
ehrenfeste, liebe Leute,
trinken Bier und spielen Skat,
und sie heißen kurz und schlicht:
Duckedich und Denkenicht.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker);
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 14/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 6. April 1918.

Nr.14

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Nationalität und Wirtschaftsgebiet.

Von Friedrich Adler.

Während des Weltkrieges hat die Klarheit über die Frage der Prinzipien der Staatsabgrenzungen in den weitesten Kreisen erheblich zugenommen. Während für das Bürgertum früherer Jahrzehnte der Nationalstaat schlechtweg das selbstverständliche Ideal gewesen ist, trat in der Kriegszeit in immer steigendem Maße die Bedeutung des wirtschaftlichen Faktors für den Zusammenhalt des Staates hervor. Das Bürgertum fand in früherer Zeit das einfachste Rezept für die Lösung aller Schwierigkeiten, die das Zusammenwohnen verschiedener Völker im Nationalitätenstaat ergibt, in dem Gedanken der Sprengung eines solchen „unnatürlichen“ Staatengebildes. Nun sind auch die Gegner der Sozialdemokratie zur Erkenntnis gekommen, dass deren Programm, das die Regelung der nationalen Bedürfnisse innerhalb des geschichtlich gewordenen Staatsgebietes fordert, das den wirtschaftlichen Tatsachen einzig entsprechende ist.

In einem höchst lesenswerten Aufsatz in Nr. 21 der „Neuen Zeit“ untersucht Genosse Friedrich Austerlitz „die nationalen Triebkräfte“ und bringt deren Unterordnung unter die Tatsache des Wirtschaftsgebietes höchst anschaulich zum Bewusstsein. „Die wirtschaftliche Entwicklung“, sagt er, „hat das, was man einmal erobert, annektiert, zusammengeheiratet hat, mit dem Staat verknüpft, verflochten, verknüpft durch all die Bindungen, die der Kapitalismus erzeugt. Mag sich die nationale Ideologie nach außen richten, sich unerlöst fühlen, sich wegsehen: die ökonomischen Bindekräfte erweisen sich als stärker. Aus dem gemeinsamen Wirtschaftsgebiet entstehen auf dem Gebiet der Industrie, des Handels, des Geldwesens ohne Unterlass neue Berührungspunkte, neue Gemeinsamkeiten von Interessen, neue Verflechtungen. So wächst das, was einmal nur mechanisch zusammengeknüpft war, allmählich organisch zusammen. ... Die Sprengkraft der nationalen Idee ist gegenüber der Beharrungskraft der Staaten, die sind [?], weit zurückgetreten“. Aus diesem Gesichtspunkt leitet nun Austerlitz eine klare Stellungnahme in der Frage der Annexionen ab.

Annexionen im Sinne der Machtpolitik der herrschenden Klassen lehnt Austerlitz als Sozialdemokrat selbstverständlich rundweg ab. Solche Annexionen werden häufig mit einem oder dem anderen der folgenden Argumente begründet: „Aus dem nackten Eroberungsrecht,

aus der Notwendigkeit, sich für die eigenen Kriegsoffer eine vollwichtige Entschädigung zu verschaffen, aus der Nötigung, jenen dauerhaften Frieden zu erzielen, dessen Herbeischaffung so oft den Vorwand zur Fortsetzung des Krieges abgeben muss, also etwa, um den Gegner derart zu schwächen, dass er eines kriegerischen Überfalles fortan nicht fähig sei, oder um neue Grenzen zu fixieren, die eine militärische Festigung verbürgen.“ Alle diese Gründe für Annexionen können selbstverständlich niemals für die Sozialdemokratie in Betracht kommen.

Aber zwei Gesichtspunkte, die zwar zu machtpolitischen Bestrebungen ausgenützt werden können, aber an sich nicht machtpolitischer Natur zu sein brauchen, könnten auch in der Arbeiterklasse den Gedanken von Annexionen als gerechtfertigt erscheinen lassen. Der eine ist der Wunsch nach der Einheit der Nation, der andere liegt in angeblichen Notwendigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung. Austerlitz zeigt höchst einleuchtend, dass auch diese beiden Parolen für die Sozialdemokratie nicht in Betracht kommen können.

Auch im Proletariat ist in verschiedenen Ländern für Annexionen agitiert worden, die gefordert werden im Namen der nationalen Idee, die begründet werden aus den Ansprüchen der nationalen Vereinigung, der Erlösung aus nationaler Fremdherrschaft, wie man so gern zu sagen pflegt. ... Unter diesem Rechtstitel könnte sich die Annexion des österreichischen Welschlands durch Italien, die des französischen Lothringen durch Frankreich, vielleicht auch die des flämischen Belgien durch Deutschland – denn wenn die Sprachgemeinschaft versagt, kann ja die Rasse aushelfen – als Rechtserfüllung ausgegeben und ihre Rechtfertigung vor dem Richterstuhl der internationalen Gerechtigkeit behaupten. Gegenüber diesem vorgeschützten „nationalen Recht“, aus welchem insbesondere die Entente die Annexionsgelüste ableiten möchte, wendet Austerlitz vollständig richtig ein: „Die Grenzen heute nach dem Nationalitätenprinzip bestimmen zu wollen, würde nicht weniger bedeuten, als wirtschaftliche Entwicklungen nach rückwärts wenden, Ergebnisse der ökonomischen Entwicklung aufheben zu wollen.“

Gegen jene Annexionen aber, die mit den angeblichen „Notwendigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung“ befürwortet werden, streitet nun nicht nur die gegenwärtige Gefahr, dass einerseits ein Teil der Nation unter Fremdherrschaft kommen und andererseits aus einem einheitlichen Nationalstaat mutwilligerweise ein Nationalitätenstaat werden konnte, welchen Punkt Kautsky besondere hervorgehoben hat, sondern auch, wie Austerlitz zeigt, die wirtschaftliche Entwicklung selbst. „Auch das Vergangene ist Entwicklung gewesen. ... Entwicklung, die Loses verknüpft. Willkürliches in Organisches verwandelt.“ Durch die Entwicklung, die vergangen ist, ist jeder Staat organisch zusammengewachsen und keine Annexion ist möglich, ohne einen derartigen Organismus auf das empfindlichste zu verletzen, oder, wie Austerlitz kurz zusammenfasst: „Der Entwicklungsausgang streitet wider die Annexionen.“

Aber auch der reine „Unabhängigkeitskrieg“ einer Nation, der mit keinerlei Annexionen verknüpft ist, sondern nur Loslösungen von vorhandenen Staaten erstrebt, ist unter den heutigen Verhältnissen durch die harten Tatsachen der innigen ökonomischen Verknüpftheit aller Teile eines Wirtschaftsgebietes miteinander mit den größten wirtschaftlichen Gefahren verbunden. Dieser Gedanke, der heute noch keineswegs erloschen ist, beruht, wie Austerlitz zeigt, auf der „Verwechslung der Selbstständigkeit einer Nation mit ihrer Souveränität“.

„Unter der Selbständigkeit der Nation kann der Sozialdemokrat nur die Selbstbestimmung und Selbstverwaltung im Nationalen sehen; die Souveränität ist ein Attribut der bürgerlich-kapitalistischen Welt. Wird jemand meinen, dass die drei Nationen, die in der Schweizer Eidgenossenschaft vereinigt sind, ihre ‚wirkliche, volle nationale Selbständigkeit‘ nicht besitzen, weil sie ihre Souveränität nicht für sich, wohl aber alle zusammen in einer besitzen? Natürlich ist die nationale Selbständigkeit im nationalen Staat am harmonischsten erfüllt,

wogegen in jedem Nationalitätenstaat ein Erdenrest bleibt, zu tragen peinlich; dennoch ist und bleibt der harten Wirklichkeit des durch den Kapitalismus auseinandergeworfenen und durch den Kapitalismus zusammengeführten Europa die nationale Autonomie die allein mögliche Form, in der das Recht der Nationen auf Selbständigkeit verwirklicht werden kann, ohne blutige Kriege und fragwürdige Annexionen zu Hilfe rufen zu müssen.“

„Indem wir derart über die nationalen Triebkräfte Klarheit gewinnen und dem durch wirtschaftliche Entwicklung Gewordenen sein Recht zusprechen, werden wir gegen die Versuchung gefeit, nackte Eroberungstendenzen als die Erfüllung moralischer oder wirtschaftlicher Notwendigkeiten anzusehen.“

Die Stimme eines Arbeiters.

Von Fritz Frenken.

In der sozialdemokratischen Partei Deutschlands lag lange vor dem Kriege ihr am 4. August 1914 erfolgter Zusammenbruch begründet. Wer glaubte, dass wirkliche Demokratie, Gleichberechtigung aller Mitglieder, gerechte und dem Willen der organisierten Genossen entsprechende Beschickung von Parteitag und Konferenzen stattfand, wer der Meinung war, dass wirkliche, grundsätzliche, sozialistische Aufklärung unter den Arbeitermassen betrieben, dass der internationale Klassenkampf des Proletariats von der offiziellen Sozialdemokratie mit Herz und Hand und mit Überzeugungstreue geführt wurde, der bewegte sich in einer verhängnisvoll-illusorischen Atmosphäre.

Nirgends wurde die im Munde geführte Demokratie, sozialistische Aufklärung, Klassenkampfparole sowie alle anderen proletarischen Notwendigkeiten so zerstückelt und in ihr Gegenteil verwandelt, als in der deutschen sozialdemokratischen Partei lange vor dem 4. August 1914. Wohl hatten wir über eine Million gut oder schlecht zahlende Mitglieder, vierundeinviertel Million Wähler, 110 Abgeordnete, allerhand bildende Einrichtungen und Kurse, Arbeiter- und Parteischulen, also ein riesiges Organisationsgebäude, welches der ganzen Welt die Augen verblendete, – aber in Wirklichkeit nur ein recht kleines Häuflein Sozialisten. Wenn es nämlich anders wäre, wenn die gesamte deutsche organisierte Arbeiterschaft in Wirklichkeit auch zu sozialistischen Klassenkämpfern geschult und erzogen worden wäre, dann konnte am 4. August 1914 nicht der vollständige politische Bankrott der „starken deutschen Sozialdemokratie“ eintreten.

Das klingt vielen Arbeitern als unglaublicher Irrtum in den Ohren und die meisten „organisierten Sozialdemokraten“ wenden sich erschrocken von dieser Wahrheit ab. Und dennoch kann man bei ehrlicher Selbstkritik und unparteiischer Nachforschung aller Aktiven zu gar keinem anderen Ergebnis gelangen. Der Verfasser dieser Zeilen hat selbst die schwerste Prüfungszeit hinter sich und riss sich erst nach schweren inneren Konflikten von dem alten oberflächlichen Parteidogma los zu einer unbedingt klaren Erkenntnis. Es ist ja nicht ganz leicht, eine seit Jahren durchlaufene Lehrzeit, während welcher man das Gelernte als das einzig Richtige erkennen und vertreten zu müssen glaubte, heute als verhängnisvollen Irrtum zu erkennen und zu bekämpfen. Aber die Gründe sind zu schwerwiegend, die ihn bewogen haben, sich an die Seite der Wenigen zu stellen, die der Neugeburt einer linksradikalen Partei die Wege ebnen wollen.

Man verlange von mir als einfachen Arbeiter ohne jegliche akademische Bildung keine tiefgründigen, theoretischen Knobeleyen. Ich kann es aber hier den Kautsky, Bernstein, Breitscheid usw. nicht gleichtun, – würde es aber, auch wenn ich es könnte, gern unterlassen, da ich dies Gebaren für grundfalsch und der Verwirrung und Unklarheit Tor und Tor öffnend, betrachte. Unklarheit und Verwirrung sind aber der größte Feind der Arbeiterbewegung. Ich

möchte nur in meinem beschränkten Untertanenverstand die alte sozialistische Binsenwahrheit eines alten Vorkämpfers zitieren: „Die Befreiung des Proletariats kann nur das Werk der arbeitenden Klassen selbst sein.“ Nun stelle ich mir das so vor, indem jede Anlehnung an das Bürgertum und jede Kompromisselei mit anderen Parteien den Befreiungskampf der Arbeiterklasse beeinträchtigt und schadet.

Aber gerade in diesem Punkt wird von der Partei aller Schattierungen das menschenmöglichste geleistet. Was soll man beispielsweise dazu sagen, wenn in der unabhängigen Presse ein Zetergeschrei über die „furchtbare, falsche“ Politik der russischen Bolschewisten angestimmt wird. Merken denn diese „Sozialisten“ gar nicht, dass sie dem deutschen Imperialismus und den herrschenden Klassen der ganzen bürgerlichen Welt Wasser auf ihre Mühlen geben, den beispiellosen Heldenkampf des russischen Proletariats aber ungeheuer erschweren helfen?

Wirklich, es ist eine traurige Mission, die die unabhängigen Größen vollbracht haben. Hier wie an unzähligen anderen Beispielen kann man ermessen, wie wesensgleich Unabhängige und Abhängige sind. Und der Froschmäusekrieg zwischen beiden Richtungen, der sich übrigens nach den Wahlniederlagen der Unabhängigen in allgemeines Wohlgefallen auflösen wird, ist weiter nichts als Kleinigkeitskrämerei. Die nächste Zukunft wird uns zeigen, dass die berühmte Einigkeit wieder hergestellt und der Zusammenschluss perfekt geworden ist. Die Unabhängigen wollen unter keinen Umständen auf die Stärkung des Parlamentarismus verzichten. Aus eigener Kraft können sie aber außer Berlin 2 und 6 keine Mandate erobern, es bleibt ihnen also gar keine andere Möglichkeit, um ihren Mandatshunger zu stillen, als sich mit den Scheidemännern wieder zu versöhnen. Und wer ein feines politisches Gehör hat, der kann heute schon die sanften Klänge einer Versöhnungsschalmey vernehmen, zunächst nur angestimmt von dem linken Flügel der Abhängigen und dem rechten Flügel der Unabhängigen. Was dann kommt und kommen muss, ist klar.

Wir bekommen wieder die alten großen zahlungsfähigen Organisationen, viele Mandate mit der famosen parlamentarischen Ära, auf den verschiedensten Gebieten kleinlichste Reformen, etwas lendenlahme Opposition, im Allgemeinen also genau dieselben Zustände, wie vor dem 4. August 1914, ohne einen Schritt der Sozialisierung der Gesellschaft näher gekommen zu sein. Und ganz bestimmt erleben wir bei Ausbruch des nächsten imperialistischen Raub- und Eroberungskrieges einen abermaligen politischen Bankrott dieser „Sozialdemokratie“. Dieser Ausblick ist nun sicher recht trostlos. Die notwendige Konsequenz dieser Tatsache ist eben die Neugründung einer linksradikalen Partei. Von Interesse ist hierbei die Stellungnahme der Spartakusgruppe. Wenn diese Gruppe nicht vollständig politischen Selbstmord begehen will, bleibt ihr gar nichts anders übrig als sich dieser neuen linksradikalen Partei anzuschließen, denn, dass die Spartakusleute heute noch etwas an der Politik der Unabhängigen bessern werden, halten sie wohl selbst für ausgeschlossen. Schade um den Kredit, den sie an solch unzuverlässige Gläubiger verschwendet haben. –

Die Neubildung einer linksradikalen Partei ist aber unbedingt notwendig, – nicht nur im Interesse der deutschen Arbeiterklasse, sondern vornehmlich im Interesse des internationalen Sozialismus überhaupt. Auf den Wegen, die deutsche Sozialdemokratie vor und während des Krieges gewandelt ist, kommt die Arbeiterklasse aber keinen Schritt dem Sozialismus näher, sie wird im Gegenteil immer tiefer in den Sumpf hineingeraten, aus welchem es schließlich kein Entrinnen mehr geben wird.

Alle wirklich sozialistischen Elemente, die jede Opportunitätspolitik mit den Bürgerlichen ablehnen, *klar denken und handeln*, müssen es als ihre Pflicht ansehen, sich von den alten traditionellen Gepflogenheiten freizumachen und müssen an der schweren Pionierarbeit des

Neuausbaues einer wirklich sozialistischen Organisation regen Anteil nehmen. Je früher dies geschieht, umso besser wird es der Wahrheit und Klarheit zum Siege verhelfen!

Wozu brauchen wir Theorien?

Von Friedrich Adler. (Schluss.)

Werfen wir nun zur Illustration des Gesagten einen kurzen Blick auf die Theorien über die menschliche Gesellschaft. Und zwar interessieren uns besonders die großen Umwälzungen in der Gesellschaft, die geschichtliche Entwicklung der Gesellschaft. Das ursprüngliche Material, wir können sagen der Stoff, von dem diese Theorien handeln, sind die Willensbestrebungen der Menschen. Auf den ersten Anblick sehen wir ein Chaos von sich kreuzenden Willen, einen unentwirrbaren Knäuel von Willensbestrebungen und Willenshandlungen.

Lange konnte man keine Gesetze aufstellen, wusste man nicht, dass eine Ordnung in diesen verschiedenen Willen da ist. Man begnügte sich, den Willen einzelner Persönlichkeiten zu verfolgen, und schrieb einzeln hervorragenden Menschen, deren Wille sich durchsetzte, die wichtigste Rolle zu. Erst Karl Marx gelang es zu zeigen, wie der Wille der großen Massen gerichtet ist; ihm verdanken wir die erste große Einsicht in das Wollen der Menschen. In dem Satze: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen“ formuliert er seine Erkenntnis. Damit war mit einem Schlage Licht in die Willensäußerungen der Menschen gebracht. Nicht alle Willensbestrebungen umfasst dieses Gesetz, aber alle jene, die sich auf die Entwicklung der Gesellschaft beziehen. Es war gezeigt, dass in der verwirrenden Menge der Willenselemente sich große Gruppen gleichgerichteter Willen aufweisen lassen und damit zum ersten Mal der Schlüssel zum Verständnis grundlegender Erscheinungen gegeben ist. Klassenkämpfe, die sehr deutlich in Erscheinung traten, hatten schon oft stattgefunden, so im alten Rom, in den Bauernkriegen, in der großen Revolution von 1789, in den Julikämpfen 1830; aber niemals war man zum klaren Bewusstsein gekommen, um was es sich handle.

Es war der Klasseninstinkt, das Klasseninteresse wirksam, durch Marx erst wurde das Klassen-Bewusstsein möglich. Und diese Theorie des Klassenkampfes hat uns unschätzbare Dienste geleistet. Denn solange der Klassenkampf ohne Bewusstsein, ohne Theorie geführt wird, förmlich nur als Reflex, haben die Prediger der Ruhe und Ordnung, die Soldschreiber des Kapitals, leichtes Spiel, wenn sie von dem Frieden und der Eintracht erzählen, die herrschen sollen zwischen Kapital und Arbeit, wenn sie ihre falschen Theorien verkündigen, von den Wunden, die die Unzufriedenheit, die Zwietracht allen schlagen wird. Gegen die falschen Theorien, gegen diese Verführungen zum Frieden ermöglichte Marx uns den zielbewussten Kampf, die planmäßig überlegte Durchsetzung unseres Willens.

Leute, die Marx nicht zu verstehen vermochten, meinten manchmal, Marx habe überhaupt den Willen der Menschen vergessen. Die ganze Zeit ist bei Marx vom Kampf die Rede, von der Umwandlung der Gesellschaft, von der Organisation der Arbeiter, kurz, von lauter Willenshandlungen der Menschen. Dass der Mann, der die Theorie der Willenshandlungen der Menschen in der Gesellschaft aufgestellt hat, den Willen „vergessen“ haben sollte, das können nur Leute behaupten, die nie in den Geist der Marxschen Lehre eingedrungen sind, die vor lauter Bäumen den Wald nicht sehen.

Aber Marx ist noch weiter in die Theorie des Willens der Menschen eingedrungen. Er hat gesehen, dass zu allen Zeiten in einzelnen Köpfen Ideen, Wünsche da waren zur Verbesserung der Welt, dass Ideale erstrebt wurden und der Wille vorhanden war, sie zu verwirklichen. Und er fragte sich: Was war das entscheidende Merkmal, dass gewisse Ideen und Wünsche stets gescheitert sind, bis doch einmal die Zeit kam, wo sich der Wille durchsetzen konnte. Er

sah, dass in dem vorwiegend stationär hinfließenden Strom des gesellschaftlichen Lebens immer dann große Änderungen erfolgten, wenn sich die Art, wie die Menschen produzieren, geändert hatte. Die Vorbedingung einer gesellschaftlichen Umwälzung ist immer eine der Produktionsverhältnisse.

So tritt vor 1789, vor der großen französischen Revolution, an Stelle des Kleinhandwerks, die Manufaktur, die Organisierung der Arbeit im Großen; damit ändert sich die Struktur der Klassen; die Bourgeoisie tritt auf den Plan, der stationäre Zustand der Gesellschaft wird labil, die Kampfstellungen werden bezogen. Es kommt zum Kampf, der Wille der Unterdrückten kann durchdringen: es siegt die Revolution. So gibt uns Marx zum ersten Mal eine Theorie der Revolution. Nicht durch eine Verschwörung der Bösewichte, wie die Staatsstützen behaupten, nicht weil endlich die wahrhaft guten Menschen, die Idealisten sich gefunden – wie naive liberale Geschichtsschreiber erzählen – kommt es zur Revolution, sondern nur, wenn die Produktionsverhältnisse sich geändert haben, wenn die in der Marxschen Theorie der Revolution aufgezeigten Vorbedingungen erfüllt sind, kann der Wille zur Revolution siegreich sein, können die Wünsche, die Ideen, die Willen, die immer vorhanden sind, sich durchsetzen.

Und diese Theorie ist auch wieder von der unmittelbarsten Wichtigkeit, denn sie zeigt uns, welche Revolution heute möglich ist, welche sich allein durchsetzen kann. Die Reaktionäre wollen auch eine Revolution machen, eine Revolution nach rückwärts, zu den guten alten Zeiten, die mindestens für sie umso viel besser waren. Marx hat uns gelehrt, dass alle ihre Anstrengungen vergeblich sind: sie können uns Zeit stehlen, sie können uns aufhalten – schließlich werden sie aber doch mit den Köpfen an die Wand rennen. Auch die Arbeiter waren anfangs so naiv und glaubten, man könne eine Revolution nach rückwärts machen. Die Geschichte von den schlesischen Webern in den Vierzigerjahren, die, als das erste Mal die Maschinen kamen, den Arbeitern ihr Brot stahlen, die Kinder in die Fabriken schleppten und ihnen Tag und Nacht das Blut aussaugten, hat sich fast in allen Ländern wiederholt.

Stets war der erste Gedanke: Weg mit diesen Maschinen! Und die Zertrümmerung erfolgte. Aber die Theorie war falsch. Neuere, größere Ungetüme kamen und der Kampf gegen sie wurde aussichtslos. Da zeigte Marx: Nicht die Maschinen trinken das Blut der Arbeiter, sondern die Kapitalisten, die Besitzer der Maschinen, sind es, die dem Arbeiter ein Stück des Lohnes vorenthalten. Er stellte die Theorie des Mehrwertes auf, den der Kapitalist einsackt, anstatt ihn dem Arbeiter auszufolgen. Und damit hat Marx nicht nur die Theorie der Revolution überhaupt, sondern die Theorie der Revolution gegeben, in der wir jetzt leben, die Theorie der proletarischen Revolution. Nicht zurück, wie die Weber der Vierzigerjahre meinten, nicht weg mit den Maschinen, sondern diese Maschinen als Eigentum der Gesamtheit, eine neue Gesellschaft bauen, in der die ökonomische Ausbeutung aufgehoben ist.

Auch in der Theorie der Revolution ist Marx manchmal nicht verstanden worden. Er zeigte, dass gewisse Produktionsverhältnisse die Vorbedingung sind, dass gewisse Willensrichtungen in Massen auftreten, dass gewisse Willensbestrebungen sich durchsetzen. Anstatt dessen interpretieren manche Leute die Marxschen Ausführungen dahin, dass er glaube, dass die Produktionsverhältnisse automatisch eine neue Gesellschaft erzeugen, ohne dass der Wille der Menschen in Erscheinung treten müsse. Eben – so wie es unsinnig wäre, zu sagen, die Luft erzeugt die Menschen, und dass doch richtig ist, dass sie Vorbedingung für deren Existenz ist, ebenso ist es unsinnig, dass die Produktionsverhältnisse als solche die neue Gesellschaftsordnung erzeugen, und es ist doch richtig, dass sie die Vorbedingung dafür sind, dass die Menschen eine neue Ordnung schaffen.

Die Theorie kann nie den Willen ersetzen, aber auch der Wille nie die Theorie. Der Wille ohne Theorie ist blind, die Theorie ohne Willen ist lahm. Die Theorie zeigt uns, welche Willenselemente da sind, welche Ideen, welche Wünsche sich erfüllen lassen, welcher Wille sich durchsetzen wird. Wir wollen nicht bloß wollen, auch wollen wir nicht an die Wand anrennen: wir wollen siegen! Wir brauchen Theorien, damit der in der klassenbewussten Arbeiterschaft lebendige Wille zur Umwandlung der heutigen Gesellschaft zum Durchbruch, zum Siege gelangen kann!

Vor mehr als 60 Jahren hat Marx im Kommunistischen Manifest den Satz niedergeschrieben: „Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, sie haben eine Welt zu gewinnen!“ Der erste Teil des Satzes entspricht nicht mehr ganz den Tatsachen. In diesen 60 Jahren sind die Proletarier andere geworden. Die missachteten, rechtlosen, wehrlosen Arbeiter der Vierzigerjahre existieren nicht mehr. Aus eigener Kraft haben sie sich erhoben, haben sich Organisationen gebaut, Rechte erobert; sie stehen im Mittelpunkt der Ereignisse, um sie dreht sich alles Geschehen. Sie haben heute nicht nur Ketten, sondern auch Früchte ihrer Arbeit in der Organisation, Ansehen, zu verlieren. Ein jeder Schritt, den sie machen, kann Gewinn, aber auch Verlust bedeuten. Deshalb muss jeder Schritt viel mehr überlegt werden, deshalb werden die Theorien als Werkzeuge im Klassenkampf immer wichtiger. Wenn es aber auch wahr ist, dass die Proletarier heute mehr zu verlieren haben als ihre Ketten – eine Welt bleibt ihnen doch noch zu gewinnen.

Von der seelischen Voraussetzung.

Da sitzen einmal – irgendwann im Reich – Namen tun nichts zur Sache, denn es ist überall so im Land, da sitzen also, sag ich, ein paar Dutzend junge Proletarier zusammen und sprechen von ihrer Bewegung. Der Jugendtag steht vor der Tür; da wollen sie feiern und sich zu sozialistischen Gedanken bekennen. Ja wirklich, wollen sie das? Ist denn die Frage nach dem Wie? Nein, nach dem Ob? Dem Ob? Wie kann das sein? Du hast nicht recht gehört. Ists doch der Boden einer Kampforganisation und eben deshalb sind sie hier. Einer hat das Technische erörtert. Viel Mühe und Hemmung waren da. Lange Gesichter. Und dann Einwand um Einwand. Es regnet nur so.

Was sagen sie denn? Denen ist's nicht genug vorbereitet, die warten auf Anlass und Stimmung, andere sprechen vom frühern Misserfolg, von nutzlosen Opfern und Lächerlichmachen; noch andere bleiben gar am Äußerlichen, Kleinlich-Persönlichen haften: sie haben's nicht früh genug erfahren, es ist über ihre Köpfe fort beschlossen worden usw. usw. Und immer wieder: Ja, wenn sie alle kämen, aber das tun sie ja nicht, das kann ja gar nicht sein, das ist noch nie gewesen, höchstens 500. I wo, 200. Wenn's mal 200 sind und die noch über die ganze Stadt verstreut, und die Neunmalweisen, die ganz Gescheiten: Keiner hört euch, keiner sieht euch, mit eurem Dummjüngentum. Und wieder: Wenn und dann und ach und weh ins Aschgraue. ...Wisst ihr, was denen da fehlt? Wisst ihr es auch?

Nicht die Organisation, nicht der Betrieb, nicht die Flugblätter, die Zeitungen, die Redner, die Agitatoren, auch nicht die Aufklärung, selbst nicht die Solidarität, nach der sie irgendwo in der Luft herumfahren, statt in sich selbst zu greifen, nach der sie achselzuckend seufzen. Wisst ihr, was denen da fehlt? ... Die Seele ist es. Ja, die Seele! „Ihr seid ja tot“, rief kürzlich einer aus, der gut genug den Kern des Dinges ergriffen hatte. Ja, tot sind sie. Du glaubst es nicht. Du packst sie an und schreist. Und ob du gleich mit Engels- und Teufelszungen redest, du weckst sie nicht, du bringst sie nicht zum Leben, du bist für sie nicht mehr als ein „tönendes Erz und eine klingende Schelle“. Das macht, Bruder: man kann packen und rütteln, man kann anschreien und wecken, was erst keimt oder schläft, was ermattet, verschüttet, betäubt ist, aber was ist. Nicht, was nicht ist. Du bist kein Schöpfer aus dem Nichts. Und wenn du die

Arme und Beine, die Körper und Köpfe auch wirklich mit der Macht deiner Zunge in die Straße zerrstest, was hülfe dir das, so sie der Liebe, des Lebens nicht hätten, der immer, immer wieder Leben erzeugenden, Leben entflammenden Macht, so ihnen die Seele fehlt.

Seele? Was ist denn Seele? Ist's das verschwommene Fabelding verstiegener Ideologen, das in der Milz, der Zirbeldrüse oder sonst wo sitzt und die gemeine „Materie“ hochnäsiger dirigiert? Oder ist's der blasse hypothetische Randbegriff des aufgeklärt-exakten Philologen? Nichts von alledem. Seele ist überhaupt kein Ding und kein Begriff, Seele ist Vorgang, Werden, ist ein Geschehn, ist ein Prozess, ein Fließen, Brennen wie die Flamme. Seele ist Tat, oder sie ist nicht, ist überhaupt *nicht* da. Sie ist nicht etwas, was wir haben oder nicht haben von Anbeginn und für alle Zeit, ganz ohne unser Zutun; sie ist etwas, das wir *selbst* erst schaffen und setzen müssen.

Was wir selber zeugen als unser eigenes, ursprüngliches, persönliches Leben, was wir atmen, nähren, großziehen und täglich in Bewegung setzen, nur das ist Seele. Sie ist mehr als Geist. Sie umarmt als ihr leuchtendes, tragendes Prinzip den Geist, den Aufgeklärten, Wissenden, der ihr Stoff und Werkzeug in die Hände drückt, ihr Ziel und Richtung gibt; sie reißt ihn mit hinein in ihre dunkle, starke Triebhaftigkeit, sie gibt ihm Blut, er gibt ihr Licht, und ihre Zeugung, ihre große Einheit ist die befreiende Tat. Seele ohne Geist ist blind, Geist ohne Seele tot; und solcher tote, unfruchtbare Geist, der unerlöste Geist der Theorie, o ihr zehnmal Klugen und Weisen, der hemmt und lähmt uns ebenso, ja mehr vielleicht, als alle Stumpfheit und Unwissenheit.

Doch nicht davon wollte ich zu euch sprechen, Genossen, sondern von der Seele, diesem urpersönlichen Sein und Wesen, dieser spontanen, innerlichen, ganz von selbst sich nach außen fortpflanzenden Bewegung jedes Einzelnen, von der Seele, die die wichtigste Wurzel, ja recht eigentlich die Keimzelle und Grundlage auch aller zusammenballenden Massenbewegung bedeutet, denn in ihr „leben, weben und sind wir“, jeder Einzelne von uns, und alle Einzelnen machen die Masse. Darüber, dass wir als Sozialisten das Hauptaugenmerk vom Innenleben und Einzelschicksal zunächst abwenden und auf die großen gesellschaftlichen Zusammenhänge lenken, die Umwälzung der äußeren Lebensverhältnisse unserem nächsten Ziele machen, darüber, dass uns die Masse als solche mehr und ein anderes ist als die Summe des Einzelnen, weil sie noch ganz andere Kräfte auslöst, andere Wirkungen zeitigt als die Einzelnen, darüber dürfen wir nie und nimmer vergessen, dass ich und du, du und du und *nichts weiter* diese Masse macht, nicht vergessen, dass von der Güte jedes, aber auch jedes Einzelnen einzig und allein die Güte des Ganzen abhängt.

O, dass ihr es doch endlich verlerntet, immer und immer wieder nach rechts und links und vorn und hinten zu spähen: Kommt der, kommt jener, bin ich nicht allein, werde ich nicht im Stich gelassen, was wirkt mein Opfer, ist es auch nicht umsonst? O, wenn du Seele hättest, wie könntest du so sprechen! Seele ist ja eigener, starker, persönlicher Antrieb, du müsstest um *deinetwillen*, um deiner eigenen inneren Not willen handeln, um *deinetwillen* ganz allein. Was kümmern dich 200 oder 500. Was sollten dir noch viel die Redner, Blätter, Worte und Beschlüsse. Dieses ganze wichtig aufgeplusterte Brimborium von Sitzungen und Ausschüssen und Ausschüssen der Ausschüsse und Worten und wieder Worten; das alles zusammen zu dem, was es in Wirklichkeit sein und leisten kann: zum äußeren guten Mittel der Zusammenballung und Auslösung vollauf gespannter, tatgeladener Energien; soll das Mittel aber solche Energien erst schaffen, so erweist es sich als völlig untauglich. Seele pflöpft man nicht auf, am wenigsten mit Worten. Die Tat vielleicht, das *Beispiel* kann sie wecken, das Beispiel eines überwältigend starken, persönlichen Lebens, einer restlosen Hingabe. Das ist der Sinn des Wortes von der psychologischen, der seelischen Voraussetzung, die es zu schaffen gilt.

Und damit hast du auch die Antwort auf deine Frage vom Opfer und Erfolg. Ich sage: lebe ganz aus tiefstem Herzen und tiefster Seele, dann gibt sich das dir angemessene Tun von selbst und aus innerster Notwendigkeit. Keinen Erfolg? O, welch ein rohes, schiefes Eintagsurteil, das sich vor jeder plumpen Tatsache auf den Bauch legt. Meinst du wirklich, die bescheidenste echte seelische Kraft, im geringsten Raume, an der verborgensten Stelle angesetzt, sofern sie nur wirklich Tat und Leben und nicht immer Lippenbekenntnis ist, könne in Zeit und Ewigkeit irgend verloren gehen, ohne fortzuwirken fort und fort? O, dann gehe! Dann hast du nichts begriffen von Geist und Seele, vom eigentlichen Lebensnerv der großen Sache, die du im Munde führst, die allen Stoff durchseelt und nur in ihrem, in des Geistes Zeichen siegt.

Es ist nichts verloren, hörst du, nichts! Und wie anders sollen denn die Jungen den Sozialismus „erleben“, statt mit ihm belehrt und bepredigt zu werden, als mit einem Talmiputz für Sonn- und Feiertage mit dem sie alltags nichts mehr anzufangen wissen, wie anders denn als indem ihnen Schritt für Schritt das Beispiel einet aus innersten Zwang geborenen Werkstätigkeit entgegentritt, die nicht wirkt, weil heute oder morgen der „Erfolg“ kommt, sondern weil es ihr Leben, ihre Seele, ihre Existenz ist zu kämpfen. Dies Wirken des Einzelnen auf Schritt und Tritt, nur das erzeugt die allgemeine seelische Voraussetzung, die Überzeugung von der Möglichkeit, der Notwendigkeit, ja der Selbstverständlichkeit der sozialistischen Tat, die die Massenbewegungen erst fruchtbar macht.

Und weiter. Glaubst du etwa das, was du nutzlose Opfer, das unfruchtbare, erfolglose Handeln nennst, das sei nicht ebenso notwendig für den Kampf wie das erfolgreiche, selbst wenn du genau den äußeren Misserfolg vorherberechnen könntest. Kann man eine Leiter überfliegen, statt sie Sprosse für Sprosse zu begehen. Überwindel man tote Punkte, indem man sie verschläft? „Die Besten müssen springen in den Riss der Zeit, nur über ihren Leibern schließt er sich.“ Den Riss der Zeit! Das bedenke. Eine so riesengroße Aufgabe wie die des Proletariats kann nicht anders bewältigt werden als in immer neuen, tausendmal vergeblichen Ansätzen, durch die allein erst Kraft und Können reifen. Das aber ist die Forderung: Wissen, das es noch Jahrzehnte vielleicht Jahrhunderte bis zum Siege dauern kann, dass unsere Generation darüber zugrunde gehen kann, dass es vorläufig gar nicht so sehr auf Erfolg und Misserfolg der einzelnen Unternehmung nach außen ankommt, sondern auf die Wirkung, die sie in dir und mir und unseresgleichen auslöst, auf die seelische Voraussetzung, die in der Tat entsteht und neue Tat gebiert, immer größere, bessere, reifere Tat – dies alles wissen und doch in jedem Augenblick so handeln, so inbrünstig mit Einsatz des Persönlichsten und Eigensten, als ob *morgen* der Sieg winkte, und von dir, dir ganz allein abhinge.

Nur solches Leben, nur solche Gesinnung befreit von aller bänglichen Erwägung, aller lähmenden Knechtseligkeit, weil dann das, was du tust, dein eigener Sinn und Wille, dein eigenes Ziel ist und nicht etwas, wozu man dich mühsam überredet hat oder das du zwar theoretisch aner kennst, von dessen Durchführung du dich aber am liebsten drücken willst, um es dem reifen „historischen Moment“ zu überlassen. Der historische Moment will ein großes Geschlecht. Das gilt es zu schaffen, ein Geschlecht der Freien. Ihr kennt das Merkmal des Freien, handelt danach:

Der eine fragt Was kommt danach?
Der andere sagt nur: Ist es recht?
Und also unterscheiden sich
Der Freie von dem Knecht.

Mutterlied.

Wachse Knabe, wachs entgegen
siegese frohem Männerstreit:
bis ins tiefte soll bewegen
dich das Wogen unsrer Zeit!

Wild umkreist von Dunkel, Mühen,
und von Notgeschrei umgellt,
soll wie eignes Leid durchglühen
dich das Weh der ganzen Welt!

Fasste dich der Riesenjammer,
stieß er dich wie Schüttelkrampf,
schlug er dich wie Faust und Hammer,
spring empor zum kühnen Kampf!

Pack das Leid, es zu bezwingen!
Brich des Jammers Tyrannei!
Deine Waffen sollen klingen
wie ein heller Jubelschrei!

Schafft der Wahrheit und der Freiheit,
dem Erbarmen offne Bahn!
Diese wundervolle Dreiheit
blitze nieder Not und Wahn!

Licht und Freude werden siegen
über Hass, Verbrechen, Qual,
und in alle Herzen fliegen
wird der Liebe Gottesstrahl.

Bis ins tiefste soll bewegen
dich das Wogen unsrer Zeit -
wachse Knabe, wachs entgegen
siegese frohem Männerstreit!

Mia Holm.

Träume.

In schweren Abendstunden
kam mir ein schöner Traum:
die Räder waren verschwunden,
ihr Lärmen hört ich kaum.

Ein Duft von blühenden Gärten
umzitterte mein Gesicht,
und meines Daseins Härten
durchschauerten mich nicht.

Und Lebenssommerstille
hat froh mein Herz durchglüht,

und reiner Daseinswille,
von Ruh und Kraft umblüht.

Wie fernes Donnerrollen,
wie Wogenschlag vom Meer
klang Schaffenslaut und Grollen
des Tages um mich her.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker);
sämtlich in Bremen

Arbeiterpolitik 15/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 13. April 1918.

Nr.15

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Der Friede im Osten.

1.

Der Friede im Osten ist nächst der russischen Revolution das erste große politische Resultat des Krieges. Wie alle großen Ereignisse zerreißt es die Schleier, welche Hoffnungen und Wünsche, Illusionen und Interessen um die Tatsachen gehüllt haben, beleuchtet es grell und scharf die tatsächlichen Machtverhältnisse, zeigt es Wesen und Ziel jeder politischen Strömung in kantigem Profil.

Der Frieden im Osten entspricht nicht der Idee eines Verständigungsfriedens. Dieser Frieden hat die Unwirklichkeit der Ziele aller Pazifisten bis herüber zu Haase und Ledebour enthüllt. Der Krieg ist mehr als je bei der ungeheuren Entwicklung der Produktivkräfte eine Maschine von riesenhafter Wucht geworden, die sich ausrasen muss und nur zum Stillstand kommt, wenn entweder durch die Überspannung der Leistungsfähigkeit die Lager heiß laufen und die Schwungräder zerreißen oder die Betriebskraft zu Ende geht oder endlich das Ziel des Prozesses erreicht ist. Solange die Aktionskraft der kriegführenden Mchte noch vorhanden ist, lässt sie sich durch keine noch so schöne und „vernünftige“ Idee bndigen.

Eine zielbewusste Expansionspolitik wird sich mit Teilerfolgen durch Verständigung mit den Konkurrenten zufriedengeben, wie das die verschiedenen Verträge zwischen der deutschen und der englischen Regierung gezeigt haben, solange die Machtprobe nicht gewagt wird. Ist das Schwert aus der Scheide, dann gibt es nur eine Vernunft: Sieg. Einen Verständigungsfrieden kann es nur nach einem unentschiedenen Kriege geben. Unentschieden aber ist ein Krieg von derartigem Umfang erst dann, wenn alle Machtmittel erprobt, wenn die letzte Kraft ohne klares Resultat an das Ziel gesetzt worden ist. Ein solcher Erschpfungsfriede kann aber niemals das Ziel einer politischen Partei sein. Deshalb ist die Verstndigungssparole falsch. Niemals werden sich kriegführende Mchte davon überzeugen lassen, dass die Weiterführung des Kriegs nutzlos und aussichtslos sei, wenn sie nicht ihre Niederlage eingestehen müssen. Jeder Appell an die Moral oder die „Vernunft“ der Kriegführenden ist deshalb immer nur das Eingeständnis der eigenen Schwäche.

Noch kindlicher ist der Glaube, eine siegreiche Macht könne nur aus Gründen der Moral des Rechts oder der Demokratie oder aus Furcht vor künftigen Verwicklungen auf die Beute des

Kampfes verzichten. Bei einem Friedensschluss entscheiden weder guter noch böser Wille, sondern allein die tatsächlichen Machtverhältnisse. Kapitalistische Mächte führen nicht unter den ungeheuerlichsten Opfern Krieg, um am Ende den geschlagenen Gegner großmütig ans Herz zu drücken. Sie setzen ihre Interessen durch, soweit ihre Macht ausreicht. Deshalb ist nichts irriger als die Auffassung, die Bolschewiks, die keine politischen Dilettanten sind, hätten je erwartet, dass die kriegführenden Mächte auf einen demokratischen Frieden eingehen würden. Frieden ohne Annexionen war vielmehr für sie eine revolutionäre Parole und nur die Überschätzung der Aktionskraft des internationalen Proletariats konnte in ihnen die Hoffnung auf die Verwirklichung ihres Programms wecken.

Seit Lassalle gehört zum A-B-C des ernsthaften Politikers der Lehrsatz, dass die Verfassung eines Landes nichts anderes ist als der Reflex der Machtverhältnisse im Volke. Auch ein Friedensschluss kann nichts anderes als die tatsächlichen Machtverhältnisse zum Ausdruck bringen. Nur insoweit besteht ein gewisser Spielraum, als die augenblickliche Schwäche des geschlagenen Gegners seiner inneren Lebenskraft nie entspricht. Es ist die Kunst der Politik einer siegreichen Klasse, diese innere Lebenskraft richtig einzuschätzen und dadurch ihre Friedensbedingungen einzurichten.

In dieser Hinsicht hat sich Bismarck bei seinen Friedensschlüssen stets als klar schauender Politiker erwiesen. Nur dadurch, dass er die ganze Wucht seiner Autorität in die Waagschale warf, konnte er es 1866 verhindern, dass die Militärs in der Ausbeutung der augenblicklichen Schwäche des niedergeworfenen Feindes den Bogen überspannten. Sehr drastisch drückte er dies mit den Worten aus, dass er den Schimmel, den er erst kaum über den Graben spornen konnte, dann nur mit Mühe zu bändigen vermochte. 1871 freilich musste auch er den Militärs gegen seine eigene politische Auffassung starke Konzessionen machen. Während eines siegreichen Krieges reißen eben die militärischen Leiter die Politik oft in hohem Maße an sich, und je erfolgreicher sie damit während des Krieges gewesen sind, umso stärker ist ihr Einfluss bei dem Friedensschluss.

Von diesem Gesichtspunkte aus ist ein Aufsatz des offen annexionistisch gesinnten Herausgebers des „Neuen Deutschlands“, Adolf Grabowsky, über den Ostfrieden außerordentlich interessant. Auch er steht auf der von uns skizzierten Auffassung: „Politisch urteilt man nur, wenn man sich bei dem Ostfrieden fragt, ob er der Ausdruck der tatsächlichen Machtverhältnisse sei oder nicht. Kommt man hier zu einem verneinenden Ergebnis, so ist klar, dass ein Friede vorliegt, der den Krieg im Augenblick zu Ende bringt, der aber nur den Keim eines neuen Krieges bildet.“

Bei der Beantwortung dieser Frage kommt er nun zu Resultaten, die gerade nur des willen [wegen?] von hoher Bedeutung sind, weil sie von dieser Seite kommen. Er stellt zunächst fest, dass der militärische Zusammenbruch in Russland nicht allein die Folge einer militärischen Niederlage, sondern der inneren Umwälzung ist.

„Ferner muss man sich sehr davor hüten, die Bewillkommung unserer Truppen durch Letten, Esten, Finnen und Ukrainer falsch einzuschätzen. Nicht als Deutsche wurden wir begrüßt, sondern als Vertreter der herrschenden Gesellschaftsordnung. Das ist ein gewaltiger Unterschied, der im Augenblick klar hervortreten wird, in dem die Bolschewikiregierung fällt. Genauso wie wir werden jetzt in Sibirien die einrückenden Japaner von dem russischen Bürgertum empfangen. Nur eine Bevölkerungsschicht hat darüber hinaus wirklich Sympathien für uns: die baltischen Deutschen. Freilich, man weiß, wie vertraut die meisten von ihnen sich mit dem Zarismus standen, und man befürchtet, soweit sie dem Adel angehören, von ihrer Aufnahme in das Deutsche Reich eine Verstärkung des junkerlichen Einflusses ostelbischer Prägung. ... Kommt in Russland wieder eine Regierung zur Herrschaft, mit der sich das Bürgertum der Randvölker wird

verstehen können, so ist anzunehmen, dass es seine augenblicklichen Freundschaftsbezeugungen recht schnell revidiert. Und dazu wird dann die Kraft eines neuen Kernrusslands stoßen, die eben durch den Krieg nicht vernichtet, sondern nur gleichsam suspendiert worden ist. Diese Kraft wird sich nicht damit begnügen, sehnsüchtig nach den verlorenen Schätzen, vor allem nach denen der Ukraine zu starren, sondern wird sich auch stark genug dünken, diese Schätze wieder zu erobern. Stark genug, weil sie der Meinung sein wird, ja heute schon ist, dass der Friedensvertrag vom 3. März 1918 eine Verzerrung der wahren Machtverhältnisse bedeutet, nicht aber diese Machtverhältnisse zum Ausdruck gebracht hatte.

Es bleibt von unserer Betrachtung vor allem der Gegensatz des militärischen und politischen Denkens zu notieren. Der Ostfriede ist ein militärischer Friede, der Politiker hat nicht viel damit zu schaffen. Das militärische Denken, das in seinem Bereich völlig am Platze ist, darf nicht von der Politik Besitz nehmen. Über diesen Friedensschluss hinaus sollten wir das als Lehre beherzigen.“

Was hier ein kluger Politiker gegen den Friedensschluss im Osten einwendet, umfasst den einzigen Einwand, den man gegen diesen Frieden erheben kann. Von den kapitalistischen Klassen ist nur ein kapitalistischer, ein Eroberungsfrieden zu verlangen.

2.

Die ganze Aufklärungsarbeit der „Arbeiterpolitik“ in Kriegs- und Friedensfragen hat darin bestanden, den Arbeitern die Augen für Tatsachen zu öffnen und sie von trügerischen lähmenden Illusionen zu bewahren. Es wird als ewig schuld an den Unabhängigen haften bleiben, dass sie mit ihrem Schlummerlied vom Verständigungsfrieden der Regierungen die Arbeiterklasse eingelullt haben. Und wenn sie jetzt im Reichstage tönende Entrüstungsreden halten, so kann man auf sie mit demselben Recht den Vorwurf anwenden, den Haase auf die Scheidemänner gemünzt hat, „Sie stehen jetzt als die Blamierten und Eingeseiften vor dem Volke da.“ Und wiederum offenbart sich ihre Engbrüstigkeit darin, dass sie das ganze Problem nicht im welthistorischen, sondern nur im beschränkt parlamentarischen Gesichtswinkel fassen können. In diesem Betrachte sprechen die folgenden Ausführungen Haases im Reichstage:

„Der Herr Abgeordnete David hat es so dargestellt, dass, wenn man gegen den Friedensvertrag stimme, man damit ausdrücke, dass die Waffen wieder aufgenommen werden müssten. O nein, meine Herren, damit spricht man aus, dass man für einen solchen Frieden *nicht* die Verantwortung übernehmen könne. Solange es ein Parlament gibt und in jedem Parlament der Welt ist es Grundsatz, dass Abstimmungen mit Ja bedeuten, dass man die Verantwortung übernimmt für die Vorlagen, die unterbreitet sind, dass man durch ein Nein die Verantwortung ablehnt. (Sehr richtig! bei den U. S.) Sie wagen es nicht, die Verantwortung zu übernehmen, Sie wollen sie aber auch nicht ablehnen, weil Sie ihre Blockpolitik nicht aufgeben wollen und in der Gefolgschaft der Regierung Ihre verhängnisvolle Politik weitertreiben wollen. (Lachen bei den S.) Wäre die Mehrheit des Hauses gegen den Friedensvertrag, dann würde die Ablehnung des Friedensvertrages nicht bedeuten, dass nunmehr die Waffen wieder aufgenommen werden müssten, sondern dann wäre eine Mehrheit für einen demokratischen Frieden vorhanden, dafür, einen solchen Frieden auch mit Russland abzuschließen, zum Heile der russischen Völker und vor allen Dingen unseres eigenen Volkes. (Sehr richtig! Bei den U.S. Lachen und Zurufe bei den S. und rechts.)“

Das ist blanker parlamentarischer Kretinismus, das ist der Glaube, dass sich Entscheidungen von so ungeheurer Tragweite durch parlamentarisches Ja- oder Neinsagen fällen ließen.

3.

Ein erheiterndes Bild gewährt die Verlegenheit in der sich die Scheidemänner ob des Ostfriedens winden. Ihre Felle sind beträchtlich alle davongeschwommen. Wo ist jetzt die große Geste, mit der sie sonst auf die von vornherein arg zerschlissene Friedensresolution hinwiesen? Was wird nun aus der bisher unerschütterlichen Vertrauensseligkeit gegenüber den herrschenden Klassen, nun die Papierfetzen lustig im Winde umherflattern? Nun, es bleibt nach einigen Bedenklichkeiten alles beim Alten. Einzelne Köpfe sind rebellisch geworden. Bürger Wendel sieht endlich auch den Trümmerhaufen der Partei und stimmt auf ihm seine Trauerlieder an:

„Die jüngsten Ereignisse aber bedeuten – Hand aufs Herz und aussprechen, was ist – die vollkommene Katastrophe der sozialdemokratischen Friedenspolitik.

Bleibt also nur als Grund für die Sozialdemokratie, die Mehrheitspolitik fürder mitzumachen, der Abscheu davor, das bisschen Einfluss auf den Gang der Dinge zu verlieren, das man durch seine Haltung erworben zu haben wähnte. „Wir wollen uns nicht ausschalten lassen!“ wie das A und O des Freisinns in der Zeit des seligen Bülowblocks lautete.

Aber ist es mit diesem Einfluss der Sozialdemokratie wirklich so weit her?

Sind wir in der Tat in die politische Maschinerie eingeschaltet? Wer offenen Auges die letzten dreieinhalb Jahre überblickt, findet die Antwort von selbst. Im Großen, in den wichtigen, den entscheidenden Fragen der Nation, heißt es hier mit Heinrich Hein:

Worte, Worte! keine Taten!
Niemals Fleisch. Geliebte Puppe.
Immer Geist und keinen Braten.
Keine Knödel in der Suppe!

Im Kleinen dagegen, in nebensächlichen, in untergeordneten Fragen ist manches erreicht worden, was früher vergeblich angestrebt wurde. Diese Kriegspolitik kann die Partei nicht mehr mitmachen. Diesem Frieden vermag sie nicht zuzustimmen. Wenn doch, so sei sie ehrlich, nehme ihr jetziges Aushängeschild herunter und lasse die alte Firma in den Registern der Geschichte löschen.“

Also klagt es uns Wendels Leier. Es sind etwas späte Erkenntnisse und namentlich von einem Manne, mit den politischen Ansprüchen eines Wendel hätte man eine etwas frühere Dämmerung erwarten können. Und Eindruck macht dieser Jeremias bei seinen bisherigen Busenfreunden absolut nicht. Was sie ihm jetzt an Freundlichkeiten ins Gesicht schmeißen, dass sie ihm wie Lichnowski als Trottel behandeln, interessiert uns weiter nicht. Aber die Debatten, die sich an seinen Artikel geknüpft haben, lassen doch wieder einmal einen tiefen Blick in die Politik der Regierungssozialisten tun. Lassen wir ihr führendes Blatt, das „Hamburger Echo“ sprechen. Gegenüber Wendels Forderung, der Regierung die Karten vor die Füße zu werfen und das Spiel aufzusagen, erklärt das Blatt:

„Wir halten es für unmöglich, dass die ausschlaggebenden Instanzen dies tun. Alles spricht dagegen, jede politische Erwägung Die Tatsachen, die besonders Hermann Wendel für die Notwendigkeit oder Zulässigkeit seiner politischen Schwenkung sprechen lässt, die Art des Friedensschlusses im Osten, die Stellung der Regierung zu den Annexionisten. Tatsachen, zu denen man noch die jetzt bekannt gewordene Bethmann Depesche an Herrn v. Schön und vieles andere rechnen könnte, bestehen doch nicht erst seit heute und gestern. Diese Tendenzen haben immer bestanden, und sie haben keineswegs ein schämiges Nachtschattendasein geführt, sondern sie haben sich immer auf vollbelichtetem Markt

gezeigt. Solange wir die Kredite bewilligt haben, sind wir genötigt gewesen, uns mit diesen Manifestationen preußischen Geistes herumzuschlagen, uns ihnen mit der Waffe des Protestes entgegenzustellen und uns gegen sie mit Einschränkungen zu umgeben.“

Siehe an, Tendenzen, die sich nicht erst seit heute und gestern und sogar auf vollbedichtetem Markte gezeigt haben. Aber wie ist uns denn? Haben denn die Herren Scheidemann und David nicht von jeher ihre ganze Rabulistik aufgeboten, um nachzuweisen, dass derartige Tendenzen der Regierung völlig fernlagen? Sind aus jenen Tendenzen im Frieden gegen Russland nicht harte Tatsachen geworden? Liegt die geplante Ersetzung Czernins durch Andrassy nicht auch auf demselben Wege? In einem Artikel über Kurland und Litauen schreibt das „Echo“:

„Was lag näher als der Gedanke, dass die so befreiten Länder sich nun nach der anderen Seite, also Deutschland gegenüber, dankbar erzeigen müssten? Wenn alles nach Wunsch ging, dann musste das überströmende Dankgefühl in der Brust der Litauer und Kurländer sich so mächtig regen, dass sie ihren deutschen Befreiern um den Hals fielen und nicht mehr von ihnen wollten. Dann konnte Deutschland natürlich nicht anders, als diesem Verlangen entgegenkommen. Es musste die schutzlosen Länder an seinen geharnischten Busen drücken, sie sich angliedern und mit dieser schönen Lösung wäre nicht nur alles in bester Ordnung gebracht, sondern auch jenes hässliche, bei allen anständigen Kriegsstaaten verpönte Wort, „Annexion“ gänzlich vermieden worden. Deutschland wäre um ein gut Stück größer geworden auf eine Manier, die so zwanglos schien, dass beim bösesten Willen nichts daran auszusetzen war.“

Für jeden, der lesen kann, ist das deutlich genug geschrieben. Das Ziel dieser Sorte von Politikern, die da vorgeben, der Demokratie und der Arbeiterklasse dienen zu wollen, ist Machtzuwachs und Länderzuwachs für Deutschland. Das Ziel ist dasselbe, wie das der Alldeutschen, nur die Mittel sind andere. Sie hoffen, den gewünschten Erfolg durch freundliche Mienen und zutrauliches, gönnerhaftes Klopfen auf die Schultern zu erreichen, während die Regierung den sicheren Weg festen Zugreifens ging. Kann man sich dann noch wundern, dass die Herren das Resultat gerne hinnehmen, dass sie sich hüten, mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien zu brechen?

Man vergegenwärtige sich doch, dass sie von Beginn des Krieges für die östliche Orientierung der deutschen Politik eingetreten sind, d. h. für ein Bündnis mit Russland, dem zarischen Russland und doch wohl auch noch dem revolutionären Russland, dass sie also geneigt sind, nach Osten hin glimpflich vorzugehen. Man denke daran, dass sie England Rache geschworen haben, dass sie überzeugte Kolonialpolitiker geworden sind. Ihre Politik ist klarer und zielbewusster, als es bei ihrer pazifistischen Ziererei den Anschein hat. Es geht für einen starken deutschen Frieden!

Die österreichische Sozialdemokratie, die Internationale und der Friede.

1.

(Resolution *Friedrich Adlers*, vorgeschlagen der zweiten Reichskonferenz der Partei im März 1916 und von ihr mit allen gegen 16 Stimmen abgelehnt.)

Die Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie in Österreich vereinigt ihre Stimme mit dem Ruf der leidenden Massen in allen Ländern nach Beendigung des Krieges, dessen Fortsetzung nur zwecklose Häufung unsagbarer Opfer und dauernde Verwüstung der schwer erarbeiteten Kulturgüter herbeiführen kann. Die Friedenssehnsucht der Arbeiterklasse kann

jedoch nur so weit wirksam sein, als sie von einem klaren politischen Willen getragen ist. Es ist in diesem Kriege offenbar geworden, dass die großen Probleme, vor die Europa gestellt ist, die Sicherung der nationalen Autonomie der Völker und die Ordnung der Weltwirtschaft durch Begründung der Handels- und Verkehrsfreiheit für alle Staaten der Welt, nicht im Wege der Waffen gelöst werden können. Dass im Gegenteil der Friede nur kommen und die Rückkehr zu den Kulturaufgaben nur erfolgen kann, wenn in allen kriegführenden Staaten die Erkenntnis sich durchsetzt, dass die Weiterführung des Krieges zwecklos ist und ihm nur eine Vereinbarung auf demokratischer Grundlage ein Ende zu setzen vermag. Die nachdrücklichste Vertretung dieser Forderung und die schroffste Gegnerschaft gegen jede Regierung, die nicht öffentlich erklärt, jederzeit zu Friedensverhandlungen auf Grund dieser Prinzipien bereit zu sein, ist die oberste Pflicht der Sozialdemokratie.

Als Erfüllung dieser Pflicht begrüßen wir die Ablehnung aller Kriegskredite, die mutigen Reden der Genossen der Mehrheit der preußischen Landtagsfraktion und der Minderheit der deutschen Reichstagsfraktion, insbesondere auch die letzte Rede des Genossen Haase, begrüßen wir die Kundgebungen sozialistischen Friedenswillens der Minderheiten in allen Ländern, begrüßen wir den opfervollen Kampf der russischen Dumafraktion, vor allem aber das vorbildliche Verhalten der Sozialdemokratie in Italien. Von der Erfüllung dieser Pflicht darf sich keine sozialistische Partei abhalten lassen, wenn auch das wirksamste Instrument dieser Politik, die sozialistische Internationale, zerstört ist. Wir geben uns keiner Täuschung darüber hin, dass diese Zerreißung und Spaltung der Einheit der Arbeiterbewegung die notwendige Folge der bisherigen Stellungnahme der Mehrheiten der sozialistischen Parteien zum Kriege gewesen sind. Eine internationale Aktion von Proletariern, die einander *besiegen* wollen, ist außer dem Bereich der Möglichkeit.

Wir begrüßen jede Bemühung zum Zwecke der Wiederanknüpfung der Beziehungen zwischen den sozialistischen Arbeitern aller Länder, die zur Wiederaufrichtung der Internationale und der Solidarität der Arbeiter im Klassenkampf führen soll. Einen Ausdruck dieser Bemühungen und zugleich einen Beweis, dass auf den altbewährten Grundsätzen der Demokratie und des Sozialismus auch im Kriege die Internationale Ausdruck finden kann, sehen wir in der Zimmerwalder Konferenz.

Die Solidarität der erneuten Internationale kann nur auf der festen Grundlage starker und einiger Parteien in allen Ländern aufgebaut werden. Diese Einigkeit der sozialistischen Organisationen war niemals notwendiger als in den Zeiten verschärften Klassenkampfes, die dem Proletariat aller Länder zweifellos nach dem Kriege bevorstehen. Diese Einigkeit kann nur erlangt werden, wenn die Sozialisten aller Länder sich entschließen, die Beschlüsse der internationalen Kongresse in allen internationalen Fragen als bindend anzuerkennen.

2.

(Resolution *Friedrich Adlers*, vorgeschlagen der zweiten Reichskonferenz der Partei im März 1916 und von ihr mit allen gegen 16 Stimmen abgelehnt.)

Die Reichskonferenz beauftragt den Parteivorstand, diese Forderungen der Regierung zu übermitteln und von ihr mit dem größten Nachdruck zu begehren, sie solle nach Vereinbarung mit den ihr verbündeten Regierungen in einer öffentlichen Kundgebung erklären, die Mittelmächte seien jederzeit bereit, in Friedensverhandlungen einzutreten unter der einzigen Vorbedingung, dass alle Mächte von vornherein auf Eroberungen fremder Gebiete und auf Kriegsentschädigungen verzichten.

3.

(Beschluss des Vereins „Karl Marx“ in Wien, gefasst im August 1916 auf Antrag *Friedrich Adlers*.)

Die österreichische Sozialdemokratie ist seit langem in der Frage der Forderung des Friedens vollständig stumm. Sie ist heute sogar von der Durchhalterfraktion der Sozialdemokratie in Deutschland überholt, die sich endlich wenigstens zu einer Petition an den Reichskanzler wegen des Friedens entschlossen hat. Diese Petition genügt zwar keineswegs den Forderungen einer konsequenten sozialdemokratischen Politik, sie lässt durch die vage Forderung der „wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit“ ein Hintertürchen für die Eroberungspolitik offen und verzichtet vor allem darauf, für die fernere Politik der Sozialdemokratie die notwendigen Folgerungen aus einer ablehnenden Stellungnahme der Regierung in Aussicht zu stellen, aber sie ermöglicht es, wenigstens dem in den Massen bestehenden Friedenswillen Ausdruck zu geben.

Die Sozialdemokratie in Österreich hat sich bisher stets mit sehr saghaften Andeutungen ihrer Friedenssehnsucht begnügt, ja sie ist sogar in der Form immer milder geworden. Während das Manifest des Parteivorstandes und des Klubs der Abgeordneten im Juli 1915 noch von „dem Willen und der Pflicht der Arbeiterparteien aller Länder“ sprach, „auf ihre Regierungen mit größter Offenheit und unermüdlicher Energie einzuwirken“, entspann sich auf der Wiener Reichskonferenz im März 1916 gerade über diese Einwirkung auf die Regierung eine lebhaftere Debatte. Man nahm den unverbindlichen Passus an:

„Die Reichskonferenz beauftragt den Parteivorstand, die Forderung der Regierung zu übermitteln und bei diesem Anlass neuerlich mit dem größten Nachdruck zu begehren, dass die Regierung die unzweifelhaft vorhandenen Möglichkeiten zu Friedensverhandlungen suche und ergreife.“

Man lehnte die Formulierung der Opposition, die eine öffentliche Erklärung der verbündeten Regierungen forderte, ab. Der Vorschlag der Opposition lautete:

„Die Reichskonferenz beauftragt den Parteivorstand, die Forderung der Regierung zu übermitteln und von ihr mit dem größten Nachdruck zu begehren, sie solle nach Vereinbarung mit den ihr verbündeten Regierungen in einer öffentlichen Kundgebung erklären, die Mittelmächte seien jederzeit bereit, in Friedensverhandlungen einzutreten unter der einzigen Vorbedingung, dass alle Mächte von vornherein auf Eroberungen fremder Gebiete und auf Kriegsentschädigungen verzichten.“

Auf der Reichskonferenz suchte man mit den lächerlichsten Argumenten gegen die Forderung der Opposition vorzugehen. Heute ist sogar der Durchhalterpartei Vorstand in Deutschland so weit, „von den verbündeten Regierungen zu fordern, dass sie sich zum Abschluss eines Friedens bereit erklären“. Es zeigt sich, dass damals die Minderheit auf der Reichskonferenz nur das Minimum des Notwendigen vorgeschlagen hatte.

Aber seit jener Kundgebung der Reichskonferenz, das heißt seit fünf Monaten, ist in Österreich überhaupt nichts geschehen, ja, es wurde nicht einmal bekannt, welches Schicksal die damalige bescheidene Aktion des Parteivorstandes bei der Regierung hatte.

Wir geben uns keiner Täuschung darüber hin, dass die wichtigste Zeit für Friedensaktionen, dank der Durchhalterpolitik der verbündeten Mehrheiten der Sozialdemokratie in Deutschland und in Österreich verpasst worden ist. Hätte man vor einem Jahr oder noch früher wenigstens jene Petition gestellt, so wäre die Position der Partei heute eine ganz andere. Aber leider hat die Sozialdemokratie in Deutschland und auch die in Österreich eine Politik im Schlepptau der herrschenden Klassen gemacht.

In Deutschland folgte der ersten großen Sünde im August 1914 nach einem Jahr (im August 1915) die Veröffentlichung des „Kriegszielprogramms“ des Parteivorstandes, das jeden Funken sozialdemokratischen Geistes entbehrt, und es scheint beinahe, dass es nötig war, dass die Kriegereignisse den Durchhaltern etwas Erkenntnis einprägeln, um sie endlich – wieder

ein Jahr später, zur Friedenspetition im August 1916 zu bringen. Nun beginnen sie, scheint es, zu begreifen, dass der konsequente Kampf gegen die größtenwahnsinnige Eroberungspolitik die immer sozialdemokratische Pflicht gewesen wäre, auch den wahren Interessen ihres Landes, denen sie dienen wollten, viel mehr genützt hätte als ihr Einschwenken in die Front der herrschenden Klassen. Diese historische Schuld der Sozialdemokratie ist leider untilgbar und die Völker, vor allem das Proletariat, werden unter ihr noch lange zu seufzen haben. Soweit es heute noch möglich ist, muss die Sozialdemokratie aus der Rolle des geistigen Werkzeugs der Herrschenden herausgerissen werden. Vor allem muss man aufhören, das Proletariat mit den Hoffnungen auf baldigen Frieden einzulullen.

In allen Ländern sucht man die Völker durch solche Vorspiegelungen der Hoffnung baldigen Friedens von Etappe zu Etappe im Krieg weiter zu schleppen. Heute ist es notwendig, dem Proletariat die schreckliche Wahrheit zum Bewusstsein zu bringen, dass der Krieg noch jahrelang dauern kann. Jene frischfröhliche Kriegspolitik der Sozialpatrioten, die nur auf eine Dauer des Krieges von vielleicht drei Monate berechnet war, hat gründlich Schiffbruch gelitten. Jetzt, wo wir wissen, dass ein dritter Kriegswinter sicher zu erwarten ist, muss endlich die Rückkehr zu einer wirklich sozialdemokratischen Politik erfolgen. Auf den Boden dieser Politik hat sich die Minderheit auf der Wiener Reichskonferenz gestellt. Ihr Standpunkt kommt in der Resolution „Die Partei und die Internationale“ deutlich zum Ausdruck.

Heute ist es dringender als jemals, dass in allen Organisationen der Punkt „Friedensaktion und Sozialdemokratie“ auf die Tagesordnung gestellt werde. Es muss deutlich werden, dass nicht nur eine Minderheit, sondern die überwältigende Mehrheit der Partei eine Abkehr von der bisherigen Politik der Partei wünscht und eine energische Friedensaktion erwartet. Wir hoffen, dass unsere Erwägungen in allen Organisationen Zustimmung finden werden.

4.

(Beschluss des Vereins „Karl Marx“ in Wien, gefasst im September 1916 auf Antrag Friedrich Adlers.)

Die „Arbeiter-Zeitung“ ist zu Anfang des Krieges ins Fahrwasser einer rein deutschnationalen Politik geraten und predigte das Durchhalten im Kriege als oberste Pflicht. Im weiteren Verlauf des Krieges wurden immer deutlicher drei einander entgegengesetzte politische Tendenzen in der „Arbeiter-Zeitung“ wahrnehmbar: eine deutschnationale, eine schwarzgelbe und eine pazifistische. Karl Leuthner steht zu seinem Volke, Karl Renner zu seinem Staate, wir aber wollen, dass unsere Zeitung zur Internationale des Klassenkampfes steht. Aber auch die Art, wie für den Frieden in der „Arbeiter-Zeitung“ gewirkt wurde, beruhte keineswegs immer auf sozialdemokratischen Grundsätzen. So verdienstlich es war, dass die „Arbeiter-Zeitung“ mitten in der Kriegshetze überhaupt vom Frieden zu reden begann, so schädlich wirkt die Erweckung von Illusionen über einen nahen Frieden. Diese Hinwegtäuschung des Proletariats über die ganze Schwere der Situation und damit über die Aufgaben, die sich für dasselbe ergeben, ist nur Arbeit im Interesse der Durchhaltepolitik.

Die Mannigfaltigkeit der politischen Standpunkte, die in der „Arbeiter-Zeitung“ nebeneinander vertreten werden, bewirkt eine derartige Unsicherheit bei den Lesern, dass sogar manche sozialdemokratisch gemeinten Artikel (zum Beispiel der über Casement) in die Gefahr kommen, als chauvinistische missdeutet zu werden.

Da die „Arbeiter-Zeitung“ heute nicht mehr der Ausbruch einheitlicher politischer Anschauungen der Partei ist, wäre es im Interesse der Einschränkung der Verwirrung der Leser dringend zu wünschen, dass alle Artikel politischen Inhaltes von den Verfassern unterzeichnet erscheinen.

Dieser Wunsch besteht gleichermaßen bezüglich der Artikel über innere Parteifragen. Über diese unterrichtet die „Arbeiter-Zeitung“ vollständig unzureichend und einseitig im Interesse des rechtsstehenden Teiles der Partei. Sie geht darin geradezu bis zur Totschweigetaktilik. Die objektiv sein sollenden Artikel über den Parteistreit in Deutschland stellen auch nur die Meinung eines einzelnen Genossen dar und müssten daher als solche unterzeichnet werden.

Die Verfasser der Kriegsberichte sind teils bewusste, teils unbewusste Werkzeuge des Generalstabes. Die geben sich ebenso wie die Redakteure bürgerlicher Blätter zur Stimmungsmache im Interesse der Kriegführung her und wirken mit bei der Kolportierung der Beschönigungsversuche der Heeresleitung. Sicher ist es im Interesse der Information über alle Lügenausstreuungen notwendig, dass auch die „Arbeiter-Zeitung“ einen Reporter im Kriegspressequartier habe. Die mindeste Notwendigkeit wäre aber, dass die Berichte, die auf diesem Wege aus dritter Hand weiterverbreitet werden, ausdrücklich als solche vom Standort des Kriegspressequartiers bezeichnet werden.

Aus unserm politischen Tagebuch.

22. März.

Auch in der Partei der Sozialpatrioten gibt es noch aufrechte Männer von politischem Blick. Das beweist die Generalversammlung des Wahlkreises Salzwedel-Gordelagen. Dort wurde auf die Schwierigkeiten in der Frage hingewiesen, ob weitere Kriegskredite bewilligt werden sollen. Wie der „Vorwärts“ schreiben kann, kam zum Ausdruck, „dass man zur Reichstagsfraktion das Vertrauen haben kann, dass sie im Sinne politischer Notwendigkeiten und des Volksinteresses auch jetzt zu handeln weiß“.

Glücklich die Abgeordneten, die solche Wähler haben. Ob sie für oder gegen stimmen, des Beifalls der getreuen und untätigen Genossen sind sie sicher. O Hödur, wann wirst du aufhören, mit deiner Blindheit zu prahlen?

8. April.

Dem „Hamburger Echo“ ist aus Frankfurt geschrieben worden.

„Die Frankfurter Parteigenossen nahmen in zwei gut besuchten Versammlungen zur gegenwärtigen politischen Situation Stellung. Die erste Versammlung füllte der Referent, Genosse *Dr. Quarck*, mit seinem Referat voll aus. Er sprach zweieinhalb Stunden über innere und äußere Politik. Dabei suchte Quarck das Einmarschieren der Deutschen in die russischen Randstaaten zu verteidigen. Deutschland habe dort nur die äußere Ordnung wieder herstellen wollen. Sein Bestreben, in der Abwehr nun zu verteidigen, was an westlicher Kultur in den Randvölkern geschaffen ist, liege sogar im Sinne der sozialistischen Auffassung.“

9. April.

Erleichterung des Erwerbes der russischen Staatsangehörigkeit. Der russische Vollzugsausschuss der Sowjets veröffentlicht eine Verordnung, wonach jeder in Russland wohnende Fremde auf sein Ersuchen die russische Staatsangehörigkeit erlangt, wenn er dem örtlichen Sowjet eine Geburtsurkunde vorlegt. In besonderen Fällen können Fremde, die außerhalb Russlands ihren Wohnsitz haben, russische Staatsbürger werden, falls sie ein entsprechendes Gesuch an die Behörde richten, die die russische Bundesrepublik vertritt.

10. April.

Unabhängige Kandidatur im 18. sächsischen Wahlkreise. Wie wir erfahren, haben die Unabhängigen für die Nachwahl im 18. sächsischen Wahlkreise den Chemnitzer Angestellten den Bauarbeiterverbandes, Fritz Heckert, als Kandidaten aufgestellt. Der „Vorwärts“ ist über

die Aufstellung dieses Kandidaten wütend, da Genosse Heckert angeblich der Spartakusgruppe angehört.

Feuilleton

Der volle Magen

oder der alte Fuchs *Menenius Agrippa* über die Interessenharmonie der Klassen.

Erster Bürger. Ehe wir irgend weitergehn, hört mich sprechen.

Zweiter Bürger. Sprich! sprich!

Erster Bürger. Ihr alle seid entschlossen, lieber zu sterben als zu verhungern?

Alle Bürger. Entschlossen! entschlossen!

Erster Bürger. Erstlich wisst ihr: Cajus Marcius ist der Hauptfeind des Volkes.

Alle Bürger. Wir wissen's! wir wissen's!

Erster Bürger. Lasst uns ihn umbringen, so können wir die Kornpresse selbst machen. Ist das ein Urteilspruch?

Alle Bürger. Kein Geschwätz mehr darüber. Fort! Fort!

Zweiter Bürger. Noch ein Wort, meine guten Bürger!

Erster Bürger. Wir werden für die armen Bürger gehalten, die Patrizier für die guten. Das, wovon der Adel schwelgt, würde uns nähern. Gäben sie uns nur das Überflüssige, ehe es verdirbt, so könnten wir glauben, sie nährten uns auf menschliche Weise; aber sie denken, so viel sind wir nicht wert. Der Hunger, der uns ausmergelt, der Anblick unseres Elends ist gleichsam ein Verzeichnis, in welchem sie ihr Wohlleben lesen. Unser Jammer ist ihnen ein Genuss. Dies wollen wir mit unsern Speißen rächen, ehe wir selbst Speießgerten werden. Denn das wissen die Götter! ich rede so aus Hunger nach Brot, und nicht aus Durst nach Rache.

Zweiter Bürger. Wollt ihr besonders auf den Cajus Marcius losgehen?

Alle. Auf ihn zuerst, er ist ein wahrer Hund gegen das Volk.

Zweiter Bürger. Bedenkt ihr auch, welche Dienste er dem Vaterlande getan hat?

Erster Bürger. Sehr wohl! und man könnte ihn auch recht gern dafür loben; aber er belohnt sich selbst dadurch, dass er so stolz ist.

Zweiter Bürger. Nein, rede nicht so boshaft.

Erster Bürger. Ich sage euch, was er Rühmliches getan hat, tat er nur deshalb. Wenn auch zu gewissenhafte Menschen so billig sind, zu sagen, es war für sein Vaterland, so tat er's doch nur, seiner Mutter Freude zu machen, und tüchtig stolz zu sein, denn sein Stolz ist eben so groß als sein Verdienst.

Zweiter Bürger. Was er an seiner Natur nicht ändern kann, das rechnet ihr ihm für ein Laster. Das dürft ihr wenigstens nicht sagen, dass er habsüchtig ist.

Erster Bürger. Wenn ich das auch nicht darf, werden mir doch die Anklagen nicht ausgehn. Er hat Fehler so überlei, dass die Aufzählung ermüdet. (Geschrei hinter der Szene.) Welch' Geschrei ist das? Die andere Seite der Stadt ist in Aufruhr. Was stehen wir hier und schwatzen? Auf's Kapitol!

Alle. Kommt! kommt!

Erster Bürger. Still! wer kommt hier?

Menenius Agrippa tritt auf.

Zweiter Bürger. Der würdige Menenius Agrippa, einer, der das Volk immer geliebt hat.

Erster Bürger. Der ist noch ehrlich genug. Wären nur die übrigen alle so!

Menenius. Was habt ihr vor, Landsleute? wohin geht ihr mit Stangen und Knütteln? Sprecht, was gibt's? Ich bitt euch!

Erster Bürger. Unsere Sache ist dem Senat nicht unbekannt. Sie haben davon munkeln hören seit vierzehn Tagen, was wir vorhaben, und das wollen wir ihnen nun durch Taten zeigen. Sie sagen, arme Klienten haben schlimmen Atem, sie sollen erfahren, dass wir auch schlimme Arme haben.

Menenius. Ei Leute! gute Freund' und liebe Nachbarn,
Wollt ihr euch selbst zugrunde richten?

Erster Bürger. Nicht möglich, wir sind schon zugrund gerichtet.

Menenius. Ich sag' euch Freund', es sorgt mit wahrer Liebe

Für euch der Adel. Eure Not, betreffend
Die jetz'ge Teurung, könntet ihr so gut
Dem Himmel dräun mit Knütteln, als sie schwingen
Gegen den Staat von Rom, des Lauf sich bricht
So grade Bahn, dass es zehntausend Zügel
Von härtem Erz zerreißt, als jemals ihm
Nur eure Hemmung bietet. Diese Teurung,
Die Götter machen sie, nicht die Patrizier,
Gebeugte Knie, nicht Arme müssen helfen.
Ach! durch das Elend werdet ihr verlockt,
Dahin, wo größres euch umfängt.
Ihr lästert Roms Lenker, die wie Väter für euch sorgen,
Wenn ihr wie Feinde sie verflucht.

Erster Bürger. Für uns sorgen! – nun, wahrhaftig! Sie sorgten noch nie für uns. Uns verhungern lassen und ihre Vorrathshäuser sind vollgestopft mit Korn. Verordnungen machen gegen den Wucher, um die Wucherer zu unterstützen. Täglich irgendein heilsames Gesetz gegen die Reichen widerrufen und täglich schärfer Verordnungen ersinnen, die Armen zu fesseln und einzuzwängen. Wenn der Krieg uns nicht auffrisst, tun sie's: das ist ihre ganze Liebe zu uns.

Menenius. Entweder müsst ihr selbst
Als ungewöhnlich tückisch euch bekennen,
Sonst schelt ich euch als töricht. Ich erzähl' euch
Ein hübsches Märchen. Möglich, dass ihr's kennt,
Doch, da's hier eben passt, will ich wagen
Es nochmals aufzuwärmen.

Erster Bürger. Gut, wir wollen's anhören, Herr. Ihr müsst aber nicht glauben, unser Unglück mit einem Märchen wegfoppen zu können; doch, wenn ihr wollt, her damit.

Menenius. Einstmals geschah's, dass alle Leibesglieder
Dem Bauch rebellisch, also ihn verklagten,
Dass er allein nur wie ein Schlund verharre
In Leibes Mitte, arbeitslos und müßig,

Die Speisen stets verschlingend, niemals tätig,
So wie die andern all. Wo jene Kräfte
Säh'n, hörten, sprächen, dächten, gingen, fühlten
Und, wenn wechselseitig unterstützt, dem Willen
Und allgemeinen Wohl und Nutzen dienten,
Des ganzen Leibs. Der Bauch erwiderte -

Erster Bürger. Gut, Herr, was hat der Bauch denn nun erwidert?

Menenius. Ich sag' es gleich. - Mit einer Art von Lächeln,
Das nicht von Herzen ging, nur gleichsam so
(Denn seht, ich kann den Bauch ja lächeln lassen
So gut als sprechen) gab er höhnisch Antwort
Den missvergnügten Gliedern, die rebellisch
Die Einkünfte ihm nicht gönnten. Ganz so passend
Wie ihr auf unsre Senatoren scheltet,
Weil sie nicht sind, wie ihr.

(Schluss folgt)

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ Karl Becher);
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 16/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 20. April 1918.

Nr.16

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Der Weg zur Einheitsorganisation.

Die Kölner Unabhängigen haben gefordert, in ihrer Partei die Frage der Einheitsorganisation gründlich zu erörtern und die Gründung einer solchen Einheitsorganisation vorzunehmen.

Das ist auch wieder ein Beweis dafür, dass die Einheitsorganisation kein Steckenpferd kurzsichtiger Theoretiker, oder wie die Liebenswürdigen sonst lauten möchten, ist, sondern eine Notwendigkeit, die immer mehr eingesehen wird.

Aber der Kölner Beschluss hat noch ein anderes Verdienst.

Er weist noch einmal mit dem Finger auf die Tatsache hin, dass bisher die Unabhängigen weder die nötige Neigung gefunden haben, diese Kardinalfrage sich auch nur einmal vorzulegen. Uns ist wenigstens von einem derartigen Versuch nichts bekannt geworden.

Im Gegenteil sahen wir, dass die Frage wie brennendes Feuer umgangen wurde, dort, wo sie sich den Unabhängigen in den Weg stellte.

Oder drängte sie sich etwa Paul Lange nicht auf, als er seine Schrift über die Gewerkschaften verfocht?

Wenn schon nichts anderes, dann musste ihm die gründliche Behandlung dieser Frage Stoff zu einer wirklich fruchtbaren Kritik der Gewerkschaftsbewegung geben.

Er verzichtete darauf und blieb so in einer saftlosen Nörgelei stehen. Der Fall Lange ist der Fall der Unabhängigen.

Für eine junge Partei, die sich losgelöst hat von einem alten Körper, kann es nicht genug der Fragen, der Klärung, der Stellungnahme, der Entschlüsse geben.

Sie darf nirgends Halt machen, darf niemals fürchten zu straucheln, wenn sie anders vorwärtskommen will. Die Unabhängigen haben aber auf keine Frage eine Antwort gegeben und keine altgewohnte Antwort geprüft, weil sie Furcht haben vor Entschlüssen, weil sie zurückbeben vor der starken Forderung, die jede neue Erkenntnis an den Menschen stellt.

Die Partei der Unabhängigen war greise als sie geboren wurde. Deshalb können Forderungen, wie die der Kölner Mitgliedschaft, diese Partei nicht vorwärtstreiben, sondern nur Spreu und Weizen in ihr voneinander scheiden, was freilich eine sehr notwendige Wirkung wäre.

Für die Linksradikalen ist die Einheitsorganisation ein einigendes Ziel, und zwar so, dass jede entschieden radikale Politik diese Organisationsform als Bedürfnis empfinden muss, dass aber auch jeder, der diese Organisationsform erstrebt, am Ende in der linksradikalen Politik die wirksame und zukunftsreiche erkennen muss.

Unsere Leser sind sich darüber klar. Aber gerade der Kölner Beschluss weist uns auf eine Frage hin, die unter unseren Genossen recht ausgiebig behandelt wird, ohne dass bisher ein befriedigendes Resultat erreicht worden wäre, die Frage nämlich: Auf welchem Wege kommen wir zur Einheitsorganisation?

Das Bedürfnis ist stark und dringend, aber die Schwierigkeit, die der Belagerungszustand und das mangelhafte Verständnis der Massen in den Weg legen, schier unüberwindlich.

In gewissem Sinne konnten wir diesen Schwierigkeiten dankbar sein. Sie verhindern nämlich übereilte Schritte, deren Erfolg nichts wäre als eine papierne Lösung des Problems, ohne dass dabei etwas wirklich Lebendiges geschaffen wäre.

Man stelle sich vor, die Haase und Ledebour würden den Kölner Unabhängigen folgen und eine Einheitsorganisation schaffen. Kann das ein lebendiges Gebilde werden? Von oben her, durch einen Vorstands- oder Parteitagbeschluss?

Ein neues Mittel wäre da, die Arbeiter zu besteuern und neue Beamte einzustellen, kaum mehr. Die Kämpfe selbst würden keinen Impuls erhalten. Selbst die aufklärende Wirkung – die Möglichkeit einer kräftigen Propaganda noch vorausgesetzt – würde gering sein. Vielmehr ist zu befürchten, dass die Arbeitermassen nur die zersplitternde Wirkung dieser Maßregel sehen und sich deshalb gegen sie wenden werden.

Die praktische Lösung zeigt sich nicht, wenn man uns Statuten mit ausgeklügelten Paragraphen zeigt, sondern, wenn man sich noch einmal kurz auf den Ursprung der Idee besinnt. Die Einheitsorganisation ist notwendig, weil die Struktur der Wirtschaft sie fordert. Wie dem Kleinbetrieb früherer Jahrhunderte der lokale Fachverein genügte, wie der Mittelbetrieb zur zentralen Berufsorganisation drängte, so erzwang trotz allen Sträubens der zurückbleibenden Berufe und namentlich der sie führenden Gewerkschafter das Übergewicht des Großbetriebs den Industrieverband.

Aber inzwischen hat sich diese Grundlage des Industrieverbandes, der Großbetrieb, gewaltig erweitert. Er umfasst nicht mehr allein Branchen und Berufe, sondern er würfelt die verschiedenen Industrien durcheinander, und er presst sie alle mit gewaltigen Armen in seine kolossalen Werke hinein. Hier versagen die Industrieverbände, weil sie zersplittert sind. Sie versagen zugleich, weil ihre überlebte Taktik gegen die gepanzerten und zermalmenden Kapitalzentren nichts ausrichten kann.

Der moderne Riesenbetrieb, das Trustgebilde ist die Grundlage der Einheitsorganisation. Das wollen wir festhalten. Freilich würde dadurch allein nur die vollkommene Zentralisation der gewerkschaftlichen Organisation begründet sein.

Ist aber überhaupt die Arbeiterklasse reif dazu, über die bisherige Taktik politischer Demonstrationen hinaus zu wirklichen politischen Kämpfen zu schreiten, so müssen politische und wirtschaftliche Organisationen zusammengefasst werden, denn die Arbeiter haben allein als Produktionsfaktoren politische Macht.

Dass die Unabhängigen sich nicht für die Einheitsorganisation entschließen können, hat seine Ursache einmal in ihrer Unlust zu großen Kämpfen und darin, dass sie glauben, auf die Arbeitermassen in den Mittelbetrieben Rücksicht nehmen zu müssen, die durch die Berufsorganisation noch befriedigt wurden und zu geringes Vertrauen in ihre Kraft haben. In dieser Taktik der Unabhängigen liegt dieselbe Bangigkeit, welche die Revisionisten veranlasst,

auf ein radikales Programm zu verzichten und besonders auf die Interessen der Kleinbürger und Bauern Rücksicht zu nehmen.

Eine Partei, die ihre Taktik nicht auf die Interessen der fortgeschrittensten Arbeitergruppen einrichtet, ist zur Schwäche und zum Bankerott verurteilt. Unsere Taktik arbeitet der Entwicklung in die Hände. Da die Einheitsorganisation die wirtschaftlichen Kräfte der Arbeiter zusammenfassen will, und da eine Weiterentwicklung der heutigen Gewerkschaftsbewegung ausgeschlossen ist, so geht der Weg zur Einheitsorganisation über den Kampf gegen die Gewerkschaften.

Auch haben die Unabhängigen versagt. Die ängstlichsten Versuche sind im Anfangsstadium stecken geblieben. Konnte man noch vor Jahresfrist der Meinung sein, dass dieser Kampf während des Krieges, wegen des vollkommenen Stillstandes der wirtschaftlichen Bewegung aussichtslos sei, so haben die letzten Streiks den Zersetzungsprozess in Gang gebracht.

Die Enttäuschung über das Versagen und den Verrat der Gewerkschaften muss mit allen Kräften und Aufklärung über die Einheitsorganisation ausgenutzt werden. Die Parole heißt jetzt: Heraus aus den Gewerkschaften, die zu einem Hemmschuh der Arbeiterbewegung und einem Mittel des Verrats geworden sind.

Zugleich sind in den Betrieben die Anhänger der Einheitsorganisation zusammenzufassen und Vertrauensleute zu wählen.

Dieser Aufbau der Organisation von unten ist der natürlichste. Er wird Früchte tragen, wenn nur mit Energie ans Werk gegangen wird.

Die Sozialdemokratie und der Krieg.

Von Friedrich Adler.

Die sozialistische Literatur, die der Krieg hervorgebracht hat, behandelt zwei Probleme. Einerseits wird versucht, die Ursachen und die Ziele des welthistorischen Völkerkampfes zu durchschauen, andererseits ist die Sozialdemokratie selbst das Objekt der Untersuchung. Selbstverständlich kann das zweite Problem nicht ganz unabhängig von dem ersten erfasst werden. Die Beurteilung der Stellung der Sozialdemokratie wird verschieden sein je nachdem, ob man historisch-materialistisch die Bedeutung des Imperialismus erkennt oder in naiver Weise die Völker in gute und schlechte teilt und als Quelle des Krieges annimmt, dass der „böse Nachbar“ dem eigenen Volk „das schlichte, einfache Leben“ missgönnt. Die Tatsachen des Imperialismus sind im „Kampf“ in so ausführlichen Artikeln dargelegt worden, dass wir uns begnügen können, die andere sozialistische Literatur einfach anzuführen.

Der erste Versuch, den gegenwärtigen Krieg als „Aufruhr der Produktionskräfte, die den Kapitalismus erzeugten“, gegen ihre nationalstaatliche Ausbeutungsform darzustellen, ist die Broschüre „Der Krieg und die Internationale“ des russischen Genossen N. Trotzky. (Kommissionsverlag der Grütlibuchhandlung, Zürich, 50 Centimes) Ein weiterer Versuch in dieser Richtung stammt von Laufenberg und Fritz Wolffheim, betitelt „Imperialismus und Demokratie“ (Hamburg, Verlag Laufenberg, 30 Pf.). In starker Anlehnung an die bürgerlich-sozialistische Tendenzliteratur behandelt Paul Lensch in seiner Broschüre „Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg“ (Berlin, Buchhandlung. Vorwärts, 1 Mk.), insbesondere den englischen Imperialismus. Einen eigenen Standpunkt hat er bezüglich Russland. Er behauptet nicht nur, „dass der Ruf: Nieder mit dem Zarismus! den reaktionären Kreisen Russlands gar nicht so unsympathisch ist, soweit nämlich im Ausland, besonders in Deutschland, ausgestoßen wird“, sondern er geht sogar so weit zu behaupten, dass der Zarismus ein starkes Interesse an der Störung der wirtschaftlichen Produktivkräfte Russlands

habe, dass ihm sogar ein verlorener Krieg recht sei, denn dieser heiße „wirtschaftliche Zurckweichung des Landes um Jahrzehnte, Entfachtung des Nationalismus und der Revanchepolitik“, also gerade das, was der Zarismus braucht.

Weit tiefer schrfend behandelt Karl Kautsky in seiner Broschüre (die erste „Die Internationalität und der Krieg“ ist ein Sonderabdruck seiner Artikel aus der „Neuen Zeit“) die weltpolitischen Probleme des Krieges vom Standpunkt der Sozialdemokratie. Sie führt den Titel: „Nationalstaat, imperialistischer Staat und Staatenbund.“ (Fränkische Verlagsanstalt Nürnberg, 50 Pf.)

Eine orientierende Darstellung über die Haltung der Parteien der sozialistischen Internationale in den verschiedenen Ländern gibt Eduard Bernstein in einer umfangreichen Arbeit „Die Internationale der Arbeiterklasse und der europäische Krieg“ in den Kriegsheften des Sombart-Jaffeschen Archivs, die unter dem Titel „Krieg und Wirtschaft“ erscheinen. Es wäre sehr zu wünschen, dass diese Darstellung, die sich in ihrer Objektivität höchst wohlthuend von der jetzt so weit verbreiteten chauvinistischen Gehässigkeit fernhält, als Sonderabdruck erscheinen würde. (Der Preis des Heftes 2, in dem der Bernsteinsche Artikel enthalten ist, beträgt Mk. 6.50).

Eine ganze Reihe von Broschüren ist der Rechtfertigung und Verteidigung der Haltung der deutschen Sozialdemokratie seit Kriegsausbruch gewidmet. Um diese Aufgabe bemühen sich sowohl Konrad Hnisch, wie der rechtsstehende Wolfgang Heine. Auch Anton Fendrich, der beansprucht, als Sozialdemokrat angesehen zu werden sowie der frühere Generalsekretär des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, Erwin Belger, sind voll Entzücken über die Wandlung, die die Sozialdemokratie in Deutschland erfahren.

Man kann nicht behaupten, dass diese Verteidigung besonders glücklich geführt wird. Wenigstens im Sprachgebrauch knüpft die Broschüre von Haenisch „Krieg und Sozialdemokratie“ (Verlagsanstalt Auer u. Co., Hamburg, 25 Pf.) an die bisher in der Sozialdemokratie üblichen Gedankengänge an. Was an Argumenten herbeigeschafft wird, ist nicht gerade erheblich. Die ganze Beweisführung steht und fllt mit der Behauptung, dass die Sozialdemokratie Deutschlands in der Internationale eine ganz unvergleichbare Stellung einnehme, eine Auffassung, die an einen Gedanken von Engels aus dem Jahre 1891 anknüpft, seither aber glücklicherweise durch das Wachstum der proletarischen Bewegung in allen Ländern gründlich überholt ist. Haenisch behauptet: „Sinkt das Fundament der Internationale in sich zusammen, eben die Arbeiterbewegung Deutschlands, so fllt die ganze Internationale.“

So wenig jemand die schweren Folgen eines Rückganges der Sozialdemokratie in Deutschland leugnen wird, so tritt doch der Fehler der Argumentation von Haenisch schon in dem falschen Bild, das er gebraucht, drastisch hervor. Die Arbeiterbewegung Deutschlands kann ebenso wenig wie die eines anderen Landes das „Fundament“ sein, denn damit wäre gesagt, dass sie etwas im Wesen anderes sei als die anderen Sektionen der Internationale. Wir wollen ganz dahingestellt sein lassen, ob es überhaupt richtig ist, dass durch den Krieg „die Existenz der deutschen Arbeiterbewegung auf das schwerste gefährdet war“, eine Behauptung, auf die auch Lensch seine Argumentation stützt. Wir wollen nur konstatieren, dass eine derartige Gefährdung der Existenz für die Arbeiterbewegung des Landes selbst eine Frage von derartiger Bedeutung ist, dass es gar nicht der Berufung auf die Internationale bedarf, um sich für die Sicherung der Existenz einzusetzen. Die Berufung auf die Internationale dient in diesem Fall nur dazu, die Tatsachen zu verdecken, dass die Sicherung der Existenz für die Arbeiter aller Länder in gleicher Weise als Recht beansprucht werden kann. Wenn dem aber so ist, so wird unmöglich für ein Volk, besondere Vorrechte als Fundament der Internationale

zu beanspruchen. Das Recht auf Existenz hat die Sozialdemokratie eines jeden Landes, international ist nur die Anerkennung der Parteien aller Länder als Gleiche unter Gleichen.

Wenn Haenisch und andere immer wieder dagegen polemisieren, dass die Sozialdemokratie keine wilde Durcheinanderwürfelung der Völker, keinen „Völkerbrei“ erstrebe, so lesen sich diese Ausführungen gerade in Österreich, wo die Sozialdemokratie sich ernstlich mit den nationalen Problemen auseinandersetzen gehabt hat als arge Naivität. Man wird sich daher auch nicht wundern, dass in den reichsdeutschen Broschüren unaufhörlich die von den Sozialdemokraten erstrebte Autonomie der Nation mit dem Begriff der Souveränität im Territorium verwechselt wird.

Noch erheblich unter diesem Niveau steht die Broschüre von Wolfgang Heine „Gegen die Quertreiber“ (Verlag „Volksblatt für Anhalt“, Dessau, 40 Pf.). Sie gefällt sich in einer fortgesetzten Beschimpfung und Verdächtigung jener Genossen in Deutschland, die anderer Meinung sind. Wir können es uns ersparen, Einzelheiten zu zitieren, da in Kürze Heines Stuttgarter Rede, die er, wie das Telegramm sagt, „mit einer würdigen Kundgebung für den deutschen Kaiser verband“, auch in Broschürenform erscheinen soll und dann wohl in den weitesten Kreisen der Partei jeder Zweifel geschwunden sein wird, dass es nur ein Ehrentitel sein kann, „Quertreiber“ gegen die politischen Aspirationen Heines genannt zu werden.

Viel Lärm wurde in der bürgerlichen Besse mit der Broschüre von Anton Fendrich. „Der Krieg und die Sozialdemokratie“ (Flugschriftensammlung „Der deutsche Krieg“, 25. Heft, 50 Pf.), gemacht, da man behauptete, dass der Verfasser, der in dieser Broschürensammlung in rein imperialistischer Gesellschaft auftritt, ein Sozialdemokrat sei. Tatsächlich war auch Fendrich ehemals sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter in Baden, musste aber wegen seiner Bohemiensitten ausgeschifft werden. Aus dem Bohemiengeist stammt auch seine ganze Auffassung, die das „seelische Erlebnis“ hoch über alle wissenschaftliche Erkenntnis stellt. Für Fendrich sind Prinzipien ein Luxus, er findet, dass die Sozialdemokratie „zu stark durch Marx und Engels beeinflusst“ war, dass endlich das internationale Herbstlaub zum Fallen gebracht wurde. Es wird sich daher niemand wundern, wenn er die Folgerung zieht, dass schon dieser Krieg gezeigt hat, wie sehr es auch mit dem Dogma hapert, dass die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein könne. Das sind theoretische Verstiegenheiten aus der Zeit der Ohnmacht und mit dem wachsenden Einfluss der Arbeiterpartei wird alles Kokettieren mit der Revolution aufhören

Fendrich behauptet, dass die Armeekorps organisierter Arbeiter, die nach Frankreich und Russland marschierten, die „Wacht am Rhein“ mit nicht geringerem Schwung gesungen haben, als ihre Kameraden, und dass man vergebens versucht habe, unsere Jugendlichen davon abzuhalten. Deutschland, Deutschland über alles anzustimmen. Dass Fendrich die Konjunktur gekommen glaubt, wo sich „heroische Naturen“, wie er, wieder an die Partei heranmachen können, ist nicht weiter verwunderlich, dass es aber sozialdemokratische Zeitungen gibt, in denen er nicht den verdienten Fußtritt erhält, ist ein recht trauriges Zeichen der Zeit.

Wohin die Reise gehen würde, wenn man den Heine, Fendrich usw. folgen wollte, erfährt man nüchtern und klar aus der Broschüre Erwin Belgers, „Die Sozialdemokratie nach dem Krieg“ (Verlag Concordia, Berlin. Preis 60 Pf.) in der der frühere Generalsekretär des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie zu folgender Schlussfolgerung kommt: „Ist das Bekenntnis zur Nation abgelegt, dann lässt sich die ganze gewerkschaftliche und Parteiorganisation von einem anderen Gesichtspunkt aus betrachten, denn hinter den Forderungen der Arbeiter steht dann nicht mehr eine von den Hoffnungen und dem Streben der deutschen Nation ausgeschlossene, sich selbst ausschließende internationale Organisation, die auf den Umsturz hinarbeitet, sondern eine die Kraft des nationalen Gedankens anerkennende zu sachlicher,

friedlicher Verständigung bereite, ihrer Anhänger Interessen scharf vertretende Deutsche Arbeiterpartei!“

Noch weit hinaus über die Versuche der Rechtfertigung der Haltung der deutschen Sozialdemokratie geht Hugo Heinemann, der „Die sozialistischen Errungenschaften der Kriegszeit“ in einer Broschüre (Verlag Landgraf u. Co. Chemnitz) in überschwänglichster Weise verherrlicht. Dass die Methoden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung im Krieg zum Teil Schiffbruch erlitten, ist sicher eine Tatsache, die die Sozialdemokratie ihren Gegnern noch recht oft vor Augen führen wird. Dass man aber ob des vollen Verständnisses unserer Regierung gleich selbst den Verstand verlieren muss, ist keineswegs gesagt. Heinemann ist so glücklich, dass niemand mehr seine Vaterlandsliebe werde anzweifeln können, dass er behauptet, „dass die ausdrückliche Betonung unserer Vaterlandsliebe gleichsam schon eine Entweihung des Besten in uns ist“.

Die Kritik an der gegenwärtigen Haltung der deutschen Sozialdemokratie ist natürlich durch das Walten der Zensur auf ein Minimum reduziert. In Deutschland selbst sind nur zwei Broschüren dieser Richtung erschienen. Julian Borchardt erörtert in der Broschüre „Vor und nach dem 4 August 1914“ (Verlag „Lichtstrahlen“, Berlin-Lichterfelde, 30 Pf.) die Frage „Hat die deutsche Sozialdemokratie abgedankt?“ Die von den ehemaligen Redakteuren der „Schwäbischen Tagwacht“, Crispian, Hörnle, Walcher herausgegebene Broschüre „Im Kampf um unsere Grundsätze“ ist vor allem den internen Vorgängen beim Redaktionswechsel gewidmet, der bekanntlich erfolgte, weil der Patriotismus dieser Redakteure den Anforderungen des Landesvorstandes der Sozialdemokraten Württembergs nicht genügte. Die Antwort des Landesvorstandes ist unter dem Titel „Die Vorgänge in der Schwäbischen Tagwacht“ und ihre Ursachen“ erschienen.

Tiefgehendere Kritik übt einzig die schon erwähnte Broschüre von Trotzky „Der Krieg und die Internationale“. Sie macht den Versuch, die Ereignisse in ihrer historischen Entwicklung zu begreifen, ein Versuch, der allerdings dadurch beeinträchtigt wird, dass sie noch zu unmittelbar unter dem ersten Eindruck geschrieben ist und die leidenschaftliche Erregung gar oft die Oberhand gewinnt. Manche Vorwürfe, die Trotzky erhebt, sind unberechtigt, so vor allem diejenigen gegen den Berliner „Vorwärts“, der sich in den ersten Wochen nach Kriegsausbruch, wenn man die Zenusurschwierigkeiten gebührend berücksichtigt, musterhaft gehalten hat. Eine Schwäche der Broschüre ist auch, dass sie die Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs so in den Vordergrund schiebt, dass die Kritik der Parteien der anderen Länder zu kurz kommt. Allerdings hat Trotzky dies seither nachgeholt. Er hat die Verhältnisse in Frankreich aus eigener Anschauung kennengelernt und an der französischen Partei mindestens ebenso scharfe Kritik geübt, als dies in seiner Broschüre an der deutschen und österreichischen geschieht.

Der Vollständigkeit halber seien noch zwei Broschüren erwähnt, die Reden wiedergeben, die von nicht erheblichem Interesse sind. Wolfgang Heine, „Kultur und Nation (Verlag Landgraf u. Co., Chemnitz) und Wilhelm Keil „Das deutsche Volk im Kriege“ (Ulmer Volksbuchhandlung. 15 Pf.). Im Verlag der Grütlibuchhandlung in Zürich erschien eine Broschüre, „Der Krieg und Sozialdemokratie“, die für die Genossenschaftsbewegung Propaganda macht sowie eine von Paul Pflüger über die „Militärfrage und Sozialdemokratie“, die zu der Frage der Bewilligung der Militärkredite in der Schweiz Stellung nimmt.

Der Kampf um Kultur.

Von Friedrich Adler.

Drei Marksteine ragen in der Geschichte der Arbeiterbewegung auf.

Der erste liegt am Ende des 18. Jahrhunderts. Die Arbeitsteilung hatte riesige Fortschritte gemacht, die Manufakturwaren blühten, der Triumphzug der Maschine begann und ermöglichte in der Fabrik die Ausnützung aller Energiequellen der Natur. Da trat nach den großen Erfolgen des Bürgertums von 1789 der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat mit elementarer Wucht in Erscheinung. Kaum hatte das Bürgertum im Namen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, nicht zum wenigsten dank der Hilfe der Proletarier, gesiegt, so wandte es sich mit Brutalität gegen die Arbeiter und setzte in dem allgemeinen Koalitionsverbot von 1791 ein historisches Wahrzeichen der neuen Epoche des Klassenkampfes. Die gemeinsame Aktion der Arbeiter war in ihrer Bedeutung erkannt, wurde der Gegenstand der Furcht und Verfolgung.

Der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat führt zu immer neuen Zusammenstößen, die sich bis zu revolutionären Zuckungen steigern. Die Julikämpfe von 1830 in Frankreich, die Chartistenauftände in England, die Weberrevolten in Deutschland, sie waren alle deutliche Wahrzeichen einer neuen Zeit. Aber die revolutionäre Bewegung der Proletariermassen entsprang noch immer nur dem Gefühl und dem unmittelbaren Impuls, es fehlte die klare Erkenntnis des Weges und Zieles.

Ein zweiter Markstein in der Geschichte der Arbeiterklasse war es, als das Proletariat zum Bewusstsein seiner Aufgabe erwachte, und der erste Ausdruck dafür war das Kommunistische Manifest, das gewaltige Präludium der Stürze der Revolution von achtzehnhundertachtundvierzig. Die neugewonnene Erkenntnis hieß: Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Der Klassenkampf war als das notwendige Lebensprinzip der Entwicklung erkannt. Und mit dem Klassenbewusstsein war zugleich auch erworben: das Bewusstsein der Internationalität. Das Kommunistische Manifest beginnt mit dem Prinzip des Klassenkampfes und endet mit den unvergänglichen Worten: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Nach vier Jahrzehnten harter Arbeit, nach planmäßiger Verbreitung der sozialistischen Erkenntnis in den Köpfen des Proletariats nach vier Jahrzehnten, erfüllt von Siegen, aber auch von Niederlagen in einzelnen Ländern, erscheint der dritte Markstein in der Geschichte der Arbeiterklasse. Im Jahre 1889, hundert Jahre nach der großen französischen Revolution, schreitet das Proletariat zum ersten Male zur internationalen Aktion. Auf dem ersten internationalen Sozialistenkongress in Paris wird der 1. Mai als Weltfeiertag proklamiert und damit vor allem ein Symbol der Kampfbereitschaft, ein Symbol der Internationalität der Arbeiterklasse geschaffen. Die Demonstration für den Achtstundentag wird als Zweck der Maifeier erklärt und damit jene Forderung hervorgehoben, in der der Anspruch der Arbeiterklasse auf Anteil an allen Gütern der Kultur den prägnantesten Ausdruck findet.

Die ökonomische Entwicklung, die den Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie geschaffen, hat gleichzeitig aus einem großen Teil der Handarbeiter Kopfarbeiter gemacht. Ehemals waren die Menschen allein auf die Leistung ihrer Muskeln angewiesen, heute haben sie die Energien der Natur in ihren Dienst. Die Kraft der Wasserfälle, der Dampf, die Elektrizität leisten vieltausendmal mehr mechanische Arbeit, als alle Menschen und Tiere zusammen durch die Kraft ihrer Muskeln vollbringen könnten.

Die übergroße Menge von Arbeit wird aber heute nicht mehr den Muskeln der Menschen, sondern den Energiequellen der übrigen Natur entnommen. Und doch ist der Mensch nicht überflüssig geworden. Die Maschine verlangt stete Aufmerksamkeit, eine Gehirnleistung, die nur der Mensch vollbringen kann. Aus Handarbeitern sind im wesentlichen Kopfarbeiter geworden. Aber diese Kopfarbeit ist für den Proletarier mindestens ebenso unbefriedigend wie die Handarbeit. Denn die Teilung der Arbeit, auf der die moderne Produktion beruht, hat

all seine Arbeit, ob sie nun mit der Hand oder dem Hirn geleistet wird, zu einer maschinenmäßigen gemacht.

Die routinemäßige Arbeit bedingt die Kultur der Menschheit, und die Arbeiterklasse ist stolz darauf, sie zu leisten, aber die Kultur des einzelnen Menschen, des Individuums, beginnt erst, wenn er aus der Fabrik herausgerissen ist, wenn er Zeit hat, die Welt zu erkennen und zu genießen.

Früher war es anders. Das Handwerk bot selbst Probleme und damit Kulturwerte für den Einzelnen, heute aber kann der Arbeiter nur Kulturmensch sein, solange er außerhalb der Fabrik ist.

Wir wollen die Grundlagen der Kultur in den Werkstätten schaffen, wir wollen aber auch teilhaftig werden dieser Kultur. Das aber kann nur geschehen durch systematische Verkürzung der Arbeitszeit. Deshalb demonstrierten wir am 1. Mai in der ganzen Welt für den Achtstundentag, der möglich ist, ohne die Gesamtkultur zu vermindern und jedem Arbeiter ein Stück derselben gibt.

Ein Problem ist es aber in erster Linie, zu dessen Lösung wir die gewonnenen Stunden vor allem nützen sollen: das Problem des Klassenstaates. Wir erringen in unserem Kampf Schritt für Schritt neue Positionen, aber müssen alle Kraft, alle Zeit verwenden, um das Problem endgültig zu lösen, indem wir es aus der Welt schaffen. Wir dürfen nicht rasten, nicht ruhen, bis wir die Aufhebung des Klassenstaates, die Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erreicht haben!

Feuilleton

Der volle Magen

oder der alte Fuchs *Menenius Agrippa* über die Interessenharmonie der Klassen.

(Schluss.)

Erster Bürger. Des Bauches Antwort. Wie!
Das fürstlich hohe Haupt das wache Auge,
Das Herz – der kluge Rat; der Arm der Krieger;
Das Bein – das Ross: die Zunge der Trompeter;
Nebst andern Ämtern noch und kleinern Hilfen
In diesem unserm Bau, wenn sie –

Menenius. Was denn,
Mein' Treu'! was der Mensch da schwatzt! Was denn? was denn?

Erster Bürger. Sie würden eingezwängt vom Schlemmer Bauch.
Der nur des Leibes Abfluss –

Menenius. Gut, was dann?

Erster Bürger. Die andern Kräfte, wenn sie nun so klagten
Der Bauch, was könnt' er sagen?

Menenius. Ihr sollt's hören.
Schenkt ihr ein bisschen, wes ihr wenig habt,
Geduld, so sag' ich euch des Bauches Antwort.

Erster Bürger. Ihr macht es lang.

Menenius. Jetzt passt wohl auf, mein Freund!
Eu'r höchst verständ'ger Bauch, er war bedächtig,
Nicht rasch, gleich den Beschuld'gern, und sprach so:
Wahr ist's, ihr einverleibten Freunde, sagt' er,
Zuerst nehm' ich die ganze Nahrung auf.,
Von der ihr alle lebt; und das ist recht,
Weil ich das Vorratshaus, die Werkstatt bin
Des ganzen Körpers. Doch bedenkt es wohl;
Durch eures Blutes Ströme send' ich sie
Bis an den Hof, das Herz den Thron, das Hirn
Und durch des Körpers Gäng' und Windungen
Empfängt der stärkste Nerv', die feinste Ader
Von mir den angemessnen Unterhalt,
Wovon sie leben: Und obwohl ihr alle,
Ihr guten Freund' (habt acht), dies sagt der Bauch

Erster Bürger. Gut. Weiter.

Menenius. Seht ihr auch nicht all auf eins,
Was jeder einzelne von mir empfängt,
Doch kann ich Rechnung legen, dass ich allen
Das feinste Mehl von allem wieder gebe,
Und nur die Klei' mir bleibt. Was meint ihr nun?

Erster Bürger. Das war 'ne Antwort. Doch wie passt das hier?

Menenius. Roms Senatoren sind der gute Bauch
Ihr die empörten Glieder; denn erwägt
Ihr Mühn, ihr Sorgen. Wohl bedenkt, was alles
Des Staates Vorteil heischt, so seht ihr ein:
Kein allgemeines Gut, was ihr empfangt,
Das nicht entsprang und kam zu euch von ihnen -
Durchaus nicht von euch selbst. Was denkt ihr nun?
Du große Zeh', in dieser Ratsversammlung.

Erster Bürger. Ich die große Zehe?

Menenius. Weil du, der Niederträchtigst', Ärmst', Erbärmlichste
Von dieser weisen Rebellion vorantrittst.
Du Schwächling ohne Kraft und Ansehn läuft
Voran und führst, dir Vorteil zu erjagen.
Doch schwenkt nur eure Stäb' und dürre Knüttel,
Rom und sein Rattenvolk zieht aus zur Schlacht.
Der eine Teil muss Tod sich fressen.

Cajus Marcius tritt auf.

Menenius. Heil! edler Marcius.

Marcins Dank euch! - Was gibt es hier, rebell'sche Schurken,
Die ihr das Jucken eurer Einsicht kratzt.
Bis ihr zu Aussatz werdet.

Erster Bürger. Von euch bekommen wir doch immer gute Worte,

Marcus. Ein gutes Wort dir geben, hieße schmeicheln
 Jenseits des Abscheus. Was verlangt ihr, Hunde,
 Die Krieg nicht wollt noch Frieden? Jener schreckt euch,
 Und dieser macht euch frech. Wer euch vertraut,
 Find't euch als Hasen, wo er Löwen hofft.
 Wo Füchse, Gäns'. Ihr seid nicht sichrer, nein.
 Als glühnde Feuerkohlen auf dem Eis,
 Schnee in der Sonne. Eure Tugend ist,
 Den adeln, den Verbrechen niedertreten,
 Dem Recht zu fluchen. das ihn schlägt. Wer Größe
 Verdient, verdient auch euern Hass: und eure Liebe
 Ist eines Kranken Gier, der heftig wünscht,
 Was nur sein Übel mehrt. Wer sich verlässt
 Auf eure Gunst, der schwimmt mit blei'nen Flossen
 Und haut mit Binsen Eichen nieder! Hängt euch!
 Euch Traun?
 Ein Augenblick, so ändert ihr den Sinn
 Und nennt den edel, den ihr eben hasstet,
 Den schlecht, der euer Abgott war! – Was gibt's,
 Dass ihr, auf jedem Platz der Stadt gedrängt,
 Schreit gegen den Senat, der doch allein,
 Zunächst den Göttern, euch in Furcht erhält?
 Ihr frätzt einander sonst! – Was wollen sie?

Menenius. Nach eigenem Preis das Korn, das, wie sie sagen,
 Im Überfluss daliegt.

Marcus. Hängt sie! Sie sagen's?
 Beim Feuer sitzend wissen sie genau.
 Was auf dem Kapitol geschieht: wer steigt, fällt.
 Da stiften sie Faktionen
 Und schließen Ehen. Stärken die Partei
 Und beugen die, die nicht nach ihrem Sinn,
 Noch unter ihre Nägelschuh. Sie sagen,
 Korn sei genug vorhanden?
 Wenn sich der Adel doch der Mild' entschlüge,
 Dass ich mein Schwert ziehn dürft. Ich häufte Berge
 Von Leichen der zerhaunten Sklaven, höher,
 Als meine Lanze reicht.

Menenius. Nein, diese sind fast gänzlich schon beruhigt;
 Denn, fehlt im Überfluss auch der Verstand,
 So sind sie doch ausbündig feig. Doch sagt mir,
 Was macht der andre Trupp?

Marcus. Schon ganz zerstreut.
 Die Schurken!
 Sie hungern, sagten sie, und ächzten Sprüchlein,
 Als: Not bricht Eisen; Hunde müssen fressen;
 Das Brot ist für den Mund; die Götter senden
 Nicht bloß den Reichen Korn. Mit solchen Fetzen
 Macht sich ihr Klagen Luft; man hört sie gütig,

Bewilligt eine Forderung – eine starke –
(Des Adels Herz zu brechen, jede Kraft
Zu töten) und nun schmeißen sie Mützen,
Als sollten auf des Mondes Horn sie hängen.
Frech laut und lauter jauchzend.

Menenius. Und was ward zugestanden?

Marcus. Fünf Tribunen
Um ihre Pöbelweisheit zu vertreten.
Aus eigener Wahl. Der ein' ist Junius Brutus,
Sicinius und – was weiß ich Tod und Pest!
Die Lumpen sollten eh die Stadt abdecken
Als mich soweit zu bringen. Nächstens nun
Gewinnen sie noch mehr und fordern Größeres
Mit Androhn der Empörung.

Menenius. Das ist seltsam.

Marcus. Geht, fort mit euch, ihr Überbleibsel!

Ein Bote tritt auf.

Bote. Ist Gajus Marcus hier?

Marcus. Nun ja! was soll's?

Bote. Ich meld euch. Herr, die Bolsker sind in Waffen.

Marcus. Mich freut's! So werden wir am besten los
Den Überfluss, der schimmlicht wird.

Licht.

Von Korolenko.

Vor längerer Zeit traf es sich einst, dass ich an einem dunklen Herbstabend auf einem sibirischen Flusse fahren musste.

An einer Krümmung des Flusses glühte plötzlich unter schwarzen Bergen ein Licht auf.

Es glühte grell, intensiv und ganz, ganz nahe. ...

„Gott sei Dank, sagte ich freudig, ein Dorf ist nahe, eine Unterkunft!“

Der Ruderer, ein Sibire, wendete sich um und schaute über die Schulter auf die Flamme. Dann begann er wieder apathisch zu rudern. „Es ist noch weit ...“

Ich glaubte ihm nicht, das Licht stand da ... aus verschwommenen Dunkel trat es scharf hervor. Doch der Ruderer hatte Recht. es war wirklich endlos weit.

Es ist dieser Lichterscheinung eigentümlich über die Finsternis zu triumphieren und sich zu nähern, zu schimmern, zu versprechen und aus der Nähe zu locken.

Es dünkt dich nur zwei, drei Ruderschläge und du bist am Ziel. Und doch ist es so weit, so weit.

Noch lange fahren wir auf dem dunklen, tiefschwarzen Flusse. Die Felsen und Schluchten nahten und schwammen fort, rückten sich in die Ferne und verloren sich in der scheinbaren Unendlichkeit. Das Licht aber stand da. ... Noch immer flirrend und lockend. so nahe und doch so fern.

Oft steht dieses Bild mir jetzt vor der Seele – der dunkle Fluss, von felsigen Bergen beschattet, und das lebendige Licht. ...

Nicht mich allein locken so viele Lichter durch ihre Nähe, während das Leben nach immer zwischen düsteren Ufern hinfährt. Und die Lichter sind noch so weit, so fern. ... Und wieder muss man zum Ruder greifen!

Aber dennoch lockt flimmernd voran das Licht!

Glaube.

Ich glaube an unsre Unsterblichkeit
und an die Liebe, den lichten Stern.
In meinem Herzen sind sie geweiht,
die eine so hoch, wie die andere fern.
In dunklem Drange, die edle Tat
schlägt Breschen dem Leben und dämmt die Not.
An jeder Wende hebt sich der Pfad,
und die Menschheitsgipfel leuchten so rot!

Thurrow.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker);
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 17/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 27. April 1918.

Nr.17

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Zusammenbruch und Wiederaufbau.

Von Johann E. Keidel, Schwerin.

Der Zusammenbruch.

Vor ungefähr zweitausend Jahren haben die Verfasser des Neuen Testaments, die im Alten Testament enthaltene Moral übernommen, sie, wenn auch nicht dem Texte, wohl aber dem Sinne nach, wesentlich erweitert und dadurch bewiesen, dass eine Moral kein für die Ewigkeit feststehendes Gesetz ist, sondern von Zeit zu Zeit der Anpassung an die Fortschritte der Kultur bedarf.

Die zehn jüdischen Gebote des Moses wurden von den Glaubensstiftern des Christentums zwar für das Neue Testament mit übernommen, aber in ihrem Wortlaute nicht dem neuen Sinne nach ergänzt oder geändert. Damit wurde ein unzerreißbares Band zwischen beiden Glaubenslehren, der jüdischen und der christlichen geschaffen. Und doch wäre es wohl sehr empfehlenswert gewesen, eine Änderung der zehn Gebote vorzunehmen, denn ein so tüchtiger Denker Moses auch war, so wenig war er doch ein Hellseher, der wissen konnte, was der Menschheit nach 1500 Jahren frommen würde.

Mag man es der jüdischen Religionsgemeinde nachsehen, dass sie aus Pietät noch die zehn Gebote anerkennt, aber zur Richtschnur ihrer Handlungsweise machen die Juden sie nicht mehr, sondern halten sich in der Hauptsache nach an den Talmud, diese Ergänzung der biblisch-alttestamentlichen Moral. Sie haben darin zwar eine Anpassung an eine neue Zeit versucht, aber in durchaus rückschrittlichem und rücksichtslos stammes-egoistischem Sinne, ja, in dem Sinne, dass ihnen gegen jeden anderen Stamm jede sonst als Unmoral angesehene Handlungsweise von vornherein nicht nur verziehen wird, sondern sie werden zu dieser Unrechtsmoral gegen Andersgläubige im Talmud ausdrücklich verpflichtet.¹⁰ Wenn z.B. im 3. Bande Moses 19, 18 gesagt wird: „Liebe deinen nächsten, wie dich selbst“, so wird dieser Satz im Talmud so erklärt, dass unter Nächsten nur die Stammgenossen verstanden werden sollen.

¹⁰ Fritsch, „Der falsche Gott“. 1916. Hammerverlag, Leipzig.

Das mag zu Moses Zeiten aus Abwehr gegen andersgläubige, feindliche Völker ein gutes Notgesetz gewesen sein. Aber heutzutage ist diese Auslegung des Begriffes „Nächstenliebe“ ein unerhörter Faustschlag in das Gesicht jedes einzelnen Nichtsuden. Ihrem Volke gegenüber halten die Juden diesen Moralsatz der Nächstenliebe in geradezu vorbildlicher Weise aufrecht, haben aber dadurch, dass sie die Stammesliebe als Barrikade um sich im Talmud ausbauten, jedes moralische Recht, vollberechtigtes Mitglied eines anderen Volkes zu sein, verwirkt, mögen sie durch Worte und sogar durch Taten oder Heldentaten das Gegenteil zu beweisen suchen. Ihre auf dem Talmud begründete Moral ist und bleibt dem inneren Wesen nach feindselig gegen jedes andere Volk und jeden anderen Glauben.

Das Christentum nahm sogar in seinem Überschwange die Pflege der Nächstenliebe als Moralsatz mit seiner Anwendung auf den Menschen jeden Glaubens und jeder Nationalität auf. Ja, es hielt dem Feinde sogar die linke Backe hin, wenn dieser ihm eins auf die rechte versetzt hatte, und schrieb vor, diesen Feind noch zu lieben. Die Praxis dieses Grades von Nächstenliebe wäre unzweifelhaft bei allen jetzt kriegführenden Völkern einfach als schwerster Landesverrat geahndet worden.

Das war also die Nächstenliebe des Überschwanges gegenüber der gesünderen und natürlicheren Nächstenliebe der Juden.

In der Wirklichkeit sah denn auch die Nächstenliebe der Christen erheblich anders aus als in der Theorie. Religionskrieg reihte sich an Religionskrieg. An die Stelle der geplanten Nächstenliebe war die rücksichtsloseste Verfolgung Andersgläubiger und Zweifelnder getreten. Geradezu mit Blut geschrieben ist die christliche Glaubensgeschichte, deren furchtbarste Blüten die sizilianischen Vesper, die Bartholomäusnacht, der Dreißigjährige Krieg, der Vernichtungskrieg gegen die Türkei, die russischen Pogrome usw. und – der jetzt tobende Handelskrieg sind.

Wem es nicht einleuchtet, dass dieser entsetzliche Krieg der blutigste Hohn auf diesen hehren Grundsatz ist, und die denkbar vernichtendste Kritik über die christliche Moral bedeutet, der will nicht hören, was Tausende amerikanischer, deutscher, englischer, österreichischer, russischer, ungarischer, belgischer, französischer, osmanischer und italienischer Kanonen Tag und Nacht gebrüllt haben: „Zusammenbruch der christlichen Moral!“

Die Begründer des Christentums im Jahre 50 nach Chr. wussten an die Stelle der Mosesschen zehn Gebote keine besseren zu setzen, und behielten sie darum bei, so auch die sogen. Goldene Regel aus 3. Moses 19, 18. „Liebe deinen Nächsten, wie dich selbst.“ Und auch noch heute weiß weder die christliche Orthodoxie noch die neueste liberale kirchlich evangelische Reformrichtung, ob sie besser daran täten, die doch unmoralisch auf Kinder wirkenden zehn Gebote, die geradezu eine Verbrecherkost für die Jugend sind, aus ihrem Glaubensbekenntnisse zu streichen oder sie beizubehalten. Man ist in kirchlichen Kreisen jedenfalls geteilter Ansicht über diesen Punkt, und das sollte zur Verwerfung der zehn Gebote genügen. Aber wer würde es buchstäblich wagen, an Gottes Wort zu rütteln, sei es, wie es sei.

An den Früchten sollen wir ja die Güte der Moralsätze erkennen.

Nun haben wir die internationale Frucht des Gesetzes der christlichen Nächstenliebe vor uns.

Werden wir sie verstehen, sie zu würdigen wissen, diese Frucht?

Ich glaube es nicht. –

Wie es in dieser Hinsicht mit der Moral des Korans bestellt ist, weiß ich nicht. Nur so viel ist bekannt, dass es Mohammeds höchstes Moralgesetz ist, seinen Glauben mit Feuer und Schwert zu verbreiten. Diese Gewaltglaubensmoral ist ebenso veraltet, wie die der Juden und die Scheinchristenliebe der Christen.

Man wird Frieden schließen, man wird in England und in Deutschland in den Kirchen Dankgottesdienste für den endlichen Frieden und Sieg abhalten und – wird weiter rüsten und beten um Sieg beim nächsten Krieg zur Erreichung des Kriegszieles: „Die Vernichtung des christlichen Konkurrenten aus überschwänglichster Nächstenliebe.“ –

Bezüglich meines Unglaubens an die Erkenntnis der Glaubens- oder Moralfrucht bemerke ich: Die Menschheit von heute ist in einer fast unheimlichen Glaubenshypnose befangen und nur äußerst schwer von ihr zu befreien. Wohl rumort es hier und da gegen diesen unausstehlichen Glaubenszwang, in dem die Geisterwelt seit zweitausend Jahren schmachtet. Wohl haben Geistesriesen an die Tore dieses Gebäudes der Unduldsamkeit gehämmert: Spinoza, Giordano Bruno, Huß, Luther in seiner Art und mit seinem beschränkten Gesichtskreise, Kopernikus, Galilei, Kant, Schopenhauer, Goethe, Schiller, Freidenker- und Monistenvereine – alles vergeblich! Wie eine granitne Mauer, die aber ein Hauch der Logik umwerfen müsste, steht dieses Gebäude als vermeintliche Stütze der öffentlichen Ordnung da. Als ob für diese nicht ein guter Polizeiknüppel ausreichte, und zwar umso besser unter der Herrschaft anderer Moralgesetze als der bisherigen, unter denen wohl die öffentliche Ordnung aufrechterhalten werde, die aber bei der Generalprobe auf ihre wahre Friedensliebe erbärmlich zusammengebrochen ist.

Aber – wie gesagt – das geistige Trägheitsgesetz der Menge ist so unglaublich schwerfällig, dass kaum irgendein Funke von Hoffnung für den Denker vorhanden ist, dass die Menge den wunden Punkt, die Achillesferse ihrer moralischen Existenz erkennt. Es ging Jahrtausende so schön, weshalb soll es nicht weiter so gehen? so sagt die faule Masse und schüttelt die Millionen mahnender Geister der Gefallenen dieses Krieges von ihrem Gedächtnisse ab. Es müssen im nächsten Kriege wohl noch zehnmahl größere Opfer diesem Moloch christliche Moral dargebracht werden, ehe er zufrieden ist und für immer verschwindet.

Wie man aber trotz der Denkfaulheit schon längst die christliche Moral bewertet hat, geht daraus hervor, dass man im Allgemeinen sagt, und zwar, als spräche man von einem langerprobten Erfahrungsgesetze: „Borge nie deinen Verwandten an, und willst du einen Freund verlieren, so borge ihn an.“ Ob ich hiermit Recht habe, überlasse ich jedem kritischen Leser dieser Zeilen aus eigener Erfahrung heraus zu beurteilen. Vielleicht ist die dieser traurigen und beschämenden Tatsache zu Grunde liegende Schlussfolgerung so: „Dem Verwandten oder Freunde zu helfen, ist kein Ruhm. Also lassen wir das, bis Fremde kommen.“

Das Unheil, das die christliche Moral auch ohne einen Krieg dauernd als Hemmschuh der geistigen Entwicklung ausrichtet, ist den faulen Früchten eines andauernden, inneren Religionskrieges gleich zu achten und zu fürchten.

Darum muss die Forderung nach einer neuen, von jedem Religionssysteme unabhängigen Moral auch bei Zustandekommen eines international von allen Kulturstaaten gewährleisteten ewigen Friedens genau aus derselben Notwendigkeit gestellt werden, als ob wir in 10 Jahren wiederum vor einem neuen Handelskriege ständen. Für Krieg wie Frieden ist eine religionsfreie Moral der Menschheit das ethisch drängendste Bedürfnis.

Gesetzt nämlich auch den Fall, dass es gelingen sollte, den ewigen Frieden zu schließen, wird dadurch etwa der jetzige Zusammenbruch der christlichen Moral aus der Welt geschafft?

Wenn es möglich war, dass ein seit drei bis vier tausend Jahren der Welt gepredigter Moralsatz eine derartige, Millionen blühender Menschenleben vernichtende Frucht zeitigt wie dieser große Krieg, so kann unmöglich auf diesem Moralgesetze weiter gebaut werden. Vertreter aller Glaubenslehren, Philosophen und Ethiker müssten zusammentreten und offen bekennen: „So geht es nicht weiter. Wir erkennen, dass wir falsch geleitet sind. Wir wollen auf einem

interreligiösen oder freireligiösen Moralkongresse versuchen eine neue Morallehre aufzustellen, die uns besser vor solchen Früchten schützt als die bisherige, deren leitende die christliche Moral gewesen ist. Sie hat sich mit diesem Kriege das eigene Grab gegraben. Sie hat total abgewirtschaftet und muss ersetzt werden, wenn die Welt nicht an ihrer geistigen und ethischen Entwicklung verzweifeln will!“

Im Haager Religions- und Moralkongress 1912 sagte der greise Domela Nieuwenhaus zum Schluss, als alle Aussichten auf eine Vereinigung der verschiedenen Meinungen sich wieder einmal als völlig ergebnislos erwiesen hatten, er sei Materialist und Atheist. Für eine solche, wie die moralische Diskussion, müsse man unbedingt auf einer gemeinsamen Basis stehen. Diese könnte es aber nie geben zwischen Gläubigen irgendeiner der vorhandenen Religionslehren und den Anhängern einer weltlichen, religionsfreien Moral. Man könne sich hier im Saale wohl einigermaßen vertragen als gebildete Menschen, aber draußen als freie Denker niemals. Wenn man von einer zweitausend Jahre alten christlichen Moral spreche und daraus auf ihre Bewährung schließen wolle, so sei das der größte denkbare Fehlschluss. Diese gepriesene Moral sei nichts als ein glänzendes Fiasko

Wie recht hatte der Mann!

Der Aufbau.

Alte, morsche Gebäude einzureißen aber neue an deren Stelle zu setzen, die der Neuzeit entsprechen, ist recht schwer.

Im Preußischen Abgeordnetenhaus ist der Ausspruch gefallen: „Ohne Religion keine Ordnung!“

Nun, unser bürgerliches Gesetzbuch und das Strafrecht sind auch ohne Religion aufgebaut und trotzdem herrscht – Ordnung!

Ob nicht gerade die in den Moralgesetzen, diesem Gesetzbuche der Ethik, noch enthaltenen, den Glaubenshass mittelbar oder unmittelbar predigenden Ideen es sind, die das Versagen dieser Gesetze herbeiführten, ist anzunehmen.

Darum sollte man es nach den Erfahrungen im Gebiete der bürgerlichen Gesetzgebung versuchen, einmal Moralsätze ohne Religion aufzustellen.

In seiner „Genealogie der Moral“ führt Fr. Nietzsche in blendender Weise aus, dass die Moral keine dauernde Vorschrift für alle Zeiten sein könne, und dass sie sich mit der Erweiterung der Erkenntnis des menschlichen Geistes auch weiter entwickeln müsse.

In diesem Sinne habe ich im Jahre 1908 einige Moralsätze aufgestellt und jetzt erheblich vermehrt, die sowohl ganz unabhängig von irgendeinem Glaubensbekenntnisse sind, noch Anspruch darauf machen, von irgendjemand anderem, sei es fremder Geist oder Überlieferung mir geoffenbart sind. Sie sind lediglich das Ergebnis eigenen Nachdenkens und daher durchaus nicht unmittelbar wie Religionsvorschriften, sondern wie diese unvollkommenen, menschlichen Ursprunges. Sie können aber gleichwohl vielleicht den Anhalt für eine Grundlage der Entwicklung einer neuen Morallehre bilden, an deren fortwährender Umgestaltung, Weiterbildung und Vervollkommnung ein jeder, der sich dazu im Stande fühlt, mitarbeiten kann.

Wer sich über eine sehr lehrreiche Zusammenstellung alter und neuer Moralsätze unterrichten will, dem empfehle ich das Buch: „Alte und neue Tafeln“ von Pastor Fr. Steudel, Verlag Eberhard Frowein, Berlin. In dem Buche heißt es auf Seite 8: „Ich halte die zehn Gebote aber direkt schädlich für wahre Sittlichkeit, denn sie wollen den Menschen zu ihrer Befolgung aneifern durch Versprechen und Lohn und Androhung von Strafe, wenden also die

allerniedrigsten Erziehungsmethoden an und bringen die Menschheit auf den unsittlichsten Weg der äußeren Befolgung von Gesetzen aus Lohnsucht und Angst.“

Frei von Gott!

Johann E. Keidel, Schwerin.

Der Große Krieg hätte uns Denkern endgültig zeigen müssen, wohin alle die größeren Religionsgemeinschaften der Welt mit ihren seit Jahrtausenden „felsfest“ begründeten Glauben an ihre Götter: Allah, Jehova, Dieu, God, Ptah, Gott, Brahma, Wisdmu, Schiwa usw. tatsächlich geraten sind: In einer Sackgasse, aus der sie keine vergangene, gegenwärtige oder zukünftige Logik mehr herausführen kann.

War nicht ein einziger der angeführten Götter imstande, diesen grauenhaften Krieg zu verhindern und so das zu schirmen, was er durch seine Gläubigen in Jahrtausenden an Kultur aufgebaut hatte, dann war entweder seine gepriesene Allmacht nichts anderes als eine völlig zusammengebrochene Ohnmacht – was noch fürchterlicher wäre – er wäre nicht das, wofür ihn seine Gläubigen bisher gehalten haben: ein Gott der Liebe und Barmherzigkeit und Schirmherr von Wahrheit und Gerechtigkeit für seine Anhänger, sondern ein Gott der blinden Wut, der Grausamkeit und Unmenschlichkeit!

Aber wir, die wir den Taten der Geschichte, die ja die Spur Gottes sein soll („Die Weltgeschichte ist das Weltgericht“), sind nicht mehr wie früher stumpfsinnige, fatalistische Zuschauer dieser großen und kleinen Kriege – „Fangballspiele der Götter mit den heiligsten Gefühlen ihrer Gläubigen“ könnte man sie nennen – sind keine Steine, keine Bäume oder reißende Tiere, sondern wir sind *Menschen* – alle, ob Buddhisten, Sonnenanbeter, Christen, Juden, Mohammedaner usw. – wollen menschlich handeln und *menschlich behandelt sein*, auch von unseren Göttern!

Was wir jetzt in diesem Kriege wieder erfahren, ist aber genau das Entgegengesetzte und zwingt uns geradezu zur offenen Empörung gegen unsere Götter (wenn es sie gäbe), ob wir nun der unterliegende oder der siegende Teil sind. Auf keinen Fall ist unsere Geisteskultur durch diesen neuesten „Gnadenakt“ der Götter, den Großen Krieg, gefördert worden, sondern um viele Jahre geschädigt. Und dazu kommt noch das Herzeleid, das übergroße, in allen Religionsgemeinschaften, das der Große Krieg mit sich brachte.

Seit Tausenden von Jahren fühlt ein Teil der Denker der Menschheit dieses Weltübel und sehnt sich nach Loslösung von solchem Göttertume, von solchem eingebildeten Götterschutze.

Aber die nichtdenkende Menschheit fühlte sich wohler am Gängelbände einer Anzahl politisch Mächtiger, der Priester, deren hinreißende, phantastische Beredsamkeit der gläubigen Menge einen vorhandenen Götterschutz sogar noch über das Grab hinaus vorspiegelt. Dieser verheißene Götterschutz ist nun aber in keinem einzigen Falle der Geschichte und in keinem Teile der Welt nachgewiesen und nur und ganz allein in der Einbildung der Glaubensstifter und deren Nachfolger vorhanden – sonst nirgends!

Was nun den gläubigen Mengen im Orient und Okzident bisher gefehlt hat, um diesen Sachverhalt zu erkennen, sich mit ihm vertraut zu machen und heraus die einzig richtige Folge zu ziehen, wäre: diesen Götterglauben abzulegen, zur Selbsthilfe zu greifen und keine Kraft und Zeit durch zweckloses Beten und dergleichen zu verlieren. Es wäre dafür ein gewisses Maß an Wissen, an Verstand und – an Mut ihren Priestern und der Umwelt gegenüber notwendig gewesen.

Die zum Zerreißen der Gottesglaubensfessel erforderliche Kraft war seit Tausenden von Jahren – wie gesagt – innerhalb der verschiedenen Religionen wohl in einzelnen

vorgeschrittenen Geistern vorhanden. Aber ihre Predigten zur Befreiung vom gegenstandlosen Gottes- und Götterglauben verhallten entweder ganz ungehört oder fanden nur so schwachen Widerhall bei der Menge, die sich so wohl und geborgen im Glauben an ein Paradiesleben nach dem Tode fühlte, dass die Beherrscher der Geister, die Priester, leichtes Spiel mit den ungläubigen Glaubensstörern hatten und sie, wo sie es nur irgend konnten, vernichteten. So musste Sokrates den Giftbecher leeren, so wurden Hunderttausende von Christen in der Arena zur Freude des Volkes von wilden Tieren zerrissen. So ward die Philosophin Hypathia von fanatischen Christen lebendig mit Scherben zerfleischt. So starben Giordano Bruno, Huß und Tausende heimlich beiseite Geschaffter und öffentlich durch die Inquisition zu Tode Gequälter den Märtyrertod.

Aber jetzt im 20. Jahrhundert – ist es anders und besser mit der Saat des Wissens bestellt als zur Zeit der Entstehung des Christentums. Wenn z.B. heute ein zweiter Mohammed aufstände und verlangte, was sein Namensvetter vor 1500 Jahren gefordert hatte, er käme – ins Irrenhaus, ob er nun in Berlin, London, Paris, Wien, New-York, Rom, Tokio oder Konstantinopel aufträte.

Seitdem Männer wie Galilei, Kopernikus, Newton, Franklin, Lamarck, Darwin, Haeckel u. u. die Axt der Wissenschaft an die Wurzeln der gewaltigen Bäume der Phantasie gelegt und – sie gefällt haben, gibt es keinen Glaubensmacher mehr, der einfach aus seiner Phantasie schöpft und deren Gebilde der gläubigen Menge als Wahrheiten einer neuen, ihm von Gott geoffenbarten Religion anzubieten wagt.

Die Wissenschaft schreitet eben unaufhaltsam vorwärts und räumt mit unerbittlicher Logik mit dem Aberglauben auf, von denen ja keiner den anderen ernst nimmt, und stellt die Welt des Geistes auf den allein gesunden Boden wissenschaftlicher, unumstößlicher Erkenntnis – wenigstens ganz anderer als auf den bisherigen wilder Phantasie.

Langsam zwar vollzieht sich dieser Vorgang der wissenschaftlichen Aufklärung, dafür aber unwiderstehlich für die gegen ihn ankämpfenden Phantasten und bisherigen Sieger über Logik und Vernunft.

Schon sind Weltvereine von Freidenkern, Monisten, von Anhängern ethischer Kultur, von Konfessionslosen u. a. eifrig in allen Ländern der Kultur an der Arbeit und bereiten den Boden für eine Erstehung des Geistes aus der Nacht und Finsternis unglaublichen Aberglaubens vor. Und schon schreiten Säemänner wie Emerson, Salter, Wilh. Ostwald, Bruno Wille, Wilhelm Bölsche u. a. über den Furchen hin, sodass es nur noch eine Frage der Zeit ist, dass die Verstandessaat emporwächst und das Kulturwerk: „Freiheit des Geistes vom Gottesglauben“ in die Tat übersetzt.

Aber selbst unter den Mitgliedern der genannten Vereine gibt es noch viele, die die Kardinalfrage: „Wird das Weltall von einem sich seiner selbst *bewussten* Geiste regiert?“ noch recht zweifelnd, ja sogar – bejahend gegenüberstehen. Es sind das die erst Halbfreien, die noch zum größten Teile im zu überwindenden Aberglauben stecken.

Erst die unbedingte, überzeugte Antwort: „Nein! Es ist vielmehr ein das Universum *unbewusst* bewegender Trieb, der die Welt, sowohl die sogenannte lebendige, als auch die sogenannte tote, ohne Anspruch auf Dank oder gar Lohn von Nebel in Planeten und von diesen wieder in Nebel verwandelt und zwar ohne Anfang und ohne Ende in Ewigkeit“, befähigt deren Bekenner zur Erkenntnis der wahrscheinlichsten Wahrheit, wie wir sie allein durch die Wissenschaft und nicht durch Phantasie oder Glauben finden können. Erst: Frei von Gott, einem bewusst Handelnden, dann erst sind wir reif für freie Vernunftmenschen!

Die Zentraleitung der U. S. P. zur Gewerkschaftsfrage.

Von W.

Die Presse der Unabhängigen druckt, nachdem in einigen ihrer Mitgliedschaften der Ruf nach einer politisch. gewerkschaftlichen Einheitsorganisation laut wurde, folgenden Ukas ab: „Die Gewerkschaftsbureaukratie hat dadurch, dass sie sich politisch als Helfershelferin der Regierungspolitik betätigt, eine starke Misstimmung in Gewerkschaftskreisen hervorgerufen.

Vielfach wird darüber geklagt, dass Gewerkschaftsführer selbstherrlich auftreten und die Selbständigkeit der Mitglieder missachten.

Die dadurch erzeugte Unzufriedenheit der Mitglieder darf aber nicht dazu führen, den Gewerkschaften den Rücken zu kehren und neue Gewerkschaften zu gründen. Die Mitglieder haben vielmehr innerhalb der bestehenden Gewerkschaften dafür zu sorgen, dass die Gewerkschaften auf eine gesunde Grundlage gestellt und mit sozialistischem Geist erfüllt werden.“

Fürwahr der Aufruf der Unabhängigen Parteileitung bestätigt der Arbeiterschaft aufs Neue, wie notwendig es für sie ist, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Die Sprache des Dekrets klingt den Arbeitern bekannt, sie ist der Sprache der Scheidemänner, die auch unter Missachtung jeder Demokratie selbstherrlich die Arbeiterschaft kommandierte. Gerade das ist es, worum es sich handelt, dass die Arbeiterschaft sich von einer selbstherrlich auftretenden Führerschaft befreit, die die Selbständigkeit der Mitglieder missachtet.

Richtig haben die Stuttgarter Unabhängigen erkannt, dass die politisch-gewerkschaftliche Einheitsorganisation das notwendige Kampfmittel für die kommenden Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit ist. Was die Leitung der Unabhängigen will, ist ein Kampf innerhalb der bestehenden Gewerkschaften um die Gewerkschaften, wie ihn die Arbeitsgemeinschaftler innerhalb der Scheidemannpartei führten und der stets vor den letzten Konsequenzen und neuen Bahnen zurückschreckte.

Dass es den unabhängigen Gewerkschaftsbureaukraten schließlich nur darum zu tun ist, in den Gewerkschaften die Macht an sich zu reißen, zeigt die „Leipziger Volkszeitung“, indem sie zufolge des Stuttgarter Vorgehens u. a. schreibt: „Wir erklären rundweg, dass wir die Gründung neuer Gewerkschaften nicht billigen können. Das würde zur Spaltung der Gewerkschaften und Bruderkämpfen führen. ... Gerade im Interesse der Arbeiterschaft liegt es, dass die Opposition in den Gewerkschaften bleibt. Auf die Spaltung der Sozialdemokratie darf nicht verwiesen werden. Sie ist nicht das Werk der Opposition. Diese wollte zum abergrößten Teil in der Partei bleiben, wurde aber vom Parteivorstand ausgeschlossen. ...“

In den Gewerkschaften erleben wir jetzt dasselbe Zaudern und Zögern; zu einer neuen Tat scheinen sich die Mehrzahl der Unabhängigen nicht aufraffen wollen. Aber auch die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ist erwacht und wird ihre Wege gehen, ohne sich irgendwie durch Instanzen kommandieren zu lassen. An den „freien“ Gewerkschaften werden auch die Unabhängigen nichts mehr ändern. Sie sind in das Fahrwasser der englischen Trade Unions gelangt und haben längst den Klassenkampf aufgegeben, indem sie die Politik der Versöhnung mit der bürgerlichen Gesellschaft eingeschlagen haben und mit dem Unternehmertum Kuhhandelsgeschäfte treiben.

Für klassenbewusste Arbeiter, die nicht das Endziel aus den Augen verloren haben, denen das Gesamtinterinteresse des darbenden und kämpfenden Proletariats das Höchste ist, und denen

nichts darum zu tun ist, zu einer nationalen Arbeiteraristokratie aufzusteigen, sondern internes [internationales?] Denken und Fühlen bewahrt haben, werden kurz oder lang die „freien“ Gewerkschaften erledigt sein. Die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit wird kommen und die Arbeiterschaft Sieger sein, wenn sie sich die Kampfform wählt, die diesem Kampfe gewachsen ist.

Und wieder ruft der Mai.

Wachet auf! Schöpft neue Hoffnung, fasst Vertrauen zur Zukunft, erkennet die Schönheit der Welt, erkennet eure Kraft, das Böse zu überwinden! Spricht seit Jahrtausenden der Mai zu den Menschen, spornt sie an zu neuen Taten. hebt sie empor von Stufe zu Stufe.

Und auch heute spricht er zu euch:

Ihr seid noch lange nicht am Ziele, ihr habt noch Großes zu vollbringen, ihr müsst euch eurer Aufgabe bewusst werden! Wachet auf!

Blicket empor aus dem kleinen Getriebe des Alltags, aus den Sorgen für den morgigen Tag auf das Große, das unsere Welt bewegt.

Was unseren Großvätern wohl als abenteuerliches Märchen erschienen wäre, ist lebendige Wirklichkeit geworden. Unsere Stimme schallt weiter über das Land, wir können dem Schiff im fernen Weltmeer jederzeit Nachrichten übermitteln. Über Telefon und drahtlose Telegraphie sind uns schon lange keine Wunder mehr. Wir staunen kaum, wenn sich ein Flieger hoch in die Lüfte schwingt, und nehmen es als selbstverständlich hin, wenn jeder Tag einen neuen Erfolg der Aeroplane meldet. Zwölf Menschen trägt so ein Vogel bereits; über den Simplon wie über das Meer rast er hinweg. Keine Grenze scheint dem schaffenden Menschengestalt mehr gesetzt zu sein, kein Hindernis unüberwindlich. Die Welt ist anders geworden. Die Naturkräfte arbeiten im Dienste der Menschen und erzeugen eine nie geahnte Fülle von Produkten, von allen Dingen, die zum Leben notwendig sind oder es verschönern.

Unermessliche Schätze hat der Geist der Erfinder erschlossen, aber das Los der großen Massen des Volkes ist nicht besser geworden. Armut herrscht. Der Arbeiter erhält nicht einmal den vollen Ertrag einer eigenen Arbeit, geschweige denn, dass ihm von all der Arbeit, die wir den Naturkräften verdanken, ein Anteil zufiele. Den Ertrag aller dieser Arbeit, die die Naturkräfte leisten, behalten die Besitzer der Maschinen für sich.

Nicht für die Menschheit, sondern für Einzelne arbeiten die Maschinen. Und damit scheidet sich das Volk in zwei große Klassen. Auf der einen Seite aller Produzenten, alle jene, die von eigener Arbeit leben müssen, auf der anderen Seite die Kapitalisten, die nicht zu arbeiten brauchen, denen aber die Arbeiter ein gut Stück Arbeitsertrages abtreten müssen und denen der Ertrag der Arbeit der Naturkräfte übermäßige Reichtümer in den Schoß wirft.

Die Natur hat ihre Schrecken verloren, sie ist den Menschen dienstbar geworden. Aber vor einem anderen Götzen liegen sie noch im Staub. Die Herren der Natur sind Knechte des Kapitals.

Das Kapital, den Besitz von Maschinen, den Besitz von Grund und Boden, kurz den Besitz von Produktionsmitteln beten sie an.

Da kommt der Sozialismus und verkündet sein letztes Ziel: Keiner soll ausgebeutet werden, jeder den vollen Ertrag seiner Arbeit erhalten. Die Arbeit der Naturkräfte aber muss allen Menschen gleichermaßen zugutekommen. Daher dürfen nicht einzelne, sondern nur die Gesamtheit, die ganze Gesellschaft Besitzer der Maschinen sein.

Das ist das Große, das werden soll.

Die Maschinen sollen aufhören, Privateigentum zu sein; niemand soll das Recht haben, andere Menschen und die Naturkräfte zu seinem privaten Vorteil auszubeuten. Dann wird die Herrschaft des Götzen Kapital, dem heute Reiche wie Arme gleichermaßen untertan sind, ihr Ende erreicht haben.

Viertelstunde um Viertelstunde muss den Ausbeutern in hartem Kampfe abgerungen werden, aber sie wird abgerungen. Der Arbeiter, der ehemals ein Sklave war, der in stumpfsinniger Ergebenheit im steten Wechsel von Arbeit und Schlaf dahinvegetierte, lernt die Muße kennen, erhält freie Zeit, um an allen Gütern der Kultur teilzunehmen.

Der Klassenkampf macht die geknechtete Masse zu aufrechten Menschen, erfüllt sie mit Selbstbewusstsein und Siegeszuversicht.

Aus unserm politischen Tagebuch.

10. April.

Die sogenannte Sozialdemokratische Partei der Scheidemänner war in einer recht üblen Lage ob des Friedensvertrages mit Russland. Hier standen sie vor Tatsachen, an denen sich nicht deuteln lässt wie an Kanzlerreden. Hier hatten sie klar auszusprechen, ob sie in dem Frieden mit Russland den Abschluss einer Eroberung sehen oder den Sieg des berühmten Selbstbestimmungsrechts der Völker. Das heißt Ablehnung oder Genehmigung des Friedens. Unter Führung vom Bürger Wendel hatte sich nun auch eine Opposition aufgetan, die den Vertrag abgelehnt wissen wollte. Das sieht gewiss äußerst radikal aus, und wir zweifeln nicht daran, dass diese Heldenpose der Wendel und Kampffmeyer die alten Hoffnungen auf eine Radikalisierung der Sozialpatrioten stärken wird. Es steht jedoch sehr faul damit. Auf die Frage des „Hamburger Echo“, ob er denn die Gefahr in Kauf nehmen wolle, dass der Krieg im Osten wieder auflebe, antwortete nämlich Bürger Wendel ungeniert: „Wenn die Sozialdemokraten dem Ost-Frieden nicht zustimmen, beginnt deshalb der Krieg mit Russland keineswegs wieder aufs Neue, denn die Mehrarbeit des Reichstags nimmt den Vertrag ja an.“ Wie bequem hat es doch ein solcher Neinsager im Parlament! Er kann drauf lospoltern und wettern, sich er als trutziger Volksmann, der kühn den Regierenden die Stirn bietet, und hat er sein Sprüchlein aufgesagt, dann freut er sich, dass er seine parteipolitische Seligkeit gerettet und die Regierung ihren Willen dennoch bekommen hat.

Wie schön für ihn, dass seine ganze Opposition unfruchtbares Theaterspiel ist. Ein Nein unter dem Schutze der Immunität, welch' angenehme Sache. Ein Narr, wer aus solchem Nein Konsequenzen verlangte! Aber tun wir Herrn Wendel kein Unrecht: Er will nur die alte Parlamentspolitik der Sozialdemokratie vor dem Kriege weiterführen, deshalb sein Liebäugeln mit den Unabhängigen.

Feuilleton

Selbstmord.

Von K. Ewald.

Ein junges Weib wurde vom Manne verlassen, dem sie Herz und Hand geschenkt hatte. Aus Verzweiflung darüber stürzte sie sich in einen Moorgraben. Und während die kalte Leiche zwischen dem Schiffe stengeln trieb [?], schwang sich ihre sündige Seele empor zu Gottes Thron.

Warum tatest du das? fragte Gott.

Wer erlaubt dir meine Bestimmung zu verachten.

Das junge Weib sank ihn zu Füßen um Vergebung flehend „Als er, den ich über alles liebte, mich betrog, Konnte ich nicht länger leben.“

„Gab es denn nicht noch andere Männer auf der weiten Welt?“ fuhr Gott der Herr fort, „ich habe die Erde bevölkert mit Frauen und Männer, deren Herzen die Liebe bewegt. Wie wollte wohl die Untreue dieses einen dich in den Tod treiben können, wo du noch so jung und schön bist.“

Das Weib hob ihr gesenktes Angesicht und sah ihn verwundert an.

„Davon weiß ich nichts“, erklärte sie. „Die Bücher, die ich las, versicherten mir, die wahre Liebe käme nur einmal und außer ihr gäbe es nichts. Von Kindesbeinen an lehrte man mich, die bis in den Tod litten, seien tausendmal besser als alle anderen“

„Und so sagte auch der Pastor als er unsere Hände zusammenlegte: ‚Ihr gehört jetzt einander auf ewig.‘“

Da schüttelte Gott das Haupt mit einem milden Lächeln: „Man hat dich betrogen, du armes Kind. Die Dichter, die so schrieben, liebten oft und viel und stets aufrichtig. Und der Priester, der es sprach, schläft süß und zu meiner Ehre neben seiner dritten Frau. Ich verzeihe dir, was du getan hast, denn du wusstest es nicht besser. – Stehe auf und komm mit mir ins Paradies.“

Streik.

Still liegt die Werkstatt, still und tot.

Durchs Fenster bricht goldenes Morgenrot.

Es mahnt zur Arbeit, zu rüstigem Tun!

Doch Hammer und Zange und Amboss ruh'n.

Es ruh'n die Maschinen, die Werkzeug all'.

Ins Fenster blinzelt der Morgenstrahl. –

Da regt sich die Zange und reckt sich und streckt sich

Und knirschet mit rostigen Zähnen.

Und spricht zum Hammer: es gruselt und friert mich

Und kann mich durchaus nicht gewöhnen!

Seit Monden schon zog aus der Esse Glut

Ich nicht mehr den glühenden Stahl.

Hier lieg ich und rost ich,

Voll Unmut kost ich

Die Langeweile einmal.

Beifällig brummte der Hammer dazu:

S't wirklich gar zu arg!

Sonst ging es im Takte ohn' Rast und Ruh':

Komm' Sonntag, komm' Sonntag, immer nur zu!

Jetzt ist mir als läg' ich im Sarg.

Still ist's in der Werkstatt, durchs Fenster bricht

Des jungen Tages Dämmerlicht. –

Der Morgensonne goldener Strahl

Huscht über der Werkzeuge harten Stahl

Und küsset den Amboss auf schlagglatte Bahn

Der hebt ein leises Klingen an.

Ein Klingen, ein Singen so glockenrein:
Ich sing' euch die Antwort, höret nur fein:

Ich sing' euch von Kampf, ich sing euch von Not,
Ich sing' euch vom Leben, ich fing euch dem Tod.
Ich sing' von dem Arm, der schafft ohn' Ermatten,
Ich sing' von dem Mund, den niemals satten.
Ich sing' von den Wangen, den hungerbleichen
Ich sing' von der Stirne, der faltenreichen,
Der gramdurchfurchten, der sorgenschweren.

Sing' euch von den Augen, den hoffnungsleeren
Ich sing' von dem Anlitz, dem rußbestaubten.
Ich sing' von den Haaren, den frühergrauten.
Ich sing' von der Hand, die schaffend uns hetzte,
Von dem Blut, das uns färbte, dem Schweiß, der uns netzte.
Von Leben und Tod,
Von Kampf und Not!

Und staunend lauschen die Werkzeuge all'.
Und es lauschet verwundert der Sonnenstrahl. –
Und jauchzendes Klingen erfüllet den Raum,
Durchs Fenster träufeltes wie silberner Schaum.

Jetzt ruhen kämpfend
Die arbeitvernarrten,
Die schwielenharten
Hände. – Kämpfend! –
Die welke Stirn
Furchen nicht Sorgen,
Um eitles Morgen,
Nein, durch das Hirn,
Durch das gequälte,
Ziehen ohn' Schranken
Freiheitsgedanken,
Göttlich beseelte. –
Und Muskeln wie Stein
Sprengen die Ketten!
Denn diese Stätten
Sollen Tempel der Arbeit sein!

Marfried Harger

Im Kerker.

Wohl steigt die Sonne auf und nieder,
Doch dringt sie nicht zu mir herein.
Es spähen Tag und Nacht die Wachen – ach!
Nach meines Kerkers Fensterlein.

Späht nur, soviel ihr wollt – wie mächtig
Mich's in die Freiheit auch mag ziehn ...

Ich kann die Ketten nicht zersprengen – ach!
Kann diesem Kerker nicht entfliehn ...

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker);
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 18/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 4. Mai 1918.

Nr.18

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Karl Marx zu seinem hundertsten Geburtstage.

Von Karl Mann.

Am 5. Mai 1818 wurde Karl Marx geboren. Hundert Jahre sind seit seiner Geburt, fünfunddreißig Jahre seit seinem Tode vergangen. Und doch wirkt er in der Welt weiter als der Lebendigste unter den Lebendigen. In der Welt der Wissenschaft tobt der Kampf um seine Lehren. In der Welt der Arbeit wirkt sein Wort fort. Jeder Arbeiter, der seine Brüder das Ziel ihres Kampfes und den Weg zum Ziele verstehen lehrt, verbreitet, oft ohne es zu wissen, Marx Gedanken, gebraucht, oft ohne es zu ahnen, Marx Worte. Immer noch ist sein Name ein Kampfruf. Immer noch grüßt uns sein Bild, wo immer Arbeiter sich zu Rat und Tat versammeln. Immer noch leuchten unsere Augen heller, pochen unsere Herzen lauter, wenn sein Donnerruf erschallt: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“

Marx hat uns die Geschichte der Menschheit verstehen gelehrt. Die Geschichte – sie war vor ihm doch nur eine Sammlung von Geschichten der Bischöfe, die von Ratten gefressen wurden, und von Hofdamen, die Höflinge umarmten; eine Sammlung von Altertümern, die von vergangenen Zeiten erzählten. So recht, wie Goethe gesagt:

„Ein Kehrtrichfass und eine Rumpelkammer
Und höchstens eine Haupt- und Staatsaktion
Mit trefflichen pragmatischen Maximen,
Wie sie den Puppen wohl im Munde ziemen.

Marx lehrte uns, uns zurechtzufinden in dem scheinbar sinnlosen Gewirr geschichtlicher Begebenheiten. Der Mensch ist ein Lebewesen wie die Tiere und die Pflanzen; eine Geschichte ist die Geschichte des Kampfes ums Dasein in der Natur und mit der Natur, der aller Lebewesen Schicksal ist. Der Mensch muss der Natur durch harte Arbeit abringen, was er braucht. Die Geschichte des Daseinskampfes der Menschheit ist die Geschichte der menschlichen Arbeit. Schritt für Schritt lernt es der Mensch, seine Arbeitsmittel und seine Arbeitsverfahren zu vervollkommen: die Produktivkräfte der menschlichen Arbeit wachsen. Und mit ihrem Wachstum verändern sich auch die Verhältnisse zwischen den Menschen. Der Sklave vermahlt in der Handmühle das Getreide, das den Herrn ernährt; der hörige Bauer

liefert das Getreide, das er gebaut, an die Wassermühle des Feudalherrn ab; der moderne Lohnarbeiter front in der Dampfmühle des Kapitalisten.

So wandeln sich mit den Produktivkräften der menschlichen Arbeit auch die Produktionsverhältnisse zwischen den Menschen. Herr und Sklave, Feudalherr und Bauer, Kapitalist und Arbeiter treten einander gegenüber. Die Menschheit spaltet sich in Klassen, die um den Arbeitsertrag kämpfen. Alle bisherige Geschichte ist eine Geschichte von Klassenkämpfen. Als die Feudalherren allein bewaffnet waren und von ihren Burgen herab das hörige Bauernvolk beherrschten, war die Zeit des Feudalstaates. Als dann der wachsenden Menschenmasse der Boden zu eng wurde, die Menschen sich in den Städten zu sammeln begannen und in den Städten ein reiches und mächtiges Bürgertum erwuchs, dessen Macht der Macht der Feudalherren das Gleichgewicht hielt, entstand, auf die Steuerkraft der Städte gestützt, der Absolutismus, der über die streitenden Klassen der Feudalherren und der Bürger als Richter und Herr gebot. Als das Bürgertum, dank dem weiteren Wachstum seiner Industrie und seines Handels, stark genug geworden war, sich allein der Staatsgewalt zu bemächtigen, zerbrach es den Absolutismus in der bürgerlichen Revolution und passte Staat und Recht seinen Bedürfnissen an.

Jetzt endlich nehmen die Arbeiter, deren Zahl mit dem Wachstum der kapitalistischen Industrie immer gewaltiger anschwillt, den Kampf um die Macht auf, um Staat und Recht nach ihren Bedürfnissen nezugestalten. So ist die Entwicklung des Staates und Rechtes bestimmt durch die Wandlungen der Machtverhältnisse zwischen den Klassen. Und zugleich verändert sich mit den wirtschaftlichen Verhältnissen zwischen den Menschen, mit den Machtverhältnissen zwischen den Klassen, mit dem Staat und dem Recht auch das Denken der Menschen. Denn der forschende, denkende Menscheng Geist ist ein Diener des Willens, ein Knecht des Bedürfnisses. „Jeder Mensch muss nach seiner Weise denken,“ sagt Goethe, „denn er findet auf seinem Wege immer ein Wahres oder eine Art von Wahrem, die ihm durch das Leben hilft. ... Unsere Meinungen sind nur Supplemente unserer Existenz. Wie einer denkt, daran kann man sehen, was ihm fehlt.“ So müssen sich denn mit den wirtschaftlichen Beziehungen, mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen, mit den wirtschaftlichen Nöten der Menschen auch ihre Urteile über Gott und Welt, über Menschheit und Natur, über wahr und falsch, gut und böse, schön und hässlich verändern.

Mit der Wirtschaft der Menschen verändern sich auch Wissenschaft und Philosophie, Kunst und Religion. Mit der ökonomischen Basis wird der ganze ungeheure ideologische Überbau umgewälzt. So hat uns Marx die Geschichte der Menschheit sehen gelehrt; in der verwirrenden Fülle des Geschehens, das die Jahrtausende füllt, bringen wir Ordnung hervor, indem wir die ganze Geschichte der Menschheit mit allen ihren Kämpfen um Staat und Recht, mit der ganzen Entwicklung der Wissenschaft, Kunst und Religion als Geschichte der menschlichen Arbeit, als Geschichte des Daseinskampfes eines Lebewesens begreifen.

Im Lichte dieser neuen Geschichtsauffassung lehrte Marx uns zunächst die Geschichte unserer Zeit, die Geschichte des Zeitalters des Kapitalismus sehen. Vor Marx war der Kapitalismus den einen eitel Segen und Gotteswerk, den anderen eitel Hölle und Teufelsfluch. Die einen, die Wortführer des Kapitals, rühmten den Kapitalismus als die naturgegebene, gottgewollte Gesellschaftsordnung; keine vollkommenere Ordnung der Wirtschaft sei der Menschheit erreichbar. Was es an Übeln in der kapitalistischen Welt gibt, sei in der Natur selbst begründet, durch menschliche Satzung unbehebbar. Die anderen, die Wortführer der vom Kapital entthronten Feudalherren und ihrer Kirche, sahen im Kapitalismus nur die furchtbare Macht, die die Kleinbürger verelendet, die Bauern ausbeutet, die Arbeiter knechtet; das Ziel ihrer Sehnsucht war, die Maschinen zu zerschlagen, die Fabriken zu zerstören, das Fabrikvolk zurückzuführen in die Höfe der Bauern und in die Werkstätten der Kleinmeister.

Erst Marx hat den Kapitalismus als eine geschichtliche Erscheinung begriffen. Sein Hauptwerk ist eine furchtbare Anklage gegen das Kapital. Es zeigt, wie der Kapitalismus zur Welt gekommen, aus allen Poren tiefend von Schweiß und Blut: wie der Reichtum der Kapitalistenklasse quillt aus der unbezahlten *Mehrarbeit* der Proletariermassen, die ihr fronen; wie er sich zusammensetzt aus dem *Mehrwert*, den die besitzenden Klassen den Proletariern, die die Arbeit leisten, vorenthalten und unter sich verteilen: einen Teil als Unternehmerge Gewinn dem Fabrikanten, einen zweiten als Kapitalzins dem Leihkapitalisten, einen dritten als Grundrente dem Grundeigentümer, einen vierten als Steuer dem Staate.

Er zeigt so, wie aus der Ausbeutung der Arbeiterklasse der Reichtum der Kapitalisten, die Bildung ihrer Söhne, die Freuden ihrer Töchter quellen; wie aus der Not der einen mit dem Reichtum auch die ganze Kultur der anderen fließt. Aber andererseits zeigt uns Marx Hauptwerk auch, wie der Kapitalismus selbst die Bedingungen seiner eigenen Überwindung erzeugt. Marx lehrt uns verstehen, wie das Kapital die Arbeitsmittel und die Arbeitsverfahren vervollkommnet, wie es die Produktivkräfte der menschlichen Arbeit ins Ungeahnte steigert, wie es die Menschheit bereichert und es ihr dadurch zum ersten Male in ihrer Geschichte möglich macht, eine Gesellschaftsordnung zu schaffen, in der es keine Not, kein Elend mehr geben wird. Marx zeigt uns, wie die Entwicklung der kapitalistischen Industrie die Zahl der Arbeiter vermehrt, wie sie die Arbeiter in den Fabriken zusammenführt, schult, organisiert, bis die Arbeiterklasse schließlich, vom Kapitalismus selbst empor getragen, stark genug wird, sich der Staatsgewalt zu bemächtigen und an der Stelle der kapitalistischen Ordnung eine neue, von ihr wesensverschiedene aufzurichten.

Marx lehrt uns, wie das Kapital die Kleinbetriebe zugrunde richtet, die überlebenden Großbetriebe in Kartelle, Syndikate, Trusts organisiert, sie dem Finanzkapital unterwirft; wie der Kapitalismus, auf diese Weise fortschreitend, die Industrie vorerst unter der Herrschaft des Kapitals vergesellschaftet und es dadurch möglich macht, sie in den Besitz der Gesellschaft selbst, der organisierten Gesamtheit aller Arbeitenden zu überführen. So erscheint uns der Kapitalismus nicht mehr nur als die feindliche Gewalt, die die Arbeiter ausbeutet, sondern zugleich auch als schöpferische Kraft, die die Bedingungen erzeugt, unter denen allein alle Ausbeutung aufgehoben werden kann für immer. Marx ist der Kapitalismus nicht wie den liberalen Wortführern des Bürgertums die naturgegebene Gesellschaftsordnung, sondern eine Gesellschaftsordnung, die das Proletariat, das ihr Opfer ist, überwinden muss. Aber überwinden kann es den Kapitalismus nicht, indem es, wie die reaktionären Wortführer der Feudalherren und der Kirche geglaubt, hinter den Kapitalismus zurückgeht, in die Enge der kleinen Werkstätten und der Bauernhöfe zurückkehrt, sondern indem es durch den Kapitalismus hindurchgeht, um den ganzen Reichtum, den der Kapitalismus erst erzeugt, zum Gemeinbesitz der arbeitenden Menschheit zu machen.

So hat uns erst Marx den Klassenkampf der Arbeiterklasse verstehen gelehrt. Kämpfe zwischen Kapitalisten und Arbeitern hat es gegeben, seitdem es Kapitalisten und Arbeiter gibt. Aber das waren Einzelkämpfe in einzelnen Orten, Berufen, Ländern, durch kein geistiges Band miteinander verknüpft. Erst Marx hat uns gelehrt, alle diese Einzelkämpfe als Teilerscheinungen des großen weltumspannenden Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit zu begreifen, alle die einzelnen Aktionen dem internationalen Klassenkampf einzuordnen, alle die nach Beruf und Lebensweise, Nationalität und Religion so verschiedenen Arbeitergruppen der internationalen Kampfgemeinschaft des ganzen Proletariats einzugliedern. In all den Einzelkämpfen des Proletariats war es immer nur um einzelne Reformen gegangen; da um höheren Lohn, dort um kürzere Arbeitszeit, dort wiederum ein Schulgesetz. Erst Marx hat uns gelehrt, in all den Kämpfen um einzelne Reformen Teilerscheinungen des großen Klassenkampfes zu sehen, dessen endliches Ergebnis ein ganz anderes, ein viel größeres sein wird als die Summe all der Einzelreformen, um die die

Kämpfenden ringen: die Aufrichtung einer neuen Gesellschaftsordnung, die von der bestehenden kapitalistischen Ordnung so verschieden sein wird, wie diese von der ihr vorausgegangenen feudalen Ordnung verschieden ist. So hat Marx unserer Arbeit Würde und Weihe gegeben, indem er uns gelehrt hat, jeden einzelnen kleinen Kampf, den wir führen, als eine Teilerscheinung einer weltgeschichtlichen, weltumwälzenden Bewegung zu begreifen.

Und indem er uns die Abhängigkeit unseres Aufstieges von der Entwicklung des Kapitals gezeigt hat, hat er uns sowohl vor der gefährlichen Überschätzung unserer Kraft als auch vor niederdrückendem Kleinmut bewahrt. Vor der Überschätzung unserer Kraft; denn Marx zeigt uns, dass die Arbeiterklasse nicht jeden Tag, wann immer es ihr gefällt, sich zu befreien vermag; dass sie die Macht erst dann zu erringen, das Joch der Ausbeutung erst dann zu brechen vermag, wenn die Entwicklung des Kapitalismus schon so weit vorgeschritten ist, dass das Proletariat, zur Masse des Volkes geworden, die Macht im Staate an sich zu reißen vermag und dass die Industrie, schon in den Händen des großen Kapitals konzentriert, in den Besitz des vom Proletariat beherrschten Gemeinwesens überführt werden kann. Aber auch vor drückendem Kleinmut bewahrt uns Marx Lehre: sie sagt uns, dass der Kapitalismus selbst die Proletarier erzeugt, die seine Totengräber sein werden; dass er ihre Zahl und damit auch ihre Macht von Jahr zu Jahr vermehrt; dass er durch die Konzentration und Zentralisation des Kapitals die Möglichkeit und die Notwendigkeit der Überführung der Industrie in den Besitz der Gesellschaft von Jahr zu Jahr näher rückt. Sie gibt uns die Erkenntnis, die Marx uns lehrt, die unüberwindliche Sicherheit unseres endlichen Sieges. Es ist kein Rühmen, ist kein Drohen, es ist der Geschichte ehernes Muss.

In den Klassenkampf des Proletariats, den Marx uns erst begreifen gelehrt, hat er selbst mit starker Hand eingegriffen. Schon während der Revolution von 1848 hat er sich in seiner Heimat am Rhein an die Spitze der Arbeiter gestellt. Nach der Niederwerfung der Revolution von den Schergen der herrschenden Gewalten aus Deutschland vertrieben, hat er in England eine neue Heimat gefunden. Dort hat er im Jahre 1864 die Internationale gegründet, den großen Bund, der zum ersten Mal englische Gewerkschafter und französische Barrikadenkämpfer, deutsche Sozialdemokraten und russische Revolutionäre vereinte.

Seine Lehre hat dem großen Bunde Ziel und Wege gewiesen. Sein Rat hat die führenden Männer der Arbeiterbewegung aller Länder erzogen. Sein Geist hat dem Leben von Millionen neuen, höheren Gehalt gegeben. Fünfunddreißig Jahre schon tot, lebt er doch in uns allen fort!

Der Zukunftsstaat des Finanzkapitals.

Es wäre nicht nur übertrieben, sondern falsch, wenn man sagen wollte, der Kapitalismus habe den Krieg um des Krieges willen herbeigeführt. Nur jene oberflächliche Schwafelei, die in den Zeitungen und den Volksversammlungen der alten Sozialdemokratie Mode geworden war, die sich träge von ein paar Schlagworten nährten und von jedem einigermaßen beschlagenen Bürgerlichen zusammengehauen werden konnte – in der Masse der Arbeiter zündeten niemals jene Argumente, sondern der sie tragende Oppositionsgeist – nur jene oberflächliche Schwafelei konnte sich daran genügen, die immer näher rückende Kriegsgefahr aus den Hetzereien der profitgierigen Kanonen- und Panzerplattenfabrikanten zu erklären. Diese Propaganda der Bombenindustriellen konnte indessen nur deshalb so laut und erfolgreich werden, weil andere und gewaltigere Kräfte in derselben Richtung wirkten.

Natürlich ist es wahr, dass der Krieg als solcher, ohne Rücksicht auf seine Ziele, ein wahres Geschenk für den Kapitalismus geworden ist. Das verzehrende Feuer des Weltbrandes wirkte für den Kapitalismus wie die treibende Glut auf sumpfiges Tropenland: eine üppige Vegetation entspringt dem schlammigen, zweifelhaften Grunde, die Preise wuchern in die Höhe, die Kurse schießen auf, und im Garten der Hesperiden pflückt der Spekulant die

goldenen Äpfel. Nie trat das Wesen des Kapitalismus klarer in die Erscheinung als während dieses Krieges. Aus den Börsenberichten leuchtet die glänzende Fassade, prunkvoll vergoldet, aus dem Wohlfahrtsprofit des Herrn Behr-Pinnow klingelt neckisch die Moral und aus den Gerichtsberichten steigt der Missduft des Wuchers, der Fälschung und des Betrugs herauf. Das ist das Mistbeet, dem der Kapitalismus entspringt. Vernichtete Menschenleben, sterile Ländereien, zerstörte Fabriken, abgehoffene Schächte, Raubbau in Menschenkraft und Rohstoffen, und alles das in Dimensionen, die jeder Vorstellung spotten. Aber der Kapitalismus prosperiert wie ein Riesenkind an der Mutterbrust.

Der Geldeswert ist nicht größer geworden als früher, aber die Konten, die Zinspapiere, die Anweisungen auf künftigen Mehrwert sind im Quadrat gewachsen. Da zeigt: nicht wirkliche Güter, nicht hartes Geld sind Kapital, sonst müsste es ja im Kriege jämmerlich zusammengeschrumpft sein, sondern Kapital ist ein gesellschaftliches Verhältnis, ist das unmenschliche Verhältnis zwischen Menschen.

Dieses Verhältnis zwischen Menschen, zwischen Produzenten und Kapitalisten und zwischen den Kapitalisten untereinander, hat sich gewaltig verschoben. Lassen wir die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, die jeder klarer vor Augen hat als sie heute geschildert werden können, außer Acht. Werfen wir dafür den Blick auf einige Tatsachen, welche die Verhältnisse im kapitalistischen Lager scharf bezeichnen. In die Augen springt die ungeheure Steigerung der Profite aller der großen Werke, die unmittelbar für die Versorgung des Heeres arbeiten. Die Prozentzahlen der Dividende machen einen Wettlauf, dessen Tempe sich immer mehr beschleunigt. Aber diese Dividenden reden zwar eine gellende Sprache, doch tritt ihre Bedeutung für die künftige Entwicklung des Kapitalismus hinter anderen Erscheinungen zurück.

Betrachten wir diese Verhältnisse an einem bestimmten Beispiel, wofür sich heute die Daimlerwerke aufdrängen. Diese berühmt gewordene Gesellschaft hatte im Jahre 1916 ein Kapital von acht Millionen Mark. In diesem Jahre machte sie nach den Büchern einen Geschäftsgewinn von 12,38 Millionen Mark. Dabei hatte die Gesellschaft schon einen Betriebsfonds von acht Millionen Mark aufgespeichert. So sind z.B. die gesamten Werkanlagen. Grundstücke, Häuser, Maschinen, in einem Jahre von 5,34 Millionen Mark auf sage und schreibe eine Mark abgeschrieben worden. Man sieht, dass die Gesellschaft eifrig gegen den *embarras de richesse* ankämpfte, aber mit alledem gelang es ihr nur unvollkommen. Da führte sie eine der großartigsten Kapitalverwässerungen durch, die jemals erlebt worden sind. Die Gesellschaft hat bisher auf ihre acht Millionen Mark Kapital folgende Dividende gezahlt:

1909 8%, 1910 10%, 1911 10%, 1912 12%, 1913 14%, 1914 16%, 1915 28%, 1916 35%

Mit der Dividende war der Kurs der Aktien auf 1350 Prozent gestiegen. Die acht Millionen Mark Aktien repräsentierten also tatsächlich einen Wert von 108 Millionen Mark. Nun wurden für 24 Millionen Mark neue Aktien herausgegeben. Damit fiel der Kurs auf etwa 550 Prozent. Den alten Aktionären aber wurden die Aktien mit ausdrücklicher Genehmigung der Reichsbank zu 107 Prozent zur Verfügung gestellt. Den Aktionären wurde damit ein Geschenk von über 60 Millionen Mark gemacht.

Mögen auch infolge der jetzt rühmlich bekannten Geschäftspraxis der Daimlerwerte die Verhältnisse hier besonders krass in die Erscheinung treten, so sind sie in ihrer Tendenz dennoch typisch für die Kapitalentwicklung in der großen Industrie. Überall derselbe Kampf um die Bändigung des alles überflutenden Profits. Überall besonders die unglaubliche Bereicherung der alten Kapitalisten und die Anhäufung ungeheurer offener und versteckter Reserven im Geschäftsbetrieb. Dazu kommt trotz des hemmenden Genehmigungsrechts der Reichsbank eine mächtige Steigerung der Emissionstätigkeit. Während 1916 nach den

Bankberichten für nominal 617 Millionen Mark Neugründungen und Kapitalgründungen vorgenommen wurden, erreichten diese 1917 einen Betrag von 1195 Millionen Mark. Dabei berücksichtige man, dass diese neuen Aktien gewöhnlich schon hoch im Kurse stehen, also einen viel höheren Wert darstellen als hier angegeben. Das alles bedeutet eine gewaltige Verstärkung des Großkapitals.

Dazu kommt dann eine starke Kapitalkonzentration durch die Verschmelzung großer Betriebe. Beispiele davon gibt das Vorgehen der Stinnes und Thyssen, die ihre Herrschaft weit über ihr eigentliches Tätigkeitsgebiet, die Montanindustrie, hinaus namentlich in die Schifffahrt hinein erweiterten. Das Milliardengeschenk an die Reeder wird diese Entwicklung stark vorwärtstreiben. Sie ist besonders auch gefördert worden durch die wirtschaftlichen Kriegsmaßregeln der Regierung, die eine ganze Reihe von Monopolgesellschaften gründete und den festen Zusammenschluss ganzer Industrien erzwang.

Besonders stark war die Kapitalkonzentration im Bankgewerbe, der Schwerindustrie, der chemischen Industrie, den Versicherungsgesellschaften und den Brauereien, also im Bereich des modernen Riesenkapitals.

Dagegen erscheint die Fassade beim mittleren und kleinen Kapital glänzender als sie in Wirklichkeit ist. Zwar werden auch da noch große und außergewöhnliche Profite erzielt. Aber selbst dort, wo sie gemacht wurden, stehen sie in der Regel im ungünstigsten Verhältnisse zu denen der Großbetriebe, und vielleicht stellen sie auch nicht die Mehrzahl der Fälle vor. Man bedenke, dass viele Betriebe wegen Rohstoff- und Warenmangels geschlossen werden mussten, dass eine große Zahl Geschäftsinhaber im Felde steht, dass weiter viele Betriebe durch die Behörden stillgelegt worden sind. Noch lässt sich kein klares Bild über die Zustände auf diesem Gebiet der kapitalistischen Wirtschaft entwerfen. Umso düsterer sind die Aussichten für die Zukunft. Ernsthafte Wirtschaftspolitiker sind sich darüber einig, dass die Übergangszeit nach Friedensschluss eine lange Periode wirtschaftlicher Depression sein wird. Wie wir sahen, sind die Großkapitalisten dafür wirtschaftlich mächtig gerüstet. Dem mittleren und kleinen Kapital, soweit es nicht reine Spekulationsgeschäfte machte, fehlt diese Rüstung, und es wird von den kommenden Erschütterungen hin- und hergeschüttelt werden.

Das Großkapital genießt während des Krieges schon die Vorteile von Hochkonjunktur und Krise zugleich. Es verbindet mit riesenhaften Gewinnen starke Betriebs- und Kapitalkonzentration und sieht schon jetzt eine ganze Reihe von Kleinbetrieben vernichtet, die sonst erst von der ausgesprochenen Wirtschaftskrise dahingerafft werden. Aber die Krisenperiode nach Friedensschluss dürfte sich stark von dem üblichen Bilde der Krise unterscheiden. Früher konnte man da nämlich einen Rückgang der Kapitalkonzentration beobachten. Die Kartelle, Kinder des industriellen Erfolges in der Konjunkturperiode, fielen häufig während der Krise auseinander. Künftig ist dem zum Teil schon durch die Gesetzgebung vorgebeugt worden, die Zwangssyndikate geschlossen hat. Aber wesentlicher ist, dass die Übergangsperiode zugleich eine Periode ganz gewaltiger Ein- und Ausfuhr von Rohprodukten sein wird.

Verschiedene Umstände, vor allem die Frachtraumnot, werden eine straffe Organisation der Einfuhren verlangen, die nur durch die Zusammenballung großer Kapitalien ermöglicht wird. Die jetzigen Organisationen für die Nahrungsmiteinfuhr werden bestehen bleiben und wahrscheinlich noch ausgebaut werden. Um dieser starken Einfuhr gegenüber nur einigermaßen die Handelsbilanz auszugleichen, wird die Ausfuhr nach Kräften gefördert werden. Dafür kommen jene Industrien in Frage, die auf dem Weltmarkt eine Vorzugs- oder gar Monopolstellung einnehmen, also Kohle, Eisen, Stahl, Kali, Zucker, chemische Produkte usw. Wurden sie früher von der allgemeinen Krise stark mitgenommen, so werden sie im Gegenteil eine ganz besondere Blüte erleben. Das sind aber Industrien, in denen das

Riesenkapital zu Hause ist, in dem also die Tendenz zur Konzentration einen mächtigen Impuls bekommen wird. Auf anderen Gebieten des Kapitalmarktes werden andere Ursachen zu demselben Resultat führen. So ist, um ein Beispiel anzuführen, wegen der mächtigen Zinssteigerung für festverzinsliche Werte eine schwere Krise auf dem Hypothekenmarkt zu erwarten, die vielen sogenannten Hausbesitzern das Genick brechen wird. Schon jetzt rüstet sich das Großkapital darauf, diese günstige Gelegenheit auszunutzen, um den Grundstückmarkt ganz in seine Hände zu bekommen. Die Maßregeln, die von den Städten zum Schutze des Grundkapitals ergriffen worden sind, dürften nur ganz geringen Erfolg haben.

All diese Tendenzen, die einer ungeheuren Machtsteigerung des privaten Riesenkapitals zusteuern, glauben nun die Sozialpatrioten ins Gemeininteresse abbiegen zu können durch ihre Propaganda der Staatsmonopole. In der „Arbeiterpolitik“ ist schon einmal auf das Wesen und die Wirkungen dieses Staatskapitalismus hingewiesen worden, und was da gesagt wurde, ist durch die jetzige Vorlage eines Branntweinmonopols noch übertroffen worden: Schonung des Privatkapitals und fiskalische Steuerpolitik, das ist der Exponent dieser Maßregel. Dennoch wendet sich das Privatkapital mit Macht gegen jede staatliche Einmischung, die nicht ausgesprochen seinen Interessen dient. Beständig wird von einflussreichen Kreisen gegen derartige Absichten mobil gemacht. Bekannt ist der Protest des Hansabundes. Jetzt sind die Großbanken auf dem Plan erschienen. So warnt die Diskontgesellschaft in ihrem Jahresabschluss „vor jeder Erweiterung der Staatsaufsicht und vor Staatsbetrieben, sei es auch in Form der gemischt-wirtschaftlichen Betriebe. Nur die freie Betätigung von Handel und Industrie kann die Wunden heilen, die der Krieg geschlagen hat!“ Und den Profitbestrebungen des Großkapitals die Spitze aufzusetzen, machte vor einigen Wochen ein „führender Industrieller“ im Regierungsorgan der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ folgende Ausführungen:

„Um für die Zeit nach dem Kriege eine namhafte Kräftigung des deutschen Wirtschaftslebens zu erreichen, erscheint die Begründung festgefügtter Verbände erforderlich, deren auf längere Zeit gesicherte Dauer eine rationelle Ausgestaltung der Produktion und des Absatzes gestattet und die restlos die Gesamtheit der Interessenten der einzelnen Arbeitsgebiete umfasst. Auf solcher Grundlage geschlossenen Produzentenverbänden eröffnen sich ungeahnte Perspektiven für die Erfolge ihrer Tätigkeit. Es werden bei einwandfrei gesicherter Grundlage zweifellos Zusammenschlüsse von einzelnen Unternehmungen folgen, wobei durch zweckentsprechende Vereinheitlichung der Produktion außerordentliche Ersparnismöglichkeiten gegenüber der bisherigen Betriebsführung gegeben sind.

Wenn die Staatsregierung, wie es den Anschein hat, diese Tatsache anerkennt, dann fällt ihr die Aufgabe zu, den Zusammenschluss der einzelnen Betriebszweige durch feste Kartellierung, der, wie die Praxis der Vorzeit lehrt, in vollkommener Weise in freier Verständigung der Interessenten nicht zu erreichen ist, auf gesetzgeberischem Wege zur Durchführung zu bringen. Es ist ohne weiteres klar, dass für das in der verflochtenen Friedenszeit den Syndikaten zur Verfügung stehende Mittel des Zwanges zum Beitritt von Außenseitern, bestehend in rücksichtsloser Bekämpfung der Außenseiter, in der kommenden Friedenszeit kein Platz mehr vorhanden ist, weil derartige Maßnahmen eine Vergeudung ungeheurer wirtschaftlicher Werte zur Folge haben.“

Also Schaffung reiner Privatmonopole, in denen die Kapitalfürsten zum Tanz aufspielen, durch den Staat und Verhinderung jeder, auch der zukünftigen Konkurrenz. Einrichtung des Zukunftsstaats des Finanzkapitals. Wie kläglich nehmen sich diesem forschenden

Draufgängertum gegenüber die papiernen Drohungen der echten Sozialdemokraten aus! Dabei schreibt beispielsweise das „Hamburger Echo“:

Aber der Staat besteht glücklicherweise nicht aus den Bürokraten allein, die in den verschiedenen Ämtern das Ruder führen und vielleicht geneigt sein könnten, auf solche Lockerungen hineinzufallen. Heute und nach dem Kriege weniger als je. Das Volk, das den Staat mit Blut und Leben verteidigt, um sich seine eigene wirtschaftliche Lebensmöglichkeit zu erhalten, wird sich nicht in den Bann einer privatwirtschaftlichen Monopolsklaverei schlagen lassen. Und die Kreise derer, die ein Interesse daran haben, dass es nicht geschieht, gehen weit über die eigentliche Arbeit hinaus. Sie werden durch ihre Vertreter im Reichstag solche Pläne zu schanden machen.“

Das ist eitel Rederei, denn gegen die wirtschaftliche Macht der Großkapitale kann die parlamentarische Ohnmacht des längst gefallenen blassroten Blocks gar nichts ausrichten. Auch wenn der Zukunftsstaat des Finanzkapitals noch keine Wirklichkeit werden sollte, die Entwicklung geht darauf los, und gerade die Politik der Sozialpatrioten räumt ihr täglich mehr Hindernisse aus dem Weg. Diese Entwicklung aber wird noch mächtig beschleunigt durch die Tatsache, dass sich in anderen Ländern ähnliche Tendenzen durchsetzen. Und der Krieg arbeitet zu seinem Teile am Ausbau der goldenen Internationale. Schon jetzt kann als sicher angenommen werden, dass der internationale Schifffahrtstrust verwirklicht werden wird, es fragt sich nur noch, welche Kapitalistengruppe in ihm die Vorherrschaft einnehmen wird. Gegenüber dieser Entwicklung sind die Linien einer wirklichen Arbeiterpolitik klar vorgezeichnet.

Lieber Kerenski als Lenin.

Im Lager der „Unabhängigen“ hat man alle Hände voll zu tun, man muss die russischen Bolschewiks kritisieren. Jedermann wird ja auch einsehen, dass es für eine Partei, die den deutschen Sozialismus zu vertreten behauptet, gegenwärtig gar nichts wichtigeres geben kann. Nachdem die deutschen Sozialdemokraten verschiedenster Richtung in so ruhmreicher Weise ihre Schuldigkeit getan haben, bleibt ihnen in Deutschland selbst offenbar nichts von Bedeutung mehr übrig, und da ist es gewiss edel von ihnen, dass sie sich nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen, sondern alsbald anderwärts in der Welt nach dem Rechten zu sehen sich bemühen. So sind sie denn jetzt dabei, den Bolschewiks weise Lehren zu erteilen und deren bisherige Taten einer strengen Kritik zu unterwerfen.

Den Vortritt dabei hat, wie es sich gebührt, Eduard Bernstein. Er ist nach seiner ganzen Vergangenheit auch der Berufenste dazu. Hat er doch 20 Jahre lang daran gearbeitet, die deutsche Sozialdemokratie auf die Bahnen des Revisionismus zu leiten, d.h. auf jene Bahn, welche einen grundsätzlichen Unterschied zwischen den Interessen des Proletariats und der Bourgeoisie leugnet, auf jene Bahn, welche aus der Sozialdemokratie eine kleinbürgerliche Reformpartei machen wollte und die durch Nachgiebigkeit und Anpassen an die Wünsche der Bourgeoisie zu erreichen hoffte. Und nachdem sein Werk, unter der tatkräftigen Mithilfe von Leuten wie Wolfgang Heine, Eduard David, Richard Fischer usw. von Erfolg gekrönt war und die deutsche Sozialdemokratie zur Taktik des 4. August 1914 gebracht hatte, da schwenkte Bernstein mit einem Male, dass zwar die Arbeiter gemeinsam mit den Kapitalisten ihres Landes dies Land verteidigen müssen, dass man ihm aber die dazu nötigen Waffen und Gelder nicht bewilligen dürfe. Wer also wollte zweifeln, dass ein so zielklarer und grundsatztreuer Mann, wie Eduard Bernstein, der sein ganzes Leben lang sich auf die Gewinnung und Sicherung von Reichstagssitzen beschränkte, als Erster dazu berufen sei, den Bolschewiks zu sagen, wie sie es hätten besser machen müssen.

Über das „Tilsit der Maximalisten“ hat Eduard Bernstein einen Aufsatz in der Presse seiner Partei veröffentlicht. Da tüfelt er mit vieler Gelehrsamkeit heraus, dass an dem Frieden zu Brest-Litowsk die jetzigen Regierer Russlands ebenso wenig schuldlos seien, wie die Regierer Preußens vor 112 Jahren an dem Frieden von Tilsit. Sie hätten das vermeiden können, wenn sie anders gehandelt hätten. Und nun ist es überaus bezeichnend, nicht nur für Bernstein persönlich, sondern für die ganze unabhängige Partei, welches Verhalten er den Bolschewiks – nachträglich – als das richtige empfiehlt.

„Wenn sie (die Bolschewiks) überhaupt sich berufen fühlten, die Regierung ihres Landes zu übernehmen, dann mussten sie auch wissen, was in dieser Lage ihre *erste Aufgabe* war, nämlich: alle sozialistischen und dem Sozialismus verbündeten demokratischen Kräfte zusammenzupassen, um das Land in den Stand der Verteidigung zu setzen.“

Eduard Bernstein lässt auch keinen Zweifel darüber, wie er sich das denkt. Denn der Hauptvorwurf, den er den Bolschewiks macht, ist der, dass sie „von Beginn der Rückkehr von Lenin und Genossen an ihre Agitation darauf eingestellt haben, das Heer für jeden militärischen Zweck zu demoralisieren und den unverzüglichen Frieden zu fordern“, statt den demokratischen Frieden zu sichern, indem sie seine Verteidigung organisierten.

Also die erste Pflicht der sozialistischen Regierung Russlands hätte es sein müssen, die militärische Verteidigung zu organisieren, ihr schlimmster Fehler war, dass sie den unverzüglichen Frieden forderte.

Soweit die sozialdemokratischen Arbeiter noch nicht ganz das Denken verlernt haben, werden sie solche Kunde denn doch wohl mit einigem Erstaunen vernehmen. Bisher haben wir immer gehört, dass der Krieg entfesselt sei durch imperialistische Gegensätze, dass all das Blut vergossen werde für Interessen, die dem Sozialismus fremd wo nicht gar feindlich seien. Und vor allem in Russland. War das nicht das Feldgeschrei, unter dem auch Eduard Bernstein am 4. August 1914 und noch mehrere Mal nachher die Kriegskredite bewilligte, dass der russische Zarismus gestürzt werden müsse? Nun war er gestürzt. Was also sollte dann eine sozialistische Regierung in Russland tun? War es nicht ihre erste Pflicht den unverzüglichen Frieden zu fordern und dafür zu sorgen, dass nicht ein Tropfen Blut mehr in diesem Kriege vergossen werde? Das haben die Lenin, Trotzky, Radek getan, das war ihr erstes Bemühen von dem Augenblick an, wo sie die Macht in die Hände bekamen – und gerade das macht ihnen die Partei der deutschen „Unabhängigen“ durch den Mund Eduard Bernsteins zum schwersten Vorwurf!

Unwillkürlich drängt ein Vergleich sich auf. Unmittelbar nach dem Sturz des Zaren kamen bekanntlich noch nicht die Bolschewiks an die Macht, sondern es wurde eine gemischte Regierung von Sozialisten und Bürgerlichen gebildet. Das war die „Zusammenfassung der sozialistischen und dem Sozialismus verbündeten demokratischen Kräfte“ nach dem Sinne Bernsteins. Ihr Wesen verkörpert sich in dem Namen *Kerenski*. Und sie verfuhr alsbald nach dem Rezept, das Bernstein jetzt nachträglich gibt, sie „organisierte die Verteidigung“. Man weiß, wie die Verteidigung aussah.

Es war jene fürchterliche russische Offensive vom Sommer 1917, die aufs Neue Leichen auf Leichen häufte, das Blut, russisches wie deutsches, in Strömen vergoss, wie es der Zarismus nicht schlimmer hätte tun können, und die, wenn man's bei Licht besieht, keinen anderen Zweck hatte, als die Interessen des englischen und französischen Kapitals zu schützen. Das ist nach Eduard Bernstein die erste Aufgabe einer sozialistischen Regierung. Nicht Lenin ist der Mann seines Herzens, sondern Kerenski.

Womit nicht gesagt sein soll, dass die Unabhängigen, wenn sie in irgendeinem Lande durch ein Wunder die Macht in die Hände bekämen, selbst nach der Methode Kerenskis verfahren

würden. Sie würden dann vermutlich genau dasselbe tun, wie jetzt – nämlich gar nichts! Traurig aber ist es, dass immer noch beträchtliche Arbeitermassen sich solches Zeug als „sozialistische“ Weisheit vorsetzen lassen.

Aus unserm politischen Tagebuch

8. April.

Herr *Stampfer*, der seinerzeit – im Eißnerschen Emporleseblatt ein Vademecum für Politiker erscheinen ließ, hat jetzt im „Vorwärts“ das Wesen der Scheidemannschen Politik enthüllt. In einem Aufsatz „Gewalt und Vernunft“ stellt er fest, dass die deutsche Politik in drei entscheidenden Augenblicken den entscheidenden Weg gegangen sei, als die Rechtssozialisten wünschten, und fährt dann weiter fort:

„Diese drei Augenblicke waren das österreichische Ultimatum an Serbien, die Erklärung des unbeschränkten U-Boot-Krieges und der Friedensschluss in Brest-Litowsk. Aus dieser von uns bekämpften Politik hat sich die Situation ergeben, in der wir uns befinden. Aus ihr ergibt sich allerdings kein anderer Ausweg als jener der Gewalt. Man hat uns versprochen, dass man uns diesen Weg mit Erfolg zu Ende führen werde und hat uns gesagt, dass das Ende nahe sei. Wir haben das, weil sich in diesem Augenblick keine andere Möglichkeit zeigte, angenommen und uns zur Mitwirkung an dem Versuch bereit erklärt, die Friedenshoffnung des Volkes auf dem allein offen gebliebenen Weg zu verwirklichen. Wir marschieren mit, wir zahlen mit, wir hoffen mit, stellen aber fest, dass die Verantwortung für das Gelingen bei denen liegt, welche die Führung des Reiches hauptsächlich übernommen haben.“

Das ist der Rest, der von dem ohnmächtigen Brüten und Drohen übriggeblieben ist, als sich Herr Scheidemann als Herr der deutschen Politik, als Vorgesetzter des Herrn Bethmann aufspielte das nackte Eingeständnis des Bankrotts. „Wir marschieren mit, wir zahlen mit, wir hoffen mit“, wo der Weg der Gewalt beschritten ist. Wir hoffen auf den Erfolg der Gewaltpolitik, gewiss, um dann mit der ganzen Tatkraft der Volkstribunen für den Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen einzutreten. Das ist freilich die Politik der Geschlechtslosen, denn Herr Stampfer hat in der Tat recht: „Gewalttrompete und Versöhnungsflöte, ein schauerlicher Diskant!“ Aber die großen Geister der Scheidemannier stört das nicht, sie marschieren mit, sie zahlen, sie hoffen und waschen ihre Hände in Unschuld. Die Geschichte pfeift auf solche Unschuldspeter und die Gewaltpolitiker pfeifen mit, nachdem sie den Hilfsbeitrag eingestrichen haben. Das jämmerliche Lamento hält Herrn Stampfer natürlich nicht ab, seine Politik der höheren Vernunft gegen uns „Anarchosozialisten“ auszuspielen. Das tut er in demselben Augenblick, wo er wieder den Schiffbruch dieser Politik, der preußischen Wahlrechtsfrage, konstatieren muss. Er macht sich sehr gut auf dem großen Pferde, der Herr Stampfer!

26. April

In den „Grenzboten“ lesen wir:

Wann hat sich deutsches Leben in solchen Gegensätzen abgespielt? Der Siegesjubel von Millionen ertönt in das verzweifelte Schweigen Zehntausender, denen der Anlass dieses das Liebste entriss. Reichtum, wie er in Deutschland noch nie in einzelnen Händen gehäuft war, entschleiert sich vor der Armut aus sicher scheinenden Wohlstand in die wirtschaftliche Hoffnungslosigkeit gestürzter Existenzen. Betrug, Wucher, Diebstahl, Schieberkünste, an deren Definition sich noch manche juristische Dissertation üben wird, zwingen den Richter zu Überstunden, und Akte der Hilfsbereitschaft einer nicht nach Dank fragenden Nächstenliebe spielen sich ab, die man nur in moralischen Erzählungen für die Jugend gesucht hätte. Grenzenlose Entbehrungen und zynischer Genuss, doppeltfach Befriedigung suchend, weil

ringsum die verzichten müssen, die es nicht gewöhnt sind, spielen sich in der großen Stadt Tür an Tür ab.

27. April

Das Verdienstkreuz für *Kriegshilfe* wurde den sozialdemokratischen Stadtverordneten Bürgerworthalter Thomas, Bischoff, Sievert und Kirch verliehen.

Regierungen sind Segel, das Volk ist Wind,
der Staat ist Schiff, die Zeit ist See.

Börne.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker): sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 19/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 11. Mai 1918.

Nr.19

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Taktik oder Prinzip.

Von R. Mann.

Es fällt mir wirklich nicht leicht, auf die Aufforderung der Redaktion der „Arbeiterpolitik“ hin, zu dem Artikel des Genossen Julius Dickmann über Probleme des Jungsozialismus in Österreich Stellung zu nehmen. Dickmann geht von der Budgetbewilligung durch die österreichische Sozialdemokratie aus. Mir aber sind weder ihre Ursachen und Begleiterscheinungen noch die dafür ergebene Begründung bekannt, und es dürfte unter den Mitarbeitern dieses Blattes wenige geben, die Lust und Muße genug haben, den Renner u. Co. auf die Finger zu sehen. Zu dieser Schwierigkeit tritt die andere, dass mir die Ausführungen Dickmanns recht wenig klar und bestimmt erscheinen. Ich werde aus diesem Grunde darauf verzichten müssen, auf alle die Punkte einzugehen, gegen die mein Widerspruch sich regt.

Dickmann trifft zweifellos den Nagel auf den Kopf, wenn er die herkömmliche Budgetablehnung der alten Radikalen als rein platonische Geste, als Rudiment aus der Zeit der bloßen Demonstrationspolitik behandelt. Die innere Kraftlosigkeit dieses „Prinzips“ zeigte sich darin, dass es zugestandenermaßen nur für die Fälle gelten sollte, wo die Sozialdemokratie in der Minderheit war, die Verantwortung für die Abstimmung also moralisch blieb und nicht praktisch werden konnte. Hatte die Sozialdemokratie die Mehrheit, so wurde das Prinzip automatisch ausgeschaltet. Von den Radikalen unangefochten, durften die Fraktionen in thüringischen Landtagen, die dort die Mehrheit hatten, für das Budget stimmen. Als Begründung wurde angegeben, dass ja diese Fraktionen selbst das Budget gemacht hätten, es also den sozialistischen Grundsätzen nicht widersprechen könne. Welch' lächerliches Argument!

Allein diesem Budget war das Mal des Kapitalismus auf die Stirn gedrückt, also für die sozialistische Partei deutlich genug. Es wäre dasselbe, als wenn die republikanische Partei für die Zivilliste plötzlich blind geworden wäre. Es verfiel auch nicht der Einwand, dass es sich um reine Verwaltungsbudgets gehandelt habe, und schließlich unterschied sich die Regierungspraxis von der preußischen vielleicht im Tone, aber durchaus nicht im Wesen. Der Grund für die Budgetbewilligung war allein die Furcht vor dem Konflikt. Die Regierung ohne Budget musste den Kampf gegen die widerspenstige Parlamentsdemokratie aufnehmen, was

nur der Staatsstreich sein konnte. Damit aber wäre der sozialdemokratischen Mehrheit das Lebenslicht ausgeblasen worden. Das bedeutete aber für die rötlichen Parlamentshelden den Verlust einer taktischen Stellung, wenn nicht gar die vollkommene strategische Niederlage. Diese Taktik enthüllt den rein opportunistischen Charakter des unbeugsamen „Prinzips“ der Budgetverweigerung.

Aus dieser inneren Halbheit und Haltlosigkeit musste ein Ausweg gesucht werden. Die Revisionisten fanden ihn, indem sie offen den Opportunismus proklamierten, der bei den Radikalen recht unzugänglich hinter Phrasen vom Prinzip Deckung suchte.

Kann das aber auch der Weg der Linksradikalen sein? Dickmann bejaht die Entscheidung über die Budgetbewilligung von Fall zu Fall. Als Grund gibt er an: „Die Fragen, welche heute und noch mehr nach dem Kriege die Parlamente beschäftigen werden, sind keine Machtfragen mehr. ... Die Parlamente entwickeln sich immer mehr zu Verwaltungszentralen, wo Steuertechniker, Zoll- und Sozialpolitiker sachlich debattieren. Sie sind auch jetzt für die Arbeiterklasse unentbehrlich, aber nicht durch sie führt der Weg zur Macht.“

So wichtig es ist, dass das Großkapital Mittel genug hat seine Interessen durchzusetzen außerhalb des Parlaments, so sehr muss die Behauptung zurückgewiesen werden, das Parlament werde immer mehr zur Verwaltungszentrale, die keine Machtfragen beschäftige.

Gewiss wird sich Macht gegen Macht außerhalb des Parlaments auseinandersetzen. Aber das war auch bisher so. Die Tatsache fiel nur nicht so deutlich ins Auge, weil diese Auseinandersetzung nicht die Form des offenen Kampfes vernahm. Das Machtverhältnis wurde stimmenmäßig zum Ausdruck gebracht und von den einzelnen Parteien innerhalb eines gewissen Spielraums empfunden. Das Parlament gab die Gelegenheit, die Stimmung über die Größe des herrschenden Machtverhältnisses zu offenbaren, und seine eigentliche Tätigkeit bestand in dem Ausgleich der vorhandenen Auffassungsdifferenzen. Diese Aufgabe des Parlaments wird an Bedeutung verlieren, wenn es draußen zu offenen Machtkämpfen kommt. Aber in den parlamentarischen Auseinandersetzungen muss sich der Kampf draußen reflektieren.

Erfassen die sozialistischen Parlamentarier ihre Aufgabe richtig, so werden sie durch ihre parlamentarische Tätigkeit die Kämpfe zu fördern versuchen. Auf jeden Fall aber wird das in den außerparlamentarischen Kämpfen zu Tage getretene Machtverhältnis in gesetzgeberischen Maßregeln zum Ausdruck kommen, was natürlich im Parlament selbst erst wieder das Resultat von Machtkämpfen sein kann. Sie bleiben, wenn auch ihre Bedeutung durch die eigene Aktion der Masse in den Schatten gestellt wird. Und weiter: In den Parlamenten sollen künftig Steuertechniker, Zoll- und Sozialpolitiker sachlich verwaltend debattieren. Sind denn das nicht Machtfragen, bei denen die Klasseninteressen scharf aufeinanderplatzen werden? Das Parlament bleibt Herrschaftsinstrument der Kapitalisten und soweit es Kampfboden der Arbeiterklasse sein kann, muss es ausgenutzt werden. Es wird niemals reines Verwaltungsorgan werden, denn es ist Organ der Klassengesellschaft.

Nun kann man freilich getrost die Budgetbewilligung als taktische Frage behandeln. Aber was ist damit gewonnen, oder auch nur geändert? Wird in Zukunft eine Finanz- und Wirtschaftspolitik Formen annehmen, die innere Zustimmung finden könnten? Wird die auswärtige und die innere Klassenpolitik ihren arbeiterfeindlichen Charakter aufgeben? Können wir auch nur eine ganz bescheidene Demokratie erwerben? Wer wäre so blind, die Zeichen der Zeit nicht zu verstehen? Wir werden gar nicht anders können als jedes Budget, vor das wir gestellt werden, abzulehnen. Aber wir werden auf harmlose Demonstrationen verzichten können. Die Budgetabstimmung wird für uns kein Symbol sein. Sie wird bei uns nicht tagelange Parteitagsdebatten nötig machen. In unseren Reihen wird es keine

Versöhnungsapostel geben, die nach dem Bürgertum hinüberpendeln. Nicht durch große Gesten auf der Parlamentstribüne allein werden wir unsere Unversöhnlichkeit beweisen.

Aber wir werden uns auch nicht in die lächerliche Situation der Unabhängigen begeben, die in der Mehrheit plötzlich ihre Prinzipien zum Teufel heißen, um ihre äußerliche parlamentarische Stellung zu sichern. Nur dem Staatswesen bewilligen wir Existenzmittel, das keine arbeiterfeindliche Politik treibt. Ein Klassenstaat kann dieser Forderung nicht genügen. Darum werden wir auch vor dem Konflikt zwischen Parlament und Regierung nicht zurückschrecken. Selbst wenn unsere momentane Niederlage sicher ist, müssen wir den Kampf aufnehmen und auf die Spitze treiben. Der Klassenstaat kann keine wirkliche sozialdemokratische Mehrheit dulden. Wir müssen ihn zwingen, das unzweideutig auszusprechen. Er darf nicht im verborgten Lichte der Demokratie und Volkswohlfahrt glänzen. Das ist der Weg zur politischen Erziehung der Massen. Das heißt, ausgesprochen, was ist.

Zur „Reorganisation“ der Gewerkschaften.

1. Rückblick.

Wenn der Arbeiter sich gewerkschaftlich organisierte, so tat er es unter dem Gesichtswinkel seiner Klassensolidarität, d.h., er war der Meinung, dass alle im Joch des Kapitals fronenden Arbeiter nur im engen Zusammenschluss, in kräftigen Organisationen dem Kapital eine Macht entgegenstellen können. Hier tritt also ganz klar der Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit zutage. Dieser Klassengegensatz ist überall zu finden in allen Berufen und Branchen.

Der erste Zweck der Gewerkschaften sollte nach dem Ausspruch der „führenden“ Geister sein, die materielle und wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern, sie gegen übermäßige Ausbeutung zu schützen, im äußersten Fall durch Eintritt in den offenen Kampf durch Streiks, eine Besserung ihrer Klassenlage zu erzwingen. – So weit, so gut!

Das schreckliche soziale und politische Elend aller am Krieg beteiligten Länder zwingt uns, eine Untersuchung darüber anzustellen, ob von den Gewerkschaften diese Grundsätze gehalten wurden und ob die innerhalb der Gewerkschaften organisierten Arbeiter selbst den Willen und die Macht besaßen nach diesen Grundsätzen zu handeln. Diese Frage stellen, heißt sie beantworten leider in verneinendem Sinne.

Als die Gewerkschaften im Anwachsen zu ihrer respektablen Höhe begriffen waren, verloren sie gleichzeitig mit ihren riesigen Mitgliederzahlen immer mehr und mehr ihren Kampfesgeist. Und in demselben Maße, wie der Kampfesgeist verloren ging, so wuchs, durch die eigene Schuld der Mitglieder begünstigt, ein ungesunder, verknöchertes Bürokratismus neben einem protzenhaften Führertum, welches beides im Laufe der Jahre zum größten Schaden der Arbeiterbewegung wurde. Die durchaus schulmeisterliche Behandlung der organisierten Arbeiter durch die auf Lebenszeit angestellten Beamten, bei denen bis auf wenige rühmliche Ausnahmen von Klassengefühl und Kollegialität nichts mehr zu spüren war, wurde schließlich bis zur völligen Rechtslosigkeit der Mitglieder getrieben. Der einzige „Vorteil“ der Mitglieder bestand in den verschiedenen Unterstützungsmöglichkeiten, die in allen Gewerkschaften immer eifriger ausgebaut wurden, zu welchem Zweck Riesensummen in die Kassen flossen und die zur Bewältigung der bürokratischen Arbeiten die Anstellung eines Beamtenheeres benötigten. Man sehe sich die Statuten irgendeiner Gewerkschaft genauer an, prüfe dieselben auf ihren wirklichen Wert, und mit Schrecken wird man erkennen müssen, in welcher ungeahnten Weise die Bürokratie ihre Macht stärkte, im Gegensatz zu der unheilvollen Abnahme des Selbstbestimmungsrechts der Mitglieder. Dieser Werdegang entwickelte sich ganz allmählich. Auf den einzelnen Verbandstagen wurden abwechselnd

einige Statuten neu „beraten“ und nach der Meinung der Vorstandsautokratie „verbessert“, in Wirklichkeit hat man die Mitglieder Schritt um Schritt ihrer Rechte beraubt. Die vorhandene Opposition, die in den Gewerkschaften an sich recht lendenlahm war, wurde mit Leichtigkeit an die Wand gedrückt, die Vertretung an den entscheidenden Tagungen wurde mit Vorbedacht im Sinne der allgewaltigen Führerschaft beeinflusst, sodass in den letzten Jahren vor dem Krieg keine einflussreiche Tagung verlief, ohne die Machtgelüste der „führenden Kollegen“ voll zu befriedigen. – Kein Wunder also, wenn mit der Zeit die ursprünglich als Kampforganisationen gedachten Gewerkschaften, welche dem Proletariat zum Aufstieg verhelfen sollten, zu öden, verwässerten Versicherungsgesellschaften herabsanken, ihre Schlagkraft gegen das immer mächtiger heranwachsende Kapital einbüßten und ihre Hauptaufgabe in reichgefüllten Kassen und oberflächlichen Mitgliederfang erblickten.

Die Leistungen der Gewerkschaften entsprechen dann auch vollständig den seit Jahren geflogenen Tendenzen. Die kleinen Erfolge an Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung sind so minimal, dass sie mit Leichtigkeit von der Jahr für Jahr zunehmenden Teuerung wettgemacht wurden. Eine wesentliche Verbesserung der gedrückten Klassenlage des Proletariats wurde also durch die Gewerkschaften nicht erzielt. Das konnte auch gar nicht anders sein, weil man größeren Auseinandersetzungen mit dem Großkapital geflissentlich aus dem Wege ging und sich meistens nur auf kleinere Teilstreiks beschränkte, was nichts weiter war als eine Zersplitterung der Kräfte. Die letzte größere Auseinandersetzung zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum war der Bergarbeiterstreik, der aber auch nur auf das Ruhrgebiet begrenzt war.

Die organisierte Arbeiterschaft der Großeisenindustrie hat sich unter der famosen „Führung“ der fraglichen Gewerkschaftsgrößen nie zu einer in seiner Gesamtheit notwendigen Kampfesprobe aufschwingen können, stets wurde den Arbeitern in Angst und Schrecken der schwarze Teufel des finanziellen Bankrotts an die Wand gemalt, ein Zugmittel, welches auch immer pflichtschuldigst die zahlenden Mitglieder ins Boxhorn jagte.

Die anderen kleineren Organisationen konnten schon deshalb, weil sie ein bedeutend kapitalschwächeres Unternehmertum vor sich hatten, keine Umwälzungen schaffenden Kämpfe führen. Die allgemeinen „Erfolge“ beschränkten sich also auch hier nur auf eine geringe Lohnerhöhung oder eine unwesentliche Verringerung der Arbeitszeit. Nur ein verschwindend kleiner Teil des Proletariats hatte den Achtstundentag neben einigermaßen anständigen Löhnen. Diese dünne Oberschicht bildete gewissermaßen die Aristokratie in der Arbeiterschaft, womit ich allerdings nicht behaupten will, dass auch die allgemeine Bildung und die sozialistische Denkweise in diesen besserbezahlten Kategorien der vorteilhafteren Wirtschaftslage entsprechend auf der Höhe war. Im Gegenteil konnte man hier sehr oft einen starken Einschlag in die bürgerliche Ideologie feststellen – vielfach gepaart mit gespreizter Verachtung gegen ihre schlechter gestellten Klassengenossen.

Wir sehen also, dass schon die rein wirtschaftlichen und materiellen Erfolge der Gewerkschaften in gar keinem Verhältnis stehen zu den gebrachten Opfern der Mitglieder, dass diese wohl einen möglichst hohen Obolus zu zahlen, im Allgemeinen aber den Mund zu halten haben. Dieser Zustand bestand bis zum Ausbruch des Krieges. Von jetzt beginnt nun eine neue „Gewerkschaftstätigkeit“.

2. Die Gewerkschaften im Kriege.

Es war gelinde gesagt Demagogie, den Arbeitern vor dem Kriege einreden zu wollen, die Gewerkschaften hätten mit der Partei nichts zu tun. Es ist eine glatte Unwahrheit, wenn weiter behauptet wird, innerhalb der Gewerkschaften wäre keine Politik getrieben worden. Ich sage demgegenüber mit aller Bestimmtheit, dass sehr viel Politik, – zu viel, – von den maßgebenden

Instanzen in die Gewerkschaften hineingetragen wurde, - eine Politik allerdings, die den Zusammenbruch am 4. August 1914 zu jener grotesken Schmach und Schande des Proletariats werden ließ. Wenn aber diejenigen Mitglieder, die schon lange vor dem Kriege merkten, wohin die Reise ging, gegen dieses Treiben der Harmonieduselei Einspruch erhoben, dann wurden sie von den moraltriefenden „Führern“ mit Emphase zur Ordnung gerufen, als Schädlinge der Arbeiterbewegung hingestellt und, wenn der Einfluss jener Herren ausreichte, kaltgestellt oder einfach ausgeschlossen.

Ein Blick auf die besetzten Reichstagsmandate zeigt zur Genüge, wer die wirklichen Drahtzieher von Kapitals Gnaden gewesen sind. (Schluss folgt.)

Klarheit, Sammlung, Organisation.

In seinem Artikel: „Probleme des Jungsozialismus in Österreich“ in Nummer 12 und 13 der „Arbeiterpolitik“ erwirbt sich der Genosse Dickmann das Verdienst, die drei Grundfragen der proletarischen Politik Stellungnahme zum Parlamentarismus, Stellungnahme zum Kampf um die kleinen Reformen (Arbeit der Wohltätigkeitsvereine) und die Frage der Gründung einer selbständigen linksradikalen Partei aufs Neue zu beantworten und damit zur Debatte zu stellen.

Versuchen auch wir zu einer klaren Stellungnahme zu gelangen, zunächst zum Parlamentarismus. Es ist richtig, für die Linksradikalen ist das Bewilligen des Budgets nicht das Schibboth [Schibboleth?]. Nicht die Bewilligung der Kriegskredite war der Sündenfall, sie war die Krönung einer Politik, die schon 15 Jahre früher eingesetzt hatte, und deshalb kam die große Flucht der Regierungssozialisten. Alle sozialistischen Grundsätze wurden als Ballast über Bord geworfen, wie der Soldat auf der Flucht alle unnützen Monturen, alle Orden und Abzeichen, allen Zierrat von sich schleudert.

Der historische Werdegang und die historische Notwendigkeit des parlamentarischen Kampfes der vergangenen Epoche ist im Wesentlichen richtig wiedergegeben. Hieß es doch bald nach Ausbruch des Krieges in der Parteipresse: „Eine proletarische Partei, die stark genug ist, Reformen, die die gegenwärtige Lage der Proletarier bessern, erkämpfen zu können, muss sie erkämpfen. Eine Partei, die einen verstärkten Einfluss auf die Politik des Staates erringen kann, weiß ihn zu erringen.“ - Und weiter: „In dem Maße als das Erstarken des nationalen Kapitalismus Interessengegensätze aufklaffen ließ innerhalb der bürgerlichen Schichten selbst, in dem Maße als sich der wirtschaftlich schwächere und schwächste Teil der bürgerlichen Klassen in seinem Gegensatz zum Großkapital auf die Anlehnung an die erstarkenden proletarischen Organisationen angewiesen sah, wurde ein Zusammengehen der Sozialdemokratie mit kleinbürgerlichen Gruppen möglich und damit notwendig.“

Soweit also zugegeben, dass der Parlamentarismus, trotzdem er nichts ist als ein Herrschaftsmittel der Bourgeoisie, zu einer bestimmten Epoche auch dem proletarischen Klassenkampfe nutzbar gemacht werden konnte. Aber es ist nicht wahr, wenn, wie zitiert wird, Otto Bauer sagt: „Der Parlamentarismus war einst das Werkzeug der Bourgeoisie, die alte feudale Gesellschaft zu zertrümmern. Der Parlamentarismus wird einst das Werkzeug sein, die kapitalistische Gesellschaft aus den Angeln zu heben.“ So stimmt es nicht: Nachdem innerhalb der alten feudalen Gesellschaft eine neue Macht zur Welt gekommen war, die Macht des Geldes, waren es die revolutionären Taten der Bauern und der Arbeiter von Paris, die den alten Staat zertrümmerten.

Im Parlamentarismus etablierte die Bourgeoisie ihre Herrschaft und beschnitt jenen die revolutionären Krallen. Wie nach Helferding auf dem Markte beim Austauschakte die Verbindung der durch Arbeitsteilung und das Privateigentum zerlegten Gesellschaft zu einem

Ganzen geschieht, so ist das Parlament der Ort, wo sich die in Einzelbetriebe getrennte Verwaltung wieder zusammenfindet. Dort werden die gemeinsamen Verwaltungsgeschäfte erledigt. Jeder erscheint dort in der Stärke wie draußen auf dem Markte. Wir erleben es ja täglich sagen im Hause des allgemeinen Wahlrechts. Und die Herren, die draußen eine wirkliche Macht präsentierten, waren von Alters her „für die direkte Aktion“, wenn es auch nicht zu jeder Zeit so auffällig war, wie in der neuesten Periode.

Nein, die parlamentarische Fechterbühne wird nie zum wirklichen proletarischen Kampfplatz. Die wirkliche Macht des Proletariats liegt draußen in seiner natürlichen Kraft. Als Masse und als Ware Arbeitskraft wird es seine wirklichen Schlachten schlagen. Als Tribüne mag man das Parlament alleweil gelten lassen, um von da aus den heißen Appell in die Massen hineinzuschreien. Aber nie kann man in die Lage kommen, das Budget zu bewilligen. Eine wirkliche Klassenkampfpartei wird im bürgerlichen Parlament stets eine hoffnungslose Minderheit sein. Dafür sorgt die herrschende Klasse durch Geschäftsordnung, Wahlmodus usw. Eine Arbeiterpartei, die eine wirkliche Macht außerhalb des Parlaments darstellt, dort wirkliche Kämpfe ausficht, kann es sich versagen, bei jeder Kommission immer dabei sein zu müssen. Im Klassenparlament entscheiden Klasseninteressen und Klasseninstinkte, man kann den Herrschenden nicht gut zureden wie einem kranken Pferde.

Selbst rechtsstehende Politiker wie August Winnig in Nummer 98 des „Hamburger Echo“ haben begriffen, was ist, und geben Dickmann die Antwort auf seine Rücksicht auf die „Wohltätigkeitsvereine“, wenn sich auch Winnig, getreu seinem Standpunkte, an die rechtliche Form, an den parlamentarischen Ausdruck klammert.

Winnig schreibt, nachdem er auf das Erstarren des Organisationswesens der Unternehmer hingewiesen hat: „Das neue, kommende Sozialrecht wird in seinem Kern wesentlich erhöhte Teilnahme der öffentlichen Gewalt an der Bildung des Arbeitsverhältnisses bedeuten.“ Um dann einen Absatz tiefer fortzufahren:

„Die hier angedeutete Entwicklung lässt die Bedeutung des politischen Kampfes der Lohnarbeiter und Angestellten in einem viel helleren Lichte erscheinen. Der Charakter der Staatsgewalt entscheidet hinfort nicht bloß über Steuern und Wahlrechtsfragen, über Rüstungs- und Handelspolitik, sondern auch über die Stellung der Massen im Arbeitsverhältnis. Wird dadurch der politische Kampf zu einer hervorragenden Notwendigkeit, so wird er aber auch die Massen bis in die äußersten Tiefen aufrütteln und in seinen Bannkreis ziehen. Nicht Überzeugungen und Ideale, sondern die kläglich gefühlten Interessen im Arbeitsverhältnis werden die Massen in das politische Getriebe führen.“

Nachdem er dann die Lohnarbeiter zur Einheitlichkeit des Wirkens auffordert, schreibt er: „Diese Zerfahrenheit konnte entstehen und sich behaupten, weil sich die Fragen des Arbeitsverhältnisses im örtlich und beruflich begrenzten Rahmen entscheiden. Diese Zeit ist vorüber. Gewiss werden immer wieder Konflikte auftauchen, die sich im einzelnen Beruf, im einzelnen Ort und im einzelnen Betriebe abspielen. Aber die Grundlagen der künftigen Arbeitsverfassung und die Arbeitsbedingungen werden in wenigen großen Zügen entschieden werden.“

Verlassen wir damit August Winnig, vielleicht wird auch ihn die Zeit einmal belehren, wie die Arbeiterklasse politische Machtkämpfe siegreich führt. Somit sind die Grundlagen der Arbeitsverfassung und Arbeitsbedingungen in wenigen großen Zügen entschieden. Nichts beweist besser die Notwendigkeit der Einheitsorganisation, die Notwendigkeit einer linksradikalen Partei. Aber sie lässt sich nicht aus dem Boden stampfen. Gründen wir überall, wo wir können Organisationen. Wo sich bewusst die Arbeitermassen zur Einheitsorganisation zusammenfinden, da erwächst organisch die linksradikale Partei. Nützen wir die kommenden Kämpfe aus. Gründen wir, wo immer die Verhältnisse es gestatten selbständige

Organisationen. Scheinen wir heute auch nur eine Propagandagruppe, so stützen wir uns doch auf den energischsten Teil der Arbeiter und zeigen wir bewusst den Weg, den sie gehen müssen, wollen sie sich nicht selbst zur Ohnmacht gegenüber den Unternehmern verdammen.

Aus unserm politischen Tagebuch.

6. Mai.

Der Fall Daimler hat wieder einmal die Öffentlichkeit auf die Kriegsoperationen des Kapitalismus hingewiesen. Für die außergewöhnlich hohen Gewinne in den ersten Kriegsjahren wurde eine Reihe von Gründen angegeben, von denen der wichtigste war, dass bei dem allgemeinen Mangel an Rohstoffen der Wert der großen Fabriklager gewaltig in die Höhe ging. Der Grund ist allmählich außer Kurs gekommen, denn die im Frieden billig eingekauften Rohstoffe sind längst aufgezehrt. Dafür wird in der kapitalistischen Presse ein immer lauterer Geschrei über die angeblich unerhört hohen Löhne gemacht, die gegenwärtig von den Arbeitern verdient würden. Nach den Klagen sollte man annehmen, dass sich das Dividendengeschäft überhaupt nicht mehr rentiere. Ein Blick auf die Abschlüsse der Aktiengesellschaften zeigt, wo verdient wird. Wir stellen hier einige Abschlüsse zusammen, die vor ein paar Tagen in der Finanzpresse veröffentlicht worden sind.

Die Ahrenbergische Akt.-Ges. für Bergbau- und Hüttenwesen in Essen zahlt für 1917 30 Prozent Dividende gegen 25 Prozent für 1916.

Ihren Reingewinn erhöhten die Harzer-Werke in Rübeland von 975 000 Mark auf 1 700 000 Mark. Davon wurden 28 Prozent Dividende gezahlt gegen 22 Prozent im Jahre 1916.

Die Gelsenkirchener Bergbau-Akt.-Ges. hat ein Aktienkapital von 188 Millionen Mark. Die Betriebsanlagen standen mit 270 Millionen Mark zu Buch. Davon wurden im Jahre 1917 30 Millionen Mark abgeschrieben, ungerechnet 20 Millionen Mark, die aus laufenden Mitteln für Neuanlagen verwandt wurden. Bei diesem Tempo kann in ca. sechs Jahren die gesamte riesige Anlage aus Bergwerken, Hütten, Walzwerken mit den zahlreichen Nebenbetrieben glatt abgeschrieben sein, wodurch sich das Werk eine geheime Reserve von Hunderten von Millionen geschaffen hätte.

Gebr. Körting Akt.-Ges. in Linden machten bei 10 Millionen Mark Aktienkapital einen Rohgewinn von 6 580 000 Mark (1916 5 835 000 Mark). Der Reinertrag soll davon nur 2 288 000 Mark betragen haben, aus denen 10 Prozent Dividende verteilt werden.

Eine schwere Aufgabe ist die Verteilung des Gewinns für die Rheinische Metallwaren-Maschinenfabrik in Düsseldorf geworden. Bei einem Aktienkapital von 12 300 600 Mark erzielte sie einen buchmäßigen Reingewinn von 14 870 067 Mark. Davon hat sie zunächst erst einmal 10 000 000 Mark als Sonderrücklage aufgespart. Dann zahlt sie für die Vorzugsaktien 20 Prozent, für die Stammaktien 3 Prozent Dividende. Außerdem aber wird nochmals ein Bonus von 8 Prozent für jede Aktie gezahlt.

Noch schärfer geht die Dittmann Neuhaus- und Gabriel Bergenthal-Akt. Ges. in Warstein mit dem Bonus ins Geschirr. Sie zahlt wiederum 20 Prozent Dividende wie 1916, außerdem aber 200 Mark Bonus pro Aktie. Dieser Bonus hat nur den Zweck zu verschleiern, dass sich der unmittelbare Gewinn der Aktionäre in einem Jahre verdoppelt hat.

Die Bronzewarenfabrik K. M. Seifert u. Co. in Dresden erhöhte ihre Dividende von 9 auf 20 Prozent.

Hugo Schneider Akt.-Ges. in Leipzig erhöhte bei einem Kapital von 5 Millionen Mark ihren Gewinn von 5 953 000 Mark auf 6 500 000 Mark. Sie zahlt 20 Prozent Dividende und 100 Mark Bonus. Seidel u. Naumann in Dresden hatten 1916 nur 255 145 Mark Reingewinn. Er hat sich

1917 verzehnfacht, auf 2 567 018 Mark. Davon werden 16 Prozent Dividende und 80 Mark Bonus verteilt.

Eine richtige Dividendenfabrik sind die Adlerwerke in Frankfurt. Sie haben 13 Millionen Mark Aktienkapital. In fünf Jahren machten sie einen Bruttogewinn von 47 Millionen Mark, von den 17 Millionen Mark für Abschreibungen verwendet worden sind. In den beiden letzten Jahren hat die Gesellschaft zusammen 55 Prozent Dividende verteilt.

Butzke u. Co., Metallwarenfabrik in Berlin, haben in diesem Jahre die gesamte Betriebsanlage auf 0 Mark abschreiben können. Dabei erhöhen sie noch die Dividende von 10 auf 16 Prozent.

Die Vulkanwerke, Akt.-Ges. in Hamburg und Stettin, verteilen 8 Prozent Dividende. Sie haben aber eine völlig undurchsichtige Bilanz geliefert. Als Rohgewinn warfen sie 7 120 707 Mark aus. Nach 5 620 000 Mark Abschreibungen lassen sie einen Überfluss von 1 500 000 Mark herauskommen. Vor der Feststellung des Rohgewinns wurden schon gegen den Gebrauch alle Unkosten, Steuern und sogar die Zinsen für die Obligationsaktien abgezogen. Außerdem sind die Abschreibungen um mindestens 150 000 Mark höher als angegeben.

Die Atlaswerke in Bremen machten einen Reingewinn von 1 589 835 Mark. Sie zahlten 14 Prozent Dividende gegen 10 Prozent im Jahre vorher. –

Ihre Dividende erhöhte die Chemische Fabrik F. Schering in Bertin von 16 auf 18 Prozent.

Die Akt.-Ges. für chemische Industrie vorm. H. Scheidemantel in Berlin hat ein Aktienkapital von 11 Millionen Mark. Sie erzielte einen Rohgewinn von 1 1544 834 Mark und einen Reingewinn von 5 841 099 Mark. –

Bei der Akt.-Ges. für chemische Industrie in Düsseldorf erhöhte sich der Betriebsgewinn von 1 016 326 Mark auf 1 750 241 Mark, die Dividende von 10 auf 16 Prozent.

Die Deutsche Vakuum-Öl-Akt.-Ges. in Hamburg zahlt wieder 26 Prozent Dividende.

Für die Bautzener Papierfabrik ist der Krieg zum Retter geworden. Von 1911 bis 1915 konnte sie keine Dividende zahlen, 1916 aber 4 Prozent und 1917 schon 16 Prozent.

Glänzende Geschäfte hat auch die Porzellanfabrik Ph. Rosenthal u. Co. in Selb gemacht. Sie erzielte einen Gewinn von 5 370 000 Mark, gegen 2 450 000 Mark im Jahre 1916. Die Dividende erhöhte sich von 10 auf 30 Prozent.

Das Portlandzementwerk in Heidelberg verdoppelte seinen Gewinn auf 6791661 Mark. Es zahlt 12 Prozent Dividende, statt 6 Prozent im Vorjahr.

Wovon erzählen diese Zahlen alles?

8. Mai.

General-Staatsanwalt Blaschke erstattete im „Verein zur Besserung der Strafgefangenen“ einen Bericht über die Tätigkeit des Vereins im Jahr 1917. Bedauerlich ist die Tatsache, dass die Verbrechen nach Jahr und Schwere gewachsen sind. Die Gefängnisse hatten in den Jahren 1914 und 1915 ziemlich leer gestanden; sie sind jetzt reich gefüllt. Ganz besonders beteiligt sind bekanntlich an der Steigerung der Vergehen und Verbrechen die Jugendlichen im Alter von 16 bis 18 Jahren. Auch die Beteiligung der Frauen steigt. Auf der anderen Seite ist das Bettler- und Landstreichertum zahlenmäßig zurückgegangen. Der General-Staatsanwalt erklärt sich den Rückgang zum Teile daraus, dass viele dieser körperlich schwachen und oft minderwertigen Leute während des Krieges mit ihren Schwierigkeiten einfach zugrunde gegangen sind.

Feuilleton

Die Prometheusmythe.

Von Paul Lafargue.

Die Mythen sind unwahre Erzählungen, welche die Wahrheit berichten.

Aristoteles.

Die Erklärung der Mythe.

Prometheus, der unbezähmbare Titan, der noch, während er in Ketten liegt und seine Seiten vom Geier zerfleischt werden, Zeus bedroht, ist für die alten und modernen Mythologien die poetische und heroische Personifikation der Erfindung des Feuers geworden, dass er dem Himmel raubt und den Menschen schenkt, denen er seinen Gebrauch bei der Bearbeitung der Metalle lehrt.

Ein Orientalist, M. F. Baudrey, führt Mythe und Namen des Prometheus auf arische Herkunft zurück: pramantha bedeutet im Sanskrit den Stock, der sich im Loch einer Holzscheibe dreht, und pramathyus denjenigen, der auf diese Weise Feuer erhält. Die Griechen leiteten seinen Namen von promatein, vorherrschen, ab: Prometheus ist der Vorherrschende und sein Bruder Epimetheus, der Nichtvorherrschende. Aischylos nennt ihn den „Voraussehenden“, den „erfindungsreichen Sohn der Themis im Rate der Weisen“, den „Listigen, den Kunstgewandten“. Er ist für Hesiod wie für Aischylos der Scharfsinnige, Verschlagene, Intelligente. Sein Name hatte für die Griechen keine etymologische Verbindung mit dem Feuer.

Die Erklärung der Mythe, einmal ohne Bedenken angenommen, würde nur dann Aussicht haben, jedem Zweifel zu trotzen, wenn Zeus, der Henker des Titanen, einer der Urgötter wäre, dessen Herkunft sich wie die der Gää im Dunkel der Zeit verliert; aber im Gegenteil ist er ein Zeitgenosse Prometheus, der ihn als „neues Haupt der Seligen“, als Usurpator des Thrones Kronos behandelt, dessen Erstgeborener er nach der Ilias und Dritter nach Hesiod ist. Er gehörte zur dritten Generation der männlichen Gottheiten im hellenischen Pantheon, denen Gää, die „Mutter des Alls“, vorausging. Es wäre noch hinzuzufügen, dass die vorgeschichtlichen Griechen Menschen von noch tieferer Kultur gewesen sein müssen als sonst irgend bekannt geworden sind, denn man hat noch keine Horde kennen gelernt, die das Feuer nicht gekannt hätte, um sich zu wärmen, die Nahrung zu kochen und die wilden Tiere abzuhalten. keine Horde, die es nicht verstand, Feuer durch das Reiben zweier Stücke Holz herzustellen. Es ist mehr als wahrscheinlich, dass die Arier das Feuer besaßen, ehe sie aus Indien auswanderten: jedenfalls benutzten die Hellenen das Feuer für die Bearbeitung der Metalle vor der Geburt des Zeus und des Prometheus, da die Zyklopen, welche dem Sohn des Kronos die Blitze fabrizierten, die er auf die Titanen schleudert, Söhne des Aranos waren, d.h. der ersten Generation der männlichen Gottheiten entstammten. Überdies erkennt Prometheus an, dass die Menschen das Feuer kannten, dass er sie nur lehren konnte, Orakel aus der Flamme zu erkennen, und dass „ein wildes Volk, die Chalyben, verstand, das Eisen zu schmieden“.

Prometheus hatte also weder den vorgeschichtlichen Hellenen das Feuer zu bringen, noch sie in seinem Gebrauch zu unterweisen. Es muss daher eine andere Erklärung der Mythe gesucht werden.

Der Feuerkultus.

Das Feuer, der Erzeuger der motorischen Kraft und die Hauptkraft der kapitalistischen Produktion, ist eine der ersten Erfindungen der Naturvölker. Sein Gebrauch unterscheidet den Menschen viel besser vom Menschenaffen als die Verwendung des Steines und des Astes als Waffe und Werkzeug. Sein Nutzen drängt sich der Einbildung des primitiven Menschen so lebhaft ein, dass er ihm, seitdem er sich in Stämme, Clans und mutterrechtliche oder vaterrechtliche Familien organisiert, einen Kultus widmet, der in Griechenland und Italien bis zum Christentum besteht und im Katholizismus wieder auflebt: die Kerzen, die man auf den Altären anzündet, sind die Flammen, die man Tag und Nacht vor den heiligen Bildern unterhält, sind Reste dieses Kultus der Wilden.

Die Unterhaltung des Feuers, das langwierig und schwer durch Reibung zu erlangen war, fiel den Frauen der wilden Völkerschaften zu; wenn die Horde das Lager wechselte, trugen sie die Flamme, unter Asche verborgen, unter Baumrinden. In unseren Tagen haben noch die Hirten auf Sizilien, um stets Feuer zu haben, ein Stück entzündetes Steckenkraut, das zur Familie der Doldenblütler gehört und dessen Mark leicht Feuer fängt, dass sie unter Asche verwahren. Und genau in einem solchen Stängel Steckenkraut, narthex, verbirgt Prometheus nach Hesiod und Aischylos die im Olymp geraubte Flamme. Die Vorhalle der Basiliken der Urkirche trug den Namen Narter zum Gedächtnis der Rolle, welche die Pflanze für die Erhaltung des Feuers in den vorgeschichtlichen Zeiten des Hellas gespielt hat.

Eine Göttin, Hestia, deren Name Herd und im erweiterten Sinne Haus, Wohnung, bedeutet und die der Vesta der Römer entspricht, war bei den Griechen die Hüterin des Feuers jeder Familie und jeder Stadt. Sie empfing bei allen Opfern den ersten Anteil, und bei jedem Mahle wurde der erste Becher ihr zu Ehren geleert. Ihr Altar zu Delphi war der Gegenstand eigenartiger Verehrung! Er war der „gemeinsame Herd“ Griechenlands, bei ihm holte man eine Flamme, um die erloschenen Feuer der Tempel wieder anzuzünden. Bei den anderen Heiligtümern, die sie mit Zeus und anderen Göttern teilte, wurden ihr zuerst Ehren erwiesen. Dank- und Sühnopfer gebracht, ihr als der ältesten und geheiligsten Gottheit. Und bei den olympischen Festen galt das erste Opfer, das das versammelte Griechenland brachte, der Hestia, das zweite dem Zeus. Sie war das älteste Kind der Rhea und des Kronos.

Als Poseidon dem Beispiel des Zeus folgen wollte, der seine Schwester Hera geheiratet hatte, wünschte er sie zur Frau. Die Heirat des Zeus und der Hera, welche die Kreter die heilige Ehe nannten, weist daraufhin, dass die Geschlechtsverbindungen im Schoß der Horde geschlossen wurden zwischen Männern und Frauen derselben Generation, die sich als Schwestern und Brüder betrachteten.

Mac Lennan, der diese Sitte bei den australischen Horden wiederfand, nennt sie endogam. Hestia blieb Jungfrau mit Erlaubnis des Zeus, der das Oberhaupt der Olympier geworden war. Callimachos sagt in seiner Hymne auf Artemis, dass diese Göttin eine ähnliche Erlaubnis erhielt, ebenso wie die Nymphen, die sie begleiteten. Jungfrau bleiben bedeutete freilich in den vorgeschichtlichen Zeiten nicht das Gelöbnis der Jungfräulichkeit und Keuschheit, sondern nur die Weigerung, sich dem patriarchalischen Joch zu unterwerfen, das Zeus im Olymp eingeführt hatte. Die Frauen, die auf der Erde die patriarchalischen Gebräuche nicht anerkannten, behielten den Namen Jungfrauen, obwohl sie Mütter vieler Kinder waren. Aischylos nennt die Amazonen Jungfrauen. Die griechische Sprache reproduziert diese vorpatriarchalische Idee, wenn sie das Kind eines unverheirateten jungen Mädchen partenias: Jungfrauensohn nannte.

Die nomadisierenden Wilden versammelten sich um das Feuer, um zu essen und zu schlafen. Als sie aufhörten, Nomaden zu sein und Häuser bauten, die gemeinsam waren und den ganzen Clan beherbergten, wurde der Herd in der Mitte des Hauses, das Zentrum des Clans, der nur eine Wohnung und einen Herd hatte, so lange die kommunistischen Sitten lebten.

Die Griechen erbauten den gemeinsamen Herd der Stadt, das heißt den Altar der Hestia, im Prytaneum, der in der Erinnerung an die alten Sitten kreisförmig, wie der Vesta Tempel in Rom angelegt war. Das Prytaneum wurde in der Folge der Sitz der öffentlichen Gewalten und Gerichte, der Ort, wo Fremde und Gesandte empfangen wurden. Er lag in Athen bei der Agora am Fuße der Akropolis. Ursprünglich war er auf dem Gipfel des Berges, wo der wilde Stamm hauste. Ein ewiges Feuer wurde auf dem Altar unterhalten. Er war der Herd der Stadt, etia poleos sagten die Griechen, folus oder pemetrale urbis die Römer. Nach Titus Livius glaubten sie, das Geschick Roms sei an ihn gebunden. Am Abend streute man Asche auf das Feuer, das man am Morgen mit Astwerk besonderer Art wieder anfachte, denn es durfte nicht mit jedem Holz gespeist werden. War es erloschen, so durfte es nur auf die alte Art, durch Reiben zweier Holzstücke aneinander, angezündet werden. Nur Bürger durften den Opfern auf dem Altar des Stadtherdes beiwohnen. Ein einziger Blick eines Fremden befleckte die heilige Handlung. Hatte sich der Feind einer Stadt bemächtigt und waren die Bürger wieder in ihrem Besitz gekommen, so mussten zunächst die Tempel gereinigt werden. Alle Familien- und Stadtherde mussten gelöscht und wieder angezündet werden. Die Berührung mit den Fremden hatte sie profaniert.

Als der Clan aufhörte, in Gemeinschaft zu leben und sich in Privatfamilien auflöste, baute sich jede Familie ein Haus und zündete ein Herdfeuer mit einem brennendem Scheit vom Herde des gemeinsamen Hauses an. Dieses Feuer wurde heiliggehalten; erlöschte es, so nur deshalb, weil die ganze Familie ausgestorben war. Der Herd erlischt und die Familie erlischt, waren bei den Griechen Synonyme.

Wenn in den historischen Zeiten Auswanderer auszogen, um eine Kolonie zu gründen, nahmen sie ein brennendes Scheit vom Prytaneum der Stadt mit, die sie verließen, um damit das Feuer der Stadt anzuzünden, die sie schaffen wollten. Erlosch das Feuer der neuen Stadt, so durfte es nicht wieder angezündet werden. Es musste Feuer aus der Hauptstadt geholt werden, die die Quelle des heiligen Feuers der Familien und Kolonien war. Das Heer, das ins Feld zog, nahm eine Fackel vom heiligen Feuer mit, die der Pyrophor auf dem Kopfe trug. Sein Amt gab ihm einen heiligen Charakter. Der Sieger schonte ihn

Das heilige Feuer des Prytaneums war die Quelle der Autorität. Prytan bedeutet Oberhaupt, Magistrat, König.

Die Familie der Olympier wie die Städte und Familien der Menschen hatten ihr Feuer, das die Quelle des Feuers war. Pindar nennt Zeus den Prytanen von Donner und Blitz und Aischylos den Prytanen der Seligen. Das Feuer, das Prometheus an des Feuers Quelle raubt, ist nicht gewöhnliches Feuer, das die Sterblichen kennen, sondern eine Fackel von heiligem Feuer, das Zeus den Sterblichen verweigert und ohne das kein Familienherd angezündet werden durfte.

Prometheus personifiziert nicht die Erfindung des Feuers, sondern die Episoden seines Mythos, wie sie Hesiod und Aischylos erzählen, sind Erinnerungen an die Kämpfe, welche die Stämme des vorgeschichtlichen Hellas zerfleischten, als die Mutterrechts- durch die Vaterrechtsfamilie ersetzt wurde, wie der Ereignisse, welche die patriarchalische Familie zersplitterten und das Aufblühen der bürgerlichen Familie vorbereiteten, die nur einen Haushalt kennt und die heute noch besteht.

Verantwortlich Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker), sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 20/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 18. Mai 1918.

Nr.20

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Lohnarbeit und Kapital.

Das Verhältnis zwischen der Lohnarbeit und dem Kapital wird nach dem Kriege den Gegenstand der ernstesten Sorge des Proletariats bilden. Und nicht nur des Proletariats. Alle Staatsmänner, die nicht ihre ganze Staatskunst im Fortwursteln von einem Tag zum anderen erblicken, werden diesem Verhältnis ihre ganz besondere Aufmerksamkeit widmen müssen. Ein wahrer Goldregen hat sich in allen kriegführenden, aber auch in den neutralen Staaten auf die Industrie ergossen, und wenn die Staaten nicht in die Botmäßigkeit der Finanzmagnaten geraten und nicht zugleich durch die Verelendung der breiten Massen die Grundlagen ihrer eigenen Existenz untergraben lassen wollen, werden sie wohl oder übel dafür sorgen müssen, die Macht der Großfinanz einzudämmen, was wieder nur möglich sein wird, wenn die arbeitenden Massen in ihrer wirtschaftlichen Lage gehoben und in ihrer Kampffähigkeit gestärkt werden.

Aber, wendet man ein, es sind doch auch die Löhne der Arbeiter im Kriege gewaltig gestiegen. Das Statistische Amt hat im August 1917 auf Grund der Angabe von 369 Unternehmern, die regelmäßig über die Lage des Arbeitsmarktes berichten, das Steigen der Löhne vom März 1914 bis zum September 1916 festgestellt. Darnach sind die Löhne in diesen ersten zwei Kriegsjahren gestiegen in der Maschinenindustrie von Mark 5.33 (Frauen 2.28) auf Mark 7.89 (3.88), in der elektrischen Industrie von Mark 4.52 (2.75) auf Mark 7.44 (4.80), in der Eisen- und Metallindustrie von Mark 5.55 (2.06) auf Mark 8.02 (4.11), in der chemischen Industrie von Mark 5.14 (2.36) auf Mark 6.90 (3.55), in der Papierindustrie von Mark 3.94 (2.29) auf Mark 5.54 (2.94), in der Holzindustrie von Mark 4.22 (1.99) auf Mark 5.61 (2.59) usw.

Aber diese Angaben der Unternehmer geben kein vollständiges Bild der Lohnsteigerungen während des Krieges. Denn es ist darin nicht angegeben, wie sehr im Kriege die Arbeit der Männer durch die der Frauen ersetzt wurde, so dass man also nicht erfährt, wie viel Lohn die Unternehmer wirklich mehr gezahlt haben. Und die Erfahrung lehrt, dass der Anteil der Frauenarbeit im Kriege gewaltig gestiegen ist. Eine Erhebung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die sich auf 2594 Betriebe erstreckt, ergab nicht nur, dass diese vor dem Kriege 63 570, im September 1916 aber 266 530 Arbeiterinnen beschäftigte, sondern auch, dass die Löhne der Frauen und zwar die Stücklöhne, ebenso wie die Zeitlöhne, niedriger sind als die der Männer.

Doch sehen wir selbst davon ab, so sind die Steigerungen der Löhne im Kriege in Wirklichkeit meist nur Steigerungen des Nominallohnes, des Geldlohnes, während eine Steigerung der Kaufkraft durch diese höheren Löhne nur seltener eingetreten ist. Die Steigerung des Nominallohnes bedeutet also nicht immer eine Steigerung des wirklichen, des „Reallohnes“. Wie wenig sie das bedeutet, zeigen die Feststellungen der Union der Bergarbeiter, wonach die Preise der wichtigsten Lebensmittel in den österreichischen Bergwerksgebieten von 1914 bis 1916 im Durchschnitt um 229 Prozent gestiegen sind, der Arbeitsverdienst der Bergarbeiter nach der Statistik des Zentralvereines der Bergwerksbesitzer nur um 20 Prozent.

Damit ist aber noch immer nicht das Verhältnis des Arbeitslohnes zum Kapitalistenprofit vollkommen erkannt. Denn selbst wenn nicht nur der Nominallohn, sondern auch der Reallohn steigt, kann sich die Stellung des Arbeiters verschlechtern, wenn zugleich die Profite der Unternehmer in größerem Maße steigen als die Löhne der Arbeiter. Karl Marx drückt das in seiner Schrift „Lohnarbeit und Kapital“ so aus: „Steigt zum Beispiel in guten Geschäftszeiten der Arbeitslohn um 5 Prozent, der Profit dagegen um 30 Prozent, so hat der verhältnismäßige, der relative Arbeitslohn nicht zugenommen, sondern abgenommen. Vermehrt sich die Einnahme des Arbeiters mit dem raschen Wachstum des Kapitals, so vermehrt sich gleichzeitig die gesellschaftliche Kluft, die den Arbeiter vom Kapitalisten scheidet, so vermehrt sich gleichzeitig die Macht des Kapitals über die Arbeit, die Abhängigkeit der Arbeit vom Kapital.“

Und Ferdinand Lassalle hat in seinem „Offenen Antwortschreiben“ die Frage aufgeworfen, welchen Wert es habe, wenn man den Arbeitern nachweise, dass sie höhere Lebensansprüche befriedigen können als ihre Väter und Vorväter, und er sagt: „Alles menschliche Leiden und Entbehren und alle menschlichen Befriedigungen, also jede menschliche Lage bemisst sich nur durch den Vergleich mit der Lage, in welcher sich andere Menschen derselben Zeit in Bezug auf die gewohnheitsmäßigen Lebensbedürfnisse befinden. Jede Lage einer Klasse bemisst sich somit immer nur durch ihr Verhältnis zu der Lage der anderen Klassen in derselben Zeit.“

Fragen wir uns nun, wie sich die Lage der Arbeiter im Verhältnis zu der Lage der Unternehmer geändert hat, so werden wir erkennen, ob der relative Arbeitslohn gestiegen ist, selbst bei jenen Schichten, von deren hohen Löhnen uns die bürgerlichen Politiker zu berichten wissen. Aber bei der großen Masse der Arbeiter ist nicht einmal der Reallohn gestiegen und bei großen Schichten kaum oder nur sehr unwesentlich der Geldlohn. In dieser Zeit und in einem Staate, wo die Arbeiter bei den meisten Lebensmitteln auf die ihnen von Staats wegen bemessenen Rationen angewiesen sind, die Besitzenden aber im Überfluss und Luxus leben, kann die Frage, ob der relative Lohn gestiegen ist, kaum noch aufgeworfen werden.

Aus diesem Kriege wird die Unternehmerklasse mit größerer Macht hervorgehen, während die Arbeiter ihre Kräfte aufgebraucht haben werden. Wenn die Arbeiterklasse auch dann nur das Verhältnis wiederherzustellen versuchen wird, wie es vor dem Kriege war, wird sie heftige Kämpfe führen müssen. Die Zeit unmittelbar nach dem Kriege wird also eine Zeit der schwersten Kämpfe sein, und wehe der Arbeiterschaft, wenn sie dann nicht zum Kampfe gerüstet ist.

Zur „Reorganisation“ der Gewerkschaften.

(Schluss.)

Gleichzeitig wissen die Arbeiter auch heute, dass die Last all der vergangenen Jahre, ihre Vertrauensseligkeit und Gleichgültigkeit jene unerhörte Gewerkschaftsautokratie mit der Zeit heranreifen ließ. Der 4. August 1914 hat denjenigen, die es vorher noch nicht gewusst haben wollten, die Augen darüber geöffnet, dass die Regisseure der Generalkommission Arm in Arm

mit den Parteigrößen und deren Schildknappen ihre durch die Schuld der Arbeiter selbst angewachsene Macht und Selbstherrlichkeit in unbeschränktem Maße gegen das Proletariat richteten, mit der vorher nur scheinbar bekämpften Regierung ein Pakt schlossen, und mit allen Mitteln der von ihnen verwalteten Organisationen, die sauer zusammengetragenen Arbeitergroschen opferten.

Wer dann nach dem Verbleib des Arbeitereigentums forschte, wurde in der hochnäsigen Weise abgekanzelt. Ohne irgendein rechtfertigendes Wort, ohne Schein einer demokratischen Denkweise fand eine in der Geschichte der Arbeiterbewegung einzig dastehende Brandschatzung der Arbeiterkassen statt. Und die organisierten Arbeiter? Sie sahen schweigend zu. –

Nicht in dem Gewaltstreik der wenigen Machthaber, nicht in dem Versagen der parlamentarischen Vertretung, nicht im Umfall der „Führer“ liegt das Verhängnis, sondern darin, dass sich ein organisiertes Millionenproletariat von wenigen Leuten führen ließ. In dieser Tatsache liegt die ganze banale Oberflächlichkeit der Erziehungsmethoden vor dem Kriege. Schwächlich, ohne Willen zur Tat erzogen in einem widerlichen Personenkultus, unreif zur tieferen, selbständigen Denkweise in der Richtung zum Sozialismus, unfähig zu einer kühnen Initiative – das war die unselige Frucht eines ins maßlos gesteigerten Gewerkschafts-Protzentums. Hier liegt der Schlüssel zu dem restlosen, vollständigen Bankerott, zu dem kläglichen Zusammenbruch der großen Internationale.

Kann hier noch etwas geändert werden? Ist es möglich, diesen unergründlichen Sumpf trocken zu legen, das Proletariat auf die Bahn einer zielklaren sozialistischen Politik zu drängen?

3. Die neue Einheitsorganisation.

Lange hat es gedauert, bis ein Teil der deutschen Arbeiterklasse diese Verhältnisse erkannt hat. Dreiundeinhalb Jahre waren notwendig, um wenigstens in einen Teil der Arbeiterklasse klare Erkenntnis zu bringen. Aber selbst unter diesem Bruchteil der dem Erwachen entgegengehenden Arbeiterschaft ist man sich noch unklar über die Neugeburt der kommenden Organisation. Der um die Unabhängigen gruppierte Teil will eine Neuorganisation der Gewerkschaften, in dem der Verbleib innerhalb derselben empfohlen, vor Austritt aber gewarnt wird

Wir Linksradiكالen erkennen jedoch hierin eine den Unabhängigen zur zweiten Natur gewordene Halbheit, die an dem ganzen System nicht das Geringste ändern kann. Wir wünschen und erstreben zunächst den Austritt aus den Gewerkschaften, um der Einheitsorganisation den Boden zu bereiten, das Fundament zu legen für den uneingeschränkten Aufstieg des Proletariats. Wir erkennen klar, dass ein Verbleib in den Gewerkschaften der Hemmschuh zur Sozialisierung, die Stagnation der gegenwärtigen Oberflächlichkeit und Denkfaulheit bedeutet. Wenn das eintritt, was die Unabhängigen erstreben, – die Ablösung der regierungssozialistischen durch ihre eigene Bürokratie, die Veränderung des Systems nur dem Namen nach, – so steht die proletarische Bewegung auf dem alten toten Punkt, nichts wäre erreicht, ein ungeheurer Zeitverlust und eine noch tiefere Resignation der enttäuschten Arbeiter wäre die Folge. Deshalb wünschen wir ganze Arbeit. Heraus aus den Gewerkschaften, zwischen welchen heute kein Unterschied mehr besteht – ob „frei“, christlich oder gelb, – hinweg mit einem System, welches ein geblähtes Schmarotzertum unterstützt, herunter mit den Ketten jenes gewerkschaftlichen *Kadaver*gehorsams!

Schart euch zusammen in der Neubildung der Einheitsorganisation, in einer neuen, gesunden, wirklich freien Bewegung, wo der wirtschaftliche Befreiungskampf neben dem politischen Klassenkampf in treuer Waffenbrüderschaft einhergeht, wo neben allgemeinen

Wirtschaftsfragen unverfälschte sozialistische Politik getrieben, wo der Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit, zwischen bürgerlicher und sozialistischer Gesellschaftsordnung ausgetragen wird.

Hier in dieser Organisation seid ihr euch alle gleich, ob Industrie- oder Landarbeiter, Künstler oder Tagelöhner, ein Band hält euch zusammen, – die Klassensolidarität des gesamten Proletariats.

Hier ist aber auch die einzig mögliche Grundlage, auf welcher der Sozialismus aufgebaut werden kann.

Das österreichische staatliche Finanzproblem.

Dem österreichischen „Eisenbahner“ entnehmen wir folgende Ausführungen:

Die ungeheuren Kosten der Kriegführung beginnen endlich weite Kreise der Bevölkerung, in höherem Maße noch die Fachleute zu interessieren. Schließlich stellt sich auch bei den Kapitalisten etwas Ernüchterung ein. Sie erkennen, dass augenblicklich wohl eine wunderbare Konjunktur herrscht, dass sie aber in absehbarer Zeit von einem ausgiebigen – Katzenjammer abgelöst werden dürfte. Das Finanzproblem dürfte auch eine von den Friedenterrassen werden.

Wie dieses Problem geartet ist, das auch für die Arbeiterschaft von außerordentlichem Gewicht ist, kann man auch aus Darlegungen erkennen, die ihm das „R. T.“ nach Einbringung des Voranschlages 1917 und 1918 widmete. Diese Darlegungen sind weder veraltet noch überlebt. Es heißt in dem längeren Aufsatz:

„Die Gesamtsumme der Staatsausgaben für das Jahr beträgt in runden Ziffern 22 Milliarden, die gesamten Staatseinnahmen 4 Milliarden, so dass sich für 1917 und 1918 ein Gesamtdefizit von 18 Milliarden ergibt. Von den Staatsausgaben entfallen 5 Milliarden auf ordentliche, 17 Milliarden auf außerordentliche Ausgaben.

Wenn man einen tieferen Einblick in die Kosten des Krieges gewinnen will, dann muss man einzelne besonders interessante Ziffern des Staatshaushaltes hervorheben und gewisse Vergleiche mit dem letzten Friedensbudget wie mit den Anschlägen des Jahres 1916 und 1917 ziehen. Bei den ordentlichen Ausgaben für die mit Ungarn gemeinsamen Angelegenheiten ist die größte Kriegsausgabe Österreichs, der Quotenbeitrag für die bewaffnete, mobilisierte Macht, mit 12 Milliarden veranschlagt und eingestellt. Für Kriegsflüchtlinge gibt das Ministerium des Innern 330 Millionen gegen 70 Millionen im Jahre 1916 und 1917 aus, während die Ausgaben des Landesverteidigungsministeriums für Unterhaltsbeiträge an die Familien der Eingetückten von 1 Milliarde 650 Millionen auf nahezu 3 und eine halbe Milliarde gestiegen sind, ein Betrag, der den Ausgaben des ganzen österreichischen Haushaltes in Friedenszeiten entspricht. Gemessen an dem letzten Friedensbudget, haben sich die dauernden Staatsausgaben von 3461 auf 5360 Millionen erhöht, während die vorübergehenden Kriegsausgaben im vorliegenden Budget 16 810 Millionen betragen.

Die Staatseinnahmen decken, soweit sie fortdauernd sind, mit 3890 Millionen Kronen etwa drei Viertel der fortlaufenden Staatsausgaben, so dass ein Viertel noch ungedeckt ist und das Defizit darstellt. Wenn man annimmt, dass in diesem Jahre auch ein außerordentlicher Betrag von 300 Millionen aus der Kriegsgewinnsteuer eingehen wird, so verbleibt in der ordentlichen Gebarung ein Defizit von 840 Millionen Kronen. Dieses Defizit will der Minister schon ehestens durch Einnahmen aus neuen Steuern, eine Erhöhung der Zuckersteuer, eine neue Weinsteuer, eine Kohlensteuer und eine Erhöhung der Eisenbahntarife decken. Das sind fast alles Steuern, welche die große Masse des Volkes sowie den Handel und Verkehr belasten.

Wie hoch belaufen sich nun die Kriegsausgaben Österreichs und wie sieht es mit ihrer Deckung aus? Budget- und Kommissionsberichte bezeichnen sie mit rund 60 Milliarden Kronen.

Zu diesen 60 Milliarden kommen als Kriegsauslagen die noch nicht bezahlten Beträge für Lieferungen und Requisitionen sowie die Kosten für den Wiederaufbau in Galizien, der Bukowina und den südlichen Gebieten, wofür bisher nur etwa eine halbe Milliarde ausgegeben und veranschlagt erscheint; ferner die Kosten der Demobilisation, die allerdings bei bald erfolgreichem Friedensschluss zum Teil in den bis 30. Juni 1918 beanspruchten Krediten enthalten sein könnten. Trotzdem werden diese Ausgaben auch von vorsichtigen Kennern auf annähernd 10 Milliarden geschätzt. Dazu tritt die Staatsschuld bis 1914, die von der Kontrollkommission von 1917 mit rund 13 Milliarden ausgewiesen erscheint.

Am 30. Juni 1918 wird also Österreich – die Schulden und Kriegskosten Ungarns sind hier nirgends berücksichtigt – eine Staatsschuld von ungefähr 83 Milliarden zu verzinsen und zu tilgen haben. Die Verzinsung der bis 30. Juni 1917 aufgelaufenen alten und neuen Gesamtstaatsschulden von 54 Milliarden 947 Millionen wird im Budget mit rund 2265 Millionen Kronen ausgewiesen.

Am 30. Juni 1918 wird nach dieser Basis die Verzinsung der Staatsschulden etwa 3 und eine halbe Milliarde erfordern, ferner wird Österreich die Kosten seines ordentlichen Staatshaushaltes, die der Finanzminister für dieses Jahr auf 5 Milliarden schätzt sowie die Pensionen für die Hinterbliebenen der Gefallenen und der Kriegsbeschädigten, die 1 Milliarde erheblich übersteigen, aufbringen müssen und endlich für die Tilgung seiner Staatsschuld Sorge zu tragen haben.

Das ist gewiss auch für einen Staat, dessen Volkseinkommen vor dem Kriege auf 12 Milliarden geschätzt wurde, eine erhebliche Belastung. Bei dieser Milliardenbelastung kommt man aber mit kleinen Mittelchen nicht aus und zu weitergehenden Maßnahmen will sich die Regierung bisher nicht entschließen. An die Frage der Vermögenssteuer tritt sie offenbar aus Besorgnis vor dem Hass der Besitzenden nur mit Zögern und Zagen heran.

So oft man sich auch mit dem Problem beschäftigt, immer wieder kommt man darauf, dass seine Lösung nicht leicht sein wird. Das hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass man an althergebrachten Methoden, den Staatsfinanzen nachzuhelfen, festhält. Und zu diesen Methoden gehört in erster Linie die Abwälzung der Lasten auf die breitesten, am wenigsten tragfähigen Schultern, die Arbeiter.

Die Arbeiterschaft, die infolge der Unterernährung und der Not einerseits, der unerhört schweren Überleistung an Arbeit arg an ihrer Widerstandskraft geschwächt in den Frieden eintreten wird, muss sich gegen die Belastung zur Wehr setzen.

Inzwischen wurde die 7. Kriegsanleihe abgeschlossen, sie brachte dem Staate nahezu 6 Milliarden Kronen. Damit ist die Schuldenlast also wieder beträchtlich gewachsen. Nur an Kriegsanleihen ist Österreich jetzt den Betrag von 29 Milliarden schuldig. Rechnet man nur eine 5-prozentige Verzinsung und eine Amortisation in 50 Jahren, so bedeutet das eine jährliche Belastung auf den Kopf von 80 Kronen oder für den Tag von 20 Heller. Eine vierköpfige Familie wird also mit 320 Kronen jährlich neu belastet, ohne die oben genannten weiteren Steuerbelastungen. Die Arbeiterschaft wird also um ihr Dasein einen schweren Kampf führen müssen. Da heißt es, auf die Ausrechterhaltung einer kampffähigen Organisation bedacht zu sein!

Der Krieg gegen die Vernunft.

Wir bringen diesen Artikel, trotzdem wir nicht so enthusiastisch der sogenannten „Wissenschaft“ gegenüberstehen.

In seiner „Politik“, dem Werke, das die Summe der altgriechischen Staatsweisheit zieht, schreibt Aristoteles den Satz: „Der böse Mensch ist schlimmer als das reißende Tier, denn er leiht seiner Boshaft die Waffe des Verstandes. Der menschliche Verstand aber ist aus der bloßen Funktion des einzelnen Gehirns ein ungeheures System geworden, das die Denkergebnisse vieler Geschlechter anhäuft, ordnet und für jedes Bedürfnis sofort bereithält: der gesammelte Verstand unseres ganzen Geschlechtes ist die *Wissenschaft*.“

Sie ist der wunderbare Hebel menschlichen Fortschrittes geworden, sie ist der wahre Segen der Erdenkinder. Das Antlitz der Welt hat sie neugestaltet. Sumpf und Urwald bedeckten das nördliche Europa, als es in die Geschichte eintrat, und machten sein Klima rau. Die Wissenschaft hat den Erdteil urbar gemacht: zuerst das Wissen der Benediktinermönche, welche über die Alpenpässe wohlverwahrt das Pfrofreis des edlen Apfels, der Weinrebe und des Pfirsichs brachten und in ihren Rodungen die ersten Obst- und Weingärten anlegten. Seither ist der Wald zurückgedrängt worden auf den mageren Boden der Ebene und der Berglehnen, unermesslich breitet sich die schollige Ackerflur von der Alpenlehne bis zu den Marschen der Nordsee: ein einziges Saatfeld, im Frühjahr eine einzige grüne Samtfläche, im Sommer ein einziges goldenes Ährenfeld mit vielen Millionen Scheffeln nährender Brotfrucht. Nun hat die Sonne Zutritt zur Scholle, die Nebelschwaden sind verzogen, ein gemäßigtes mildes Klima ruht über diesem Teile der Erde. Und in den letzten Jahrzehnten hat die wissenschaftliche Agrikultur die Nährkraft der Scholle verdoppelt, aus Ackerboden wundervolles Gartenland gemacht, neue Millionen nähren sich von dem verbesserten Boden. Der Uraber, der Wisent und der Wolf und all das Vorzeitungetier ist verbannt in Schaukäfige, an ihrer Stelle grasen auf abgeplanktem Rain viele, viele Millionen Rinder, deren Rasse die Wissenschaft verbessert, deren Ertrag sie gesteigert hat!

Mitten durch die Fluren führen die weißen Straßen im geordneten Geleit hochragender Alleebäume von Siedlung zu Siedlung. Das Pfahldorf oder das Holzgehöft der Alten ist nicht mehr zu finden. Freundliche Dörfer mit gemauerten Häusern und rotleuchtenden Ziegeldächer stehen an den Schnittpunkten der Straßen, unter ihnen erhebt sich die Stadt mit Burg und Dom. Das letzte Jahrhundert vollends, in dem die Wissenschaft aller Fesseln ledig zur Reife kam, schuf die Dampfbahnen, die eisernen Schienenstränge, schuf den Telegraphen, schuf die Großstädte, die Millionenstädte, in denen sich die Wissenschaft ihr zyklisches Denkmal errichtet hat.

Dorthin drängt sie die Menschen, schleppt sie die Güter zusammen. Dabei genügt ihr die Ackerkrume längst nicht mehr. Sie bohrt sich ein in die Gerippe der Berge und in den Schoß der Erde. Mit erstaunlicher Flinkheit holt sie die untergegangenen, durch Erdkatastrophen verschütteten Farnwälder wieder herauf, damit der Mensch nicht bloß mit dem Holz seiner Wälder heize, sondern auch die Wälder seiner Urahnen, die Wälder der Vorzeit dazu ausnütze. Die Wissenschaft hat die Erdrinde durchforscht bis nahe an ihr lavaglühendes Innere und holt die Erze hervor, schmelzt das gleißende Metall daraus in furchtbaren Feueressen, hämmert, walzt, streckt es mit Geräten, die von Zyklopen nicht zu heben, drehen und ziehen wären und die doch der schwachen Hand eines Menschleins mit der Pünktlichkeit einer Tausendstellsekunde gehorchen. So schafft uns die Wissenschaft alle Zurüstungen eines reichen Lebens, Kraft und Behagen, Schutz und Zier.

Weiter stürmt sie über das Land, wirft eiserne Stege über die Ströme, bohrt Straßen durch die Berge und kommt an den Rand des Festlandes: ihr ist das Meer keine Schranke. Sie hat das

Einmannboot der Naturvölker zu schwimmenden Schiffskolossen weitergebildet, die ein ganzes Städtchen von Menschen ruhig über die halbe Erdkugel lotsen – drunten gähnende Tiefe, oben der stürmende Himmel, innen aber lauschen die Fahrer dem Schiffskonzert und lesen aus drahtlosen Depeschen wehmutsvoll die Ereignisse der Heimat, erwartungsvoll die Ereignisse des Bestimmungslandes! Und zum Schlusse ihre letzten Triumphe: der kühne Flieger, der in Minuten aufsteigt in Höhen, die den Gauri Sankar überragen, und das Tauchboot, das unter den unruhigen, stürmischen Wellen in Tiefen dahinfährt, die von der Laune des Luftraumes nicht mehr berührt werden. Der Verstand in seiner gesellschaftlichen Zusammenfassung, der soziale Verstand, die Wissenschaft ist das Heil, der Segen und der Stolz des Menschengeschlechts: die Wissenschaft hat ihm Erde und Meer und Himmel dienstbar gemacht.

Wer hätte gedacht, dass sie noch jemals ernsthaft anderen Zielen dienen würde? Wir waren so gewohnt an die herrliche Schöpferkraft, an die berauschende Schaffensfülle der Wissenschaft, an ihr unausschöpfliches Füllhorn! Und nun sind wir starr vor Entsetzen, dass sich die Wissenschaft auflehnt gegen ihr eigenes Werk, auflehnt gegen den Menschen selbst und an Menschen wie an Gütern ein Zerstörungswerk verübt sondergleichen! Kein Entsetzen der Natur, wovon Geschichte und Sage melden, reicht an das Entsetzen dieses mit der Waffe der Wissenschaft geführten Krieges heran!

Bekannt ist des Landmannes heilige Scheu, Brot zu verunstalten oder auch nur Brosamen zu verwüsten, bekannt ist auch jedes Arbeiters Leid, wenn Arbeitserzeugnisse zerstört werden: das sind wohl die einzigen Fälle, für die im Volksmund noch das Wort „Frevel“ üblich ist. Nun frevelt die Wissenschaft wider sich selbst, Schlachten sind im Gange, die den Ackerboden, den zwei Jahrtausende Arbeit so mild und fruchtbar gemacht haben, nicht bloß niedertreten oder zerstampfen – der Geschosstrichter begräbt den Humus unter dem toten Gestein der Tiefen und das Schlachtfeld erinnert an das öde Bild der Mondlandschaften, Wege, Straßen, Alleen verschwinden unter dem Geschosshagel. Dörfer, ja Städte werden eingeebnet. Wer kennt nicht den Gefühlswert des Hauses! Zwar glauben wir nicht mehr wie die Alten, dass das Haus der Sitz der Familiengötter, ihr geheiligter Tempel und der Herd ihr Altar ist. Wir vergöttern das Menschliche nicht mehr, aber wir fühlen dafür das Menschliche der Behausung nicht minder klar und deutlich, vielleicht sogar menschlich reiner, und das mitleidvolle Grauen einer kleinen Brandstätte ist stärker als das Grauen über die größte Naturverwüstung. Häuser, Gassen, Rathäuser, Kirchen mit tausendjähriger Geschichte wandeln sich in Trümmerhaufen, über die das Gras und Moos des vierten Kriegsjahres seine Hülle zu ziehen beginnt. Über Millionenstädte streuen die Flugzeuge Entsetzen und Zerstörung, Eisenbahnbrücken aus Stahl zersplittern wie Glas, Schiffskolosse, an denen der Fleiß von Tausenden mit der Erfahrung von Jahrhunderten gearbeitet hat, versinken in wenigen Minuten, sinken mit all den Meisterwerken der Mechanik, der Chemie, der Optik, die sie bergen. Die Wissenschaft zerstört ihre Werke, wie Kronos seine eigenen Kinder verschlingt.

Die Wissenschaft? Aber sie ist doch nur eine Funktion des menschlichen Gehirns: der Mensch wütet gegen den Menschen! Die Wissenschaft dient ihm stets als Waffe, im Guten wie im Schlimmen, sie ist nicht mehr als eines seiner Mittel, das sich nun gegen ihn selbst kehrt! Die Wissenschaft ist sozialisierter Verstand: sie ist geworden durch die geistige Zusammenarbeit der Millionen, die nacheinander in der Folge der Geschlechter aufgestiegen sind und nebeneinander leben. In sie sind eingegangen Pythagoras und Archimedes und Newton und Watt und alle, alle anderen; in ihr leben sie fort: sie ist das organisierte Gemeinwesen, in dem alle Geister ewig geworden sind, sie ist der Sozialismus des Denkens, die Republik der Geister, und ihres Wesens Wesenheit ist die vollendete Gesellung des Menschengeschlechtes. Sie kennt nicht Zeit noch Ort der Herkunft, nicht Sprache und Stamm und Stand. Und solange die

Menschheit in sich einig ist, so lange dient ihr die Wissenschaft bloß als segensreiche Schöpferin unzähliger Güter.

Nun aber hat der Widerstreit der Interessen die Menschheit in getrennte Lager geteilt, ungesellig gemacht, entsozialisiert. Und so lehnt sich die Wissenschaft auf gegen sie und sich selbst, frevelt an ihrem eignen Werk und breitet Zerstörung über Erde, Meer und Luftreich. Und nicht früher wird ihr Rachewerk enden, als bis die Menschen wieder zueinander finden.

Aus unserm politischen Tagebuch.

10. Mai.

Der vereinfachte 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts beendete heute nach sechstägiger Verhandlung einen Hoch- und Landesverratsprozess gegen 12 Personen männlichen und weiblichen Geschlechts aus der Dresdner Gegend, welche als Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratie verschiedene Flugschriften verbreitet hatten. Die Angeklagten, von denen drei noch nicht 18 Jahre alt sind! wurden verurteilt zu Zuchthausstrafen bis zu 8 Jahren und zu Gefängnisstrafen bis zu 2 Jahren 6 Monaten. Außerdem wird noch auf Einziehung der beschlagnahmten Druckschriften und Unbrauchbarmachung der zur Herstellung derselben benutzten Platten erkannt.

Die Angeklagten waren Mitglieder des sozialdemokratischen Jugendbildungsvereins für Dresden und Umgegend oder standen zu ihm in Beziehung. Der stellvertretende General des 12. Armeekorps hatte verboten, Druckschriften ohne Nennung des Verlegers und Druckers zu verbreiten. Gleichwohl haben die Angeklagten im Sommer 1917 eine Anzahl von Schriften ohne diese Bezeichnung verbreitet.

Feuilleton

Beim Fakir.

Von J. L. Perez. (Aus dem Jüdischen.)

(Nachdruck verboten.)

Zu einem Fakir kommt ein Mann, der sich sehr schwer beschreiben lässt: barfuß, alte zerrissene Kleider am dünnen Körper und doch ist jede Bewegung sicher, fast stolz. Die runzelige Pergamenthaut des Gesichts sagt, dass er alt ist, sehr alt, und der Blick der großen, schwarzen Augen ist streng und voll Kraft, wie bei einem jungen Manne. Die Lippen bläulich und zersprungen, und um die Winkel des schmalen Mundes irrt doch ein Lächeln voller Sehnsucht, Ironie und Güte.

Der Fakir steht auf und geht ihm entgegen, was er selten, selbst bei reichen und angesehenen Leuten tut.

Ich habe eine Bitte an dich, sagt der Gast.

Sag, was ist dein Begehren, antwortet der Fakir.

Wirst du tun, was ich will?

Wenn ich es will – erwidert der Fakir und fügt bescheiden hinzu, – und wenn ich es kann.

Du kannst es, das weiß ich – sagt der Gast und seine Stimme klingt immer heller und ernster, – nicht nur einmal habe ich es von dir gesehen, nur geschah es nicht umsonst.

Und kannst du nicht bezahlen?

Vielleicht doch ... doch. ...

Womit? fragte der Fakir und musterte noch einmal den zerlumpten, stolzen Gast. ... Hast du vielleicht mein Kind, irgendwo. ...

Gestohlen? Nein. ... Nicht mit Geld will ich dir zahlen, sondern indem ich dir meine Lebensgeschichte erzähle.

Ist sie so wichtig? Wird sie mir Nutzen bringen?

Wichtig, je nachdem ... ob sie dir Nutzen bringen wird, weiß ich nicht ... doch wird sie dich von Müh' und Marter befreien.

Wieso?

Sieh, mein Auftreten, meine Person, hat auf dich einen Eindruck gemacht, ich bin dir interessant geworden ... und wenn ich fortgehen werde mit verschlossenem Munde, wirst du mehr als einmal an mich denken und wirst dich fragen, wer war er? Was wollte er? Und eines Fakirs Zeit ist teuer, seine Gedanken – sind noch teurer! Von Zeit und Gedanken lebt ein Fakir!

Der Fakir dachte eine Weile nach, prüfte sich, ob ihm der Gast wirklich so interessant ist und ob er wirklich über ihn nachdenken wird.

Diese Zeit benutzte der Gast und fuhr fort: Du bist alt, Fakir, sehr alt! Alle deine Gefühle sind vertrocknet. ... Dein Herz findet an nichts mehr Freude ... nur mit dem Kopfe lebst du noch, das Gehirn ist noch das einzige Glied in dir, welches nicht nur aus purer Gewohnheit lebt; nur dein Geist hat noch seine Leiden und Freuden, er denkt und ist voll Wissbegier ... tu es deinem Verstande zuliebe, – mag er noch einen Eindruck der Welt mitnehmen, ehe auch er zu müde und zu faul wird, um zu sterben. ...

Gut! bestätigte der Fakir. Sie setzten sich und der Gast erzählt:

Als kleiner Junge ging ich einmal mit meinem Vater am Fuße des Schlosses zwischen den Bergen spazieren. ...

Ihr habt in einem Schlosse gewohnt?

Ja, wir setzten einen Adler in Schrecken und er schoss zum Himmel empor.

Ich möchte auch so hochfliegen, dachte ich laut. Du wirst es auch tun, – antwortete mein Vater – , nur nicht in der Luft. Die Luft ist nicht unser Element: Wir können in ihr und darum von ihr nicht leben. ... Und fliegen – setzte er fort – wirst du zum Himmel – nur werden das die blauen, die seidnen blauen, mit goldenen Sternen bestickten Tapeten in unserem königlichen Palais sein ... und der Sonne zu – das ist der König in eigener Person ... die Strahlen seiner Gnade, sind leuchtender und wärmer und sie sind nicht für alle, nicht für den ersten Besten. ...

Diese Worte übergab ich dann meinem Lehrer, auch ein Fakir wie du. Sein Antlitz veränderte sich nicht dabei. Kalt und strenge sagte er: Der Adler, wenn er leben will. muss fressen, und um zu fressen, muss er hinunter zur Erde ... Nahrung liegt niedrig, oft in Kot.

Sehr klug.

Ich habe ihn doch nicht verstanden und hatte das Gespräch ganz vergessen.

Dieser Worte erinnerte ich mich erst dann, als ich Minister wurde.

Manziputze?

So nannte man mich – .

Und heute?

Habe ich keinen Namen.

Wann ist es geschehen?

Schon einige Jahre ... es freut mich deinetwegen, dass du von alledem nichts gewusst hast ... dass dies so hoch, so tief oder so weit von meinem eh'maligem Leben lebt!

Einmal stand ich so lange und so tief gebeugt vor der Sonne, dass mir gegen meinen Willen der Gedanke kam, die Säulen im Palais zu beneiden, welche es halten und sich nicht bücken.

Du hast es gesagt?

Nein. Meine Lippen waren es noch nicht gewohnt; aber das Rückgrat! ... ich machte eine ungeduldige Bewegung ... die Sonne bemerkte es.

Und du lebst?

Groß war seine Liebe für mich; man machte mich nur zum Monde, man übergab mir eine Provinz. ...

Warst du zufrieden?

Eine Zeit lang ... bis die Sonne einmal durchreiste und der Mond sich zu wenig bückte.

Und?

Man degradierte mich zu einem Stern ... ich erhielt eine Stadt.

Und hast solange regiert, bis der Mond kam. ...

Richtig ... das Rückgrat bückte sich immer weniger und weniger ... ich kam in die Milchstraße zwischen Millionen kleiner Sternlein. ...

Und?

Immer das Rückgrat ... man machte mich mit dem Bambusstock bekannt und warf mich heraus aus dem – Himmel!

Und dein Vater, der stolze Schlossherr?

Er hat es nicht ausgehalten und hat mir eine große Erbschaft hinterlassen; ich konnte mir nun selber einen kleinen Himmel schaffen. ...

Du hast es nicht getan?

Nein, ich hatte eine andere Leidenschaft. Ich wollte, was alle eigentlich wollen: andere sollen mir ähnlich sein, man sollte aufhören sich zu bücken.

Eine gefährliche Leidenschaft. ...

Ich kaufte Nahrungsmittel und Kleider, öffnete die Tore meines Schlosses und rief ins Land: Wer will, der komme und nehme, was er will! ... nur eine Bedingung stellte ich: keiner darf danken. Wer es tut, muss zahlen.

Konnten es viele?

Wenige. Doch mit der Zeit wurde die Zahl der Nichtdankenden größer: aber mit der Zeit hat man mich ...

Verhaftet?

Nein: ins Irrenhaus geschickt.

Richtig, als Verschwender.

Als ich aus dem Irrenhause herauskam, war von meinem Erbe nichts mehr übrig geblieben. ... Freunde und Bekannte hatten sich darum bemüht: Schulden kamen zum Vorschein, der Aufenthalt im königlichen Tollhause ist auch teuer genug. Geh' arbeiten, sagte man mir bei der Entlassung. ...

Und das gefiel natürlich nicht dem ehemaligen Minister?

Im Gegenteil, nach so langer Ruhe sehnte ich mich nach Arbeit. ... Nur erbetteln hab' ich sie nicht können. ... Betteln und mich bücken war mir schon unmöglich geworden.

Der Gast schwieg eine Weile und der Fakir fragte: Willst du, dass ich es dich lehre?

Dies, antwortete stolz der Gast - wirst du nicht können: Hunger und Durst haben es nicht vermocht ... aber das Leben ist mir nun überdrüssig geworden. ...

Willst du, dass ich dich davon befreie?

Ach, nein! dazu brauche ich deine Hilfe nicht ... das erste beste Wasser, der erste beste Zweig ... und ihnen braucht ich nicht einmal Geschichten zu erzählen. ...

Was denn?

Ich glaube, Fakir - jeder Mensch hat seinen Glauben, das ist der Faden, mit welchem uns die Götter ans Leben binden - ich glaube, dass einmal eine Zeit kommt der geraden Menschen, mit steifem Rückgrat: Menschen, die das Bücken weder wollen noch können werden ... dies will ich erleben!

So lange willst du leben?

Nein. für dies späte Glück möchte ich nicht so viel zahlen. Schlafen will ich, verschlafen! ... Du kannst es! Schläfere mich ein, Fakir! ...

Der Fakir schwieg.

Willst du dein Wort nicht halten? fragte der Gast.

Das ist's nicht, - antwortete der Fakir, - ich denke nur darüber, wer wird dich wecken? Ich - nicht, meine Kinder und Kindeskinde - auch nicht. ... Wer wird sich deiner erinnern?

Fürchte nicht. ... Mich wird die Zeit wecken! gar zu leise wird sie nicht kommen.

Berichtigung

In Nummer 18 der „Arbeiterpolitik“ muss es auf Seite 111 rechte Spalte, Zeile 41 und folgende Zeilen heißen: Wer also wollte zweifeln, dass ein so zielklarer und grundsatztreuer Mann wie Eduard Bernstein, der sein ganzes Leben lang sich auf die Gewinnung und Sicherung von Reichstagssitzen beschränkte, als Erster dazu berufen sei, den Bolschewiks zu sagen, wie sie es hätten besser machen müssen. Seite 112, linke Spalte, Zeile 3 und 4 muss es heißen: zusammenzupassen, um das Land in den Stand der Verteidigung zu setzen.“ [korrigiert, d. Hrsg.]

Brüderlichkeit.

Die Menschheit ist ein großer Leib von Glieder.
Fühlst du dich nicht in deine Brüder,
so fühlt in dich sich niemand wieder.

Herder

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker):
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 21/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 25. Mai 1918.

Nr.21

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Betrachtungen über das Organisationsproblem.

Der jetzt offen zu Tage getretene Zerstörungsprozess in der Arbeiterbewegung ist nicht erst das Werk des 4. August 1914. Er reicht vielmehr über den Kriegsbeginn hinaus.

Nach einer glänzenden Entwicklung der Arbeiterorganisationen - glänzend was Mitgliederzahlen und Kassenverhältnisse betrifft - trat einige Jahre vor Ausbruch des Weltkrieges der Rückschlag ein. Die Arbeiterorganisationen in ihrer jetzigen Verfassung hatten sich überlebt; ihr innerer Ausbau hatte mit der wirtschaftlichen Entwicklung nicht Schritt gehalten. Denn durch das moderne Bank- und Aktienwesen stark konzentrierte Kapital und dem durch Kartelle und Trusts starken Unternehmertum standen die Arbeiter immer noch in politische und gewerkschaftliche Organisationen getrennt und in Berufsorganisationen zersplittert gegenüber.

Die politische Partei war nur noch ein Wahlverein, dessen Mitglieder auf die ökonomische Entwicklung warteten; die Gewerkschaften schrakten vor dem Kampf zurück und erblickten ihre Hauptaufgabe immer mehr in der Pflege des Tarifvertrags und der Harmoniepolitik. Dadurch verloren die Arbeiter das Vertrauen zu den Organisationen und sie kehrten ihnen in hellen Haufen den Rücken.

Die dem Organisationsgedanken treu gebliebenen Mitglieder suchten nun nach Mitteln und Wegen, die Aktionsfähigkeit der Organisationen zu stärken. Von den vorwärtsdrängenden Elementen wurde eine gründliche Änderung der Kampfaktik gefordert und weiter die dieser Änderung der Kampfaktik entsprechende Organisationsform: die politisch-gewerkschaftliche Einheitsorganisation. Die bürokratisch geleiteten Arbeiterorganisationen konnten sich aber nicht zu einem solch radikalen Programmwechsel aufschwingen und so kam bei Ausbruch des Weltkrieges, was kommen musste, der völlige Zusammenbruch der Arbeiterinternationale.

Die alten offiziellen Organisationen versagten und sie versagen heute noch. Aber langsam erwacht die Arbeiterschaft; zwar noch vereinzelt, doch schon deutlich vernehmbar und merklich an Stärke gewinnend erschallt der Ruf nach der Einheitsorganisation.

Auf diesen Ruf antworteten die Führer der Unabhängigen mit der Aufforderung den Gewerkschaften nicht den Rücken zu kehren, sondern innerhalb der bestehenden Gewerkschaften dafür zu sorgen, dass die Gewerkschaften auf eine gesunde Grundlage gestellt und mit sozialistischem Geiste erfüllt werden.

Diese Stellung der Führer der Unabhängigen beweist, dass sie aus dem Zusammenbruch der Arbeiterorganisationen und aus den Vorgängen während des Weltkrieges nichts gelernt haben. Es ist eine völlige Verkennung der Verhältnisse und ein Kleben an überlieferter Tradition anzunehmen, dass die bestehenden Gewerkschaften auf eine gesunde Grundlage gestellt und mit sozialistischem Geiste erfüllt werden können. Dem steht schon entgegen der Mangel an Demokratie in den Gewerkschaften. Die Kassen, die Presse und die sonstigen Einrichtungen in den Händen der Bureaucratie sind ein Mittel, die Arbeiter zu der Politik zu zwingen, wie sie von den Angestellten gewünscht wird. Es ist vollständig ausgeschlossen, dass die Opposition in den Gewerkschaften ausschlaggebenden Einfluss gewinnt. Schon die Vorgänge in der Partei sollten als warnendes Beispiel dienen.

Aber abgesehen hiervon sind die Gewerkschaften durch Tradition und Verfassung nicht fähig, mit sozialistischem Geiste erfüllt zu werden. Das Wirken der Gewerkschaften läuft auf bloße Vertretung der Berufsinteressen hinaus. Jede Organisation stellt die Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder in den Vordergrund. Dadurch wird der Kampf um die Gesamtinteressen der Arbeiterschaft vernachlässigt und zuletzt ausgeschaltet. Wie kleinlich erscheint jetzt das Wirken und die Erfolge der Gewerkschaften vor dem Kriege und während des Krieges. Da sollte es doch keiner großen Mühe bedürfen, um die Arbeiter zu der Überzeugung zu bringen, dass mit den alten Kampfmethoden und mit der alten Organisationsform der Arbeiterschaft nicht gedient ist.

Die Arbeiter sollten aber auch erkennen, dass die bestehenden Gewerkschaften als Stützen der kapitalistischen Ordnung dienen. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung beruht auf dem freien Spiel der Kräfte, auf dem Interessengegensatz aller gegen alle. Die Taktik der Gewerkschaften läuft auf dasselbe Prinzip hinaus. Die speziellen Berufsinteressen werden über die Interessen der Gesamtarbeiterschaft gestellt. Dadurch wird bei den Arbeitern der egoistische Trieb gestärkt und dem Unternehmertum ein Ausspielen der einen Arbeiterschicht gegen die andere ermöglicht. Da durch eine solche Taktik kein wahres Solidaritätsgefühl bei den Arbeitern aufkommen kann, war es bei Ausbruch des Weltkrieges leicht, die Arbeiter des einen Landes gegen die Arbeiter des anderen Landes auszuspielen. So lieferten die Gewerkschaften die psychologischen Voraussetzungen für die Möglichkeit des Weltkrieges. Deshalb kann es für einen denkenden Arbeiter keinen Ausbau und keine Reorganisation der Gewerkschaften mehr geben, sondern es gilt aufzubauen auf der Grundlage, die dem Stand der wirtschaftlichen Entwicklung entspricht.

Indem die Unabhängigen dies nicht begreifen, begehen sie Selbstmord. Die Psychologie der Gewerkschafter ist dem Regierungssozialismus günstig, die Gewerkschaftsführer unterstützen bewusst und energisch den Regierungssozialismus, die Unabhängigen aber fordern die Arbeiter auf, den Gewerkschaften nicht den Rücken zu kehren. Durch diese Haltung der Unabhängigen wird der Klärungsprozess unter den Arbeitern sehr erschwert und braucht man sich über die Wahlniederlagen in Potsdam, Niederbarnim, Zwickau usw. nicht zu wundern. Die Unabhängigen sind somit ihre eigenen Totengräber. Für *Halbheit* ist in dieser eisernen Zeit kein Raum mehr, und wenn die Unabhängigen ihre Haltung nicht ändern, werden sie von rechts und links aufgerieben werden.

Die Organisation der Zukunft aber wird sein: Die politisch-gewerkschaftliche Einheitsorganisation!

Anmerkung: Über die Einheitsorganisation ist schon viel geschrieben worden. Jetzt ist die Zeit zum Handeln gekommen. Unsere Genossen mögen überall Ortsvereine gründen, wo es irgend zugänglich ist. Denn was kann heute den Arbeitern die sogenannte „Partei“ oder die Gewerkschaft sein? Was tun beide für ihre Mitglieder? Nichts!

Krieg aus Konkurrenzneid?

Dass der gegenwärtige Krieg ein Wirtschaftskrieg sei, darüber herrscht heute durchgehende Übereinstimmung. Aber was soll unter „Wirtschaftskrieg“ verstanden werden? Natürlich ein Krieg, der aus wirtschaftlichen Ursachen entbrannt ist. Und was sind „wirtschaftliche Ursachen“? Darunter wird meist ein rein äußerliches wirtschaftliches Begehren der Völker verstanden, oder kurz gesagt, *Konkurrenzneid*. „Deutschland war ein gefährlicher Mitbewerber auf dem Weltmarkt geworden. Das sollte nicht geduldet werden.“ So lasen wir noch in den letzten Wochen in den konservativen Zeitungen, und zweifellos ist das die allgemeine, landläufige Vorstellung.

Suchen wir uns nach ihr den Hergang im Einzelnen klarzumachen. Danach hätten in den letzten 5 oder 10 oder 20 oder noch mehr Jahren – der gemeine Mann kennt die Statistik nicht und zerbricht sich auch nicht viel den Kopf darüber – die wirtschaftlichen Zustände Deutschlands sich schneller und kraftvoller entfaltet als die Englands; die Folge sei gewesen, dass die Deutschen immer mehr Waren zu exportieren in der Lage waren; sie mussten sich nach Absatzmärkten umsehen und haben so allmählich mehr und mehr den englischen Handel aus seinen früheren Absatzgebieten verdrängt. Selbstverständlich erregte das bei den Engländern Unbehagen und Ärger, die sich schließlich bis zu Hass und offenbarer Feindschaft steigerten. Und in der Sorge, zuletzt ganz und gar von Deutschland überflügelt zu werden, sei man in England zu dem Entschluss gekommen, den weiteren wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands mit den Waffen ein Ende zu bereiten.

Das dürfte so ungefähr der Gedankengang des durchschnittlichen deutschen Staatsbürgers sein. Der englische denkt natürlich entsprechend umgekehrt und schiebt den Deutschen Raub- und Eroberungsgelüste zu, um sich mit Gewalt in Besitz der englischen Absatzmärkte zu setzen. Kurzum, auf beiden Seiten stellt man sich das Verhältnis etwa nach dem Muster zweier Kleinkrämer vor, die in derselben Straße wohnen, sich gegenseitig um jeden einzelnen Kunden beneiden, dadurch in immer tieferen Groll gegeneinander geraten, bis zuletzt offene Prügelei zwischen ihnen ausbricht.

Das Verhältnis zwischen zwei Nationen ist aber doch wohl nicht ganz dasselbe wie zwischen zwei Krämern. Zwingt z.B. Schulz den Müller durch Schikane oder Gewalt zur Aufgabe seines Geschäfts, so kann er hoffen, die Lieferung für Müllers sämtliche Kunden an sich zu bringen. Wenn es aber den Engländern gelingt, sagen wir die Steinkohlenausfuhr aus Deutschland zu verhindern, können sie dann Deutschlands bisherige Kunden mit Steinkohle versorgen? Keinesfalls, sie können nicht mehr Steinkohle exportieren, als von ihrer eigenen Produktion nach Abzug ihres eigenen Verbrauchs übrigbleibt. – Oder vielleicht liegt ihnen daran, Deutschlands Waren als Zwischenhändler durch ihre Hände zu leiten, um Nutzen daran zu haben? Dazu brauchten sie keinen Krieg, denn das geschah bereits im Frieden in großem Umfange.

„England befürchtete, von Deutschland überflügelt zu werden.“ Überflügelt worin? Nur im Außenhandel, oder noch genauer in der Ausfuhr nach überseeischen Ländern und Kolonien. Nun fällt uns gewiss nicht ein, die Wichtigkeit zu leugnen, die für England die Ausfuhr nach Kolonialländern besitzt. Hält man sich aber nicht an Redensarten, sondern an die Ziffern der Statistik, so zeigt sich, dass die überseeische Ausfuhr im Rahmen des englischen

Wirtschaftslebens jene überragende Bedeutung, die man ihr in der Tagespresse gewöhnlich zuschreibt, tatsächlich nicht hat.

Im Jahre 1912 z.B. betrug der Gesamtwert der englischen Ausfuhr rund 9900 Millionen Mark. Ihr stand gegenüber eine Einfuhr von 15 190 Millionen Mark. Zieht man aber selbst von dieser die wieder exportierten Waren ab, so bleibt immer noch eine Einfuhr von 12 910 Millionen Mark. Allein die Einfuhr der im Lande verbrauchten Waren war also sehr viel größer als die gesamte Ausfuhr. Dazu kommt der Handel im Lande selbst, die Industrie, die Landwirtschaft usw. Das alles muss man berücksichtigen, um die tatsächliche Stellung der Ausfuhr im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft zu erkennen.

Von dieser Ausfuhr ging aber auch nur ein geringer Teil nach fremden Kolonien und sonstigen Übersee-Ländern. Nach den eigenen Kolonien allerdings trieb England einen erheblichen Handel. Es verkaufte 1912 nach den eigenen Kolonien für ca. 3600 Millionen Mark., also rund ein Drittel seiner gesamten Ausfuhr. Wenn wir aber diesen Betrag bei Seite stellen, weil dort von einem irgendwie bedrohlichen Eindringen Deutschlands nichts zu merken war, so bleibt eine Ausfuhr von 6300 Millionen Mark. Hiervon wurden zwei Drittel, nämlich für 4300 Millionen Mark, nach den Ländern Europas und den Vereinigten Staaten verkauft, und nur nicht ganz 2000 Millionen Mark, also nur etwa der fünfte Teil der Gesamtausfuhr bleibt für die sonstigen Überseeländer übrig. Daneben betrug aber die englische Ausfuhr nach Deutschland allein etwa 820 Millionen Mark. Der Handel mit diesem einen europäischen Lande wog also für England schon fast die Hälfte alles Überseehandels auf. (Abgesehen natürlich von den britischen Kolonien selbst, für die aber, wie gesagt, eine deutsche Gefahr nicht existierte.)

Aber vielleicht hat das schnellere Wachstum des deutschen Handels, der deutschen Produktion usw. den Wohlstand der Engländer gefährdet? Auch das trifft nicht zu. Es ist richtig, dass die Statistik für Deutschland im Allgemeinen (nicht durchgängig) schneller wachsende Zahlen zeigt als für England. Aber ganz abgesehen davon, dass die Statistik heute noch auf einer recht jugendlichen Stufe steht und wichtige Teile des Wirtschaftslebens, wie z.B. den Innenhandel, überhaupt nicht zu zeigen vermag - abgesehen hiervon ist trotz des schnelleren Wachstums in Deutschland auch in England von einem wirtschaftlichen Rückgang keine Spur zu sehen. Im Gegenteil zeigt sich auch dort Fortschritt, Steigerung des Wohlstandes auf allen Gebieten.

Nun wird der „gesunde Menschenverstand“ vielleicht sagen: das macht nichts; auch wenn es dem Krämer Müller ganz gut geht, neidet er doch seinen Konkurrenten Schulze jeden Kunden; das liegt eben in der „menschlichen Natur“. - Da ist nur merkwürdig, warum der Groll der Engländer sich gerade gegen Deutschland gerichtet hat. In Amerika nämlich war der wirtschaftliche Aufschwung noch viel größer und rapider. Nur ein paar Zahlen darüber.

An Kohlen wurden gefördert in:			
	Großbritannien	Deutschland	Verein. Staaten
1860	81	17	15 Mill. Tonnen
1910	269	222	455 Mill. Tonnen
mehr	188	205	410 Mill. Tonnen
An Roheisen wurde produziert:			
1860	4	0.5	0.8 Mill. Tonnen
1910	10.5	15	28 Mill. Tonnen

mehr	6.5	14.5	27.2 Mill. Tonnen
Die gesteigerte Produktion macht sich auch in der Ausfuhr deutlich bemerkbar. Deren Wert betrug in:			
	Großbritannien	Deutschland	Verein. Staaten
1862	4000	1100	1550 Mill. Mark
1912	13 500	8900	10 000 Mill. Mark
mehr	9550	7800	8450 Mill. Mark

Ohne uns für heute in die Einzelheiten dieser und anderer Zahlen zu vertiefen – so viel zeigen sie doch, dass die Vereinigten Staaten ein mindestens ebenso gefährlicher Konkurrent Englands sind wie Deutschland. Ja, von wegen des viel schnelleren Wachstums ihrer Produktion sogar ein weit gefährlicherer. Warum, wenn der Krieg aus Konkurrenzneid entstanden ist, warum hat sich der englische Hass nicht zuerst gegen Amerika gewendet?

Es gibt Leute, denen diese wenigen Tatsachen, die ja auch noch immer sehr an der Oberfläche bleiben bereits so durchschlagend erscheinen, dass sie hiernach dem Krieg seinen wirtschaftlichen Charakter absprechen. Die englischen Staatsmänner, denen die hier erwähnten Zahlen doch auch bekannt sind, hätten sich nicht durch wirtschaftliche Motive zum Kriege bestimmen lassen, sondern durch die rein politische Erwägung, dass es Aufgabe des Staates sei, Macht zu erwerben, weil nur auf der Grundlage einer starken Staatsmacht der Wohlstand der Bürger erblühen könne.

Hiermit wird jedoch nur etwas widerlegt, was gewiss kein Mensch behauptet hat. Sollte wohl selbst der kindlichste „gesunde Menschenverstand“ sich den Hergang so vorgestellt haben, dass Lord Grey, Asquith und wie sie alle heißen, aus *unmittelbar* wirtschaftlichen Gründen in den Krieg eingegriffen haben? Auch der naivste Verstand wird sicherlich nichts anderes annehmen, als dass die Männer der englischen Regierung die Gelegenheit ergriffen oder herbeigeführt haben, um die Macht ihres Staates auf Kosten der Macht des Deutschen Reiches zu erhöhen und dadurch, also auf diesem *indirekten* Wege, die deutsche Konkurrenz zurückzudrängen. Ihre persönlichen *Motive* mögen rein politische gewesen sein, die *Ursachen* des Krieges waren darum nicht weniger wirtschaftlich. Aber die Frage, warum man sich dann seit 20 Jahren den weniger gefährlichen – und dabei militärisch stärkeren – Konkurrenten zuerst aufs Korn genommen hat, bleibt hierdurch ungelöst.

Und dies ist nur erst die eine Seite der Sache. Dazu kommt folgende zweite.

Schon im Jahre 1911 hat der Engländer Normann Angell sein Buch über „*Die falsche Rechnung*“ veröffentlicht, das in allen möglichen, selbst asiatischen Sprachen übersetzt worden ist, eine gewaltige Verbreitung gefunden und ungeheures Aufsehen erregt hat. Es ist also ganz sicher von den englischen Ministern gelesen worden. Der Verfasser beweist darin ausführlich, dass der etwa erhoffte Erfolg, Verdrängung einer fremden Konkurrenz durch einen Krieg gar nicht erreicht werden kann!

In der Tat dürfte kaum etwas leichter einleuchten als die folgenden Sätze Angells: „Keine Nation kann in unseren Tagen durch militärische Eroberung dauernd oder für längere Zeit den Handel einer anderen Nation zerstören oder wesentlich einschränken, weil der Handel von dem Vorhandensein natürlichen Reichtums abhängig ist und von der Existenz einer Bevölkerung, die ihn erzeugen kann. Solange der natürliche Reichtum eines Landes und die Bevölkerung, die ihn erzeugt, im Lande bestehen bleiben, kann kein Eroberer ersteren völlig zerstören ...“ „Ebenso wenig kann ein Eroberer die Konkurrenz der eroberten Nation durch die Annexion ihres Gebietes vernichten; der Wettbewerb würde ungehindert weitergehen.“

Wenn Deutschland Holland eroberte, würden die deutschen Kaufleute ebenso wie bisher mit der holländischen Konkurrenz zu rechnen haben, und dies umso mehr, als dann die holländischen Kaufleute innerhalb der Zollgrenzen des Deutschen Reiches wirken würden.“ Dazu etwa noch folgende Sätze: „Reichtum, Wohlfahrt und Wohlbefinden einer Nation hängen in keiner Weise von ihrer politischen Macht ab ... Die Einwohner der Schweiz, Hollands, Belgiens, Dänemarks sind in jeder Beziehung so wohl daran wie die Bürger Deutschlands, Russlands, Österreichs und Frankreichs.“

Wir können hiernach folgendes als feststehend ansehen:

1. Die Konkurrenz der Vereinigten Staaten ist für England in jedem Betracht erheblicher als die Konkurrenz Deutschlands.
2. Der Überseehandel, außer mit den eigenen Kolonien, indem allein die Konkurrenz als unmittelbar gefahrdrohend empfunden sein soll, hat im englischen Wirtschaftsleben nicht die richtige Bedeutung, die ihm eine oberflächliche Betrachtung zuschreibt. Er steht hinter dem Handel mit Ländern europäischer Kultur weit zurück.
3. Der Wohlstand Englands hat unter der steigenden Handelskonkurrenz anderer Länder nicht gelitten. Im Gegenteil, er hat sich bis zum Beginn des Krieges andauernd zu höherer Blüte entfaltet.
4. Ein siegreicher Krieg vermag nicht ein Land von der Konkurrenz eines anderen zu befreien.

Man wird, wie gesagt, nicht annehmen dürfen, dass diese klaren und einleuchtenden Tatsachen den Ministern irgendeines Staates sollten unbekannt geblieben sein. Aus wirtschaftlichen *Motiven* kann also der Krieg unmöglich begonnen worden sein. Es kann nicht so gewesen sein, dass irgendein Staatsmann der Welt sich gesagt habe, er wolle zum Kriege treiben, um durch Krieg seinem Lande eine Konkurrenz vom Halse zu schaffen oder sonst direkte wirtschaftliche Vorteile zu gewinnen.

Aber wenn auch nicht aus wirtschaftlichen *Motiven*, so kann der Krieg doch sehr wohl aus wirtschaftlichen *Ursachen* entstanden sein. Das ist ein Unterschied. Wer aus den hier angestellten Erwägungen heraus dem Krieg seinen wirtschaftlichen Charakter abspricht, der gibt sich zu leicht zufrieden, weil er die Frage falsch gestellt hat. Nicht darauf kommt es an, was die Staatsmänner bei der Kriegserklärung oder bei ihrer zum Kriege treibenden Politik gedacht und gewollt haben. Die Frage ist vielmehr, warum trotz der Einsicht der Staatsmänner in jene Tatsachen es dennoch zum Kriege gekommen ist. In diesem Sinne gedenken wir der Frage in Zukunft noch tiefer auf den Grund zu gehen.

Preußenwahlrecht und Sozialismus.

„Man denke sich einen Laubfrosch, der sich einbildet, dass er das Wetter macht, und man wird sich ungefähr die Selbstgefälligkeit vorstellen können, mit welcher der eingefleischte Parlamentarier über die Geschicke des Volkes zu entscheiden glaubt. Er gewöhnt sich, die parlamentarische Behandlung als den Gipfelpunkt einer politischen Aktion, die parlamentarische Abstimmung als politische Entscheidung zu betrachten. Einem solchen scheint die Welt vernagelt zu sein, die Geschichte stellt ihren Lauf ein, alle Kräfte ruhen, nichts kann geschehen und jedes Hoffen ist vergebens – wenn sich im Parlament dafür nicht eine Mehrheit findet.“

Wo mögen wir diese überaus treffende Schilderung des parlamentarischen Kretinismus gelesen haben? – Man höre und staune: in dem Berliner Mitteilungsblatt der Unabhängigen! So wäre denn wieder einmal Saulus zum Paulus geworden? So hätten die Unabhängigen endlich erkannt, was es mit der parlamentarischen „Aktion“ auf sich hat, dass sie zu einer so

beißenen Charakteristik desselben gelangen, die einem Ledebour, einem Hoffmann passt wie angegossen? – Ach nein, weit gefehlt. Man braucht nur den Artikel zu lesen, den sie über „die Grenzen des Parlamentarismus“ schreiben, und man sieht sofort, dass hier nur einmal ein blindes Huhn einen Regenwurm aufgepickt hat. Es ist nämlich merkwürdig. Der Artikel weiß eine ganze Reihe Schranken des Parlamentarismus anzugeben, die wirtschaftliche Macht der Kapitalisten, die Teilung der gesetzgebenden von der vollziehenden Gewalt im Staate usw. nur die *eine* Schranke erwähnt er nicht und kennt er nicht, die für den Arbeiter und zumal für den Sozialdemokraten die wichtigste ist, nämlich den *staatserhaltenden* Charakter des Parlaments. Die Frage, ob denn und wie denn die parlamentarische Aktion zur Erringung des *Sozialismus* mithelfen kann, diese Frage stellt er nicht und kennt er nicht. Und sie ist doch die Hauptsache für uns.

Es ist natürlich kein Zufall, dass der Artikel gerade in der Zeit der preußischen Wahlrechtskomödie geschrieben worden ist. Vermutlich fürchtet man im Lager der Unabhängigen, dass in dieser Zeiten Lauf manchem Proletarier die Frage nach dem Wert des Parlamentarismus überhaupt ganz von selbst sich aufdrängt. Und da will man vorbeugen. Da will man zeigen, dass man selbst keineswegs zu denen gehöre, die den Parlamentarismus „überschätzen“. So ist denn diese schwächliche Missgeburt zustande gekommen, die alle Zeichen der Halbheit an sich trägt, wie wir sie im Zentrum der Partei schon vor dem Kriege so oft bewundern mussten.

Da ist Herr v. Kardorff ein anderer Mann. Er hat sich bekanntlich wegen der Wahlrechtsfrage von seiner Partei getrennt und am 2. Mai im preußischen Abgeordnetenhaus eine Rede darüber gehalten, die dem, der lernen kann und denken will, mancherlei bietet. Es scheint ja offenbar, dass Herr v. Kardorff hierdurch dem konservativen Prinzip untreu geworden ist, dass er als Opportunist von reinstem Wasser dem radikalen Herrn v. Heydebrandt, dem Wächter des Prinzips, gegenübersteht. „Ich bin ein unbedingter, grundsätzlicher Gegner des gleichen Wahlrechts“, sagte Kardorff. Aber trotzdem stimmt er dafür, um die Konflikte zu verhüten, die dessen Ablehnung nach sich ziehen müssen. Das ist genau die Begründung, womit seit den Tagen Eduard Bernsteins die Revisionisten in der Sozialdemokratie jeden Umfall, jeden Verzicht auf sozialistische Betätigung rechtfertigen. Kein Zweifel also, dass uns, die wir in der Sozialdemokratie unter allen Umständen am Prinzip festhalten wollen, Herr v. Heydebrandt sympathischer sein müsste als Herr v. Kardorff. Und dennoch ist es nicht so. Der Schein trügt. Kardorff hat Recht, und nicht Heydebrandt.

Kardorff hat eben – vielleicht nicht mit dem kühlen Verstande, sondern rein gefühlsmäßig, dafür umso sicherer, begriffen, dass hinter und über dem, was die Konservativen als ihre Prinzipien angeben, ein anderes und höheres Prinzip steht: das Prinzip der *Staatserhaltung*. Überlegen wir es doch nur recht. „Jedem das Seine“ lautet der Wahlspruch der Konservativen. Damit soll gesagt sein, dass nicht gleiche Rechte dem Einzelnen zukommen, sondern dem einen mehr, dem andern weniger. Das nennen sie einen ihrer obersten Grundsätze. Aber genau besehen ist das gar kein Grundsatz, sondern ein Mittel zum Zweck. Die ungleiche Verteilung der politischen Rechte ist eine der Waffen, womit die Staats- und Gesellschaftsordnung gegen Umwälzung geschützt, in ihrem gegenwärtigen Bestande erhalten werden soll. Nicht an und für sich ist sie dem denkenden Konservativen heilig, sondern nur als Mittel zu diesem Zweck.

Nun ist sehr wohl der Fall denkbar, dass dieser Zweck auf andere Weise besser erreicht wird. Vor welcher Wahl steht dann der denkende Konservative? Soll er unter allen Umständen das ungleiche Recht beibehalten, mag auch dadurch das oberste Prinzip, dem er dient, die Staatserhaltung, geschädigt werden? Oder gebietet ihm dann nicht vielmehr die Treue gegen sein eigentliches und wirkliches Prinzip, einmal für Gleichberechtigung einzutreten?

Diesen Fall hält Herr v. Kardorff offenbar beim Preußenwahlrecht für gekommen. Man lese in seiner Rede z.B. folgende Ausführungen:

„Wir ahnen nicht, wie lange der Krieg noch dauert, wir ahnen nicht, welches Maß von Entbehrungen das Volk noch zu ertragen hat. ... Wie sollen Not und Entbehrungen weiter von der großen Masse getragen werden im vierten bis ins fünfte Kriegsjahr hinein, wenn eine politische Atmosphäre herrscht, die mit Hass geschwängert ist?“

Und weiter:

„Wir stehen doch nach dem Kriege vor beispiellos schweren Aufgaben. Sie können und werden nur gelöst werden, wenn der Geist der Verträglichkeit und der Zusammenarbeit herrscht. Ein derartiges Verständnis unter den bürgerlichen Parteien wird aber nicht zu erzielen sein, wenn nicht in der Frage des gleichen Wahlrechts glatter Tisch gemacht wird.“

Für Herrn v. Kardorff ist also das gleiche Wahlrecht in Preußen ein Mittel, den Krieg durchzuhalten, vor allem aber ein Mittel, um nach dem Kriege den Umsturz zu wehren, die Interessen der Besitzenden zu verteidigen. „Wie wollen wir,“ ruft er aus, „bei der Steuerreform die Interessen des Grundbesitzes, der besitzenden Klassen wahrnehmen?“

Dass genau in diesem Sinne das gleiche Wahlrecht auch von der Regierung gemeint ist, hatte übrigens zwei Tage vorher bereits der Reichskanzler selbst im Abgeordnetenhaus ausgeführt.

Herr v. Kardorff hat Recht. Er hat den Zusammenhang richtig begriffen und seine Haltung nicht nach dem orientiert, was zufällig in einem Parteiprogramm steht, sondern nach dem, was in Wahrheit das oberste Prinzip der konservativen Parteien ist, was ihren Daseinszweck bildet, nämlich nach der Frage des Schutzes der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung.

Auf der anderen Seite fehlt diese klare Erkenntnis. Die sozialdemokratischen Parteien sind weit davon entfernt, ihrem Verhalten als Richtschnur stets die Frage unterzulegen: wie dienen wir am besten der Herbeiführung des Sozialismus? Wie weit sie davon entfernt sind, das zeigt am besten wieder einmal der Verlauf dieser Wahlrechtsangelegenheit.

Wie stehen denn die Dinge in diesem Augenblick? Alle Welt und darunter auch fast alle politisch interessierten Kreise der Arbeiterschaft harren voll brennender Spannung, ob und wann das gleiche Wahlrecht Gesetz werden wird. Alles andere ist darüber vergessen, in den Hintergrund geschoben. Seit einem vollen Jahr gehen nun diese Debatten, seit einem vollen Jahr wird die Öffentlichkeit damit aufs äußerste erregt, so sehr, dass kaum ein Mensch noch daran denkt, was denn selbst im günstigsten Falle mit dem gleichen Wahlrecht für das Volk, für die Arbeiterschaft, für den *Sozialismus* erreicht ist.

Der Sozialist geht von der Überzeugung aus, dass die Leiden und Nöte des Proletariats nur durch den Sozialismus behoben werden können. Demzufolge wird er die politische Nützlichkeit einer jeden Einrichtung darnach bemessen, ob und wie viel sie uns dem Sozialismus näherbringt. Es ist aber nur eine gedankenlose Phrase, wenn man uns erzählt, dass der Besitz möglichst vieler Abgeordnetenmandate eine politische Macht bedeutet, die zur Herbeiführung des Sozialismus unentbehrlich sei.

Zunächst „besitzt“ die Arbeiterklasse jene Mandate ja gar nicht. Sie darf nur wählen. Dann aber sind es die Abgeordneten, die die Mandate besitzen. Und dass sie die Macht haben, davon nach *eigener* Willkür Gebrauch zu machen, ganz ohne Rücksicht auf den Willen der Arbeiterschaft, das haben die Ereignisse seit Kriegsbeginn ja wohl mit hinreichender Deutlichkeit gelehrt.

Mittelbar freilich kann das Parlament des bürgerlichen Staates dem Sozialismus nützen. Aber nur durch Propaganda. „Die gesellschaftliche Umwandlung (zum Sozialismus)“, sagt mit vollem Recht das Erfurter Programm, „kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein“. Die Arbeiterklasse aber wird dieses Werk nicht im Verhältnis zur Zahl ihrer Abgeordneten, sondern nach Maßgabe ihrer wirtschaftlichen Macht und ihrer organisatorischen Zusammenfassung vollbringen. Nötig ist dabei, dass sie ihre Macht auch kennt, dass sie Einsicht hat in das Wesen der kapitalistischen und politischen Zusammenhänge. Solche Einsicht ihr zu vermitteln, dazu können die Reden im Parlament helfen, weil sie eben doch sehr viel mehr Menschen zur Kenntnis gelangen als sonstige Agitationsreden. Deshalb ist es richtig, dass sich die Arbeiterschaft an den Parlamentswahlen beteiligt, und insofern hat das Wahlrecht für sie eine gewisse Bedeutung. Ganz falsch aber ist es, in ihm den Angelpunkt alles politischen Geschehens zu erblicken. 30 oder 40 Abgeordnete, die wirklich sozialdemokratische Reden halten, nützen dem Sozialismus mehr als 110, die im entscheidenden Augenblick versagen. Die 30 bis 40 aber sind so ungefähr bei jedem Wahlrecht zu haben. Und wenn es selbst nur 10 oder 12 sind, so ist das immer noch besser als über der Jagd nach dem besseren Wahlrecht alle wirkliche Demokratie über den Haufen zu rennen.

Für die Bourgeoisie mag die Demokratie darin bestehen, dass jeder bei der Wahl des Vormundes mitmachen darf. Für das Proletariat besteht sie darin, dass jeder einzelne bei der Arbeit zum Sozialismus selbst mitwirkt, anstatt einen Vormund zu wählen, der ihn leitet und ihm die Verantwortung abnimmt. Ehe wir nicht solche Demokratie unter uns selbst schaffen, werden wir nie zum Sozialismus kommen. Bisher aber hat die ganze Wählerei nur dazu geführt, zu den im Staat schon bestehenden Ungleichheiten noch innerhalb der sozialdemokratischen Partei eine neue Rangunterscheidung zwischen Abgeordneten, Funktionären und gewöhnlichen Genossen zu schaffen.

An diesem Maßstab gemessen – welche Erfolge hat der sogenannte „Kampf“ ums gleiche Preußenwahlrecht bisher erzielt? Man hat ein ganzes Jahr lang in heftigster Weise hin und her gestritten, man hat den Anschein erbitterter Kämpfe erweckt, das wird noch eine Weile so weitergehen, vielleicht noch ein halbes Jahr, und dann wird irgendetwas kommen. Wahrscheinlich wird dieses Etwas nicht einmal ein gleiches Wahlrecht sein, man wird's aber doch so nennen. Und dann? – Ja, was dann?

Dann werden ins Abgeordnetenhaus 120 bis 130 angebliche Sozialdemokraten einziehen. Sie werden sich in die Brust werfen und auf die schweren, langjährigen „Kämpfe“ hinweisen, in denen sie dem Volke das gleiche Wahlrecht „errungen“ haben. Den Arbeitern wird man sagen, dass ihre Sache jetzt einen gewaltigen Schritt vorwärtsgekommen ist und dass sie deshalb nun auf lange Zeit hinaus weiter nichts mehr fordern dürfen, weil ja doch ihre Vertreter nunmehr überall dabei seien.

Was aber die Hauptsache ist: die große Masse der Arbeiterschaft selbst wird erleichtert aufatmen in der Einbildung, schwere Kämpfe glücklich beendet und etwas Positives erreicht zu haben. Die Spannung wird nachlassen, und es wird eine ganze Weile dauern, bis die Volksmasse dahinterkommt, dass an ihrer Lage, wirtschaftlich wie politisch, eigentlich gar nichts geändert ist.

Inzwischen aber werden die 120 im Abgeordnetenhaus ebenso schöne Reden halten und sich als ebenso solide Staatsstützen betätigen, wie die 110 im Reichstag.

Feuilleton

Siesta.

In einer der eleganten Junggesellenwohnungen in der Rue Costiglione saß eine muntere Gesellschaft beim Dessert.

Sennor Jose Francisco de Silvis war ein kurzbeiniger, kohlschwarzer Portugiese: einer von denen, die mit unglaublichen Reichtümern aus Brasilien herüberzukommen pflegen, ein unglaubliches Leben in Paris führen und sich vor allen Dingen durch die unglaublichsten Bekanntschaften auszeichnen.

In der kleinen Gesellschaft befand sich kaum einer, der seinen Nachbarn zur Rechten oder zur Linken kannte, mit Ausnahme derer, die paarweise gekommen waren. Der Wirt selbst kannte sie entweder von einem Balle, von einer Table d'hôte oder – von der Straße.

Senator de Silvis lachte und sprach laut, wohin er auch kam – wie reiche Ausländer es zu tun pflegen; und da er das Niveau des Jockeyklubs nicht erreichen konnte, versammelte er um sich, was er fand: er fragte sofort nach der Adresse und sandte tags darauf eine Einladung zu einem kleinen Diner.

Er sprach alle Sprachen sogar deutsch, und man konnte ihm ansehen, dass er nicht wenig stolz war, wenn er über den Tisch rief: „Mein lieber Herr Doktor! wie geht's Ihnen?“

In der Gesellschaft befand sich wirklich ein leibhaftiger deutscher Doktor – mit wucherndem feuerroten Bart und jenem Lächeln von Sedan, welches alle Germanen in Paris tragen

Die Temperatur der Unterhaltung stieg beim Champagner; fließendes Französisch und radebrechendes Französisch wechselte mit Spanisch und Portugiesisch ab, die Damen warfen sich auf ihren Stühlen zurück und lachten; man kannte sich schon hinlänglich, um sich nicht mehr zu genieren; Scherzworte und Witze flogen über den Tisch und von Mund zu Mund; nur der „liebe Doktor“ disputierte allen Ernstes mit seinem Nachbar – einem französischen Journalisten mit dem roten Bande in dem Knopfloch.

Und dann war noch einer da, der sich nicht durch die allgemeine Lustigkeit hinreißen ließ. Er saß zur Rechten von Mademoiselle Adele – links von ihr saß ihr neuer Liebhaber, der dicke Anatole, der sich den Magen mit Trüffeln überladen hatte.

Während der Mahlzeit hatte Mademoiselle Adele durch viele kleine unschuldige Kunststücke versucht, Leben in ihren Nachbarn zur Rechten zu bringen. Aber er blieb still, antwortete verbindlich, aber kurz und leise.

Anfangs glaubte sie, dass er ein Pole sei – einer der allerlangweiligsten, welche umhergehen und die Geächteten spielen. – Aber bald merkte sie, dass sie sich geirrt habe: und das ärgerte Mademoiselle Adele.

Denn es war einer ihrer vielen Spezialitäten, auf den ersten Blick die vielen Ausländer sortieren zu können, mit denen sie verkehrte, und sie pflegte zu versichern, dass sie die Nationalität eines Mannes erraten könne, sobald sie zehn Worte mit ihm gesprochen habe.

Aber dieser wortkarge Fremde verursachte ihr viel Kopfzerbrechen. Wenn er nur blond gewesen wäre! Dann hätte sie ihn sofort zum Engländer gemacht; denn wie ein solcher sprach er. Aber jetzt hatte er schwarzes Haar, dicken schwarzen Schnurrbart und eine feine kleine Figur. Die Finger daran auffallend lang, und er hatte eine eigentümliche Art und Weise, das Brot zu zerkrümeln und mit der Dessertgabel zu spielen.

„Er ist Musiker“, flüsterte Mademoiselle Adele ihrem dicken Freude zu.

„Ah!“ - entgegnete Monsieur Anatole, - „ich fürchte, ich habe zu viel Trüffeln gegessen.“

Mademoiselle Adele flüsterte ihm einen guten Rat ins Ohr, worauf er lachte und sehr verliebt aussah.

Inzwischen konnte sie aber den interessanten Fremden nicht fahren lassen. Nachdem sie ihn verlockt hatte, mehrere Gläser Champagner zu trinken, wurde er lebhafter und sprach mehr.

„Ah!“ rief sie plötzlich aus, „ich höre an Ihrer Sprache, Sie sind doch Engländer!“

Der Fremde wurde rot und entgegnete hastig: „Nein - Madame!“ (Fortsetzung folgt.)

<p style="text-align: center;">Infolge Betriebsstörung erscheint die Nummer 21 der „Arbeiterpolitik“ erst Montag, den 27. Mai.</p>

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen

Arbeiterpolitik 22/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 1. Juni 1918.

Nr.22

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Historische Notwendigkeiten.

Marx 100. Geburtstag.

Die sogenannte sozialdemokratische Presse verleugnet seit mindestens vier Jahren den Marxismus. Sie bringt in phrasenhaften Gedenkartikeln ein Surrogat seiner Lehren ad usum delphini, Fiebelstücke für den braven Parteimann. Wie die Bourgeoisie des guten Tones halber mit einem Lessing, einem Goethe kokettiert, so müssen die Sozialpatrioten die Klassiker des Sozialismus in den Himmel erheben, damit in dieser Erdenferne ihr wirkliches Wesen verschwimmt und die unmittelbare Wirkung ihrer revolutionären Persönlichkeit verschwindet.

Während sie Marx glorifizieren, beweisen sie täglich, wie fern sie seinem Geiste stehen. Was machte Marx zum genialen Politiker? Das Durchdringen und Erfassen historischer Situationen, die Rücksichtslosigkeit seiner Schlussfolgerungen und seines Handelns. Aber die Sozialpatrioten dürfen es nicht wagen, den Tatsachen ins Auge zu schauen, weil sie darin ihr Todesurteil sehen würden. Und was hat rücksichtslose Konsequenz mit einer Tagespolitik zu tun, die von der Hand in den Mund lebt.

Die ganze Kläglichkeit ihrer Auffassung offenbarte sich vor kurzem in einem Artikel über den Bolschewismus, den wir im „Hamburger Echo“ fanden. Mit unverhüllter Schadenfreude konstatieren sie die traurige Lage, in der sich die Bolschewiks befinden. Dass sie dieselben Bolschewiks lobten, als diese in Deutschland gegen ihren Willen salonfähig waren, verschweigen natürlich diese Gesinnungstüchtigen. Mit kichernder Verwunderung bemerken sie, wie die russischen Revolutionäre jetzt in rücksichtslosen Kritiken die Wunden der Revolution untersuchen. Sie haben natürlich stets ihre Kritik mit stumpfen Messern geübt und vor allem ist ihnen Selbstkritik keine Notwendigkeit, sondern ein wahnsinniges Wüten gegen das eigene Fleisch. Aber das ist nebensächlich. Wesentlich bezeichnend für die ganze Politik der Sozialpatrioten ist der Gesichtspunkt, von dem aus sie die Bolschewiks beurteilen, in denen sie freilich das krasse Widerspiel ihrer eigenen Züge finden.

Worum handelt es sich?

Der Dichter Maxim Gorki behauptete in einem Aufruf nach der bolschewistischen Revolution, dass in dem gegenwärtigen Russland für die soziale Revolution kein Platz sei, weil man ein Volk, das zu 85 Prozent aus Bauern besteht, nicht von heute auf morgen zu Sozialisten machen könne. Die Regierungsmethoden der Volkskommissare im Smolnyinstitut nannte er eine Pferdekur, bei der das Pferd, das geplagte, halbverhungerte Russland, kaltblütig dem Traum einer Weltrevolution geopfert werde. Vor allem werde durch diesen wahnsinnigen Versuch die Arbeiterklasse zu leiden haben.

Weiter bringt das russische „Echo“ in Stockholm aus dem „Kommunist“, ein wissenschaftliches Organ der russischen Revolutionäre, Auszüge. Danach schreibt Sucharin:

Lenin sei der Haupturheber und Verfechter der Auffassung gewesen, „die Geschichte habe die Arbeiter Russlands dazu erkoren, dem bolschewistisch-anarchistischen Vortrupp des internationalen Sozialismus in der Märtyrerrolle eines revolutionären Versuchskaninchens zu dienen und solange sich quälen zu lassen, verbluten und erschöpfen, bis das Proletariat der ganzen zivilisierten Welt sich erheben und die Diktatur erobern wird“. – Nun aber suche er seine Gefolgschaft zu überreden, dass eben mit Rücksicht auf die zu erwartende internationale Revolution es „Pflicht und Schuldigkeit sei, sich dem Willen des deutschen Imperialismus so rasch wie möglich bedingungslos zu unterwerfen“.

Und Karl Radek schreibt:

„Die Bauernmassen, aus denen sich die russische Armee hauptsächlich rekrutiert, haben in Versammlungen gerne mit ihren Säbeln gegen alle Räuber der Welt geklirrt, aber in Wahrheit interessiert sie doch nichts am Imperialismus. Sie wollen lediglich mit ihren eigenen Herren abrechnen, mit ihren eigenen Wucherern, um bald darauf zu ihren eigenen Familien zurückzukehren, in ihre Dörfer, wo sie den von den Herren und Bourgeois befreiten Boden bebauen können. ... Die Bolschewiks waren für diese Bauern- und Soldatenmassen nichts als eine Partei des Friedens und Landverteilung, nichts weiter! Nur darum haben diese Massen die Partei auf den Thron erhoben und ihr die Staatsgewalt anvertraut.“

Deutlich wird das Problem, um das es sich hier handelt, wenn man eine historische Parallele zieht. Dabei halte man im Auge, dass sich die Geschichte nicht wiederholt. Nur scheinbar kommt sie auf Punkte zurück, die sie längst überschritten hatte. Sie bewegt sich nicht in einer geschlossenen Kreislinie, sondern in einer Spirale. Wo sie sich zu wiederholen scheint, reproduziert sie alte Verhältnisse, alte Gegensätze auf einer höheren Stufe der Entwicklung. Immer wieder wurde die russische Revolution mit 1789 verglichen. Ein unfruchtbares Unternehmen, das reine Äußerlichkeiten ins Auge fasst. Die richtige Parallele ist die Revolution in Frankreich 1848, die Februarrevolution. In ihr focht die Arbeiterklasse ihren ersten offenen Kampf mit dem Bürgertum aus.

Wie 1917 in Russland ringt das Proletariat auf den Straßen von Paris im Februar 1848 das alte Regime nieder. Alle Klassen der bürgerlichen Gesellschaft scheinen ein geschlossenes Ganzes zu bilden gegen die Reaktion. Der Sieg des Proletariats bringt das honette Bürgertum in die Regierung. Nur unter dem Drucke der Arbeiter werden Louis Blanc und Albert formell als Arbeitervertreter in die Regierung aufgenommen, zugleich aber kaltgestellt. Die demaskierte Revolutionsregierung zeigte sich als Klassenausschuss der Bourgeoisie.

Die Märzrevolution 1917 zeigt dasselbe Bild. Die Petersburger Arbeiter und Soldaten erkämpfen den Sieg der Revolution. Aber das Bürgertum ist es, dass sich mit einer Volte auf den Thron schwingt. Die Arbeitervertreter spielen neben den Terechtschenko u. Komp. eine Statistenrolle.

In Frankreich von 1848 arbeitet die Regierung sofort im kapitalistischen Interesse. Sicherung der Anleiheverzinsung, Versöhnung des schwer gekränkten Finanzkapitals, Bedrückung der breiten Massen, namentlich Kleinbürgertum und Bauern mit Steuern, welche diese Klassen nicht nur gegen die Regierung, sondern gegen die Revolution aufbringen mussten. Dazu Missbrauch und Verhöhnung des Proletariats. Seine Fesselung in den sogenannten Nationalwerkstätten, einer Karikatur der sozialistischen Ziele, die Bewaffnung des Lumpenproletariats gegen die Arbeiter, die Rückberufung der durch die Revolution verjagten Regimenter. Zug um Zug können wir unter der Regierung Kerenskis dieselbe Politik wenigstens in ihren Ansätzen beobachten: Schutz dem Kapital, Trutz der Arbeiterklasse!

In Frankreich zwingt der Hunger und die Aussicht auf den vollkommenen Verlust seiner revolutionären Errungenschaften das Proletariat zum Kampfe. Mit beispiellosem Mut stürzt es sich in die Junischlacht. Es wird von Cavaignac abgeschlachtet.

In Russland zwingen dieselben Verhältnisse das Proletariat zum Kampfe und es siegt und ergreift die Zügel der Regierung. Die Bolschewiks, gestützt auf die Arbeiter- und Soldatenräte, schaffen die erste Diktatur des Proletariats.

Als im Juni 1848 das Pariser Proletariat seinen großen Kampf wagte, war es als Produkt eines halbentwickelten Kapitalismus noch schwach und seiner selbst kaum recht bewusst, seine Ziele verschwommen, nur der revolutionäre Geist in der Erinnerung an eine heroische Vergangenheit mächtig in ihm. In Paris stand es einem Bürgertum gegenüber, das an Zahl mächtig war, sobald die Kleinbürger sich furchtsam von den „Kommunisten“ zurückgezogen hatten. In der politischen Zentrale vereinigte die Bourgeoisie mit großer wirtschaftlicher Kraft die ungeheuren Machtmittel des Staates in ihrer Hand. Paris aber selber stand das Land gegenüber mit der erdrückenden Übermacht seiner Bauernschaft. Diese war 1848 nicht revolutionär. Sie war im Gegenteil aufgebracht gegen die Revolution durch die Steuerpolitik der Bourgeoisierregierung, durch die sie ruiniert wurde. Die Bauern hatten ihren Mann in Napoleon den Dritten. Bei dieser Sachlage war die Erhebung des Proletariats von vornherein aussichtslos. Aber es war zu ihr gezwungen. Es konnte ihr nicht ausweichen. Es musste kämpfend untergehen.

Russland erlebt seine Revolution 70 Jahre später. In seinen Großstädten verkörpert es diese 70 Jahre Geschichte. Sie sind der Sitz einer durchaus modernen Großindustrie, mit einem Proletariat, das zu Millionen zusammengeballt, klassen- und zielbewusst ist. Es hat eine Revolution seit zehn Jahren hinter sich, deren Erfolge, obwohl sie wieder verloren wurden, sein Selbstgefühl mächtig gefördert hatten. Bei Kriegsausbruch bereitete es eine neue Erhebung vor, und während des Krieges wartete es auf den Augenblick der Schlacht. In diesen Großstädten ist das Kleinbürgertum keine ausschlaggebende Macht mehr. Das einzige Machtmittel des Zarismus wie der Bourgeoisie, nachdem diese ihren imaginären Glorienschein verloren, kann das Heer sein. Dieses aber ist durch dreijährige blutige Niederlagen und durch die revolutionäre Propaganda des Proletariats zerfressen und nicht mehr als Henkertruppe zu gebrauchen. In den Großstädten, den Brennpunkten von Wirtschaft und Verkehr, dem Sitz der politischen Gewalt, hat das Proletariat die Macht, wenn es nach ihr greift.

Wie 1848 das Pariser Proletariat ist 1917 das der russischen Großstädte gezwungen, die Hand nach dem Diadem der Macht auszustrecken. Den Lesern unserer Zeitschrift ist das verwirrende Chaos der Begebenheiten des vorigen Sommers und Herbstes entwirrt worden. Sie wissen, dass die Herrschaft der Sozialrevolutionäre und Menschewiks, dieser russischen Sozialpatrioten und Unabhängigen, weil sie den Bruch mit der Bourgeoisie nicht wagen konnten, in Wirklichkeit die Herrschaft der Bourgeoisie selbst war. Diese Regierung konnte von der imperialistischen Entente politik nicht loskommen. Sie musste das Heer in

mörderische Schlachten hineintreiben. Sie konnte die sozialen Fragen nicht lösen, konnte den Kapitalisten nicht die Wuchergewinne der Kriegsindustrie entreißen, konnte den Arbeitern kein Brot schaffen. Sie musste beständig mit allen revolutionären Schichten gegen die Revolution konspirieren, musste versuchen, die beiden revolutionären Klassen, Arbeiter und Bauern, durch eine schamlose Preispolitik gegeneinander zu verhetzen. Und sie, die Frucht der Revolution, musste schließlich versuchen, die eigene Mutter zu massakrieren; im Namen der Ordnung gegen die Anarchie! In hoc signo, im Zeichen Cavaignacs wagte es Herr Kerenski. Aber er irrte sich im Kalender. Es war nicht mehr die Sommersonnenwende von 1848, sondern die Götterdämmerung von 1917. Das Proletariat siegte.

Während der Herbstrevolution stand das Gros des Heeres, d.h. die Bauernschaft, Gewehr bei Fuß. Die Bauern verstanden von dem bolschewikischen Programm nur zwei Worte: Frieden und Land! Sie starren aus nach ihrer Scholle. Alles andere quält sie nicht. Sie sind blind für historische Notwendigkeiten. Sie wissen nicht, dass es gilt, die Revolution sicherzustellen, wenn ihre Errungenschaften geschützt werden sollen. Der Feind aber war nicht mehr die gestürzte Reaktion im Innern, es war der Kapitalismus der Welt, der sich in der Herbstrevolution getroffen fühlte. Was vor dem bolschewikischen Ausstand die Empörung gegen den imperialistischen Krieg war, die Zertrümmerung der Front, das wurde jetzt die Fahnenflucht aus dem Verteidigungssystem der Revolution. Die Bauernschaft wurde reaktionär.

In Russland bilden die Bauern die Masse des Volkes, in höheren Maße als 1848 die Bauern in Frankreich. Aber zurückgeblieben hinter einer stürmischen Entwicklung der Produktivkräfte, stumpf und dumpf, abgeschlossen von der Welt, können sie nur Mittel und Objekt, nie Subjekt der Regierungsgewalt sein. Wer die Großstädte beherrscht, beherrscht das Land, aber nicht unbeschränkt, nicht ohne Hemmungen. Das platte Land kann in Russland die Großstädte noch heute platt setzen. Und trotz der uralten kommunistischen Tradition ist auch der Muschik dem modernen Sozialismus gegenüber der antikollektivistische Bauernschädel. Auf sich selbst angewiesen, kann Russland selbst durch die stürmischste Revolution nicht für den Sozialismus reif werden. Er scheitert an der Klippe der Bauernschaft.

So hätte also Gorki mit seiner Warnung Recht gehabt. Der engschädelige Politiker des „Erreichbaren“, der auf seine Pfennigvernunft pocht, wird ihm Recht geben. Vom großen historischen Standpunkt aus hat er vollkommen Unrecht. Er kämpft mit seiner Warnung gegen Windmühlen, gegen „der Geschichte ehernes Muss“. „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegeben und überlieferten Umständen.“ Die Proletarier Petersburgs mussten die Bourgeoisieherrschaft stürzen und die Staatsgewalt in die Hand nehmen. Die Bolschewiks aber konnten keine andere als sozialistische Politik machen. Die bürgerliche Politik hatte Schiffbruch gelitten, ohne Ehre, ohne Größe. Die Bolschewiks konnten nur proletarische, sozialistische Politik machen, selbst auf die Gefahr des Zusammenbruchs, bei dem sie nichts retten als ihre Ehre. Deshalb sind sie betrogene Betrüger? Mitnichten! Nicht einmal sich selber haben sie betrogen.

Unsere Leser wissen, dass sie sich klar waren über die furchtbare Entscheidung, vor der sie standen. Sie haben sich entschieden, heldenhaft! Freilich hatten sie die Hoffnung auf die europäische Revolution. Dass sie sich damit verspekulierten, gibt das den Spekulanten a la Baisse, wie Scheidemann und Konsorten, das Recht auf Hohn und Spott? Der Hohn soll nur das Gewissen der Konterrevolutionäre beruhigen. (Wer aber heute die Bolschewiks ihrer sozialistischen Politik wegen verdammt und verhöhnt, der verdammt und verhöhnt die Schlachtopfer Cavaignacs, die Junikämpfer von Paris, der verdammt und verhöhnt Karl Marx und Ferdinand Lassalle.) Als die preußischen Reaktionäre ihren entscheidenden Sieg über die

Revolution von 1848 errungen hatten, als sie das Proletariat auseinandertrieben, beschloss das Rumpfparlament die Steuerverweigerung, eine leere Demonstration. Es war das Vernünftige, Erreichbare. Marx in Köln und Lassalle in Düsseldorf riefen zum bewaffneten Aufstand auf, denn sie erkannten die politische Notwendigkeit, sollte sich die Revolution nicht feige unterwerfen. Aber siegen konnte die Revolution nicht mehr. Die Bolschewiks unterstanden nicht nur der Forderung der politischen Situation, sondern dem historischen Zwang. Sie sind die Opfer des „großen, gewaltigen Schicksals, welches den Menschen erhebt, wenn es den Menschen zermalmt“.

Nur an einem Punkte haben die Bolschewiks versucht, ihrem Geschick zu entgehen. Als sie auf den Frieden eingingen. Wir sagen das in bewussten Gegensatz zu dem Artikel „Lieber Kerenski als Lenin“ in Nr. 18 dieser Zeitschrift wie zu dem Bernsteinschen Geschwätz. Sie mögen damit einer schnellen Niederlage aus dem Wege gegangen sein. Aber sie müssen jetzt erfahren, wie ihre Herrschaft unter den Schlägen der Konterrevolution von außen zermürbt wird. Sie gehen dem Untergang entgegen, ohne das Bewusstsein, die moralischen Werte gerettet zu haben, die jeder Niederlage im offenen Kampfe gegen die Reaktion entspringen.

Das „Hamburger Echo“ macht dazu folgende geistvollen Witze:

„Das dürfte in der Tat der wahrheitsgemäße Hergang der deutsch-russischen Friedenstragödie gewesen sein. Die Bolschewiks wurden dabei zu betrogenen Betrügnern. Erst hatten sie geglaubt, die russische Bauernmasse lasse sich als Werkzeug für die revolutionäre Bekämpfung des Imperialismus gebrauchen, und dann stellte sich heraus, dass umgekehrt diese ungelehrte Bauernmasse den geistvollen Bolschewikismus nur als Instrument benutzt hatte, um zum Frieden und zum Eigenbesitz an Land zu kommen. Ein Witz, den sich die an ironischen Einfällen unerschöpfliche Weltgeschichte schon deshalb leisten musste, weil sonst die so hoffnungsvoll begonnene russische Revolution schließlich überhaupt keinen vernünftigen Ausgang mehr gefunden hätte.“

Die ukrainische Diktatur.

In der Ukraine hat sich Herr Skoropadsky, Kosaken-Hetmann, zum Diktator aufgeschwungen. Was Herr Kerenski vergeblich versuchte, ist ihm gelungen. Am Anfang des Wonnemonats hat er seinen 18. Brumaire gemacht. Und er springt mit ganz anderem Aplomb in die Weltgeschichte hinein als Napoleon der Große und Napoleon der Kleine. Der kleine Korporal musste erst seine gewaltigen Siege errungen haben, ehe er der große Diktator werden konnte. Und der Neffe, die Parodie seines Onkels, brachte doch wenigstens den ruhmreichen, ruhmversprechenden Namen. Herr Skoropadsky entspringt dem dunklen Untergrund der Geschichte, wie Pallas Athene dem Haupte des Zeus, gerüstet vom Scheitel bis zur Sohle mit der Gewalt des Diktators. Wer ist dieser Skoropadsky? Ein Staatsmann, ein Krieger oder ein Spieler und Abenteurer? Ein Mann von Kopf oder nur eine plumpe Jaust, die blind sich vom Willen seiner Meister und Schöpfer seiner Würde lenken lässt? Nichts weiß man über ihn, außer dass Herr Pourtalis, der frühere deutsche Gesandte in Petersburg, ihn kennt und seine deutschfreundliche Gesinnung bekunden kann.

Napoleon der Große wie der Kleine brauchten zur Stütze ihrer Gewalt wenigstens die Volksabstimmung. Da sie nicht von Gnaden waren, mussten sie von Gottes Gnaden Beherrscher des Volkes sein. Herr Skoropadsky kann des heiligen wie des profanen Sockels für seinen Thron entbehren.

Dafür aber ist eine neue Verfassung vorgesehen. Ein Landtag soll berufen werden. Das Wahlrecht ist noch nicht festgelegt. Doch man braucht für Herrn Skoropadsky nicht zu zittern. Er bestimmt die „Rechte“ der Bevölkerung und er wird schon dafür sorgen, dass er dabei nicht

unter den Schlitten kommt. Welche Befugnisse der Landtag hat, steht ebenfalls noch dahin. Doch sicher wird er keine konstituierende Versammlung, welche die Formen der Staatsregierung bestimmen könnte. „Die Regierungsgewalt in ihrem vollen Umfange steht im Gebiete des ganzen ukrainischen Staates dem Hetmann der Ukraine zu.“

Aber die Verfassungsgrundsätze sind schon da. Es ist ein herrliches Programm. Die ganze Musik von 1848 lebt wieder auf. Freizügigkeit, Unverletzbarkeit der Wohnung und der Person, Versammlungsfreiheit, Pressfreiheit. Aber wohl gemerkt, jede Freiheit schleppt ihren eigenen Galgen mit: „in den vom Gesetz dafür festgesetzten Grenzen“, „für Zwecke, die dem Gesetz nicht widersprechen“ usw. Marx hat in seinem 18. Brumaire über die Verfassung des Herrn Skoropadsky schon das Nötige gesagt, als er die Verfassung der konstituierenden Versammlung von 1848 kritisierte: „Der unvermeidliche Generalstab der Freiheiten von 1848, persönliche Freiheit, Press-, Rede-, Assoziations-, Versammlungs-, Lehr- und Religionsfreiheit usw., erhielt eine konstitutionelle Uniform, die sie unverwundbar machte. Jede dieser Freiheiten wird nämlich als das unbedingte Recht des französischen Citoyen proklamiert, aber mit der beständigen Randglosse, dass sie schrankenlos sei, soweit sie nicht durch die ‚gleichen Rechte anderer und die öffentliche Sicherheit‘ beschränkt werde oder durch ‚Gesetze‘, die eben diese Harmonie vermitteln wollen. ... Die Konstitution weist daher beständig auf zukünftige organische Gesetze hin, die jene Randglossen ausführen und den Genuss dieser unbeschränkten Freiheiten so regulieren sollen, dass sie weder untereinander noch mit der öffentlichen Sicherheit anstoßen. Und später sind die organischen Gesetze von den Ordnungsfreunden ins Leben gerufen und alle jene Freiheiten so reguliert worden, *dass die Bourgeoisie in deren Genuss an den gleichen Rechten der anderen Klassen keinen Anstoß findet*. Wo sie den anderen diese Freiheiten ganz untersagt oder ihren Genuss unter Bedingungen erlaubt, die ebenso viele Polizeifallstricke sind, geschah dies immer nur im Interesse der ‚öffentlichen Sicherheit‘, d.h. der Sicherheit der Bourgeoisie, wie die Konstitution vorschreibt. ... Jeder Paragraph der Konstitution enthält seine eigene Antithese, sein eigenes Ober- und Unterhaus in sich, nämlich in der allgemeinen Phrase der Freiheit, in der Randglosse die Aufhebung der Freiheit. Solange also der Name der Freiheit respektiert und nur die wirkliche Ausführung derselben verhindert wurde, auf gesetzlichem Wege, versteht sich, blieb das konstitutionelle Dasein der Freiheit unversehrt, mochte ihr gemeinsames Dasein noch sehr totgeschlagen sein.“

Die Ukrainer, die dank der deutschen Waffen von den „Schlammfluten des Bolschewismus“ verschont geblieben sind, haben also durch die Revolution zunächst einmal die Freiheit des Usurpators erreicht. Es ist billig zu bezweifeln, ob das ukrainische Volk über diesen Tausch entzückt sein wird.

Aus allen Meldungen geht hervor, dass sich der Staatsstreich in erster Linie gegen die sozialistischen Maßregeln der früheren Regierung richtet. Nun weiß man recht wenig über jene Regierungspraxis. Umso deutlicher spricht die Tatsache, dass die alte Regierung einen heftigen Kampf gegen die Bolschewiks im eigenen Lande zu führen hatte, dass ihre Regierungsherrlichkeit zustande kam einen Sonderfrieden und dass sie sich erst von Herrn Eichhorn das Land aus den Händen der Bolschewiks reißen lassen musste. Dieser Ursprung der alten Regierungsmacht zeigt, mit was für einem Sozialismus wir es bei diesen Regierungsmännern zu tun haben. Es waren „Sozialisten“ von derselben Güte wie unsere Regierungssozialisten, die jetzt nach dem Taktstock der offiziösen Presse das Lied singen: Wegen ihrer „unzeitgemäßen kommunistischen Experimente“ sei die gestürzte Regierung zu Gegenwartsaufgaben nicht geeignet gewesen.

Aber auch diese Regierung konnte ihren Ursprung trotz aller ihrer Erbärmlichkeit nicht verleugnen. Dieser Ursprung war revolutionär. Sie musste versuchen, die revolutionären Kräfte, Arbeiter und Bauern, zufriedenzustellen. Den Arbeitern musste sie durch

Arbeiterschutzbestimmungen entgegenkommen. Die Bauern hungerten nach Land. Um sie zu befriedigen, musste der Großgrundbesitz enteignet und aufgeteilt werden. Ganz gleich, ob sie mit freudigem Herzen an diese Aufgabe gingen – heran mussten sie. Aber da rächte sich ihr Verrat an den Bolschewiks. Nicht ungestraft macht man eine national-kapitalistische Politik, wenn man aus einer Revolution des Proletariats hervorgegangen und sich von den Konsequenzen dieser Herkunft nicht freimachen kann. In solchen Fällen erhebt sich die Revolution aufs Neue und rächt die Halbheiten und Verrätereien.

Das politische Programm des Herrn Skoropadsky gipfelt in folgendem Satze seines ersten Aufrufs: „Die Rechte auf Privateigentum als die Grundlagen der Kultur und Zivilisation werden in vollem Umfange wieder hergestellt und alle Verfügungen der früheren ukrainischen Regierung und ebenso der provisorischen russischen Regierung, die diese Rechte abschafften oder beschränkten, werden abgeschafft. Es wird volle Freiheit für Kauf und Verkauf von Land wieder hergestellt.“

Das ist ein Programm, das in dieser Zeit allein die Großkapitalisten und Großgrundbesitzer befriedigen kann und soll. Nicht einmal die Kleingewerbetreibenden kann diese Parole locken, sie, die sich umso fester an den Schein des Eigentums klammern, je mehr das wirkliche Eigentum ihren Händen entgleitet. Sie haben vier Jahre Krieg und Revolution hinter sich. Mehr als anderswo hat in Russland der Krieg die Taschen der Großkapitalisten gefüllt, die der kleinen Leute geplündert. Was diese ihr Eigentum nennen, sind Schulden. Die Umwälzung hat natürlich nichts daran ändern können. Die Bauern aber werden in dem Aufrufe direkt verhöhnt, indem ihnen eine Aufteilung von Großgrundbesitz gegen volle Entschädigung der jetzigen Besitzer als möglich in Aussicht gestellt wird. Wo soll der Bauer Geld zum Landankauf hernehmen? Wie soll er künftig zu Rande kommen, wenn sein Besitz mit Hypotheken oder andern Lasten überbürdet wird? Die Konterrevolution wird den geprellten Bauern erst wirklich revolutionieren. Und dass sich die Industriearbeiter von Herrn Skoropadsky durch schöne Versprechungen ködern ließen, glaubt er selbst nicht.

So stützt sich die Diktatur allein auf die reaktionärsten Klassen. In normalen Zeiten kapitalistischer Herrschaft bedeutet das ein Stützen auf die militärische Macht. Aber in der Ukraine gibt es jetzt keine heimische Armee. Zu bilden wäre allein eine Polizeitruppe aus dem Abhub der Gesellschaft. Eine solche Truppe aber kann niemals genügen in einem so weit ausgedehnten Lande. Die Diktatur trägt von Geburt an den Todeskeim im Leibe.

Rede Lenins nach den Wahlen des Moskauer Arbeiterrats am 20. April.

Erlauben Sie mir vor allem die neue Zusammensetzung des Moskauer Rates auf das Herzlichste zu begrüßen.

Ihr habt zu einer Zeit wählen müssen, während die soziale Oktoberrevolution in eine neue Phase ihrer Entwicklung übergegangen ist. Es ist daher erklärlich, dass alle Feinde der Räteregierung große Hoffnungen auf die Wahlen des Moskauer Arbeiterrates legten. Die Arbeiter wählten aber die Kommunisten (Bolschewiks).

In diesem Moment, in einer Zeit von Niederlagen und Misserfolgen ist die Zahl derjenigen, die sich Sozialisten nennen, gesunken. Diese Wahlen haben bewiesen, wie bewusst die Arbeiter die Revolution im Ganzen einschätzen, und die Kommunisten wählend haben sie bezeugt, dass sie bereit sind durchzuhalten und alle Entbehrungen zu ertragen, um nur die Eroberungen der Oktoberrevolution zu verteidigen. Dies hat der neue Wahlkampf bewiesen, und ich glaube daher, dass unbeachtet der Schwierigkeiten der jetzigen Lage für uns eine neue siegesvolle Zeit reift.

Genossen! Ihr habt jetzt mit zwei Feinden zu kämpfen, mit einem inneren und einem äußeren. Vor dieser traurigen Tatsache sollen wir die Augen nicht schließen. Wir haben keine Armee. Wir sind nicht in der Lage, dem internationalen Imperialismus jene Kraft entgegenzustellen, mit der er rechnet und die er nur allein achtet. Wir haben das Banner des Kampfes gegen die Kapitalisten sämtlicher Länder entfaltet. Der erste Abschnitt unserer Revolution war ein Abschnitt von leichten Siegen.

Die Räteregierung hat die heikle Lage der Imperialisten benutzt, um mit dem inneren Feind fertig zu werden. Wir sind auch leicht mit den Menschewiks, Sozialisten-Revolutionären, Internationalisten von dem Schlage Gorkis und den übrigen Beinahe-Sozialisten fertig geworden, welche gegen uns mit der Waffe der Lüge und Verleumdung vom Leder zogen. Der Bürgerkrieg war beendet. Die Ermordung Kornilows durch seine eigenen Soldaten war der Schlussakt in diesem Kampfe. Freilich werden sich noch Herde finden, welche eine Konterrevolution produzieren werden. Aber wir werden ihnen ebenso unbarmherzig entgentreten, wie wir den Kornilows unbarmherzig entgegengetreten sind. Dieser Sieg brachte uns einen berausenden Erfolg und dieser Rausch machte auch einige betrunken. Aber es kommt eine schwere Zeit. Der äußere und innere Feind sammelt seine Reserven, um uns anzugreifen.

Wir erleben jetzt eine sehr schwere Zeit. Wir sind zu schwach gegen den äußeren Feind, und wer uns zum Kampf gegen diesen Feind anspornt oder ruft, der ist in Schreier oder Verräter. Unsere jetzige Taktik ist die Taktik des Lavierens. Wir ziehen uns solange zurück, und wem diese Taktik nicht gefällt, mag er auch ein linker Kommunist sein, er ist doch ein schlechter Revolutionär. (Beifall.)

Und ich gehe jetzt zu einem anderen inneren Feind über, der gefährlicher ist als Kerenski, Kornilow usw., gefährlicher, weil er nicht offen mit Waffen in den Händen uns gegenübertritt. Dieser letztere Feind war von uns in sämtlichen Ecken und Enden Russlands leicht vom Boden hinweggefegt. Es ist aber ein anderer Feind da, welcher sein Haupt erhebt und die soziale Revolution bedroht. Das, was wir bis jetzt erreicht haben, kommt bestimmt in die Geschichte. Wir haben das Parlament der Reichen vernichtet und ein Parlament der Armen erbaut, und jetzt erst kommen wir nahe zu dem schwersten Teilabschnitt der sozialen Revolution. Die Hauptsache ist noch nicht geschehen. Wir müssen die Diktatur des Proletariats errichten, eine Diktatur die das ganze Leben durchdringt, wir müssen eine Arbeitsdisziplin haben, ohne die der Sozialismus nur ein leerer Klang ist. Der andere Feind, der hundertmal stärker ist, das ist das *Kleinbürgertum*.

Der Kleinbürger, das ist der echte Feind. Er ist es, der Gegner der Proletariendisziplin, und dieser Feind stellte uns eine ungeheure zahllose Armee entgegen. Er geht in die Fabriken und Eisenbahnen, um zu rauben, was er rauben kann. Er sagt:

„Wir haben diejenigen gestürzt, die uns ausgebeutet unterdrückt und ausgesaugt haben, warum sollen wir das jetzt nicht ausnützen?“ (Großer Beifall.)

Wir konnten die Bourgeoisie stürzen, dies war leicht, aber viel gefährlicher ist dieser Kleinbürger. In jedem Kleinbürger wächst ein Kornilow, der Einzige, der in der Geschichte fähig ist, die Diktatur einer überwundenen Klasse zu stützen. Dies ist ein Feind, der auf der Wache steht, den jeder sieht und fühlt, nur nicht jeder versteht, auch nicht die, die sich mit dem Namen „linke Kommunisten“ bezeichnen.

Die Gefahr ist nicht in der Kompromisselei mit dem Großbürgertum. Dazu brauchten wir wahrhaftig nicht die Unterstützung Tschernows und Zeretellis, sondern diejenigen Sozialisten-Revolutionäre, die nichts gelernt haben und die in die Massen Phrasen werfen,

deren Sinn sie selbst nicht begreifen. Wankende Menschen brauchen wir nicht. (Großer Beifall.)

Wir erwarten jetzt eine Zeit von Arbeitslosigkeit und Hunger und jeder klassenbewusste Arbeiter muss sich fragen, wo ist der Kornilow, der uns dieses vorhandene Brot und diese vorhandene Arbeit vorenthält. Alles steht und fällt mit der Disziplin. Der Weg zum Sozialismus ist nicht nur der Weg der Überzeugung, sondern der Weg eines ungeheuren riesigen Kampfes, einer eisernen Disziplin und einer eisernen Macht. Die Diktatur des Proletariats ist nicht nur eine Macht, die Gewalt gegen die Bourgeoisie anwendet, sondern auch gegen jeden Einzigen, der während der Herrschaft der Räteregierung in dieser neuen Ordnung die alten Prinzipien und die alte Stellung zum Staate und zu der Arbeit bewahren will. Die Arbeiterdisziplin muss geschaffen werden.

Wir sehen jetzt das hysterische Wanken der Sozialisten von rechts und links. Dies ist aber nicht unser Weg. Freilich, unsere Macht ist noch die Macht des Eisens, sie ist augenblicklich ein säuerlicher Mehlbrei. Wir haben noch das Kleinbürgerement in uns nicht besiegt, das Element, dass die Organisation der Diktatur des klassenbewussten Proletariats hemmt, ohne die der Sozialismus eine Unmöglichkeit ist.

Die Lage unseres Landes, das von dem Weltkrieg ruiniert ist, ist eine sehr schwere. Wir können jede Minute zerschmettert werden. Uns wird nichts retten, wenn uns nicht die Diktatur des Proletariats retten wird. Dem verzweifelten Hin- und Herwinden muss der eiserne Wille des Proletariats entgegengestellt werden. Wir wollen nicht unbarmherzig sein, nicht nur zu den Ausbeutern, die wir bereits schon besiegt haben, sondern auch zu denjenigen aus unseren Reihen, die durch ihre Desorganisation unsere Arbeit stören. Darin besteht unsere Aufgabe. Eine langsame Arbeit des Aufbauens, eine unansehnliche Arbeit und der, den diese Arbeit langweilt, der soll nicht die Ehre haben, Revolutionär zu sein, er ist ein Feind der Arbeiterklasse. Die Wahlen zum Moskauer Arbeiterrat haben bewiesen, dass wir den richtigen Weg gehen. Und mag der Weg noch so schwer sein, wir sind unbesiegbar. (Großer Beifall)

Aus unserm politischen Tagebuch.

20. Mai.

Zum 100. Male jährte sich der Todestag [?] des Titanen, der die Proletarier aller Länder zum Kampf wider das Kapital und die bestehende Gesellschaftsordnung aufgerufen hatte. 100 Jahre gewaltigen Aufstieges der Arbeiterbewegung und - ihres schließlichen Zusammenbruches! Völkermord und Hass führen das Zepter und die Sozialisten reisen im Gefolge ihrer Herrscher. Die englischen Arbeiter beschließen, Wilsons Befreiungskampf zu unterstützen, die deutschen Sozialpatrioten ziehen einen Trennungsstrich zwischen sich und den Bolschewisten, indes die französischen Sozialisten der Maifeier entsagten zur Verteidigung der nationalen Rechte.

Währenddessen wurde das Andenken Marxens in Festversammlungen und zahllosen Artikeln gefeiert von der österreichischen Sozialdemokratie, einer Partei, die über eine ganze Anzahl, der tüchtigsten Köpfe verfügt, von Karl Renner bis Friedrich Adler. Sie, die der Seele Zwiespältigkeit in sich trägt, wie keine andere, weil alle ihre Wortführer durchdrungen sind von der Richtigkeit ihrer taktischen Haltung, von den Leuthner'schen Sozialimperialisten bis zu den Sumpffisten Otto Bauer, beugt das Haupt vor dem richtenden Vater:

„Karl Marx! An deiner Wiege unsern Eid!“

und

„Arbeitend Volk, tritt an zum letzten Gang:
Die Zeit ist reif! Das Reich ist dein!“

ruft O. W. Payer-Renner, jener Renner, der die Masse beschwichtigt und beruhigt, weil der Übergang zum Sozialismus sich auf gütlichem Wege vollziehen lässt.

Wie wirkt diese Selbstverhöhnung aber erst in dem Munde eines Ellenbogen: „Klassenkampf ist zu führen mit *allen Methoden*, vom Revisionismus bis Bolschewismus!“ Der Verrat des Proletariats, das Schachern mit den Herrschenden scheint ihnen Klassenkampf zur Erreichung des Sozialismus, und deshalb glauben die Renners an die Erneuerung des österreichischen Staates, weil der Kapitalismus nur überwunden werden kann mit kapitalistischen Mitteln „auf dem Boden der Ordnung, die der Kapitalismus geschaffen hat“, denn der Kapitalismus schafft „selbst seine Totengräber, das ist die Arbeiterklasse, und er gibt ihr die Instrumente, mit denen er einst begraben wird“.

Ja, zum opferreichen Kampfe hat Marx das Proletariat aufgerufen, und dieser Kampf richtet sich gegen *alle Stützen* der kapitalistischen Ordnung, vom großkapitalistischen Imperialismus bis zum sozialpatriotischen Revisionismus. Wenn Ellenbogen den „verschiedenen Richtungen“ wohlwollend zuruft; „Macht nur so weiter, eure Opfer sind gut, wenn sie nur die Parteieinheit nicht gefährden!“, so wollen wir darauf hinweisen, wie die deutschen Sozialpatrioten geistig syndiziert sind mit ihrer Regierung. Eine Einheit zwischen Revisionismus und Klassenkampf kann es so wenig geben, wie zwischen Imperialismus und Demokratie: das mögen sich die „marxistischen“ Sozialpatrioten von Ellenbogen bis zu Bauer gesagt sein lassen!

Feuilleton

Siesta.

Mademoiselle Adele lachte.

„Verzeihung!“ bat sie, „ich weiß, die Amerikaner nehmen es übel, wenn man sie für Engländer hält.“

„Ich bin auch kein Amerikaner,“ erwiderte der Fremde.

Dies war zu viel für Mademoiselle Adele. Sie beugte sich über ihren Teller und sah sehr verdrießlich aus. Denn sie merkte gar wohl, dass Mademoiselle Louison, welche ihr gegenüber saß, sich an ihrer Niederlage ergötzte.

Der fremde Herr verstand dies und fügte halblaut hinzu: „Ich bin Irländer – Madame!“

„Ah!“ sagte Mademoiselle Adele mit einem dankbaren Lächeln; denn sie war leicht zu versöhnen.

„Du, Anatole! – Irländer – was ist das?“ flüsterte sie

„Das sind die Armen in England,“ flüsterte er zurück.

„So! – hm!“ – Mademoiselle Adele zog die Augenbrauen empor und warf einen scheuen Seitenblick auf ihren Nachbarn zur Rechten; er hatte mit einem Schlage ihre ganze Teilnahme eingebüßt.

De Silvis' Diner war ausgezeichnet. Man hatte lange bei Tisch gesessen, und wenn Monsieur Anatole an die Austern zurückdachte, mit denen man angefangen, kamen sie ihm vor, wie ein schöner Traum! Die Trüffel hingegen hatten ihm ein bleibendes Andenken zurückgelassen.

Das eigentliche Diner war vorüber: hier und da streckte sich eine Hand nach einem Glase aus, suchte zwischen den Früchten oder den kleinen Dessertkuchen umher.

Die gefühlvolle, blonde Mademoiselle Louison verfiel in tiefes Sinnen über eine Traube, welche sie in ein Champagnerglas fallen ließ. Kleine, winzige, blanke Luftblasen setzten sich fest um die Schale herum, und als diese ganz und gar mit den glänzenden, weißen Perlen bedeckt war, hoben letztere die schwere Traube durch den Wein an die Oberfläche des Glases empor.

„Sehen Sie,“ sagte Mademoiselle Louison und wandte die großen schwimmenden Augen dem Journalisten zu. – „sehen Sie, wie weiße Engel einen Sünder gen Himmel tragen!“

„Ah! – charmant – Mademoiselle! welch ein erhabener Gedanke!“ rief der Journalist entzückt.

Mademoiselle Louisons erhabener Gedanke machte die Runde um den Tisch und fand vielen Beifall. Nur die leichtsinnige Adele flüsterte ihrem dicken Liebhaber zu: „Es würden wahrhaftig eine ganze Menge Engel dazu gehören, um dich in den Himmel hinaufzutragen, Anatole!“

Der Journalist erfasste inzwischen den Augenblick und wusste die allgemeine Aufmerksamkeit zu fesseln. Außerdem war er auch froh, einem mühseligen, politischen Disput mit dem Deutschen zu entgehen; und da er das rote Band im Knopfloch hatte und dazu den überlegenen Zeitungston, hörte die ganze Gesellschaft ihm zu.

(Schluss folgt.)

Berichtigung.

In das Feuilleton in unserer Nummer 19 über die Prometheusmythe hat sich neben anderen auch ein hässlicher sinnenstellender Fehler eingeschlichen. Promathein heißt nicht „vorherrschen“, wie dort gesagt ist, sondern „vorhersehen“, Prometheus also der Vorhersehende und Epimetheus der Nichtvorhersehende.

Verantwortlich: Frau Ahrens: Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 23/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 8. Juni 1918.

Nr.23

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Der Parlamentarismus im Dienste des Sozialismus.

Von Fritz Frenken.

Seit langer Zeit tobt in allen Ländern ein heftiger Streit um das parlamentarische System, der besonders in Deutschland durch die preußische Wahlrechtsfrage mit aller Leidenschaft von Neuem entbrannt ist. Es ist deshalb angebracht, den Parlamentarismus in Bezug auf seine Wirksamkeit zur Einführung des Sozialismus einer genaueren Betrachtung zu unterziehen.

Für den Sozialisten kommen hierbei in der Hauptsache zwei Punkte in Frage:

1. Welche Dienste hat der Parlamentarismus bis jetzt dem Proletariat geleistet?
2. Wie muss der Parlamentarismus aufgefasst und zu einem Werkzeug des Sozialismus angewendet werden?

Bei der Beurteilung dieser beiden Hauptpunkte muss man natürlich immer von der Voraussetzung ausgehen, dass sich hier zwei Welten in unversöhnlichem Kampfe gegenüberstehen. Hier die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung, dort die sozialistische Gesellschaftsordnung. Entgegen aller, von vielen „Genossen“ betriebenen Harmonieduselei soll hier nochmals klar und unzweideutig hervorgehoben werden, dass zwischen beiden Weltanschauungen keine Einigungs- und Verschmelzungsmöglichkeit eintreten kann – die eine hebt die andere vollständig auf – es besteht zwischen beiden ein Kampf auf Leben und Tod.

Die Geschichte hat es im vorigen Jahre mit wuchtigem Hammerschlag erhärtet bei dem System Kerenski in Russland, und die Geschichte wird diese Tatsache von Neuem erhärten bei jedem Versuch, einen bürgerlich-demokratisch-sozialistischen Mischmasch zum Regime zu erheben. Das sollten sich ganz besonders die Unabhängigen gesagt sein lassen unter Führung des Herrn Bernstein.

Die Untersuchung darüber, was der Parlamentarismus aller Länder bis jetzt dem Proletariat für Vorteile gebracht hat, kann denn auch nichts Wesentliches ergeben. Um gleich bei dem am parlamentarischsten regierten Land, England, zu beginnen, kann zusammenfassend gesagt werden, dass die Klassenlage des englischen Proletariats seit Bestehen des vielgerühmten

Parlamentarismus kaum verbessert wurde. Dasselbe trifft zu in Bezug auf Amerika und Frankreich. Bei diesen drei Staaten, deren Freiheit, Demokratie und Volkstum besonders von deutschen Sozialpolitikern über Gebühr als vorbildlich und nachahmenswert gerühmt wurde, tritt klar der Brennpunkt des ganzen Problems in die Erscheinung, nämlich, dass von diesem im Dienste des Kapitals und der höheren Gesellschaftsklassen stehenden Parlamentarismus kein Schritt vorwärts getan wird zum Sozialismus.

In Deutschland ist das in noch krasserer Weise der Fall. Alle Gesetzesvorlagen, Verfassungsfragen, sozialpolitische Maßnahmen sowie der ganze ungeheure Wust der Petitionen und Anträge der Parteien wird in den Parlamenten ganz im Sinne der jeweiligen bürgerlichen Vertreter „bearbeitet“. Vielfach häuft sich das Material derart, dass es rein unmöglich ist, alles gewissenhaft durchzusehen, geschweige zu bearbeiten, sodass ganze Berge solchen Materials als unerledigt bei Schluss einer Parlamentsperiode liegen bleiben. Dadurch, dass ein neugewähltes Parlament das alte ablöst, wird an diesem Zustand nichts geändert, auch wenn es etwas demokratischer aussehen sollte als das vergangene. Es verfährt immer in der Hauptsache nach dem Muster der „altbewährten“ Praxis.

Es ist nicht schwer zu erkennen, was bei einem solchen Gang der parlamentarischen Maschinerie für das arbeitende Volk herauskommt. – Nichts! Ob nun die Hertling-Payer oder die Scheidemänner im Parlament ausschlaggebend sind – sie sind, wenn sie wirklich den guten Willen hätten, sozialistische Politik zu betreiben, stets zur Ohnmacht verurteilt unter dem heutigen kapitalistischen Regime. Der Austrag aller Gegensätze kann eben niemals innerhalb der Parlamente, sondern nur außerhalb derselben stattfinden.

Was bis jetzt bei der Arbeiterschutzgesetzgebung, Einschränkung der furchtbarsten Auswüchse kapitalistischer Ausbeutung und Vernichtung an Volksgesundheit, an Schutzgesetzen auf hygienischem Gebiet gegen Krankheit und Sterblichkeit, auf dem Gebiet der allgemeinen Bildung in Schulfragen usw. erreicht wurde, das war gerade so viel, als im Interesse dieser bürgerlichen Gesellschaft gelegen war. Dem in den kapitalistischen Trittmühlen schwitzenden Proletariat gab man nur deshalb etwas Luft, Nahrung und Freiheit, um es besser und gewinnbringender ausbeuten zu können. Die Kapitalisten haben längst einsehen gelernt, dass bei etwas längerer Lebensdauer der Arbeiter ihr Profit erheblich steigt. Das wurde von manchem bürgerlichen Parlamentarier ganz offen ausgesprochen. Trotzdem beweist der Krieg treffend, dass alle parlamentarische Reformarbeit für die Katz war, heute sind nur noch einige elende Scherben davon übriggeblieben.

Die heutige werktägliche Praxis in den Munitionsbetrieben, der Lebensmittelwucher und die Lebensmittelfälschung beweisen es täglich und stündlich, dass diese papiernen Gesetze längst in Fetzen gerissen wurden. Soweit man aber überhaupt von parlamentarischen Früchten reden kann, sind diese den Vertretern der bürgerlichen Gesellschaft in den Schoß gefallen und besonders die Junker und Magnaten haben es ganz vorzüglich verstanden, diese Vorteile zu ihrem Nutz und Frommen auszunützen.

Wir sehen also, dass alle Mühe und aller Schweiß der Arbeitervertreter in den Parlamenten nur unfruchtbare Sisyphusarbeit gewesen sind, dass kein Jota in der Richtung des Sozialismus erreicht wurde. Bei oberflächlicher Beurteilung klingt das absurd. Man fragt von der Gegenseite – insbesondere die Strategen der Generalkommission reiten dieses Steckenpferd – ob denn die gesetzlichen Verbesserungen für Arbeiterschutz und Reichstarife keine grundlegenden Änderungen bedeuten? Mit Verlaub, ihr Herren, – nein! Ich betone nochmals, alles dies lag im Lebensinteresse dieser bürgerlichen Gesellschaft, hat aber absolut nichts zu tun mit Sozialismus.

Und dann noch ein wichtiger Punkt! In den entscheidenden Fragen der auswärtigen Politik, bei Handelsverträgen, Kolonialfragen, Krieg usw. hatten die sozialdemokratischen

Parlamentarier nur mehr oder weniger die klägliche Rolle als Statisten zu begleiten, ohne den geringsten Einfluss ausüben zu können. Am 4. August 1914 trat dieser Punkt besonders grell in die Erscheinung. Wie wurden bei dem Wahlsieg 1912 die eroberten 110 sozialdemokratischen Mandate als eine weltumwälzende Großtat in der ganzen Internationale besungen und der baldige Untergang der bürgerlichen Gesellschaft von den Enthusiasten prophezeit, und wie kläglich ist diese Hoffnung bankerott geworden. Schlimmer als die sozialdemokratische Vertretung im Parlament Schiffbruch erlitten hat, konnte es keiner bürgerlichen Partei passieren. Das lag an der seit Jahren anezogenen Wankelmütigkeit und Oberflächlichkeit der Führer, die den Massen ebenfalls suggeriert worden ist, war doch der heilige Parlamentarismus das A und O der Bewegung, das ersehnte Ziel heißer Erörterungen auf den Pateitagen.

Jedoch der Parlamentarismus war bis heute nichts anderes als das Feigenblatt des inneren Verfalls einer großen Partei, ausgenützt von der bürgerlichen Gesellschaft zur Entsozialisierung des Proletariats. Unter dem heute bestehenden System innerhalb der sozialdemokratischen Partei wird das auch niemals anders werden können. Herr Breitscheid spottet zwar in der unabhängigen Presse über den vermüllerten Parlamentarismus der Regierungssozialisten, indessen sind wir der fröhlichen Meinung, dass der verbreitscheidete Parlamentarismus der Unabhängigen auf genau derselben Stufe steht, – die Schaukelpolitik der Arbeitsgemeinschaft vom ersten Tage ihres Bestehens an spricht hierfür Bände.

Der Parlamentarismus unter dem heute herrschenden kapitalistischen System kann also für das Proletariat nichts Ersprößliches zeitigen. Das Einzige, wozu die Parlamentstribüne im Interesse der leidenden Menschheit benutzt werden kann und muss, ist, dass von hier aus die Zustände dieser Gesellschaft bloßgelegt werden, ihren tieferen Ursachen nachgegangen wird, dem Volk die Wahrheit über die Interessengegensätze, die zum Krieg geführt haben, klar gemacht, und der entschiedenste Kampf gegen alles, was dem Sozialismus feindlich gegenübersteht, geführt wird. Wenn das in den Parlamenten nicht durchführbar ist, dann hat der Parlamentarismus im Interesse des Proletariats überhaupt jeden Wert verloren.

Die Männer der „praktischen Arbeit“ mit ihrer „Realpolitik“ mögen so alt werden wie Methusalem, für den Sozialismus schaffen sie nichts. Ihre Heilsbotschaft, dass mit der Verwirklichung des parlamentarischen Systems dem Volk aus allen Nöten geholfen sei, ist nichts weiter als eine schillernde Seifenblase, bei deren Zerplatzen eine höchst unangenehme Ernüchterung eintritt. Uns kann es deshalb auch ziemlich gleichgültig sein, ob das Resultat der letzten Zwickauer Wahl einen Abhängigen oder einen Unabhängigen in den Reichstag beordert – Sozialismus wird von Beiden nicht betrieben.

Die Wahl in Zwickau, die eine zweite schlimmere Niederlage nach Niederbarnim für die Unabhängigen bedeutet, wird sie wohl bald zum Bewusstsein bringen, dass der Zeitpunkt nicht mehr fern ist, wo Herr Ledebour mit Herrn Büchner verwaist und verlassen von ihren Fraktionskollegen die Reichstagsessel drücken werden. Also, vereinigt euch, ehe es zu spät ist, damit überall Klarheit geschaffen wird.

Wirklichkeit und Einbildung in der linksradikalen Bewegung.

Von Julius Dickmann, Wien.

Radikal sein, ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst. Marx (1844).

1. Österreichische Theorie der deutschen Praxis.

Es war für mich leicht vorauszusehen, dass meine Ausführungen über die Probleme des Jungsozialismus in Österreich bei den Lesern der „Arbeiterpolitik“ in diesen Punkten auf Widerspruch stoßen werden.¹¹ Aber offen gestanden war es auch ein Nebenzweck meines Artikels. Nur ein Nebenzweck. In der Hauptsache sollte er dazu dienen, der aufkeimenden jungsozialistischen Bewegung in Österreich eine Plattform für den Prozess ihrer Selbstverständigung zu bieten. Inhaltlich war mein Aufsatz die praktische Nutzenanwendung meiner Ausführungen über die „Formwandlung des Klassenkampfes“ im Februarheft des Wiener „Kampf“. Die Polemik der „Arbeiterpolitik“ gegen mich gibt mir Veranlassung, meine Anschauungen ausführlicher darzulegen.

Es ist eine harte Arbeit für uns, die jüngste Generation des Sozialismus in Österreich, uns in dieser wildbewegten Zeit im Widerstreit der Meinungen zurechtzufinden. Was sich in Deutschland mit seiner gesunden politischen Atmosphäre, mit seinen klar ausgeprägten Gegensätzen sowohl innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft als auch innerhalb der Arbeiterbewegung leicht bewerkstelligen lässt, der Zusammenschluss Gleichstrebender zum gemeinsamen Handeln, die Scheidung der Gruppen nach klaren, festen Losungen, das ist in Österreich ein schwieriges verwickeltes Problem. Hier sind wohl die Klassengegensätze sehr entwickelt, aber in nationale Gegensätze verkleidet, daher unübersichtlich, in ihrer Stärke ununterbrochen wechselnd. Innerhalb der Arbeiterbewegung sind vorläufig kaum die ersten Regungen sichtbar, welche die kommenden Konflikte vorausahnen lassen. Diese Arbeiterbewegung befindet sich aber auch in den verschiedenen Teilen des Reiches auf einer sehr verschiedenen Stufe der Entwicklung.

In Deutschland, wo die Sozialdemokratie durch ein halbes Jahrhundert ihre historische Mission der Erweckung und Aufklärung des Proletariats im ganzen Lande gleichmäßig erfüllte, ist jetzt, nachdem sich die alten Formen der Bewegung überlebt haben, der Übergang zu den neuen Formen eine verhältnismäßig viel einfachere Aufgabe als in dem buntscheckigen Österreich mit seinen zehn Arbeiterparteien, mit ganzen Landstrichen, welche noch kaum vom alten sozialdemokratischen Pfluge urbar gemacht wurden, und in denen wir schon die neuen Formen des proletarischen Kampfes propagieren sollen, ehe noch die alten Formen ihre historische Rolle ausgespielt haben.

Und dann: Wenn man so als Außenstehender die Krise in der deutschen Arbeiterbewegung betrachtet, so wird man trotz alledem den Eindruck empfangen: Es ist das ein kerngesunder, kraftstrotzender Körper, der da um einen neuen Lebensinhalt ringt und *aus sich heraus* etwas Neues, Höheres gebären wird. In Deutschland ist die Spaltung ein Mittel des Fortschritts. Nicht so in Österreich. Hier hat sich die Arbeiterbewegung seit jeher in der Weise vorwärtsentwickelt, dass sie sich die neugewonnenen Formen der ausländischen Arbeiterbewegung organisch angliederte. Hier, wo das Bürgertum es nie zu einem entwickelten großzügigen Parteiwesen gebracht hatte, wo die Sozialdemokratie überhaupt die einzige Partei nach modernen Begriffen ist, hier in diesem unfruchtbaren politischen Sumpf ist die Spaltung gleichbedeutend mit Zerrüttung, mit dem Rückfall in die bornierteste Kleinbürgerei. Das hat die separatistische Krise zur Genüge bewiesen. Fortschreiten, das bedeutet bei uns nicht spalten, sondern aus den Spaltungen anderer lernen.

¹¹ Vergleiche die Nummern 12, 13 und 19 der „Arbeiterpolitik“

Mit seiner wirtschaftlichen Rückständigkeit, inneren Zerrissenheit und der ungelösten nationalen Frage, erinnert Österreich schon äußerlich an das Deutschland vor 1870. Aber die Ähnlichkeit ist noch tiefer zu finden. Was der junge Marx einst vom deutschen Bürgertum sagte, das gilt heute von den österreichischen Sozialisten: „Wir sind theoretische Zeitgenossen der Gegenwart, ohne ihre historischen Zeitgenossen zu sein.“ Die inneren Kämpfe in der deutschen Arbeiterbewegung erleben wir daher vorläufig nur in Gedanken, so wie die Deutschen vor 1848 die westeuropäischen Klassenkämpfe nur in Gedanken erlebten. Aber auch umgekehrt.

Wie die deutschen wissenschaftlichen Sozialisten durch die Beobachtung westeuropäischer Klassenkämpfe zur Erkenntnis der *ökonomischen* Grundlagen derselben gelangten, um dann auf der Basis der neugewonnenen Theorie den Klassenkampf im eigenen Lande in methodischer wissenschaftlicher Weise zu führen, so haben wir Jungsozialisten Österreichs nicht einfach die linksradikale Bewegung, wie sie sich aus den besonderen deutschen Zuständen urwüchsig entwickelte, nach Österreich fix und fertig zu übertragen, sondern erst die inneren Kämpfe in der deutschen Arbeiterbewegung zu beobachten, die materiellen Wurzeln der verschiedenen Richtungen zu untersuchen, um so den radikalen Sozialismus den österreichischen Verhältnissen anzupassen und unseren Kampf gegen die alte Sozialdemokratie methodisch und wissenschaftlich zu führen.

Im Folgenden will ich versuchen den deutschen Linksradikalismus vom Standpunkt eines Österreicher zu kritisieren. Eine Ideologie zu kritisieren, heißt sie nicht widerlegen, sondern sie in ihrer historischen Bedingtheit und ökonomischen Bestimmtheit untersuchen. Es handelt sich also nicht darum den Linksradikalismus nach bekannten Mustern theoretisch zu „vernichten“. Im Gegenteil, ich will seine Taktik und Ideologie aus bestimmten materiellen Interessen und Kampfbedingungen entwickeln und begründen. Um bei den Lesern der „Arbeiterpolitik“ kein Vorurteil gegen mich aufkommen zu lassen, betone ich schon hier, dass ich den Grundfragen, nämlich in der Stellung zum Kriege, den neuen Aktionsmethoden des Proletariats und in der Forderung einer selbständigen Organisation der radikalen Elemente, vollkommen mit der „Arbeiterpolitik“ übereinstimme. Worin wir uns unterscheiden, das ist die Begründung dieser Stellungnahme, dann die Auffassung des Staates und endlich die Taktik gegenüber den Parteimehrheiten.

Man könnte einwenden, dass es wenig auf die Begründung eines Standpunktes ankommt, wenn man ihn praktisch einmal akzeptiert. Allein bei uns handelt es sich darum, den echten Kern des deutschen Linksradikalismus von seiner spezifisch reichsdeutschen ideologischen Hülle zu befreien, um ihn nach Österreich zu verpflanzen. Wir müssen von den deutschen Linksradikalen lernen, aber wir wollen kritische, selbständige Schüler sein. Dazu gelangt man nur im Wege einer theoretischen Auseinandersetzung. Ich hoffe, sie wird uns nicht entzweien, sondern im Gegenteil verständigen.

2. Der Staatskapitalismus.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratie steht die Frage nach unserem Verhältnis zum Staate. Man erörterte das Problem zuerst in Bezug darauf, wie wir uns in den Konflikten unter den Staaten zu verhalten haben, ob wir im Kriege für den Staat, in dem wir leben, Partei ergreifen sollen. Aber bald zeigte es sich, dass die Frage eine andere Seite hat, die uns im Frieden wird beschäftigen müssen. Die Umlerner traten mit einer neuen Theorie hervor, welche aber vielfach an Lassalles Ansichten über den Staat erinnert. Der heutige Staat sei wohl gegenwärtig in der Macht unserer Gegner, aber wir könnten durch eine praktische Interessenpolitik, die sich auf den Boden des bürgerlichen Staates stellt und den revolutionären Träumereien den Laufpass gibt, uns diesen Staat Stück für Stück erobern,

ihm einen neuen sozialen Inhalt geben und so ohne gewaltsame Umwälzungen zum „Zukunftsstaat“ gelangen. Diese Theorie ist – seien wir doch gerecht – keineswegs die Preisgabe des Klassenkampfes, sondern „nur des revolutionären Klassenkampfes“

Der Kampf soll ja weiter von Klasse zu Klasse geführt werden. Aber seine Methode soll *friedlich* sein. Er erfordert eine gute Organisation der Wählerschaft, welcher es auf unmittelbare praktische Erfolge ankommt, eine ausgebreitete Presse, eine *kluge* Politik wechselnder Allianzen mit den besitzenden Klassen und gute Beziehungen zur Regierung.

Insofern es sich hier nur um die friedliche Form des Klassenkampfes handelt, ist diese Theorie nur eine Neuaufwärmung des alten Revisionismus. Was aber die Umlerner wie Cunow, Renner, Lensch von den David und Bernstein streng unterscheidet, ist die Richtung, welche sie einem so geführten Klassenkampf vorschreiben. Sie wollen den Staat auf Kosten der besitzenden Klassen stärken. Sie wollen die fortgeschrittenen Industrien in Staatsmonopole verwandeln, dafür die heutigen Herren dieser Industrien durch Renten abfertigen. Sie wollen so den Produktionsprozess zwar noch nicht vergesellschaften, aber langsam zentralisieren, rationalisieren. Diese Politik hat bei den heutigen fiskalischen Nöten der Regierungen viel Aussicht auf Erfolg. Unzweifelhaft gehen wir heute einer Ära des kollektivistischen Staatskapitalismus entgegen. Die Umlerner rechnen nun damit, dass der Staat in seinen Monopolisierungsbestrebungen nicht bei allen bürgerlichen Parteien die nötige Gegenliebe finden wird, daher die Hilfe der Arbeiterklasse dankbar würdigen muss und ihr dafür einen Einfluss auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen in den Monopolen einräumt.

Mit vielem Recht weisen die Marxisten vom Zentrum darauf hin, dass eine solche Politik die Wiedergeburt des Lassalleanismus bedeute. An die Stelle der Forderung staatlich unterstützter Produktionsgenossenschaften tritt nur, dem Wandel der Zeiten entsprechend, die Forderung staatlich bewirtschafteter Industrien.

Dieser Vergleich ist richtig, aber wie alles Vergleichen der Zentrumsleute nicht zu Ende gedacht.

So kennzeichnet z.B. in einer Polemik gegen Renner, Karl Mann die Stellung von Lassalle und Marx zum Staate:

„Lassalle betrachtete nicht die Regierung, sondern die Bourgeoisie als den nächsten und letzten Feind des Proletariats. Er strebt die Kooperation des Proletariats mit der Regierung gegen die Bourgeoisie an. ... Marx dagegen betrachtete den liberalen Staat, in dem die Regierung ein Vollzugausschuss der Bourgeoisie ist, als eine höhere Staatsform, als den von der junkerlichen Bureaukratie regierten Obrigkeitsstaat. Das Proletariat solle die Bourgeoisie im Kampfe gegen die Regierung unterstützen ... es solle zunächst die Bourgeoisie in den Sattel setzen, um dann den Kampf gegen sie aufzunehmen.“ („Kampf“ 11, Seite 210.)

Daraus schließt Karl Mann, dass Renner, der die Oberhoheit des Staates über die österreichischen Nationen verlangt, ein Lassalleaner ist, er dagegen mit seiner Forderung der Gebietshoheit der Nationen ein Marxist sei.

Nun, ich bin sicherlich ein radikaler Sozialist und nichts liegt mir ferner als die Stärkung der kapitalistischen Staatsgewalt, aber das muss ich schon sagen:

Wenn mir keine andere Wahl bliebe, als mich zu entscheiden zwischen den Neulassalleanismus Renners und dem Altmarxismus Karl Manns, ich mich unzweifelhaft für den ersteren entscheiden würde.

Denn, was hier Karl Mann vollständig übersieht, dass ist die gänzlich umgewandelte historische Situation seit der Agitation Lassalles bis heute. Gegenüber dem absolutistischen

Obrigkeitsstaat um die Mitte des vorigen Jahrhunderts mit seiner feudal-zünftigen Bevormundung des entstehenden industriellen Kapitalismus, bedeutete die Herrschaft der liberalen Bourgeoisie einen wirtschaftlichen und politischen Fortschritt, die Entfaltung der Produktivkräfte, freie Konkurrenz, Konzentration des zersplitterten Kapitals, Freizügigkeit und Koalitionsrecht. Die Verwirklichung der Lassalleschen Forderung dagegen bedeutete, selbst wenn sie ganz nach den Absichten ihres Urhebers ausgefallen wäre, neben der Stärkung des Obrigkeitsstaates eine Einschnürung der Produktivkräfte und Verewigung der Zwergbetriebe.

Heute aber? Politisch ist ja der Liberalismus in Deutschland nie zur Herrschaft gekommen. Dafür hat er sich wirtschaftlich ausgelebt und ist auch heute schon längst überlebt. Gerade die fortgeschrittensten Schichten der Bourgeoisie haben den Liberalismus fahren lassen. Der wirtschaftliche Liberalismus hat seine historische Aufgabe getan. Wenn heute der imperialistische protektionistische Staat dessen Erbschaft antritt und eine Ära des Staatskapitalismus beginnt, so bedeutet das gegenüber dem individualistischen Kapitalismus einen Fortschritt.

Wie wenig dies ein Fortschritt zum Sozialismus ist, das werden wir noch sehen. Aber so viel steht fest: Die Rückkehr zum Liberalismus wäre wirtschaftlich reaktionär. Vom individualistischen Kapitalismus geht der Fortschritt entweder zum Sozialismus oder zum Staatskapitalismus. Da die Arbeiterklasse den Kampf um den Sozialismus nicht aufgenommen hat, die radikalen Sozialisten vorläufig nur einen geringen Anhang unter den Arbeitern besitzen, können wir zwar den Sieg des Staatskapitalismus über den Liberalismus ebenso wenig begrüßen, wie wir den Sieg des Kapitals über den Kleinbetrieb früher begrüßten, aber wir müssen ihn registrieren und mit ihm als gegebener Größe rechnen.

Man sieht also: Wenn Marx im Jahre 1864 gegenüber Lassalle Recht hatte, so wäre er heute im Unrecht, wenn er heute bei der vollständig verschiedenen Situation in derselben Weise argumentieren würde. Nur können wir mit aller Sicherheit annehmen, dass er diese Argumentationsweise dem marxistischen Zentrum überlassen würde.¹²

¹² Die Nutzenanwendung für das österreichische Problem, Staat oder Nation, lässt sich unschwer ableiten: Die Linke verlangt in ihrem Programm die Gebietshoheit der Nationen, die Wahl von besonderen konstituierenden Nationalversammlungen für jede Nation, welche dann untereinander Verträge abschließen. Aber worin wird sich dann die tschechische Nationalversammlung z. B. von dem heutigen parlamentarischen Tschechenklub unterscheiden? Worin die polnische Nationalversammlung vom Polenklub 1916-1917, als noch Sozialisten darin saßen? Die deutsch-österreichischen Sozialdemokraten brauchten sich nur mit den Deutschbürgerlichen an einen gemeinsamen Klubtisch zu setzen und die deutsche Nationalversammlung ist fertig. Dann aber Verträge! Aber Klofac und Wolf wollen sich gar nicht vertragen. Wie kommen Verträge zustande? Auf Grund der Machtverhältnisse der Nationen. Wie werden Machtverhältnisse souveräner Nationen in der heutigen Gesellschaft gemessen? Durch Kriege. Wer erzwingt die Geltung der Verträge? Wiederum nur Kriege. Man sieht, wie kriegerisch das Selbstbestimmungsrecht der Linken ist.

Wenn die Verfasser dieses Programms der Meinung sind, dass ihre Stellung zu Renner dem Gegensatz zwischen Marx und Lassalle entspricht, so scheint mir eine andere Parallele weit mehr naheliegend. Als die Lösung der deutschen Frage 1866 akut wurde, stellte

Die Verbindung der Arbeiterklasse mit den bürgerlichen Gegnern des Staatskapitalismus ist erstens politisch aussichtslos, weil es recht erbärmliche Bundesgenossen wären, zweitens bedeutete sie wirtschaftlich einen Rückschritt. Diese Allianz überlassen wir am liebsten den „Unabhängigen“.

Die Verbindung der Arbeiterklasse mit der Staatsgewalt, so wie es die Umlerner befürworten, um den Staatskapitalismus zu fördern, würde diese Staatsgewalt außerordentlich stärken, die politische Reaktion auf lange Zeit stabilisieren und da sie für uns Radikale absolut unannehmbar ist, die Arbeiterklasse notwendig entzweien. Aber der Staatskapitalismus würde, wenn mit Unterstützung der Umlerner durchgeführt, die Konzentration der kapitalistischen Wirtschaft beschleunigen, den Produktionsprozess rationalisieren, die Produktivkräfte fortentwickeln. Er würde immer größere Massen von Proletariern einen einzigen Ausbeuter, dem Staat, gegenüberstellen, dadurch den gewerkschaftlichen Kampf unmittelbar zu einem politischen gestalten, die Massenaktionen zentralisieren und vereinheitlichen. Die Staatsgewalt müsste sich dann an den alten Grundsatz „teile und herrsche“ erinnern. Sie müsste die hinter den Sozialpatrioten stehende breite Schicht, die sogenannte „Arbeiteraristokratie“, für sich durch kleinere oder größere Konzessionen zu gewinnen suchen.

Winnig mag sich in dem von der „Arbeiterpolitik“ zitierten Artikel gewiss allzu große Illusionen machen, aber die Umlerner haben in der Sache vollkommen recht. Das kommende „Sozialrecht“ wird allerdings vor allem dieser bevorzugten Schicht der Arbeiteraristokratie zugutekommen. Sie wird trachten, sich auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft wohnlich einzurichten. Das kann ihr auch in weitem Maße gelingen. Kommen die Massen in Bewegung, dann wird sie sich an ihre Spitze stellen, um den revolutionären Strom auf ihre reformistische Mühle zu leiten. Werden ihre reformistischen Forderungen von der Regierung erfüllt, dann schließt sie einen Kompromiss und wiegelt die Massen ab.

Sollen wir uns vielleicht über diese Komödie entrüsten? Das tun nur alte Weiber. Wir erkennen in dieser Politik unserer Brüder die gutbekannte Umfallpolitik der Bourgeoisie wieder. (Fortsetzung folgt.)

sich der Realpolitiker v. Schweitzer auf den Boden der durch preußische Bajonette geschaffenen Tatsachen. Wilhelm Liebknecht suchte dagegen ein Zusammengehen mit den süddeutschen Demokraten, die am liebsten Deutschland in ein paar Dutzend Republiken verwandeln wollten. Marx lehnte ebenso schroff die Realpolitik Schweitzers, wie den utopistischen Partikularismus Liebknechts ab. Er forderte die eine unteilbare Republik, welche nach Lage der Dinge nur im Wege einer proletarischen Revolution herstellbar war. So stellt sich heute Renner auf den Boden der durch österreichische Bajonette geschaffenen Tatsachen. Seine Auffassung ist realpolitisch, fortschrittlich. (Der nationale Staat.) Die Linke kokettiert mit den nationalen Bourgeoisien. Sie will Österreich dorthin zurückbringen, wo es vor 1526 war, und ahnt nicht, dass dann unvermeidlich der heutige Zustand in blutigen Kriegen wieder hergestellt werden müsste. Ihr Programm ist reaktionär – partikularistisch. Die jungsozialistische Losung ergibt sich aus unserer Parallele von selbst.

Feuilleton

Siesta.

(Fortsetzung statt Schluss.)

Er entwickelte den Gedanken, wie die kleinen Kräfte, wenn sie vereint wirken, so große Lasten tragen können; und dann ging er auf das Thema des Tages über; die großartigen Sammlungen der Presse für die Überschwemmten in Spanien und für die Notleidenden in Paris.

Hier hatte er viel zu erzählen und jeden Augenblick sagte er „wir“ von der Presse, indem er sich in Hitze redete über „Millionen“, welche wir mit großen Opfern aufgebracht haben.

Aber auch von den andern hatte jeder das seine zu erzählen. Unzählige kleine, edle Züge aus diesen Tagen der Feste und Vergnügungen kamen ans Licht. Und hatten alle einen Beigeschmack von Aufopferung.

Mademoiselle Louisons beste Freundin, eine unbedeutende Dame, welche ihren Platz ganz unten am Tische hatte, erzählte trotz Louisons Protest, wie diese drei arme Nähmädchen zu sich hinauf genommen in ihre eigene Wohnung und sie die ganze Nacht hindurch an ihrer Toilette für das Fest im Hypodrom habe nähen lassen. Und außer dem Arbeitslohn hatte sie den armen Mädchen noch Kaffee und Kuchen gegeben!

Mademoiselle Louison wurde plötzlich eine wichtige Person am Tische, und der Journalist begann, ihr die ausgesuchtesten Aufmerksamkeiten zu erweisen.

Die vielen schönen Züge von Wohltätigkeit und Louisons schwimmende Augen versetzten die ganze Gesellschaft in eine ruhige, zufriedene, menschenfreundliche Stimmung, welche zu der Ermüdung nach der anstrengenden Mahlzeit ganz ausgezeichnet passte.

Und dieses Wohlbehagen stieg noch um einige Grade, als man in den weichen Fauteuils des kleinen, kühlen Salons zur Ruhe gekommen war. Es war dort kein anderes Licht als jenes, welches das Kaminfeuer verbreitete.

Der rötliche Schein schlich über den englischen Fußteppich bis zu den Goldleisten der Tapeten empor; er fiel auf die Goldrahmen der Gemälde, auf den Flügel, welcher nahe an den Kamin gerückt war; hier und da fiel er auch auf ein Antlitz, das seltsam aus dem Dunkel aufleuchtete. Sonst sah man nichts als die roten Glühpunkte der Zigarren und Zigaretten.

Die Unterhaltung begann einzuschlummern; nur noch ein Flüstern hier und dort, – das Geräusch einer Kaffeetasse, welche fortgesetzt wurde.

Jeder schien geneigt, sich ungestört dem stillen Genusse der Verdauung und seiner menschenfreundlichen Stimmung hinzugeben. Sogar Monsieur Anatole vergaß seine Trüffel, indem er sich in dem niedrigen Stuhl ausstreckte, welcher nahe an dem Sofa stand, auf welchem Mademoiselle Adele Platz genommen hatte.

„Ist niemand da, der ein wenig Musik machen möchte?“ fragte Sennor de Silvis von seinem Platze aus: „Sie pflegen ja stets so liebenswürdig zu sein, Mademoiselle Adele.“

„Ach! – Nein – nein!“ rief Mademoiselle, „ich bin viel zu satt!“ – und damit legte sie sich in das Sofa zurück, zog die kleinen Füße nach und faltete die Hände zufrieden auf der Brust.

Aber der Fremde – der Irländer – kam aus seinem Winkel hervor und ging an den Flügel.

„Ah! – Sie wollen uns etwas vorspielen! – Tausend Dank – Monsieur – hm! Monsieur –“ Sennor de Silvis hatte den Namen vergessen – etwas, das ihm mit seinen Gästen gar oft passierte.

„Siehst du! – er ist Musiker!“ – sagte Mademoiselle Adele zu ihrem Freunde. Anatole grunzte bewundernd.

Das war übrigens etwas, was die andern auch sofort herausfühlten, schon durch die Art und Weise, wie er sich setzte und einige Akkorde anschlug – hier und da – gleichsam um das Instrument zu wecken.

Darauf begann er zu spielen – scherzend, leicht frivol – wie die Situation es gab.

Die Melodien des Tages wirbelten in Walzermelodien und Lieder hinein; alle je Unbedeutendheiten, welche ganz Paris während acht Tagen summt, brachte er in seinen geistreich fließenden Vortrag hinein.

Die Damen schrien vor Bewunderung, sangen ein paar Takte mit und trippelten dazu. Die ganze Gesellschaft folgte mit gespanntem Interesse; er hatte die Stimmung getroffen und riss sie alle von Anfang an mit sich fort. Nur „der liebe Herr Doktor“ lauschte mit dem Sedanlächeln; diese Sachen waren doch zu leicht für ihn!

Aber bald kam nun auch etwas für den Deutschen, er nickte dann und wann gewissermaßen beifällig

Ein Stückchen Chopin tauchte auf und legte sich gar seltsam in die Stimmung: – der pikante Wohlgeruch, welcher die Luft erfüllte, – die leichten Damen, – die Menschen, so offen, so unbekümmert, alle einander fremd, verborgen in dem halbdunklen Salon, jeder seinen geheimsten Gedanken folgend, getragen von der geheimnisvollen, halbklaren Musik, während der Schein des Kaminfeuers bald aufloderte, bald versank und alles, was goldig war, durch das Dunkel schimmern ließ.

Und jetzt kam immer mehr für den Doktor. Von Zeit zu Zeit wandte er sich zu de Silvis und machte ihm Zeichen, wenn „Anklänge“ an „unsern Schumann“, „unsern Beethoven“ oder gar an „unseren famosen Richard“ kamen.

Inzwischen spielte der Fremde weiter – gleichmäßig, ohne Anstrengung leicht nach links gebeugt, um im Bass mehr Kraft zu haben. Es klang, als hätte er zwanzig Finger – alle von Stahl; er verstand es, das Gewimmel von Tönen zu sammeln, sodass das Instrument einen mächtigen, einheitlichen Klang bekam. Ohne innezuhalten, ohne die Übergänge zu markieren, hielt er durch beständig neue Überraschungen, Andeutungen und geniale Kombinationen das Interesse fest, sodass selbst der am wenigsten musikalische Mensch ihm mit Spannung folgen musste.

Aber ganz unmerklich wechselte die Musik die Farbe. Der Künstler spielte beständig der Tiefe zu – dann beugte er sich mehr und mehr nach links und es entstand eine wundervolle Unruhe im Bass. Die Wiedertäufer aus dem Propheten kamen mit schweren Schritten; ein Ritter aus der „damnation de Faust“ kam von tief unten in dem verzweifelten, hinkenden Höllengalopp heraufgefahren.

Unten in der Tiefe rollte und polterte es mehr und mehr, und Monsieur Anatole begann die Trüffel von neuem zu spüren. Mademoiselle Adele erhob sich zur Hälfte; die Musik ließ sie nicht im Frieden liegen.

Hier und dort warf das Kaminfeuer seinen Schein auf ein paar schwarzer Augen, welche den Künstler anstarrten. Er hatte sie mit sich gelockt – jetzt konnten sie nicht, mehr los von ihm: immer tiefer führte er sie hinunter – hinunter – hinunter, wo es gedämpft und dumpf murmelte wie Klagen und Drohungen.

„Er führt ‘ne famose linke Hand,“ – sagte der Doktor.

Aber de Silvis hörte nicht auf ihn; gleich den andern saß er in atemloser Spannung da.

Eine dunkle beklemmende Furcht ging von der Musik aus und legte sich auf alle Versammelten.

Der Künstler schien die linke Hand zu einer Faust zu ballen, die sich niemals wieder lösen sollte, während die rechte im Diskant perlende Läufe wie Flammen hin und her warf. Es klang, wie wenn sich im Keller etwas unheimlich Grausiges vorbereitete, während die da oben bei Kerzenschein tanzten und lachten und sich lustig hielten.

Man hörte einen Seufzer, einen leisen Schrei von einer der Damen, die sich unwohl fühlte; aber niemand kümmerte sich darum. Der Künstler war jetzt ganz unten im Bass, wo er mit den beiden Händen arbeitete, und die unermüdlichen Finger wirbelten Töne zusammen, sodass es ihnen allen kalt über den Rücken lief.

Aber in den drohenden, murmelnden Lauten tief unten begann es sich wieder nach oben zu regen. Die Töne liefen ineinander, über – vorbei aneinander, nach oben, beständig nach oben, ohne weiterzukommen. Es entstand ein wilder Kampf, um hinaufzugelangen: es wimmelte wie von kleinen, schwarzen Gestalten, die kämpften und rangen; – ein rasender Eifer, – eine fieberhafte Hast, – ein Klimmen und Fassen und Klammern mit Händen und Zähnen, einander mit den Füßen stoßend, – Fluchen, – Geschrei, Bitten, – und inzwischen glitten seine Hände langsam, so qualvoll langsam hinauf.

„Anatole,“ flüsterte Mademoiselle Adele leichenblass, „er spielt *die Armut!*“

„Ach – diese Trüffeln!“ – jammerte Anatole und begann sich zu krümmen vor Schmerz.

Da wurde es plötzlich hell im Salon. Zwei Diener mit Lampen und Kandelabern traten hinter den Portieren hervor; und in demselben Augenblick hörte der fremde Künstler auf zu spielen, indem er mit all seiner Kraft die stählernen Finger eine Dissonanz schlagen ließ – so unmöglich – so empörend, dass die ganze Gesellschaft auffuhr.

Ist's genug?

Ungebeugter Stolz der Haltung,
Einfachheit in Wort und Kleid,
keine Phrasenprachtentfaltung
falscher Leidenschaftlichkeit;
Kraft des Wissens in den Blicken,
ruhig redend, klaglos, klug –
„In die Gruben ihn zu schicken,
ist's genug?“ der Richter frug.

Durch die Welt des Elends schreiten,
schreiten durch der Knechte Nacht.
Wort der Wahrheit zu verbreiten
wider Macht der Niedertracht;
Licht in die Baracken werfen,

in der Hand der Freiheit Buch –
„Ihn mit Ketten zu verschärfen,
ist's genug?“ der Richter frug.

Freundschaft, Glück und Liebe lassen,
einsam wandeln öde Bahn,

seiner Brüder stumpfe Massen
wecken aus dem starren Wahn;
von den Eltern scheu gemieden,
der noch keinen Bruder schlug –
„Ihn den Mörder anzuschmieden,
ist's genug?“ der Richter frug.

Henckell.

Verantwortlich: Frau Ahrens: Druck, und Verlag: Verlag der Arbeiterpolitik“ (Karl Becker):
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 24/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 15. Juni 1918.

Nr.24

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Kriegssteuern.

Als zum ersten Mal in diesem Kriege die Milliarden bewilligt wurden, hat wahrscheinlich kein Mensch, jedenfalls aber kein Abgeordneter der sozialdemokratischen Partei sich Gedanken darüber gemacht, wie die Summen für Verzinsung und Rückzahlung dieser Schuld, wie überhaupt die Kosten des Krieges aufgebracht werden sollen. Die Regierung ihrerseits hat bekanntlich so lange wie nur irgend möglich gezögert, ehe sie damit begann, die Kostenrechnung dem Reichstag vorzulegen. Erst nach fast zwei Jahren, im Frühjahr 1916, machte sie die ersten Vorlagen, und auch da nur zögernd und mäßig. Denn die halbe Milliarde, die damals gefordert wurde, war zwar für alles früher Gewohnte eine enorme Summe. Aber im Vergleich zu dem, was der Krieg verschlingt, war sie doch nur ein Tropfen im Ozean. Inzwischen sind wieder zwei Jahre vergangen und der Krieg ist immer noch nicht zu Ende, sodass die Regierung wohl oder übel mit größeren Rechnungen hat kommen müssen. Gegenwärtig sollen die Jahreseinnahmen des Reiches um rund 3 Milliarden Mark erhöht werden.

Die Art und Weise, wie die Steuervorlagen der Regierung von den sozialdemokratischen Abgeordneten aufgenommen wurden, machte schon vor zwei Jahren auf den Wissenden und Denkenden einen höchst sonderbaren Eindruck. Sie erklärten gleich im Voraus, es müsse unbedingt dafür gesorgt werden, dass die Kriegslasten *nur von den Besitzenden* getragen und die Besitzlosen davon freigelassen würden. Und dementsprechend hielten sie ihre Reden. Ob sie an die Möglichkeit eines Erfolges geglaubt haben? Wir wollen das dahingestellt sein lassen. Die ganzen Ereignisse seit Kriegsbeginn haben ja bei ihnen einen solch erstaunlichen Mangel an sozialistischen Kenntnissen und Empfindungen aufgedeckt, dass man immerhin die Möglichkeit nicht von der Hand weisen darf, sie hätten sich allen Ernstes eingebildet, es fertig bringen zu können, dass der kapitalistische Staat, nachdem sie ihm ungezählte Milliarden bewilligt hatten, diese Milliarden unter Schonung der Besitzlosen lediglich aus den Taschen der Besitzenden herausholen würde. Aber wenn wir ihre Gutgläubigkeit annehmen, dann ist ihre Unwissenheit umso erstaunlicher, denn es gab doch unter ihnen auch Leute, die das Thema der Staatsfinanzen, Steuern, Zölle usw. als Spezialität betrieben, und diese *mussten* wissen, dass der kapitalistische Staat, selbst wenn er gewollt hätte, gar nicht imstande war, die Besitzlosen von der Aufbringung der Lasten zu entbinden. Sie *mussten* wissen, dass folglich

die Bewilligung der Milliarden ohne weiteres auch die Zustimmung zur Belastung in sich schloss. Es wäre in der Tat ja auch ein sonderbarer Patriotismus gewesen, der am 4. August 1914 in überschäumender Begeisterung die Milliarden bewilligte, wenn er nur mit dem Hintergedanken getan hätte: bezahlen sollen's aber die anderen, nicht wir und die wir vertreten! Nein, die Gerechtigkeit gebietet anzunehmen, dass die Fachleute der sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit schon am 4. August 1914 genau wussten, es sei für ihre Wähler und für sie selbst ein schweres Opfer, dass sie da guthießen. Wie soll man es dann aber verstehen, dass sie später, als es wirklich zum Bezahlen kam, einen so hitzigen Redekampf aufführten? War das nur ein Scheinkampf, was man beim Fechten eine Finte nennt? Wovon sollte sie die Aufmerksamkeit ablenken? Von der Tatsache, dass, wer die Ausgaben bewilligt, auch für die Deckung verantwortlich ist? Sollte sie der Fraktion den billigen Ruhm erwerben, mannhaft für die Entlastung des Volkes gestritten zu haben, damit das Volk vergesse, dass nach den vorangegangenen Taten der Fraktion dieser Kampf notwendigerweise vergeblich sein müsse?

Seither, wie gesagt, sind wieder zwei Jahre ins Land gegangen, und die Fraktion hat sich inzwischen gespalten. Mehr als das Verhalten der Scheidemänner, von denen niemand etwas anderes erwartet als die Wiederholung der damaligen Fechtkunststücke, interessiert uns jetzt die Steuerpolitik der sogenannten Unabhängigen. Was haben sie zu den Vorschlägen der Regierung zu sagen?

Da ist es schon sehr bezeichnend, dass die „Leipziger Volkszeitung“ eine Mitteilung am 17. Mai mit der Überschrift versieht: „*Flickwerk oder Neugestaltung?*“ Und als wir das sahen, fiel uns nämlich ein Artikel des bekannten Herrn *Georg Bernhard* ein, der kurz zuvor in der „Vossischen Zeitung“ eine scharfe Kritik an den Steuervorschlägen der Regierung übte, weil das alles nur Flickwerk sei; damit könnten die erforderlichen Summen nicht beschafft werden, stattdessen sei ein vollständiger organischer Neubau unseres Steuersystems erforderlich. Herr *Bernhard* hat sich ja früher auch mal für einen Sozialdemokraten gehalten und die 40 Pfennig Monatsbeitrag für das Mitgliedsbuch der Partei bezahlt. Aber das ist schon lange her. Er hat doch immerhin schon vor einem Dutzend Jahren eingesehen, dass er kein Sozialdemokrat ist, und wenn auch die „Vossische Zeitung“ schon längst nur noch dem Namen nach liberal, in Wirklichkeit alldeutsch-annexionistisch ist, so muss man Herrn *Bernhard* zugestehen, dass er in der Steuerfrage den ehemaligen, etwas verwaschen-liberalen Standpunkt seines Blattes richtig getroffen hat. Aber die „Leipziger Volkszeitung“!! Sollte sie wirklich in dasselbe Horn blasen?

Wir lesen und lesen und finden mit Erstaunen: die Überschrift hat uns nicht getäuscht. Eine herzbrechende Klage finden wir da zunächst, dass Regierung und bürgerliche Parteien weit davon entfernt seien, „unsere gesamte Finanzwirtschaft auf eine neue, auf eine demokratische Grundlage zu stellen,“ dass es sich bei den bürgerlichen Parteien „nicht um die Anwendung eines neuen Prinzips handelt.“ Ganz à la *Bernhard*. Die Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie haben denn auch mehrere Anträge eingebracht, betreffend Verschärfung der Steuer auf Kriegsgewinne und Erbschaften, und weiter heißt es dann:

„Aber alles, was jetzt vorgeschlagen wird, *reicht nicht aus*, um jährlich die Milliarden aufzubringen, die zur *Sanierung der Kriegsfinanzen* notwendig sind. Darum schlägt die unabhängige Sozialdemokratie ... eine einmalige ausreichende Vermögensabgabe vor. Sie soll so gestaltet werden, dass eine Schädigung des Wirtschaftslebens vermieden wird. Genosse *Bernstein* wies in der Begründung darauf hin, dass es *darauf ankomme, die jetzt vorgeschlagenen schädlichen Steuern durch wirklich rationelle Steuern zu ersetzen* und damit die deutsche Finanzpolitik auf eine gesunde Grundlage zu stellen.“

Aus dieser erstaunlichen Epistel erhellt dreierlei:

Erstens: Die unabhängige sogenannte Sozialdemokratie beklagt an den Steuervorschlägen der Regierung zuerst und am nachdrücklichsten, dass sie nicht ausreichen, um das zur Deckung der Kriegskosten nötige Geld aufzubringen. Sie hält es für ihre Pflicht, hier in die Bresche zu springen und der Regierung wirksamere Wege zu zeigen, wie das Geld für den Krieg zusammenzubringen sei.

Zweitens: Die unabhängige sogenannte Sozialdemokratie hält es für angezeigt, dasselbe Fechterkunststückchen aufzuführen wie die Scheidemänner und so zu tun, als halte sie es für möglich, die Besitzlosen mit den Kriegskosten zu verschonen. „An eine Abbürdung der Kriegslasten auf die Schultern der Besitzenden denkt die bürgerliche Mehrheit *vorläufig* nicht“, schreibt die „Leipziger Volkszeitung“ wörtlich und erweckt dadurch sogar den Anschein, als hoffe sie schließlich auch noch die bürgerlichen Parteien für die Freilassung der Besitzlosen zu gewinnen.

Drittens: Das A und O der „unabhängigen“ Steuerpolitik ist ein organischer Neubau des Steuerwesens, ein Ersatz der schädlichen Steuern durch „wirklich rationelle“, ist die „gesunde Grundlage der deutschen Finanzpolitik“.

Man mag den Mantel der Nächstenliebe noch so sehr bei der Hand haben – wird man hier nicht geradezu mit Gewalt daran erinnert, dass auch die Herren Unabhängigen die Bewilligung von beiläufig 20 Milliarden zugestimmt haben, und dass auch sie sehr daran interessiert sind, im Volke den Eindruck zu erwecken, als könne man die Folgen solcher Bewilligung durch diplomatische Mätzchen im Reichstage von den Besitzlosen abwenden. Seit wann, so fragen wir, ist es Sache einer sozialdemokratischen Partei dem bürgerlichen Staate die Mittel und Wege zu zeigen, wie er am wirksamsten Geld aufbringt? Seit wann gehört es zu den Aufgaben der Sozialdemokratie, die Finanzpolitik des Staates auf eine gesunde Grundlage zu stellen und dadurch die innere Festigkeit dieses Staates zu erhöhen? All das ist richtig, wenn man auf dem verwaschen-liberalen Standpunkt der Herren *Georg Bernhard* und *Philipp Scheidemann* steht, dann aber soll man auch die Konsequenzen ziehen und demselben Staate, dem man so liebevoll bei der Aufbringung der Kriegssteuern hilft, die Mittel zum Kriegführen zu bewilligen. Aber auf der einen Seite die Kriegskredite ablehnen, auf der anderen Seite eifrig dabei mithelfen, dass die Steuern zusammenkommen, das muss notwendig den Eindruck der Unaufrichtigkeit hervorrufen.

Aber so hören wir schon den berühmten Einwand aller Opportunisten, müssen wir denn nicht den sauer verdienten Lohn der Arbeiter schützen? Müssen wir denn nicht dahin streben, dass die Steuern, die ganz und gar zu verhindern wir zu schwach sind, dann wenigstens nach Möglichkeit von den Arbeitern abgelenkt werden? Haben wir nicht zu diesem Zweck sogar die Vermögensabgabe beantragt?

Die Hohlheit dieses opportunistischen Trugschlusses ist nirgends leichter nachzuweisen als bei der vorliegenden Frage. Die Unabhängigen haben die Vermögensabgabe beantragt. – So, so! – Aber nur ein paar Wochen zuvor, am 4. April, hat derselbe Abgeordnete *Eduard Bernstein* in derselben „Leipziger Volkszeitung“ in einem recht lesenswerten Artikel nachgewiesen, dass die Vermögensabgabe erstens eine Utopie ist und dass zweitens, selbst wenn sie ausführbar wäre, im allergünstigsten Falle höchstens 40 Milliarden liefern könnte, während etwa 125 Milliarden aufzubringen sind. Jedoch, was ist's überhaupt mit der Vermögensabgabe? Der Gedanke ist ja so furchtbar einfach, so höchst gescheit, das wahre Ei des Kolumbus. Wir haben 125 Milliarden Mark Kriegskosten zu bezahlen? Nichts einfacher als das! Die Statistiker haben uns doch ausgerechnet, dass das deutsche Volk ein „Nationalvermögen“ von sage 400 Milliarden besitzt. Es braucht also bloß jeder 25 bis 30 Prozent von seinem Vermögen herzugeben, und die Schuld ist bezahlt. Punktum, streu Sand rum!

Wahrlich, der Gedanke ist so genial, dass er verdiente, dem Hirn des seligen Herrn Schultze, weiland Patrimonialrichter in Delitzsch, entsprungen zu sein, über dessen Befähigung als Volkswirtschaftler man sich bei Lassalle unterrichten kann. Ganz zu schweigen von den recht verschlungenen Wegen, auf denen das sogenannte „Nationalvermögen“ herausgerechnet worden ist. Da rechnet z.B. das Vermögen des Staates und der Kommunen mit, also der Wert der Eisenbahnschienen von Leipzig nach Delitzsch, der Wert des Pflasters auf den Straßen usw. Ganz zu schweigen, dass auch hierbei die Besitzlosen nicht freigelassen werden. Wenn ein Arbeiter mit 2000 oder 4000 Mark gegen Feuer versichert ist, so ist das in der Rechnung der Herrn Statistiker sein „Vermögen“ Sonst kämen die 400 Milliarden bei weitem heraus. Also müsste er auch seine 1000 bis 1500 Vermögensabgabe zahlen, wenn es eben darauf ankommt, „die Kriegsfinanzen zu sanieren“. Aber das sind nur Beiläufigkeiten neben der Hauptfrage: Wie in die Vermögensfrage vor sich gehen? Wenn jemand ein Grundstück besitzt im Werte von 100 000 Mark, soll er 25 000 Mark zahlen. Aber wie soll er das machen? Soll er das Grundstück verkaufen und dem erlösten Gelde die 25 000 Mark abgeben? Aber wenn plötzlich alle Leute, die etwas besitzen, anfangen, ihre Grundstücke, Fabriken, Aktien zu verkaufen, werden sie nicht viel dafür kriegen. Außerdem, wer soll das alles kaufen! Und die Käufer müssen doch ihrerseits auch die 25 Prozent bezahlen. Es hilft schon nichts, man muss sich mit der Einsicht befreunden, dass auch die angebliche Vermögensabgabe gar nicht von dem Vermögen bezahlt wird, sondern vom jährlichen *Einkommen*. Es gibt wirklich keine andere Quelle für den Lebensunterhalt eines Volkes und auch für seine Steuern als regelmäßige *Arbeit* dieses Volkes und das daraus entspringende Einkommen. All die verschiedenen Sorten Steuern bedeuten nur verschiedene Arten, wie der Betrag aus dem Einkommen der Bürger in die Staatskasse gelangt.

Aus dem jährlichen Einkommen also müssen die Milliarden aufgebracht werden, die der Krieg uns als Andenken hinterlassen wird. Wenn nun jemand sich bilden sollte, dass es möglich sei, hierbei das Einkommen der Arbeitermassen auszunehmen, den mögen folgende paar Zahlen belehren.

Im Jahre 1914 (bei der letzten Veranlagung vor dem Kriege) gab es in Preußen insgesamt 16 254 000 Personen, welche Einkommen hatten. Von ihnen hatten:

ein Einkommen von	Personen	Die Summe ihrer Einkommen betrug
unter 1 800 Mk.	14 214 800	11 313 Mill. Mk.
1800 - 3000 Mk.	1 151 170	2570 Mill. Mk.
3000 - 6500 Mk.	639 600	2576 Mill. Mk.
6500 - 30 500 Mk.	218 800	2596 Mill. Mk.
über 30 500 Mk.	29 765	2497 Mill. Mk.
	Total 16 254 135	21 551 Mill. Mk

Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, dass die Unabhängigen mindestens alle diejenigen zu den Besitzlosen rechnen, deren Jahreseinkommen weniger als 3000 Mark beträgt. Wenn die frei blieben, so blieben in Preußen nur 7700 Millionen steuerbares Einkommen übrig. Da Preußen an Einwohnerzahl und Steuerkraft ungefähr Dreifünftel des Deutschen Reiches umfasst, so kämen für das übrige Deutschland noch etwa 3100 Millionen Mark hinzu. In ganz Deutschland also hatten die Besitzenden 1914 (nota bene wenn man jeden, der auch nur etwas über 3000 Mark hatte, schon als Besitzenden rechnen will) nur 10.8 Milliarden Mark kommen. Die Summe aber, die aufgebracht werden soll, beträgt mehrere Milliarden.

Wir wären wirklich begierig, welche Vorschläge die Herren *Haase* und *Ledebour* dem Reichsschatzsekretär machen wollen, um diese Summe *ohne* die Besitzlosen zusammenzubringen.

Wer dem Volke einreden will, dass es möglich sei, Krieg zu führen und die Besitzenden allein die Lasten aufzubürden, der schläfert es ein, der verhüllt ihm die notwendigen Folgen der Kriegspolitik. Auch hier tun wieder die Unabhängigen prinzipiell und wesentlich dasselbe wie die Scheidemänner.

Wirklichkeit und Einbildung in der linksradikalen Bewegung.

Von Julius Dickmann, Wien.

Was taten wir damals? Haben wir uns entrüstet, als uns die Bourgeoisie gegenüber dem Absolutismus im Stiche gelassen? Nein! Sie war für uns trotzdem der Fortschritt. Wir nützten die von ihr erschlichenen bürgerlichen Freiheiten aus, um das Proletariat unabhängig von der Bourgeoisie zu organisieren und, wenn wir stark genug sind, selbständig vorzugehen. Was für sie ein Endziel, war so für uns ein Mittel zum Zweck.

Wir bekämpften sie. Aber nicht blind wie die Anarchisten. Wir suchten sie erst aus ihren ökonomischen Verhältnissen zu begreifen, um sie dann umso wirksamer zu bekämpfen. Liegt es nicht nahe, dieselbe Taktik gegenüber der modernen Arbeiteraristokratie anzuwenden, solange wir noch zu schwach sind? Aber da müssen wir uns zuerst darüber klar werden, was diese Arbeiteraristokratie eigentlich ist.

3. Die Wurzeln des Sozialpatriotismus.

Als der Weltkrieg angebrochen war und ein nationalistischer Kriegsrausch sich breiter Arbeiterschichten bemächtigte, hieß es in den Reihen der Oppositionellen, auch unter den Linksradikalen, dass die Arbeiterklasse in den „Bann des Imperialismus“ geraten sei und die Parteibureaucratie die günstige Konjunktur für ihre Streberziele ausnützte, um die Partei in das Lager der Regierung zu führen. Als dann später eine starke oppositionelle Agitation immer breitere Wogen schlug, hieß es wiederum in den Reihen der Parteimehrheit, dass die Oppositionellen die durch den Krieg herbeigeführte Not der Massen in demagogischer Weise ausnützen, um gegen die Landesverteidigung Stimmung zu machen.

Die eine Argumentation war der anderen wert. Sie hielt sich ganz auf der Oberfläche. Sie verwechselte die psychologischen Begleiterscheinungen und Ausdrucksformen in der Bewegung der Masse mit den ökonomischen Triebfedern dieser Bewegung. Den Marxisten vom Zentrum war es vorbehalten eine eigene Theorie dieser Stimmungen der Masse zu produzieren. Danach vertreten die verschiedenen Richtungen die verschiedenen Phasen der Arbeiterbewegung. Der Sozialpatriotismus, das ist die Stimmung des Kriegsbeginns. Die Linke dagegen repräsentiert die Stimmung, die infolge der Kriegsverlängerung die Oberhand gewinnt.

Wie sehr dies letztere der Fall, davon haben wir uns ja in Niederbarnim und Zwickau überzeugt.

Ebenso ungenügend ist eine andere Theorie, der, wie mir scheint, auch die Linksradikalen huldigen, die sogenannte Relationen-Theorie: Das Proletariat ist ein Produktionsfaktor, der sich in doppelter Relation befindet. Es steht erstens in einer Relation zum nationalen Kapital und hat ein Interesse daran, dass dessen Akkumulation möglichst fortschreitet, damit die

Nachfrage nach Arbeitskraft und der Lohn steigt. Aber es steht auch in einer Relation zum Proletariat der anderen Länder.

Wird jenes durch den Eroberer unterdrückt, so leidet auch dieses darunter. Hier hängt es von der individuellen Einschätzung einzelner Sozialisten ab, ob sie die eine Relation für wichtiger halten als die andere. Wo ist aber der Richter, der entscheiden sollte, wer Recht hat, wer ein wirklicher Sozialist sei, wer wirklich das höhere Prinzip vertrete? Die Theorie der Relationen ist zwar anspruchsvoller, aber ebenso unfruchtbar wie die Stimmungstheorie. Beide sind ethisch-ästhetisches Gewäsch.

Eine Kette von Massenhandlungen, welche untereinander einen inneren logischen Zusammenhang aufweisen, nennt man Geschichte. Die Abstimmung vom 4. August, die Proklamation des Burgfriedens, die materielle und moralische Unterstützung des Verteidigungskrieges, der Hinauswurf der Opposition, die Blockpolitik, die Wahlergebnisse von Niederbarnim und Zwickau, das ist ein Stück Geschichte.

Der Protest der Neunhundert, die unterirdischen Agitationen, die Abstimmung Liebknechts und Rühles, die Gründung der Gruppe „Internationale“, der 1. Mai 1915, Bewegung für die Beitragssperre, der Gothaer Kompromiss, die Wahl Mehrings, die Massenaktionen im Januar-Februar 1918, – das ist ein Stück Geschichte.

Die Stimmenthaltung des Zentrums, die Fronde innerhalb des Führertums, der 21. Dezember 1915, Spaltung der Reichsfraktion, die Politik der Arbeitsgemeinschaft, Reichskonferenz der Parteiopposition, Proteste gegen den Hinauswurf, Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratie, – auch das ist ein Stück Geschichte.

Wie erklärt man Geschichte?

„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen“, antwortet das kommunistische Manifest.

Wie erklärt man die Geschichte der Arbeiterbewegung in der Kriegszeit?

Die Geschichte der Arbeiterbewegung in der Kriegszeit ist die Geschichte der Massenbewegungen, antwortet das marxistische Zentrum. Erst Kriegsrausch, der sich in demselben Maße verflüchtigt, wie der Krieg fort dauert, dann kommt langsam mit der Brotkarte, Seifenkarte usw. ein Katzenjammer, die Not wächst, die Klassengegensätze verschärfen sich, der Regierungssozialismus verliert immer mehr an Boden, weil er ja nur eine geistige Verirrung des Proletariats war, und die Arbeiter bekehren sich allmählich durch bittere Erfahrungen gewitzigt zur guten alten Lehre des marxistischen Zentrums. Es gibt Leute, welche diese Anschauungen materialistische Geschichtsauffassung nennen.

Drei lange Jahre des Krieges mussten ins Land gehen, bis endlich ein Mann aufgetreten ist und die für einen Marxisten, wie man glauben sollte, selbstverständliche Frage stellte:

„Wenn es wahr ist, dass das Sein der Menschen, ihr Bewusstsein, das ökonomische Verhältnis der Arbeiterklasse zu den übrigen Schichtungen der Gesellschaft ihr Klassenbewusstsein bestimmt, so muss die *reale* Lage der Klasse selbst überaus zwiespältig geworden sein, wenn ihr Bewusstsein so mannigfaltig auseinandergeht. Die marxistischen Sekten mögen tausendmal Abirrungen von der reinen Lehre sein, dass sie da sind, überall und noch dazu allenthalben gleichartig, dass sie gelten und wirken, kann nur die Folge einer widerspruchsvollen ökonomischen Lage sein.“ (Karl Renner, Marxismus, Krieg und Internationale, Seite 5.)

Die Antwort, welche Renner auf diese Frage gibt, ist allerdings unzulänglich und einseitig. Kein Mensch kann über seinen eigenen Schatten springen. Sogar ein Umlerner nicht. Renners

Buch verwandelt sich ihm unter den Händen aus einer objektiven Untersuchung in eine Apologie der 4.-August-Politik. Aber mögen die Zentrumsleute noch so dicke Bücher gegen den Kriegsmarxismus Renners loslassen, mögen sie noch so sachlich seine vorläufigen Resultate zergliedern und kritisch vernichten, um diese eine Frage müssen sie sich stillschweigend herumdrücken, so tun, als ob sie dieselbe überhört hätten aus dem einfachen Grunde, weil die erschöpfende Antwort darauf ein Todesurteil für das marxistische Zentrum wäre. Und wenn wir Renners Politik noch so scharf bekämpfen werden, dann müssen wir ihm zugestehen, dass seine bloße Fragestellung schon ein Verdienst ist, das ihn „turmhoch“ über das ganze marxistische Zentrum erhebt.

So wenig die menschliche Gesellschaft eine bloße Summe von gleichartigen Individuen mit parallellaufenden Interessen ist, so wenig ist das irgendeine Gesellschaftsklasse. Jedermann weiß, dass z.B. das Bürgertum in Schichten geteilt ist, die untereinander in ununterbrochenem Kampfe stehen. In der Frühzeit des Kapitalismus war es vor allem der Kampf zwischen dem freihändlerischen industriellen Kapitalisten und dem zünftigen handarbeitenden Kleinmeister. Dieser Kampf ist heute längst überholt. Der Kleinmeister ist entweder untergegangen oder es ist ihm gelungen, ein kleiner industrieller Kapitalist zu werden. Heute kämpfen innerhalb der Großbourgeoisie selbst zwei Fraktionen miteinander.

Dem marxistischen Zentrum, welches geistig noch immer bei 1890 hält, erscheint dieser Kampf von großbürgerlichen Fraktionen als der alte Kampf zwischen Großindustrie und Kleinbetrieb. Nichts irriger als diese Auffassung. Es handelt sich heute um einen Kampf innerhalb des industriellen Kapitals zwischen den Rohstoff- oder Schwerindustrien und den verarbeitenden Leichtindustrien. Die letzteren halten noch fest an den alten Grundsätzen, dem Freihandel, freier Konkurrenz, offener Tür; die Schwerindustrie entwickelt sich dagegen im Zeichen des Hochschutzzolles, des Kartells und der imperialistischen Kolonialpolitik. Das hindert nicht, dass auch die verarbeitenden Industrien sich zu Kartellen zusammenschließen und nach Schutzzöllen rufen, aber das tun sie nur notgedrungen, weil die hohen Monopolpreise der Rohstoffe ihre Produkte naturgemäß verteuern und sie dadurch gegenüber den ausländischen Konkurrenten in Nachteil geraten.

Gewiss findet man hier auch einen Unterschied zwischen Großbetrieb und Kleinbetrieb. Die Schwerindustrie erfordert fast immer eine großzügige Anlage, viel Kapital, Maschinen usw., die verarbeitende Industrie zumeist nicht. Aber dieser Unterschied ist rein technisch und zufällig. Es gibt auch in den verarbeitenden Industrien Riesenbetriebe. Es ist also nicht ein Kampf zwischen Kapitalisten und Kleinmeistern, wie er für die liberale Periode kennzeichnend war, sondern ein Kampf unter industriellen Kapitalistenschichten, deren Industrien grundsätzlich verschiedene Voraussetzungen für ihr Gedeihen erfordern.

Auch das Proletariat zerfällt in Schichten mit gegensätzlichen Interessen. In der liberalen Epoche des Kapitalismus kämpften in der Arbeiterbewegung miteinander zwei große Schichten, nämlich die großindustriellen und die kleinbürgerlichen Arbeiter (zumeist Gesellen). Die ersteren wollten den Sozialismus ebenso gut wie die letzteren. Aber die ersteren sahen in der maschinellen Großindustrie einen Fortschritt, wollten ihn fördern und sich organisieren, damit sie erstens einen höheren Lohn erhalten, zweitens, wenn stark genug, die Herrschaft an sich zu reißen. Die anderen dagegen wollten das Handwerk vor dem Untergang bewahren und auf seiner Grundlage den Sozialismus ausbauen. Auch die Kampfmittel beider Schichten waren verschieden. Der industrielle Streik z.B. war bei den kleinbürgerlichen Arbeitern eine ebenso verpönte Waffe wie heute die Massenaktion bei den Sozialpatrioten und Unabhängigen.

Die Ideologie des großindustriellen Proletariats ist der Marxismus. Man kann ruhig sagen, dass, mit Ausnahme Englands, das Wachstum des großindustriellen Proletariats in Europa

seinen zuverlässigsten Maßstab in der Verbreitung des Marxismus fand. In demselben Maße, wie die Großindustrie das Handwerk vernichtet, die kleinbürgerlichen Arbeiterschichten vom großindustriellen Proletariat aufgesogen wurden, siegte der Marxismus über den kleinbürgerlichen Sozialismus.

Aber wenn der Sieg des industriellen Kapitalismus die alten Gegensätze innerhalb der Arbeiterbewegung beseitigt hat, so hat er dafür neue geschaffen. Wir haben gesehen, wie innerhalb der Großbourgeoisie selbst ein Interessengegensatz entstanden ist. Bei ihrem Gegenpol, dem Proletariat, wiederholt sich dieser Gegensatz, wenn er auch einen anderen Ausdruck findet.

Die Arbeiter in den verarbeitenden Industrien, etwa in der Textilindustrie, welche früher gegenüber den kleinbürgerlichen Arbeitern den Fortschritt sowohl in ihrer Taktik als auch in ihrer Ideologie darstellten, sie sind heute eine rückständige Schicht. Sie verlangen den Freihandel, offene Tür, Selbstbestimmungsrecht der Nationen, Sachen, die in der imperialistischen Ära utopisch, in der sozialistischen Gesellschaft überflüssig sind. Ihre Kampfmethodik ist der Parlamentarismus und partielle Lohnstreiks. Sie wollen erstens die Macht des Parlaments gegenüber den anderen Faktoren stärken, zweitens innerhalb des Parlaments an Zahl gewinnen. Inzwischen organisieren sie und klären die Massen draußen auf, und wenn der historische Moment kommt, wird er sie ganz bestimmt bereitfinden.

Da ihr Dasein an das Gedeihen von Industriezweigen gebunden ist, welche vornehmlich für den inneren Markt arbeiten, reicht ihre Vaterlandsliebe nicht weiter als bis zu den Landesgrenzen. Sind diese gesichert, die Invasionsgefahr vorbei, dann sind sie für die Ablehnung der Kriegskredite in der sicheren Annahme – dass sie trotzdem bewilligt werden.

Die Arbeiter der Schwerindustrien repräsentieren heute den Fortschritt. Aber jeder Fortschritt vollzieht sich in Gegensätzen. Die schwerindustriellen Arbeiter sind untereinander geteilt in gelernte und ungelernte Arbeiter. Der Unterschied in ihrer Lage hat schon in der liberalen Epoche bestanden, aber erst jetzt ist aus dem Unterschied ein Interessengegensatz entstanden, welcher die Verschiedenheit in der Taktik und der Ideologie dieser beiden Schichten erklärt. Die Zentrumsleute, die, wie gesagt, geistig hoch bis 1890 standen und sich selbst als die höchste Entwicklungsstufe der Arbeiterbewegung betrachteten, können sich daher die Entstehung der neuesten Strömungen in der Arbeiterbewegung nicht anders als durch einen *Rückfall* in überwundene Stadien erklären. Das ist ja sehr einfach: Die Umlerner bedeuten den Rückfall zum Lassalleanismus, die Linksradiكالen einen Rückfall in den Bakunismus. Sie selbst führen aber gegen die neuen Strömungen den gleichen Kampf wie Marx gegen Lassalle und Bakunin. Die Geschichte wiederholt sich.

Nun, sie wiederholt sich wirklich, aber nur so, dass nach einem oft zitierten Ausspruch Hegels auf eine weltgeschichtliche Tragödie immer nur eine weltgeschichtliche Farce folgt.

Was den Lassalleanismus der Umlerner anbelangt, haben wir gesehen, dass er heute einen einseitigen Fortschritt über den Altmarxismus bedeutet. Er ist eine aus den Lebensverhältnissen der imperialistischen Arbeiteraristokratie notwendig herausgewachsene Gesellschaftsauffassung. Das materielle Gedeihen dieser Arbeiterschicht ist an das Gedeihen der Schwerindustrien gebunden. Dieses setzt aber voraus den Hochschutzzoll, indirekte Steuern, Kolonialpolitik und einen Burgfrieden. Der qualifizierte Arbeiter nimmt schon heute an der nationalen Kultur teil, er muss sie verteidigen. Aber seine Vaterlandsliebe nimmt nicht ab mit der Kilometerentfernung des Feindes von der Grenze. Sein liebendes Herz ist weit genug, auch Togo, Kamerun und Deutschwestafrika zu fassen. Ubi bene ibi patria, wo es gut ist, dort ist das Vaterland. Er aber weiß es im Voraus, dass, wenn einmal deutsche Ordnung im belgischen Kongo herrscht, auch der Fleiß seiner Hände dort gut bezahlt wird. Die

Entrüstung darüber ist ganz unwissenschaftlich und ethisch. Das wäre gerade so, wie wenn wir über die Klassenpolitik der Bourgeoisie entrüsten würden.

Wie wollte man denn, wie könnte man es auch einer Schicht des Proletariats, deren Interessen keineswegs in einem ausschließenden Gegensatz zur bürgerlichen Gesellschaft stehen, eine Taktik aufzwingen, eine Weltanschauung aufpfropfen, welche ihren Lebensverhältnissen gar nicht entspricht. Muss da nicht bei jedem Schritt wirklicher Bewegung dieser künstliche, ideologische Überbau in Widerspruch zu seiner realen Basis geraten, um – wie ja nur recht und billig – als alter Plunder weggeschmissen zu werden? Da lobe ich mir Cunow, wenn er sagt, gegenüber der Ideologie habe die Geschichte immer recht behalten. Nur, dass er die Geschichte der modernen Arbeiteraristokratie für die Geschichte der gesamten Arbeiterklasse ansieht.

Gut, wird man darauf antworten, diese Umlernerpolitik ist also aus gewissen Verhältnissen begreiflich, aber nichtsdestoweniger für den Sozialismus schädlich und muss daher rücksichtslos bekämpft werden. Die Sozialpatrioten sind heute die Stützen des Kapitalismus, sie sind konterrevolutionär uns gegenüber. – Diese letztere Bezeichnung muss genauer bestimmt werden. Die Sozialpatrioten sind politisch konterrevolutionär, denn ihre heutige Politik stärkt vorläufig die reaktionären Regierungen. Nichtsdestoweniger sind sie ökonomisch revolutionär.

(Fortsetzung folgt.)

Feuilleton

Siesta.

(Schluss.)

„Hinaus mit den Lampen!“ rief de Silvis. „Nein, schrie Mademoiselle Adele, „Kommt herein mit dem Licht, ich fürchte mich im Dunkeln; hu! der schreckliche Mensch!“

„Wer war er? – ja – wer war er?“ Unwillkürlich sammelten sich alle um den Wirt, und niemand bemerkte, dass der Fremde hinter den Dienern hinausschlich.

De Silvis versuchte zu lachen: „Ich glaube, dass es der Teufel war. Kommt, lasst uns in die Oper gehen!“

„In die Oper! – um keinen Preis der Welt,“ rief Louison, „ich will jetzt vierzehn Tage hindurch keine Musik hören! Und dann das Gedränge auf der Operntreppe!“

„Ah! – meine Trüffel!“ klagte Anatole.

Die Gesellschaft brach auf. Plötzlich waren sie alle zu dem Bewusstsein gekommen, dass sie Fremde an einem fremden Orte waren, und jeder von ihnen bekam Lust, sich nach Hause zu schleichen und allein mit sich zu sein.

Als der Journalist Mademoiselle Louison an den Wagen geleitete, sagte er: „Ja, sehen Sie, das sind nun die Folgen davon, dass man sich überreden lässt, zu einem von diesen Halbwilden zu gehen; man ist niemals im Klaren über die Gesellschaft, welche man dort trifft.“

„Ach, ja! er hat mir meine ganze fröhliche Stimmung verdorben,“ sagte Louison wehmütig und schlug die schimmernden Augen zu ihm auf; „wollen Sie mit mir nach der Trinite kommen? Ich weiß, dass dort um Mitternacht eine stille Messe gelesen wird.“

Der Journalist verbeugte sich und stieg zu ihr in den Wagen.

Als aber Mademoiselle Adele und Monsieur Anatole an der englischen Apotheke in der Rue de la Paix vorüberfahren, ließ er den Kutscher anhalten und sagte bittend zu ihr:

„Ich glaube, ich muss hier absteigen und mir etwas gegen meine Trüffeln geben lassen. Du nimmst es mir doch nicht übel? – aber siehst du – die Musik –.“

„Geniere dich gar nicht, mein Freund! aufrichtig gesagt, ich glaube, dass keiner von uns beiden heute Abend in besonders günstiger Laune ist. Also ‚gute Nacht!‘ Auf Wiedersehen morgen!“

Sie lehnte sich in die Kissen des Wagens zurück; sie fühlte sich erleichtert, als sie allein war. Und das leichtsinnige Geschöpf weinte, als ob man sie gepeitscht hätte! Dann fuhr sie nach Hause.

Anatole hatte gewiss viel von den Trüffeln zu leiden, aber ihm war doch, als fühle er sich besser, als der Wagen davon rollte.

Seitdem sie ihre gegenseitige Bekanntschaft gemacht hatten, waren sie niemals so zufrieden miteinander gewesen, wie in diesem Augenblick, wo sie sich trennten.

Der, welcher sich am besten aus der Affäre gezogen hatte, war „der liebe Herr Doktor“, denn in Bezug auf Musik war er als Deutscher abgehärtet.

Trotzdem aber beschloss er, eine Fußtour nach der Brasserie Müller in der Rue Richelieu zu unternehmen, um ein ordentliches Seidel deutschen Biers und vielleicht ein wenig Schinken auf alle diese Dinge zu nehmen.

Verzweiflung.

Nicht länger mehr kann es ertragen werden
Dies Leben, das mich vergiftet auf Erden,
Zu schwach bin ich, um es weiter zu schleppen; –
Ein Sprung aus dem Fenster nur kann mich erretten,
Oder ein Schuss aus der Büchse endet mitleidig den Jammer,
Oder ein Schnitt in die Ader, oder ein Schlag mit dem Hammer,
Oder ein Satz in lohende Feuersgluten,
Oder ein Sprung in des Weihers glitzernde Fluten; –
Nur fliehen, nur ruhen, nur erlöst sein,
Nicht mehr hungern, kämpfen, erleiden die Pein,
Die mich verzehret wie Feuer, wie schleichendes Gift,
Die meine innerste Seele wie Dolchstöße trifft,
Die meine heiligsten Gefühle verhöhnt und verspottet,
Die in mir die letzten Kräfte ausrottet, –
Nicht mehr fühlen den Hass, die Rachgier der Feinde,
Nicht mehr sehen und hören die Falschheit der Freunde,
Nicht weiter empfinden die brennenden Schmerzen,
Die mir tropfenweis rauben das Blut aus dem Herzen,
Die langsam zermartern die Seele, das Hirn,
Die mir zerfurchen das Antlitz, die Stirn, –
Die Schmerzen, die quälenden, brennend heißen,
Die mein tiefstes Innere zerwühlen, zerreißen,
Die mich machen zum armen Galeerensklaven,
Die mich nicht lassen rasten, ruhen und schlafen,
Die Schmerzen, die um Liebe und Pflicht mit mir ringen,

Die in die furchtbarste, tiefste Verzweiflung mich bringen, -
Die Schmerzen der höllischen Seelenpein, -
Von euch muss ich endlich erlöset sein!

Schon hör' ich den lockenden Ruf der Sirenen,
Schon fühl' ich die kalten Arme der Schönen,
Schon umfächelt die Stirn mir die Grabesluft,
Schon seh' die tiefe, die steinerne Gruft,
Schon winkt mir von Ferne der mitleid'ge Tod,
Schon wird's vor den Augen mir blutigrot, -
Da gibt es für mich ein plötzlich Erwachen, -
Dicht neben mir klingt silbernes Kinderlachen
Und ein unschuldig süßer Kindermund
Gibt in zärtlicher Liebe die Rettung kund:
„O, herzlichster Vater, bleib' immer bei mir,
Geh' nie wieder fort, wie schön ist's doch hier!“
Und während dies spricht der Kindermund,
Durchbebt mir's die Seele bis tief auf den Grund,
Es fällt von den Augen der blutige Schleier,
Um's Herz wird mir's leicht, meine Seele wird freier,
Und Männertränen rollen hernieder,
Zurück kehrt das Leben, - ich selbst hab' mich wieder.
Hoch heb' ich mein Kind, es zu küssen, zu herzen,
Zu tollen, zu spielen, zu vergessen die Schmerzen,
Zu kämpfen, zu leben, zu lieben hinfort
Für mein Kind und für dich in der Ferne dort.
Und wenn die Verzweiflung mich wieder will packen,
Da will ich mir stärken das Herz und den Nacken,
Du Weib, deine Liebe, mein süßes Kind,
In Trübsal und Not meine Retter mir sind.
Hinweg du Sirene, wo Tod du willst geben,
Ich will kämpfen und schaffen und lieben und leben!

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker),
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 25/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 22. Juni 1918.

Nr. 25

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Der Arbeitskammergesetz-Entwurf.

Von Fritz Frenken.

In der unabhängigen Presse wird von Hermann Jäckel der neue Arbeitskammergesetz Entwurf der Regierung einer längeren Kritik gewürdigt, die auch für uns in verschiedenen Punkten von Interesse ist. Muss doch Jäckel selbst unumwunden zugeben, dass dieses Stück „Neuorientierung“ sehr erbärmlich aussieht, – jene Neuorientierung, an die auch Herr Jäckel zu seinem kürzlichen Übertritt zu den Unabhängigen noch fest glaubte – womit allerdings nicht behauptet werden soll, dass ihm dieser Glaube nun endgültig abhandengekommen sei.

Bei der Schaffung von Arbeitskammern handelt es sich um eine öffentliche rechtliche Vertretung der Arbeiterklasse bei Streitigkeiten aller Art, womit gleich eine Instanz für das Einigungswesen gegründet werden soll, das ist nun einmal nach der Auffassung der Gewerkschaftsstrategen unumgänglich notwendig.

Also wurde ein diesbezüglicher Entwurf von Zentral-Instanzen der verschiedensten Arbeiterorganisationen ausgearbeitet und der Regierung zur Begutachtung vorgelegt. Mit ergebener Zuversicht erwarteten nun die Zentralinstanzen der Arbeiterorganisationen die wohlwollende Prüfung und das weitgehendste Entgegenkommen der Regierung. – Der Gesetz-Entwurf der Zentralinstanzen ist uns bis jetzt leider noch nicht zu Gesicht gekommen, wir wissen auch nicht, ob sich für diesen Entwurf nur die Instanzenmänner oder die Masse der Mitglieder interessiert, dennoch können wir uns sehr leicht denken, wie das Ding aussieht, welches unter Ausschaltung „der vielfach geteilten Meinungen“ zusammengebraut wurde. Höchstwahrscheinlich ist es der Ausdruck jener harmonieduseligen Bestrebungen zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft, wie sie seit Jahr und Tag in den Kollegenkreisen des Herrn Jäckel geübt wurden und worauf in erster Linie die Kriegspolitik seiner Parteifreunde aufgebaut war.

Das genügt, um den „Wert“ dieses Entwurfes zur Einführung dieses Stückes Neuorientierung zu würdigen. Aber, – es fiel ein Reif in der Frühlingsnacht. Selbst dieser Zentralinstanzen-Verständigungsentwurf der vereinigten Organisationen fiel vor dem Richterspruch der Regierung platt unter den Tisch. Dafür brachte die Regierung selbst einen Entwurf ans Tageslicht, dem sie gewillt ist, Gesetzeskraft zu verleihen. Gegenüber diesem

Regierungsentwurf gebraucht Jäckel über die schroffe Haltung der Regierung folgende bitter kritischen Worte:

„Es ist der Geist der Voreingenommenheit, der Bevormundung, der Missachtung und des ‚zweierlei Rechts‘ welcher aus jedem Paragraphen des Regierungsentwurfs spricht.“

Und an einer anderen Stelle beschwert sich Jäckel darüber, dass sich die Regierung dem scharfen Widerstand der Unternehmer gebeugt habe. Der „Schrei nach durchgreifender Sozialreform müsse doch endlich die regierenden Gewalten zu einem arbeiterfreundlichen Handeln zwingen“, so jammert er weiter und am Schluss seines Artikels erwartet Jäckel eine gründlichste Umwandlung des Entwurfes von der - Kommission, wenn er einigermaßen befriedigen soll.

Das ist doch einfach köstlich! Hat denn irgendein vernünftiger Mensch, der unsere heutigen „Rechts“ zustände kennt, von dieser Regierung, die als Generalvertreterin dieses herrschenden Systems fungiert und immer noch als das getreue Spiegelbild der Machtverhältnisse des Landes erscheint, erwartet, dass sie der Arbeiterschaft freundlich gesonnen ist? Glaubt wirklich Herr Jäckel und seine Partei- und Gewerkschaftsfreunde, dass sich die Kapitalisten durch solch lächerliche Machinationen die Macht aus der Faust ringen lassen werden? Das ist doch wirklich der Höhepunkt politischer Blindheit. Und wenn nach Jäckel der Generalissimus Legien bittere Worte im Reichstag aussprechen musste über die ungnädige Haltung der Regierung, so ist das die blutigste Selbstverhöhnung des gesamten Gewerkschaftsklüngels.

Was bedeutet es denn, wenn in der heutigen Zeit eine öffentliche rechtliche Vertretung gefordert wird? Ist nicht genugsam bekannt, wie dieses öffentliche Recht gegen Arbeiter angewendet wird?

So wie es hier aussieht, so sieht es auf allen Gebieten der allgemeinen Rechtspflege aus. Das ist eben das Charakteristikum dieses Klassenstaates, wo Macht ist, ist Recht!

Es sind sonderbare „Sozialisten“, die den Sozialismus hinter den Kaulissen des bürgerlichen Gesetzbuches suchen.

Ein Arbeitskammergesetz in dem Zeitalter der großkapitalistischen Machtpolitik ist eine von den vielen Illusionen, mit welchen unsere „praktischen Realpolitiker“ die Arbeiterklasse auf die schiefe Bahn der Verständigung und der Kompromisse zwischen Kapital und Arbeit gedrängt haben. Außerdem beleuchteten die Verhandlungen über das Arbeitskammergesetz recht scharf die „parlamentarischen Erfolge“ und den Einfluss der Männer von der praktischen Arbeit. Wieder einmal hat die Welt einen Beweis erhalten, dass die Regierung ihnen nicht einmal den Lohn in Form der „Neuorientierung“ auszahlt.

Weltpolitik und Verständigungsfrieden.

Im Zentralorgan der Unabhängigen, der „Leipziger Volkszeitung“ erschien am 5. April ein Leitartikel über die weltpolitische Lage, der mit den verschiedensten Wenn und Aber gespickt war und alle möglichen Deutungen und Auslegungen gestattete. Das gefiel selbst dem Unabhängigen Ströbel nicht und er veröffentlicht in demselben Blatt unterm 21. 5. einen Gegenartikel, worin er betont, dass „bei politisch minder orientierten Leuten eine total irrige Vorstellung erweckt werden könne“, - die Vorstellung nämlich, „als ob nach den politischen Ergebnissen des bisherigen Kriegsverlaufs eine weltliche Lage geschaffen worden sei, mit der sich auch die Entente schließlich abzufinden vermöchte; mit anderen Worten, dass trotz des deutschen Machtfriedens im Osten noch ein Verständigungsfrieden mit den Westmächten möglich sei“. Ströbel geht dann in längeren Ausführungen auf die Kriegslage selbst ein, betont, dass das Ausscheiden Russlands aus dem Kriegsreigen der Entente für England zur

Katastrophe werden könne, – trotzdem England einen lästigen Konkurrenten in der asiatischen Politik los sei, hebt besonders hervor, dass die europäische und weltpolitische Lage so sei, dass der deutsch-österreichischen Militärgewalt keinerlei Gegengewicht in Europa entgegengestellt werden könne, bespricht die Pläne der Alldeutschen und erklärt dann, dass bei diesem Riesenkampf der verschiedenen Imperien besonders Frankreich, England und Amerika noch Millionen an Menschenleben wird opfern müssen und dass dieser Krieg noch bis ins Unabsehbare hinein wird verlängert werden, – wenn nicht einmal für den Augenblick der Widerstand der Gegner durch entscheidende Schläge zu brechen ist.

Soweit Ströbel über die Weltpolitik. Doch nun kommt eine Überraschung. Auf einmal ruft Ströbel mit Ektase aus: „Drum entweder ein ehrlicher, konsequenter Verständigungsfrieden, oder ein rücksichtsloser Machtfrieden, ein drittes gibt es nicht.“

Nun hätten wir zu gerne gewusst, wie denn ein Verständigungsfrieden unter den heutigen Verhältnissen aussieht. Doch das gibt Ströbel den Genossen seiner Partei nicht bekannt, die schöne Phrase vom „ehrlichen, konsequenten Verständigungsfrieden“ genügt ja auch vollständig, die Halbheitsmänner zu befriedigen, und tieferes Nachdenken ist hier speziell vom Übel.

Da aber seit Jahr und Tag mit der Zauberformel „Verständigungsfrieden“ der Masse der denkfaulen Arbeiter allerlei Hokusfokus vorgemacht wird, wollen wir die gleißende Hülle dieser mystischen Vorstellung herabreißen im Interesse der politischen Klarheit. Kein Zweifel, dass ein Verständigungsfrieden nur zwischen diesen kriegführenden Regierungen und den hinter ihnen stehenden herrschenden Klassen zustande kommt, unter den heute herrschenden Zuständen ist nun einmal keine andere Möglichkeit vorhanden. Als Sozialisten kann für uns nur maßgebend sein, ob ein solcher Verständigungsfrieden im Interesse des Sozialismus gelegen ist. Diese Frage stellen heißt sie verneinen. Eine Verständigung zwischen den kriegführenden Rivalen ist nur eine Atempause, um nach einer längeren Ruhe und Vorbereitung aufs Neue aufeinander loszuschlagen. Wann kommt aber diese Verständigung? Doch nur erst dann, wenn auf beiden Seiten die letzte verfügbare Kraft an Munition, Menschenmaterial und Geld aufgezehrt sein wird, wenn der allgemeine Zusammenbruch vor der Tür steht. Bei der nun einmal herrschenden gegenseitigen Erbitterung ist nicht früher daran zu denken. Was bedeutet das aber für die arbeitenden Klassen aller Länder? Nichts mehr und nichts weniger als wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Ruin. – Das ist die Konsequenz des Verständigungsfriedens, der von den Unabhängigen in Stadt und Land, im Parlament, in Versammlungen als das Allheilmittel der Völker angepriesen wird.

Und auch diese schönklingende Phrase hören noch erhebliche Massen der Arbeiter, ohne die Hohlheit und das verhängnisvolle einer solchen Aspiration einzusehen. Dass ein solcher Verständigungsfrieden kommt, ist ja möglich, aber wehe, wenn er kommt.

Die russischen Bolschewiks haben auf das Eintreten dieses famosen Verständigungsfriedens nicht erst gewartet, haben sogar die Verständigung im eigenen Lande unter dem Regime Kerenskis kühn zerschlagen in der ganz richtigen Erkenntnis, dass auf diesem Wege kein Sozialismus zu erreichen ist. Darob sind sie von bedeutenden unabhängigen Führern bekämpft und verfolgt worden, darob hat man sie als unsozialistisch denunziert und ihnen die sonderbarsten Ratschläge erteilt. Bei dieser Arbeit haben die deutschen Unabhängigen den Rekord geschlagen, ohne selbst etwas für den Sozialismus zu tun. Der ganze scheinheilige Wortradikalismus, mit dem einem Teil der Arbeiter die Köpfe verkeilt werden, ist minder so verhängnisvoll als die direkte arbeiterfeindliche Politik der Regierungssozialisten.

Trotz allem oberflächlichen taktischen Krimkrams kann hier mit vollem Recht gesagt werden – gleiche Brüder, gleiche Kappen!

Wirklichkeit und Einbildung in der linksradikalen Bewegung.

Von Julius Dickmann, Wien.

Die Lebensbedingungen, der Aufstieg der Arbeiterschicht, welche sie vertreten, zwingt sie dazu die staatskapitalistische Organisation der Wirtschaft zu fördern, also einen wirtschaftlichen Fortschritt herbeizuführen.

Gerade darum haben sie ja ihre früheren Ideale preisgegeben. Wenn sie also die heutige Ordnung stützen, schaffen sie gleichzeitig dafür die Vorbedingungen, damit *wir* diese Ordnung umso leichter überwinden. Erwünscht ist uns diese Art Erleichterung gewiss nicht. Wird sie aber geschaffen, dann wären wir toll, sie zu verschmähen.

Wenn wir eine der sozialpatriotischen entgegengesetzte Politik treiben, so nicht deshalb, weil wir so idealistisch gesinnt sind, weil wir die Prinzipienfesten, sie dagegen die Prinzipienverräter, weil wir wirkliche Sozialisten, sie aber Regierungssozialisten sind. Man sollte doch endlich diese öde Schimpferei, welche unsere Sache nur herabwürdigt, fahren lassen.

Das Schimpfwort ist wohl die einzige Ware, welche in diesem Kriege im Preise gesunken ist. Wir bekämpfen die Sozialpatrioten, weil wir die Vertreter der ausgebeuteten, unterdrücktesten Schicht des modernen Proletariats sind: der ungelernete Arbeiter in der Schwerindustrie, deren Interessen der „Arbeiteraristokratie“ entgegengesetzt sind. Die Lage dieser Arbeiter kann auf kapitalistischer Basis nicht gebessert werden. Sie ist idealistisch, weil sie zu keinen materiellen Gütern in der heutigen Welt Zutritt erhält. Ihr nationale Kultur ist nicht bedroht, weil sie keine besitzt.

4. Das Dogma vom reifen Kapitalismus.

Es ist einer der komischsten Widersprüche bei den Umlernern, dass sie uns in einem Atem versichern, der Kapitalismus sei noch nicht reif für den Übergang zum Sozialismus, dass aber die wirtschaftlichen Neubildungen des Krieges schon „ein Stück Sozialismus“ bedeuten. Die eine Behauptung schlägt die andere tot. Ein Kapitalismus, der noch nicht „reif“ ist, kann aus sich heraus keine sozialistischen Blüten treiben. Treibt er sie dennoch, so beweist er selbst damit, dass er schon „reif“ ist.

In den entgegengesetzten Denkfehler verfallen die Linksradikalen. Sie betrachten den Kapitalismus als „schon reif“, wollen aber von den „sozialistischen Errungenschaften des Krieges“ gar nichts wissen.

Das marxistische Zentrum dünkt sich über solche Widersprüche hoch erhaben. Sein Dünkel wäre aber erst dann berechtigt, wenn es imstande wäre, den Widerspruch, welcher doch tatsächlich besteht und nur in den Köpfen der Umlerner, wie der Linksradikalen, zu entgegengesetzten Denkfehlern führt, zu formulieren und zu lösen: den Widerspruch nämlich, dass wir bereits eine so hochorganisierte Wirtschaftsform erreicht, haben, dass sie schon nach außen einen „sozialistenden“ Anstrich anzunehmen beginnt und dennoch die proletarische Masse, welche unter der jetzigen Ordnung so schwer leidet, den Kampf um den Sozialismus noch nicht aufgenommen hat. Statt diesen Widerspruch aus der Ökonomie unserer Zeit und aus der Differenzierung des Proletariats in Schichten mit gegensätzlichen Interessen zu erklären, zerreißt ihn vielmehr der Zentrumstheoretiker nach der bekannten dialektischen Methode, welche Marx bei Proudhon so beiend kritisierte. Er konstruiert künstlich einen Unterschied zwischen den objektiven und subjektiven Voraussetzungen der

sozialistischen Revolution. (Vergleiche Kautsky: „Zwei Schriften zum Umlernen“, „Neue Zeit“, 33. Jahrgang, 3. Band, Seite 142).

Die objektiven Vorbedingungen des Sozialismus sind nach dieser Zentrumstheorie schon gegeben, nämlich in der hochorganisierten Wirtschaft der Gegenwart. Die subjektiven Faktoren, denen sozusagen die Rolle eines Funkens zufällt, der ins Pulverfass der objektiven Voraussetzungen einzuschlagen hat, die großen subjektiven Faktoren, stellen sich in großen „historischen Momenten“ ein. So hängen sie aber ganz in der Luft. Sie haben mit den objektiven Vorbedingungen nur so viel gemein wie der Funke mit dem Pulverfass.

Als die griechische Tragödie in Verfall geraten war und der Dichter die Kunst nicht mehr genügend beherrschte, um den tragischen Konflikt der handelnden Personen einer natürlichen, in den tragischen Motiven selbst notwendig begründeten Lösung zuzuführen, da half er sich durch einen Deus ex machina. Ein Gott oder eine Göttin sprang unvermittelt auf die Szene und löste durch seinen Machtspruch den Konflikt. Was für die verfallende Kunst der Hellenen dieser Deus ex machina war, das ist heute für die verfallende Zentrumstheorie der berühmte historische Moment. Er löst ihr alle Widersprüche der Gegenwart. Die soziale Revolution kommt nicht, weil der historische Moment noch fehlt. Sonst alles bereit. Leider werden wir bald sehen, dass linksradikale Theorie keineswegs höher steht in dem Punkte. Wenn die Linksradikalen über den historischen Moment spotten, so nur deshalb, weil sie zu ungeduldig sind, auf ihn zu warten.

Ein solcher Dualismus der objektiven und subjektiven Vorbedingungen hat – so bequem seine Anwendung sein mag, – mit dem historischen Materialismus gar nichts gemein. Dieser ist eine monistische Gesellschaftsauffassung und geht von der Einheit von Sein und Bewusstsein, Objekt und Subjekt aus. Sind die objektiven Voraussetzungen der sozialen Revolution gegeben, d.h. sind die Widersprüche des Kapitalismus bereits zu solcher Höhe gelangt, dass sie den gesellschaftlichen Lebensprozess hemmen, stören, unmöglich machen, so finden diese objektiven Verhältnisse unvermeidlich sofort auch den subjektiven Ausdruck im revolutionären Willen der gequälten Massen, womit allerdings noch nicht gesagt ist, dass sich dieser Wille unvermeidlich durchsetzen muss. Ist er aber überhaupt nicht vorhanden – wie dies heute im größten Teil der proletarischen Massen Deutschlands der Fall, – so ist damit indirekt bewiesen, dass die Widersprüche des Kapitalismus noch nicht so weit gediehen, die objektiven Voraussetzungen der proletarischen Revolution noch nicht gegeben sind.

Zu diesem Schluss können wir natürlich nur hinterher gelangen. Aber wenn wir dazu einmal gelangen, wenn wir uns dessen bewusst werden, dass in einem großen Teil des Proletariats der revolutionäre Wille zu einer gegebenen Zeit gar nicht vorhanden ist, so haben wir nicht in echt kleinbürgerlicher Weise diese Erscheinung durch das Verhalten, die Fehler, den Verrat von einzelnen „führenden Personen“ zu erklären, sondern wir müssen, wenn wir nur einen Hauch vom Marxismus je verspürt haben, nach den materiellen Lebensbedingungen dieser Masse fragen und aus der ökonomischen Situation unserer Zeit das Versagen unserer Agitation zu erklären suchen. Die Führer brauchen dabei nicht die Heiligen, die unschuldigen Lämmer zu sein. Aber ebenso wenig darf man sie als den Sündenbock für alles und jedes gebrauchen.

Als die deutsche Revolution von 1848 an der Feigheit der Bourgeoisie und der Halbheit des Kleinbürgertums zugrunde ging, gab es unter den nach London geflüchteten Revolutionären ununterbrochenen Zank und Streit über die persönliche Schuld einzelner Flüchtlinge an dem Sieg der Reaktion. Gewiss hatte jeder von diesen bornierten, eitlen und unfähigen demokratischen Führern sein vollgerütteltes Maß daran, dass irgendeine Unternehmung missglückte. Gewiss haben sie in ihrer Gesamtheit den Charakter der deutschen Revolution mitbestimmt.

Aber das Schicksal der Revolution lag nicht in ihren Händen. Sie hätte siegen können trotz der Unfähigkeit und Beschränktheit der Führer, ja, sie hätte aus diesen lächerlichen Zwergen wahre Riesen machen können, um sich ihrer als Werkzeuge zu bedienen – wie es ja auch in der großen Französischen Revolution der Fall war – wäre ihr Sieg nur wirklich in den Verhältnissen der damaligen deutschen Gesellschaft begründet. Das war er aber nicht.

Das war er nicht, und Marx und Engels haben es sehr bald erkannt, als sie in London die Möglichkeit fanden, die treibenden Kräfte der europäischen Revolution und Konterrevolution zu untersuchen. In dem Wechsel von Krise und Prosperität auf dem Weltmarkte fanden sie die Erklärung für die Abwendung der deutschen Bourgeoisie von ihren früheren revolutionären Idealen, aus der ökonomischen Zwitterstellung des Kleinbürgertums ergab sich seine zwieschlächtige, unkonsequente Haltung in der Revolution. Auch Marx und Engels hatte manches herbe Wort für die demokratischen Größen übrig. Aber in ihren öffentlichen Schriften wird man nur wenig davon finden. Sie waren leidenschaftliche Revolutionäre, aber ihre Leidenschaft trübte ihnen nicht den Blick für die Realitäten des Lebens. Sie dekretierten den Kapitalismus nicht als reif. Im Gegenteil, sie wiesen nach, dass die nächste Revolution, welche ihrer Ansicht nach nur eine soziale Revolution sein konnte, erst im Gefolge einer großen wirtschaftlichen Krise kommen werde. Und nach den damaligen Erfahrungen mit dem zehnjährigen Krisenzyklus nahmen sie mit großer Wahrscheinlichkeit an, sie werde sich um das Jahr 1857 einstellen.

Bis dahin aber warteten sie – so wird hier mancher Zentrumstheoretiker einwerfen und er wird gleich darin den Beweis sehen, wie sehr er doch seinen Altmeistern ähnlich ist – im Warten. Richtig, sie warteten! Aber der historische Moment, auf den sie warteten, das war nicht ein Deus ex machina, der plötzlich vom Himmel herunterfällt, man weiß nicht wie und wann, das war nicht ein unberechenbares Zufallsprodukt der subjektiven Voraussetzungen. Ihr historischer Moment das war eine wohlberechenbare, nach dem damaligen Stande der ökonomischen Wissenschaft mit zwingender Logik sich ergebende, aus dem Mechanismus der bürgerlichen Produktionsverhältnisse notwendig herauswachsende Situation.¹³

Heute wissen wir, dass die Rechnung von Marx und Engels irrtümlich war. Aber dieser Irrtum bedeutete doch nur eine Unvollkommenheit, ihrer noch jungen monistischen Lehre. Übrigens, Marx und Engels warteten auf eine Weltkrise. Worauf wartet aber der Zentrumstheoretiker inmitten einer Weltkrise?

¹³ „Eine neue Revolution ist nur möglich im Gefolge einer neuen Krisis. Sie ist aber auch ebenso sicher wie diese.“ So schließt Marx seine tiefschürfende, eingehende Analyse der politischen Lage von 1850. (Vergleiche Mehrings Nachlass-Ausgabe, 3. Band, Seite 468.) Dagegen kommt Kautsky, nachdem er fein die objektiven und subjektiven Vorbedingungen der sozialen Revolution gesondert hat, zu dem Resultate: „Sie kann (!) kommen, eh Ihr's glaubt.“ (Neue Zeit 33, 2, Seite 145.) Hier sieht man den ganzen Unterschied zwischen einer Marxschen und einer marxistischen Prophezeiung der Revolution. Die erste ist wie die präzise Wahrscheinlichkeitsrechnung des Mathematikers, eine wissenschaftliche Prognose, deren Irrtum in dem noch zu knappen, damaligen Erfahrungskreis seine Rechtfertigung findet. Die zweite ist ein Sehnsuchtsseufzer des Lotteriespielers, der mit seinem gesunden Menschenverstand die Möglichkeit eines Ambo-Zusammentreffens der objektiven und subjektiven Vorbedingungen zu berechnen versucht. Kautsky konnte natürlich nichts dafür, wenn er keine so durchschlagenden Gründe für seine Prophezeiung auszuführen hatte wie Marx. Aber dann sollte er nicht prophezeien!

Als die Weltkrise von 1914 kam, sahen die Linksradikalen, dass es zu handeln und nicht zu warten gibt. Sie waren innerlich davon überzeugt, dass Marx und Engels auch nicht warten würden. Ich glaube, sie hatten damit vollkommen recht. Allein die linksradikale Bewegung erwies sich als zu schwach. Ihre Losung fand nur bei wenigen Proletariern ein Echo. Die Linksradikalen mussten sich auf die Kritik der Sozialpatrioten und Unabhängigen beschränken. Und sie sparten damit beileibe nicht. Ihre Stellung war sehr ähnlich derjenigen von Marx und Engels gegenüber den demokratischen Parteien in der Märzrevolution. Auch damals waren die fortgeschrittenen Arbeiter in geringer Zahl den neuen kommunistischen Ideen zugänglich, während der größte Teil noch tief in veralteten Vorstellungen steckte und den unklaren Losungen der bürgerlichen Demokratie Folge leistete. Auch damals scheiterte die kommunistische Agitation trotz aller Anstrengungen, trotz der schneidigen Kritik, an der Unentschlossenheit der breiten Masse.

Aber wir haben schon bemerkt: Marx und Engels waren weit davon entfernt, die Ursache ihres Scheiterns einfach auf den Unverstand einer irreführten Masse, auf den Verrat der demokratischen Führer abzuwälzen. Sie untersuchten die ökonomischen Schichtungen dieser Masse, sie übten an ihren bisherigen Ansichten über die soziale Revolution eine unbarmherzige Selbstkritik.

Mir scheint es, wenn die Linksradikalen weiter in den Spuren von Marx und Engels wandeln wollen, dann ist auch für sie die Zeit für solche Selbstkritik gekommen. Sie müssen alle ihre Anschauungen über den Gang der proletarischen Revolution einer strengen Prüfung unterziehen, sie müssen die Ursache ihres Scheiterns in der ökonomischen Lage der proletarischen Massen von heute suchen, sie müssen ihre Theorie auf neue Grundlagen stellen.

Ich bilde mir nicht ein mit meinen schwachen Kräften, bei meinem mehr als bescheidenem Wissen eines Proletariers, solche Grundlagen hier entwickeln zu können. Aber vielleicht glückt es mir einige Anregungen zu geben, einen fruchtbaren Gesichtspunkt zu eröffnen.

Die linksradikale Theorie, wie sie in den Spalten der „Arbeiterpolitik“ entwickelt und begründet wurde, ist aufgebaut auf dem Dogma vom reifen Kapitalismus. Mit diesem Dogma steht sie und fällt sie. Würde es heute einem Umlerner gelingen den Beweis zu erbringen, dass der Kapitalismus noch nicht reif ist, – ein Beweis, der nur deshalb so schwer zu führen ist, weil man unter dem reifen Kapitalismus gleichzeitig alles und nichts verstehen kann, – so purzelt das ganze Gebäude der heutigen linksradikalen Theorie zusammen. Zum Glück ist die linksradikale Bewegung tiefer und fester begründet als die linksradikale Theorie. Sie wurzelt in den materiellen Bedürfnissen eines Teils der proletarischen Massen.

Aber bedarf es dann erst eines unbeweisbaren Dogmas, um diese Bewegung theoretisch zu rechtfertigen? Dazu noch eines Dogmas, welches in seiner allgemein gebrauchten Fassung überhaupt keinen Sinn hat und in der Fassung, worin es wirklich einen Sinn bekommt, von den Tatsachen selbst, nämlich der rüstigen Fortentwicklung des Kapitalismus, seiner notorischen Falschheit überwiesen wird.

In einem Artikel der „Arbeiterpolitik“ zur Frage: „Ist der Kapitalismus reif?“ (1. Jahrgang, Seite 22) wird behauptet, die Überführung der kapitalistischen Privatmonopole in Staatsmonopole bedeute keinen Schritt zu einer höheren ökonomischen Kategorie. Die Verwandlung sei nur formaler Natur. Am Wesen der kapitalistischen Ausbeutung ändere sie nichts. Die letzten zwei Sätze sind wohl richtig. Aber das Kartellwesen war ja auch nur eine äußerliche formale Wandlung des alten kapitalistischen Systems. Es ändert an dem Ausbeutungsverhältnis gar nichts, verschärft es nur noch mehr. Dennoch sahen wir im Kartellwesen einen Fortschritt des Kapitalismus, der für den Übergang zum Sozialismus von großer Bedeutung ist, weil er die Wirtschaft organisiert.

Der Staatskapitalismus bedeutet einen noch größeren organisatorischen Fortschritt. Er bringt schon die bewusste Leitung des Wirtschaftslebens, allerdings zu Gunsten kapitalistischer Interessenten, aber immerhin schon unter Kontrolle der Parteien. Es kann für uns nicht gleichgültig sein, ob wir nach dem Sieg des Sozialismus die Leitung der Produktion von einzelnen kapitalistischen Cliquen oder von einer zentralisierten staatlichen Verwaltung übernehmen.

Dann aber die Redensart von nur formellen Veränderungen durch den Staatskapitalismus. Wenn man will, ist der ganze Kapitalismus auch nur eine formelle Veränderung der alten auf dem reinen Privateigentum beruhenden Handwerksproduktion. Wie ist denn das zugegangen? Erst der kleine Meister mit den paar Gesellen, dann ein Verleger, der zahlreichen Heimarbeitern Werkzeug und Material liefert. Eine rein formelle Veränderung! Sein Mehrwert war schon sichtbar, während er beim Heimarbeiter kaum in Betracht kommt, aber vorläufig nur deshalb, weil der Verleger gleichzeitig viele Arbeiter beschäftigt. Vom Verlagsgeschäft zur Kooperation – eine rein formelle Änderung. Eine gemeinsame Stube für die Arbeiter, damit man sie leichter beaufsichtigt, damit an Raum, Licht, Heizung gespart wird. Von der Kooperation zur Manufaktur – was ändert das am Wesen der Ausbeutung, nur dass sie größer wird. Auch der Übergang von der Manufaktur zur Großindustrie, so grundstürzend er auf technischem Gebiet ist, für den Gegensatz zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern ist er wieder nur formell. Er erhöht nur die Ausbeutungsart weiter.

Aber die Summe dieser formellen Veränderungen? Die Quantität schlägt in Qualität um. Auf der einen Seite ist aus dem kleinbürgerlichen Arbeitseigentum kapitalistisches Ausbeutungseigentum geworden, auf der anderen Seite ist aus der zersplitterten Produktion der Handbetriebe die organisierte, zentralisierte Großindustrie entstanden. Ein großer wesentlicher Fortschritt, eine Umwälzung des Eigentums, eine neue Wirtschaftsform mit höheren ökonomischen Kategorien – alles das durch eine Reihe scheinbar formeller Veränderungen bewirkt.

Die erste Phase des Kapitalismus, der Sieg der Großindustrie über den Kleinbetrieb bedeutet die Organisation der gesellschaftlichen Gütererzeugung in möglichst produktiver Form. Das kapitalistische Eigentum, welches Tausende Arbeiter zur gemeinsamen Fron versammelt und ihnen einen hochkonzentrierten technischen Apparat zur Verfügung stellt, ist ein Mittel dieser Organisation.

Aber dasselbe kapitalistische Eigentum, welches die Produktion organisiert, innerhalb der Fabrik eine wohldurchdachte technische Arbeitsteilung einführt, bedeutet gleichzeitig die Anarchie innerhalb der Gesellschaft. Es hat die alte, auf der Zunftordnung beruhende gesellschaftliche Arbeitsteilung gesprengt, die Güterverteilung innerhalb der Gesellschaft dem freien Spiel der Konkurrenz überlassen, was zu regelmäßigen Krisen in der Zirkulation führt. Organisation in der Fabrik, Anarchie auf dem Markt – das sind die Kennzeichen des Kapitalismus in seiner ersten Phase.

In der zweiten Phase seiner Entwicklung geht nun der Kapitalismus daran, auch die gesellschaftliche Güterverteilung zu organisieren, nach der Produktionsweise auch die Distributionsweise umzuwälzen. Er kann es natürlich nur mit den ihm eigentümlichen Mitteln tun. Er lässt sich seine organisatorische Arbeit durch vermehrte Ausbeutung der Massen bezahlen. Hat er früher die Werkstätten monopolisiert, um den Arbeiter als Produzenten seiner Herrschaft zu unterwerfen, so monopolisiert er jetzt den Markt, um den Arbeiter auch als Konsumenten zu beherrschen.

Die Ringe und Kartelle sind nur formelle Veränderungen am Kapitalismus, welche dieser Organisation des Marktes dienen. Dann kommen die staatlich beaufsichtigten Zentralen, die reinste Formalität! Die Regierung schickt einfach ein paar fachmännische Vertreter in eine

Versammlung der Kartellgewaltigen, der Name des Syndikats wird geändert, er heißt jetzt Baumwollzentrale, Metallzentrale usw. Die Unterdrückung der Arbeiter wächst noch mehr, am Wesen der Ausbeutung ändert dieser Kriegssozialismus gar nichts. Dann kommt die Verstaatlichung, auch nur eine Formalität. Statt Aktien besitzt jetzt der Kapitalist Staatsrente.

Lauter Formalitäten, wie wir gesehen haben. Aber durch diese Formalitäten wird der innere Markt organisiert, die Produktion im Lande immer bewusster, vorsorglicher – wenn auch die Massen von dieser Vorsorge wenig oder nichts haben – geleitet und eines schönen Tages schlägt die Quantität der formellen Veränderungen in die Qualität einer höheren ökonomischen Kategorie um; die geheimnisvolle Vorstufe zum Sozialismus, vor deren Überspringen uns Cunow so eindringlich warnt, ist da; die Organisation des inneren Marktes ist vollendet, es bleibt nur noch der Weltmarkt zu organisieren, was aber nur das Werk des Sozialismus sein kann.

Es ist daher meines Erachtens voreilig zu sagen, dass der Kapitalismus schon seine historische Mission vollbracht hat, dass er keine neuen ökonomischen Formen, keine höheren Kategorien mehr herausbilden könne.

(Fortsetzung folgt.)

Feuilleton

Eine Schiffergeschichte.¹⁴

In einem Außenhafen lagen einmal eine ganze Menge Fahrzeuge. Sie hatten schon sehr lange dort gelegen – nicht gerade des Sturmes wegen, sondern vielmehr wegen der Windstille; zuletzt hatten sie dort schon so lange gelegen, dass sie sich nicht mehr um den Wind kümmerten.

Alle Kapitäne waren nach und nach gute Freunde geworden, sie fuhren zum Besuch von Schiff zu Schiff und nannten einander „Better“.

Sie hatten keine Eile fortzukommen. Dann und wann konnte es passieren, dass ein jugendlicher Steuermann ein Wort über den günstigen Wind und das ruhige Meer fallen ließ. Aber so etwas wurde nicht geduldet; auf einem Schiffe muss es ordentlich zugehen. Deshalb wurden die, welche den Mund nicht halten konnten, ans Land gesetzt.

Aber bis in alle Ewigkeit konnte die Sache doch nicht so weiter gehen. Die Menschen sind nicht so gut, wie sie sein sollten, und nicht jedem ist wohl, wenn er Ruhe und Ordnung hat.

Die Leute begannen hier und da ein wenig zu murren. Sie wurden es müde, die Kajüten zu malen und zu putzen und die Kapitäne von und zu den Toddy-Gelagen zu rudern. Es verbreitete sich das Gerücht, dass einzelne Schiffe sich zum Segeln rüsteten. Einige setzten die Segel in aller Stille eins nach dem andern auf, die Anker wurden ohne Sang und Klang gelichtet, und das Schiff glitt ruhig zum Hafen hinaus; andere gingen sogar unter Segel, während der Kapitän schlief. Man hörte auch von Schlägerei und Meuterei, aber dann kam Hilfe von den Nachbarkapitänen, es wurde gestraft und an Land gesetzt, und alle Vertäuungen wurden nachgesehen und verstärkt.

¹⁴ Eine Satire, welche sich auf die politischen Zustände bezieht, wie sie noch vor der Krisis im Jahre 1884 in Norwegen waren.

Nichtsdestoweniger verließen schließlich alle Schiffe – bis auf ein einziges – den Hafen. Sie segelten nicht alle mit demselben Glück; ein oder das andere kam sogar auf einige Zeit mit einem auszubessernden Schaden zurück. Von anderen wiederum hörte man wenig. Auf einem Schiffe, so erzählte man sich – war der Kapitän von der Mannschaft über Bord geworfen; ein anderes hatte die Hälfte der Besatzung in Ketten gelegt, und jetzt segelte es, niemand wusste wohin. Aber wenigstens waren sie doch alle unterwegs; und jedes strebte bald durch Sturm, bald durch Windstille seinem Ziele zu.

Wie gesagt, – nur ein Schiff blieb im Außenhafen liegen; und dieses lag dort sicher und gut: zwei schwere Anker am Grunde und drei starke Ankerketten, die an Land führten.

Es war ein wunderlicher, kleiner Kasten. Der Rumpf war alt, aber man hatte ihn kürzlich repariert und ihm ein hübsches kleines, modernes Gallion gegeben, das seltsam abstach gegen die flachen Flanken und das schwere Achterteil. Das Takelwerk – man konnte es deutlich sehen – hatte ursprünglich einem größeren Fahrzeuge gehört, war in aller Eile dem kleineren Rumpfe angepasst worden, und dies vermehrte noch das Unverhältnismäßige in dem ganzen Aussehen der Brigg. Außerdem waren große Stückpforten darauf gemalt, wie ein „man of war“, und stets führte es die Nummerflagge am Hauptmast.

Der Schiffer war ein ungewöhnlicher Mann. Er selbst hatte das Bild der Brigg gemalt, das in der Kajüte hing, und außerdem konnte er noch singen, – sowohl Psalmen wie andere Lieder. Ja, es gab Leute, welche sogar behaupteten, dass er selbst Lieder mache. Aber das war gewiss eine Unwahrheit. Und Unwahrheit war es gewiss auch, wenn man im Roof flüsterte, er sei nicht ganz seefest.

Solche Sachen erzählte der Jungmann dem Kajütenjungen immer, um sich wichtig zu machen. Und außerdem hatte die Brigg einen Steuermann, der auch allein um die Landspitzen segeln konnte, wenn's Not am Mann war.

Er war schon seit vielen, vielen Jahren als Steuermann gefahren, schon zur Zeit des seligen Vaters unseres Kapitäns. Er war gewissermaßen an das Steuerruder festgewachsen, und viele Leute konnten sich die alte Brigg mit einem neuen Steuermann gar nicht vorstellen.

Allerdings hatte er nie auf fernem Fahrwasser gefahren. Da aber sein Beruf stets derselbe und er immer in Begleitung von anderen Schiffen gewesen, so hatte die Brigg eigentlich immer glücklich gefahren – ohne besondere Havarie und ohne besonderen Verdienst.

Daher waren sowohl er wie der Schiffer zu der Überzeugung gekommen, dass niemand besser fahren könne als sie, und deshalb kümmerten sie sich eigentlich wenig um das, was die anderen taten, sie sahen zum Himmel hinauf und schüttelten den Kopf.

Die Mannschaft hatte es gut, denn sie war an nichts Besseres gewöhnt. Die meisten konnten gar nicht begreifen, weshalb die Leute auf den anderen Schiffen es so eilig mit dem Fortkommen hatten; der Monat ging ja doch zu Ende, ob man nun segelt oder im Außenhafen lag, und dann war es doch immer besser, wenn man nicht zu arbeiten brauchte. Solange der Kapitän nicht zum Segeln drängte, konnte die Mannschaft sich doch ruhig verhalten, denn er musste doch das größte Interesse daran haben, fortzukommen. Und außerdem – sie wussten ja alle, was für ein Kerl der Steuermann war, und wenn ein so tüchtiger und erprobter Mann stilllag, so konnte man fest davon überzeugt sein, dass er seine guten und gewichtigen Gründe haben musste.

Aber eine kleine Partei zwischen der Mannschaft – es waren ganz junge, unerfahrene Leute – meinten, es sei eine wahre Schande, sich auf diese Weise alle Welt vorbeisegeln zu lassen. Sie hatten wohl gerade keinen besonderen Vorteil von der Reise zu erwarten. aber schließlich wurde diese Untätigkeit ihnen so unerträglich, dass sie den abenteuerlichen Beschluss fassten,

den Jungmann nach hinten zu senden und den Kapitän zu bitten, dass er einen Tag für die Abfahrt festsetzen möge.

Die Vernünftigen unter der Mannschaft bekreuzigten sich und baten den Jungmann, gar schön sich ruhig zu verhalten.

Aber dieser war ein unbesonnener Grünschnabel, welcher in fremden Diensten gefahren war und sich daher einbildete, ein Allerweltskerl zu sein. Er ging augenblicklich nach hinten und hinunter in die Kajüte. Da saßen der Schiffer und der Steuermann bei ihrem Whisky und spielten Sechsendsechzig.

„Wir wollten fragen, Herr Kapitän, ob Sie nicht nächste Woche unter Segel gehen wollten, denn wir haben es jetzt alle so satt, hier zu liegen“ – sagte der Jungmann und blickte dabei dem Schiffer gerade ins Gesicht, ohne auch nur mit einer Wimper zu zucken.

Dieser wurde erst hellblau, dann tiefviolett im Gesicht. Das lässt sich begreifen. Aber er fasste sich schnell, und dann sagte er, was er bei jeder Gelegenheit zu sagen pflegte: „Was meinst du dazu, Steuermann?“ (Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Frau Ahrens: Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 26/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 29. Juni 1918.

Nr.26

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Über die nächste Zukunft der sozialdemokratischen Parteien in Deutschland.

1. Eine Prophezeiung.

Was die deutsche Sozialdemokratie am 4. August 1914 tat, hat bekanntlich die breite Öffentlichkeit, zumal die Sozialisten des Auslandes, auf das äußerste überrascht. Seit Jahrzehnten war man gewohnt, in ihr den Bannerträger des Internationalismus zu erblicken, und als sie dessen Fahnen so eilig verließ, standen die Sozialisten der ganzen Welt wie vor den Kopf geschlagen. Und doch war das Verhalten der deutschen Sozialdemokratie für den, der ihr inneres Wesen kannte, durchaus keine Überraschung. Im Auslande hatte man sie nach Äußerlichkeiten und deshalb falsch beurteilt. Wer ihr wahres Wesen durchschaut hatte, erwartete schon in den letzten Friedensjahren nichts anderes von ihr, als was mit Kriegsbeginn wirklich eingetreten ist.

Genau die gleiche Gefahr der Enttäuschung droht auch jetzt wieder. Bereits ist man wieder auf dem besten Wege, sich ein Urteil über die deutschen Sozialdemokraten nach den Äußerlichkeiten ihres Auftretens zu bilden und infolgedessen Erwartungen auf sie zu setzen, die sie nie erfüllen werden. Einige Vorkommnisse der jüngsten Zeit sind geeignet, darüber aufzuklären.

Bekanntlich haben wir jetzt in Deutschland zwei sozialdemokratische Parteien, die beide im Reichstag vertreten sind und von denen die eine, die sich die Partei der Unabhängigen nennt, in Opposition gegen die Regierung und deren Kriegspolitik steht. Das ist es, was man in der großen Öffentlichkeit sieht. Man betrachtet die Unabhängigen als „die“ Partei der Opposition und so mancher erwartet von ihr die Wiederherstellung der Internationale. Man vergisst oder man weiß nicht, dass gar viele oppositionelle Sozialdemokraten in Deutschland den Anschluss an die Unabhängigen aus guten Gründen ablehnen.

Die letzten Nachwahlen zum Reichstag stellen diese Gründe und ihre Berechtigung in klares Licht.

Als *Stadthagen* starb, glaubte wohl kaum jemand ernstlich, dass der Wahlkreis Niederbarnim den Unabhängigen verloren gehen werde. Vielleicht hegte man hier und da Befürchtungen wegen einer etwaigen Stichwahl. Aber dass die Unabhängigen schon im ersten Wahlgange so kläglich in der Minderheit bleiben würden, das hat wohl niemand erwartet. Galt doch nicht nur *Stadthagen*, sondern auch der Wahlkreis selbst als einer der radikalsten in Deutschland. *Stadthagen* hatte ihn 27 Jahre lang, seit 1890, ununterbrochen im Reichstage vertreten. Und mit welcher imposanten Majoritäten! Sogar im Jahr der allgemeinen Wahlniederlage 1907 hielt *Stadthagen* den Kreis mit 58 000 Stimmen gegen 36 000. Und 1912 konnten seine Gegner alle zusammen auch nicht auf mehr als 36 000 Stimmen kommen, indes *Stadthagen* 92 500 erzielte. Jetzt aber blieb *Breitscheid* mit ganzen 17 000 Stimmen gegen 28 000 sitzen.

Man hat die Schuld auf die Person des Kandidaten geschoben: statt eines Schriftstellers hätte ein Arbeiter aufgestellt werden sollen, statt eines von rechts gekommenen und nach rechts schillernden Kandidaten ein ganz radikaler. Die Probe auf *dieses* Exempel ist inzwischen in Zwickau gemacht worden, wovon wir gleich reden. Viel wichtiger dünkt uns die Art und Weise, wie es bei der Aufstellung des Niederbarnimer Kandidaten zugegangen ist. Nämlich ganz so, wie es in der guten alten Sozialdemokratie in ihrer guten alten Zeit Mode war: der Kandidat wurde von oben her, von der Parteileitung und sonstigen einflussreichen Personen bestimmt. Natürlich vergaß man die „demokratischen“ Formen nicht. Im Gegenteil, man überbot sich darin. Hat man doch ein regelrechtes Redeturnier zwischen mehreren Kandidaten veranstaltet, einen „Maulwettkampf“, bei dem es schwer war, nicht an Heinrich Heines Disputation „in der Aula zu Toledo“ zwischen dem Mönch [zwischen Rabbi und Mönch?] zu denken, woraus der „beste Redner“ als Sieger hervorging. Und so haben sich die Unabhängigen bis aufs Tipfel über dem i als gelehrige Nachahmer der einstigen, am 4. August 1914 selig entschlafenen Sozialdemokratie bewährt, und so mancher gute Genosse in Niederbarnim mag sich allen Ernstes einbilden, er und seine Kameraden hätten den Kandidaten ausgewählt.

Im Mai folgte die Wahl in Zwickau. Sie bot den Unabhängigen nicht ganz dieselben, aber fast ebenso gute Chancen. Der Kreis gehörte der Sozialdemokratie sogar schon seit 1874 (mit nur zwei kurzen Unterbrechungen) und *Stolle* hatte ihn seit 1881 vertreten. (Nur von 1887 - 1890 war das Mandat an die Nationalliberalen übergegangen. Im Kreise, der ebenfalls als eine radikale Hochburg galt, war *Stolle* vielleicht noch beliebter als *Stadthagen* in dem seinigen, wenn er auch nicht so riesige Majoritäten erzielte. *Stolle* war 1903 mit 25 000 gegen 12 000 Stimmen gewählt worden. 1907, als so vieles flöten ging, stiegen zwar die gegnerischen Stimmen auf 19 000, aber *Stolle* behauptete den Kreis, mit 24 000. 1912 endlich brachte er es auf 28 000 während die Gegner auf 18 000 sanken.

Um nicht wieder ins Fettnäpfchen zu treten, vermieden die Unabhängigen den Fehler von Niederbarnim. Keinen Literaten stellten sie auf, sondern einen Arbeiter, und noch dazu einen von ihrem radikalsten Flügel. Denn *Heckert* ist bekanntlich ein Spartakusmann und als deren Redner zu Gotha, wo er den Übertritt zur unabhängigen Partei anführte, weithin bekannt geworden. Dennoch brachte er es nur auf 5000 Stimmen, indes der Regierungssozialist mit 12 000 glatt gewählt wurde und sogar der bürgerliche Kandidat noch mehr als *Heckert* einheimste, nämlich 6000.

Natürlich werden die Unabhängigen mit ihrer Entschuldigung Recht haben. In beiden Fällen werden die bürgerlichen Wähler in hellen Haufen dem Regierungssozialisten geholfen haben. Und wenn es sich um eine wirklich sozialdemokratische Partei handelte, so wäre weiter kein Schaden dabei. Man könnte dann dem zustimmen, was die „Leipziger Volkszeitung“ über diese Wahlen schrieb: sie hätten gezeigt, dass noch ein ganz hübscher Fonds sozialdemokratischer Arbeiter übriggeblieben ist, auf dem man die sozialistische Bewegung

der Zukunft aufbauen kann. Aber wer wollte sich durch solche kindlichen Träume einwiegen lassen! Bleiben wir lieber wach und sehen wir als „Realpolitiker“ zu, was die Unabhängigen, so wie sie gebaut sind, aus den Wahlergebnissen für Schlüsse ziehen werden.

Nach dem Ausfall dieser beiden Proben besteht für sie die *dringende Gefahr, bei der nächsten allgemeinen Wahl ihre gesamten Reichstagsitze zu verlieren*. Wir brauchen uns nur die Stimmzahlenverhältnisse in ihren wichtigsten Wahlkreisen anzusehen.

Die eigentlichen Führer der Unabhängigen sind die *Haase, Ledebour* und *Dittmann*. Daneben kommen als einflussreiche Männer in Betracht etwa die Abgeordneten *Herzfeld* und *Cohn*. Zu dem sichersten Besitz der Sozialdemokratie hat stets der vom Abgeordneten *Büchner* vertretene Berliner Wahlkreis gehört (früher von Paul Singer vertreten). Endlich mag noch der Abgeordnete *Kunert* erwähnt sein, der als einziger nie einen Pfennig Kriegsgeld bewilligt hat und dadurch Anspruch auf die Sympathie aller Radikalen besitzt. Sehen wir nun zu, welche Stimmzahlen diese sieben Kreise in den letzten 15 Jahren für die Sozialdemokratie aufgebracht haben.

Es wurden in diesen Kreisen folgende Stimmen abgegeben:

Wahlkreis d. Abgeordneten	1903		1907		1912	
	Soz.	Gegner.	Soz.	Gegner.	Soz.	Gegner.
Haase	16 600	15 600	17 300	19 700	19 700	18 400
Ledebour	79 500	32 000	99 600	39 200	142 500	33 800
Dittmann	23 500	21 700	23 000	28 600	28 000	26 000
Cohn	4 800	7 200	5 400	9 500	8 300	6 600
Herzfeld	13 400	12 500	13 400	15 300	15 400	14 500
Büchner	68 800	20 500	82 000	26 300	89 500	19 100
Kunert	20 400	19 400	21 900	25 200	27 300	24 300

Der erste Blick auf diese Tabelle zeigt, dass die Mandate der Abg. Haase, Dittman, Cohn, Herzfeld Kuhnert auf recht schwachen Mehrheiten beruhen. Sie sind in früheren Jahren schon der Sozialdemokratie entrissen gewesen; zumal 1907, im Jahre der patriotischen Kolonialbegeisterung, waren sie alle fünf verloren. Es leuchtet demnach ein, dass sie auch bei der nächsten Wahl nur durch eine Verständigung zwischen den Unabhängigen und der Scheidemannpartei gehalten werden können. Kommt eine solche nicht zustande, so genügt eine geringe Absplitterung, um die Mandate anderen Parteien in die Hände zu spielen. Wenn auch nur ein geringer Teil der ehemals sozialdemokratischen Wähler für etwaige Sonderkandidaten der Scheidemannpartei stimmt, so sind diese sämtlichen Wahlkreise den Unabhängigen verloren und ihre führenden Männer sind aus dem Reichstag entfernt.

Harmlose Gemüter mögen vielleicht glauben, die Scheidemannpartei werde so etwas nicht tun, da sie ja dadurch die Mandate nur den bürgerlichen Parteien zuwenden würde, ohne selbst Vorteil davon zu haben. Aber wirklich nur sehr harmlose Gemüter können so etwas glauben. Denn erstens wird eine gewisse Anzahl Wähler sowieso den Unabhängigen verloren gehen, weil sie ihnen entweder zu radikal oder nicht radikal genug sind; und diese können unter Umständen schon für den Verlust des Mandats genügen, wenn nicht die Scheidemänner aushelfen. Zweitens aber haben die Scheidemänner sehr viel eigenen Vorteil davon, ja sie haben sogar das allergrößte Interesse an einer Verständigung mit den Bürgerlichen zum

Schaden der Unabhängigen. Denn indem sie ihnen deren zweifelhafte Mandate ausliefern, gewinnen sie umso fester die bürgerliche Wahlhilfe zur Eroberung jener unabhängigen Mandate, die auf den ersten Blick als „sicher“ zu gelten scheinen.

In der Tat, betrachtet man die Stimmzahlen der Abg. Büchner und Ledebour, so möchte man ihre Sitze für unerschütterlich halten. Aber wars nicht bei Stadthagen ebenso? Und doch ging er verloren? – Wie das kam? Einfach dadurch, dass die Scheidemänner ihrem patriotischen Kandidaten die Wahlhilfe der bürgerlichen Parteien verschafften. Weshalb sollten sie das in Zukunft nicht auch tun? Weshalb sollten sie nicht mit Wonne die Wahlkreise eines Haase, eines Dittmann, eines Herzfeld die sie selbst nicht gewinnen können, den Bürgerlichen auszuliefern, um als Gegenleistung auch noch die Ledebour, Büchner und Zubeil zu verdrängen? Sie werden dann von den rund 20 Mandaten der Unabhängigen immerhin einige für sich gewinnen und können keck behaupten: Die „Stimme des Volkes“ habe für sie entschieden, die Arbeiterschaft habe selbst in den sichersten Wahlkreisen den Unabhängigen den Rücken gekehrt, und wenn von den 110 ehemals sozialdemokratischen Mandaten etwa ein Dutzend an die Bürgerlichen verloren sei, so sei das die Schuld der Zersplitterung, das heißt der Unabhängigen.

Die Führer der Unabhängigen sind viel zu gewiegte und erfahrene Diplomaten, als dass ihnen die von uns hier aufgedeckten Zusammenhänge auch nur einen Augenblick sollten verborgen geblieben sein. All unsere Berechnungen haben sie sicherlich sofort nach der Niederbarnimer Wahl ebenfalls schon vorgenommen, und die Zwickauer Wahl hat ihnen die Bestätigung gebracht. Was für Schlüsse werden sie daraus gezogen haben?

Nachdem der Weltkrieg bald vier Jahre tobt und sich so viele scheinbar wohl begründete Prophezeiungen als falsch erwiesen haben, soll man mit Prophezeiungen vorsichtig sein. dennoch wagen wir es in diesem Fall und werden nicht einmal besonders stolz darauf sein, wenn die Erfüllung kommt. Denn ein Kind kann das sehen. Wir prophezeien also:

Über kurz oder lang, jedenfalls rechtzeitig vor der nächsten allgemeinen Wahl, „werden sich die Unabhängigen an die Scheidemannpartei heranzumachen, sich mit ihr verständigen und sich sogar wieder mit ihr vereinigen.“

Es gibt keine andere Lebensmöglichkeit für sie. Gegen den Widerstand der Scheidemänner, ja ohne ihre Hilfe verschwinden die Unabhängigen aus dem Reichstage. Ohne den Reichstag aber können sie nicht existieren, dort allein ist ihr Lebenselement.

Auch gibt es ja verschiedene Formen solcher Wiedervereinigung. Auf beiden Seiten gibt es Diplomaten genug, die den richtigen Moment abzapassen, verstehen.

(Schluss folgt.)

Wirklichkeit und Einbildung in der linksradikalen Bewegung.

Von Julius Dickmann, Wien.

Sagt es irgendein Theoretiker, so kann es wenig schaden. Er kann sich höchstens nur blamieren. Aber wenn man eine ganze Bewegung mit geschichtlichen Aufgaben, mit großen Zielen auf eine solche unbegründete, willkürliche Annahme geradezu fixieren will, so ist es gefährlich. Denn eine solche Annahme kann nur Konfusion stiften, wenn sie Erwartungen erzeugt, welche sich später als trügerisch erweisen. So wird dann die ganze Bewegung in Frage gestellt. Wir müssen radikale Sozialisten sein, nicht weil der Kapitalismus schon reif ist, sondern trotzdem er noch nicht reif ist. Wir sind es ja, die ihn reif machen sollen. Der

Kapitalismus wird reif sein, wenn große Massen hinter uns stehen und reif genug sein werden, ihn zu überwinden.

Sind sie es heute schon? Offenkundig nicht, sonst würden sie ja zu den von uns propagierten neuen Kampfmethoden übergehen. Woran liegt es aber, wenn diese neuen Kampfmittel bei den Massen bisher so wenig Anklang gefunden haben? Vielleicht, weil darüber zu wenig Artikel geschrieben, zu wenig Vorträge gehalten wurden? Die intensivste Propaganda würde da nichts nützen, wenn nicht vor allem neue ökonomische Vorbedingungen für diese neuen Aktionsmethoden geschaffen werden.

Heute sind diese neuen Vorbedingungen offenbar noch zu wenig entwickelt, deshalb hat sich die Masse für unsere Taktik noch nicht entscheiden können. Aber wer kann uns diese neuen ökonomischen Vorbedingungen bringen? Nur der Fortschritt, die Weiterentwicklung des Kapitalismus. Mit dem Fortschreiten des Kapitalismus in seiner früheren Periode mussten erst die kleinbürgerlichen Arbeiter ihre Tauschbanken, Produktionsgenossenschaften beiseiteschieben und gingen zum Lohnstreik über, lernten die Bedeutung des politischen Kampfes kennen. So werden sie auch mit dem weiteren Fortschreiten des Kapitalismus die heutigen veralteten Kampfmittel beiseiteschieben und zu den von uns propagierten neuen Kampfmitteln übergehen.

Aber wie denn, wenn wir den Kapitalismus gleich heute schon als reif dekretieren, wenn wir ihm jede weitere Entwicklungsmöglichkeit, jede Fähigkeit zu höherer ökonomischer Formenbildung absprechen. Heißt es nicht damit auch die Aussichtslosigkeit unserer eigenen Bewegung dekretieren, ihre Entfaltungsfähigkeit gänzlich in Frage stellen? Worauf denn sollten wir unsere revolutionäre Rechnung stützen, wenn nicht auf die zukünftige Fortentwicklung des Kapitalismus. Oder sollten wir Kautkys subjektive Voraussetzungen in Rechnung stellen? Das wäre theoretischer Selbstmord!

Hier könnte man mir aber einen Einwand machen, der seine gute Berechtigung hat. Wie ist es denn möglich, dass Russland, dessen wirtschaftliche Entwicklung weit hinter der mitteleuropäischen zurücksteht, heute schon inmitten einer sozialistischen Revolution steht, während Deutschland und Österreich sich erst anschicken vom Privatkapitalismus zum Staatskapitalismus überzugehen. Sollte denn die russische Revolution nur eine Frühgeburt sein, ein Zufall des Krieges, eine Verirrung der Geschichte?

Darauf kann ich nur zur Antwort geben, dass es nirgends geschrieben steht, dass der Weg zum Sozialismus in jedem Lande nur durch den Staatskapitalismus führen muss. Man muss schon ein eingefleischter Umlerner sein, um sich auch das einzubilden. Aber man muss auch ein ganz tatsachenblinder Unabhängiger, ein sehr entschiedener Linksradikaler sein, um zu bestreiten, dass er in Mitteleuropa tatsächlich durch den Staatskapitalismus geht. Der Sozialismus kann schon auf einer früheren Stufe des Kapitalismus verwirklicht werden. Nur wird er dadurch erstens eine andere Organisationsform annehmen, zweitens wird seine Verwirklichung weit größeren Widerständen begegnen, drittens kann er nach seiner Verwirklichung viel leichter einer kapitalistischen Reaktion unterliegen, als wenn er auf eine höhere Stufe des Kapitalismus gefolgt wäre.

Es wäre dies nicht der erste Fall in der Geschichte, dass ein ökonomisch rückständiges Land einen weit kürzeren Weg zur höheren Gesellschaftsform einschlägt als sein ökonomisch fortgeschritteneres Nachbarland. So war Frankreich im Jahre 1789 gegenüber England ein sehr rückständiges Land. Seine Städtebildung war verkümmert, seine Bevölkerung kleinbürgerlich-bäuerlich. Die Manufakturen, welche in England das Rückgrat einer schnell wachsenden industriellen Bourgeoisie bildeten, waren in Frankreich nur dünn gesät. Einzig Lyon hatte zahlreiche Manufakturen, aber was bedeutet es gegenüber den zahlreichen blühenden Manufakturstädten Englands? Man sage nun nicht, dass England damals schon

eine bürgerliche Revolution hinter sich hatte und Frankreich darin vorausgeeilt wäre. Diese Revolution schloss ja mit einem Kompromiss ab, in dem der Adel seine Machtstellung vollkommen behauptete und nur einige finanzaristokratische sowie handelskapitalistische Klüngel zur Mitherrschaft zuließ.

Die industrielle Bourgeoisie, also diejenige Klasse, welche sich eben in Frankreich anschickte, im Namen der Freiheit und Gleichheit ihren Zukunftsstaat zu verwirklichen, sie war in England politisch machtlos, sie litt unter dem halbfeudal-merkantilistischen System nicht minder als ihre jüngere, schwächere Schwester auf der anderen Seite des Kanals. Ja sie empfand wohl als zahlreichere, entwickeltere Schicht die Ausbeutung durch die Handelsmonopole, die zünftlerischen Schranken, die Rückständigkeit des Rechtswesens, die politische Einflusslosigkeit weit stärker als die französische Bourgeoisie. Und dennoch musste sie neidisch zusehen, wie diese letztere in einigen Jahren mit dem ganzen Feudalismus gründlich aufräumte, während sie erst nach jahrzehntelangen zähen, wechselvollen Ringen mit der Reformbill von 1830 zur Herrschaft gelangte.¹⁵

Aufgemerkt, lieber Leser! Ich bin weit entfernt aus diesem geschichtlichen Beispiel gleich den Schluss zu ziehen, dass die Entwicklung zum Sozialismus in Deutschland im Gegensatz zu Russland sich auf friedlich-gesetzlichem Wege vollziehen werde, so wie die englische Revolution von 1830 im Gegensatz zur französischen von 1789. Nichts oberflächlicher als ein solcher Schluss! Man übersieht dabei den wesentlichen Unterschied zwischen der bürgerlichen und proletarischen Revolution. Die erstere bedeutet einen bloßen Formenwechsel des Ausbeutungssystems. Sie kann daher auf friedlichem Wege erfolgen, wenn sich die feudale Klasse frühzeitig den kapitalistischen Ausbeutungsmethoden anbequemt und zu ihnen langsam übergeht.

Das war in England der Fall, in Frankreich nicht. Daher in England der friedlich umwälzende, in Frankreich der gewaltsam umstürzende Gang der bürgerlichen Revolution. Die proletarische Revolution bedeutet dagegen überall die völlige Beseitigung jeder Ausbeutung. Die herrschende Klasse kann sich da nicht neuen Ausbeutungsmethoden anbequemen, sie muss überhaupt auf die Ausbeutung verzichten. Das wird sie nur unter gewaltsamem Zwang tun. Kann daher die bürgerliche Revolution unter Umständen einen friedlichen Charakter haben, so muss die proletarische immer gewaltsame Mittel anwenden.

Wenn ich aber auch weit entfernt bin von den Illusionen der Umlerner über den friedlichen Charakter der proletarischen Revolution, so muss ich ihnen doch zugeben, dass sie mit ihrem interessierten Blick arbeitaristokratischer Ideologen den Gang der sozialen Entwicklung Mitteleuropas in *ihrer nächst liegenden* Periode richtig erkannt haben. Es ist fast sicher, dass Mitteleuropa im Gegensatz zu Russland einen Umweg zum Sozialismus durch den Staatskapitalismus wird machen müssen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass, während das rückständige Russland erst seine proletarische Revolution machte, um dann mit

¹⁵ Die Tatsache, dass auf die Französische Revolution bald eine Reaktion folgte und deshalb ihre Errungenschaften erst im Jahre 1830 gesichert wurden, während die englische Entwicklung mehr geradlinig war, bestätigt nur meine Ansicht, dass in einem rückständigeren Lande die Revolution mit weit größeren Widerständen zu kämpfen hat und leichter einer Reaktion unterliegt. Indes an den einmal geschaffenen Grundlagen des bürgerlichen Frankreich änderte die napoleonische Ära und die bourbonische Restauration gar nichts. So wird es wohl auch mit dem sozialistischen Russland sein.

sozialistischen Mitteln seine Produktion – nicht ohne kapitalistische Rückschläge – langsam zu organisieren, das entwickeltere Mitteleuropa mit staatskapitalistischen Mitteln erst seine Wirtschaft organisieren wird, damit gleichzeitig die gesellschaftlichen Widersprüche auf die Spitze treiben muss, bis die soziale Revolution als Abschluss dieser Entwicklung kommt.

Wenn sich nun diese Prognose als richtig erweisen sollte, was bliebe dann für die Linksradiakalen zu tun? Nach ihrer bisherigen Theorie und Taktik hätten sie nur zwei Möglichkeiten, entweder sich schlafen zu legen, bis das Zwischenspiel des Staatskapitalismus vorüber ist und die Zeit für den Kampf um den Sozialismus kommt, oder aber zu den Cunow und Lensch überzugehen. Dies letztere bestätigt auch der von mir angezogene Artikel der „Arbeiterpolitik“ zur Frage „Ist der Kapitalismus reif?“ Es heißt dort:

„Bei diesem Problem handelt es sich nicht um eine Doktorfrage, aus seiner Lösung ergeben sich praktische Folgerungen. Die Auffassung von der unabsehbaren Lebensfähigkeit des Kapitalismus muss erhalten zur Rechtfertigung einer Politik des Kompromisses in allen sozialen und innerpolitischen Fragen, zur Unterstützung der Kriegspolitik des Bürgertums, – zu einer Politik der Unterwerfung und nicht des Kampfes“. (1. Jahrgang, Seite 22.)

Hier sieht man, zu welchen Konsequenzen es führt, wenn man seinen Radikalismus auf dem Dogma vom reifen Kapitalismus baut. Ein paar historische Versuch enthüllen die ganze Nichtigkeit dieses Dogmas und es bliebe uns jetzt nichts anderes übrig, als mit Cunow und Scheidemann im „praktischen Sozialismus“ zu machen. Ich war vorsichtig genug, meinen Radikalismus auf Tatsachen zu bauen und nicht auf Dogmen. Diese Tatsachen ergeben sich mir aus dem zwieschlächtigen Charakter des staatskapitalistischen Zeitalters. Betrachten wir dieses Zeitalter näher.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Einheitsorganisation.

Von einem Arbeiter.

Die „Volkszeitung für das Muldental“, ein Ableger der „Leipziger unabhängigen Volkszeitung“ beschäftigt sich in einem Wochenbericht aus dem Chemnitzer Agitationsbezirk mit der angeblich „unliebsamen“ Schreibweise der „Bremer Arbeiterpolitik“.

Der Artikelschreiber erkennt zunächst die Schwierigkeiten an, mit der gegenwärtig die „Arbeiterpolitik“ zu kämpfen hat, und aus diesen sich von Tag zu Tag vermehrenden Schwierigkeiten ist es auch zu erklären, wenn die „Arbeiterpolitik“ journalistisch nicht mehr auf so hoher Warte steht, wie es sonst wohl sein müsste und könnte.

Auch die vermisste theoretische Schärfe und Klarheit ist wohl größtenteils auf das Konto dieser ungeheuerlichen Schwierigkeiten zu setzen, womit aber noch nicht gesagt werden soll, dass nun an dessen Stelle ein verschwommener Wortradikalismus getreten sei, diesen können wir getrost den Unabhängigen überlassen, welche ja mangels eines grundsätzlichen Programms dieses Hilfsmittel für ihre Agitation dringend bedürfen.

Vor allen Dingen hat es dem Artikelschreiber die Stellungnahme der „Arbeiterpolitik“ zur Frage der Einheitsorganisation angetan, worin eine „große Gefahr“ für die ganze Bewegung liegen soll.

Welche gefährdete Bewegung damit gemeint sein soll, ist nicht klar daraus ersichtlich, ist es die unabhängige Bewegung, nun, dann wäre ein solches Resultat der Austrittsparole vom Standpunkt des Linksradikalismus nur zu begrüßen und als Fortschritt zum Endsieg des

Sozialismus ein sehr erstrebenswertes Ziel, denn ein solch schwankendes Zwitterding zwischen rechts und links, wie die Partei der Unabhängigen mit ihrem von der alten Partei übernommenen inhaltlosen Formelkram und einem der vorimperialistischen Epoche entstammenden „Programm“, kann wohl Verwirrung in die Köpfe der Arbeiterschaft tragen, jedoch nie und nimmer dem kämpfenden Proletariat dem Sozialismus näher bringen. Oder ist etwa die gefährdete Gewerkschaftsbewegung damit gemeint, dann wären wir wohl zu dem Kernpunkt des in Frage kommenden Artikels gelangt.

Im Grunde genommen hält der Artikelschreiber die Einheitsorganisation für die einzig brauchbare Organisationsform, jedoch erst für die spätere Zukunft und ferner soll diese Organisation auf dem „bequemen“ Boden der bestehenden Gewerkschaften herauswachsen.

Wer sich angesichts der jetzt vollziehenden ungeheuren politischen Umwälzung noch in dem Geleise solcher Gedanken bewegt, hat natürlich die Zeichen der Zeit noch nicht begriffen, an dem ist auch der von dem Artikelschreiber selbst zugestandene, von der „Arbeiterpolitik“ geförderte Klärungsprozess spurlos vorübergegangen.

Was würde die Parole, hinein in die Gewerkschaften, bedeuten? Nichts als eine Stärkung der Feinde des Sozialismus. Die Gewerkschaften sind jetzt die stärksten Stützen der imperialistischen Politik, hierin übertrumpfen sie noch die Regierungssozialisten. Diese Politik werden sie nach dem Kriege fortsetzen, ja fortsetzen müssen, getreu ihrer bisherigen reformerischen Tätigkeit, nur auf diese Tätigkeit ist ihr ganzer Organisationsapparat aufgebaut.

Der Eintritt der Arbeiter in die alten Gewerkschaften würde auch eine finanzielle Stärkung dieser bedeuten und damit die Herrschaft der Gewerkschaftsbureaukratie nur noch mehr festigen, denn trotz aller schönen Paragraphen in den Statuten kann von einer Demokratie in den Gewerkschaften keine Rede sein, die Bureaukratie beherrscht die Gewerkschaften und die Mitglieder sind nur Objekt ihrer persönlichen Interessen.

Gewiss hat der Verfasser des Artikels recht, wenn er sagt, dass mit der Austrittsparole noch keine kampffähigere Organisation geschaffen ist, auch kann man dem zustimmen, dass die Einheitsorganisation das Produkt einer Zeit gewaltiger Kämpfe um den Sozialismus sein wird. Aber die Zeit der gewaltigen Kämpfe liegt nicht nur in der Zukunft, sondern ist schon jetzt herangereift.

Wichtige Funktionen sollen die alten „Zweifennig-Lohnbewegungs-Gewerkschaften“ gegenwärtig und in der Zukunft noch zu erfüllen haben. Was sind dieses für Funktionen? Der Verfasser sagt nichts Positives darüber, deutet nur auf die Aufgaben als Berufsorganisation hin. Also die alte Taktik. Meinetwegen so: Dienstag, den 11. Juni, abends 8 Uhr, Betriebsversammlung. Tagesordnung: Lohnbewegung. Nach längerem Hin- und Hersprechen zwischen Unternehmerorganisation und der Gewerkschaft hat man dann vielleicht glücklich 2 bis 4 Pfennige Lohnerhöhung gekuhandelt, was dann als ein schöner Erfolg bezeichnet wird. Mit Hilfe einer zurecht gestutzten Statistik gelingt dieses denn auch sehr gut, denn mit Zahlen kann man alles beweisen. Die Gewerkschaftsbureaukratie hat dann noch den besonderen Vorteil davon den Mitgliedern zu beweisen, dass unbedingt noch ein Gewerkschaftsbeamter angestellt werden muss, da sie durch die Bearbeitung der Statistiken mit „Arbeiten überlastet“ ist, was dann wiederum eine Stärkung ihrer Position den Mitgliedern gegenüber bedeutet.

Dass diese scheinbare Lohnerhöhung durch Preiserhöhung der Unternehmer wieder mehr als ausgeglichen wird, ja, dass durch die preissteigernde Wirkung während einer Prosperitätsperiode sogar der Reallohn gesenkt wird und dadurch die Lebenshaltung der Arbeiter zurückgeht, verschweigt man klugerweise, denn dieses würde ja die von der

Genossin Rosa Luxemburg nachgewiesene Sisyphusarbeit der Gewerkschaften bestätigen. Die wäre so ein kleiner Teil von den Aufgaben, welche die Gewerkschaften zu erfüllen haben. Die arbeiterfeindlichen Tendenzen in den Gewerkschaften sind natürlich hiermit noch lange nicht erschöpft.

Die politisch-ökonomischen Verhältnisse haben sich grundsätzlich geändert, ganz andere Kampfbedingungen sind geschaffen. Diesen neuen Kampfbedingungen, sich anzupassen, wird nur der politisch-gewerkschaftlichen Einheitsorganisation gelingen. Eine solche Einheitsorganisation aus den alten Gewerkschaften schaffen wollen, heißt einfach den Entwicklungsgang der Gewerkschaften verkennen.

Lange vor dem Kriege schon waren diese durch innere Krisen tief erschüttert. Die Unzulänglichkeit dieser Organisationsform gegenüber den Unternehmerorganisationen, den Kartell- und Trustgebilden wurde immer offener. Zu ohnmächtig, den Unternehmern durch den Kampf Verbesserungen für die Arbeiter abzurufen, kam nun die Tarifvertragspolitik, um so dem Kampf aus dem Wege zu gehen.

Aus dieser Taktik entwickelte sich dann der Kampf zwischen Massen und Führern in den Gewerkschaften. Am deutlichsten zeigte sich dieser Gegensatz beim Werftarbeiterstreik im Jahre 1913, wo die Gewerkschaftsführer im Bunde mit den Unternehmern den Streik niederknüppelten.

Aber auch die Zusammenwerfung großer Massen in den modernen Riesenbetrieben macht die alten Gewerkschaften als Berufsorganisation unmöglich. Abgesehen von kleinen Plänkeleien in den kleinen und mittleren Betrieben werden in den zukünftigen Riesenkämpfen die alten Gewerkschaften machtlos dastehen, da die Arbeiter dieser großen Riesenbetriebe schon, wie früher, so in Zukunft erst recht in diesen verbürokratisierten und verbürgerlichten Organisationen ihr Heil erblicken werden.

Doch halt! Der Verfasser des Artikels hat den alten Gewerkschaften für die Zukunft noch wichtigere Funktionen über ihre Aufgaben als Berufsorganisation hinaus vorbehalten.

„Kampf- und Keimzellen“ der neuen sozialistischen Gesellschaft sollen diese Stätten sein. Potztausend! Hier hat der Verfasser zweifellos den Gipfel seiner Weisheit erklommen.

Nicht Keimzellen der neuen sozialistischen Gesellschaft sind diese Gewerkschaften, nein, Keimzellen des Antisozialismus sind es, das beweist ihre Vergangenheit, ihre gegenwärtige sozialimperialistische Tätigkeit, das wird auch die Zukunft beweisen.

Nun will der Artikelschreiber die alten Gewerkschaften zu wirklichen Kampforganisationen umgestaltet wissen, zu diesem Zwecke empfiehlt er den Arbeitern den Eintritt in diese Organisationen. Nutzloses Beginnen!

Gerade der Hinweis auf die Vorgänge bei der Parteispaltung ist hier vollauf berechtigt. Nicht anders würde sich hier der Kampf abspielen, nicht anders würde der Verlauf und das Resultat dieses Kampfes sein. Jede Opposition gegen diese Politik der Gewerkschaften würde von der ganzen Meute der Gewerkschaftsbeamten mit den gesamten Machtmitteln des organisatorischen Apparates unterdrückt werden. Wie nutzlos dieser Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie ist, beweisen am besten die Generalversammlungen des Metallarbeiterverbandes, Bauarbeiterverbandes usw., wo die Schlicke, Winnig u. Comp. trotz ihrer arbeiterfeindlichen, antisozialistischen Politik fest im Sattel geblieben sind.

Wer jetzt den Arbeitern den Eintritt in die alten Gewerkschaften empfiehlt, erweist dem Sozialismus einen schlechten Dienst. Wer jetzt den alten Gewerkschaften beitrifft, der Mitglied dieser Organisationen bleibt, stärkt nur seine Feinde, erschwert und verzögert die uns bevorstehenden Kämpfe. Die wirtschaftlichen Kämpfe werden nicht mehr mit der

gewerkschaftlichen Organisationsform ausgekämpft werden. Die wirtschaftlichen Interessen des Proletariats werden in den politischen Kämpfen mit verfochten werden, hierzu brauchen wir die Einheitsorganisation.

Diese Einheitsorganisation durch Umgestaltung der alten Gewerkschaften heraus schaffen zu wollen, ist natürlich ein Unding und würde nur eine unnütze Kräftevergeudung, bedeuten. Warum erst der langwierige zwecklose Kampf mit der Bureaucratie, während welchem ja der Kampf mit unseren übrigen Klassengegnern in den Hintergrund treten müsste.

Wer also von der Notwendigkeit der Einheitsorganisation überzeugt ist, muss heraus aus den Gewerkschaften. Wenn Legien auf der Generalversammlung der Metallarbeiter erklärte, wem es nicht passe, der könne ja gehen, so ist dieses ein ganz konsequenter Standpunkt, denn einen anderen Weg können die Gewerkschaften nicht mehr einschlagen, da bleibt als einzige Konsequenz der Austritt.

Trotzdem wir nun die so notwendige Einheitsorganisation uns haben noch nicht schaffen können, was ja bei der Unterbindung aller politischen Rechte weiter nicht zu verwundern ist, müssen wir doch die Arbeiterschaft in ihrem ureigensten Interesse auffordern, aus den Gewerkschaften auszutreten. Die Einheitsorganisation wird und muss kommen. Ein Interesse an der Erhaltung der Gewerkschaften kann nur noch das große Heer der Gewerkschaftsbeamten haben, dessen gut bürgerliche Existenz bei einer Schwächung der Gewerkschaften sehr leicht in Gefahr kommen kann.

Die Parole kann also nicht anders lauten als: Heraus aus den Gewerkschaften!

Lied der Schmiede.

Immer im Takte,
Immer nur zu.
Packet das Eisen.
Schlagt nur zu!
Immer im Takt,
Schlag auf Schlag,
Heute wie Gestern,
Tag für Tag. -
Morgen wie heut',
Immer erneut.
Wochen und Jahre,
Die Lebenszeit,
Die kurze, wahre,
Immer wie heut'! -

Immer wie heut', wird die Esse glüh'n,
Immer wie heut' die Funken sprüh'n.
Uns ist's der Sonnenschein. -
Der, der auf Wiesen und Matten liegt,
In dem sich Falter und Blume wiegt,
Dringet zu uns nicht herein. -

Was kümmert's uns ob im Frühlingshauch
Lieblich die Erde pranget,
Ob in des Herbstes Sturmesgebraus,
Rose und Falter banget,
Ob in des Winters Eispalast,

Wunder auf Wunder sich häufet,
Oder nächstens des Lichtes Pracht
Von hoher Warte träufet.

Uns frommt nicht des Sommertags Schwüle.
Sie macht der Schmiede Schwüle nur schwüler.
Uns erfreut nicht des Abends Kühle,
Macht uns die fiebernde Stirn doch nicht kühler.
Und die Zauber der Sternennacht,
Kennen wir nur von Sagen und Hören,
Uns darf die kurze Ruhe nicht stören,
Was andern das Leben erst lebenswert macht. –

Zu uns dringt nicht der Vögelein Singen,
Nicht der Kirchenglöcklein Klingen,
Nicht der Woge klagender Ruf.
Nein, des Blasbalgs dumpf Gestöhne
Und des Amboss' dumpf Getöne,
Uns ein eigen Liedlein schuf:

Schmiede, schmiede,
Den Takt zum Liede,
Dass es schallend ins Weite gellt.
Schmiede, schweiße
Mit eisernem Fleiße,
Schmiedest das Schicksal der Welt!
Nicht in Eisen
sollst du beweisen
Was deiner Hände Geschick vermag.
Du sollst schaffen,
Funkelnde Waffen,
Hartem Stahl gelt dein Hammerschlag!

Scharfe Schwerter, –
Muskeln fast härter,
Sehnen zäh' wie geschmeidig Metall
Werden sie schwingen,
Lassen sie klingen,
Bis erschallet der Widerhall!

Darum schaffe,
Dir deine Waffe
Selbst. Schmied', eh' deine Kraft verfällt.
Schmiede, schmiede,
Den Takt zum Liede.
Schmiede für die Freiheit der Welt!

Marfried Harger.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: der Arbeiterpolitik- (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 27/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 6. Juli 1918.

Nr. 27

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Eine Herrenhausrede Lord Byrons.

Zum Wesen des Kapitalismus gehört die immerwährende technische Revolution der Produktionsmittel. Sie ist eine Waffe im Kampfe der Kapitalisten um den Anteil der Beute. Sie ist aber auch ein Mittel, um den langsamen Aufstieg der Arbeiterklasse immer wieder zu unterbrechen und den Arbeiter in scheinbar längst überwundenes Elend zurückzuwerfen. Furchtbar müssen diese technischen Revolutionen auf die Lage der Arbeiter wirken, wo diese ohne Organisationen der Willkür der Unternehmer ausgeliefert sind oder wo die Einführung neuer Maschinen mit so starken wirtschaftlichen Umwälzungen zusammenfällt, dass ihnen gegenüber die Organisationen versagen müssen.

Schrecklich waren die Wirkungen dort, wo sich der Kapitalismus zum ersten Male ungehemmt austoben konnte, in England. So warf zu Beginn des 19. Jahrhunderts der Dampfwebstuhl 800 000 Weber aufs Pflaster und damit in einen Pfuhl von Elend, Hunger und Jammer. Die Arbeiter empörten sich gegen das Maschinenungeheuer, das sie auffraß. Verschworen unter dem Namen der Ludditen, zerstörten sie die Maschinen, wo sie nur konnten,

Diese Attentate auf das geheiligte Eigentum des Kapitals führten zu blutigen Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung der Castlereagh und Konsorten, die ihren Blutrausch in drakonischen Gesetzen und Urteilen austobten. Zu einer dieser Gesetzesvorlagen ergriff auch der Dichter Lord Byron im House of Lords am 27. Febr. 1812 das Wort in einer Rede, die durch ihre Gesinnung, wie ihre Objektivität, ihr starkes Gefühl für die Enterbten, wie durch die ätzende Schärfe ihres Hohns, den Ruhm des Dichters heller erstrahlen lässt. Hier ist sie:

„Meine Lords, die Sache, die jetzt zum ersten Male Ew. Lordschaft vorgelegt wird, ist, obwohl neu für das Haus, doch durchaus nicht für das Land. Ich glaube, sie hat die ernsthaften Gemüter beschäftigt, lange bevor Einschreiten allein wirklich Nutzen schaffen kann. In mancher Hinsicht mit der leidenden Grafschaft verbunden, obwohl ein Fremder nicht allein diesem hohen Hause im Allgemeinen, sondern auch fast jedem Einzelnen, dessen Aufmerksamkeit ich zu finden hoffe, muss ich Ihre Nachsicht in Anspruch nehmen, während ich Ihnen einige Bemerkungen über die Frage vorlege, an der ich selbst tief interessiert bin.

Es würde überflüssig sein, in die Einzelheiten der Unruhen einzugehen. Das Haus ist schon davon unterrichtet, dass jede Art von Gewalttaten bis zum Blutvergießen begangen worden ist, und dass die den Aufrührern preisgegebenen Webereibesitzer und alle Personen, die mit ihnen verbunden erschienen, Beleidigungen und Gewalttätigkeiten ausgesetzt gewesen sind. Während der kurzen Zeit, die ich kürzlich in Hottinghamshire zubrachte, vergingen keine zwölf Stunden ohne einen neuen Gewaltakt, und an dem Tage, wo ich die Grafschaft verließ, hörte ich, dass in der vergangenen Nacht vierzig Webstühle zerschlagen worden waren, wie gewöhnlich ohne Widerstand zu finden und ohne, dass die Sache aufgeklärt worden wäre.

So lagen die Dinge in der Grafschaft und ich habe Grund zur Annahme, dass sie jetzt noch so liegen. Aber wenn diese Gewalttaten zugestandenermaßen einen beunruhigenden Umfang angenommen haben, so darf doch nicht geleugnet werden, dass sie aus einem unvergleichlichen Jammer herausgewachsen sind: Die Beharrlichkeit dieser elenden Menschen in ihrem Vorgehen beweist, dass nur der absolute Mangel einen so großen und einst rechtschaffenen und arbeitsamen Teil des Volkes zu Ausschreitungen getrieben haben kann, die für sie selbst, ihre Familien und das Land so gefährlich werden können. Zu der Zeit, die ich im Auge habe, waren Stadt und Grafschaft stark mit Truppen belegt, die Polizei war in Bewegung, die Magistrate versammelt, aber alle diese Maßregeln der Zivil- und Militärbehörden haben zu nichts geführt. Nicht ein einziges Mal ist ein wirklich Schuldiger auf frischer Tat ergriffen worden, gegen den genügende Schuldbeweise vorlägen. Aber die Polizei, obwohl nutzlos, war doch nicht müßig: einige notorisch Schuldige sind entdeckt worden, Leute, bis zum klarsten Augenschein überführt des Kapitalverbrechens der Armut, Leute, welche die Schmach auf sich geladen hatten, rechtmäßig mehrere Kinder zu erzeugen, die sie, dank der Zeiten, nicht ernähren konnten.

Beträchtlicher Schaden ist den Besitzern der verbesserten Webstühle zugefügt worden. Diese Maschinen waren ihnen in dem Maße vom Vorteil, als sie sie der Notwendigkeit enthoben, eine große Zahl von Arbeitern zu beschäftigen, die demgemäß dem Hunger überantwortet wurden. Insbesondere bei einer Art von Stühlen leistet ein Mann die Arbeit von vielen und die überflüssigen Arbeiter werden aus ihrer Stelle gejagt. Doch muss bemerkt werden, dass die so geleistete Arbeit von schlechter Qualität, dass sie bei uns nicht marktfähig ist und nur im Hinblick auf die Ausfuhr herunter gehaspelt wird. Im Handelsjargon führt sie den Namen „Spinnengewebe“. Die aufs Pflaster geworfenen Arbeiter, statt sich zu freuen über die der Menschheit so wohltätigen Verbesserungen der Maschinen, fühlen sich in ihrer blinden Unwissenheit als Opfer der mechanischen Verbesserungen. In der Einfalt ihres Herzens bilden sie sich ein, dass Wohlfahrt und ausreichende Ernährung der fleißigen Armen notwendiger seien als die Bereicherung einiger Weniger durch Erfindungen, die den Arbeiter außer Arbeit bringen und ihn seines Lohnes berauben.

Und es muss zugestanden werden, dass, wenn auch die Einführung neuer Maschinen bei dem Wirtschaftsstande, dessen sich das Land einst rühmte, wohltätig für die Unternehmer sein konnte ohne die Arbeiter zu schädigen, aber bei der jetzigen Lage unserer Industrie, wo die Waren ohne Aussicht auf Export auf den Stapelplätzen verrotten, bei der großen Nachfrage nach Arbeit und dem Versinken der Arbeiter, müssen Maschinen der erwähnten Art den Jammer und die Unzufriedenheit der getäuschten, leidenden Masse verschlimmern.

Aber die wahre Ursache dieses Elends und dieser Aufstände liegt tiefer. Wenn wir hören, dass sich diese Leute zusammengeschlossen haben, um nicht allein ihren Wohlstand, sondern sogar ihre wirklichen Subsistenzmittel zu zerstören, können wir dann vergessen, dass es die grauenhafte Politik, der verderbliche Krieg der letzten achtzehn Jahre gewesen ist, der ihren Wohlstand, euren Wohlstand und den Wohlstand aller vernichtet hat? Diese Politik, welche, gemacht von den „größten Staatsmännern aller Zeiten“, die Toten überlebt hat, um zum Fluch

der Lebenden bis ins dritte und vierte zu werden. Diese Leute zerstörten ihre Webstühle erst, als sie nutzlos waren, schlimmer als nutzlos, erst als sie handgreifliche Hindernisse wurden bei den Versuchen, ihr täglich Brot zu erlangen. Können Sie sich denn wundern, dass in Zeiten wie diesen, wo Bankerott, überführter Betrug und bestrafte Untreue in gesellschaftlichen Kreisen nicht weit unter Ew. Lordschaft gefunden worden sind, der unterste, wenn auch einst sehr nützliche Teil des Volkes in seinem Elend seine Pflicht vergisst und viel weniger schuldig wird als mancher seiner Vertreter?

Aber während die hochgestellten Lumpen Mittel finden, um dem Gesetz ein Schnippchen zu schlagen, müssen neue Kapitalstrafen erfunden, müssen neue Todesschlingen gelegt werden für den elenden Handarbeiter, der ins Verbrechen hineingehungert worden ist. Diese Leute waren willig zu graben, aber der Spaten war in anderen Händen; sie schämten sich nicht zu betteln, aber da war niemand, der ihnen half; ihre eigenen Arbeitsgelegenheiten war ihnen abgeschnitten, alle anderen Stellen besetzt und ihre Ausschreitungen, obwohl beklagenswert und zu verdammen, können doch kaum zu Erstaunen Anlass geben.

Es ist behauptet worden, dass Personen, die vorübergehend Webstühle besaßen, ihre Zerstörung begünstigt haben. Wenn dies durch die Untersuchung erwiesen werden sollte, wäre es notwendig, diese Mittäter vor allem zu bestrafen. Aber ich hätte gehofft, dass Maßregeln, die von Sr. Majestät Regierung Ew. Lordschaft Entscheidung vorgelegt würden, Entgegenkommen zur Grundlage gehabt hätten, oder, wenn das aussichtslos gewesen wäre, dass eine voraufgehende Erhebung über die Lage der Arbeiter als nötig erachtet worden wäre, nicht, dass von uns plötzlich ohne Prüfung und ohne Anlass verlangt worden wäre, Urteilsprüche in Bausch und Bogen zu erlassen und blindlings Todesurteile zu unterzeichnen.

Aber zugestanden, dass diese Leute keine Ursache zur Klage hätten, dass ihre und ihrer Unternehmer Beschwerde gleichermaßen grundlos seien, dass sie das Schlimmste verdienten, welche Dummheit hat sich in der Methode gezeigt, sie zurückzuhalten. Warum wurde das Militär aufgeboten, um zum Gespött zu werden, wenn es überhaupt aufgeboten werden musste. Soweit es der Unterschied in der Jahreszeit zuließ, haben sie den Sommerfeldzug des Majors Sturgeou parodiert und in der Tat ähneln alle zivilen und militärischen Maßregeln denen des Majors und der Garratter Korporation. Diese Züge und Gegenzüge von Hottingham nach Bulwell, von Bulwell nach Bamford, von Bamford nach Mansfield!

Und wenn dann das Detachement am Ziele ankam in all dem „Pomp und Glanz und Getue des glorreichen Krieges“, kamen sie gerade recht, um Zeuge zu sein der Untat, die geschehen war und das Entwischen der Übeltäter festzustellen, die „spolia opima“ (Trophäen) in den Fragmenten der zerbrochenen Webstühle zu sammeln und unter dem Spott der alten Weiber und dem Geschrei der Kinder in ihre Quartiere zurückzukehren. Obwohl zu wünschen wäre, dass in einem freien Lande das Militär nie zu furchtbar sei, wenigstens nicht gegen uns selber, so kann ich doch die Politik nicht begreifen, die das Militär in eine Lage bringt, in der es nur lächerlich werden kann.

Da das Schwert das schlimmste Argument ist, das angewandt werden kann, so sollte es auch das letzte sein. In diesem Falle ist es das erste gewesen, aber voraussichtlich wie bisher nur in der Scheide. Die jetzige Maßregel will es aus der Scheide reißen. Wären Versammlungen abgehalten worden bei dem ersten Auftreten der Unruhen, wären die Beschwerden dieser Leute und ihrer Unternehmer (denn auch die haben Beschwerden) ehrlich abgewogen und rechtlich untersucht worden, so wären, glaube ich, Mittel gefunden worden, um diese Arbeiter ihrer Beschäftigung wieder zuzuführen und der Grafschaft die Ruhe wiederzugeben. Jetzt leidet die Grafschaft unter der doppelten Last eines trägen Militärs und einer hungernden Bevölkerung.

In welcher Abspannung haben wir so lange gelegen, dass sich dieses Haus erst jetzt mit diesen Unruhen beschäftigen kann? Das alles hat sich innerhalb 130 Meilen von London zugetragen, und wir „gute, brave Leute, sahen ganz sicher unsere Größe reifen“ und haben uns niedergesetzt, um unsere auswärtigen Triumphe inmitten häuslicher Schwierigkeiten zu feiern. Aber all' die Städte, die ihr genommen habt, alle Armeen, die vor euren Führern zurückwichen, sind nichts als armselige Mittel eitler Selbstbeweihräucherung, wenn euer Land sich gegen sich selbst zerklüftet, wenn eure Dragoner und eure Henker gegen eure Mitbürger losgelassen werden.

Ihr nennt diese Leute einen widerspenstigen, gefährlichen und unwissenden Mob und scheint zu denken, der einzige Weg, die „Bellus multorum capitum“ (das vielköpfige Ungeheuer) zu beschwichtigen, sei, einige seiner überflüssigen Köpfe abzuschlagen. Aber selbst ein Mob dürfte durch eine Mixtur von Ernst und Entgegenkommen leichter zur Vernunft gebracht werden als durch neue Aufregungen und verdoppelte Strafen. Achten wir auf unsere Verpflichtungen gegenüber dem Mob! Es ist ein Mob, der auf euren Feldern arbeitet, der in euren Häusern dient, der eure Flotte bemannt – und eure Armee rekrutiert – der euch in Stand gesetzt hat die ganze Welt herauszufordern, er kann auch euch herausfordern, wenn Vernachlässigung und Not ihn zur Verzweiflung treiben!

Nennt immerhin das Volk Mob, aber vergesst nicht, dass ein Mob zu oft die Gefühle des Volkes ausspricht. Und hier muss ich bemerken, mit welcher Leichtigkeit ihr euren in Not gebrachten Verbündeten zu Hilfe flogt, und ihr die ins Elend Gestürzten eures eigenen Landes überliebet der Sorge der Vorsehung – oder dem Verrecken. Als die Portugiesen unter dem Rückzuge der Franzosen litten, wurde jeder Arm ausgestreckt, jede Hand geöffnet, von des reichen Mannes Freigebigkeit bis zum Scherflein der Witwe, alles wurde dargebracht, damit jene ihre Dörfer wieder aufbauen und ihre Kornspeicher wieder füllen konnten. Aber jetzt, wo Tausende missleiteter, aber höchst unglücklicher Landsleute mit dem äußersten Unrecht und Hunger kämpfen, scheint euer Mitleid, das draußen begann, zu Hause am Ende zu sein. (Ein englisches Sprichwort heißt: Mitleid beginnt zu Hause.) Eine viel geringere Summe, der Zehnte von der Spende an die Portugiesen, selbst wenn diese Leute nicht wieder ihre Arbeitsstellen hätten erhalten können, was ich nicht ohne weiteres beurteilen kann, würden die zärtliche Barmherzigkeit von Bajonett und Galgen unnötig gemacht haben.

Ich habe das Schlachtfeld auf der Halbinsel (Spanien?) durchquert, ich bin in einigen der am meisten unterdrückten Provinzen der Türkei gewesen, aber selbst unter den despotischsten und treulosesten Regierungen trat mir solch' schmutziges Elend nicht entgegen, als ich seit meiner Rückkehr im Herzen eines wahrhaft christlichen Staates gesehen habe. Und welches sind eure Heilmittel?

Nach Monaten von Untätigkeit und nach Monaten von noch schlimmerer Tätigkeit kommt endlich das große Spezifikum hervor, das unfehlbare Mittel aller Staatsdoktoren von den Tagen Drakons bis heute. Nachdem sie den Puls gefühlt und über den Patienten den Kopf geschüttelt, verschreiben sie die übliche Warmwasserkur und den Aderlass, das warme Wasser eurer ekelhaften Polizei und die Lanzetten eures Militärs; diese Krämpfe müssen zum Tode führen, dem sicheren Erfolg aller Rezepte der politischen Sangrados.

Setzen wir uns die handgreifliche Ungerechtigkeit und die sichere Unwirksamkeit dieses Gesetzes beiseite, werden wir dann in unseren Strafbestimmungen nicht genug Kapitalstrafen finden? Gibt es nicht Blut genug in eurem Strafgesetzbuche, dass noch mehr vergossen werden muss, auf dass es gen Himmel steige und gegen euch zeuge? Wie wollt ihr das Gesetz in die Wirklichkeit umsetzen? Könnt ihr eine ganze Grafschaft in ihre eigenen Gefängnisse setzen? Wollt ihr auf jedem Felde einen Galgen errichten und die Leute als Vogelscheuchen daran hängen? Oder wollt ihr das Volk dezimieren, wie ihr es müsstet, wenn die Maßregel

verwirklicht werden soll? Den Belagerungszustand über die Grafschaft verhängen? Alles um euch entvölkern und wüst legen? Und Sherwood Forest als Krongeschenk wiederherstellen in seiner früheren Bedeutung als königliche Jagd und Zufluchtsort für Geächtete? Sind das die Heilmittel für eine hungernde, verzweifelte Bevölkerung? Sollen die Ausgehungerten, die euren Bajonetten trotzen, am Galgen gebleicht werden? Wenn der Tod eine Erleichterung ist und die einzige Erleichterung, die ihr ihm anscheinend zugestehen wollt, sollen sie dann durch Dragonaden zur Ruhe gebracht werden? Soll das, was eure Grenadiere nicht ausrichten können, von euren Henkern vollendet werden? Wenn ihr in gesetzlichen Formen vorgehen wollt, wo sind eure Beweise? Diejenigen, die ihre Mitschuldigen nicht angaben, als Deportation nur die Strafe war, werden kaum gegen sie zeugen, wenn ihnen der Tod droht.

Bei aller schuldigen Achtung vor der entgegengesetzten Meinung der edlen Lords glaube ich, dass eine rechtzeitige Erhebung sie veranlasst hätte, von ihrem Tun abzugehen. Diese vorzügliche Staatsmaßregel, die in vielen und neuen Fällen wunderbar gewirkt hat, würde auch hier nicht versagt haben. Wenn ein Gesetzesvorschlag auf Befreiung und auf Linderung der Lasten gemacht wird, so zögert ihr, ihr beratschlagt jahrelang, ihr windet euch und doktert an den Auffassungen der Menschen herum; aber ein Blutgesetz muss aus den Händen flutschen, ohne einen Gedanken auf die Folgen zu verschwenden. Nach allem, was ich gesehen und gehört habe, weiß ich gewiss: Geht das Gesetz unter all den vorhandenen Umständen hinaus ohne Erhebungen, ohne Erleichterungen, so würde nur Ungerechtigkeit zur Erbitterung kommen, Barbarei zur Vernachlässigung. Die Väter dieses Gesetzes müssten zufrieden sein, den Ruhm jenes Athener Gesetzgebers zu erben, von dem es heißt, dass seine Gesetze nicht mit Tinte, sondern mit Blut geschrieben waren.

Aber stellt euch einen Menschen vor, wie ich sie gesehen habe – abgemagert vor Hunger, finster aus Verzweiflung, umgeben von seinen Kindern, für die er nicht imstande ist, das tägliche Brot zu schaffen, vorbereitet, für immer von seiner Familie gerissen zu werden, die er kürzlich noch durch friedliche Arbeit ernährte, wo es nicht seine Schuld ist, dass er es jetzt nicht mehr kann – stellt euch diesen Mann vor und Zehntausende gibt es davon, aus denen ihr eure Opfer wühlen mögt, vor Gericht geschleift, um mit den Waffen dieses neuen Gesetzes behandelt zu werden; da werden noch zwei Dinge nötig sein, um ihn zu überführen und zu verurteilen und die sind nach meiner Meinung: Zwölf Schlichter als Geschworene und ein Henker als Richter!

Über die nächste Zukunft der sozialdemokratischen Parteien in Deutschland.

(Schluss.)

Man braucht es nicht in der Form zu machen, dass die Unabhängigen einfach wieder in die Scheidemannpartei eintreten. Es wird der Tag kommen, an dem die Scheidemänner es vorteilhaft erachten werden, wieder etwas radikaler zu tun, etwas röter schillern. Dann können die Unabhängigen sie als reuige Sünder an ihre Brust drücken und Vergebung alles Vergangenen gewähren. So wie diesen gibt es noch eine Menge Wege für geschickte Diplomaten, um sachlich sich der Politik der Scheidemänner anzuschließen und doch nach außen hin die Form zu wahren. Sie werden diese Wege finden und einen davon einschlagen.

Oder sollten sie vielleicht nicht können, weil sie sich jetzt gar zu scharf bekämpfen, gar zu hitzige Ausdrücke einander gebrauchen? – Was darin geleistet werden kann, sei sofort an einem Beispiel aufgezeigt:

„Schon beginnt ein neues Wort neue Nebel zu verbreiten, das Wort: Opposition. Schon beginnt in der Opposition das altböse Spiel der ‚Sammlung‘. Einheit, Einheit über alles, zwar nicht in der Gesamtpartei, aber in der Opposition.

Was heißt Opposition? – Ein neuer Götze statt des eben gestürzten?

Was heißt Sammlung? – Eine neue Unwahrheit statt der eben zerfetzten.

Was heißt Einheit? – Eine neue lähmende „Disziplin“ statt der eben durchbrochenen.

Dreimal nein!

Ja, wenn die Opposition eine Gemeinschaft des Geistes und des Wollens wäre, einig in Prinzip und Taktik, aktionsfähig und aktionsbereit! Aber sie ist es nicht.

Gemeinsame Arbeit, soweit Übereinstimmung herrscht. – Für Sammlung ohne Klärung, ohne Übereinstimmung? nein! Sammlung „zur Unterwerfung rücksichtsloser Entschlossenheit unter die Botmäßigkeit vorsichtiger Rechnungsträgeri?“ – nein! Sammlung bis zu den Anhängern der Politik des 4. August, die sich heute von ungefähr zur „Opposition“ rechnen? – was da hieße: Sammlung auf dem Boden dieser Politik? – nein! Auch nicht Zusammenschluss jener mittleren Linie, auf jener „breiten und krummen Kompromissstraße des marxistischen Zentrums“. Keine andere Sammlung als auf der schnurgeraden Bahn, die die Grundsätze des internationalen Sozialismus weisen, und von der nicht um Haaresbreite abgewichen werden darf, soll nicht die Zukunft eine noch traurigere Kopie der traurigen Vergangenheit und Gegenwart sein. ...

Oder soll an der Schwelle der neuen Internationale neue Vertuschung, neue Grenzverwischung stehen? Soll sie den ärgsten, ältesten der Flüche erben, an dem die alte Internationale zu Grunde ging? Dann lieber gleich zurück zum alten Sumpf, er ist nicht tiefer als der neue!“

Von wem stammen diese markigen Worte, die den Nagel auf den Kopf treffen? Sie stehen in einem der ersten Spartakusbriefe, am 3. Februar 1916, und sollen begründen, warum die Spartakusgruppe unter keinen Umständen mit der damaligen Arbeitsgemeinschaft zusammengehen konnte, sondern ihr den schärfsten Kampf ansagen musste. Der Kampf ward auch zur Tatsache.

Wohl ein Jahr lang haben sich Spartakusgruppe und Arbeitsgemeinschaft ebenso scharf bekämpft, wie jetzt die Scheidemannpartei und die Haasepartei tun. Das hat aber doch nicht verhindert, dass sie Ostern 1917 sich die Hand reichten, dass die Spartakusse in der Arbeitsgemeinschaft aufgingen und sich mit der kleinen Konzession eines neuen Namens begnügten.

Die Arbeitsgemeinschaft musste sich in „Unabhängige Sozialdemokratie“ umbenennen, damit es nach außen so aussah, als habe sie durch Aufnahme der Spartakusse ihren Charakter geändert. Das genügte den Spartakussen, um den Zusammenschluss auf der breiten und krummen Kompromissstraße des marxistischen Zentrums zu vollziehen, den Zusammenschluss selbst mit den Augustmännern Erdmann, Jäckel, Edmund Fischer, Eduard Bernstein, die sich heute von ungefähr zur Opposition rechnen, den Zusammenschluss zwecks Unterwerfung rücksichtsloser Entschlossenheit unter die Botmäßigkeit vorsichtiger Rechnungsträgeri.

Nun, zu einer solchen Konzession werden die Scheidemänner auch bereit sein. Auf einen neuen Namen für ihre Partei wird es ihnen gewiss nicht ankommen, wenn sie sich sonst aus dem Wiedereintritt der Unabhängigen einen Vorteil versprechen.

2. Prinzipielle Begründung.

Und warum sollten eigentlich die Unabhängigen bis in alle Ewigkeit den Scheidemännern als unversöhnliche Feinde gegenüberstehen? Warum sollten sie nicht wieder mit ihnen zusammengehen? – Ihr meint, sie haben verschiedene Ziele, verschiedene Methoden, verschiedene Grundsätze? – Aber das wollen wir uns doch erst einmal näher ansehen.

Es ist wahr, die Scheidemänner unterstützen ganz offen die Regierung, die Unabhängigen reden und schreiben gegen diese Politik, die Scheidemänner bewilligen die Kriegskredite, die Unabhängigen lehnen sie ab.

Unwillkürlich drängt sich schon hier der Gedanke auf: der Krieg wird ja nicht ewig dauern, einmal wird doch der Tag kommen, an dem keine Kriegskredite mehr zu bewilligen, keine kriegspolitischen Maßnahmen mehr zu unterstützen sind. Wo bleibt dann der Unterschied zwischen Unabhängigen und Scheidemännern? Was hindert sie dann, wieder Arm in Arm und im trauten Verein – den nächsten Umfall der internationalen Sozialdemokratie vorzubereiten?

Aber soweit brauchen wir gar nicht zu gehen. Es genügt, die Gegenwart aufmerksam zu betrachten.

Mit welcher Begründung nämlich lehnen die Unabhängigen die Kriegskredite ab? Weil es, sagen sie, jetzt für Deutschland kein Verteidigungskrieg mehr sei. Der Ansturm der Feinde sei soweit abgewehrt, dass von einer Bedrohung der deutschen Grenzen keine Rede mehr sei.

Demgegenüber argumentieren die Scheidemänner so: es ist richtig, dass im gegenwärtigen Augenblick, bei der jetzigen Kriegslage Deutschlands Grenzen nicht bedroht sind, aber solange der Krieg nicht zu Ende ist, könne das jeden Tag wieder eintreten. Wollte man heute der deutschen Regierung die Mittel zur Fortsetzung des Krieges verweigern, wollte man durch Munitionsstreiks die deutsche Heerführung lahmlegen, so würden die deutschen Armeen zurückgeschlagen und alsbald würden die feindlichen Heere die deutschen Grenzen überfluten. Wer das Land verteidigen will, dürfe die Mittel dazu nicht, wie Ledebour, erst dann hergeben, wenn die Russen an der Oder und die Franzosen am Rhein stehen, dann sei es zu spät, wirksame Verteidigung müsse viel früher einsetzen.

Demnach unterscheiden sich die beiden Parteien nur in dem Urteil darüber, ob der Krieg in seinem gegenwärtigen Stadium ein Verteidigungskrieg sei oder nicht. Dass für den Verteidigungskrieg die Mittel bewilligt werden müssen, darüber sind sie sich einig. Nun muss aber jedem Denkenden einleuchten, dass bei dieser Meinungsdivergenz Logik, Konsequenz und gesunder Menschenverstand durchaus auf Seite der Scheidemänner stehen. Was Ledebour hierüber gesagt hat, ist direkt unvernünftig. Soll die Verteidigung wirksam sein, so muss sie den Feind von vornherein an den Grenzen des Landes fernhalten, darf aber nicht erst beginnen, wenn der Feind schon im Herzen des Landes steht. Denn dann bedarf es zehnmal größerer Anstrengungen, um ihn wieder hinauszuerwerfen, und die Aussicht, dass es überhaupt gelingt, ist sehr viel geringer. Das Beispiel Belgiens und Frankreichs lehrt das doch deutlich genug. Schließlich aber ist ein Zank darum, ob man die Gelder zum Kriegführen etwas früher oder später bewilligen soll, doch wirklich kein Grund, die Partei zu spalten und sich ewig in den Haaren zu liegen.

Das Wesentliche der Sache liegt ganz wo anders, liegt viel tiefer. Die Unabhängigen sagen der Scheidemännerpartei nach, sie habe den Boden des Sozialismus verlassen, sie sei zu einer staaterhaltenden Partei geworden, weil sie die Kriegspolitik der Regierung unterstütze. Worin besteht diese Unterstützung?

Ist es für die Regierung wirklich so sehr wichtig, dass die Sozialdemokraten die Kriegskredite bewilligen und auch sonst hier und da irgendeiner Vorlage, sei es durch direkte Zustimmung, sei es durch ihr allgemeines Verhalten, zur Annahme verhelfen? – Setzen wir den Fall, sie täten das nicht, so würde darum die Regierung im Reichstag, wie in der Heerführung doch alle ihre Absichten durchsetzen. Denn den 110 sozialdemokratischen Abgeordneten stehen ja 287 bürgerliche gegenüber. Wenn selbst seit dem 4. August 1914 kein einziger Sozialdemokrat für Kriegskredite gestimmt hätte, sie wären darum doch bewilligt worden. Darin also liegt die Unterstützung nicht. Worin denn sonst?

Seit vielen Jahren hatte die sozialistische Theorie gezeigt, wie aus dem Wesen des Kapitals selbst, aus seinem Hunger nach Mehrwert, das Bedürfnis nach Expansion der großen Kapitalmächte entspringt, d.h. das Bedürfnis, ihre wirtschaftliche und militärische Macht über die Landesgrenzen hinauszutragen. Sie hatte ferner gezeigt, wie daraus Interessenkonflikte zwischen den Großmächten und zuletzt der Weltkrieg entstehen müsse. Man braucht nur die Publikationen der internationalen Sozialdemokratie, besonders der deutschen, die letzten 20 Jahre vor dem Krieg zu vergleichen, und man sieht, dass alles so gekommen ist, wie es dort vorausgesagt wurde. Aber freilich entwickeln sich die Dinge niemals von selbst. Stets sind es die Menschen, die sie machen.

Die imperialistischen Gegensätze – mochten sie noch so scharf werden – um sich im Kriegsgewitter zu entladen, – brauchten sie doch auch Menschenmassen, die bereit waren, sich für sie zu schlagen, Blut und Leben hinzuopfern. Mit anderen Worten: für ihre Kriegspolitik war die Regierung eines jeden Staates darauf angewiesen, Kriegsbegeisterung in den Volksmassen anzutreffen oder zu entfachen.

Auch das hat die deutsche Sozialdemokratie vor dem Kriege gewusst, kein anderer als der Abgeordnete Haase hat es im November 1912 auf dem Internationalen Kongress zu Basel ausgesprochen,

„dass eine Truppe keinen Sieg erringt, die nicht mit voller Begeisterung und Hingabe für eine große Sache in die Schlacht zieht“.

Für alle Regierungen, deren Staaten in den Krieg verwickelt wurden, war es mithin eine Frage von größter Wichtigkeit, ja eine Frage von Leben und Tod, ob es ihnen gelingen werde, in den breiten Massen des eigenen Volkes die nötige Kriegsbegeisterung zu entzünden.

Wie dabei in Frankreich verfahren wurde, das findet man von einem, der die Dinge offenbar genau kennen muss, geschildert in einer Broschüre, die schon im Jahre 1911 zu Paris erschienen ist. Sie heißt „Der kommende Krieg“, von den Franzosen Francis Delaisi, und ist 1915 übersetzt und in Deutschland verbreitet worden.

Wenn dann die öffentliche Meinung genügend aufgepeitscht ist, wird der (von Delaisi verursachte) englisch-deutsche Zusammenstoß erfolgen. Dann wird die französische Regierung die Hand auf alle Telegramme legen und nur eine amtliche Notiz wird der Presse übermittelt werden.

„Am nächsten Morgen werden in allen Blättern mit handgroßen Buchstaben die schicksalsschweren Worte stehen: Die belgische Neutralität ist verletzt worden! Die deutsche Armee marschiert auf Lille!

Denn das ist gerade der Witz bei der Sache: man wird nicht sagen, dass nur das Armeekorps von Aachen nach Antwerpen marschiert, sondern man wird die deutsche Armee sich gegen die französische Grenze bewegen lassen.

Auf diese furchtbare Nachricht hin, die die Presse im weitesten Umkreise verbreiten wird, wird der Bauer aus der Bretagne oder aus dem Cantal, ebenso wie der schlecht

informierte französische Kleinbürger überzeugt sein, dass Frankreich angegriffen ist. Ohne dass sie Zeit haben nachzudenken, in größter Hast wird man sie in Viehwagen packen und auf die belgischen Schlachtfelder schicken.“

Man wird zugeben, dass Delaisi schon im Jahre 1911 die Methode kannte, welche 1914 zur Anwendung kam.

Für die Kriegspolitik der Regierung gibt es keine mächtigere Unterstützung, als die Volkmassen für den Verteidigungsgedanken zu gewinnen. Das aber tun die Unabhängigen genau ebenso wie die Scheidemannpartei. In diesem Kern- und Zentralpunkt des Problems, in dieser allein wesentlichen Frage handeln sie genauso patriotisch und staatserhaltend wie ihre feindlichen Brüder. Warum also ihr Licht unter den Scheffel stellen?

Und wie in diesem, so stimmen beide Parteien auch noch in dem anderen wesentlichen Punkte überein: beide sind *parlamentarische* Parteien. Genau wie die Scheidemänner, genau wie die ehemalige Sozialdemokratie erblicken auch die Unabhängigen ihre wichtigste Aufgabe darin, möglichst viel Mandate im Reichstag und in sonstigen Parlamenten zu besetzen. Trotz allem, was inzwischen die Ohnmacht des bürgerlichen Parlaments enthüllt hat, glauben sie immer noch dadurch „politische Macht“ zu gewinnen. Sie befolgen also mit Eifer und Überzeugung das alte System, das den Arbeitermassen nichts weiter zu tun übriglässt, als sich von Zeit zu Zeit pünktlich mit dem Stimmzettel an der Wahlurne einzufinden, und sie so zu Puppen in der Hand ihrer Führer macht.

Jenes System, welches nicht das bürgerliche Parlament als ein Hilfsmittel für die Taten des Proletariats anwendet, sondern umgekehrt das Proletariat als ein Hilfsmittel für die Taten des Parlaments. Mit einem Wort, jenes System, welches den Zusammenbruch der Partei am 4. August 1914 erst möglich gemacht hat.

Der Streit und Zank zwischen den Unabhängigen und den Scheidemännern geht um Äußerlichkeiten und Nebendinge. In ihres Wesens Wesenheit stimmen beide überein. Deshalb darf man nichts anderes erwarten als ihre Wiedervereinigung.

Feuilleton

Eine Schiffergeschichte.

„Humm -“ entgegnete der Steuermann langsam.

Mehr pflegte er niemals zu antworten, wenn er gefragt wurde; denn er liebte es nicht, augenblicklich zu antworten. Wenn er aber allein sprechen durfte, ohne dass ihn jemand unterbrach, dann konnte er mit den längsten Satzbildungen und den schwierigsten Worten aufwarten. Und dann war der Schiffer ganz besonders stolz auf ihn.

Wie kurz auch die Antwort des Steuermanns dem Uneingeweihten klingen mochte - der Kapitän verstand ihn sofort. Er wandte sich zu dem Jungmann - ernst aber höflich, denn er war ein sehr volkstümlicher Mann:

„Du verdammter Grünschnabel! - glaubst du nicht, dass ich diese Dinge besser verstehe als du? - ich, der ich an nichts anderes gedacht habe, als Schiffer zu werden, seitdem ich drei Käse hoch war! Aber ich weiß wohl, was du und deinesgleichen willst! Ihr kümmert euch um den Teufel um das ganze Fahrzeug, und wenn ihr uns Alten die Macht nur so nehmen könntet, so würdet ihr auf den ersten, besten Felsen auflaufen - und dann den Whiskyvorrat plündern. Aber daraus wird euch nichts werden - du junger Hund du! - und hier bleiben wir liegen, solange es mir gefällt.“

Als dieser Beschluss an die Volksversammlung gelangte, weckte er den großen Unwillen bei den Jungen und Unreifen. Das war ja zu erwarten. Aber auch die Freunde und Bewunderer des Kapitäns schüttelten den Kopf und waren der Ansicht, dass dies eine sehr boshafte Antwort sei. Es sei doch nur eine Frage gewesen, und das Fragen stände doch jedem frei.

Jetzt verbreitete sich nun eine mehr und mehr um sich greifende Misstimmung, welche unter diesen friedliebenden Menschen etwas Unerhörtes war. Sogar den Schiffer, welcher sonst nicht so leicht eine Sache sah oder begriff, wollte es bedünken, dass er viele ärgerliche Gesichter sähe; und er nicht mehr zufrieden mit der Haltung der Besatzung, wenn er auf Deck trat mit seinem freundlichen „Guten Morgen – ihr Schlingel!“

Aber der Steuermann hatte längst Lunte gerochen, denn er hatte eine feine Nase und lange Ohren. Daher merkte man einige Abende nach dem unglückseligen Besuche des Jungmanns, dass im Hinterteil des Schiffes etwas Außergewöhnliches im Werke sei.

Der Kajütenjunge musste drei Touren mit dem Toddykessel machen; und die Erzählung, welche er nach der letzten Tour im Roof zum Besten gab, klang in Wahrheit furchtbar beunruhigend.

Wie es hieß, habe der Steuermann während zwei Stunden ununterbrochen gesprochen; vor sich auf dem Tische hatten sie Barometer, Chronometer, Kompass, Sextant, das Schiffsjournal und die halbe Schiffsbibliothek. Diese bestand aus Kingos Psalmbuch und einem holländischen „Kartenbuch“; denn der Kapitän verstand sich gerade so gut auf die neuen Psalmen, wie der Steuermann auf die neuen Karten.

Jetzt saß der Schiffer nun und stach mit einem großen Zirkel auf der Karte umher, während der Steuermann mit all seinen längsten und schwersten Worten sprach.

Besonders war da ein Wort, das sich immer wiederholte, und das hatte der Bursche auswendig gelernt; dann wiederholte er es immer und immer wieder für sich, während er die Kajütentreppe hinauf über das Deck nach dem Roof zuing; und in demselben Augenblick, wo er die Tür aufriss, schrie er: „Initiative, – hieß es! merkt euch das Wort, Jungens! – schreibt es auf – Initiative!“ – Initiative – wurde mit vieler Mühe buchstabiert und mit Kreide auf den Tisch geschrieben. Und während der langen Erzählung des Kajütenjungen saßen all diese Menschen und starrten voll Angst und gespannter Erwartung auf das lange mystische Wort.

„Und dann“ – schloss endlich der Junge, – „dann sagte der Steuermann: aber wir wollen selbst die – was dort auf dem Tische steht – ergreifen –“.

„Initiative!“ schrien sie wie aus einem Munde.

„Ja, ja! So hieß es! – und jedes Mal, wenn er es sagte, dann schlugen beide mit ihren Fäusten auf den Tisch und sahen mich an, als ob sie mich fressen wollten. Deshalb glaube ich, dass es eine neue Art von Revolver ist, nach dem sie greifen wollen.“

Aber das glaubten die andern nicht; so schlimm war es doch wohl nicht. Dass aber irgendetwas bevorstand, das war ja klar. Und die, welche nicht auf der Wache waren, gingen mit bangen Ahnungen in die Koje, und die Hundewache – denn es wurde ordentlich Wache gehalten – tat die Nacht kein Auge zu.

Um sieben Uhr am nächsten Morgen waren sowohl Schiffer wie Steuermann auf Deck. Keiner von den Leuten konnte sich erinnern, sie jemals so früh am Tage gesehen zu haben. Aber es war jetzt keine Zeit, sich dem Erstaunen hinzugeben. Denn nun folgte Schlag auf Schlag die Ordre zum Segeln: Die Anker gelichtet! Zwei Mann an Land und die Ketten gelöst!

Freude und Bewegung kam unter die Mannschaft, und so schnell ging es, dass die Brigg in weniger als einer Stunde unter Segel war.

Der Schiffer sah den Steuermann an; beide schüttelten den Kopf: „Solche Teufelseile!“

Nach kurzem Kreuzen in dem großen Hafen segelte sie um die Landzunge herum und stach dann in See. Es wehte eine frische Brise, und die See ging hoch.

Der Steuermann stand mit einem ungeheuren Stück Kataback im Munde rittlinks über der Steuerpinne; denn solch ein Teufelskram, wie ein Steuerrad, sollte niemals an Bord kommen, solange er etwas zu sagen hatte.

Der Schiffer stand auf der Kajütentreppe mit der Kapuze über dem Kopfe. Er sah etwas grünlich aus und lief sehr oft in die Kajüte hinunter. Der alte Bootsmann glaubte, dass er auf der Karte suche; der Jungmann meinte, er tränke Whisky, und der Kajütenjunge schwor darauf, dass er sich erbräche.

Die Mannschaft war in der besten Laune; es war eine solche Erfrischung, wieder Seeluft einzuatmen und die Bewegung des Schiffes unter den Füßen zu fühlen. Ja, selbst die alte Brigg schien bei Laune zu sein; sie tauchte so tief in die Wellen, wie sie nur konnte und machte vielmehr Gischt, als nötig war.

Die Jungen hielten Lugaus nach hohen Wellen. „Da kommt ein Riese!“ riefen sie, „wenn er jetzt nur ordentlich trifft“ und das tat er!

Es war eine ordentliche Welle, höher als die übrigen. Sie näherte sich bedächtig, legte sich nieder und zielte; dann hob sie sich plötzlich – und gab damit der Brigg, die bausbackig wie ein Posaunenengel war, einen gewaltigen Klapps auf die Backbordswange, dass die ganze Karete zitterte. Und hoch über das Takelwerk und weit über das Deck spritzte der frische Salzschaum; er ging wirklich so weit, dass der Kapitän den Kopf in seinem Ölrock verstecken musste.

(Schluss folgt.)

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 28/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 13. Juli 1918.

Nr. 28

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Karl Marx' äußere Politik.

Von Karl Radek.¹⁶

Wenn wir am hundertjährigen Geburtstage den Nachlass von Marx prüfen, so fällt uns unwillkürlich nicht nur das in ihm Ewige, sondern auch das Zeitliche, das zur Geschichte gehört, auf. Das geschieht nicht nur deshalb, weil die Stellung, die Marx in jedem konkreten Falle einnimmt, die Möglichkeit gibt, uns in das Geheimversteck seines Gedankenlaboratoriums einzudringen, ins Labyrinth des unlängst Vergangenen, des Vergangenen, in welchem die Wurzeln der Gegenwart liegen, sondern auch, weil das Studium der von Marx in den Fragen seiner Epoche eingenommenen Stellung uns zur Erläuterung der Ausgangspunkte unserer eigenen Politik in einer neuen historischen Umgebung verhelfen.

Marx' äußere Politik gehört einer längst verstorbenen Epoche nationaler Kriege, des Entstehens nationaler Staaten an. Diese Politik ist in ihrer konkreten Form für unser imperialistisches Zeitalter nicht passend, aber aus den unschätzbaren geschichtlichen Werken Marx', aus seinen politischen Pamphleten und Abhandlungen ersehen wir klar den Unterschied zwischen der Epoche Karl Marx' und der unserigen, zwischen den Aufgaben, die er sich stellte und demjenigen der 3. Internationale, die im Dröhnen der Kanonen und Stöhnen von Millionen von Menschen zur Welt kommt.

Das Zeitalter, in welchem die Tätigkeit Marx' verfloss, war in erster Reihe dasjenige der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. In England hatte eben der Kapitalismus seinen Triumph gefeiert, nachdem er im Jahre 1846 die Getreidezölle abgeschafft hatte. Auf dem Festlande tastete er nach passenden Regierungsformen, in Frankreich kämpfte er mit dem Drange des Volkes zur Demokratie, in Deutschland, Österreich und Italien versuchte er die politische Zerstückelung, die das Wachstum der produktiven Kräfte hemmte, zu vernichten. Doch jenseits der Weichsel und der Donau begann schon Asien, wo die Leibeigenschaft in

¹⁶ Übersetzt aus der „Iswestja“, dem Zentralorgan der Sowjets.

Kraft war und die Kräfte der feudalen Reaktion walteten und der russische Zarismus herrschte.

Aus dem Wesen der kapitalistischen Gesellschaft West- und Mitteleuropas ragte schon das junge Proletariat hervor. Unter chartistischen Hammerschlägen und Donnern der Julitage in Paris versuchte es in die Tore der kapitalistischen Feste einzudringen, aber das waren nur Vorposten, die ersten Truppen der sich formierenden sozialen Armee, in der nur der ungeheure weite Blick Marx', Engels und Lassalles die Vorläufer der neuen riesenhaften sozialen Kraft erraten hatte. Die Ungeduld eines Kämpfers hatte Marx oft hingerissen. Er sah den Anfang der sozialen Revolution vor sich, vergaß aber bei der Bestimmung seiner praktischen Schritte nie, dass dieselbe noch nicht da ist, ließ auch nimmer aus dem Auge, dass in der nächsten Zukunft die Entwicklung der produktiven Kräfte des Kapitalismus, der Schutz des bürgerlichen Fortschrittes gegen die feudale Reaktion, gegen die Kraft der Vergangenheit, bevorstehe. Und das eben war für Marx' äußere Politik maßgebend.

Er, der im kommunistischen Manifest die Merkmale des Sozialismus andeutete und als Ausgangspunkt die Welt als eine kapitalistische Wirtschaft nahm, unterstützte gleichzeitig mit aller Leidenschaft die Befreiung Italiens und die Vereinigung Deutschlands.

Verschiedene Professoren und hinterdrein allerlei Tschernoffs sind bereit, darin eine Inkonsequenz zu erachten und sie in dem Sinne zu deuten, dass Marx bei all' seinem Internationalismus nämlich ein deutscher Patriot war. Nicht der Patriotismus hatte ihn hier geleitet, sondern das Verständnis dessen, dass der Kapitalismus, indem er die Bildung mächtiger nationaler Staaten erstrebt, die mehrere zehn Millionen von Menschen in einem Organismus der Produktion und des Warenaustausches vereinigen, das provinzielle Zurückbleiben und die feudalen Zunftüberreste zerstört und damit die Voraussetzung des Sozialismus schafft. Marx stand zwar auf dem Boden dieses kapitalistischen Prozesses, jedoch nicht auf dem Standpunkte des Kapitalismus. Die Kundgeber der nationalen Einheit, all' diese Mazzini, die hoch- und niederdeutschen Verteidiger der nationalen Staaten, proklamierten die Einheit der Nation, d.h. die Unterwerfung der Interessen aller Klassen der Bourgeoisie, der Trägerin des kapitalistischen Fortschrittes und der Idee der nationalen Vereinigung.

In der äußeren Politik verließ Marx nicht die Idee des Klassenkampfes, die er auf geniale Weise zum Hebel der Weltgeschichte erhob. Der scheinbare Widerspruch

Zwischen dem Streben zur Staatsvereinigung der zerstückelten Nationen und dem Klassenkampf im nationalen und internationalen Maßstabe wurde von der Dialektik der Geschichte zur Seite geschoben.

Die Aufgabe Marx' bestand nur darin, diese dialektische Arbeit des Lebens ins Bewusstsein der Volksmassen zu übertragen. Schon in der Blüte ihrer progressiven Rolle glich die Bourgeoisie den Worten Martows gemäß „dem Esel, den man über die Brücke ziehen müsse“. Der eine Teil der Bourgeoisie vertrug sich gut mit den von ihm abhängigen Spitzen der feudalen Gesellschaftsordnung, der andere Teil traute nicht den eigenen Kräften, schrak vor der historischen Aufgabe des Kampfes gegen den Feudalismus zurück, blieb bei jedem Schritte stehen und suchte einen Kompromiss.

Marx war bemüht, den äußeren und inneren Kampf gegen den Feudalismus auf das revolutionäre Geleise zu stellen. Er verkündete diesen Kampf in Deutschland und Italien und war dabei überzeugt, dass die Revolution in ihrer Entwicklung nicht im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stehen bleibe, dass sie weiter gehen würde um unmittelbare Übergangsmaßregeln zum Sozialismus zu treffen. In diesem Prozesse sollten die entschiedensten Teile der Nation, die niederen Volksschichten auf die Avantszene rücken. Der Gang der Staatsvereinigung des kapitalistischen Landes sollte auf diese Weise nicht nur die

Voraussetzung des Sozialismus schaffen, wurde aber sogar zum Ausgangspunkte des unmittelbaren Kampfes um den Sozialismus. Als die Volksmassen sich als zu schwach für die Rolle eines Hegemonen in der Lösung der täglichen Aufgaben der historischen Epoche erwiesen, stellte Marx seine subjektiven Tendenzen dem notwendigen – objektiv-progressiven und historischen Gang nicht entgegen, trat aber in der Rolle des Verteidigers des kommenden Tages, in der Rolle eines Kritikers dieses Prozesses und seiner Formen auf.

Er, der eifrige Verteidiger der Einheit Deutschlands, wurde nicht zum Verteidiger der Vereinigung der deutschen Bourgeoisie und dem Junkertum, als diese Klassen die Vereinigung Deutschlands in ihre Hände nahmen, deren Vollendung die deutschen Kleinbürger und das Proletariat im Jahre 1848 nicht gewachsen waren. Der Gang der Vereinigung der kapitalistischen Länder des mittleren und südlichen Europas sowie derjenige der europäischen Revolution stießen fortwährend auf die ungeheure Gefahr von Osten.

Der Zarismus begriff sehr gut, dass die Entwicklung der kapitalistischen wirtschaftlichen Formen in Europa seine Herrschaft desto stärker bedroht, in je mehr revolutionäre Formen dieselbe vor sich geht. Der Zarismus, der Schicksalslenker Europas seit dem Sturze Napoleons, mischte sich als hemmende Kraft in den revolutionären Gang der Vereinigung Europas ein. In jedem europäischen Konflikte war die Hand des Despoten von den Ufern der Newa zu sehen. Jedes ausländische Volk konnte sicher sein, dass seine Bedrücker in dieser oder jener Form im Zarismus eine Unterstützung finden werden. Marx war diese Gefahr mehr als irgendeinem anderen klar. Er wusste, dass im Innern des Zarenstaates noch keine Kräfte vorhanden sind, die diese Zitadelle der Reaktion sprengen können.

Indem er sogar die schwächste revolutionäre Bewegung im Zarenstaate mitfühlte, war es ihm völlig klar, dass dieselbe in der nächsten Zukunft, die das Los Europas bestimmt, wohl schwerlich in der Lage sein würde, die europäische Revolution vom Zarismus gefahrlos zu machen. Der Krieg mit Russland, die Vernichtung des Zarismus von außen wurde daher der Grundstein der äußeren Politik von Marx. Er forderte dazu Deutschland seit 1848, er forderte auch England während Krimkrieges auf und geißelte die Unentschlossenheit des deutschen Bürgertums und des englischen Kapitals in ihrer Beziehung zu Russland.

Indem er dieses tat, war es ihm zur Genüge verständlich, dass damit nicht nur dem bürgerlichen Fortschritte, sondern auch der sozialen Revolution gedient ist. Die Macht des Zarismus war dermaßen groß, dass die verhältnismäßig kleinen Völker des westlichen und mittleren Europas in den Krieg mit Russland gestürzt, um sich vor völliger Zertrümmerung zu retten, alle Energie der niederen Volksschichten aufbieten und nicht nur die feudalen Schranken vernichten, sondern auch die Herkulesssäulen des kapitalistischen Eigentums überschreiten mussten. Wenn es einmal zum Kriege mit Russland kommen sollte, so meinte Marx, und es zur Notwendigkeit wird, die im Volke lodernden Elemente zu lösen, würden alle bürgerlichen Parteien sich bankrott erklären und werden die entschiedensten Elemente, die junge Partei des Kommunismus als Vertreter der allgemeinen Interessen der Nation dann an die Spitze treten. Das ist der Grundgedanke, der in allen seinen der äußeren Politik gewidmeten Arbeiten und Briefen scharf angedeutet ist.

Die äußere Politik Marx' gestaltete sich in einer Epoche, die im Jahre 1871 mit dem Siege Deutschlands über Frankreich und mit der Vereinigung Deutschlands ihren Abschluss findet. Die folgenden 20 Jahre waren, ungeachtet des russisch-türkischen Krieges, Jahre des politischen Stillstandes. In diesen Jahren suchte das kapitalistische und zaristische Europa nach politischen Gruppierungen, welche den neuen Kraftverhältnissen, die sich durch die Bildung des mächtigen Deutschen Reiches im Herzen Europas äußerst verändert hatten, entsprechen sollten.

In dieser Epoche gestaltete sich das deutsch-österreichische Bündnis und wurden Vorbereitungen zum französisch-russischen gemacht.

Marx' äußere Politik, seinen Schülern wenig bekannt, (die diese Fragen behandelnden Journale und Zeitungen zerstreut in den verschiedenen europäischen Sprachen) und erschienen meistens ohne Unterschrift, versteinerte in den Köpfen der jungen Generation, die an der Spitze der zweiten Internationale stand, deren Losung einfach: „Der Kampf gegen den Zarismus“, war. Im Namen dieser Losung, die mit der Verteidigung des progressiven kapitalistischen Vaterlands gegen den barbarischen Zarismus motiviert war, lehnte man auf dem Züricher Kongress im Jahre 1893 den allgemeinen Streik gegen den Krieg ab.

Die 20 Jahre, welche dem Kriege vorangegangen sind, bilden die Epoche der rasenden Entwicklung des Kapitalismus, die sich zur Aufgabe stellte, gegen die Gefahr des Weltkrieges zu kämpfen. Die 2. Internationale proklamierte diesen Kampf, war sich aber der eingetretenen Änderung der internationalen Lage seitdem von Marx aufgestellten politischen Programm nicht bewusst. Der Geschichtsschreiber der 2. Internationale wird diejenigen Arbeiten an den Fingern aufzählen können, die mit vollem Bewusstsein die Grenzen zwischen der Epoche der nationalen Kriege und denjenigen des Imperialismus ziehen und die den tiefen historischen Unterschied zwischen allen internationalen Fragen der Gegenwart und der Epoche Marx' bewusst betonen.

Der Sturz der 2. Internationale hat tiefe ökonomische Wurzeln, er stellt den Sturz einer Organisation dar, welche nur den Worten nach international, in der Tat aber national sein musste, da sie eine Organisation der privilegierten Schichten des Proletariats, der „qualifizierten Arbeiter“ war, denen der Kapitalismus einen gewissen Wohlstand auf Kosten der exploitierenden Volksmassen der ganzen Welt sicherte. Aber dennoch spielte eine gewisse Rolle in dieser Niederlage die Abwesenheit einer theoretischen Orientierung, einer ernsten Ausarbeitung der Fragen der äußeren Politik, die selbst den subjektiv internationalistischen Elementen nicht möglich machte, sich im Labyrinth der Tatsachen und Tendenzen klar und deutlich zu orientieren, sodass sie nicht den historisch angedeuteten geraden Weg durch den blutigen Nebel zu durchschauen vermochten.

Wodurch unterscheidet sich vor allem unsere Epoche von derjenigen Marx'? In allen Ländern der kapitalistischen Entwicklung hat die Bourgeoisie aufgehört eine progressive Rolle zu spielen. Ihre neueste Erfindung - der Staatskapitalismus - die Unterordnung des ganzen wirtschaftlichen Lebens des Landes unter dem Finanzkapital, das im Staate herrscht, und daher von ihm nicht kontrolliert wird, sondern ihn selbst kontrolliert, weist durchaus keinen Fortschritt im Vergleiche mit dem Privattruste und den Syndikaten auf. Der Staatskapitalismus bedeutet nicht die Unterwerfung des Kapitals den allgemeinen Interessen der Bevölkerung. Der Staat kauft die nationalisierten Unternehmungen los und belastet auf diese Weise das Volk mit einem beständigen Tribut, welcher zur Bürde für den technischen Fortschritt wird.

Um die ungeheuren Unkosten der imperialistischen Politik zu tragen, führt der Staat die Nationalisierung ein, wodurch er die Arbeiter verknechtet und sie somit um Sklaven des kollektiven Besitzers macht. Die Tatsache, dass vor dem Kriege und während desselben alle kapitalistischen Staaten mit Leichtigkeit das Gebiet des Staatskapitalismus erweitern, beweist nur, in welchem Grade die Bedingungen für den Sozialismus in allen kapitalistischen Ländern gereift sind. Wenn es möglich ist, in den Händen eines kapitalistischen Staates alle Hauptzweige der Industrie zur Verknechtung der Volksmassen zu vereinigen, so ist es möglich, diese produktiven Kräfte zur Verfügung der Arbeiterregierung zu stellen, und somit die Volksmassen zu befreien und von den ihnen durch den Krieg beigebrachten Wunden zu heilen. In allen fortschrittlichen kapitalistischen Ländern sind die objektiven Bedingungen für

den Sozialismus herangerückt, was schon allein das Vorhandensein derjenigen Klassen, welche imstande sind, die Macht und die Produktion in die Hände zu nehmen, beweist.

Es steht dem internationalen Proletariat die historische Aufgabe bevor, nicht die Vorbereitung der bourgeoisen Entwicklung, sondern den politischen Sturz der Bourgeoisie hervorzurufen, um Bahn für die ökonomische Entwicklung in ihrer sozialistischen Form zu brechen. Die leitenden kapitalistischen Länder sind sozial gleichartig. Der Unterschied besteht nur in der erreichten Stufe, doch auch dieser Unterschied wird durch das zunehmende Tempo der Entwicklung während des Krieges vernichtet. Selbst das am meisten zurückgebliebene Russland hat aufgehört, dem Fortschritt und dem Sozialismus zu drohen. Es wurde vom Hammer des kapitalistischen Krieges zermalmt.

Dank seiner Zurückgebliebenheit erwies es sich als unfähig, sowohl den europäischen Kapitalismus als auch den europäischen Sozialismus zu bedrohen. Dank seiner Zurückgebliebenheit zerschlagen, besitzt es dennoch durch die kapitalistische Entwicklung geschaffene Elemente, die die Aufgabe der Wiederherstellung Russlands übernommen haben. Dieses Element ist das Proletariat, welches den ersten sozialistischen Umsturz in der Geschichte vollbrachte und bestrebt ist, Russland als sozialistischen Staat aufleben zu lassen. Die Aufgabe, den Sozialismus mit Hilfe des Kampfes der progressiven Länder gegen die zurückgebliebenen zu verteidigen, dieser Hauptgedanke Marx' äußerer Politik, ist jetzt für immer begraben.

Nun ist die Frage: gibt es nicht unter den am meisten kapitalistischen Ländern solch' einen Unterschied in der sozialpolitischen Struktur, der die Internationale nötigt, einen Unterschied durchzuführen zwischen den Ländern, die dem Sozialismus gefährlich sind und den demokratischen, die die Sozialisten verteidigen müssen. Die Sozialistenanführer Frankreichs und Englands weisen auf Deutschland hin als den Nachfolger des Zarenrusslands und erklären den Kampf gegen den deutschen Imperialismus als allgemeine bevorstehende Aufgabe des internationalen Proletariats. Es genügt einen Blick auf die Fortschritte des Militarismus und der politischen Reaktion der Länder der Alliierten auf die Unterdrückung des Sozialismus in diesen Staaten zu werfen, damit uns klar und deutlich die ganze Falschheit dieser Position vor Augen tritt.

Die allgemeine Aufgabe des internationalen Proletariats in der nächsten Epoche ist nicht die des bewaffneten Kampfes mit Deutschland, welches die Stelle des Zarismus eingenommen haben sollte, sondern der internationale Kampf gegen den Imperialismus überhaupt für den Sozialismus. Wir russische Kommunisten, welche vom Beginn des Krieges an die Aufgabe des internationalen Proletariats bezeichneten, hatten keinen Grund diese unsere Ansichten zu bereuen. Wenn aber jemand von uns geneigt wäre, dieselben zu bereuen, hätten ihn die Länder der alliierten Demokratie, die uns deswegen nicht am Kragen greifen, weil es ihnen einfach an Kraft fehlt, bald davon geheilt. Der durch das französische Kapital entfesselte japanische Hund schützt uns nicht. Doch als Emblem auf dem Banner der alliierten Demokratie lässt uns das Gejammer der Herren, dass das Banner des Krieges mit Deutschland als Parole der Epoche, auch dasjenige von Marx sei, keinen Glauben schenken. Die allgemeine Aufgabe des internationalen Proletariats in der künftigen Epoche ist der Kampf mit dem internationalen Kapitalismus.

Unsere Aufgabe besteht darin, einen bewaffneten Schutz der russischen proletarischen Revolution zu schaffen, der fähig wäre, den Imperialisten anderer Länder zu zeigen, dass das revolutionäre Russland keine leichte Beute für ihre Haudegen sei, und den Proletariern der anderen Länder einzuflößen, dass der Sieg über die eigene Bourgeoisie doch nicht die Schutzlosigkeit des Landes der Weltbourgeoisie gegenüber bedeutet. Das Sowjetrussland, welches am 1. Mai seinen Willen zum bewaffneten Schutz der russischen Revolution

demonstrierte, sendet am 100-jährigen Geburtstage unseres erhabenen Lehrers seinen brüderlichen Gruß dem deutschen Proletariat, dessen Sohn und Führer Marx war.

Wirklichkeit und Einbildung in der linksradikalen Bewegung.

Von Julius Dickmann, Wien.

5. Ein Zeitalter der Verwaltung und der Massenaktionen.

1.

Es sind heute rund hundert Jahre her, da stand die soziale Wissenschaft im Zeichen des Kampfes zwischen fatalistischen Ökonomen und utopischen Sozialisten. Die ersten waren Ideologen der Großbourgeoisie, welche eben damals an der Umwälzung der alten kleinbürgerlich-feudalen Produktionsweise arbeitete. Im Kapital sahen die Ökonomen nur seine positive Seite, die Entwicklung der Produktivkräfte; um dieser letzteren willen müsse man die Schäden und Auswüchse des Kapitalismus mit in Kauf nehmen, die rücksichtslose Unterdrückung, die fortschreitende Verelendung der Arbeiter.

Dagegen betonten die utopischen Sozialisten eben nur diese schädliche negative Seite der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, sie übersahen gänzlich ihre revolutionäre Bedeutung. Ideologen des erwachenden Proletariats, entstammten sie meist bürgerlichen Kreisen und hofften durch Überredungskünste die besitzenden Klassen für ihre utopischen Pläne gewinnen zu können. Bald aber bildete sich eine andere Spielart von Utopisten, gewöhnlich proletarischer Herkunft, welche diesen friedlichen Utopismus ablehnte und im revolutionären Kampfe das Kapital abschaffen, das eiserne Lohngesetz zerbrechen wollte. Auch sie übersahen vollkommen die organisatorische, umwälzende Rolle des Kapitals.

Marx hatte alle diese Richtungen in seiner Lehre versöhnt. Er wies nach, dass das Kapital ein ökonomisches Verhältnis ist, welches bestimmte Menschengruppen – Klassen – auf einer gewissen Entwicklungsstufe der Gesellschaft eingehen müssen. Er zeigte, wie die kapitalistische Eigentumsform sich notwendig herausbildete und wie sie selbst notwendig die Voraussetzungen ihrer eigenen Überwindung entwickelt. Der Kapitalist ist nicht nur Ausbeuter, sondern auch Organisator, Träger einer geschichtlichen Rolle. Das Kapitalistenverhältnis kann man nicht abschaffen, zerbrechen. Man würde dadurch nur den Gang der gesellschaftlichen Entwicklung hemmen. Wohl aber müssen sich die Arbeiter organisieren, um der Ausbeutung Grenzen zu setzen und den Kapitalismus überwinden zu können.

An diesen alten seit Marx erledigten Streit zwischen den Ökonomen und Utopisten wird man erinnert, wenn man die jetzige Krise in der Marxschen Schule beobachtet. Allerdings streitet man heute nicht mehr über das Wesen des Kapitals. Darüber sind sich heute alle Anhänger des wissenschaftlichen Sozialismus klar. Der Streit in der Marxschen Schule geht jetzt um das *Wesen des Staates*. Die Umlerner, fasziniert von den organisatorischen Leistungen des Staates im Kriege, sehen nur seine positive Seite als wichtigen Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung. Er erscheint ihnen als „ihre, der ärmeren Klassen, große Assoziation“ und es kann nicht bestritten werden, dass die Arbeiteraristokratie, wenn sie nur die revolutionäre Romantik endgültig fahren lässt, von einem Wirtschaftsstaat, der über große Industriezweige gebietet, vieles zu erwarten hat, vorausgesetzt aber, dass sie auch für die Staatsnotwendigkeiten Verständnis zeigt.

Das marxistische Zentrum und noch mehr die Linksradikalen, betonen dagegen *nur* die negative ausbeuterische und unterdrückende Seite des Staates, seinen Charakter als Klassenstaat. Sie übersehen vollkommen seine neue Funktion als Verwaltungsstaat. Sie wollen den kapitalistischen Staat kurzerhand zertrümmern, beseitigen. Er ist ihnen nicht ein lebendiger Organismus, der wächst, sich nach eigenen Gesetzen entwickelt und selbst notwendig Voraussetzungen für seine Überwindung herausbildet, sondern ein starker Mechanismus, der, von den besitzenden Klassen beherrscht, als bloßes Mittel der Unterdrückung dient. Sie rechnen nicht mit einer Entwicklung des Staates, so wenig, wie der utopische Sozialist mit der Entwicklung des Kapitals rechnete, sie fragen nur, wie der kapitalistische Staat abgeschafft werden könnte.

Mir scheint, wenn Marx heute leben würde, er könnte sich weder mit der umlernerischen, noch mit der linksradikalen oder zentrierten Staatsauffassung identifizieren. Er würde auch hier den Doppelcharakter des Staates nachzuweisen suchen, so wie er es beim Kapitalbegriff getan hat. Er würde uns zeigen, dass der heutige Staat ein soziales Verhältnis ist, das eine notwendige Entwicklungsstufe der bürgerlichen Gesellschaft charakterisiert. Er würde dann nach den Entwicklungstendenzen des bürgerlichen Staates fragen und seine Politik nach dem Ergebnis dieser Untersuchungen orientieren. Vor allem müsste er heute, wo der Staat selbst wirtschaftliche Funktionen übernimmt und jetzt nicht nur der Gnade der besitzenden Klassen, sondern weit mehr der Ausübung dieser Funktionen die gewaltige Steigerung seiner Macht zu verdanken hat, nach dem Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht fragen.

In seinen Jugendaufsätzen zur Judenfrage hat Marx einen ersten Versuch zur Erklärung dieses Zusammenhanges unternommen. Zu einer weiteren Ausführung der dort entwickelten genialen Gedanken gelangte er nicht mehr. Seine Schüler haben dies auch unterlassen. Einzig Rudolf Hilferding verwertete sie in seinem Artikel „Zur Frage des Generalstreiks“ (Neue Zeit 22, 1, Seite 134) im Jahre 1903. Wenn er auch dort auf halbem Wege stehen blieb, so ist es vor allem auf die Schranken der Zeit zurückzuführen, in der er schrieb.

Inzwischen ist ein halbes Menschenalter verflossen, wir erleben die erste proletarische Revolution, neue Bahnen eröffnen sich unseren Augen, eine Fülle von neuen Erfahrungen hat sich angesammelt, die eine theoretische Zusammenfassung benötigen. Die Herren Theoretiker haben aber keine Zeit dazu. Die Tapferen sind einander in die Haare geraten und wollen nicht lockerlassen. So bleibt denn uns simplen Proleten nichts anderes übrig, als zur Selbsthilfe zu greifen. Versuchen wir es nur einmal!

(Fortsetzung folgt.)

Arbeitergedanken.

Von M. Harger.

Wenn ich die nachfolgenden Ausführungen „Arbeitergedanken“ benenne, so soll damit gesagt sein, dass sie nicht einzig und allein meine, also die eines einzelnen Arbeiters sind; vielmehr sind es die von mir gesammelten Ansichten und Anschauungen der mir bekannten aufgeweckten Arbeiter. Es ist ja nun einmal leider noch so: Jedem Arbeiter ist es, wie man so sagt, nicht gegeben, seine Gedanken zu Papier zu bringen, und der rege Austausch der Gedanken innerhalb der Arbeiterschaft kann daher erstens nur von Mund zu Mund oder, wenn es hoch kommt, in Versammlungen (und auch da nur von den Redegewandteren) erfolgen. So ist es im allerhöchsten Falle nur einer Schicht der Arbeiterschaft vergönnt, ihre Gedanken der Gesamtheit mitzuteilen, und diese Schicht gehört zum großen Teil den Theoretikern, sehr selten den Praktikern an. Ich habe mir nun die Aufgabe gesetzt, – da ich

mich nicht für ganz schreibunkundig halte und vielleicht (was wohl in erster Linie vielen Arbeitern mangelt) die nötige Freiheit auch besitze, – wie schon gesagt, die Gedanken der aufgeklärten Arbeiter, die sonst nie veröffentlicht werden, zu sammeln und zur Diskussion zu stellen. Es sollen nun natürlich nicht Gedanken der Art, wie sie kürzlich jemand äußerte, hier niedergeschrieben werden: Es sei doch eigenartig, der Arbeiter, waffen- und wehrlos, lehne sich auf, drücke man ihm Flinte und Säbel in die Hand und schon sei er beruhigt. Oder ein anderer das Wort Bethmanns zitierend, dass der ärmste Sohn des Vaterlandes auch zugleich sein getreuester sei; der Vater Vaterland gebe dem armen Sohne nun nicht das Wahlrecht, damit er nicht auch Gefahr laufe, durch seine dann größere Macht ihm, dem Vater, untreu zu werden, so wie die andern. Nein, diese Zeilen sollen die wahre Gesinnung der Arbeiter widerspiegeln. – Sehr zu wünschen wäre es nun ja, wenn sich eine lebhaftere Diskussion in der „Arbeiterpolitik“ unter den Arbeitern an meine Ausführungen anschließe. Und wenn der Raum in der „Arbeiterpolitik“ nicht ausreichen sollte und sie anstatt wöchentlich einmal, dann zweimal erscheinen muss, so wäre das wohl kein Fehler. Und wenn sie gar dadurch genötigt würde, sich zu einer Tageszeitung aufzuschwingen, so wäre wohl mehr erreicht als beabsichtigt war, aber auch einem dringenden Bedürfnisse abgeholfen. –

Auf die Arbeiter und seine Gedanken kommt es ja in erster Linie an. Darum dreht sich ja im letzten Grunde das Ganze, daher rühren auch alle Zwickigkeiten in der Partei. Ja, sogar der Krieg wird ja der Arbeiter wegen geführt. Wenigstens behaupten das doch die meisten Zeitungen, die Rittergutsbesitzer und die – Gewerkschaftsbeamten. – Und was die letzten sagen, muss doch wahr sein!? Der Krieg wird geführt, damit der deutsche Arbeiter nicht auszuwandern braucht. – Man stelle sich nur vor, wie schrecklich es sein muss, wenn wir vom russischen Kapital (ach nein, Russland kommt nicht in Frage, da hatten die Deutschen alle vor dem Kriege Meisterposten. Und dann auch wie es mit dem Kapital jetzt aussieht und nach dem Kriege aussehen wird, weiß man nicht) also vom amerikanischen, ach nein, auch von den nach Amerika ausgewanderten Arbeitern will ich nicht sprechen, die haben das natürliche Empfinden verloren. Die Mutter liebt das Kind, welches ihr am meisten Schmerzen und Sorgen bereitet hat am meisten, und der Hund leckt die Hand, die ihn misshandelte, das ist das natürliche Empfinden. Und wenn die nach Amerika Ausgewanderten ihr Vaterland vergessen haben, so fehlt ihnen logischerweise das natürliche Empfinden. Mit solchen Leuten soll man sich nicht befassen, also sagen wir von englischen, französischen, ukrainischen oder sonst einem fremden Kapital ausgesogen werden. – Darum steht also der Arbeiter im Vordergrund und sein Denken (oder sollte es sich nur um seine Hände und nicht um sein Hirn handeln?) muss doch von allgemeinem Interesse sein.

Langsam nur reifen bei uns Arbeitern die Gedanken. Nahrungssorgen, Zeitmangel und die vielen anderen „Systemkrankheiten“ hemmen den Reifeprozess, hindern können sie ihn aber nicht. Wohl werden die Gedanken spät reif, aber gut reif. Wie sagt doch gleich Georg Droste? „Manch' Samenkorn, wo een Steen up fullen, et quält sick ock ant' Licht gewiss.“ Und so geht es auch den Gedanken und der Erkenntnis der Arbeiterschaft. Einmal schieben auch sie alle Hindernisse, alle Vorurteile, alles von sog Autoritäten Aufoktroierte beiseite und drängen zum Lichte.

1.

Als erstes sei nun die Gewerkschaftsfrage hier behandelt. Die Ansicht der Arbeiter geht im Großen und Ganzen nun dahin, dass die Einheitsorganisation das erstrebenswerteste Ziel ist. Wenn auch über die Art der Durchführung der Einheitsorganisation die Meinungen noch sehr verschieden sind, so ist doch das eine klar, dass nur durch sie die diktatorische Vorstands- und Beamtenwirtschaft endgültig behoben werden kann. Nur ist den meisten Genossen der Gedanke der Neugründung der Einheitsorganisation nicht sympathisch. Sie glauben immer

noch, durch intensive Arbeit innerhalb der Gewerkschaften diese umgestalten zu können, sodass sich der Zusammenschluss aller Verbände zu einem Ganzen durchführen ließe. Leider rechnen diese Genossen nicht mit dem Einfluss der Beamten und Vorstände auf die minder intelligenten Gewerkschaftsmitglieder, auf die Mitläufer.

Solange die Beamten nicht selbst für die Idee des Zusammenschlusses gewonnen sind (und das sind sie niemals, sie werden sich doch nicht selbst das Wasser abgraben), solange ist an eine Durchführung desselben innerhalb der „freien Gewerkschaften“ gar nicht zu denken. Der Autoritätsdusel beherrscht das ganze deutsche Volk und nicht zum mindesten die Arbeiterschaft.

(Fortsetzung folgt.)

Feuilleton

Eine Schiffergeschichte.

(Schluss)

Ah! wie das erfrischte! Alte und Junge lebten wieder auf; sie hatten seit langer Zeit kein frisches Seewasser geschmeckt – und wie aus einem Munde brach die ganze Mannschaft in ein lustiges Hurra aus!

Aber in demselben Augenblick erklang die Donnerstimme des Steuermanns: „Hart leewärts!“ – Die Brigg lief in den Wind, die Segel schlugen so, dass das ganze Takelwerk bebte, und nun folgte Schlag auf Schlag die Ordre: „Lasst das Backbordanker herab! – Lasst das Steuerbordanker auch herab!“

Plumps – da fiel das eine; plumps! – da ging das andere nach. Die alten Ketten rasselten heraus, sodass an jeder Seite des Bugsprits eine kleine Wolke von Rost aufstieg.

Die Leute – an Gehorsam gewöhnt – arbeiteten hurtig, ohne zu denken, und bald lag die Brigg nun auch ruhig vor Anker.

Aber jetzt, nachdem die Arbeit getan, konnte niemand sein Erstaunen über dieses plötzliche Vorankergehen verbergen – mitten in der Fahrt, nahe an der Küste zwischen Holmen und Felsen.

Und noch wunderlicher erschien ihnen das Betragen der Befehlenden. Denn dort standen sie nun beide, und beugten sich fast ganz über den Rand des Fahrzeugs und starteten auf des Backbords Bug. Einige aber glaubten den Kapitän rufen gehört zu haben: „Alle Mann an die Pumpen!“ aber diese Sache wurde niemals ganz aufgeklärt.

„Was zum Teufel mögen die da vorn zu tun haben?“ sagte der Jungmann.

„Sie glaubten, sie sei aufgefahren, als die hohe Welle kam,“ flüsterte der Kajütenjunge.

„Halt's Maul – Junge!“ sagte der Bootsmann.

Trotzdem ging das Wort des Kajütenjungen von Mund zu Mund; hier und da hörte man ein kurzes Auflachen, die Gesichter verzogen sich immer mehr und mehr. – Alle waren daran, in lautes Gelächtes auszubrechen! Da sahen sie, wie der Steuermann den Schiffer in die Seite stieß. „Ja, aber du musst mir's zuflüstern!“ sagte letzterer.

Der Steuermann nickte, und dann wandte der Schiffer sich an die Mannschaft und sagte feierlich:

„Ja – glücklicherweise! diesmal ist es noch gut abgelaufen! Aber nun hoffe ich auch, dass jeder von euch gelernt hat, wie gefährlich es ist, diesen unreifen Aufwieglern sein Ohr zu leihen, die niemals in Ruhe leben und die Entwicklung – wie der Steuermann sagt – ihren ruhigen Gang nehmen lassen können. Nun habe ich dieses Mal euren Wünschen nachgegeben, – wahrhaftig, dass tat ich, denn ich selbst billigte eure wahnwitzige Unbesonnenheit nicht; aber ich gab nach, um – um euch durch – die Logik der Begebenheiten zu überzeugen. Und seht nun – wie ging die Sache? – Allerdings wurden wir wie durch ein Wunder vor dem Allerschlimmsten bewahrt? aber jetzt liegen wir hier, außerhalb des sicheren Hafens, unseres alten Ankerplatzes, um uns auf den tobenden Wässern des Ungewissen umherwerfen zu lassen. – Aber – glaubt mir: von jetzt an sollt ihr sowohl euren ausgezeichneten Steuermann wie euren Kapitän gegen solche unreifen Pläne gewappnet sehen. Und wenn es uns von jetzt an schlecht ergeht, so werdet ihr euch wohl daran erinnern: dass es nur eurer aller Schuld ist. Wir waschen unsere Hände!“

Darauf schritt er an der Mannschaft vorüber, die ehrerbietig zurückwich; der Steuermann, welcher ihm getreulich zugeflüstert hatte, trocknete sich die Augen und folgte ihm. Beide verschwanden in der Kajüte

An diesem Tage gab es viel Streit im Roof; und später wurde es noch schlimmer.

Mit den guten Tagen der Brigg war es vorüber. Hader und Unzufriedenheit, Misstrauen und Trotz machten die enge Mannschaftskajüte zu einer wahren Hölle.

Nur der Schiffer und der Steuermann schienen sich bei alledem wohlzufühlen, und die allgemeine Misstimmung rührte sie nicht. Denn sie trugen ja keine Schuld daran!

An eine Veränderung dachte niemand. Man hatte getan, was man konnte, und der Schiffer hatte sich ja auch seinerseits gefügt!

Jetzt musste man Frieden halten. Die Brigg lag an einer gefährlichen Stelle; aber hier musste sie liegen bleiben – und da liegt sie noch heute.

Zwei Reiche.

Wenn man mir den reichen Rothschild rühmt, der von seinen ungeheuren Einkünften Tausende hergibt, damit Kinder erzogen, Kranke geheilt, Greise gepflegt werden, – so rührt mich eine solche Tat und ich lobe sie.

Allein trotz meiner Rührung und meines Lobes kann ich nicht umhin, einer armen Bauernfamilie zu gedenken, welche eine verwaiste Verwandte in ihr elendes Häuschen aufnahm.

„Nehmen wir das Käthchen zu uns,“ sprach die Frau, „So wird der letzte Groschen draufgehn, wir können uns dann nicht einmal mehr Salz für die Suppe kaufen.“

„Nun, dann essen wir sie ungesalzen,“ antwortete ihr Mann. Es ist ein weiter Schritt von Rothschild bis zu diesem Bauern!

Iwan Turgenjeff.

Gebet.

Um was der Mensch auch betet, stets betet er um ein Wunder. Jedes Gebet läuft auf folgendes hinaus: „Großer Gott, mache doch, dass zweimal zwei – nicht vier sei.“

Nur ein Gebet von Angesicht zu Angesicht ist ein wahres Gebet. Zum Weltgeist, zum höchsten Wesen, zu dem Kant'schen, dem Hegel'schen, dem unfassbaren, gestaltlosen Gotte beten, ist unmöglich und undenkbar.

Allein vermag denn selbst der persönliche, lebendige, greifbare Gott zu bewirken, dass zweimal zwei – nicht vier sei?

Jeder Gläubige muss antworten: „Ja, er vermag es“ muss sich selbst davon zu überzeugen suchen.

Allein wenn sein Verstand sich wider solche Ungereimtheit empört?

Hier jedoch kommt ihm Shakespeare zu Hilfe: „Es gibt auf Erden viele Dinge, Freund Horatio, von denen eure Schulweisheit sich nichts träumen lässt.“

Und wenn ihm im Namen der Wahrheit geantwortet wird, so braucht er nur die berühmte Frage zu wiederholen: Was ist Wahrheit?

Und darum wollen wir trinken und fröhlich sein und – beten.

Iwan Turgenjeff.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 29/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 20. Juli 1918.

Nr. 29

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Ein offenes Schreiben Mehrings an die Bolschewiks.

Werte Genossen!

Es kann von meiner Seite zu selbstbewusst erscheinen, wenn ich als einer eurer deutschen Gesinnungsgenossen mich erdreiste, euch, russische Genossen, meinen brüderlichen Gruß und die herzlichsten Glückwünsche zu übersenden. In Wirklichkeit schreibe ich an euch nicht als Privatperson, sondern als ältestes Mitglied der Gruppe Internationale und der Spartakusgruppe.

Könnte ich euch wenigstens eine trostreichere Nachricht aus dem inneren Leben der deutschen Arbeiterwelt bringen! Einem Ölfleck gleich fährt der Regierungssozialismus fort, alles, was ihn umgibt, in sich aufzusaugen. Ungleich mehr gibt der Umstand zu denken, dass die Arbeitermassen noch immer dem Regierungssozialismus zuströmen, der hierdurch die Möglichkeit erhielt, die Unabhängige Sozialdemokratie in drei Wahlkämpfen vernichtend zu schlagen.

Der eine dieser Wahlkämpfe (Potsdam-Spandau-Osthavelland), der schon lange Zeit zurückliegt, lässt sich noch einigermaßen erklären ... Anders verhielt es sich in den Kreisen Niederbarnim und Zwickau-Crimmitschau, wo kürzlich Ersatzwahlen für die verstorbenen Abgeordneten Stadthagen und Stolle, die der Unabhängigen Sozialdemokratie angehörten, stattgefunden haben. Beide Wahlkreise waren alter Besitz der Partei. Sie hatten immer radikale Vertreter entsandt, und die bürgerlichen Parteien stellten in beiden Fällen eigene Kandidaten auf, so dass der Kampf nur zwischen Abhängigen und Unabhängigen ausgefochten wurde. Die Abhängigen trugen, wie dem auch sei, den Sieg davon. Natürlich machte das auf alle unsre Freunde einen deprimierenden Eindruck. Man darf hierbei natürlich nicht den Umstand aus dem Auge lassen, dass der Kampf nicht mit gleichen Waffen geführt wurde.

Doch welches Gewicht man dieser Ungleichheit auch beilegen mag, sie genügt noch bei weitem nicht, um die Schwere der beiden Niederlagen zu erklären: In der Zeit des Sozialistengesetzes haben die Sozialdemokraten oft unter gleich ungünstigen oder noch schlimmeren Verhältnissen den Sieg davongetragen. Die wahre Wurzel des Übels liegt tiefer.

Sie ist während dieser Wahlen, wie schon früher in einigen Symptomen, zutage getreten: es mangelt der Unabhängigen Sozialdemokratie an der werbenden Kraft, um die proletarischen Massen aufzurütteln und fortzureißen.

Von den Mitgliedern der Partei als Persönlichkeiten lässt sich nichts Schlechtes sagen. Es gibt unter ihnen tüchtige Leute, und sie alle erstreben natürlich das Beste, aber als Partei sind sie unter keinem günstigen Stern geboren.

Zu spät und erst nach langem Schwanken haben sie sich von den Regierungssozialisten losgelöst, an deren Sünden sie wohl oder übel lange Zeit teilgehabt haben. Auch der Zusammenschluss zur Partei erfolgte nicht auf der Grundlage einer allgemeinen und klaren Weltanschauung. In vielen, darunter auch in wichtigen Fragen gehen ihre Ansichten auseinander. Das Bindeglied zwischen ihnen bildet nicht die Parole „vorwärts“, sondern „rückwärts“.

Sie möchten die alte deutsche Sozialdemokratie, die bis zum 4. August 1914 bestanden hat, wieder herstellen. Aber dieses Ziel der Unabhängigen ist nichts als eine Utopie, zudem eine reaktionäre, da sie die Absicht hat, den Leichnam auszugraben und ihn zu neuem Leben zu schmücken. Die frühere deutsche Sozialdemokratie mit ihrer alten erprobten Taktik ist in Stücke geschlagen und begraben. Sie besteht nicht mehr: Es gibt nur noch eine deutsche Sozialdemokratie, die sich im August 1914 gebildet hat.

Diese Trauer der unabhängigen Sozialdemokraten um die unwiederbringliche Vergangenheit entspricht ihrer völligen Blindheit gegenüber den treibenden Kräften der Gegenwart. Den ihnen durch die Niederbarnimer Niederlage zugefügten Schmerz wollen sie durch einen heftigen Feldzug gegen die Bolschewiks mildern, den hier der Menschewik Stein und neben ihm oder richtiger über ihm der große Theoretiker K. Kautsky führen. In der Tat, sie begehen eine Heldentat und beweisen einen unerschöpflichen Born von Staatsweisheit! Könnte dies Marx erfahren, er würde sich im Grabe umdrehen. Für die Partei ist überhaupt kennzeichnend, dass sie noch immerfort fortfährt, für Kautsky als einen heiligen Propheten zu schwärmen, obgleich sie, mindestens seit dem 4. August 1914, wissen müsste, dass diesem gelehrten Schulmeister nicht die geringste Spur von Marx' revolutionärem Geist innewohnt.

Aus all diesem folgt, dass die Unabhängige Sozialdemokratie im deutschen Proletariat weder treibende Kraft noch Anziehungskraft besitzt. Die Arbeiter wissen sehr genau, was für sie die Solidarität ihrer Klasse bedeutet. Wenn sie sich mit der Parteispaltung zufriedengeben sollen, so wollen sie diesen in ihren Augen, und auch in der Tat, teuren Preis nicht umsonst zahlen.

Die reaktionäre Utopie würde sie nicht befriedigen, und wenn letztere sich verwirklichen ließe, so würde dies den Anfang und nicht das Ende der Krise bedeuten. Der Zusammenbruch vom 4. August 1914 war ja [nicht?] ein Blitz aus heiterm Himmel. Er war das Resultat einer Krankheit, die bereits seit langer Zeit am Organismus der Partei und ihres glänzenden Äußern nagte.

Die Unabhängige Sozialdemokratie kann natürlich sagen, dass sie die Spaltung nicht gewollt hätte, sie sei aus der Partei halb und halb mit Gewalt von den Regierungssozialisten hinausgedrängt worden.

Aber die Folge ihrer Politik der Halbheiten und des Zauderns war, dass die Massen ihr den Rücken kehrten, da sie in ihr die Ursache der Parteispaltung erblickten. In der Tat, was ist dabei gewonnen, wenn die Regierungssozialisten sagen: „Wir bewilligen die Kriegskredite, aber nicht aus prinzipiellen Gründen“, und die Unabhängige Sozialdemokratie erklärt: „Wir lehnen die Kriegskredite ab, aber durchaus nicht aus prinzipiellen Gründen.“

„Ja“ und „Nein“ entspringen der gleichen Absicht, dem Bären den Pelz zu waschen, ohne ihn nass zu machen.

Soweit die Ergänzungswahlen ein Urteil zulassen, wird die Unabhängige Sozialdemokratie von den 28 Mandaten, über die sie verfügt, höchstens auf zwei bis drei Mandate mit Bestimmtheit rechnen können. Dieser Umstand an sich wäre noch kein Unglück, da aber die Unabhängige Sozialdemokratie mit ihrer „alten erprobten Taktik“ eine hauptsächlich parlamentarische Partei ist, so ist hierin ein böses Symptom für die kommende Zukunft zu erblicken.

Sowohl der Selbsterhaltungstrieb als auch das Gefühl der politischen Pflicht veranlasst sie immer mehr, unter Anwendung der „alten, erprobten Taktik“ zu kämpfen. Wer da glaubt, sie sei fähig, außerhalb dieses Rahmens den Finger zu rühren, auch wenn es sich um das höchste Gut der Menschheit handelt, gibt sich einer Illusion hin, die für ihn umso verhängnisvoller werden kann, je gewaltiger die Luftschlösser sind, die er auf diesem Boden baut.

Im Gegensatz zu der Unabhängigen Sozialdemokratie hat die Gruppe „Internationale“ gleich bei Beginn des Krieges allen Illusionen Valet gesagt und in ihren Thesen und andern programmatischen Erklärungen nie vergessen, dass nach dem schrecklichen Zusammenbruch vom 4. August 1914 der völlige Neuaufbau der Internationale möglich und notwendig ist. Während wir in der ersten Zeit überall auf Feindschaft und Verfolgung stießen – nicht zuletzt auch auf Seiten der Unabhängigen Sozialdemokratie –, hatten wir immer das Glück, bei den Arbeitern offenes Ohr und Herz zu finden, und was die Hauptsache ist, die gleiche Opferfreudigkeit, die einstmals ihre Väter zur Zeit des Sozialistengesetzes bekundet haben.

Nur einen Fehler haben wir gemacht, nämlich den, dass wir nach Gründung der Organisation der Unabhängigen Sozialdemokratie uns ihr angeschlossen haben, selbstverständlich unter Wahrung unseres eigenen Standpunktes, in der Hoffnung, dass es uns gelingen wird, sie vorwärtszutreiben. Auf diese Hoffnung haben wir schon lange verzichten müssen. Alle Versuche dieser Art scheiterten daran, dass unsere besten und erprobtesten Leute seitens der Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie des Lockspitzeltums verdächtigt wurden. Dieses Misstrauen ist gleichfalls ein Erbe der alten und erprobten Taktik.

Aber schließlich gibt es Dinge, die jede Geduld zum Platzen bringen. Zu diesen gehört der sinnlose Kampf, den Kautsky und Co. gegen die Bolschewiks führen.

Wir begreifen natürlich die bebende Erregung dieses Denkers. Er ist empört, dass die Bolschewiks weit über die Grenzen der „alten erprobten Taktik“ hinausgegangen sind. Aber wir hegen immerhin einen Schimmer von Hoffnung, dass Kautsky mindestens so viel von Marx gelernt hätte, den er nach seinen eigenen Worten auswendig kennt und dessen wortgetreuen Text er in der Tat zu reproduzieren imstande wäre – dass es einfach unanständig ist von Leuten, die im Auslande in Ruhe und Sicherheit sitzen, zur Freude der Bourgeoisie die Stellung revolutionärer Kämpfer, die unter den schwierigsten Verhältnissen wirken und große persönliche Opfer bringen, zu erschweren.

Doch auch diese Hoffnung hat mich betrogen, und ich schreibe diesen Brief, indem ich einem Wunsche nachkomme, der wiederholt aus den Kreisen der Gruppe „Internationale“ geäußert worden ist.

Mit Gruß und Händedruck

Franz Mehring.

Eine Programmrede von Lenin.

Am 28. April schilderte Genosse Lenin in einer langen Reihe von logisch von einander folgenden, sich gegenseitig ergänzenden Thesen die jetzige Lage der proletarischen Revolution in Russland, ihre Vorgeschichte, die verschiedenen Phasen ihrer Entwicklung, um zu den Pflichten und Aufgaben zu kommen, von deren Erfüllung seines Erachtens die Aufrechterhaltung und die Weiterentwicklung der proletarischen Macht abhängt. Die große Bedeutung dieser Thesen wird dadurch erhöht, dass sie mutig und scharf die Situation darstellen in ihrer ganzen Tragik, ohne jeden Versuch, sich oder anderen die verantwortungsvolle und folgenschwere Wahrheit zu verhehlen. Wir geben zusammenfassend den Hauptinhalt dieses historischen Dokuments wieder.

Das Hauptgewicht seiner Ausführungen legt Lenin auf die Notwendigkeit, durch starke proletarische Disziplin und energischen Kampf das in Russland herrschende Chaos zu überwinden, wozu die Ruhepause auszunützen sei, die durch den unsicheren und schwer erkauften Frieden der russischen Sowjetrepublik gewährt worden ist. Die Unsicherheit des Friedens besteht nicht etwa darin, dass es dem Sowjet irgendwie einfallen könnte, jetzt an die Wiederaufnahme des Krieges zu denken, so etwas kann – fügt Lenin hinzu – außer den bürgerlichen Konterrevolutionären und ihren Nachbetern, den Menschewiks usw., keinem zurechnungsfähigen Politiker einfallen, sondern darin, dass in den imperialistischen Staaten, die von Westen und Osten Russland umgeben und die militärisch sehr gut ausgerüstet sind, die Militärparteien die Oberhand nehmen könnten. Diese Ruhepause muss auf das Intensivste ausgenützt werden, um Russland von den Wunden zu heilen, die der Krieg ihm zugefügt. Auch der aus verschiedenen Gründen noch nicht eingetretenen westeuropäischen Revolution wird die Sowjetmacht nur insofern den entsprechenden Beistand leisten können, als sie die organisatorische Aufgabe zu lösen imstande sein wird.

Um der Situation gerecht zu werden und die äußerst schwere und dringende Aufgabe der Organisation lösen zu können, müssen die Mitglieder der russischen kommunistischen Partei, Bolschewiks, wie auch alle bewussten Vertreter der Arbeitermassen den Grundunterschied einsehen zwischen den bürgerlichen Revolutionen in der Vergangenheit und der sozialistischen Revolution gerade in der in Betracht kommenden Hinsicht.

In den bürgerlichen Revolutionen bestand die Hauptaufgabe der arbeitenden Massen in der zerstörenden, vernichtenden Tätigkeit dem Feudalismus, der Monarchie, den militärischen Institutionen gegenüber, wobei es der bürgerlichen Minderheit verhältnismäßig leicht war, die positive oder organisatorische Arbeit zu verrichten.

Die Hauptaufgabe des Proletariats und des von ihm geführten ärmeren Bauerntums hingegen besteht in einer jeden sozialistischen Revolution und somit auch in der in Russland am 25. Oktober 1917 begonnenen – in der positiven Arbeit, in der äußerst komplizierten Schaffung derjenigen organisatorischen Verhältnisse der planmäßigen Produktion und Verteilung der Produkte, die für die Existenz von Millionen und Abermillionen menschlicher Wesen notwendig sind. So eine Revolution kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung ihr tatkräftig beisteht, wenn die Arbeiter und Bauern zielbewusst, selbstlos mit entsprechender Überzeugung und Ausdauer für den Erfolg der Revolution arbeiten.

Durch die Schaffung des neuen Staatsgebildes, das den arbeitenden Massen die Möglichkeit gibt, sich selbständig an den Aufgaben der neuen Gesellschaft zu beteiligen, ist nur ein Teil der schweren Aufgabe gelöst worden und nicht der schwerste. Die Hauptschwierigkeit liegt auf ökonomischem Gebiete, in der Notwendigkeit, die Produktivität der Arbeit zu erhöhen,

die strengste Kontrolle der Gütererzeugung und Verteilung überall durchzuführen, bezw. *in der tatsächlichen Sozialisierung der Produktion.*

Die ersten zwei Aufgaben der Partei, die Volksmehrheit für ihr Programm und Taktik zu gewinnen und die politische Macht zu erobern und den Widerstand der Ausbeuter zu brechen, sind von ihr, wenn nicht gänzlich, was unmöglich wäre – die Versuche der Konterrevolutionäre, die Sowjetmacht zu stürzen, sollen nicht unterschätzt werden – so doch in der Hauptsache erfüllt worden. Die Bolschewiks haben die Volksmassen Russlands überzeugt, haben Russland für die Armen von den Reichen erkämpft. Jetzt steht die schwerste Aufgabe, die der Verwaltung vor, und wenn die Bolschewiks die gelöst haben werden, und die Eigenartigkeit dieser Übergangsperiode überstanden haben, dann werden sie sagen dürfen, dass Russland sozialistisch geworden ist. Dringend notwendig ist's, die Wunden, die der Krieg und die Niederlage zufügten, zu heilen, die Unordnung, die die Bourgeoisie geschaffen und schafft, zu überwinden, ebenso wie alles, was durch die große Müdigkeit und den Hunger der Massen hervorgerufen, vor allem handelt es sich um die Sicherung der elementaren Ordnung.

Wie paradoxal es auch scheinen mag, gerade die Durchführung der elementarsten Pflichten, deren Aufstellung bei Revolutionären nur Hohn hervorzurufen imstande sind, wenn es sich um Pflicht der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber handelt – sei sorgfältig in der Verwaltung von Geldern, verschwende keine Zeit, stehle nicht, sei diszipliniert in der Arbeit, das alles ist nach der Niederwerfung der Bourgeoisie der Sowjetmacht gegenüber eine heilige Pflicht, von deren Erfüllung das Heil der Revolution abhängt und der endgültige Sieg des Sozialismus.

Zum ersten Mal in der Weltgeschichte ist es einer sozialistischen Partei gelungen in der Hauptsache die Eroberung der Macht und die Unterdrückung der Ausbeuter zustande zu bringen und an die Verwaltung zu treten, d.h. die äußerst schwere Frage der Neuorganisation auf ganz neuer, der tiefgehendsten ökonomischen Grundlage der Existenz von Millionen und Abermillionen von menschlichen Wesen zu stellen. Wir müssen uns dieser Aufgabe gewachsen zeigen. Diese Aufgabe ist aber zu gleicher Zeit auch die dankbarste, denn nur nach ihrer Lösung (in den Grundzügen) wird man sagen können, dass Russland nicht nur eine Sowjetrepublik, sondern eine sozialistische Republik ist.

In einem bäuerlichen Lande, das erst vor einem Jahre den Zarismus gestürzt hat und vor weniger als einem halben Jahre sich von den Nopenskys befreit hat, bleibt nicht wenig Anarchismus, der durch die Vorbildung, die ein jeder reaktionäre Krieg mit sich führt, verstärkt wird, so dass es einer zähen, andauernden Arbeit der besten klassenbewussten Arbeiterschaft und des Bauertums bedarf, um einen vollständigen Umschwung in der Stimmung der Massen hervorzurufen. Nur so ein Übergang von den Proletariern und Halbproletariern vollstreckt, ist imstande, den Sieg über die Bourgeoisie und vor allem über ihren zahlreichsten und hartnäckigsten Teil, die Bauernbourgeoisie, zu sichern.

Lenin betont, der Kampf gegen die Bourgeoisie sei in Russland in eine neue Phase eingetreten, von der einfachsten Stufe der Expropriation der Kapitalisten gilt es nun zu der schwersten überzugehen, d.h. zu der Schaffung solcher Verhältnisse, unter denen die Bourgeoisie weder weiter existieren noch entstehen kann.

Im Vergleich mit der revolutionären Entwicklung Westeuropas ist Russland jetzt etwa auf die Stufe von 1873 und 1871 angelangt, wobei, was mit Stolz gesagt werden darf, Russland einen Schritt weiter gegangen ist durch das Dekretieren und Einführen eines neuen Staatsgebildes der Sowjets. Begnügen darf man sich aber mit dem Erzielten keineswegs, denn der Übergang zum Sozialismus hat zwar begonnen, aber das Entscheidende auf diesem Gebiete ist noch nicht geschehen.

Das Entscheidende besteht in der Einführung der strengsten Kontrolle über Produktion und Verteilung. In den Betrieben, die wir der Bourgeoisie abgenommen, ist es uns noch nicht gelungen, die Kontrolle, ohne die die Vermehrung der Arbeitsproduktivität in nationalem Maßstabe unmöglich ist, einzuführen.

Dementsprechend erschöpft sich die Aufgabe des gegenwärtigen Momentes nicht ohne Weiteres in der einfachen Formel, die Offensive gegen das Kapital soll fortgeführt werden. Zieht man die besonderen Bedingungen des gegenwärtigen Augenblicks in Betracht, so ist es klar, dass wie im Kriege nach der siegesvollen Eroberung der Hälfte oder drei Viertel eines Territoriums, das siegende Heer eine Pause eintreten lässt, um sich für die weitere Offensive zu rüsten, so ist es auf der gegenwärtigen Stufe der politischen Entwicklung Russlands notwendig, dasselbe dem Kapitalismus gegenüber zu tun. Gewiss bedeutet eine Ruhepause im Kampfe gegen den Kapitalismus nicht das, was sie im Kriege bedeutet, im Kriege ist es möglich die Operationen zum Stehen zu bringen, bei uns heißt es aber keineswegs die weitere Expropriation aufzugeben, sondern einfach und allein der Schwerpunkt unseres politischen und ökonomischen Kampfes muss verschoben werden.

Stand früher die Expropriation im Vordergrund, so muss jetzt die Kontrolle und Verwaltung der bereits exproprierten Betriebe in den Vordergrund treten. Würden wir im frühen Tempo die Expropriation des Kapitals weiterführen, so würden wir gewiss eine Niederlage erleiden, weil die Organisation und die Kontrolle der Produktion sich nicht in gleichem Schritte entwickeln könnte, der Abstand zwischen dem einen und anderen Kampfmittel muss eingeholt werden. Töricht wäre es zu behaupten, dass durch die Anerkennung dieser Notwendigkeit das Eingeständnis gemacht wird, dass die erste Methode unrichtig gewesen. Mit Nichten! Wie im Kriege die Kavallerie zuweilen durch die schwere Artillerie ergänzt wird, so müssen auch wir zu diesem Mittel greifen.

Es ist der Sowjetregierung vorgeworfen worden, durch die rote Garde den Kapitalismus angegriffen zu haben. Zu einem gewissen Zeitpunkte war so eine Attacke notwendig und die rote Garde hat eine historische umfangreiche Leistung erfüllt, indem sie zu der Befreiung der Ausgebeuteten von den Ausbeutern beitrug. Die Methode war dadurch zur Notwendigkeit gemacht, als auch der Widerstand der Gegner militärischer Natur war. Nun hat die Erfahrung auf die Notwendigkeit des Aufbaues, der Verwaltung hingewiesen und auf die entsprechenden Mittel. Töricht wäre es zu behaupten, dass die rote Gardistenattacke überall und als einziges Mittel anzuwenden sei.

Die Methoden des Kampfes gegen den Gegner müssen den veränderten Umständen angepasst werden. Jetzt, wo der militärische Widerstand der Bourgeois und die Sabotage besiegt worden sind, gilt es für die Sowjets die bürgerlichen Spezialisten zwecks so einer Umgestaltung des sozialen Gebildes auszunützen, die das Auftauschen [?] der Bourgeoisie unmöglich macht.

(Fortsetzung folgt.)

Wirklichkeit und Einbildung in der linksradikalen Bewegung.

Von Julius Dickmann, Wien.

5. Ein Zeitalter der Verwaltung und der Massenaktionen.

2.

In der feudalen Gesellschaft stehen wirtschaftliche Macht und politische Gewalt in einem unmittelbaren Zusammenhang miteinander. „Die wirtschaftliche Macht des Feudalherrn, die

Größe des Grundbesitzes entschied über die Anzahl seiner Hintersassen, die Größe seines Gefolges, damit aber auch über die Zwangsgewalt, die ihm zu Gebote stand. Auf seinem Gebiet war er Herr, und die Ausdehnung dieses Gebiets zeigte zugleich die Ausdehnung dieser Herrschaft. Soweit es eine staatliche Macht gibt, ist es nur die Zusammenfassung der Einzelstaaten, die jeder Feudalherr repräsentiert; der Staat bin ich, kann jeder einzelne auf seinem Gebiet mit vollem Recht verkünden. Der Staat sind wir, können sie erklären, soweit die geringen gesamtstaatlichen Aktionen des Mittelalters zur Blütezeit des Feudalismus in Betracht kommen. Und da es keine Trennung gibt zwischen wirtschaftlicher und politischer Gewalt, so sind beide auch unmittelbar vergleichbar, kommensurabel.“ (Hilferding.)

Die bürgerliche Revolution zerschlug die feudale Ordnung „in ihre einfachen Bestandteile, einerseits in die Individuen, andererseits in die materiellen und geistigen Elemente, welche den Lebensinhalt, die bürgerliche Situation der Individuen bilden. Sie entfesselte den politischen Geist, der gleichsam zerteilt, zerlegt verlaufen war; sie sammelte ihn aus dieser Zerstreung, sie befreite ihn von seiner Vermischung mit dem bürgerlichen Leben und konstituierte ihn als die Sphäre des Gemeinwesens, der allgemeinen Volksangelegenheit in idealer Unabhängigkeit von jenen besonderen Elementen des bürgerlichen Lebens. Die bestimmte Lebenstätigkeit und die bestimmte Lebenssituation sanken zu einer nur individuellen Bedeutung herab. Sie bildeten nicht mehr das allgemeine Verhältnis des Individuums zum Staatsganzen“. (Marx „Judenfrage“ in Mehrings Sammlung, 1. Band, Seite Nr. 422.)

Waren in der feudalen Gesellschaft „die Elemente des bürgerliches Lebens, wie z.B. der Besitz oder die Familie oder die Art und Weise der Arbeit, in der Form der Grundherrlichkeit, des Standes und der Korporation zu Elementen des Staatlebens erhoben“ (Seite Nr. 421), so bedeutet die bürgerliche Ordnung „die Reduktion des Menschen einerseits auf das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, auf das egoistische unabhängige Individuum, andererseits auf den Staatsbürger, auf die moralische Person“ (Seite Nr. 424).

Hier haben wir die Wurzel jenes Dualismus, welcher allen Erscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft eigentümlich ist. „Die Differenz zwischen dem Kaufmann und dem Staatsbürger, zwischen dem Tagelöhner und dem Staatsbürger, zwischen dem Grundbesitzer und dem Staatsbürger, zwischen dem lebendigen Individuum und dem Staatsbürger“ (Seite Nr. 408) findet vor allem im bürgerlichen Rechtswesen ihren Ausdruck, in dem Unterschied zwischen Menschenrechten und Staatsbürgerrechten. Die ersteren (Freiheit, Gleichheit, Sicherheit) regeln die Beziehungen der Individuen der bürgerlichen Gesellschaft zueinander und sind für das einzelne Individuum nur so weit durchsetzbar, als hinter ihnen seine wirtschaftliche Macht steht. So bilden die formelle bürgerliche Freiheit und Gleichheit in dialektischem Umschlag gerade die notwendige Voraussetzung für die Ausbeutung und Unterdrückung der schwächeren Individuen durch die stärkeren. Das Leben in der bürgerlichen Gesellschaft bedeutet einen ununterbrochenen Kampf aller gegen alle, der Bourgeois und der Arbeiter, der Grundbesitzer und der Bourgeois, der Bourgeois untereinander.

Aber die wirtschaftliche Macht des Stärkeren, so fühlbar sie für den Unterdrückten ist, kann nicht unmittelbar in dessen politische Beherrschung umschlagen, wie das in der feudalen Gesellschaft der Fall war. Sie kann es nur durch das Mittel des Staates. Der Staat abstrahiert aber von den wirtschaftlichen Kämpfen in der bürgerlichen Gesellschaft.¹⁷ Er ist nicht mehr

¹⁷ Ich muss ausdrücklich betonen, dass ich hier von der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer ersten, der liberalen Periode, spreche.

die Summe der wirtschaftlichen Macht der Individuen, so wenig diese Individuen unmittelbar Bestandteile seiner politischen Gewalt bilden. Es besteht zwischen beiden eine Trennung. Der profane Mensch der bürgerlichen Gesellschaft muss erst eine Verwandlung in den Bürger durchmachen, um als solcher durch Gebrauch der Staatsbürgerrechte (Wahlrecht, Vereinsrecht) an der Staatsgewalt teilzunehmen. Das heißt, die ökonomischen Kräfte der bürgerlichen Gesellschaft sind nicht unmittelbar vergleichbar, kommensurabel.

Die wirtschaftliche Energie muss erst in politische Energie verwandelt, transformiert werden, um die in den Tiefen der bürgerlichen Gesellschaft bestehenden Gegensätze, an ihrer Spitze, im Staat vergleichbar und damit austragbar zu machen. Das Mittel aber, diese Verwandlung der wirtschaftlichen Macht in politische Gewalt herbeizuführen, heißt Parlamentarismus.

Drei Punkte müssen wir hier festhalten: Erstens, dass der Parlamentarismus eine Einrichtung der bürgerlichen Gesellschaft ist. Er ist mit ihr entstanden und wird auch mit ihr untergehen. Die feudale Gesellschaft kennt keinen Parlamentarismus, denn in ihr braucht man nicht die ökonomische Macht in politische Gewalt erst zu übersetzen. Sie bildet von vornherein eine Einheit. Die feudalen Ständeversammlungen können nicht einmal formell als Parlamente gelten. Dort gab es keine Unterwerfung unter Beschlüsse einer Majorität, sondern nur freiwillige Vereinbarung unter Gleichen. So wenig ein internationaler Kongress souveräner Mächte heute als Parlament bezeichnet werden könnte, so wenig gilt diese Bezeichnung für die feudalen Ständetage.

Zweitens ist festzuhalten, dass der bürgerliche Staat in der liberalen Epoche die Individuen als arbeitende, handelnde, geschäftige Glieder der Gesellschaft gar nicht kennt. Er kennt sie nur im Feiertagsgewand des Bürgers. Seine Beziehungen, die er zu ihnen anknüpft, reichen nicht zur Werkstätte, zum Kaufmannsladen, zum Fabrikkontor, sondern nur bis zur Privatwohnung. Das parlamentarische System ist also nicht aufgebaut auf der funktionellen Rolle der wirtschaftenden Individuen in der gesellschaftlichen Produktion, sondern auf der territorialen Zusammenfassung der Staatsbürger. Solche territoriale Bürgergemeinschaften waren z.B. die Pariser Sektionen zur Zeit der großen Revolution. Sie bildeten gleichsam Zellen des revolutionären Organismus, dessen Haupt der Konvent war. Sobald die bürgerliche Gesellschaft fest begründet ist, macht der Revolutionskonvent dem simplen Parlament Platz, aus den Sektionen bewaffneter Bürger werden - Wahlbezirke.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeitergedanken.

Von M. Harger.

Hat auch die Autorität der Gewerkschaftsvorstände und Beamten bei den Arbeitern stark gelitten, so doch nur bei den politisch Reiferen und Aufgeklärteren. Aber aus den anderen besteht die größte Mehrzahl der Mitglieder, mindestens 90 Prozent, und die geben bei Abstimmungen den Ausschlag. Es würde daher eine Einheitsorganisation zu unseren Lebzeiten wohl nicht mehr zustande kommen, wollten wir die Zeit abwarten, bis die Gewerkschaften so weit reformiert sind, dass sie von selbst den Zusammenschluss vornehmen. Darum frisch ans Werk, zeigen wir die Wirkung des Einheitsgedankens, lassen wir recht bald Genossen zum Worte kommen, die zahlengemäß die Rentabilität und die Kampfkraft einer Organisation mit verminderten Verwaltungskosten, mit dem wahren Charakter einer Kampforganisation ohne Unterstützungs- und Almosengewährung, ausgenommen natürlich Streik- und Gemaßregeltenunterstützung, an der alle Lohnarbeiter, ganz gleich welcher Branche und welchen Geschlechtes, gleiche Rechte und Pflichten haben, und in welcher über alle Fragen nur sie selbst zu entscheiden haben (das soll allerdings im

Deutschen Metallarbeiterverband auch so sein), nachweisen, damit auch der Einwand der Bedenklichen, eine neue Organisation würde infolge Mangel an Mitteln kaum Kämpfe erfolgreich durchführen können, widerlegt werden kann.

Es ist sehr wichtig, dass die Zwecke, Ziele, Leistungen, kurz das Programm einer Einheitsorganisation einmal einwandfrei festgestellt und veröffentlicht wird. Unmöglich kann jemand, den diese Angelegenheit nicht ganz und gar beschäftigt, der nebenbei noch seine zehn bis zwölf Stunden Fabrikarbeit leisten muss, alle sich darauf beziehenden Fragen beherrschen und daher auch nicht alle Einwände einwandfrei zerstreuen. Und ist eine solche Organisation erst einmal volkstümlich geworden, sind ihre Ziele und Wirkungen bekannt, dann wird und könnte meines Erachtens jawohl mancher Verband von der Mitgliedschaft zum Anschluss bestimmt werden.

Wie notwendig die Einheitsorganisation ist, mögen neben den an anderer Stelle schon so viel angeführten, noch folgende Beispiele zeigen. In einer kleineren Stadt, in der sich durch den Krieg die Industrie erst richtig entwickelt hat, haben die Ortsverwaltungen der größeren Verbände (Metall-, Holzarbeiter, Maler und Lackierer) je ca. 450 Mitglieder. Durch die ewigen Neuaufnahmen und Einberufungen ist die Arbeit in den Zahlstellen so ins Riesenhafte gewachsen, dass es den Ortsverwaltungsmitgliedern einfach unmöglich ist, diese in den Freistunden zu bewältigen. Einen Beamten aber konnte die Zahlstelle erst beanspruchen, wenn 500 Mitglieder ihr angehören. Trotzdem also die Arbeit in den Verwaltungen dreier Gewerkschaften für jede unbedingt eine Person erheischt, die sich nur der Gewerkschaft widmet, ist es allen dreien nicht möglich, eine solche zu bekommen. Viel Arbeit bleibt infolgedessen ungetan, den Verbänden zum Schaden.

Wie anders wäre es, wenn alle drei Gewerkschaften mit ca. 1300 Mitgliedern zusammen einen Beamten anstellen könnten, der nicht zu viel, aber auch gerade genug Arbeit hätte, den Tag voll auszufüllen. Ein anderes Moment kommt noch hinzu. Die Mitglieder der Ortsverwaltung einer Branche wünschen ihren jetzigen Vorsitzenden, dem sie ihr volles Vertrauen nicht ohne Grund schenken, zum Beamten. Dieser aber kann als Arbeiter jetzt bedeutend mehr verdienen als ihm die Tätigkeit des Verbandsbeamten einbringt. Er verzichtet daher selbstverständlich. Jetzt wird ihnen, wenn, was in nächster Zeit zu erwarten ist, die 500 Mitglieder voll sind, ein anderer Beamter gestellt, der auch gleichzeitig Bevollmächtigter laut Statut sein wird. Die Mitglieder aber wollen ihren, alten vertrauenswürdigen und tüchtigen Vorsitzenden behalten. Einfach nicht zu machen. Hätten wir die Einheitsorganisation, so wären alle Arbeiter des Städtchens in einem Verbände und die Arbeit könnte voll und ganz von Angestellten, welche unter Kontrolle der von der Mitgliedschaft gewählten, im Berufe arbeitenden Vorständen stehen, bewerkstelligt werden.

Ein anderes Beispiel für die Notwendigkeit der Einheitsorganisation ist das: In den größeren Betrieben arbeiten ungelernete Arbeiter heute in der Schlosserei, morgen in der Tischlerei oder Malerei. In der Schlosserei werden sie meinetwegen in den Metallarbeiterverband aufgenommen, in den anderen Abteilungen ist unmöglich ein Übertritt zu verlangen, der ersten Gewerkschaft aber geht die Kontrolle meistens verloren. Gewiss Grund genug, ohne die anderen vielen Unzuträglichkeiten zu erwähnen, die Vereinigung der Branchen in eine Organisation zu fordern. Die Einheitsorganisation ist eine Naturnotwendigkeit, sie muss kommen. Aber verlassen wir uns ja nicht auf den Zusammenbruch des jetzt Bestehenden in sich selbst.

Wie oft hörte ich von gesinnungstreuen Genossen vor dem Kriege die Ansicht in Bezug auf den Staat, das jetzige System muss in sich selbst zusammenbrechen. Es kann sich auf die Dauer unmöglich halten, denn es ist ungesund. Ach, wie schön hat uns der Krieg gezeigt, dass alles das, wohinter Geld steckt, auch gesund ist und Macht hat und sich durchsetzen kann. Das

jetzige System setzt sich nicht nur nicht [nicht?]durch, sondern baut sich noch aus [aus?]nach allen Regeln der Kunst aus. Dass alle Verbesserungsarbeit an ihm unnütz ist, hat jeder denkende Arbeiter längst erkannt. Nichts anders ist es aber mit dem heutigen Gewerkschaftssystem. Auch da nützen keine Änderungsversuche. Und in sich zusammen bricht es ebenfalls nicht, denn auch dieses ist auf Geld gebaut. Darum muss ganze Arbeit getan werden, soll etwas Ersprießliches werden.

2.

Neben der Gewerkschaftsfrage beschäftigt wohl kaum eine Frage den Arbeiter mehr als die Jugendfrage. Ich glaube durch lange Mitarbeit an allen möglichen Arbeiterjugenden in der Lage zu sein, die Ansichten der Genossen in dieser Sache zu kennen und will sie, sowohl wie auch meine eigenen, darlegen. Mit der Jugendfrage auf das Engste verknüpft ist die Religionsfrage. Meines Erachtens können beide Fragen eigentlich nur zusammen behandelt werden. Denn die Lösung der einen Frage bedingt immer eine ausreichende Kenntnis in der anderen. Es ist selbstverständlich alles nur bedingt wahr, und es liegt mir fern etwa zu behaupten, dass es einem geistig hochstehenden Menschen nicht doch möglich sein sollte, sich ganz von dem ihm in der Jugend eingepflichten Aberglauben freizumachen. Das sind aber immer nur große Ausnahmen, dieses ist also auch nur bedingt wahr und Ausnahmen kommen nicht in Frage. Im Großen und Ganzen liegt die Sache jedenfalls so, dass wir uns nur so leicht, wenn auch nur im Unbewusstsein, in Augenblicken der Gefahr an irgendetwas Mystisches klammern, die Hilfe des Gottes erleben, der uns in der Jugend als Helfer und Retter geschildert ist.

Höre man nur einmal, wie es denen in den Schützengräben ergangen ist, wenn der Feind trommelte, oder höre man die Berichte der Seeleute. Im letzten Augenblicke haben sich fast alle ihres Gottes erinnert und ihn um Beistand angefleht. Diese Tatsache sollte uns zu denken geben; denn ein Mensch, der gesund an Körper und Geist in der Stunde der Gefahr seine Zuflucht zu einem außerirdischen Wesen nimmt, ist unmöglich innerlich ganz frei von Aberglauben. Sowohl ein Unglück als auch ein freudiges Ereignis wird in seinem Innern mystische Gefühle auslösen.

Ein solcher nun aber erst in die Hände eines Pfaffen oder eines anderen Religiösen gebracht, wird unbedingt bald wieder zu seinem Gott zurückkehren, auch schon deshalb, weil die Gründe, die jener für den Glauben ins Feld führt, von diesem (besonders wenn er der Arbeiterklasse angehört) meistens nicht widerlegt werden können und sein eigenes inneres Erlebtes hat sich an und für sich schon für den Glauben entschieden.

Uns aber ist zur Genüge bekannt, dass für die Aufklärung der Glauben das größte Hindernis ist. Und ich halte es für sehr bescheiden, wenn ich behaupte, die Irrungen innerhalb der Partei sind zum Teil mit auf das Konto der mangelhaften religiösen Aufklärung der Führer zu setzen. (Schluss folgt.)

Aus unserm politischen Tagebuch.

13. Juli

Die Sozialpatrioten sind sich doch in allen Landen gleich. Wie in Deutschland diese Herren unter der Führung von Parvus und Jansson eine wütende Hetze gegen die Bolschewiks unter kritikloser Benutzung der kapitalistischen Verleumdungen betreiben, so tun dasselbe ihre Vettern im Auslande. Die Herren fühlen sich dabei ganz als die Sachwalter der Kapitalisteninteressen. So lastet Herrn Bliegen, einem der Führer der holländischen Sozialpatrioten, der Beschluss der russischen Sowjets, die Anleihen des Zarismus außer Kurs zu setzen und die Zinszahlung einzustellen, schwer auf dem Herzen. In der niederländischen

ersten Kammer hat er seinem Herzen darüber Luft gemacht. Aber er hat für sich und die holländischen Börsenjobber einen Trost: „Er glaubt sicher, dass sich diese Sache schon noch machen wird. Sobald Russland neues Kapital nötig hat, ist die Zeit gekommen, um mit der russischen Regierung abzurechnen.“ Die Sozialpatrioten als Schutzwache vor den Kassettschränken des Großkapitals. So wird es sich gehören!

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 30/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 27. Juli 1918.

Nr. 30

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Spartakus und Haase.

Schwerer Ärger ist den Häuptern der Unabhängigen Partei widerfahren. Aus ihrem eigenen Lager hat sich eine Stimme wider sie erhoben, noch dazu eine angesehene und gewichtige Stimme, und sie hat Worte ausgesprochen, die geradezu vernichtend wirken müssen. Aus der Tagespresse werden unsere Leser schon erfahren haben, dass Genosse *Franz Mehring*, obgleich selbst Mitglied der Unabhängigen Partei, in der *Prawda* (einem Organ der russischen Bolschewiki-Regierung) Mitte Juni einen Aufsatz veröffentlicht hat, den die „I. K.“ des Herrn Heilmann sich beeilte, unter dem Titel „Franz Mehring über den Zusammenbruch der Unabhängigen“ ins Deutsche zurückzuübersetzen und frohlockend zu verbreiten. In der Tat, wer die Worte Mehrings liest, wird den Jubel der Herren Heilmann und Baumeister begreifen. Wir begnügen uns auf folgende Sätze Mehrings hinzuweisen:

„ ... Es mangelt der unabhängigen Sozialdemokratie an der werbenden Kraft, um die proletarischen Massen aufzurütteln und fortzureißen ...“

„ ... Das Ziel der Unabhängigen (nämlich die alte Sozialdemokratie, wie sie bis zum 4. August 1914 bestanden hat, mit ihrer ‚alten erprobten Taktik‘ wieder herzustellen) ist nichts als eine Utopie, zudem eine reaktionäre, da sie die Absicht hat, einen Leichnam auszugraben und ihn zu neuem Leben zu schmücken.“

„ ... Der Trauer der unabhängigen Sozialdemokratie um die unwiederbringliche Vergangenheit entspricht ihre völlige Blindheit gegenüber den treibenden Kräften der Gegenwart...“

„ ... Was ist dabei gewonnen, wenn die Regierungssozialisten sagen: ‚wir bewilligen die Kriegskredite, aber durchaus nicht aus prinzipiellen Gründen‘, und die Unabhängige Sozialdemokratie erklärt: ‚wir lehnen die Kriegskredite ab, aber durchaus nicht aus prinzipiellen Gründen‘.“

Man wird zugestehen, dass Mehring hier über die Partei, der er selbst angehört, in einer Weise den Stab bricht, wie es der schärfste Gegner nicht mit größerer Entschiedenheit tun könnte. Nun halten wir es freilich für ein veraltetes Vorurteil, dass jemand deshalb, weil er an seiner eigenen Partei Kritik übt, in ihren Reihen nicht mehr bleiben oder nicht mehr geduldet werden könnte. Im Gegenteil, gerade als Mitglied einer Partei hat man die Pflicht, offen und scharf

alles zu nennen, was der Partei und der von ihr vertretenen Sache schädlich ist. Aber Mehring hält offenbar die Unabhängige Partei für *unheilbar*. Denn er schreibt u. a.:

„Für die Partei ist überhaupt kennzeichnend, dass sie noch immer fortfährt für Kautsky als einen heiligen Propheten zu schwärmen, obgleich sie, mindestens seit dem 4. August 1914, wissen müsste, dass diesem gelehrten Schulmeister nicht die geringste Spur von Marxens revolutionärem Geist innewohnt ...“

„ ... Wer da glaubt, die Partei sei fähig, außerhalb des Rahmens der ‚alten erprobten Taktik‘ (nämlich der Taktik der Wahlen und der Reden im Parlament) den Finger zu rühren, auch wenn es sich um das höchste Gut der Menschheit handelt, gibt sich einer Täuschung hin ...“

Mehring stellt dann das Verhalten der Spartakusgruppe in Gegensatz zu dem der Unabhängigen, und bemerkt dazu:

„Nur einen Fehler haben wir gemacht, nämlich den, dass wir nach Gründung der Organisation der Unabhängigen Sozialdemokratie uns ihr angeschlossen haben, selbstverständlich unter Wahrung unseres eigenen Standpunktes, in der Hoffnung, dass es uns gelingen wird, sie vorwärtszutreiben. Auf diese Hoffnung haben wir schon lange verzichten müssen. Alle Versuche dieser Art scheiterten daran, dass unsere besten und erprobtesten Leute seitens der Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie des Lockspitzeltums verdächtigt wurden. Dieses Misstrauen ist gleichfalls ein Erbe der alten und erprobten Taktik“.

„Aber schließlich gibt es Dinge, die jede Geduld zum Platzen bringen. Zu diesen gehört der sinnlose Kampf, den Kautsky u. Co. gegen die Bolschewiks führen.“

Zum Schluss hebt Mehring noch ausdrücklich hervor, dass er diesen Brief infolge eines Wunsches schreibe, „der wiederholt aus den Kreisen der Gruppe Internationale geäußert worden ist“.

Man wird nicht bestreiten wollen, dass dies denn doch etwas anderes ist, als der Versuch eines Parteimitgliedes, durch offene Kritik seiner Partei zu nützen. Der Brief ist ganz offenbar diktiert von dem Wunsch, aller Welt kundzutun, dass man für das Verhalten der Unabhängigen Partei nicht verantwortlich sein will, dass man innerlich mit ihr nichts zu tun habe. Und diesen Brief hat Mehring auf den Wunsch und also natürlich im Einverständnis mit seinen Freunden von der Spartakusgruppe geschrieben. Was folgt daraus?

Daraus folgt erstens, dass die Dinge genau den Verlauf genommen haben, der sich vor einem Jahr voraussehen ließ. Als damals, zu Ostern 1917, die Einladung zu jener Konferenz erging, welche alle Teile der sozialdemokratischen Opposition unter der Führung der Haase und Ledebour zusammenschmelzen sollte, und als die Spartakusgruppe dem Lockruf folgte, während die Bremer Linksradiكالen fest blieben¹⁸, da war eigentlich klar, was kommen musste: entweder mussten die Übergetretenen einer langsamen Knochenerweichung erliegen, oder es mussten sich mit der Zeit unvereinbare Gegensätze zwischen ihnen und den Haaseleuten herausstellen. Die Gegensätze sind nun da, wenigstens soweit Mehring in Frage

¹⁸ Die kleine Gruppe der I. S. D. (Internationale Sozialisten Deutschlands) waren von der Einladung ausdrücklich ausgenommen, wohl in weiser Voraussicht, dass mit diesen „eigensinnigen Querköpfen“ kein politisches Geschäft zu machen sei.

kommt und diejenigen seiner Freunde, auf deren Wunsch er den Brief geschrieben hat. Wird sich bald auch zeigen, wie viele der Knochenerweichung verfallen sind?

Die zweite und weit wichtigere Folge dieser Fehdeansage Mehrings an die Haase und Ledebour dreht sich um die Frage, was nun werden soll? Gedenkt Mehring mit seinen näheren Freunden in der Partei der Unabhängigen zu bleiben? Gedenkt diese ihn weiter in ihren Reihen zu dulden?

Zwar ist der letzte Teil der Frage bereits beantwortet. Nicht wenig mögen die Diplomaten der Haasepartei gestöhnt und gejammert haben, als Mehring ihnen dieses Kuckucksei ins Nest legte. Aber sie haben ihren alten Ruf bewährt, sie haben sich wieder einmal als glänzende Diplomaten erwiesen. Mehring hinauswerfen – das wollten sie nicht, denn einen Skandal, der vielleicht eine mehr oder minder große Zahl von Gesinnungsfreunden Mehrings veranlasst hätte mitzugehen, wollten sie unter allen Umständen vermeiden. Mehrings Kritik aber Folge leisten und die Partei nach seinem Wunsch umorientieren – das wollten sie noch viel weniger. Was also taten sie? Sie zogen sich ins Gebiet der Qualle zurück.

Jedem Schwerthieb, der, wenn er auf festen Widerstand traf, hätte durchschlagen müssen, setzten sie ein breiiges Gemisch von weichlichem Urschleim entgegen: da kann der Stahl noch so tief hineinfahren, er richtet keinen Schaden an. „Zur Abwehr“ veröffentlichten sie eine Erklärung, deren Sinn etwa dieser ist: in zwei Nachwahlen (Spandau und Zwickau) waren Spartakuskandidaten aufgestellt, ihre Werbekraft hat sich nicht als größer erwiesen, als die Breitscheids; Mehring ist selbst im Landtag, konnte also dort der „Politik des Zauderns und der Halbheiten“ eine Politik entschlossener Tatkraft entgegensetzen; man hat aber nicht gehört, dass er anderes oder mehr geleistet habe als die übrigen Unabhängigen; die Verwerfung der Kriegskredite entspringe den Grundsätzen der Unabhängigen Partei; die Spartakusmitglieder würden von ihr nicht als Lockspitzel verdächtigt, sondern vor Verfolgungen und Verdächtigungen in Schutz genommen; was Kautsky und Stein über die Bolschewiks geschrieben, sei ihre persönliche Ansicht. – So, damit ist die Sache für die Partei erledigt und alles bleibt, wie es war.

Umso interessanter bleibt für uns der erste Teil der Frage: was wird Mehring, was werden seine Freunde tun? Werden sie sich damit begnügen, auf die „Abwehr“ noch wieder eine „Entgegnung“ zu veröffentlichen und so den Wortkampf noch eine Weile fortzusetzen, bis neue Ereignisse den „Zwischenfall“ von der Tagesordnung verdrängen? Oder werden sie die Konsequenz aus ihren Worten ziehen und den Fehler, den sie jetzt selbst einsehen, wieder gutmachen?

Man missverstehe uns nicht. Fern liegt es uns, Mehring und seine Freunde in irgendeiner Weise zu drängen, dass sie aus der Haasepartei austreten sollen. Das ist ganz ihre eigene Sache. Die Sache des Linksradikalismus, die Sache der zukünftigen Kommunistischen Partei Deutschlands, zu der sich über kurz oder lang alle die zusammenschließen müssen, die den alten Idealen treu geblieben sind, hängt nicht von großen Namen ab. Im Gegenteil, das ist eben gerade das Neue, das werden muss, wenn wir jemals zum Sozialismus kommen sollen – dass die Masse der Namenlosen ihre Geschicke in die eigene Hand nimmt, dass jeder einzelne Genosse selbsttätig mitwirkt, ohne sich darum zu kümmern, ob „große Namen“ mit dabei sind. Und nur, weil der Vorfall wieder manchen der Namenlosen zum Nachdenken anzuregen geeignet ist, haben wir seiner so ausführlich Erwähnung getan.

Arbeitergedanken.

Von M. Harger.

(Schluss)

„Religion ist Privatsache“, hört man immer und immer wieder selbst von alten Gewerkschaftlern und Parteigrößen. Nein, und tausendmal nein, die Religion ist Sache der Allgemeinheit, ist eine Volkssache. Wenn das doch erst einmal alle Arbeiter einsehen möchten. Man mag hinsehen, wo man will, immer und immer wieder bemerkt man die verderblichen Einflüsse des unsinnigen Glaubens. Es ist zwar nur erklärlich, dass immer gerade die besten Köpfe in der Arbeiterschaft schließlich wieder zum Glauben zurückkehren. Diese sind es, die nach Wahrheit dürstend, danach trachten, die Rätsel des Lebens zu lösen und die dann endlich (manche sprechen es niemals aus) überzeugt sind, dass es ein Etwas geben muss, welches die Welten lenkt und das Leben hervorbringt. Die Abkehr vom Glauben aber, dem schlimmsten Feinde der Vernunft, ist für eine wahrhaft sozialistische Gesinnung Voraussetzung.

„Uns trennt eine Weltanschauung!“ Dieser Ausspruch war auf der letzten Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes ein Schlagwort geworden. Und in der Tat ist es eine Weltanschauung, die uns von der Rechten der Partei trennt. Wer, wie ich, Gelegenheit hat, täglich mit Mehrheitssozialisten zusammenzukommen, dem wird dieses bald zur schrecklichen Gewissheit werden. Fast möchte ich annehmen, dass uns Linksradike auch von den Unabhängigen eine Weltanschauung trennt. Denn, wer wie diese, den tieferen Sinn des Sozialismus erfasst hat und doch eine solche Zwitterpolitik treibt, dem muss unbedingt irgendeine Erkenntnis mangeln. –

Was ist dieses nun für eine Erkenntnis, und auf welchem Gebiete liegt sie? Vor kurzem wurde schon in der „Arbeiterpolitik“ darauf hingewiesen, dass der Arbeiter eigentlich an die Verwirklichung der Endziele des Sozialismus und der Sache der Demokratie gar nicht mehr glaubt. Und dem ist so, der Arbeiter fasst die neue Bewegung nur als seine Interessenvertretung auf, die ihm seine Lebenshaltung verbessern hilft, trotz der er aber, wenn er kein besonderes Glück hat, dasselbe bleibt, was er jetzt ist, trotz der es ewig verschiedene Klassen, Arme und Reiche, Ausbeuter und Ausgebeutete geben wird.

Diese Ansicht wird nun von den Gewerkschaftsvorständen und Beamten geschickt ausgenutzt. Sie wissen, dass der Arbeiter den sozialistischen Staat als eine Utopie ansieht, sie selbst haben diese Ansicht ja, und wissen nun ganz vorzüglich immerwährend ihre Verdienste um das Wohl der Arbeiter herauszustreichen. Die Machthaber drehen den Knebel um fünf Umdrehungen mehr an, dann gelingt es den Gewerkschaften durch Gesuche und Vorstellungen die Ersteren zu bewegen eine Umdrehung zu lockern und schon preisen die Gewerkschaftsbeamten ihre Tüchtigkeit und der Arbeiter nickt verständnisinnig mit dem Kopfe. –

Uns ist es ja selbstverständlich, dass die Arbeiterführer, anstatt ihre Kräfte für die jeweilige Behaglichkeit der Arbeiterschaft (die sie sich nebenbei auch ganz gewiss ohne diese und vielleicht noch besser erringen würden) zu verzetteln, sie lieber in den Dienst der Sache des Sozialismus stellen sollten. Aber, da liegt ja wieder der Hase im Pfeffer, auch sie sehen die Verwirklichung desselben als eine Utopie an, oder zum großen Teil sind sie keine Sozialisten, wie der Papst Alexander der Sechste kein Christ war, nur dass sie nicht, wie dieser, den Mut haben es einzugestehen. Es soll allerdings zugegeben werden, dass sie nicht alle so sind. Viele glauben tatsächlich durch ihr Verhalten die Bedingungen des Sozialismus zu erfüllen. Ich will sogar zur Ehre der Führer annehmen, dass die meisten so glauben. Die Arbeiter, die der Mehrheit angehören, glauben es bestimmt. Mit einem überlegenen Lächeln hören sie oft zu, wenn man ihnen erzählt, dass die Errungenschaften der Arbeiter auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete nur als Abschlagszahlungen anzusehen sind, dass erst die große Abrechnung uns voll befreien kann und soll.

Selbst die russische Umwälzung mit ihren für das Proletariat so wichtigen und günstigen Folgen kann ihnen die Augen nicht öffnen. Mit einem mitleidigen Lächeln schütteln sie den

Kopf, wenn sie von den Vorzügen der Volksregierung hören und meinen: Es wird ganz verkehrt gemacht.

Wie schon gesagt, ich meine den Grund für all' dieses in einer mangelnden oder falschen Erkenntnis gefunden zu haben. Diese Erkenntnis liegt, so sonderbar es vielleicht klingen mag, einzig und allein auf naturwissenschaftlichem Gebiete. Erst der Mensch, der soweit in die Naturwissenschaft eingedrungen ist, dass er die Entwicklungstheorie beherrscht, dem die Lehre vom chemischen Urprozess, vom Protoplasma bis zur Abstammung des Menschen, vom Werden und Vergehen der Welten erklärlich ist, weiß, (wie Friedr. Steudel sagt) dass es in dem ganzen Weltall für einen Gott keinen Platz gibt, der sich die Welt und alles Geschehen in derselben ohne einen Gott erklären kann (ich sage: erklären kann, nicht nur denken kann) erst der Mensch hat die Grundlagen für eine sozialistische Weltanschauung in sich. Und ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich behaupte, dem Menschen wird nie, solange seine Sinne klar sind, der Gedanke kommen, sich auf ein außerordentliches Wesen zu stützen.

Die ganze Naturwissenschaft zeigt dem Menschen, dass er vollständig schutzlos den Naturgewalten preisgegeben ist, dass er einzig und allein auf sich selbst, auf seine Kraft, seine Intelligenz sich verlassen kann. Erzieht uns also zum Selbstvertrauen, zu dem, was der Arbeiterschaft mangelt. Ist dem Proletariat erst einmal klar, dass es sich ganz und gar nur auf sich selbst verlassen kann, dass ihm weder von außerordentlichen und überirdischen Geistern Hilfe kommen kann, dass es sich selbst seine Waffe schmieden muss, nur sich selbst befreien kann, dann wird es nur noch aus linksradikalen Sozialisten bestehen. Nur die Naturwissenschaft allein zeigt dem Begreifenden, Verstehenden den Weg, wie er zu dieser Erkenntnis kommen kann. Und der Verstehende, der Intelligente kommt ja eigentlich nur in Frage, nur aus ihm wird ein wirklicher Sozialist, alle anderen sind Mitläufer und Interessenparteieler, welche es für ganz richtig und natürlich halten, dass ein Mensch mit seinem sozialen Stande auch seine politische Meinung ändert.

Allerdings, gegen das Wort Wissenschaft hat der Arbeiter oft eine Abneigung, und die von mir so geschätzte Redaktion der „Arbeiterpolitik“ konnte sich nicht verkneifen, kürzlich uns wissen zu lassen, dass sie nicht so enthusiastisch der sogenannten Wissenschaft gegenübersteht. Vielleicht war das anders gemeint, als ich es aufgefasst habe. Jedenfalls bin ich der Meinung, dass der Wissenschaft die größte Ehre gebührt, auch, oder erst recht von uns Proletariern. Denn sie erst hat ja den Arbeitern gezeigt, wissenschaftlich nachgewiesen, dass die „gottgewollte Abhängigkeit“ eine schamlose Lüge ist, dass alle Menschen gleich befähigt sind, an den Segnungen der Natur sowie der Kultur teilzunehmen usw.

Selbstverständlich stecken manche Wissenschaften noch in den Kinderschuhen und oft sagt uns unser natürliches Empfinden ganz etwas anderes, als die Wissenschaft uns lehrt. Aber sie wird einmal aus den Kinderschuhen herauswachsen und desto eher, je eher die breiten Schichten des Volkes sich ihrer annehmen. Auch ist es wohl wahr, was man oft sagt, dass die Wissenschaftler in ihrer Studentenzeit vielfach ihren Verstand versaufen und nachher selbstverständlich nicht gut in der Lage sein können, verschiedene Probleme gründlich zu lösen und zu erschöpfen, Menschen zu kurieren und Irrlehren zu widerlegen. Dieser Vorwurf trifft aber nur die jetzigen Träger der Wissenschaft, nicht die Wissenschaft als solche.

Wir Linksradikale sollen uns besonders hüten, die Wissenschaft zu schmähen, denn meines Erachtens ist doch der Linksradikalismus wissenschaftlicher Sozialismus. Wir schöpfen unsere Erkenntnis ja direkt aus dem Born der Wissenschaft. Um bei dem Linksradikalismus einen Moment zu verweilen, was ihn uns aufgeklärten Arbeitern so sympathisch macht, ist, dass er nicht einzig und allein Wert darauf legt, die große Masse zu gewinnen, sondern vielmehr versucht, den intelligenten, klassenbewussten Arbeitern reinen Marxismus zu lehren, dass er einen kleinen Kreis Überzeugter der schwerfälligen Masse vorzieht. Diesen

Kreis Überzeugter (der ja nicht klein sein muss) aber heranzubilden, oder vielmehr zu erziehen, ist Sache der Jugendbildung. Man sieht also, Religions- und Jugendfrage greifen unmittelbar ineinander.

Dieses Kapitel sollte sich mit der Religions- und Jugendfrage befassen. Es ist etwas anders geworden, als ich es mir dachte, aber das schadet weiter nichts. Es sollen die Gedanken der Arbeiter hier dargelegt werden und diese gehen nie so exakte Bahnen, sondern weichen, angeregt durch eine Frage, nach allen möglichen ab. Ich werde nun demnächst die Jugendfrage in erster Linie behandeln und versuchen zu zeigen, wie eine richtige Jugenderziehung im freigeistigen Sinne gewissermaßen Vorbedingung für die Befreiung der Geister vom Joche des Aberglaubens und somit für das Erfassen des wahren Sozialismus ist.

Vorher möchte ich aber noch einige Worte darüber verlieren, wie die Arbeiter den Linksradikalismus auffassen. Wer die „Arbeiterpolitik“ vom Anfang an gelesen hat, wer die Schriften der Vorkämpfer der Bewegung aufmerksam studierte, dem wird nicht entgangen sein, dass nicht allein das Anstreben besserer Verhältnisse das Ziel ist. Nicht zuletzt richtet sich die Bestrebung darauf, die Arbeiter den neuen kommenden Verhältnissen anzupassen. Also auch eine Umwälzung des inneren Menschen von Grund auf, ich möchte fast sagen, das Anstreben des Übermenschen im Nietzeschen Sinne, ist die Aufgabe, die sich der Linksradikalismus stellte.

„Schafft bessere Verhältnisse, dann kommen die besseren Menschen von selbst.“ Durch das Anstreben besserer Lebensbedingungen ist die Frage der Menschenveredelung zum Teil also schon gelöst. Aber doch lange nicht genug. – Man hört nicht selten, auch in dieser Zeitung wurde es kürzlich betont, dass dem Arbeiter, der schon ein höheres Einkommen hat, also eine höhere soziale Stufe erklommen hat, meist das proletarische Empfinden abhandengekommen ist. Diese Ansicht ist meines Erachtens irrig. Das Gegenteil ist der Fall. Der Arbeiter, der es sich infolge seiner höheren Verdienste ermöglichen kann, sich mehr freie Zeit zu nehmen, sich mehr Bücher anschaffen, mehr lesen kann, der schon imstande ist, mehr an den „Genüssen der Kultur und Natur“ teilzunehmen, der Arbeiter sieht meistens erst richtig, wie er betrogen ist, der nimmt sich Muße, um über Politik und dergleichen sich zu orientieren und wird bald den richtigen Weg erkennen. In einer folgenden Arbeit wird auch auf diese Frage noch näher eingegangen werden.

Eine Programmrede von Lenin.

(Fortsetzung.)

Zu diesem Zwecke sind Spezialisten, die über technische Kenntnisse und Erfahrungen verfügen, notwendig. Der Sozialismus verlangt eine zielbewusste Intensifizierung der Produktion auf der vom Kapitalismus geschaffenen Basis, eine Weiterentwicklung über sie hinaus. Der Sozialismus muss das mit eigenen Mitteln tun oder konkret gesprochen, er muss die Weiterentwicklung mit den Sowjetmethoden verwirklichen. Wäre es dem russischen Proletariat nach der Eroberung der Macht gelungen, auch die Organisation zu regeln und die Kontrolle der Produktion auf nationaler Basis einzuführen, so hätte es sich auch die Spezialisten unterworfen. Da das aber infolge des Krieges und der Rückständigkeit Russlands nicht möglich war, sind wir darauf angewiesen, die tüchtigsten bürgerlichen Spezialisten für hohen Lohn zur Arbeit heranzuziehen.

Genosse Lenin geht ausführlich darauf ein, dass die hohe Entlohnung der Spezialisten einen Kompromiss darstellt gegenüber den Prinzipien einer jeden proletarischen Macht, die die Gleichstellung aller Löhne auf dem Niveau des Lohnes eines Durchschnittsarbeiters verlangen und den Kampf gegen jedes Karrierestrebentum. Auch verhehlt Lenin nicht, dass die hohe

Entlohnung demoralisierend wirken könnte auf alle diejenigen, die sich um die jetzigen Machthaber scharen und Geschäfte machen wollen.

Es gibt aber auch keinen Heerführer, der keinen Fehler begangen habe, der zu keinem Schritt zurück gezwungen sei. Der Feldzug gegen den Kapitalismus ist aber unvergleichlich schwerer und komplizierter als jede militärische Operation. Die klassenbewussten Arbeiter und Bauern werden aber die Notwendigkeit dieser Maßnahmen einsehen und die Ausgabe von 25, 50 oder 100 Millionen jährlich für die Heranziehung von Spezialisten aus Russland und dem Auslande für notwendig betrachten, da sie aus der Erfahrung wissen, dass der Rückstand in technischer und organisatorischer Beziehung uns Milliarden Schaden zufügt. Je eher den Arbeitern und Bauern die notwendige Arbeitsdisziplin gelingen wird, umso eher werden sie sich von der Notwendigkeit, den Spezialisten eine hohe Entlohnung zu gewähren, befreien. Die Wahrheit muss aber unverhehlt gesagt werden, um die Arbeiterschaft zu erziehen, um nicht die Vertuschungspolitik der Bürgerlichen zu treiben.

Nach der Betonung der Notwendigkeit, die Maßnahmen zu verwirklichen, die bereits dekretiert wurden, bei deren Ausführung man aber auf den größten Widerstand stößt -, Getreidemonopol, Nationalisation des Bankwesens, Einführung einer planmäßigen Vermögens- und Einkommensteuer, Zivildienstpflicht, strengstes Vorgehen gegen die Bestechung und die Betrüger - nach der Betonung, dass die Möglichkeit eines sozialistischen Aufbaues Russlands davon abhängt, ob es gelingen wird, durch Ausbezahlung eines gewissen Tributs ans Ausland während der Übergangsperiode die innere ökonomische Selbständigkeit der russischen Republik zu sichern, geht Lenin auf die politische, erzieherische Bedeutung der Arbeiterdisziplin und Kontrolle ein.

Der Staat, der Jahrhunderte hindurch ein Instrument der Unterdrückung und Plünderung des Volkes gewesen ist, hat in den Volksmassen das größte Misstrauen und die Feindseligkeit gegen alles Staatliche entwickelt, dagegen gilt es einen schweren Kampf zu führen. Gerade in der Stellung zur Regelung und Kontrolle der Produktion und Verwaltung macht sich das oben erwähnte Erbe ganz besonders fühlbar. Es wird wohl einer langen Zeit bedürfen, bis die Massen, die sich nach dem Sturz der Großgrundbesitzer und der Bourgeoisie zum ersten Mal befreit fühlen, aus eigener Erfahrung einsehen werden, dass ohne die Regelung und Kontrolle der Produktion die Macht des Proletariats nicht beibehalten werden kann und die Wiederherstellung des kapitalistischen Joches unvermeidlich ist. Alle die bürgerlichen und besonders kleinbürgerlichen Traditionen richten sich gegen die Staatskontrolle, gegen Eingriffe in das heilige Privateigentum.

Gerade jetzt kommt besonders klar zum Vorschein, wie sehr Marx Recht hatte, als er behauptete, dass der Anarchismus und Anarchosozialismus kleinbürgerliche Strömungen darstellen, die in unüberbrückbarem Gegensatz zum Sozialismus, zur proletarischen Diktatur, zum Kommunismus stehen. Der Kampf des sozialistischen Bewusstseins gegen die bürgerlich-anarchistischen Strömungen, gegen die verdammte Art und Weise, die Ergatterung von Brot und Kleidung für eine persönliche Angelegenheit zu betrachten, dieser Kampf des sozialistischen Bewusstseins gegen die Überbleibsel der verhängnisvollen Vergangenheit, ist ein Kampf von der allergrößten kulturhistorischen Bedeutung.

Der sozialistische Staat kann nur durch ein Netz von Produktions- und Konsumtions-Kommunen entstehen, die gewissenhaft die Produktion und den Verbrauch regeln und kontrollieren, die die menschliche Arbeit sparen, um allmählich zum 6 und 5-stündigen Arbeitstag zu gelangen. Die Intensifizierung der Produktion verlangt die Sicherung der für die Entwicklung der Großindustrie notwendigen Basis. Auch nach dem Brester Frieden verfügt Russland über riesenhafte Vorräte an Erz (Ural), Kohle (Westsibirien), Petroleum (Kaukasus), im Zentrum an Torf. Die Bearbeitung aller dieser Naturschätze unter Anwendung

der neuesten Ergebnisse der Technik wird einen ganz außergewöhnlichen Fortschritt der Produktionsmittel darstellen.

Eine zweite Bedingung der Erhöhung der Produktion besteht in der Erhöhung des Kulturniveaus der Massen, die mit riesenhaften Schritten vor sich geht. Nur wer mit Blindheit geschlagen ist, dem kann entgehen, wieviel Wissensbedürfnis und Initiative unter den Massen jetzt zum Vorschein kommt. Nicht minder wichtig ist aber die Erziehung zur Arbeit, zur Disziplin. In dieser Beziehung soll es in Russland nach der Aussage derjenigen, die sich von der Bourgeoisie haben einschüchtern lassen, oder sich in ihren Dienst gestellt haben, ganz trostlos sein. Diese Leute verstehen nicht, dass es keine Revolution geben kann, ohne dass die Anhänger des alten Regimes vom Zusammenbruch, von Anarchie heulen. Es ist selbstverständlich, dass in den Massen, die sich unlängst von einem unerhörten Druck befreit haben, eine Gärung vor sich geht, dass der Ausbau einer neuen Arbeitsdisziplin auf neuer Grundlage viel Zeit erfordert und dass dieser Ausbau vor dem völligen Sieg über die Großgrundbesitzer und die Bourgeoisie gar nicht beginnen konnte.

Ohne aber dieser künstlichen Verzweiflung zu verfallen, welche von den Bürgerlichen und ihren Helfershelfern verbreitet wird, die an der Möglichkeit, ihre Vorrechte beizubehalten, verzweifeln, muss das Übel keinesfalls verhehlt werden, im Gegenteil, es soll darauf hingewiesen werden und dagegen gekämpft werden, denn der Sieg des Sozialismus ist undenkbar ohne den Sieg über die anarchistisch-bürgerlichen Strömungen, die eine Gewähr für einen eventuellen konterrevolutionären Sieg der Korniloff oder Kaledin darstellt.

Die klassenbewussten proletarischen Elemente des russischen Proletariats haben sich bereits die Aufgabe gestellt, die Produktivität der Arbeit zu erhöhen. So hat sich bereits das Zentralkomitee der Metallarbeiter und der Gewerkschaften an die Ausarbeitung entsprechender Maßregeln und Dekrete gemacht. Mit allen Kräften sollen diese Versuche weiterentwickelt werden, die Errungenschaften der Wissenschaft sollen dazu verwertet werden.

Der Russe ist ein schlechter Arbeiter im Vergleich mit den Leistungen der Arbeiter der fortgeschrittenen Länder, was auch nicht anders sein konnte, dank des zaristischen Regimes und der Zähigkeit der Überbleibsel des Leibeigenschaftsrechts. Die wissenschaftlichen Errungenschaften des Kapitalismus sollen in den Dienst der sozialistischen Produktion gestellt werden, die proletarische Diktatur soll nicht durch die praktische Unfähigkeit, sie auszunützen, beeinträchtigt werden.

Zu dem Blödsinn, den die Bourgeoisie über den Sozialismus verbreitet, gehört auch die Behauptung, er verkenne die Bedeutung des Wettbewerbes. Das Gegenteil ist wahr, denn nur der Sozialismus macht durch die Abschaffung der Klassen den Wettbewerb in großem Maßstabe möglich. Auch muss die Organisation der Sowjets von der formellen Demokratie zur tatsächlichen übergehen, zur tatsächlichen Anteilnahme der Massen an der Verwaltung, zum ersten Mal den Wettbewerb auf breite Basis stellen. Es ist jedoch leichter, es auf politischem als auf ökonomischem Gebiete zu vollstrecken, obwohl das ökonomische Gebiet viel wichtiger wäre. So hat auf dem Gebiete der Presse die Sowjetmacht bereits die neue Methode eingeführt, im Gegensatz zu der bürgerlichen Presse, welche die Massen mit Sensationsmärchen abzuspeisen sucht, alles aber, was in Werkstätten und Fabriken vorgeht, vor den Arbeitern verheimlicht, hat sie das Handelsgeheimnis, das das heilige Eigentum verteidigt, abgeschafft, aber es ist ihr noch nicht gelungen die Presse auf ökonomischem Gebiete auszunützen.

Es ist unumgänglich notwendig, systematisch gegen die Verleumdungs- und Verdummungsmethoden der bürgerlichen Presse zu kämpfen, zur gleichen Zeit muss aber die ökonomische Aufklärung der Arbeiter über die alltäglichen Vorgänge des ökonomischen

Lebens organisiert werden. Jede Fabrik, jedes Dorf ist eine Produktions- und Konsumtionsgemeinschaft, die die allgemeinen Gesetzesbestimmungen der Sowjets anzuwenden hat. Unter dem Kapitalismus waren die Fragen der Produktion und des Verbrauchs persönliche Angelegenheiten des Großgrundbesitzers, des Ausbeuters - jetzt unter der Sowjetmacht, wird die Frage zu einer Staatsangelegenheit, und zwar zu einer der wichtigsten.

Eine weitere schwere, aber dankbare Arbeit besteht in dem Wettbewerb unter den einzelnen Gemeinden, er soll eingeführt werden in der Produktion von Getreide, von Kleidern, ebenso sollen alle Geschäftsberichte veröffentlicht werden, die leblosen bürokratischen Zahlen sollen zu lebendigen Tatsachen werden. Die erzieherische Wirkung des Beispiels, die unter der Herrschaft des Kapitalismus kleinbürgerlich-utopisch war, kann erst unter dem Regime der Sowjets in großem Maßstabe entfaltet werden.

Die vorbildlichen Kommunen werden als Erzieher und Lehrer wirken. Die Presse soll zum Mittel der sozialistischen Organisation dienen, unter dem Kapitalismus wurde die Statistik nur zu offiziellen bürokratischen Zwecken verwendet.

(Schluss folgt.)

Feuilleton

Volksfest.

Von Alexander L. Kielland.

Es war der reine Zufall, dass Monsieur und Madame Tousseau in den ersten Tagen des September nach St. Germain-en-Lave kamen.

Vor vier Wochen hatten sie ihre Hochzeit in Lyon gefeiert, wo sie zu Hause waren; wo sie sich aber später aufgehalten hatten, war ihnen ziemlich unklar. Die Zeit war pfeilschnell dahingeflogen, ein paar Tage waren ihnen ganz verschwunden, und wiederum erinnerten sie sich sehr deutlich eines kleinen Gartenlusthauses in Fontainebleau, wo sie während einer kurzen Abendstunde gegessen; so deutlich, dass es fast war, als hätten sie ihr ganzes Leben dort zugebracht.

Paris war das eigentliche Ziel ihrer Hochzeitsreise, und dort wohnten sie auch sehr gemütlich in einem eleganten Hotel Garni; aber Ruhe hatten sie dort auch nicht, außerdem war es sehr heiß; deshalb flatterten sie in den nahegelegenen Ortschaften umher und so kamen sie auch eines Sonntagsmittags nach St. Germain.

„Monsieur und Madame kommen vermutlich, um dem Feste beizuwohnen?“ fragte die kleine bewegliche Wirtin vom Hotel Henry Quatre, während sie hinter den Fremden die Treppe hinauf ging.

Dem Feste? Sie wussten nicht das geringste von einem anderen Feste, als von ihrem eigenen Hochzeitsfeste; aber davon sprachen sie zu niemanden.

Nun erfuhren sie denn in aller Eile, dass der glückliche Zufall sie mitten in das große berühmte Volksfest geführt habe, welches jedes Jahr am ersten Sonntage im September in dem Walde von St. Germain abgehalten wird.

Das junge Paar amüsierte sich königlich über dies Glück. Es war wirklich, als folge es ihnen auf den Fersen, oder vielmehr, als liefe es ihnen vorauf und bereite Überraschungen vor. Nach einem prächtigen Diner, das sie zu zweien hinter einem der beschnittenen Taxusbäume in dem

seltsam wunderlichen Garten eingenommen hatten, stiegen sie in den Wagen und fuhren dem Walde zu.

Neben dem kleinen Springbrunnen mitten auf dem Grasplatze des Hotelgartens saß ein zerzauster Kondor, welchen der Wirt zur Belustigung seiner Gäste angeschafft hatte. Ein tüchtiger Strick band ihn an das kleine Gestell. Wenn aber die Sonne so recht warm auf letzteres schien, dann dachte der Vogel an die Felsengipfel in Peru, an seinen mächtigen Flügelschlag über die tiefen Täler dort, – und dann vergaß er den Strick.

Er tat zwei gewaltige Schläge, dann schnitt das Tau in den Fuß, und er fiel in das Gras. Stundenlang konnte er so daliegen, dann schüttelte er sich und kletterte wieder auf sein kleines Gestell.

Als er den Kopf jenen beiden glücklichen Menschen zuwandte, musste Madame Tousseu laut über seine melancholische Miene lachen.

Die Nachmittagssonne stahl sich durch die dicken Baumkronen der endlosen schnurgeraden Allee, welche an der Terrasse entlangläuft. Der Schleier der jungen Frau löste sich auf der schnellen Fahrt und wickelte sich fest um Monsieurs Kopf. Es brauchte geraume Zeit, um ihn wieder in Ordnung zu bringen, und der Hut musste unzählige Male zurechtgerückt werden. Dann musste man die Zigarre wieder anzünden, und das war auch eine tüchtige Arbeit. Denn der Fächer der Dame machte jedes Mal, wenn die Flamme des Zündholzes aufloderte, eine eigentümliche Bewegung; – das musste bestraft werden – und das nahm dann auch wieder Zeit in Anspruch.

Die feine englische Familie, welche sich für den ganzen Sommer in St. Germain einquartiert hatte, wurde durch den lustig vorüberfahrenden Wagen in ihrem reglementmäßigen Spaziergang gestört. Sie schlugen die korrekten grauen und blauen Augen auf; es lag weder Ärger noch Geringschätzung in diesem Blick, – nur ein kleiner matter Schatten von Verwunderung.

Aber der Kondor starrte dem Wagen nach, bis er nur noch einen kleinen, schwarzen Punkt am äußersten Ende der schnurgeraden, endlosen Allee bildete.

La joyeuse fete des Loges ist ein richtiges Volksfest mit Honigkuchen, Feuerfressern und glühend-heißen Waffeln. Um die uralte Eiche, welche mitten auf dem Festplatze steht, werden beim Eintritt der Dämmerung bunte Laternen und Papierlampions gehängt, und in den höchsten Zweigen kriechen Knaben mit bengalischem Feuer und Pulverflammen umher.

(Fortsetzung folgt.)

Der neue Heiland.

Was singen im Walde die Vögel
So klagevoll;
Wie klingen vom Städtchen die Glocken
So dumpf, so hohl?
Es mischt sich in Blütendüften
Tannenweihrauch,
Als wehe von Gräbern und Grüften
Des Todes Hauch.

Mir ist's als läge die Erde
Im tiefen Weh',

Als schmolten Flur und Haine,
Gebirg' und See. -

Als wollten nicht länger die Glocken
Dem Wahnsinn klingen;
Als könnt' es die Vögel nicht locken
Der Dammheit zu singen.

Es heulen schaurig dir Stürme,
Wild tobt das Meer! -
Und angstvoll winselt das Menschlein:
Wo ist der Herr?
Wo ist der Heiland, der Retter,
Dem Sturm und Wind,
Dem Wasser und dem Wetter
Gehorsam sind?

Ich möchte den Helfer preisen,
Den ich ersann,
Der, wie einst Christus, den Wogen
Gebieten kann.
Menschheit! Gut wirst du fahren,
Wenn du vertraust
Dem Heiland, dem einzig wahren:
- Nur deiner Faust. -

Marfried Harger

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker);
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 31/1918

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

3. Jahrg.

Bremen, den 3. August 1918.

Nr. 31

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Der volkswirtschaftliche Arbeitsplan der russischen Republik.

Von I. Larin.

Vor einigen Monaten, Anfang November, habe ich in einer Reihe von Thesen einen Arbeitsplan für diejenigen volkswirtschaftlichen Maßnahmen zur Darstellung gebracht, welchen ich für die allernächste Zeit als durch aus notwendig erachte. Vieles davon ist bereits verwirklicht, angefangen mit der Annullierung der Anleihen und der Gründung von staatlichen „Hauptausschüssen“ in verschiedenen Industriezweigen bis zum nunmehr beginnenden Natural-Warenaustausche und der faktischen Vereinheitlichung eines jeden einzelnen Bezirks zu einer (Getreide) liefernden und (Erzeugnisse) abnehmenden Einheit.

Vieles geschah viel zu langsam, ohne System, ohne richtigen Abschluss, aber es konnte auch gar nicht anders sein, sowohl in Hinsicht auf die herrschenden allgemeinen Umstände als auch infolge der geschichtlich bedingten ungenügenden Vorbereitung der Zentralgewalt selbst.

Innerhalb der leitenden Kreise selbst musste man beständig ankämpfen: einmal gegen die Tendenz, den sich entwickelnden elementaren Vorgängen einen vollkommen freien Lauf zu gewähren (die unsystematische „Nationalisierung von unten“ usw.); andererseits gegen das Fehlen eines allgemeinen bestimmten volkswirtschaftlichen Arbeitsplanes (und namentlich dagegen, dass dieser Mangel zu einer Tugend erhoben wurde, wie z.B. in Steuer- und ähnlichen Angelegenheiten); und schließlich gegen den zickzackartigen Kurs überhaupt. Die ungenügende Erkenntnis der Notwendigkeit eines folgerichtigen Systems (im Zusammenhange mit den äußeren Bedingungen) führt ebenso leicht zum Hinabgleiten in einen den Umständen nicht entsprechenden Opportunismus als auch zu einem leichtwägenden Scheinradikalismus, welcher zerstört, ohne zu schaffen und die industrielle Arbeit lähmt, anstatt sie zu vergesellschaften.

Ich wiederhole: es ist nicht die Schuld, sondern das Unglück des Proletariats und der von ihm eingesetzten Gewalt, wenn in der ersten Periode nach großen Umwälzungen in Arbeiterkreisen und inmitten der Auserwählten dieser Klasse unvermeidlich Planlosigkeit, Systemlosigkeit, Organisationsmangel herrschten.

Denn früher gab es ja keine Erfahrung in der Verwaltung des komplizierten, auf maschineller Arbeit beruhenden volkswirtschaftlichen Lebens; nur die Erfahrung konnte dazu führen und führte auch schließlich dazu, dass die leitenden Kreise sich der Notwendigkeit einer strengen Planmäßigkeit bewusst wurden und einsahen, dass ein ganzes System von Maßnahmen durchgeführt werden muss. Von jetzt ab wird es viel leichter sein in Russland zu arbeiten und zu schaffen, und die Arbeit selbst wird ersprießlicher sein, soweit die Hindernisse in der ungenügenden Vorbereitung des Proletariats und der von ihm eingesetzten Gewalt wurzeln. Der Prozess der Erfassung und der Anpassung an die großen Aufgaben geht mit staunenswerter Schnelligkeit vor sich, – innerhalb eines nicht vollen halben Jahres haben die leitenden Kreise des Proletariats und ihre Exekutivorgane eine Reihe von methodischen Eroberungen gemacht, welche vielversprechend sind und Zeugnis von der wirklichen Fähigkeit ablegen, schöpferisch vom Leben zu lernen und die Macht in den Händen zu behalten. In diesem Sinne hat die Elite des Proletariats und haben seine Führer die geschichtliche Prüfung bestanden.

Die Geburt des geklärten Bewusstseins war freilich keine ganz leichte – die Geschichte ist keine allzu geschickte und zartfühlende Hebamme.

Aus eigener Erfahrung erinnere ich mich, wie ungewöhnlich mein Wirken noch vor einigen Monaten vielen erschien, als ich entschieden dagegen Stellung nahm, dass die Verwaltung von Unternehmungen in die Hände der Arbeiter und der Angestellten dieser Unternehmungen selbst gelegt wurde (die Wolga – den Wolgaleuten, das Uralgebiet – den Uralbewohnern usw.), und an Stelle dessen die Notwendigkeit betonte, eine staatliche Verwaltung zu schaffen, in welcher die allrussische Arbeitsvertretung die Mehrheit bilden müsste; als ich in dem Prospekt einer Instruktion für die Kontrollmaßnahmen und bei praktischen Verhandlungen mit den Betrieben die Frage über die Selbstdisziplin der Arbeit und über die Garantie der Möglichkeit einer fachmännischen, technischen Leitung der Betriebe aufwarf (Aufhebung der Verfügungen der leitenden technischen Administration nur von oben, Ernennung von Spezialisten und nicht eine aus Stimmenmehrheit hervorgegangene technische Verwaltung); als ich mich gegen den Strom zufälliger Konfiskationen und die in bloßen Verordnungen bestehende Nationalisierung ohne vorhergehende genügende Vorbereitung wandte und stattdessen (ich muss es reuevoll eingestehen, meist eigenmächtig) für die Einsetzung von Hauptausschüssen und Zentralen in verschiedenen Zweigen der Volkswirtschaft eintrat, was übrigens jetzt schon Früchte zeitigt; als ich entgegengesetzt dem System des allgemeinen Auseinanderjagens die kriegswirtschaftlichen Komitees rettete, in denen ich die Grundlage zu einer organischen Heranziehung aller technischen und speziellen Hilfskräfte sah, als ich die Notwendigkeit unterstrich, die Interessen des Proletariats gegen die Bauernschaft zu verteidigen (Besteuerung der wohlhabenden Dörfer, Verhinderung der gewaltsamen Aneignung von Wald- und Torfstätten, eine zwangsmäßige Heranziehung der Gelder durch Stempelgebühren usw.), und dabei den praktischen Beginn einer Organisation unseres Außenhandels durch spezielle Vereinbarungen mit Amerika und anderen Staaten ins Auge fasste usw.

Alle diese Erwägungen sind jetzt schon selbstverständliche Wahrheiten geworden; jetzt besteht sogar die Gefahr, dass unter dem Eindrucke und Einfluss der Gesamtwirkung der unvollkommenen Methoden und auch in Folge anderer Ursachen die Tendenz auftritt, nicht nur diese unvollkommenen Methoden bei Lösung sich ergebender Aufgaben zu verändern, sondern sich auch von den Aufgaben selbst teilweise abzuwenden. Ich möchte hier wiederum, wie im November kurz die Richtschnur derjenigen volkswirtschaftlichen Politik auseinandersetzen, die ich seit Brest beständig als den volkswirtschaftlichen Arbeitsplan für die allernächste Zukunft verteidige.

1. Die Nationalisierung der Banken muss zu einem Abschlusse gelangen durch Verschmelzung aller laufenden Rechnungen jedes einzelnen Unternehmens in den verschiedenen Banken. Unzulässig ist die Gründung ausländischer, z.B. schwedischer und auch anderer Banken in Russland.

2. Eine Beteiligung ausländischen Kapitals an der industriellen Entwicklung des Landes ist in Form von im Auslande gemachten Anleihen zulässig, um dort Maschinen zu bestellen und verschiedene Hilfsmittel und Materialien von dort zu beschaffen, welche für die Organisation der eigenen Produktion in Russland notwendig sind. Unzulässig ist es, den ausländischen Kapitalgebern ein Recht einzuräumen, über die Zukunft der russischen Volkswirtschaft mitzubestimmen, sei es in Form von Aktienbesitz oder Konzessionen. Als Garantie für die Bezahlung fälliger Zinsen kann die teilweise Heranziehung fachmännisch geschulter Spezialisten aus Europa oder Amerika zur Mitarbeiterschaft dienen, welche die Produktion auf die gewünschte Höhe bringen; im Notfalle käme sogar die Verpfändung irgendeines Teiles von Kamtschatka in Frage.

3. Die Nationalisierung der russischen Industrie muss mit sicherer Hand weitergeführt werden und muss organisch und planmäßig von Zweig zu Zweig fortschreiten. Die Projekte gemischter staatlich-kapitalistischer Trusts müssen abgelehnt werden. Die technischen und organisatorischen Hilfskräfte müssen sich dem Rahmen der staatlichen Organisationen der Industrie auf Grund ihrer Nationalisierung einfügen.

4. Die Abrechnungen zwischen den industriellen Unternehmungen selbst einerseits und zwischen den letzteren und den staatlichen Institutionen andererseits für Lieferungen von Rohmaterialien, Brennstoffen und Wert zeugen sollen nicht durch Barzahlungen erfolgen, sondern lediglich durch Abschreibungen und Belastungen der Bankkonten. Um einen Fonds zu schaffen, von welchem Abschreibungen vorgenommen werden können, sollen den Unternehmungen im Rahmen des Staatsbudgets Kontos eröffnet werden, dagegen werden die Einnahmen zugunsten des Staates verrechnet.

5. Der private Handelsbetrieb soll abgebaut und durch kooperative Verwaltungen ersetzt werden, welche in jeden der einzelnen Produktionszweige in geschäftlichen Beziehungen zum „Hauptkomitee“ stehen (Haupt- oder Zentralstelle für Zucker, Tee, Seife, Gold, Papier, Holz, Torf, Leder, Textilwaren, Gummi usw.).

Der Arbeitslohn, welcher den Arbeitern für den persönlichen Verbrauch seitens der kooperativen Verwaltungen in bar ausbezahlt wird, strömt wiederum der Staatsbank zu einem weiteren Kreislaufe zu.

6. Um den Warenaustausch zu beschleunigen und nicht zuzulassen, dass die Arbeit in einzelnen Betrieben und Fabriken ruht, während das Land ihrer Erzeugnisse bedarf, und dass in anderen Betrieben und Fabriken nur für die Lagerauffüllung gearbeitet wird, ist es notwendig, ein System von Staatsankäufen und Staatsaufträgen einzuführen („Zentralstelle für Aufträge“ oder „Zentralversorgungsstelle“). Diesem System zufolge werden einerseits alle bei den Betrieben vorhandenen und andererseits alle von den Betrieben und Verteilungsämtern zu benötigenden Halbprodukte und Erzeugnisse telegraphisch berechnet und sodann alle durch staatliche Verfügung gekauften oder in Auftrag gegebenen Gegenstände an diejenigen Unternehmungen und Anstalten verkauft, welche mit diesen Gegenständen besorgt werden müssen; dies vollzieht sich gemäß der telegraphischen Aufstellung. (Eine große Rolle haben hier die Zentralstellen der einzelnen Industriezweige zu spielen, wie z.B. die Zentralstellen für Papier, Holz usw., aber teilweise kommt hier auch der Apparat der volksgewerblichen Komitees sowie die früheren Betriebsausschüsse usw. in Betracht.)

7. Die Organisation der Einfuhr aus dem Auslande muss auf der Berechnung der absolut notwendigen Quantität von ausländischen Erzeugnissen und Materialien für jeden einzelnen Industriezweig basieren; daher müssen in der zentralen staatlichen Monopol-Einkaufsstelle Vertreter aller einzelnen Zentralstellen für Leder, Metalle, Papier, Textilwaren usw., und ebenso auch Vertreter der zentralen, „Austragsstelle“ (Zentral-Versorgungsstelle) vorhanden sein. Letztere hat speziell zu prüfen, ob nicht die Möglichkeit vorliegt, die notwendigen Produkte in Russland selbst zu beschaffen oder zu erzeugen. In ähnlicher Weise soll auch die Ausfuhr organisiert werden.

8. Der Kampf gegen die Krise einer ungenügenden Produktion soll seinen Ausdruck nicht nur in der Verbesserung der Transporte und der Entwicklung der Selbstdisziplin der Arbeiter usw. finden, sondern auch in der strengen Beschränkung unproduktiver Ausgaben, insbesondere mittels Herabsetzung des stehenden Heeres auf nicht mehr als 300 000 Mann (was nur 3 Milliarden jährliche Kosten, anstatt der vorausgesehenen 18 Milliarden, verursachen würde).

9. Es soll eine strenge Steuerpolitik gehandhabt werden in Form einer hohen Besteuerung des Vermögens und des Einkommens; eine solche Politik ist schon mit Erfolg angewandt worden, namentlich bei den Großbauern in denjenigen Gouvernements, wo man mit Entschlossenheit und planmäßig an die Sache herangetreten ist (im Gouvernement Simbirsk usw.).

Eine Abstempelung oder der Umtausch auf neue Geldmuster sollen ein Mittel an die Hand geben, um die von der Bauernschaft versteckten ca. 15 Milliarden herauszulocken und sie der Besteuerung zuzuführen (Kriegsgewinn). Von dem System der ungleichen, willkürlichen indirekten Steuern (Akzise) muss Abstand genommen werden, zugleich aber soll ein einheitlicher prozentualer Zuschlag zum Selbstkostenpreis von allen Erzeugnissen des nationalisierten Gewerbes zugunsten des Staates eingeführt werden.

10. Es soll eine Neuverteilung der Arbeitskräfte im Lande auf Grund einer demokratischen Selbstverwaltung der Arbeiter selbst vorgenommen werden, wobei man von der Einführung einer Arbeitspflicht für die Arbeiter absehen muss, denn sie würde zurzeit nur zu einer Unterjochung des Proletariats durch die Bauernschaft führen und überhaupt keinen Zweck bei der jetzt herrschenden allgemeinen Arbeitslosigkeit haben. Eine Arbeitspflicht käme nur für Personen in Betracht, welche keine materielle Not zur Arbeit zwingt und welche den früher herrschenden Klassen angehören. Für die Arbeiter muss zwecks Hebung der Arbeitsintensität und der Gewissenhaftigkeit genügend gesorgt werden (Aufbesserung der Ernährungsverhältnisse, prompte Ausbezahlung des Verdienstes, Entlassung auf Grund von Beschlüssen kameradschaftlicher Arbeitergerichtsinstitutionen für mutwilliges Versäumen, Faulheit usw.).

11. Die Ausmerzung der Unordnung aus dem ökonomischen Leben soll durch Schaffung von einheitlichen Zentralstellen für jedes einzelne Gebiet geschehen, wobei eine eigenmächtige wirtschaftliche Politik seitens der einzelnen Ressorts vollkommen beseitigt werden muss (ein Beispiel geben die Mitteilungen über die Erteilung von großen Konzessionen seitens des Kommissariats der Verkehrswege, oder die selbständige Finanzierung von industriellen Unternehmungen durch die Militärverwaltung und dergl.). Im speziellen ist die Ausführung von staatlichen Arbeiten zwecks Hebung der produktiven Kräfte des Landes gemäß einem einheitlichen Arbeitsplane notwendig (ein großangelegter Schiffbau in Petrograd, die Elektrisierung des Petrograder und Moskauer Industriezentrums und Eisenbahnnetzes, in allererster Reihe die Melioration von Millionen von Desjatinen in Großrussland, die Ausführung des Wolga-Don-Kanals, die Erschließung des Urals, die endgültige Herstellung der westsibirischen und anderer im Bau befindlichen wichtigsten Eisenbahnlinien, die Entwicklung des Kusnezsteinkohlenbeckens, Bewässerungsanlagen in Turkestan zwecks

Sicherstellung der russischen Textilindustrie) – alles in allem für das erste Jahr mehr als einundeinhalb Milliarden.

12. Allmählig soll eine staatliche Bewirtschaftung des Ackerbaues um sich greifen, in allererster Reihe durch Organisation von staatlich ausgeführten Aussaaten auf den unbestellt gebliebenen Feldern der konfiszierten Güter, ebenso Nationalisierung der Zuckerplantagen usw.

Das Wohnungselend.

Von Fritz Frenken

Eine der trübsten Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist das Wohnungselend der breiten proletarischen Bevölkerungsschichten. Der Klassengegensatz zwischen arm und reich, mächtig und abhängig tritt kaum in einem andern Punkt so krass in den Vordergrund wie in der Wohnungsfrage. Während die zahlenmäßig am schwächsten vertretene Klasse der Millionenkönige und großkapitalistischen Profitjäger prächtige Paläste bewohnt, die Zwischenklasse des besseren Bürgertums in Gestalt unserer Hausagrarien, höherer Beamten, selbständigen Handelsleute noch wirklich menschlich ein Masse Wohnungen beziehen können, ist die breite Masse des Proletariats dazu verdammt, in geradezu menschenunwürdiger Weise in elenden Löchern, die man noch Wohnungen nennt, zu hausen. Nur eine dünne Oberschicht der Arbeiterschaft, die man mit dem Namen „Arbeiteraristokratie“ belegt hat, kann sich eine gesunde, hygienisch einwandfreie Drei- bis Vierzimmerwohnung leisten, worin sich ein moderner Kulturmensch mit seiner Familie wohlfühlen kann. Zur Bestreitung der Unkosten einer solchen Wohnung gehört aber ein Einkommen, welches nur ein ganz geringer Prozentsatz der Arbeiterschaft aufweisen kann.

Viele Millionen Arbeitssklaven besitzen nur Stube und Küche, ein Teil zwei Stuben und Küche, ungezählte Tausende hausen in dumpfen Kellerlöchern oder engen Mansardenwohnungen. Letzteres ist besonderes beim großstädtischen Proletariat der Fall. Die wilde Spekulation beim An- und Verkauf von Grundstücken, bei Bauausführungen und Innenausstattung der Bauten hat ganz wesentlich zur Verteuerung des Grund und Bodens, besonders in den Großstädten beigetragen. Mit der wilden Grundstücksspekulation ging Hand in Hand die Verteuerung der Wohnungen, die in allen Großstädten in den letzten Jahren eine rapide Steigerung erfahren hat. Diese Tatsachen haben alle diejenigen, die durch schlechte Entlohnung und zeitweise Arbeitslosigkeit einen schweren Existenzkampf zu führen hatten, gezwungen, die Ausgabe für Wohnungen auf das äußerste Minimum herabzudrücken. Da aber eine billige Wohnung unter der kapitalistischen Wirtschaft nicht gut und gesund sein kann, mussten viele Millionen armer Menschen in elenden, dumpfen Löchern leben.

Über dieses dunkle Problem sind uns von Wissenschaftlern dicke Bücher und von den Reichswohnungsamtern ellenlange Berichte gegeben worden, die in der erschütternden Weise das herrschende Wohnungselend erörterten, sonst aber an diesem unwürdigen Zustand nichts änderten. Mit einigen belanglosen Palliativmittelchen wollte man die wachsende Misere steuern, aber wir sehen an den heute noch herrschenden Zuständen in den Großkohlen- und Großeisenindustrierevieren Westfalens, Oberschlesiens, dem Saargebiet, der sächsischen Industriegebiete und in allen Weltstadtvororten, dass noch alles beim Alten geblieben ist.

War dieser Zustand schon in Friedenszeiten selbst am Körper der kapitalistischen Volkswirtschaft eine böartige Eiterbeule, für deren Beseitigung man gerne ein paar Millionen auswarf, so ist die problematische Lösung des Wohnungselendes heute im vierten Weltkriegsjahr von noch größerer Bedeutung geworden. An den maßgebenden Stellen weiß man sehr wohl, dass schon unter normalen Zeiten das Grundübel der Seuchenkrankheiten,

Kindersterblichkeit, Herabminderung der Wehrfähigkeit der jungen Leute, die verkürzte Lebensdauer vieler Proletarier usw. hauptsächlich in unseren ungesunden Wohnungsverhältnissen zu suchen war. Doch unter normalen Zeiten tröstete man sich letzten Endes immer noch mit der Tatsache, dass von der großen, armen Masse des Volkes immer noch genügend Nachwuchs erzeugt wurde, so dass trotz alledem immer noch eine Bevölkerungszunahme zu verzeichnen war, die selbst anderen Völkern, – besonders Frankreich gegenüber, als vorteilhaft hervorgehoben wurde. Und solange die relative Bevölkerungszunahme durch reichliche Kindererzeugung gesichert war, solange die Kapitalisten genügend ausbeutungsfähige Arbeiter, der Staat genügend wehrfähige Männer hatte, solange die allgemeine Volkskraft wenigstens quantitativ gesichert war, konnte man sich über die schlechte qualitative Beschaffenheit leichten Herzens hinwegsetzen.

Nun hat aber der Krieg, wie allen Völkern, so auch dem deutschen Volke einen furchtbaren Aderlass seiner verfügbaren Volkskraft gebracht, die eine Wiederauffüllung derselben an frischem, gesundem Menschenmaterial unumgänglich notwendig macht, wenn im Reigen der Weltmachtstaaten Deutschland eine gebührende Rolle spielen soll. Alle beschönigenden und verschleiernenden Bemühungen ändern an der Tatsache nichts. Und da ist es für uns Sozialisten recht ergötzlich anzusehen, wie unseren Herrschenden so langsam angst und bange wird vor der Wiedergesundung unseres Volkskörpers. Es ist ja kein leichtes Stück Arbeit, die nach vierjähriger Blutarbeit geschlagenen Wunden zu heilen. In allen Tonarten wird dem armen Volke zur Pflicht gemacht, recht reichlich für Nachwuchs zu sorgen, damit die herabgesunkene Bevölkerungsziffer wieder baldmöglichst zur alten Höhe hinaufgeschraubt werde, damit Deutschland gesichert dastehe. Und da letzten Endes ein gesunder, kräftiger Kindersegen nur in einer gesunden Wohnung gedeihen kann, befasst man sich endlich wieder etwas mit dem herrschenden Wohnungselend.

Aber in welcher Weise! Kein Gedanke daran, den in der Wohnungsfrage besonders habgierigen Spekulanten und Hausagrariern das Handwerk zu legen, keine Spur von Verständnis gegen die große Masse des Proletariats. An die Lösung des Wohnungsproblems geht man heran unter dem altbewährten kapitalistischen Grundsatz: Die Reichen und Besitzenden zu schonen, die Armen und Bedrückten aber zu belasten, alle Vorteile den Kapitalisten und Hausagrariern, alle Lasten den Mietern! Die allenthalben vorgenommenen, zum Teil ganz erheblichen Mietsteigerungen bedeuten bereits eine drückende Last auf die Schultern der Minderbemittelten. Die Wohnungsnot wird in der gewissenlosesten Weise von den Hauspaschas ausgenützt, um sich aus den Taschen der Kriegerwitwen und Kriegsbeschädigten zu bereichern. Die Begründung erfolgt wieder in echt kapitalistischer Weise: Weil wir erhöhte Abgaben zu zahlen haben, müssen wir mehr Miete fordern. Also werden alle Abgaben in Wirklichkeit von den Mietern getragen, der Herr Hauswirt will sich unter allen Umständen seinen Profit sichern. Und die Regierung und die Behörden sind durchaus nicht gewillt, unseren prächtigen Staatsstützen auch einige Opfer aufzuerlegen, sie die Härte dieser Kriegszeit ebenfalls fühlen zu lassen.

Da wir nun aber in dem Zeitalter der „Neuorientierung“ leben und ein rosarotes Renegatentum dem Volk Sand in die Augen streut und das Volk mit allerhand lächerlichen Illusionen einschläfert, stellen wir diese himmelschreienden Zustände vor aller Welt als die Ausgeburt dieser kapitalistischen Wirtschaftsordnung fest und betonen, dass eine durchgreifende Lösung des Wohnungsproblems von den heutigen Machthabern nicht zu erwarten ist.

Unsere gewiegten Männer der „praktischen Arbeit“ mögen sich ihre politischen Köpfe noch so sehr zermartern, die Lösung des Wohnungsproblems werden sie ebenso wenig unter der

kapitalistischen Ära herbeiführen, wie die Lösung aller anderen Volksprobleme. Hier wie überall kann nur der Sozialismus helfen.

Eine Programmrede von Lenin.

(Schluss.)

Jetzt soll die Statistik dazu dienen, den arbeitenden Massen beizubringen, wie und wieviel sie arbeiten müssen, wieviel sie ruhen können, wobei den vorbildlichsten Kommunen die entsprechende Belohnung unmittelbar teilhaftig werden soll. Kürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Arbeitslohnes, Teilnahme an einem großen Teil von naturellen und ästhetischen Genüssen. Keine Klasse kann zum Führer der Gesellschaft werden ohne die stärksten Kämpfe, Erschütterungen und ohne Versuche, ohne unsichere Schritte. Auch ist ihren Führern, wie jetzt in Russland unter der proletarischen Revolution, so auch in vergangenen Revolutionen in Westeuropa die Unfähigkeit und Inkompetenz der Führer vorgeworfen. Gewiss, nicht Wochen, sondern Monate und Jahre bedarf es, bis eine bisher unterdrückte Klasse ihre neue Arbeit anbahnt, Organisationen aus ihrer eigenen Mitte erzieht. Es ist nicht zu verwundern, wenn es der revolutionären proletarischen Macht an entsprechender Erfahrung mangelt, um Organisationen, die den Bedürfnissen von Millionen und Abermillionen entsprechen sollen, ohne weiteres zu schaffen. Aber unmöglich ist es nicht, wenn man das Bewusstsein der Notwendigkeit und Entschlossenheit in der Durchführung besitzt, wenn man die nötige Ausdauer in der Versorgung des schwer zu erreichenden Zieles besitzt. Leute, die große organisatorische Fähigkeiten besitzen, gibt es im Volke, d.h. in den nicht ausbeutenden Klassen genug, der Kapitalismus hat sie massenhaft zermalmt, vernichtet. Dem neuen Regime ist es noch nicht gelungen sie zur Geltung zu bringen. Dieses Ziel ist zu erreichen, wenn man sich mit der entsprechenden Begeisterung daran machen wird, ohne revolutionären Enthusiasmus gibt es keine siegreichen Revolutionen, ohne ihn ist keine einzige dieser Volksbewegungen möglich.

Zum Wesen der Diktatur übergehend, bemerkt Lenin, dass, obwohl der letzte Moskauer Sowjetkongress die Schaffung einer strammen Organisation und die Verstärkung der Disziplin zur Hauptaufgabe erhoben hat, so geben sich die meisten doch nicht Rechenschaft davon, dass zur Durchführung dieser Beschlüsse die Anwendung von Zwang und die Diktatur notwendig sind, utopisch, sinnlos ist es anzunehmen, dass der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ohne Zwang und Diktatur möglich sei.

Marx' Theorie hat sich längst und aufs energischste gegen solchen kleinbürgerlich - demokratischen, anarchistischen Unsinn bewährt. Die Entwicklung Russlands 1917-1918 hat die Marxistische Auffassung auch in dieser Beziehung glänzend und unwiderleglich bestätigt, dass nur ganz stumpfsinnige oder sich von der Wahrheit Abkehrende es nicht einsehen können. Entweder die Diktatur Kornilows oder die des Proletariats, von einem anderen Ausgange kann in Russland bei dem riesigen Tempo der Entwicklung und den äußerst schroffen Übergängen bei der von dem Kriege geschaffenen Desorganisation keine Rede sein. Aus zwei Gründen ist die Diktatur bei jedem Übergange vom Kapitalismus zum Sozialismus notwendig, und zwar in zwei Richtungen.

Es ist dem Proletariat unmöglich zu siegen ohne rücksichtslose Unterdrückung der auf ihre Vorrechte nicht verzichten wollenden herrschenden Klassen, die eine geraume Zeit sich bemühen werden, die gehasste Macht des Proletariats zu stürzen. Andererseits ist keine große Revolution, vor allem keine sozialistische, sogar wenn kein äußerer Krieg vorhanden, ohne Bürgerkrieg möglich. Und da ist es selbstverständlich, dass zahlreiche Elemente, meistens mit dem Kleinbürgertum verbundene, nicht umhin können sich in ihrem wahren Lichte zu zeigen,

und zwar durch Vermehrung von Raub, Spekulation, Bestechung und dergl. mehr, um das alles zu besiegen, braucht man Zeit und eine eiserne Hand.

In allen großen Revolutionen hat das Volk diese Sachlage instinktiv verstanden und ist rücksichtslos gegen die Diebe vorgegangen. Die Unmöglichkeit frühere Revolutionen durchzusetzen bestand darin, dass die zur Durchführung dieser Maßnahmen notwendige Begeisterung, die Kraft und Ausdauer gab, um rücksichtslos vorzugehen, nicht ausreichte.

Dass die Begeisterung nicht andauernd genug die Massen beseelte, erklärt sich durch die verhältnismäßig geringe Anteilnahme des Proletariats, das allein imstande ist, wenn es zahlreich, diszipliniert und klassenbewusst, die Ausbeuter und alle sonstigen Elemente des Zerfalls zu unterdrücken. Das lehrt die historische Erfahrung, die Marx zusammenfasst in einer kurzen, aber drastischen Formel: Diktatur des Proletariats. Und dass die russische Revolution den richtigen Weg gegangen ist zur Verwirklichung dieser welthistorischen Aufgabe, beweist die Zuversicht, die die Sowjetmacht unter allen Völkern Russlands errungen hat.

Die Sowjetmacht ist anders als die Organisation der proletarischen Diktatur, der Diktatur einer Avantgarde, einer Klasse, die sich zu einer neuen Demokratie emporhebt, zur selbständigen Teilnahme und Verwaltung des Staates von Millionen und Zehnmillionen von Arbeitenden und Ausgebeuteten, die aus Erfahrung in der disziplinierten und bewussten Vorhut des Proletariats ihre sichersten Führer sehen lernen.

Die Diktatur ist aber ein großes Wort, das man nicht so ohne weiteres in die leere Luft hinausschreien darf. Diktatur bedeutet eiserne Macht, eine revolutionäre energische Macht, unerbittlich in der Unterdrückung sowohl der Ausbeuter als auch der Chuligane. Die proletarische Diktatur war bis jetzt nicht eisern genug. Es soll nicht vergessen werden, dass die Bourgeoisie und das Kleinbürgertum auf zweierlei Art mit der Sowjetmacht kämpft, einerseits durch äußere Methoden, der der Verschwörung und Aufstände der Kornilow und dergl., mit der ihnen entsprechenden ideologischen Methode, als Lügen usw. In der Presse der Kadetten, der Menschewiks, der rechten Sozial-Revolutionäre und andererseits durch innere Mittel, durch Ausnützung eines jeden Zersetzungselementes, um die Bestechung, die Undiszipliniertheit, das Chaos zu vermehren.

Je näher die vollständige Unterdrückung der bürgerlichen Macht ist, um so größer wird die kleinbürgerlich-anarchistische Gefahr, gegen die man mit Agitation, Organisation des Wettbewerbes und dergl. nicht mehr allein kämpfen kann, sondern die auch Zwang erfordert. Je mehr das Hauptgewicht der Tätigkeit der Sowjetmacht von der Unterdrückung der Bourgeoisie zur Verwaltung der Gesellschaft übergehen wird, umso mehr wird als Zwangsmittel nicht das Füsilieren an Ort und Stelle eintreten, sondern die Volksgerichte. Die revolutionären Massen haben bereits den richtigen Weg betreten, durch die Errichtung von Volksgerichten allein sind sie nicht stark genug, sie haben sich von dem bürgerlichen und kleinbürgerlichen Geist noch nicht genügend befreit, man ist noch nicht genügend vom Bewusstsein durchdrungen, dass diese Gerichte ein Organ der Macht der Arbeiter und ärmeren Bauern sind – ein Mittel der Erziehung, der Disziplin.

Das Bewusstsein, dass der Hauptfeind der russischen Revolution der Hunger und die Arbeitslosigkeit sind wie das Bewusstsein, dass ein jeder, der die Disziplin stört, am Hunger und somit an der Arbeitslosigkeit Schuld trägt, muss dementsprechend bestraft werden. Die kleinbürgerliche Strömung, mit der ein energischer Kampf geführt werden muss, hat seinen Nährboden im Mangel am Verständnis dieser Zusammenhänge und im Umstand, dass das kleinbürgerliche Eigentumsverhältnis noch so viele beherrscht, die sich sagen: wenn ich nur mehr bekomme, alles andere geht mich nichts an.

Gerade in der Eisenbahnfrage kommt der Kampf zwischen der proletarischen Disziplin und den kleinbürgerlichen Strömungen besonders krass zum Vorschein. Nachdem Genosse Lenin auf die Notwendigkeit der Einführung der diktatorischen Disziplin gerade im Eisenbahnwesen hingewiesen, geht er zur Zusammenfassung der Frage der persönlichen Diktatur über, wobei er darauf hinweist, dass die persönliche Diktatur nicht nur in vorausgegangenen Revolutionen notwendig war, sondern auch, dass sie in keinem Widerspruch steht zur Sowjetmacht. Sind wir keine Anarchisten, so müssen wir die Notwendigkeit des Zwanges beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus anerkennen. Die Form des Zwanges wird von der Stufe der Entwicklung der in Betracht kommenden revolutionären Klasse bestimmt, von dem, was von einem langen reaktionären Kriege vererbt wurde und durch die Art und das Maß des Widerstandes der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums.

Der Unterschied zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Diktatur besteht darin, dass die erstere sich gegen die ausbeutende Minderheit im Interesse der ausgebeuteten Mehrheit richtet, und darin, dass die proletarische Diktatur durch einzelne Reformen nicht nur von den arbeitenden und ausgebeuteten Klassen überhaupt durchgeführt wird, sondern auch von Organisationen, z.B. Sowjetorganisationen, die die Aufklärung der Massen zum Ziel haben, ihre Emporhebung zum historischen Wirken. Im späteren Falle, der durch die gegenwärtige Lage bestimmt ist, muss gesagt werden, dass eine jede Großindustrie, d.h. die Produktionsbasis und die Grundlage des Sozialismus, eine strenge, absolute Einigkeit des Willens verlangt. Das wurde stets von allen, die über den Sozialismus nachgedacht, als Hauptbedingung anerkannt. Erzielt kann es nur werden durch die Unterwerfung des Willens von Tausenden dem Willen eines Einzelnen.

Die Unterwerfung kann bei sehr großem Klassenbewusstsein und Diszipliniertheit die milde Form einer Leistung annehmen, oder aber sie muss sich in noch größeren Formen äußern, wenn keine genügende Disziplin herrscht. In jedem Falle ist aber absolute Unterwerfung notwendig. Beim Eisenbahnwesen ist sie doppelt, dreifach so wichtig. Der Übergang von der einen politischen Aufgabe zur anderen, die äußerlich verschieden zu sein scheinen, zeichnet die gegenwärtige Periode aus. Dabei geht selbstverständlich dieser Übergang nicht ohne Erschütterungen und Schwankungen vor sich, ohne die die höchste Anstrengung des Proletariats, ohne seine eiserne Disziplin.

Nach dem Hinweis auf die drei Perioden der russischen Revolution, deren dritte in der Befestigung und in der Weiterentwicklung des Erreichten besteht, geht Lenin zum Schlusse seiner Ausführung zu Betrachtungen über die Entwicklungsstufen der Sowjetmacht über. Der sozialistische bzw. proletarische Charakter der Sowjets besteht darin, dass sie 1. von proletarischen Wählern, mit Ausschluss der bürgerlichen, gewählt werden, 2. dass alle bürokratischen Formalitäten wegfallen, die Massen bestimmen selbst die Wahlen, die Gewählten können abberufen werden, 3. dadurch, dass sich die beste Form der Massenorganisation der Arbeiterschaft, des großindustriellen Proletariats bildet, die ihm die Möglichkeit gibt, die breitesten Massen der Ausgebeuteten zu leiten und sie ins selbständige politische Leben hineinzuziehen, d.h. zum ersten Mal werden die Massen zur Verwaltung herangezogen.

Alle diese Bedingungen, die einen höheren Typus der Demokratie darstellen, sind ein Übergang zum Sozialismus. Gewiss ist es in einem kleinbürgerlichen Lande wie Russland nicht zu vermeiden, dass die Sowjets in so manchem ein kleinbürgerliches Gepräge bekommen. Gegen alle diese Strömungen, gegen die Tendenz, die Mitglieder der Sowjets zu „Parlamentariern“ zu machen, muss gekämpft werden, wie gegen die Tendenz, sie zu bürokratisieren. Und zwar dadurch, dass man alle Mitglieder der Sowjets zur praktischen

Anteilnahme an der Verwaltung des Landes heranzieht, unentgeltlich soll jeder nach Ablauf des Achtstundentages an dieser Arbeit teilnehmen.

Vom internationalen Standpunkte ist die Lage ungeheuer schwierig und gefährlich. Es ist mitunter notwendig zu lavieren, zurückzutreten, es ist die Periode der spannenden Erwartung, der revolutionären Ereignisse im Westen, die unendlich langsam sich entwickeln, während im Inneren des Landes die lange Periode des Aufbaues vor sich geht, die Periode des Kampfes mit den kleinbürgerlich-anarchistischen Strömungen.

Das sind die Merkmale des jetzigen Übergangsstadiums zum Sozialismus. Das ist ein Ringen um die Entwicklung der historischen Ereignisse, an das man sich mit allen Kräften festhalten muss, um auf der Höhe der Situation zu bleiben bis zum Übergange zum weitere Ringen, das so anziehend ist, bis der Sieg der internationalen proletarischen Revolution offenkundig zum Vorschein kommt.

Gewiss gibt es in den jetzigen Losungen, die durch die besonderen Umstände des Momentes hervorgerufen werden, wie z.B. die Notwendigkeit ab- und zurückzutreten, überhaupt zu lavieren, auf das Energischste die Organisationsarbeit zu pflegen, die Arbeit zu disziplinieren, so manches, was die kleinbürgerlichen Revolutionäre abstößt, was sie nach unzähligen Schwankungen veranlasst zu sagen, das mache ich nicht mit. Das Unglück dieser Revolutionäre besteht darin, dass auch die Besten unter ihnen nicht verstehen, in welcher außergewöhnlichen und äußerst schwierigen Lage sich ein rückständiges Land befindet, das durch einen reaktionären, verhängnisvollen Krieg zerrüttet ist. Infolgedessen fehlt es diesen Revolutionären an Ausdauer in besonders schwierigen Momenten.

Die Führung der arbeitenden und ausgebeuteten Klassen kann aber nur eine Klasse übernehmen, die auch in den schwierigsten Momenten nicht den Mut verliert, bei den allerschwersten und gefährlichsten Übergängen nicht verzweifelt. Der russischen Revolution ist mit hysterischen Gebärden nicht gedient, sie braucht das planmäßige, zielbewusste Auftreten der eisernen proletarischen Armee.

Aus unserm politischen Tagebuch.

1. August.

Kapitalgewinne und Arbeiterlöhne. Im Geschäftsbericht der Westfälisch-Anhaltischen Sprengstoff-A.-G. in Berlin gibt die Verwaltung den Aktionären bekannt, dass wegen der Steigerung der Löhne usw. die Gewinnzunahme nicht ganz dem vermehrten Umsatz entspreche. Die Aktionäre können sich trotz alledem wohl zufriedengeben. Das Unternehmen arbeitet mit 10 Millionen Mark Aktienkapital. Damit wurden im letzten Jahre nach Absetzung der Generalunkosten rund 14 Millionen Mark verdient. 6 Millionen Mark mehr als im Vorjahre. Um den Gewinn der Aktionäre nach außen hin nicht gar zu hoch erscheinen zu lassen, wird ein großer Teil des Reingewinns aufgespeichert. Man weist den verschiedenen Reservefonds 6 Millionen Mark zu und kommt so dahin, die Dividende auf nur 25 Prozent zu beschränken. Bemerkte muss werden, dass die Gesellschaft in den letzten Jahren, auch im Jahre 1917 umfangreiche Neubauten ausführen ließ. Trotzdem hat sich das Konto der Anlagen gegen das Vorjahr nur um 100 000 Mark erhöht, es steht überhaupt nur mit 900 000 Mark zu Buche. Die vorhandenen Werte übersteigen das Aktienkapital um ein Vielfaches. Man halte zu diesen Tatsachen die Mitteilung des Geschäftsberichts, dass wegen Steigerung der Löhne die Gewinnzunahme nicht ganz dem vermehrten Umsatz entspricht.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker);
sämtlich in Bremen.